

**„Strafjustiz im Nationalsozialismus bei der Staatsanwaltschaft Ulm und den
Gerichten im Landgerichtsbezirk Ulm.“**

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde

In dem

**Fachbereich Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg**

vorgelegt von

Karl Ulrich Scheib

Oberstaatsanwalt a. D. aus Ulm/Donau

Marburg

2012

Als Dissertation des Fachbereichs Rechtswissenschaften

Angenommen am: 26.01.2012

Berichterstatter: *Professor Dr. Dieter Rössner*

Mitberichterstatter: *Professor Dr. Christoph Safferling LL. M. (LSE)*

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Juli 2012

„Druckreif“, einverstanden mit Änderung von Titel und Text.

Tübingen, den

Berichterstatter Prof. Dr. Rössner

Mitberichterstatter Prof. Dr. Safferling (LL.M. LSE)

VORWORT

*„Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung,
müssen die Vergangenheit annehmen.
Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will,
der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. “*

Richard von Weizsäcker

8. Mai 1985¹

In dem zu 87 % zerstörten Ulm sah man noch Jahrzehnte nach Kriegsende die blutige Spur der Zerstörung, aber ein subjektives Verschulden der Führungsschicht, auch der die repressiven Gesetze ausführenden Strafjustiz, wurde lange Zeit nicht diskutiert. Dies erschien durch die Sühnen und Haftstrafen in den Entnazifizierungsverfahren abgegolten zu sein, weshalb das nationalsozialistische Unrecht in der Öffentlichkeit und der Justiz lange Zeit strafrechtlich unerörtert blieb.

Erst mit dem Einsatzgruppen-Prozess vom 28.04.1958 vor dem Landgericht Ulm – dem seinerzeit größten Strafverfahren in der noch jungen Bundesrepublik – begann die Aufarbeitung dieses Bereiches. Geahndet wurden die Ermordungen von tausenden Juden und Partisanen in Tilsit/Russland nach dem Einmarsch der Wehrmacht durch das „Einsatzkommando Tilsit“. Die Angeklagten wurden wegen Beihilfe zum Mord an 5. 000 Juden und Bolschewisten bis zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Dieses Pilotverfahren rief ein weltweites Echo hervor und führte zur Einrichtung der „zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen mit Sitz in Ludwigsburg“.

Das nach Kriegsende in einem englischen Kriegsgefangenenlager wegen Fahnenflucht erlassene und vollstreckte Urteil des früheren Marinerichters Filbiner erweckte erneut die Frage nach strafrechtlicher Verantwortung der NS-Strafjuristen. Eine strafrechtliche Verfolgung blieb wegen der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs – wohl mit zwei Ausnahmen - erfolglos, was von der Öff-

¹ Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

fentlichkeit als „Selbstamnestierung der Justiz für die von ihr verübten Verbrechen“ bezeichnet wurde².

Nach meinem Eintritt in die Justiz begegnete ich Richtern, die ihre Strafurteile in derselben abwertenden Terminologie zu begründen pflegten, wie ich diese später in manchen NS-Akten wieder fand. Über die weitere Fortdauer von vor 35 Jahren verhängte Sicherungsverwahrungen war zu entscheiden, die 35 Jahre zuvor wegen Lappalien verhängt worden waren. Dies alles drängte zu der Frage, ob die Strafjustiz in Ulm vergleichbar gnadenlose Strafen verhängt hatte wie Volksgerichtshof und Sondergerichte, oder ob sich einige Juristen gegen das Unrecht gestellt hatten. Eine Ausstellung „Ulmer Justiz 1933-1945“ sprach diesen Bereich ebenfalls an. In meinem Ruhestand befasste ich mich mit diesem Thema, dessen lokaler Bezug mich zusätzlich interessierte.

Bei Herrn Prof. Dr. Rössner bedanke ich mich sehr herzlich für seine Bereitschaft, mir diese Untersuchung im Rahmen einer Promotion zu ermöglichen und seine freundliche, verständnisvolle Unterstützung.

Herrn Form, Forschungs- und Dokumentationszentrum für Kriegsverbrecherprozesse, Philipps-Universität Marburg, bin ich insbesondere dafür dankbar, dass er mit seinem anerkannten Fachwissen auf diesem Gebiet die Erfassung der umfangreichen Daten vorbereitet hat.

Anerkennend erwähnen möchte ich auch die stets hilfsbereiten Mitarbeiter des Staatsarchivs Ludwigsburg.

Meinem Sohn danke ich für seine technische Unterstützung. Als bedauerlich empfinde ich nur, dass meine Ehefrau und mein Enkel lange Zeit auf mich verzichten mussten, was ich nunmehr ausgleichen werde.

² Zu diesem Begriff ist Eduard Dreher zu erwähnen, der in der großen Strafrechtskommission federführend bei der Reform des Einführungsgesetzes zum Ordnungswidrigkeitengesetz (EGOWiG) war, dessen Artikel 1 Nr. 6 mit Wirkung vom ab 1.10.1968 eine Verfolgung von NS-Mordgehilfen ohne persönliche Mordmotive fortan wegen Verjährung ausschloss. Dreher war Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Innsbruck. (Klee, S. 118).

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	9
1.1 Allgemeines	9
1.2 Juristen und Rechtsordnungen im Systemwandel	10
1.3 Gegenstand der Arbeit.....	13
2. Quellenlage	16
2.1 Allgemeines	16
2.2 Verfahrensakten	17
2.2.1 Staatsarchiv Ludwigsburg	17
2.2.2 Staatsarchiv Sigmaringen	19
2.3 Personalakten	19
2.3.1 Staatsarchiv Ludwigsburg	20
2.3.2 Hauptstaatsarchiv Stuttgart.....	20
2.3.3 Justizministerium Stuttgart	20
2.4. Ersatzakten.....	21
2.4.1 Spruchkammerakten	21
2.4.2 Wiedergutmachungsakten	21
2.4.3 Gefangenenbücher	21
2.5 Sonstige Archive.....	22
2.5.1 Bundesarchiv Berlin.....	22
2.5.2 Stadtarchiv Ulm	23
3 Einflussnahme im Dritten Reich auf die Justiz	23
3.1 Allgemeines	23
3.1.1 Ausgangslage der Justiz in der Weimarer Republik	24
3.1.2. Nationalsozialistische Lenkung der Justiz.....	25
3.1.2.1 Personalpolitik	26
3.1.2.2 Unbeschränkte Macht zur Normgebung	29
3.1.2.3 Direkte Lenkungsmaßnahmen.....	31
3.1.2.4 Mittelbare Einwirkungen.....	33
3.1.2.5 Direkte Urteilskorrekturen	34
3.1.3 Umsetzung der Maßnahmen in der Alltagspraxis.....	35
4. Die Staatsanwaltschaft.....	37
4.1 Allgemeines	37

4.2 Entwicklung der Verfahrenseingänge und Gründe für Änderungen.....	41
4.2.1 Entwicklung der Verfahrenseingänge	42
4.2.2 Gründe für die Veränderungen.....	43
4.3 Arten der Verfahrenserledigungen.....	47
4.3.1 Allgemeines.....	48
4.3.2 Erledigungen ohne Gericht	49
4.3.2.1 Einstellungen wegen fehlenden Tatverdachts	52
4.3.2.2 Erledigungen durch Abgaben	53
4.3.2.3 Einstellung wegen geringen Verschuldens u.a.	58
4.3.2.4 Erledigungen zum Gericht mit Anklagen und Strafbefehlen	59
4.3.3 Zusammenfassung:.....	64
4.4 Die Staatsanwaltschaft–Einfallstor zur Beeinflussung politischer Verfahren	65
4.4.1 Allgemeines.....	65
4.4.2 Quellenlage und Anfall politischer Verfahren	67
4.4.3 Erledigungsarten nach erhaltenem Aktenbestand	68
4.4.3.1 Allgemeines.....	68
4.4.3.2 Verfahrenseinstellungen bei NS-Sympathisanten bzw. NS-Kritikern	68
4.4.3.3 Einstellungen wegen unzureichenden Anfangsverdachts	70
4.4.3.4 Einstellung wegen geringen Verschuldens.....	70
4.4.3.5 Einstellung durch Amnestie.....	70
4.4.3.6 Politischer Druck zu Verfahrenseinstellungen	73
4.4.4 Zusammenfassung	79
4.5 Verstöße gegen Heimtückevorschriften	80
4.5.1 Allgemeines.....	80
4.5.2 Strafnorm	80
4.5.3 „Heimtückeverfahren“ in der Ulmer Justiz	83
4.5.3.1 Äußerungsdelikte	84
4.5.3.2 Kritik an allgemeiner Lebenssituation.....	88
4.5.3.3 Missbrauch von Uniformen, Abzeichen u.ä.	88
4.5.4 Gründe für die Anzeigen.....	90
4.5.5 Opfer der Norm	89
4.5.6 Erledigungsarten:	91
4.5.7 Verfahrensdauer	92
4.5.8 Zusammenfassung	92

5. Gerichtliche Entscheidungen	94
5.1 Unerlaubter Umgang mit Kriegsgefangenen	94
5.1.1 Allgemeines.....	94
5.1.2 Quellenlage	95
5.1.3 Strafnorm	96
5.1.4 Deliktshäufigkeit und Gründe für deren Zunahme.....	102
5.1.5 Umfang des Kontaktverbotes.....	106
5.1.6 Verfahrensanfall und Erledigung (Nach Js-Register).....	107
5.1.7 Erledigungen bei der Staatsanwaltschaft (Js-Reg.)	108
5.1.7.1.Einstellungen wg. geringen Verschuldens und mangels Tatverdachts ..	108
5.1.7.2 Abgaben an Sondergericht Stuttgart.....	109
5.1.7.3. Abgaben an den Volksgerichtshof wegen Gesetzeskonkurrenz.....	109
5.1.7.4 Verfahrenserledigungen mit Anklagen und Strafbefehlanträgen	111
5.1.8 Auswertung der archivierten Akten.....	113
5.1.8.1 Persönlichkeitsprofile (Geschlecht, Nationalität, Familienstand)	113
5.1.8.2 Verfahrensdauer, (Polizei- Haft und U-Haft).....	114
5.1.8.3 Auslöser für Ermittlungen	116
5.1.8.3.1 Anzeigen	116
5.1.8.3.2 Schwangerschaft als Ermittlungsauslöser.....	117
5.1.8.3.3 Männliche Angeberei	118
5.1.8.4 Polizeiliche Vernehmungstaktik	118
5.1.9 Gerichtliche Entscheidungen	120
5.1.9.1 Freisprüche	120
5.1.9.2.1 Schwangerschaft und folgenlose Intimkontakte	125
5.1.9.2.2 Zärtlichkeiten u.ä.	131
5.1.9.2.3 Fluchtbeihilfe	134
5.1.10 Wiedergutmachung	134
5.1.10.1 Ablehnende Entscheidungen der Verwaltung und Gerichte	135
5.1.10.2 Diskussion der Ablehnungsgründe	136
5.1.11 Zusammenfassung	138
5.2. Kriegswirtschaftsverordnung und Verbrauchsregelungsstrafverordnung ..	140
5.2.1. Allgemeines.....	140
5.2.2 Quellenlage	141

5.2.3 Strafnormen	141
5.2.4 Rechtliche Auslegungsfragen	145
5.2.4.1 Lebenswichtiger Bedarf, Entziehung, Gefährdung, Böswilligkeit	145
5.2.4.2 Konkurrenz beider Vorschriften	147
5.2.4.3 Verfahrensanfall und Strafsanktionen u.a.	147
5.2.4.4 Einzelfälle.....	149
5.2.4.5 Unerlaubte Aneignung von Mangelwaren	153
5.2.4.6 Einzelne Tatbegehungen und Sanktionen	153
5.2.5 Zusammenfassung	154
5.3 VolksschädlingsVO	155
5.3.1 Allgemeines.....	155
5.3.2 Verbrechen der Plünderung	156
5.3.3 Verbrechen bei Fliegergefahr nach § 2 VVO	158
5.3.3.1 Grundtat	159
5.3.3.2 Ausnutzung von Fliegerabwehrmaßnahmen	160
5.3.3.3 Tätertypfordernis.....	161
5.3.3.4 Verfahren in Ulm wegen „Verbrechen bei Fliegergefahr“	162
5.3.4 Ausnutzung des Kriegszustandes	163
5.3.4.1 Grundtat	164
5.3.4.2 Ausnutzung der außergewöhnlichen Verhältnisse.....	164
5.3.4.3 Verwerflichkeit als Korrektur.....	165
5.3.4.4 Verfahrensanfall nach § 4 VVO in Ulm.....	165
5.3.5 Strafsanktionen bei Verstößen gegen §§ 2 – 4 VVO	166
5.3.6 Zusammenfassung	168
5.4 Gefährliche Gewohnheitsverbrecher (§ 20 a StGB).....	169
5.4.1 Allgemeines.....	169
5.4.2 Quellenlage	170
5.4.3 Strafnorm des § 20 a StGB	170
5.4.4 Vorverurteilungen	172
5.4.5 Neue Straftat.....	173
5.4.6 Tätertyp des Gewohnheitsverbrechers	173
5.4.6.1 Bejahung des Tätertyps	174
5.4.6.2 Verneinung des Tätertyps.....	175

5.4.7 Soziale Täterstrukturen.....	176
5.4.8 Polizei- und U-Haft	177
5.4.9 Sanktionen und Verfahrensdaten	177
5.4.9.1 Freiheits- und Geldstrafen	177
5.4.9.2 Sicherungsverfahren und Entmannung.....	179
5.4.9.3 Strafschärfende Wirkung des GGV ?	181
5.4.10 Einzelfälle.....	184
5.4.11 Zusammenfassung	185
5.5 Kriegssonderstrafrechtsverfahren.....	186
5.5.1 Allgemeines.....	186
5.5.2 Strafnorm	186
5.5.3 Deliktsanfall und Erledigungen.....	187
5.5.4 Zusammenfassung	189
5.6 Jüdische Mitbürger vor der Ulmer Justiz.....	190
5.6.1 Allgemeine Situation.....	190
5.6.2 Situation nach der Machtergreifung	190
5.6.3 Strafverfahren gegen jüdische Mitbürger in Ulm.....	195
5.6.3.1 Wegen Verstoßes gegen Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes	195
5.6.3.1.1 „Rasseschandefall“ Julius Heumann.....	197
5.6.3.1.2 Anmerkungen zum Urteil	201
5.6.3.1.3 Gnadenantrag und weiterer Lebensweg	202
5.6.3.1.4 Wiedergutmachung.....	204
5.6.3.2 Verfahren gegen jüdische Bürger wegen anderer Delikte	204
5.6.3.2.1 Reichsfluchtsteuer – Fall Ehepaar Anguli.....	204
5.6.3.2.2 Verstöße gegen Devisenvorschriften	206
5.6.3.2.3 Beamtenbestechung	208
5.6.3.2.4 Übertretung der Arbeitszeitverordnung.....	210
5.6.4 Jüdische Bürger als Anzeigeerstatte r	210
5.6.5 Zusammenfassung	211
5.7 Verfahren gegen Pfarrer und Bibelforscher	211
5.7.1 Allgemeines.....	211
5.7.2 Verfahren gegen Geistliche.....	212
5.7.2.1 Sittlichkeitsvorwürfe	212

5.7.2.2 Vorwurf der Heimtücke.....	214
5.7.2.3 Devisenvergehen – Geld wichtiger als Staatswohl.....	215
5.7.2.4 Protestantische Kirche	215
5.7.2.5 Behandlung kirchlicher Strafanzeigen	215
5.7.2.6 Verfahren gegen 43 Ernste Bibelforscher.....	216
5.7.3 Zusammenfassung	219
5.8. Verfolgung von Homosexuellen.....	220
5.8.1. Allgemeines.....	220
5.8.2 Quellenlage	223
5.8.3 Gesetzeslage und Änderung der Rechtsprechung	224
5.8.4 Soziale Verteilung	225
5.8.5 Haft, Verfahrensdauer und Sanktionen	226
5.8.6 Zusammenfassung	229
5.9 Politischer Druck auf Gerichte ?	229
5.9.1 Quellenlage	230
5.9.2. Einflussmöglichkeiten auf die Gerichte.	231
5.9.3 Zusammenfassung	233
5.10 Vergleich der Sanktionen in politischen und unpolitischen Verfahren.....	233
5.10.1 Vergleich verhängter Strafarten und -höhe	234
5.10.2 Vergleich der Strafhöhen von 1933/1942 und 1943/45	236
5.10.3 Erörterung der Veränderungsgründe.....	239
5.10.4 Frauenanteil.....	245
5.10.5 „Rangfolge“ bei speziellen politischen Delikten	245
5.10.6 Zusammenfassung	247
5.11 Mildere Sanktionen bei Landgerichten.....	247
5.11.1 Allgemeines.....	247
5.11.2 Fehlende Strafhärte des LG Ulm im Vergleich zu den Sondergerichten	248
5.11.2.1 Symptomatische Einzelfälle.....	249
5.11.2.2 Milde Sanktionen bei NS-Strafnormen	249
5.11.2.2.1 Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen	251
5.11.2.2.2 Volksschädlinge und Gewohnheitsverbrecher.....	251
5.11.3 Gründe der zurückhaltenden Sanktionspraxis.....	252
5.11.3.1 Integre ältere Richter mit fehlender NS-Strafhärte.....	253
5.11.3.2 Politischer Auftrag der Sondergerichte.....	257
5.11.3.3 Unbedeutendere Fälle als bei den Sondergerichten?.....	258
5.11.3.4 Geringere Beaufsichtigung durch das Ministerium	259
5.11.4 Reichsweit gleichartige Milde bei Landgerichten.....	259

6 Gerichtliche Entscheidungen in klassischen Delikten.....	261
6.1 Allgemeines	261
6.2 Straftaten gegen das Leben (§§ 211, 212, 217 ff StGB).....	261
6.2.1 Verbrechen des Mordes (§ 211 StGB)	261
6.2.2 Totschlag (§ 212 StGB)	263
6.2.3 Delikte des Kindstötung (§ 217 StGB).....	264
6.2.4 Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	265
6.3 Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit (§§ 223 – 230 StGB)	266
6.3.1 Körperverletzung nach §§ 223 – 229 StGB.....	266
6.3.2 Fahrlässige Körperverletzung (§§ 230 f StGB)	268
6.4 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	268
6.4.1 Sexualdelikte im engeren Sinn (§§ 173 – 177 ohne 175 StGB)	268
6.4.2 Kuppelei	271
6.4.3 Abtreibung (§ 218 f StGB).....	273
6.5 Vermögensdelikte	275
6.5.1 Überblick	275
6.5.2 Diebstahl, Hehlerei und Unterschlagung (§§ 242 – 246 StGB)	276
6.5.3 Raub und Erpressung (§§ 249 – 255 StGB)	277
6.5.4 Betrug und Untreue (§§ 263 – 266 StGB)	278
7 Strafruristen in Ulm	284
7.1 Übernahme der Justiz in Württemberg.....	285
7.2 Quellenlage.....	288
7.2.1 Personalakten.....	288
7.3 Persönlichkeitsprofile.....	291
7.3.1 Altersstruktur der Juristen.....	292
7.3.2 Soziale Herkunft	293
7.3.3 Promovierte Staatsjuristen und Schichtherkommen	296
7.3.4 Teilnahme am Ersten Weltkrieg	298
7.3.5 Mitgliedschaft in Parteien	298
7.3.5.1 In der Zeit vor 1933	298
7.3.5.2 NSDAP – Mitgliedschaft	299
7.3.5.3 Folgen eines verweigerten Parteibeitritts	299
7.3.5.4 Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation	301
7.4 Beförderungen.....	302
7.4.1 Einfluss einer Mitgliedschaft in Partei und deren Gliederungen	302

7.4.2	Beförderte und unbeförderte Mitglieder und Nichtmitglieder.....	303
7.4.2.1	Beförderte Parteigenossen.....	304
7.4.2.2	Beförderte Nicht-Parteigenossen.....	304
7.4.2.3	Nichtbeförderung von Parteimitgliedern.....	306
7.4.2.4	Nichtbeförderung von Nichtmitgliedern	306
6.4.2.5	Vergleich Mitglieder mit Nicht-Mitgliedern.....	307
7.4.3	Einfluss von Altersstrukturen	308
7.4.4	Funktionen in Partei und deren Gliederungen.....	308
7.4.5	Einfluss der sozialen Herkunft auf Beförderungen	310
7.4.6	Auswirkungen einer Promotion auf Beförderungen.....	311
7.4.7	Teilnahme am Weltkrieg	312
7.4.8	Beurteilungen	313
7.4.8.1	Positive Beurteilungen	313
7.4.8.2	Negative Beurteilungen	315
7.4.8.3	Widerstand der Partei	316
7.4.9	Zusammenfassung Beförderung:.....	316
7.5	Strafjuristen - Im Widerstand oder „Panzertruppe der Partei“	317
7.5.1	Furchtlose Juristen - im Widerstand.....	321
6.5.2	Furchtbare Juristen - „Speerspitze der Partei“	329
6.5.3	Karrieren in der Nachkriegszeit	339
7.	Zusammenfassung	343
8.1	Allgemeines	343
8.2	Die Staatsanwaltschaft	344
8.3	Die Gerichte	346
9	Anhang.....	352
8.1	Abkürzungsverzeichnis	352
8.2	Literaturverzeichnis.....	355

1 EINLEITUNG

1.1 ALLGEMEINES

Die Nationalsozialisten hatten mit allen Mitteln versucht, bei den Wahlen zum 5. März 1933 eine Mehrheit zu erreichen. Sie waren erbitterte Gegner der Demokratie und des Rechts und hatten keine Hemmungen, mit SA-Schlägertrupps ihre politischen Gegner zusammenzuschlagen und auch umzubringen. Eine Mehrheit im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz errangen sie dennoch nicht, weshalb Hitler auch hier auf Rechtsbrüche zurückgriff um sein Ziel zu erreichen. Durch Verhaftungen und Bedrohungen von Abgeordneten³ sowie mit illegalen Verfahrenstricks setzte er die Verabschiedung des Gesetzes durch.

Nunmehr war der Weg frei in einen rassereinen Führerstaat in dem nur existieren und überleben durfte, wer sich bedingungslos in die Volksgemeinschaft einfügte⁴ und auch geistig im Gleichschritt mitmarschierte. Mit einer Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen wurden „so gut wie alle für den Weimarer Staat charakteristischen Rechtsprinzipien ... in ihr gerades Gegenteil verkehrt. Das muß man sich klarmachen, wenn man ermessen will, welchem geradezu kopernikanischem Umsturz aller Rechtswerte sich die Rechtsprechung ... gegenüber sah.“⁵ Hitler verachtete und hasste zwar die Justiz, aber er benötigte und missbrauchte sie vorerst für seine Zwecke. Im Laufe der Zeit sollte sie völlig bedeutungslos und letztlich aufgelöst werden. Die neuen Machthaber revolutionierten das Strafrecht von Grund auf, sie festigten und sicherten damit ihre Machtstrukturen, unterdrückten jegliche Kritik an Partei und Regierung und unterbanden so jegliche politische Gegenpropaganda. Wesentlich war die veränderte Zielsetzung der Strafe: sie diene nicht mehr dazu, Straftäter entsprechend der Tatschwere und ihrem Verschulden angemessen zu bestrafen, sondern sollte in erster Linie die nationalsozialistische Ideologie durchsetzen und jeden mit abweichender Gesinnung durch Strafe und Sicherungsverwahrung aus

³ Das frühere Mitglied des Reichstags Felder hat noch als Hundertjähriger 2002 geschildert, wie die bewaffneten SA – Männer den politischen Gegnern bei der Abstimmung ankündigten „Ihr kommt auch noch dran, ihr müsst auch dran glauben“ (<http://www.spd.de/events/felder01.html>).

⁴ Johe, S. 9.

⁵ Weinkauff, S. 27.

der Volksgemeinschaft ausschließen. Die Strafjustiz wurde damit neben der Polizei als repressives Instrument zur Meinungsunterdrückung und Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung in das Regime eingebunden und hatte zu entscheiden, wie sie auf die neue Ordnung, auf den Wechsel von demokratischer Republik zu einer diktatorischen Gewaltherrschaft, reagieren sollte.

1.2 JURISTEN UND RECHTSORDNUNGEN IM SYSTEMWANDEL

Nicht erst 1933 stellten sich Staatsbedienstete der Frage, ob sie die bisherige Werteordnung aufgeben und der neuen Weltanschauung und Führungsschicht loyal dienen konnten und wollten, in der jüngsten Geschichte Deutschlands gab es diese Konstellation schon mehrmals. Die dabei auftretenden Konflikte und Lösungsmöglichkeiten sind mit der des Dritten Reiches vergleichbar und werden kurz dargestellt⁶.

In den vergangenen 200 Jahren änderten sich vor allem in Europa die meisten Staatsysteme grundlegend und mit ihnen die Rechtsordnungen. In Deutschland haben sich von 1919 bis 1989 sieben unterschiedliche politische Systeme abgelöst: Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Führer-Staat, Militärregierung, Bundesrepublik, DDR und letztlich die neue Bundesrepublik.

Jeder Staat vertrat eine neue Weltanschauung, er wechselte seine Staatsform und setzte diese mit neuen Gesetzen durch. Jeder Wechsel in Staatsideologie und Verfassungsgrundwerten veränderte die Rechtsordnung grundlegend und erforderte auch von den Juristen ein neues Bekenntnis zum neuen Rechtssystem, eine neue Bewertung, ob die bisherige Überzeugung falsch gewesen sei.

Im Hitler-Staat setzten Juristen die strafrechtlichen Gesetzesvorgaben um und unterstützten so staatlich verübtes Unrecht und Menschenrechtsverletzungen. Sie begründeten so die Bezeichnung dieses Berufsstandes im Dritten Reich als „Henker in Robe“ und des „furchtbaren Juristen“⁷. So grundverschieden beide Systeme waren, so vergleichbar erscheint die Rolle der vom Herrschaftssystem verführbaren staatlichen Juristen, die sich dagegen nicht wehren durften: Sie

⁶ Grundlage dieser Darstellung ist die Untersuchung von Prof. Dr. Rüthers zu der Umgestaltung der Rechtsordnungen im Systemwechsel.

⁷ Vgl. Ingo Müller, sein gleichnamiges Buch „Furchtbare Juristen“ und die Formulierung von Rolf Hochhuth „... der furchtbare Jurist“ in seiner Erzählung „Eine Liebe in Deutschland“, 1978.

sind und waren nämlich in allen Staatsverfassungen an „Gesetz und Recht“ gebunden (Art. 20 III, 97 I GG, Art. 19, 87, 90 I, 97 DDR-Verfassung). Sie sind so weisungsabhängige „Diener“ der vom Gesetzgeber erlassenen Normen, die sie umzusetzen haben. „Bei jedem Systemwechsel prüft das jeweils neu etablierte politische System aus seiner Sicht, ob die Juristenkader des alten Systems geeignet und gewillt sind, die Ziele der gewollten grundlegenden Rechtserneuerung glaubwürdig zu verwirklichen“⁸.

Jedes neue System bringt eine „Wendeliteratur“⁹ hervor, in welcher die neuen Werte von hervorragend qualifizierten, anerkannten Fachleuten – zumeist Spitzenvertretern ihrer Disziplinen¹⁰ - wissenschaftlich begründet werden, die alte, abgelebte Ordnung, ihre Schwächen und Verbrechen der Legitimation des neuen, als besser angesehenen, Systems, gegenüber gestellt wird. Im Dritten Reich vertraten anerkannte und integre Persönlichkeiten der Weimarer Justiz - die auch später in der Bundesrepublik anerkannt wurden - die neuen Rechtsideen. Ob diese Rechtslehrer die neue Werteordnung aus Überzeugung und Begeisterung für die neue Bewegung vertraten, oder durch glänzende Karrierechancen verführt worden sind, soll hier nicht betrachtet werden.

Juristen müssen den Willen des Gesetzgebers umsetzen und stehen wegen dieser Verpflichtung in einer sehr abhängigen Nähe zur jeweiligen Staatsmacht. Sie trifft deshalb eine besondere Pflicht, dabei menschlich und schonend vorzugehen. Jeder einzelne ist dafür verantwortlich, wenn er durch sein Verhalten, sei es als Staatsanwalt, Richter oder Rechtslehrer, Unrecht auf sich lädt. Die pauschale Verurteilung eines ganzen Berufsstandes ist nicht gerechtfertigt, jeder Einzelne hatte seinen eigenen Entscheidungsspielraum, den viele genutzt haben.

Schon relativ früh wurde das Verhalten der Richterschaft in der NS-Zeit untersucht. Schorn kam 1959 zu dem die Justiz weitgehend exkulpierenden Er-

3. Rüthers, System, S. 37.

⁹ Ders., Geschönte Geschichte, NJW 2000, S. 2402 f.

¹⁰ Etwa Carl Schmitt und Karl Larenz, der die NS-Ideologie nachdrücklich vertrat: „Wer kein zuverlässiger Nationalsozialist ist, ist als nationalsozialistischer Jurist ungeeignet“, und „Der Nationalsozialismus hat in Deutschland eine neue, die spezifisch deutsche Rechtsidee zur Geltung gebracht. Nicht zum mindesten darin liegt seine weltgeschichtliche Bedeutung.“: „Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist. Wer außerhalb der Volksgemeinschaft steht, steht auch nicht im Recht.“ (Klee, Lexikon, S. 358; Rüthers, Legenden, NJW 2000, S. 2866 ff).

Andere, wie Erich Kaufmann, emigrierten (Erler, S. 878).

gebnis „daß dem Recht und der Rechtsidee in der Schicksalsnot unseres Volkes Richter treu geblieben sind, ist das große Vermächtnis, das der Nachwelt um der Wahrheit und der Gerechtigkeit willen Mahnung und Ansporn sein soll“¹¹. Auch Weinkauff war der Ansicht, terroristischer Druck von oben habe den Richtern und Staatsanwälten im zweiten Weltkrieg zunehmend keine andere Möglichkeit gelassen, als unmenschlich harte Urteile zu fordern und zu sprechen. Er führte dies auf den strengen Rechtspositivismus zurück, der zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet habe, zusätzlich habe „der Nationalsozialismus alle organisatorischen und standesrechtlichen Formen, die dem Rechtsstande und dem Richtertum ein eigenständiges Leben sichern konnten, allmählich bis auf den letzten Rest beseitigt, und sie durch terroristische Zwangsmaßnahmen ersetzt, die ein eigenständiges Dasein des Rechtsstandes und des Richtertums praktisch unmöglich machten.“¹². Zusätzlich habe eine „starke Welle terroristischer Einzelakte“ eingesetzt, „die ein Gefühl des allgemeinen Bedrohtseins und der Preisgegebenheit um so mehr erzeugten, als sich die Justizverwaltungen als völlig ohnmächtig gegen sie erwiesen. ... Dieser Druck verschärfte sich im Laufe der Zeit immer mehr und nahm besonders im Kriege und gegen sein Ende zu schlechthin terroristische Formen an.“¹³

Die Dokumentation von Ilse Staff¹⁴ erweckt demgegenüber den Eindruck, die Justiz habe den Wünschen und Forderungen der NS-Machthaber bereitwillig nachgegeben. Ebenso kritisch äußert sich Robinsohn zur Strafjustiz in der NS-Zeit. Entschieden widerspricht er der „nahe liegenden Meinung, die Betreffenden hätten unter dem Druck des Regimes nicht anders handeln können ...“¹⁵ als größtenteils unbegründet. Aus der Rechtssprechungspraxis der Hamburger Rasse-schandeverfahren belegt er, „die Staatsanwaltschaft habe indes oft Anklage auch dann erhoben, wenn dies nach Sachlage hätte vermieden werden können.“¹⁶. Nach seinen Erfahrungen konnten die Richter ihre Entscheidungen treffen, ohne

¹¹ Schorn, Vorwort. Er hat bei dem geschilderten „mannhaften“ Widerstand der Richter überwiegend deren Angaben aus den Spruchkammerverfahren unkritisch übernommen.

¹² Weinkauff, S. 170.

¹³ Weinkauff, S. 173.

¹⁴ Staff, S. 9: „Juristen begründeten, daß die Gewalt legal und der Unrechtsstaat ein Rechtsstaat sei“.

¹⁵ Robinsohn, S. 147.

¹⁶ Ders., S. 137.

Nachteile dienstlicher Art befürchten zu müssen¹⁷. Insgesamt stellt er fest, Staatsanwälte und Richter hätten ihren Dienst als eine Funktion der politischen Verfolgung aufgefasst und „sie gingen von Anfang an den gewünschten Weg.“¹⁸

Heute kann man in zeitlichem Abstand und nach vielen weiteren Veröffentlichungen diese Frage neutraler und sachlicher beurteilen. Dazu tragen die jetzt zugänglichen Personalakten ebenso bei wie die Anklagen und Urteile, die das Einstellungs- und Anklageverhalten der Staatsanwaltschaft und die richterlichen Entscheidungen aufzeigen. Die Arbeitsbedingungen – vor allem in den letzten Kriegsjahren – ergaben sich plastisch aus den Akten: Personalknappheit, Papiermangel, Zerstörung der Justizgebäude, Widerstand gegen Gängelung durch die Partei, Benachteiligung gegenüber Polizei und Wehrmacht, Denunziationen der Richter durch Rechtsanwälte. Eine Fülle von Fragen stellt sich zu dem Verhältnis der Justiz und ihrem Selbstverständnis zum neuen Regime, die in dieser Arbeit betrachtet werden sollen.

1.3 GEGENSTAND DER ARBEIT

Die Strafjustiz wurde nach meinem Wissensstand im Bereich eines Landgerichtsbezirks noch nicht näher zu diesen Fragen untersucht. Dies erschien deshalb interessant, weil ein Landgericht mit weniger spektakulären Verfahren im Gegensatz zu den Sondergerichten nicht so sehr unter Beobachtung des Justizministeriums stand und deshalb über mehr Freiraum bei seiner Rechtsprechung verfügt haben dürfte. Hier konnte man sehen, ob die Mechanismen von Lenkung und Beeinflussung der Justiz auch auf den unteren Ebenen griffen.

Der Landgerichtsbezirk Ulm mit 351 677 Gerichtseingesessenen umfasste ein sozial vielfältig gestaltetes Gebiet, in welchem die Landwirtschaft als auch in Mittel- und Großstädten angesiedelt das mittelständische Handwerk und hochspezialisierte Industrie vertreten waren. Geographisch erfasste der Bezirk Stadt- und Landkreis Ulm sowie Teile der Landkreise Biberach, Ehingen, Göppingen, Heidenheim, Münsingen, Saulgau und Schwäbisch Gmünd. 8 Amtsgerichte mit 21 Richtern waren eingerichtet in Blaubeuren, Ehingen, Geislingen, Göppingen, Laup

¹⁷ Ders. 147.

¹⁸ Ebenda.

heim, Münsingen, Riedlingen und Ulm.¹⁹ Die Staatsanwaltschaft hatte in Göppingen eine Zweigstelle eingerichtet, die nach 1939 wegen fehlenden Personals eingespart wurde.

Die Nationalsozialisten veränderten das Strafrecht radikal und setzten die Demontage der Rechtsordnung durch, indem sie als erklärtes Ziel die Strafgerichtsbarkeit zur Unterdrückung, Einschüchterung und Vernichtung der Gegner auf allen Ebenen einsetzen²⁰. Die Staatsanwälte und Richter mussten sich entscheiden, ob und mit welcher Intensität sie dem folgen sollten. Ausführlich wurden die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft analysiert, denn sie entschied als „Herrin über das Vorverfahren“ über Anklage oder Einstellung und wurde damit „zum wichtigsten Instrument breitenwirksamer Strafrechtsverwaltung“²¹.

Bei der Verfolgungsbehörde konnte man die Strafnormen und Sachverhalte sehr weit im Sinne der NS-Ideologie auslegen, damit „Volksfeinde“ persönlich engagiert und intensiv verfolgen, aber auch objektiv und sachlich entscheiden. Haben sie neutral und unabhängig entschieden?

Unter den unterschiedlichen Arten einer Verfahrenserledigung, insbesondere bei Amnestie, konnte man mit einem sehr weiten Ermessensspielraum auswählen und damit Regimeanhänger bevorzugen und Gegner durch Verfolgung benachteiligen. Sind die Referenten dieser Versuchung erlegen um ihre Loyalität zu beweisen oder wurden alle Beschuldigten gleich behandelt?

Bei der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft gegenüber vorgesetzten Stellen lag die Möglichkeit nahe, diese zur Einstellung politisch wichtiger Verfahren anzuweisen. Wurde hiervon Gebrauch gemacht und die Justiz damit „an die kurze Kette“ gelegt?

Von Interesse ist das Verhältnis der Staatsanwaltschaft zur allmächtigen Partei sowie zur der Gestapo, die als zweite Ordnungsmacht ihr natürlicher Konkurrent war.

Das neue Strafrecht und die politischen Normen anwenden mussten die Richter. Sie hatten sich zu entscheiden, ob sie den Vorgaben entsprechend die „Volkschädlinge“ durch höchste Strafen und Sicherungsverwahrungen „eliminieren und vernichten“ wollten. Wie haben sie hierbei auf den neuen Begriff des

¹⁹ Handbuch der Justizverwaltung, S. 247f.

²⁰ Opitz, S. 12; Stolleis, Jus 1982, S. 645 (650).

²¹ Werle, S. 696.

„Tätertyps“ reagiert, nach dem nicht mehr die Tat sondern Charakter und Anlagen des Täters für eine Verurteilung entscheidend waren. Haben sich die Strafen durch die neuen Normen auf die Strafzumessung ausgewirkt, sind Veränderungen in der Strafhöhe im Zusammenhang mit neuen Vorschriften festzustellen?

Durch vielerlei Lenkungsmaßnahmen sollten die Richter die politisch gewünschten Auslegungen übernehmen und hohe Strafen verhängen. Ihr Verhalten auf diese Forderungen sollte ebenso untersucht werden wie die Frage, ob sie persönliche Nachteile zu befürchten oder zu ertragen hatten, wenn dem nicht entsprochen wurde.

Im gleichen Ausmaße interessiert die Frage, ob den Richtern angesonnen wurde, bei politischen Urteilen im Sinne der Partei zu entscheiden.

Diese Problembereiche hängen mit der zentralen Frage zusammen, ob und in welchem Umfange der Partei bei Personalfragen –Einstellungen und Beförderungen – ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht zustand. Waren bei diesen Entscheidungen die politische Einstellung oder die Fachkenntnis ausschlaggebend? In diesem Zusammenhang wird der Karriereweg sowie der soziale Hintergrund der Beamten ebenso beleuchtet wie deren politische Bindungen.

Als wichtigster Punkt ist zu klären, ob es möglich war, Widerstand zu leisten und dem Druck, sich dem Regime anzupassen, zu widerstehen. Vorwiegend in der Nachkriegszeit wurde behauptet, wegen eines übermächtigen Druckes des terroristischen Regimes habe man sich nur unterwerfen können.

Diese Fragen können nicht nur mit Tabellen und Diagrammen nachfühlbar beantwortet werden, es bedarf einer Darlegung geeigneter griffiger Fälle, um das Verhalten Ulmer Strafjuristen darzustellen.

2. Quellenlage

2.1 ALLGEMEINES

Schwerpunkt und Grundlage der Untersuchung bildeten in erster Linie die noch erhaltenen und archivierten Aktenbestände der Ulmer Strafjustiz aus der NS-Zeit. Von Interesse als Grundlage einer Auswertung wären gleichermaßen die Verfahrens- als auch die Verwaltungsakten gewesen. Aus letzteren hätte man Art und Umfang einer Lenkung und Führung der Justiz durch Ministerium, Oberbehörde und vor allem der Partei ersehen können. Einmischungen in laufende Verfahren, Absprachen zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht, Mitbestimmung der Partei und vieles mehr wäre ersichtlich geworden, insbesondere die Personalpolitik hätte bewertet werden können. Dies alles ist beim Fliegerangriff vom 17.12.1944 zusammen mit 87% der Stadt vernichtet worden. Beim Justizministerium in Stuttgart waren noch mehrere Ersatzakten vorhanden, weitere Unterlagen ergaben sich aus Spruchkammerakten.

Bei diesen ungünstigen Voraussetzungen fanden sich bei den Verfahrensakten doch noch überraschend zufrieden stellend bestückte Bestände in den Archiven vor. Ein Teil der Strafabakten war schon während der NS-Zeit und in der Nachkriegszeit ab 1947 nach der 5 – jährigen Aufbewahrungsfrist ausgesondert und an das Staatsarchiv übergeben worden²². Diese ungeliebte Tätigkeit wurde als zusätzliche Arbeit von Bürokräften verrichtet, die viele politische Akten ablieferten, weil sie darin gelesen und interessante Anzeigen von SA- Schlägereien²³ u.ä. gefunden hatten, wie etwa Landfriedensbruch, verbotener Umgang u. ä.

²² Akten des Jahres 1937 wurden im Jahre 1943 (vgl. Register 1937, E 352, Bü. 4571-4573), der Bestand 1936 im Jahre 1947 (vgl. Bü. 4962-4963 a.a.O.) ausgesondert.

²³ Die Bürokräfte interessierten sich nach einiger Zeit auch für den Akteninhalt, lasen von Schlägereien der ihnen z.T. namentlich bekannten SA-Trupps, weshalb die interessanten Verfahren anfänglich abgeliefert und erhalten wurden. Allerdings blieb die Büroarbeit bei dieser intensiven Aussonderung unerledigt, worauf der Geschäftsleiter eine zügigere Aussonderung anordnete. Bei späteren Abgaben an das Staatsarchiv tauchten häufig Aktenstöße mit nichts sagendem Inhalt auf, wie Reisekostenabrechnungen, Haftkostenersatz u. ä.. Diese Akten hatte ersichtlich niemand angeschaut.

2.2 VERFAHRENSAKTEN

Die Akten aus der französischen Zone – dies betrifft die Amtsgerichte Ehingen, Riedlingen, Münsingen und Laupheim – sind in Sigmaringen aufbewahrt. Die Akten aus der amerikanischen Zone sind heute im Archiv Ludwigsburg archiviert, dort lagert der weit überwiegende Anteil aller Ulmer Verfahrensakte.

2.2.1 STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Bestand E 352 – Akten Staatsanwaltschaft Ulm

Unter dem Bestand E 352 sind die Akten der Staatsanwaltschaft Ulm aus der NS-Zeit gelagert. Diese umfassen, trotz der auf den ersten Blick missverständlichen Bezeichnung als staatsanwaltschaftliche Akten, auch die Strafsachen des Landgerichts, was bisher unerkannt blieb. Dies ergibt sich aus dem Verfahrensablauf: Die Staatsanwaltschaft hatte bei fehlendem Tatverdacht die Verfahren einzustellen, die Akten wurden bei ihr abgelegt. Nach Anklagen zum Gericht wurden sie dort aufbewahrt, jedoch nur bis zur Strafvollstreckung, die von der Staatsanwaltschaft durchgeführt wurde. Die Gerichtsakten wurden jetzt wiederum als staatsanwaltschaftliche Akten geführt, und als solche an das Staatsarchiv abgeliefert. Diese konnten weder an Aktenzeichen noch nach abgebender Behörde die Landgerichtsakten erkennen²⁴.

Von den asservierten 8.356 Büscheln der Ulmer Justiz entfielen insgesamt 3.129 Verfahren auf die Zeit von 1931 – 1945, nach Durchsicht erwiesen sich 1.414 Ermittlungsakten als aussagekräftig, sie wurden ausgewertet. Die übrigen Akten enthielten Terminkalender der Gerichte, Gnaden- und Eingangsregister der Staatsanwaltschaft, Urteile der Kriegs-, Polizei- Militär- und SS-Gerichte sowie Privatklassensachen ebenso wie sehr viele Kostenabrechnungen für Verpflegung bei verbüßter Haft. Die Personalakten enthielten nur Dienstalter- und Besoldungsrechnungen; die Listen der flüchtigen Gefangenen sowie der unerledigten

²⁴ Dies führte auf meine Anfrage zur Mitteilung des Staatsarchivs, es seien keine Strafsachen des Landgerichts vorhanden. Formal traf dies zu, denn das Landgericht hatte keine Akten abgeliefert. Erst bei der Durchsicht der staatsanwaltschaftlichen Akten stellte ich deren Herkunft fest.

Strafvollstreckungen, aber auch eine Sterbeliste von Ausländern, die nach dem 2.9.39 im Bereich der StA eines unnatürlichen Todes verstorben waren²⁵.

Der Bestand ist überwiegend lückenlos erhalten und in einem erfreulich vollständigen Zustand: Vom Verfahrenseingang, der Anordnung weiterer Ermittlungen, den Aktenvermerken, Anmerkungen, abgelehnten Verfahrensabgaben über Vollstreckung, Anklagen und Gnadenakten bis ggfs. zur Urteilsaufhebung nach 1945 ist alles erhalten. Dies vermittelt ein griffiges Bild der damaligen Arbeitsweise, insbesondere die handschriftlichen Vermerke beleuchten den Arbeitsablauf und das Spannungsverhältnis zwischen Polizei und Partei gegen die Justiz. Eindrucksvoll geben die zahlreich erhaltenen Annexentscheidungen wie Gnadenverfahren, Urteilsaufhebungen, Strafvollstreckung und -tilgung nach Kriegsende die damalige Situation wider. Die teilweise vorhandenen Gnadenakten zeigen besonders in den letzten Kriegsmonaten, wie Verurteilte versuchten, den Beginn der Strafvollstreckung bis zum absehbaren Kriegsende hinauszuschieben um so der Vollstreckung zu entgehen.

Die Repräsentativität des Archivgutes ist unterschiedlich, die Anzahl der erhaltenen Akten für die einzelnen Jahre von 1933 – 1945 sehr ungleichmäßig verteilt, sie steht in keinem Zusammenhang zu den Eingängen. Aus den Jahren 1933 – 1938 wurden durchschnittlich jährlich lediglich etwa 20 – 30 Akten abgeliefert, ab dem Jahre 1939 liegen regelmäßig über 100 Ermittlungsakten vor.

An Akten, die bei der Staatsanwaltschaft in eigener Zuständigkeit erledigt worden sind, fielen in Summe 246 Verfahren an, unter denen sich 71 politische Verfahren befanden.

Bestand E 350 a Landgericht Ulm

Hier sind in 33,9 lfdRm die abgelegten Strafakten des Landgerichts Ulm zum Teil unvollständig überliefert.

Bestand K 601

²⁵ Eine Durchsicht des Registers zeigten mangels näherer Angaben keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen gegenüber Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen. Aus den Akten ergeben sich Todesfälle am Arbeitsplatz, wegen Krankheit, Eifersuchtstaten zwischen Ausländern. Aus Berichten von Zeitzeugen ist bekannt, dass Ausländer wegen unerlaubter Beziehungen zu deutschen Frauen oder anderen Verstößen erhängt wurden, aus dem Register ist nicht ersichtlich, ob dem Tod eine „Sonderbehandlung“ durch SA, SS zugrunde lag.

Als Ergänzung zu den Verfahrensakten werden die hier archivierten Lageberichte des Generalstaatsanwalts und der Oberlandesgerichtspräsidenten an das Reichsjustizministerium angeführt, in denen regelmäßig an das Reichsjustizministerium über die Stimmung in Justiz und Bevölkerung ebenso wie über rechtliche Fragen, besonders herausragende Vorfälle und über Anfall und Entwicklung einzelner Deliktgruppen berichtet wurde. Diese Berichte sind eine wertvolle Ergänzung, weil keinerlei Verwaltungsakten der Ulmer NS-Justiz überliefert sind. Keinerlei Erlasse geben Aufschluss über die Strukturen, mit denen die Justiz gelenkt und beeinflusst wurde, keine Berichte an das Ministerium schildern, ob die Staatsanwaltschaft versucht hat, strafrechtlich gegen die kriminelle Selbstjustiz von SA und SS vorzugehen oder wie sie auf die Weigerung der Polizei reagierte, in solchen Fällen überhaupt Anzeigen vorzulegen. Eine ganze Fülle von Fragen wurde in den Lageberichten angesprochen, die damit wesentlich die völlig fehlenden Akten aus Ulm ergänzen.

2.2.2 STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Von den in der französischen Zone liegenden Amtsgerichten des früheren Landgerichtsbezirks Ulm waren nur zwei Verfahrensakten erhalten:

Bestand Wü. 30/10, Amtsgericht Münsingen (Bü. T 1 Nr. 77, T 5 Nr.1),

Bestand Wü. 30/16, Amtsgericht Riedlingen.

2.3 PERSONALAKTEN

Eine Suche nach Personalakten war nur möglich mit Kenntnis des Geburtsdatums, denn selbst bei nicht so häufigen Namen waren 140 Personen und mehr eingetragen, eine Suche somit praktisch ausgeschlossen. Geburtsdaten lagen in Ulm kaum vor, denn im Dezember 1944 verbrannten auch alle Anmeldeunterlagen der Stadt, Ersatzregister gab es erst ab 1956²⁶. Das Standesamt gestattete ausnahmsweise Einsicht in das Familienstammbuch, das StA Ludwigsburg machte einen Suchlauf mit Namen und Beruf, beides verringerte den offenen Bestand. Sehr hilfreich war die Suche einer Mitarbeiterin des StA Ludwigsburg in den Kel-

²⁶ So war LG Dir Baitinger zwei Jahre lang aktenmäßig nicht existent, bis ein Lexikon berühmter Ulmer Bürger erschien, in dem die Personalien mitgeteilt wurden.

lerräumen der Staatsanwaltschaft Ulm, in denen mehrere Personalakten auftauchten.

2.3.1 STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

In folgenden Beständen wurden die dortigen Personalakten archiviert:

EL 902/21, 903/2: Hier waren die ursprünglichen Personalakten, z. T. als Nebenakten erhalten.

E 322 III, diese Akten waren bei der Staatsanwaltschaft Ulm erst im Jahre 2008 aufgefunden und dem Staatsarchiv übergeben worden. Es handelte sich um Personalnebenakten, die z. T. bei der Verreichlichung der Justiz angelegt worden waren. Die wesentlichen Teile der Personalakten waren vollständig erhalten.

2.3.2 HAUPTSTAATSARCHIV STUTTGART

Bestand EA 4/104.

Es handelte sich um wenig aussagekräftige allgemeine Sammelakten zu Amtsrichtern und Landgerichtsräten sowie Staatsanwälten. Hilfreich waren die Unterlagen aus denen die Personalien mit Geburtsdatum ersichtlich waren, mit deren Hilfe weiteres Aktenmaterial erschlossen werden konnte.

Bestand EA 4/150, EA/151, EA 4/153.

Diese Bestände enthielten sehr viele bisher fehlende Personalakten, die weit überwiegend vollständig in gut erhaltenem Zustand vorhanden waren. Vom Dienst Eintritt im Dritten Reich bis zur Pensionierung als Beamter in der Bundesrepublik waren alle Unterlagen vorhanden, auch Verurteilungen zu Arbeitslager durch die Spruchkammer.

2.3.3 JUSTIZMINISTERIUM STUTTGART

Die Haupt- und Nebenpersonalakten der Staatsjuristen in Ulm waren sowohl in Ulm als auch beim Ministerium in Stuttgart durch „Feindeinwirkung“²⁷ vernichtet. Auf Nachfrage fanden sich unerwartet zwei Meter Akten aus der NS-Zeit. Diese

²⁷ So die Formulierung des OLGPräs. Stuttgart im Lagebericht vom 3.19.1944, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

waren bei der Verreichlichung der Justiz zum RJM in Berlin abgegeben worden und so den Luftangriffen in Stuttgart entgangen.

Als Aktenzeichen sind die Personalkennziffern vermerkt. Der Bestand war sehr ergiebig, die umfangreichen Akten vollständig – überwiegend mit Beurteilungen – erhalten.

2.4. ERSATZAKTEN

2.4.1 SPRUCHKAMMERAKTEN

Der soziale und politische Hintergrund der Ulmer Strafrichter war häufig nur durch die Spruchkammerakten zu erhellen in denen die Betroffenen ihren politischen Werdegang aus ihrer Sicht darstellten. Ihre eigenen Angaben über ihre politische Vergangenheit sowie die Bezeugungen der für sie auftretenden Entlastungszeugen sind mit kritischer Objektivität zu hinterfragen, wenn sie als Belastete oder Mitläufer eingestuft waren.

Spruchkammerakten Göppingen: Bestand EL 901/8, EL 902/8, EL 900/21.

Spruchkammern Ulm (Stadt) und Land: EL 900/21, EL 900/22, 901/21, 901/22.

2.4.2 WIEDERGUTMACHUNGSAKTEN

Bestand E 350, 350 I

Die Akten des Landesamtes für Wiedergutmachung aus der Zeit 1945 – 1985 (Bestand E 350 I) wurden ausgewertet. So konnte die Aufarbeitung des NS-Unrechts in der Nachkriegszeit beurteilt, und die Verfahren aus Sicht der Opfer gesehen werden. Hier fanden sich ebenfalls Urteile, Schilderungen und Belege über die Lebensumstände, auch von jüdischen Emigranten, sowie Bemühungen um Rückgabe enteigneten Vermögens.

2.4.3 GEFANGENENBÜCHER

Bestand E 356 Gefangenenbücher

Um die zu einem geringen Prozentanteil erhaltenen Verfahrensakten zu ergänzen, wurde auf Ersatzüberlieferungen zurückgegriffen. Hier boten sich die

Erkenntnisse u.a. aus den Gefangenenbüchern der hiesigen Strafanstalten an²⁸. Die Personalakten der Gefangenen enthielten in unterschiedlichem Umfang Urteile, Gnadenunterlagen u. ä.

Ausgewertet wurden Unterlagen der Strafanstalten

- Schwäbisch Hall (E 356 a I),
- Ludwigsburg (E 356 d II, III, V und VI),
- des Landesgefängnisses Ulm (E 356 g) und
- der Frauenstrafanstalt Gotteszell (E 356 i).

2.5 SONSTIGE ARCHIVE

2.5.1 BUNDESARCHIV BERLIN

Bestand R 22

Hier konnten die im Archiv Ludwigsburg fehlenden Lageberichte des Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwalts Stuttgart sowie des Reichsanwalts an das Reichsjustizministerium Berlin erhoben werden.

Bestand R 3001

In diesem Bestand sind ca. 15.000 Personalunterlagen der Juristen abgelegt, die bei der Verreichlichung der Justiz nach Berlin abgegeben worden waren und nach Kriegsende nicht an die Länder zurückgingen. Dies betrifft Juristen, die nicht übernommen worden sind. Vom Landgerichtsbezirk Ulm war keine Akte zu ermitteln.

In diesem Bestand waren die Eingangsregister des Reichsjustizministeriums Berlin, Strafsachenabteilung III mit 21 Bänden der Jahre 1934/35 abgelegt (Findbuch IV/13). Ersichtlich waren daraus Berichte der Justiz des gesamten Reiches über berichtspflichtige Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, die sich weit überwiegend gegen SS- und SA-Männer wegen Tötungsdelikten, Körperverletzungen mit Todesfolge, Landfriedensbruchs u.a. richteten. Es handelte sich häufig um Vorfälle in Konzentrationslagern. Ersichtlich sind auch kurze Sachverhalte und insbesondere die Anweisungen zur Art der Erledigung. Ein

²⁸ In den Gefangenenbüchern waren zwar u.a. Namen, Strafhöhe, U-Haft und verurteilendes Gericht vermerkt. Die Gefangenen waren jedoch nicht nur von Gerichten aus dem gesamten Deutschen Reich, sondern auch von Militär- und SS-Gerichten aus dem ganzen besetzten Europa verurteilt worden. Deshalb mussten zuerst Urteile aus Ulmer Gerichten gesucht, Name und Geburtsdatum des Verurteilten notiert, und damit im Findbuch die zutreffende Personalakte bestellt werden.

beeindruckender Beleg, in welchem gewaltigem Umfang in allen bedeutenden Strafverfahren die deutsche Justiz von Berlin aus „ferngelenkt“ worden war.

2.5.2 STADTARCHIV ULM

Bestände G 5/33 und G 5/52

Hier waren die Tageszeitungen „Ulmer Sturm“ (der von Januar bis Mai 1934 unter dem Namen „Nationale Rundschau“ erschien) und das „Ulmer Tagblatt“, das von 1935 bis 1945 unter dem Doppelnamen „Ulmer Tagblatt/Ulmer Sturm“ erschien. Diese Quellen ergänzten mit ihren Berichten sowohl die Strafverfahrensakten als auch die Informationen über Personalien durch Gerichtsberichte und Personalwechsel auf der Führungsebene.

Bestand „H. Max Ernst“

Unter diesem Bestand war der Nachlassbestand des früheren Behördenleiters Oberstaatsanwalt Ernst abgelegt, der neben seinen kunsthistorischen Manuskripten u.a. auch seine politischen Ansichten niedergelegt hatte.

3 EINFLUSSNAHME IM DRITTEN REICH AUF DIE JUSTIZ

3.1 ALLGEMEINES

Die bei der „Machtübernahme“ übernommenen Richter und Staatsanwälte waren in der Kaiserzeit oder der Weimarer Republik ausgebildet und geprägt worden. Sie genossen dort Ansehen und Respekt und konnten insbesondere in der Weimarer Zeit die Verfassungsrechte ungehindert beachten und umsetzen. Dies wurde ihnen ab 1933 schnell durch ein Bündel von Lenkungs- und Einflussmaßnahmen verwehrt, denn Hitler und seine Partei verachteten den Juristenstand und wollten diesen durch einen „Volksrichter mit gesundem Menschenverstand“ ersetzen, der nach der Parteiideologie entscheiden sollte. Für Hitler und seine Partei war das Strafrecht nur ein technisches Mittel zur Ausrottung und Vernich-

tung aller Gruppierungen und Abweichler, die er als gegnerisch einschätzte oder die ihn nicht willig unterstützten²⁹.

3.1.1 AUSGANGSLAGE DER JUSTIZ IN DER WEIMARER REPUBLIK

Die Urheber der Verfassung hegten ein gewisses Misstrauen gegen die Legislative, denn Gesetze waren für jeden Inhalt zugänglich, und eine parlamentarische Mehrheit hätte durch Gesetz die Grundrechte einschränken können, denn die Richter durften den Inhalt eines formal ordnungsgemäß zustande gekommenen Gesetzes nicht prüfen³⁰, wohl jedoch die Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht³¹. Deshalb schützte die Verfassung die elementaren Grundrechte – Eigentum, Freiheit und Unverletzlichkeit der Person, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit vor gesetzlichen Einschränkungen. Gleiches galt für die Verfassungsrechte, darunter auch die Hauptprinzipien der Rechtsprechung wie richterliche Unabhängigkeit (Art. 102 WRV), das Verbot von Ausnahmegerichten (Art. 105 S. 1 WRV) und rückwirkende Strafgesetze (Art. 116 WRV). Damit waren die elementaren Menschenrechte und die justizielle Rechtsgewährung verfassungsrechtlich durch unabhängige Gerichte verbürgt³². Diese am Rechtspositivismus ausgerichtete unbedingte Gesetzestreue sicherte einerseits eine zuverlässige und unabhängige Rechtsprechung, erleichterte andererseits aber die völlige Veränderung der Weimarer Republik in den NS-Staat, die anfänglich durch Gesetze und Verordnungen erfolgte. Ab dem Jahre 1933 wurde der Rechtsstaat ein Gesetzesstaat, denn formal ordnungsgemäß erlassene Gesetze konnten jeden Inhalt, auch den des Unrechts, annehmen bzw. durchsetzen.

²⁹ Weinkauff, S. 40 ff.

³⁰ Weber, S. 34; Eisenhardt, S. 346; Robinsohn, S. 150. Auch Radbruch führte aus, ein Richter habe „... das eigene Rechtsgefühl dem autoritativen Rechtsbefehl zu opfern.“ Das RG vertrat ebenfalls ständig diese Ansicht: RGZ 107,317; 125, 279.

³¹ Pieroth, S. 11, Rd.Nr. 38.

³² Dahm, S. 268; Eisenhardt, S. 26.

3.1.2 NATIONALSOZIALISTISCHE LENKUNG DER JUSTIZ

Am 24.3.1933 stimmte der Reichstag mit dem Ermächtigungsgesetz³³ seiner eigenen Entmachtung zu. Damit stand den nationalsozialistischen Machthabern der Weg frei, die Weimarer Verfassung umzugestalten und ihre eigene Weltanschauung als Grundlage des Staates durchzusetzen. Zugleich zeigten sie, dass sie nicht gewillt waren, Gesetz und Recht einzuhalten, denn das Gesetz war tatsächlich nichtig, weil zur Mehrheit 119 Stimmen fehlten. Um dennoch eine reguläre Mehrheit vorzutäuschen wurde die Geschäftsordnung entgegen Art. 76 WRV am Tag zuvor dahin abgeändert, dass unentschuldigt abwesende Abgeordnete als anwesend galten. Die – als Brandstifter verfolgten – kommunistischen Abgeordneten wurden ebenso wenig zur Sitzung geladen wie fünf noch ohne Rechtsgrund verhaftete Mitglieder der SPD. Zusätzlich waren fünf Länder im Reichsrat durch „Reichskommissare“ und nicht durch die Landesregierungen vertreten, wodurch 34 Stimmen ungültig waren³⁴. Damit fehlten insgesamt 115 Stimmen, die vom Zentrum mit 73 Mitgliedern nicht zu erlangen waren. Hitler war nie rechtlich wirksam zum Reichskanzler ernannt worden – er wurde es durch die Macht des Faktischen³⁵.

Schon sehr früh hatten die Nationalsozialisten die Bedeutung der Justiz – vor allem der Strafrecht – für die Durchsetzung ihrer Ziele erkannt. Nach ihrer Anschauung hatte das Recht als Vollzugsorgan des totalitären Staates der Vernichtung aller Gegner des NS-Staates zu dienen³⁶, es war lediglich ein Instrument zur totalen Herrschaft³⁷, ein Mittel zur Vernichtung, zum Ausmerzen politischer Gegner³⁸. Die Justiz, insbesondere die Richter, sollten dazu beitragen, mit mitleidloser Härte die Weltanschauung der Nationalsozialisten durchzusetzen. Sie war Dienerin des Staates und damit der Partei, denn nach Ansicht Hitlers hat-

³³ RGBl. I 33, S.141.

³⁴ Opitz, S. 55; Grabitz, S. 27 f.

³⁵ Gritschneider, Todesurteile, DRiZ 2002, 31.

³⁶ Johe, die gleichgeschaltete Justiz, S. 9.

³⁷ Eisenhardt, a.a.O. S. 358.

³⁸ Robinsohn, S. 12.

te die Partei dem Staat zu befehlen³⁹. Eine unabhängige Justiz hatte in dieser Weltanschauung keinen Platz. Das wurde der Öffentlichkeit und der Justiz in den Anfangsjahren des NS-Staates verschwiegen und den Richtern die unabhängige Stellung eines „Richterkönigs“ vorgespiegelt⁴⁰, während sie in Wirklichkeit entmachteter werden sollten und dies auch mit allen Mitteln von Beginn an durchgeführt wurde⁴¹. Die Justiz verlor ihre Unabhängigkeit und wurde zu einem Instrument des nationalsozialistischen Herrschaftssystems umgestaltet, wobei Partei und Regierung – die identisch waren – eine unbeschränkte Normsetzungsmacht besaßen und der Justiz direkte Anweisungen erteilen konnten (mit Ausnahme der Richter).

3.1.2.1 Personalpolitik

Die Nationalsozialisten hatten schon von Beginn der Erhebung an die eminent wichtige politische Funktion des Strafrechts erkannt und danach gehandelt⁴². Sie ergriffen mit der Personalpolitik das wirksamste Mittel, um das bestehende Herrschaftssystem umzugestalten⁴³. Die Justiz, insbesondere das Strafrecht, diente zur Einschüchterung und Eliminierung von Gegnern, aber auch zur Kontrolle und Disziplinierung eigener Anhänger. Der Zugriff auf diese wichtige Berufsgruppe setzte sehr früh ein. So erklärte Reichsrechtsführer Frank beim ersten Nationalsozialistischen Juristentag im Herbst 1933 in Leipzig: „Wir haben in allen diesen letzten Monaten die Organisation des Deutschen Juristenstandes unnachsichtig, zielbewusst und mit der Härte herbeigeführt, die dem neuen Typus des deutschen Menschentums entspricht“⁴⁴

³⁹ Hitler, Rede v. d. Reichsparteitag Nürnberg am 9.9.1934, zit. nach Angermund a.a.O. S. 70.

⁴⁰ Frank, DRiZ 33, S. 274 ff. Nur zwei Jahre später wurde der Richter offiziell als „das tragische Opfer der gegenwärtigen Rechtslehre“ bezeichnet, der nicht mehr als „der stolze Richterkönig ... Recht spricht, nein, er ist der ganz kleine Vollzugsbeamte des formellen Rechts“ (Raecke, JW 1935, S. 358).

⁴¹ Schon vor der Machtübernahme erklärte Hitler öffentlich, dass man „eines Tages über die Unabhängigkeit der Richter, die nicht Selbstzweck sein kann, hinwegschreiten wird“ und 1930: „Wir aber können unsererseits die Richter nur einer Sache versichern: Wenn der Nationalsozialismus ans Ruder kommt, dann fliegen sie ohne Pension auf die Straße.“ (Zit. nach: Opitz, S. 41 f).

⁴² Stolleis, S. 645.

⁴³ Stolleis, S. 645.

⁴⁴ Frank, DRiZ 1933, S. 271.

Die völlige Gleichschaltung in allen Lebensbereichen erforderte auch bei der Justiz eine zuverlässige Umsetzung der politischen Direktiven, wozu der Richterstand durch ein reichhaltiges Instrumentarium umerzogen und diszipliniert werden sollte. Zu den vom Reichsjustizministerium ersonnenen Instrumentarium „ ... gehören die Personalpolitik, die Parteigerichtsbarkeit, die unmittelbare Einflussnahme auf die Richter durch persönliche Einschüchterung und schließlich die Schulung der Richter, insbesondere des juristischen Nachwuchses als quasi antizipierte Disziplinierung“⁴⁵. Im Dienstagebuch des Reichsjustizministers Gürtner sind detailliert Art, Umfang und Anwendung dieser Maßnahmen dargestellt⁴⁶.

Zuerst versicherte sich der Nationalsozialismus des wichtigsten Instruments der Staatsführung und „ ... griff mit harter Hand nach den Beamten und versuchte, ihre Verpflichtung auf den Staat durch Bindung an Parteiziele zu ersetzen.“⁴⁷ – diese wurden nicht mehr auf den Staat sondern persönlich auf Hitler und damit auf die Partei verpflichtet, sie standen damit gleichsam zu deren Verfügung⁴⁸. In der Weimarer Zeit hatte der Eid zur „Treue gegenüber der Verfassung“, zur Bewahrung der Legalität und zur politischen Neutralität verpflichtet. Ab 1933 forderte der „neue Staat“ ein Bekenntnis zum rassereinen völkischen und totalen Führerstaat und dessen aktive, engagierte Unterstützung. Mit dem Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“⁴⁹ konnte die Reichsregierung Beamte entlassen, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. Erweitert wurde diese Forderung schon ab dem 14.11.1935⁵⁰ auf Ernennungen zum und Beförderungen von Beamten. Nunmehr war hierzu eine Stellungnahme der Parteiinstanzen erforderlich⁵¹. Die Justiz hatte

⁴⁵ Löffler, S. 59 ff.

⁴⁶ Löffler, Dienstagebuch.

⁴⁷ Stern, S. 367.

⁴⁸ Das Traktat von Roser, 1933, „Der Beamte gehört dem Staat“ gipfelte in dem Satz: „Für uns ist der Nationalsozialismus die Erfüllung des Schöpferwillens Gottes auf Erden.“

⁴⁹ Ges. v. 7.4.1933 RGBL. I S. 175.

⁵⁰ AV v. 14.11.1935, DJ 35, S. 1656.

⁵¹ Mit Erl. RJM v. 28.3.1936 waren für Richter und Staatsanwälte Personalblätter anzulegen, die der politischen Einstellung des Beamten die gleiche Beachtung zuzuwenden hatte, wie seiner politischen Eignung. Präzisiert wurden die politischen Anforderungen mit Erl. RJM v. 19.12.1937, eine formale Parteizugehörigkeit belege die politische Zuverlässigkeit noch nicht, vielmehr habe sich der Beamte nach besten Kräften durch persönliche

nachdrücklich darauf bestanden, in erster Linie die fachliche Eignung zu beachten, letztlich wurde diese Auseinandersetzung zwischen Partei und Justiz zu Gunsten der Partei entschieden. Bei Ernennungen von Beamten war eine Unbedenklichkeitserklärung der Partei vorzulegen die damit über die Personalpolitik entschied. Dies war eine Entmachtung für die Justiz, die ihr eigenes Ressort nicht mehr selbst besetzen konnte. Dieses Besetzungsmonopol der Partei war umso wirkungsvoller, als feste Anstellungen damals schwer zu erlangen waren und Assessoren häufig zwischen vier und acht Jahren darauf warten mussten.

Der Ausbildung und Schulung kam eine zentrale Bedeutung beim Aufbau der NS- Rechtspflege zu. Diese war ursprünglich Angelegenheit der Länder gewesen und wurde erst mit der Justizausbildungsordnung vom Juli 1934 vereinheitlicht, da der NS-Staat „auch der inneren Einstellung der Juristen nicht neutral gegenüber stehen“ wollte, wie Freisler anmerkte⁵². Eine neue, revolutionäre und zuverlässige Elite wurde schon ab 1933 in politischen Schulungen⁵³ herangezogen, denn verschwindend wenige Staatsjuristen waren 1933 Parteigänger⁵⁴, der „übernommene Beamtenkader“ musste umerzogen werden. Dazu mussten die neu eingesetzten zuverlässigen Behördenleiter auf das gesamte Personal „persönlich aufklärend und belehrend einwirken und sich gelegentlich davon“ überzeugen, dass „auch ihnen das wesentliche Gedankengut des Nationalsozialismus nicht fremd geblieben ist.“⁵⁵

Bereits die angehenden Juristen wurden in Studentenorganisationen und Gliederungen der Partei im Sinne der Machthaber⁵⁶ infiltriert. In den Staatsprüfungen waren Kenntnisse der NS-Weltanschauung nachzuweisen, auch hatten die Kandidaten zu belegen, dass die Grundsätze der nationalsozialistischen Lehre die

Mitarbeit in der Bewegung für die Erreichung der nationalsozialistischen Bewegung einzusetzen. Diese Beeinflussung führte letztlich dazu, dass bis 1939 ca. 85 % der Staatsjuristen in Ulm der Partei beigetreten waren.

⁵² Zit. nach Gruchmann, S. 300.

⁵³ Siehe im Einzelnen hierzu Frassek, S. 295 ff.

⁵⁴ In Ulm war es nur ein einziger Staatsanwalt, der als „Alter Kämpfer“ eine schnelle Karriere machte und dies 1945 mit zwei Jahren Arbeitslager büßen musste.

⁵⁵ AV v. 7.11.1933 RJM, zit. nach Schütz, s. 106.

⁵⁶ Dies war der „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“, 1936 umbenannt in „NS-Rechtswahrerbund“, zu dessen Funktionen im „Rechtskampf“ s. Raeke, JW 1935, S. 2857 ff.

Grundlage ihres Denkens und Handeln bildeten. Für die Partei war es selbstverständlich, dass nur sie dies beurteilen konnte⁵⁷.

Bei jeder Anstellung, Versetzung und Beförderung eines Richters oder Staatsanwaltes war die zuverlässige politische Beurteilung durch die Gauleitung unabdingbar. Dieses Mitspracherecht der Partei hatte Freisler Ende 1935 durchgesetzt⁵⁸. Das berufliche Fortkommen hing damit von der parteilichen Bewertung ab, vor allem leitende Stellen wurden nur noch von energischen, überzeugten Parteigängern besetzt⁵⁹. Noch gewichtiger, weil existentiell gefährlich, waren Entlassungen aus dem Dienst. Wer als Richter oder Staatsanwalt der Partei politisch unliebsame, rechtlich aber unumgängliche Entscheidungen fällte, dem wurde der Hinauswurf nicht nur angedroht, sondern in vielen Fällen wurde er sofort versetzt oder entlassen⁶⁰.

3.1.32.2 Unbeschränkte Macht zur Normgebung

Als verhängnisvoll für Staat und Justiz wirkte sich die Aufhebung der Gewaltenteilung und damit die Machtfülle aus, die Hitler im totalitären Führerstaat beanspruchte und auch unbeanstandet ausübte. Er war Regierungschef, Gesetzgeber und zugleich „oberster Gerichtsherr der Nation“⁶¹. Nach dem Röhm - Putsch wurde allgemein anerkannt, dass Hitler Recht setzen könne: „Der Wille des Führers ist das oberste Gesetz, ist das Recht des nationalsozialistischen Staates.“⁶², „Das Recht und der Wille des Führers sind eins“ und „Der Führer

⁵⁷ Freisler, a.a.O. , DJ 1936, S. 53.

⁵⁸ Freisler, a.a.O. , DJ 1936, S. 53.

⁵⁹ Weinkauff, S. 70.

⁶⁰ Im Juli 1943 listete das RJM 63 Richter als unzuverlässig auf, die in der Folgezeit entfernt wurden (Angermund, S. 190), selbst beim Reichsgericht wurde ein Senatspräsident in den Ruhestand versetzt, weil er zwei Revisionen von Angeklagten stattgegeben hatte. Eine Strafkammer, die einem Polen strafmildernd zugute gehalten hatte, das Hemmungsvermögen von Polen sei nicht so ausgeprägt wie bei Deutschen, wurde vollzählig abgelöst (Zit. nach: Angermund, S. 144). Auch in Ulm wurden Richter wegen zu milder Urteile nicht befördert oder in die Provinz versetzt.

⁶¹ Wagner, S. 205, m.w.N.; Weinkauff, 40 f; Echterhölter, S. 13 f.

⁶² Frick, DV 1939, S. 228 (Zit. nach: Echterhölter, S. 13).

Adolf Hitler als Träger der höchsten Souveränität ... ist alleiniger Ursprung allen Rechts“⁶³

Die Rechtsprechung übernahm diese Ansicht und sprach Hitler die Rechtsmacht zu, mit der gesprächsweisen Äußerung, die Ernsten Bibelforscher sollten verboten bleiben, habe er geltendes Verfassungsrecht - das einer Verurteilung dieser Gruppe entgegenstand - aufgehoben und neues schaffen können⁶⁴.

Das neue Regime setzte sich über bisher geltendes Verfassungsrecht hinweg, das Analogieverbot wurde ebenso beseitigt wie das Verbot der Rückwirkung von Strafgesetzen. Die Todesstrafe wurde maßlos angedroht, von 1933 bis 1939 in 12, in der Folgezeit bis 1945 in weiteren 15 Strafnormen. Nicht mehr Gesetze und Richter bestimmten nunmehr, was strafbar war, sondern „gesundes Volksempfinden“ – und das bestimmte die Partei. Der Richter wurde so vom Diener des Rechts zum Knecht des Parteiprogramms. Die zahlreichen neuen Strafnormen wurden nicht mehr im vorgegebenen Gesetzgebungsverfahren sondern als Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, der Reichstag dazu nicht mehr benötigt.

Die prozessualen Vorschriften wurden zum Nachteil der Angeklagten abgeändert, entsprechend dem Führerprinzip teilte der Gerichtspräsident die Verfahren zu, unerwünschte Schöffen konnten ausgeschlossen werden⁶⁵, damit gab es keinen gesetzlichen Richter mehr. Zum 1. Januar / 1. April 1935 gingen reichsweit alle Landesjustizbehörden auf das Reich über; das Reichsjustizministerium erhielt eine ungeheure Machtfülle, es konnte 2.500 Gerichte mit über 14.000 Richtern zentral führen⁶⁶ und lenken und vor allem alle Staatsanwaltschaften verbindlich anweisen, politische Verfahren nach politischen Gesichtspunkten zu erledigen. Die Unterwerfung der Justiz unter die Partei zeigte sich symbolisch an der Einführung des Deutschen Grußes⁶⁷, wodurch Hitler als

⁶³ Lammers, RVerw.Bl. 1943, S. 43, (Zit. nach: Echtermöller, S. 13).

⁶⁴ Siehe hierzu Abschnitt 5.7.2.6, Verfahren gegen Ernste Bibelforscher.

⁶⁵ Gesetz von 14.11.1937, RGBl. I, 1937, S. 1286.

⁶⁶ Ges. v. 5.12.1934, RGBl. I 1934, S. 1214; Ges. v. 24.1.1935, RGBl. I 1935, S. 68.

⁶⁷ Erlass RJM Abt. Baden – Württemberg Nr. 7013 v. 14.2.1935, zit. nach: Weinkauff, S. 121.

In Ulm wurde dies schon ca. ein Jahr vorweggenommen. In einer Verordnung vom 8. Dezember 1933 wurde zur Wahrung von Ordnung und Würde des Gerichts bestimmt: „Die im Sitzungssaal anwesenden Personen haben beim Erscheinen des Gerichts von ihren Plätzen aufzustehen und das Gericht mit dem deutschen Gruß durch

oberster Gerichtsherr anerkannt wurde, der allein entschied, was rechtens war. In der Ära des stellvertretenden Reichsjustizministers Schlegelberger wurde die Justiz weiter entmachtet, Verfahren gegen Polen und Juden der Justiz entzogen und der Gestapo unterstellt⁶⁸, weil die Justiz nicht die Härte hätte, erforderliche Todesurteile auszusprechen. Am 20.8.1942 wurde Thierack - als fanatischer und brutaler Nationalsozialist bekannt - zum Reichsjustizminister ernannt. Unter ihm verschwand die letzte Unabhängigkeit der Justiz: er setzte eine barbarische Härte der Rechtsprechung durch, die unmittelbar durch „Vorschau und Nachschau“⁶⁹, Richterbriefe u. a. Maßnahmen gesteuert wurde, die Strafverfolgung von Polen, Juden, Russen, Zigeunern und asozialen Strafgefangenen wurde an die SS und Polizei „zur Vernichtung durch Arbeit“ abgegeben.

3.1.2.3 Direkte Lenkungsmaßnahmen

Die Staatsanwaltschaften hatten über alle politischen Verfahren dem Reichsjustizministerium zu berichten und diesem den Entwurf der Abschlussverfügung zur Genehmigung vorzulegen⁷⁰. Auf Grund der Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwaltschaften konnten sie zu den politisch gewünschten Entscheidungen angewiesen werden. In besonders gewichtigen Verfahren gegen Parteiangehörige wurde sehr häufig dieser Weg für Einstellungen gewählt, dies gilt sowohl für Ulm bei Übergriffen von SA- und SS-Männern gegenüber Kritikern als auch reichsweit⁷¹

Erheben des rechten Armes zu begrüßen. Das Gericht erwidert stehend mit dem deutschen Gruß. Dies wiederholt sich am Ende einer Sitzung.“ (Sander, Band 5a, S. 178).

⁶⁸ Verordnung vom 4.12.1941, RGBl. I 1941, S. 759.

⁶⁹ Das RJM ordnete 14-tägige Besprechungen der Richter mit den Dienstvorgesetzten an, welche die Zielpunkte der Staatsführung übermittelten, die bedeutenden Verfahren waren ja bereits nach Berlin berichtet worden. Bei der Feststellung des Sachverhaltes blieben die Gerichte unabhängig, nicht bei Strafart und -höhe. Auch die Nachschau zeigen Wirkung. Als ein Gericht einen Geistlichen wegen Verstoßes gg. Sammlungsgesetz freisprach, machte der LG-Präsident der Kammer Vorwürfe: „Noch ein solches Urteil, und sie liegen auf der Straße“. Einer der Richter trat in den Ruhestand.

⁷⁰ RV d. RJM v. 16. u. 18.10.1934, BAB R 22/953 Bl. 46.

⁷¹ Das Eingangsregister der Geschäftsstelle III für Strafsachen beim RJM verzeichnet überwiegend Anweisungen zu Einstellungen, insbesondere bei Tötungs- und Körperverletzungen von SA und SS im KZ (BAB R 3001, Findbuch IV/13).

Den Richtern wurde die Notwendigkeit einer harten Rechtsprechung damit begründet, dies sei während einer kurzen Übergangsphase erforderlich. Frank, Bayerischer Justizminister und Führer des Deutschen Rechtswahrerbundes, versprach der Richterschaft eine große Zukunft im Dritten Reich, das sich zu einem Rechtsstaat entwickeln werde, an dessen Spitze ein mächtiges, unabhängiges „Richterkönigtum“ stehen werde: „ Der Richter soll ... der große, gütige Richterkönig, der Herrscher über das Leben der Nation sein. ... Wir wünschen diesen Richterkönig. Der entscheidet nach den Gesetzen der Nation, der Richterkönig allerdings, der dann gerade deshalb die Achtung beanspruchen kann, weil er unabhängig und frei nur dem Gewissen der Nation unterworfen ist, das sich in ihm zu verkörpern hat“ ⁷².

Die Erfolge solcher indirekten Einwirkungen auf die Gerichte – die nachfolgend dargestellt werden - waren unabwägbar, weshalb ein direkter Zugriff in Einzelfällen die Verschärfung der Rechtsprechung sichern sollte. Zur Beeinflussung der Richter wurde die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft eingesetzt, deren Vorgehen dabei genau vorgeschrieben war⁷³:

„Die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern mehr denn je verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften und Gericht. Von den Staatsanwälten erwarte ich, daß sie mit den Vorsitzenden der Strafgerichte in ständiger Fühlung sind, und ich bin überzeugt, daß diese ihm dabei bereitwillig zur Verfügung stehen und entgegenkommen. Unerläßlich ist, daß die Fühlungnahme taktvoll geschieht. Bei dem Richter darf nicht der Eindruck hervorgerufen werden, es werde eine unzulässige Beeinflussung seiner Entscheidungsfreiheit unternommen. Dies gilt ganz besonders in den Ausnahmefällen, in denen dem Staatsanwalt von vorgesetzten Stellen aufgegeben ist, eine bestimmte Rechtsauffassung zu vertreten oder in denen ihm Richtlinien zur Frage der Strafzumessung gegeben sind.“

⁷² Frank, DRiZ 1933, S. 274 ff. Die Wirklichkeit sah anders aus: ein Kreisleiter drohte einem nicht willfährigen Richter an, er werde ihn bei einem gleichartigen Urteil mit der Hundepeitsche züchtigen.

⁷³ Erlass des RJM v. 5.10.1942, Az. 3263 – IV a 4 1922/42, enthalten in den Generalakten d. StA b.d. LG Berlin betr. Gerichtsorganisation, Az. 32, Bd. 2, Bl. 36/R (Zit. nach: Schwarz, Alfons, FN 214, S. 51).

3.1.2.4 Mittelbare Einwirkungen

Die justizkritische Reichstagsrede Hitlers vom 26.4.1942⁷⁴ führte zu weiteren Lenkungsmaßnahmen für die Richter. Dies nahm das Justizministerium zum Anlass, Instrumentarien zur direkten Einflussnahme auf die Gerichte einzusetzen:

- Richterbriefe legten der Justiz die Ansicht des Ministeriums dar, in welcher Weise gesetzliche Regelungen auszulegen, welche Strafen angemessen seien.
- In einer Vorschau hatten die Richter mit Vorgesetzten das erwünschte Ergebnis in politischen Verfahren zu erörtern.
- Mit der Staatsanwaltschaft war das zu beantragende und auszusprechende Strafmaß vor der Entscheidung abzustimmen.
- In einer Nachschau war das tatsächlich erlassene Urteil zu besprechen.
- In Geheimnachrichten des Reichsjustizministeriums wurden politisch unpassende Entscheidungen der Gerichte kritisiert.

Ab dem Jahre 1942 wurden allen Strafrichtern so genannte Richterbriefe auf dem Dienstweg vom Reichsjustizministerium zugeleitet, in denen die Rechtsauffassung des Ministeriums über die Normauslegung und die Strafhöhe dargelegt wurden. Ausgesuchte gerichtliche Entscheidungen wurden gelobt oder kritisiert, als nachahmenswert oder abschreckend dargestellt. In einem Justizministerialerlass vom 7.9.1942 an die Chefpräsidenten und Generalstaatsanwälte wurde ausgeführt, der Richter solle wie ein Arzt dem Volksgenossen Hilfe bringen, er müsse aber auch einen Krankheitsherd im Volke ausbrennen und die Eingriffe eines Chirurgen machen können⁷⁵. Im Richterbrief 1 wurde eingehend die nach nationalsozialistischen Ansichten angemessene Strafhöhe besprochen. Gefordert wurde grundsätzlich die Todesstrafe für Verdunklungsverbrechen, Plünderung nach Bombenangriffen und ähnliche Volksschädlinge. Im Richterbrief Nummer 3 wurde die Vernichtung der Asozialen angefordert.

⁷⁴ Der jähzornige Bautechniker Schlitt hatte jahrelang seine Ehefrau misshandelt, die daran verstarb. Er wurde am 14.3.1942 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, was Hitler zu milde erschien. Auf den außerordentlichen Einspruch wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. Dieses angeblich zu milde Urteil nahm Hitler zum Anlass, in seiner Rede jeden in der Justiz mit Entlassung zu drohen, der nicht in seinem und dem Parteisinne entscheide. Die Rede soll auch durch die Militärjustiz verursacht gewesen sein, die sich geweigert hatte, strafrechtlich gegen die Generale vorzugehen, die nach Hitlers Ansicht versagt hätten (Gribbohm, DRiZ 1969, S. 393).

⁷⁵ Zit. nach: Weinkauff, a.a.O., S. 164.

Die Richterbriefe wurden in Württemberg - Hohenzollern offiziell gegenüber dem Reichsjustizministerium zwar gelobt, wie etwa von Generalstaatsanwalt Wagner: „Dabei wird besonders die taktvolle, geschickte und überzeugende Art anerkannt, in der die Auffassung der Staatsführung vom Reichsjustizministerium zum Ausdruck gebracht und so die Rechtsprechung gelenkt wird, insbesondere dadurch, dass der Richterbrief die erforderlichen Vergleichsmaßstäbe bietet und Beispiele für eine sach- und zeitgemäße nationalsozialistische Strafzumessung gibt“.⁷⁶

Offener und ehrlicher klingt der Bericht des Oberlandesgerichtspräsidenten: „Die Richterbriefe haben so allgemein Anklagen gefunden, dass darüber nichts mehr gesagt zu werden braucht. Ihre Autorität war von Anfang an so gross, dass sie vereinzelt sogar – trotz der Vertraulichkeit – als Beleg in den Urteilsgründen sistiert [sic] wurden.“⁷⁷ Ergänzend schilderte er eine gegenteilige Ansicht aus einem SD-Bericht, nämlich „... dass die Richterbriefe zwar im allgemeinen Anklang finden, dass aber doch eine Anzahl von Richtern die Briefe als einen Beeinflussungsversuch und als einen Eingriff in die „richterliche Unabhängigkeit“ ansehen und deshalb ablehnen. Ich selbst habe jedenfalls noch nie eine ablehnende Äusserung, sondern nur Stimmen der Anerkennung über die Richterbriefe gehört.“⁷⁸

Demnach hatten doch einige Richter ihre unabhängige Denkweise und eigenständige Denkweise bewahrt und sich als widerständisch gezeigt.

3.1.2.5 Direkte Urteilskorrekturen

Während der nationalsozialistischen Herrschaft stieg die Höhe des durchschnittlichen Strafmaßes an, auch die Zahl der Todesurteile nahm, nicht zuletzt durch die Entscheidungen der Militär-, Sonder- und Standgerichte⁷⁹, zu. Dies war sicherlich auch durch die oben dargestellten Beeinflussungen bedingt. Dennoch weigerte sich eine ansehnliche Anzahl von Richtern nach wie vor, die selbst für Bagatelldelikte politisch gewünschten extrem harten Strafen auszusprechen. Vor allem

⁷⁶ GenStA, Lagebericht v. 31.5.1943, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

⁷⁷ Lagebericht des OLG-Präs. V. 4.12.1943, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ K. Fortelka. Die Radikalisierung der Militärjustiz im „Dritten Reich“,

ältere, erfahrene Juristen waren nicht bereit, sich bedingungslos der NS – Weltanschauung anzupassen. Solche nach Ansicht von Parteifunktionären zu milden Urteile wurden einfach „ korrigiert“: Wurden Angeklagte nach Ansicht von Polizei oder Partei zu milde bestraft oder freigesprochen, nahm man sie kurzerhand in Schutzhaft ins KZ, als gefährlich eingestufte Personen wurden nach Verurteilung von der Polizei / SS kurzerhand exekutiert⁸⁰. Diese „ Urteilskorrekturen“ hatten u. a. zum Ergebnis, dass die Gerichte von sich aus bestrebt waren, durch harte Urteile ein berichtigendes – tödliches – Eingreifen der politischen Polizei zu verhindern und so letztlich den Angeklagten zu helfen⁸¹.

3.1.3 Umsetzung der Maßnahmen in der Alltagspraxis

Die Darstellung der gesamten Maßnahmen zeigt einen großen Umfang von Eingriffen in die Unabhängigkeit der Justiz. Noch schlimmer stellt sich die Auswirkung in der Praxis dar. Nur in wenigen Akten finden sich kurze Anmerkungen zu diesem Bereich, welche eine radikale Veränderung der faktischen Rechtssituation aufzeigen.

Nicht die Staatsanwaltschaft sondern die Polizei entschied bei einem beachtlichen Teil über die strafrechtliche Verfolgung politischer Verfahren. Sie war von massiven kriminellen Übergriffen der SA und SS gegen Regimekritiker häufig schon zuvor informiert und erschien am Tatort erst spät, um dann die Opfer – und nicht die Täter - in Schutzhaft zu nehmen⁸². An die Staatsanwaltschaft – welche den Vorfall aus der Tageszeitung entnehmen musste - wurde keine Anzeige gefertigt, auf Anforderung auch keine Akten übersandt⁸³.

⁸⁰ Nur für die Sondergerichte Bromberg und Frankfurt/Oder war die Anzahl der Übernahmen von Angeklagten durch die Gestapo zahlenmäßig erfasst. Insgesamt wurden in Bromberg 38,8%, in Frankfurt 21,3 % Personen überstellt, davon nach Verfahrenseinstellung 36,4% bzw. 7,0%, nach Freispruch 63,5% bzw. 13,5%, während der Strafvollstreckung 57,7% bzw. 22,9% (Weckbecker, S. 798). In Ulm kann nur gelegentlich aus den Straf-/Vollstreckungsakten das Ableben von Tätern im KZ festgestellt werden.

⁸¹ Schorn beschreibt mehrere Fälle, in denen Richter in Absprachen mit der Verteidigung auf diese Weise Einweisungen in das KZ erfolgreich verhinderten.

⁸² HStA Stuttgart, EA 4/150 , Bü. 732.

⁸³ Siehe Brief des Behördenleiters der Staatsanwaltschaft Heß, abgedruckt Absch. 6.5.1.

Der Ermittlungsauftrag, gegen einen SS-Sturmbannführer nachdrücklich zu ermitteln, kam nach Erledigung mit dem Hinweis zurück, nach Amnestie einzustellen – dies wurde befolgt.

Drei Ministerien und die Staatsanwaltschaft hatten die Bestrafung von HJ- und Parteiangehörigen wegen Landfriedensbruch gefordert, die Partei setzte eine Einstellung nach Straffreiheitsgesetz durch⁸⁴, wobei dies der stellvertretende Gauleiter durch seine Sekretärin dem Behördenleiter der Staatsanwaltschaft ausrichten ließ.

Die Richter waren durch ihre Unabhängigkeit weitgehend geschützt vor direkter offizieller Beeinflussung, dennoch fühlten sich ihnen selbst kleine Parteifunktionäre überlegen und bedrängten sie in bestimmten Verfahren im Sinne der Partei zu entscheiden, andernfalls sie mit Versetzung oder Entlassung zu rechnen hätten.⁸⁵ Waren solche Einmischungen abgewehrt, so setzte die Parteihierarchie öfters eine Erledigung durch Amnestie durch.

⁸⁴ StA Ludwigsburg E 352, Bü. 41. Vgl. Abschnitt 4.4.3.6. (2).

⁸⁵ HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü. 732 (Ri. Majer; a.a.O. EL 902/21, Bü. 4663 (Ri. Wenger).

4. Die Staatsanwaltschaft

4.1 ALLGEMEINES

Zu einem „schlagkräftigen Instrument in den Händen der politischen Führung“ sollte die Justiz umgestaltet werden, um die Kritiker und Gegner mundtot zu machen, zu eliminieren und zu liquidieren. Die weisungsgebundene - und damit von der politischen Führung abhängige - Staatsanwaltschaft war am besten als Einfallstor dafür geeignet, die NS-Ideologie im Alltag des Strafrechts um- und durchzusetzen. Sie wurde von Beginn an als „gegebene Lenkungsbehörde“ verstanden, mit deren Hilfe die Partei ihre Machtposition festigte, politischen Gegnern strafrechtliche Maulkörbe verpasste und sie einschüchterte. In allen gewichtigen Verfahren war jeglicher Freiraum der Justiz für eigene Entscheidungen eingeschränkt durch eine enge Berichtspflicht der Staatsanwaltschaften über den Generalstaatsanwalt - der häufig zu einer bestimmten Erledigung anwies - an das Reichsjustizministerium. In diesen Fällen musste die vorgesehene Abschlussverfügung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Berichtsfälle 1934 - 1938 sind beim Reichsjustizministerium mit Sachverhalt und Anweisungen über die Erledigungen aufgelistet⁸⁶. Löffler schildert die Vielzahl von Verfahren gegen SS- und SA-Angehörige wegen Totschlags, Mordes, schwerer Körperverletzung u.ä., in denen die Gerichte und Staatsanwaltschaften zu Verfahrenseinstellungen angewiesen wurden. Bei einer überschlägigen Durchsicht waren Vorgänge aus dem Bereich Ulm nicht festzustellen, aus den archivierten Akten sind jedoch gleichartige Anweisungen vom Generalstaatsanwalt oder von Parteifunktionären an die Behörde ersichtlich. Dies belegt plastisch die „Gängelung“ der Justiz über die Staatsanwaltschaften durch die Parteiorgane, wodurch sowohl NS-Straftäter jeglicher Strafverfolgung entzogen wurden als auch Regimekritiker einer repressiven, unnachsichtigen Strafverfolgung ausgesetzt waren.

Diese einflussreiche Schlüsselstellung der Staatsanwaltschaft hatte die Partei bei der Machtübernahme sofort erkannt und sich auf normativem Weg den Einfluss bei Einstellung und Beförderung von Beamten gesichert⁸⁷. Bei einer weisungsgebundenen Behörde waren die Führungspositionen besonders wichtig, die

⁸⁶ BAB, R 3001, IV/13.

⁸⁷ Die Partei beurteilte die entsprechenden Beamten auf ihren politischen Einsatz und ihre Zuverlässigkeit, ohne die weder Einstellung noch Beförderung möglich waren.

bevorzugt mit linientreuen und politisch zuverlässigen Anhängern besetzt wurden. So waren zum 1.12.1941 alle Leitungspositionen beim Generalstaatsanwalt Stuttgart und bei allen Staatsanwaltschaften im Land Württemberg mit loyalen Parteigängern besetzt worden.

Nicht nur durch Personalpolitik hatte das Regime auf die Justiz Einfluss genommen sondern auch mit zahlreichen legislativen Änderungen⁸⁸ und Lenkungsmaßnahmen⁸⁹ die Stellung der Staatsanwaltschaften gegenüber den Gerichten gestärkt, wobei diese Entwicklung bereits 1924 mit der Einführung des Opportunitätsprinzips und gleichzeitig einer Einschränkung des Legalitätsprinzips durch die Lex Emminger⁹⁰ begonnen hatte. Die Strafjustiz wurde zu einem wirkungsvollen Bestandteil der repressiven Unterdrückung jeglicher Kritik umgestaltet, Justiz und Polizei festigten so gleichermaßen den Machterhalt des NS-Regimes.

Wie reagierte die Staatsanwaltschaft Ulm auf diese politisch bedingten Strafrechtsänderungen, blieb sie „Wächter der Gesetze“ oder reagierte sie als gehorsames, willfähiges „Organ der Staatsregierung“, vertrat sie als „Panzertruppe und Speerspitze der Partei“⁹¹ deren Ideologie? Diese Frage beantwortet sich durch die Auswahl der Erledigungsarten: Die Sachbearbeiter konnten die – insbesondere gegen Kriegsende – immer härter werdenden Strafandrohungen in fanatischem Parteinne umsetzen, Gesetze und Verordnungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten – Recht ist, was der Führer will – auslegen, mit sophistischer, extensiver Auslegung versuchen, möglichst viele Taten hierunter zu subsumieren. Ein solches Verhalten war bei überzeugten Parteigängern zu erwarten, welche die Parteiideologie verinnerlicht und übernommen hatten. Man konnte aber auch objektiv und der herkömmlichen Neutralität verpflichtet die politischen Normen restriktiv auslegen und den Bereich der Strafbarkeit auf ein vernünftiges Maß zurückdrängen, denn die unbestimmten Rechtsbegriffe –des Tätertyps etwa – boten dazu jegliche Möglichkeit. Eine gleichmäßige Behandlung

⁸⁸ Abschaffung des gerichtlichen Vorverfahrens, Nichtigkeitsbeschwerde der StA, beschleunigtes Verfahren u.a.

⁸⁹ Berichtspflichten in allen bedeutenden, vor allem politischen, Verfahren, Vorbesprechung mit den Gerichten über das erwartete Strafmaß. Siehe im einzelnen Abschnitt Einfluss, Lenkungsmaßnahmen und Anders, Sudetengau, S. 230 f.

⁹⁰ Emminger, Erich, Reichsjustizminister 1923/23, der eine Justizreform u. a. mit dem Opportunitätsprinzip für die Staatsanwaltschaft und dem neu eingeführten Schwurgericht durchgeführt hatte.

⁹¹ Vgl. unten Abschnitt 6.5

aller Beschuldigten bei Rechtsanwendung, Beweiswürdigung und Strafzumessung würde ein distanziertes Verhältnis zum Regime dokumentieren, eine Bevorzugung von Parteigenossen einerseits, andererseits eine unnachsichtige Behandlung der Kritiker eine inakzeptable Ungleichbehandlung darstellen.

Diese als Indikatoren für eine nationalsozialistische oder klassisch-objektive Überzeugung dienenden Verhaltensmuster wurden ermittelt, indem die entsprechenden Parameter der Jahre 1931/32 mit der Folgezeit verglichen wurden, ebenso signifikante Veränderungen in der Zeit von 1933 bis 1945.

Zwei unterschiedliche Auswertungsmethoden wurden hierzu eingesetzt: Auf der Hand lag die Durchsicht und Auswertung des archivierten staatsanwalt-schaftlichen Aktenmaterials, soweit dieses politische Sachverhalte enthielt. Die überlieferten 71 Verfahrensakten⁹² erschienen für eine repräsentative Auswertung nicht ausreichend. Allerdings ist der geringe Anteil an überlieferten Akten ein deutlicher Hinweis darauf, dass die zumeist gegen Regimekritiker sich richtenden politischen Verfahren sehr viel häufiger angeklagt wurden als unpolitische Verfahren, von denen mit 174 Akten mehr als doppelt so viel erhalten sind. Ein so kleiner Anteil bot keine hinreichend sichere Grundlage um etwaige Veränderungen der Erledigungsarten festzustellen. So war wissenswert, ob mit der steigenden Flut härtester Strafnormen vermehrt beim Landgericht und weniger bei den Amtsgerichten angeklagt wurde, ob mit zunehmend – zumal ungünstigem – Kriegsverlauf verstärkt angeklagt und weniger Verfahren eingestellt worden sind, wie es die Parteiideologie zur Abschreckung forderte. Diese großflächigen Veränderungen über mehrere Jahre hinweg konnten bei einem überlieferten Bestand von 1,4 %⁹³ nicht annähernd genau festgestellt werden.

Um einen umfassenden Überblick der Verfahrenserledigungen zu erhalten, wurde der gesamte Aktenanfall mit 104.451 Verfahren bei der Staatsanwaltschaft der Jahre 1931 –1945 auf die Erledigungsarten ausgewertet, da deren evtl. Veränderungen Rückschlüsse auf die politische Einstellung der Behörde zulassen. Der Verfahrenseingang und deren Erledigung kann aus 52 archivierten

⁹² Diese Anzahl umfasst lediglich die von der Behörde in eigener Zuständigkeit (wegen geringen Verschuldens, Amnestie, § 170 StPO u. a.) eingestellten Verfahren.

⁹³ Von Landgericht und Amtsgericht – Schöffengericht waren an klassischen und politischen Verfahren je 1,4 %, vom Einzelrichter 2,1 % erhalten.

Eingangsregistern entnommen werden⁹⁴. Sie ermöglichten es, die bevorzugten Erledigungsarten sowohl bei der Staatsanwaltschaft selbst (fehlender Tatverdacht, geringes Verschulden, Amnestie, Abgaben an andere Gerichte u. ä.) als auch die Auswahl der Erledigungen zum Gericht für den gesamten Eingang festzustellen. Die Entscheidungsmöglichkeiten reichten von Strafbefehlsanträgen, Anklagen zum Einzel- oder Schöffengericht – solange dieses 1939 ersatzlos aufgelöstes Gericht noch bestand – bis zu Strafkammer- und Schwurgerichtsanklagen.

Alle bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen Anzeigen wurden im Eingangsregister (Js-Register) registriert, dabei 25 verschiedene Angaben vermerkt – die Formulare wechselten, auch bedingt durch Veränderungen in der Gerichtsstruktur – im Laufe der Jahre. Die Auflistungen geben einen Überblick der wichtigsten Erledigungsparameter, sie waren in folgende Rubriken unterteilt:

- 1: Fortlaufende J-Nummer,
- 2: Tag des Anfalls, polizeiliches Aktenzeichen oder Anzeigeersteller,
- 3: Abteilung, Referatsnummer, Referent,
- 4 a.: Vor- und Zuname des Beschuldigten,
- 4 b: Vor- und Zuname des Beschuldigten,
- Ziff. 5 - 10: Erledigungsart:
- 5: Zurückweisung und Einstellung
- 6: Abgabe an Zweigstelle, Staatsanwaltschaft oder eine andere Behörde,
- 7: durch Strafbefehl,
- Ziff. 8 a – f: Antrag auf Hauptverhandlung vor:
- 8 a: dem Amtsrichter,
- 8 b: dem Schöffengericht,
- 8 c: dem Jugendgericht,
- 8 d: dem erweiterten großen Jugendgericht,
- 8 e: der großen Strafkammer,
- 8 f: dem Schwurgericht,

⁹⁴ StA Ludwigsburg E 352, mit zahlreichen unterschiedlichen Bündelnummern, die wegen der unterschiedlichen Ablieferungsjahre nicht fortlaufend sind: Bü. 579 ff, 4572 ff, 4963 ff. Aus den Registern sind politische Verfahren nur ersichtlich, wenn ihnen eine Sondernorm zugrunde liegt, die im Register eingetragen wurde, z.B. Verbotener Umgang. Bei Heimtücke, Gewohnheitsverbrechergesetz u.a. wurde nur die Grundnorm – Beleidigung, Diebstahl u.a. - eingetragen. In der Auswertung sind deshalb auch klassische Delikte erfasst, deren Erledigungsart ebenfalls Rückschlüsse auf die politische Einstellung zulässt.

- 9: Nichteröffnung des Hauptverfahrens,
- 10: auf andere Art,
- 11: Untersuchungshaft im Vorverfahren?,
- 12 a – d: Voruntersuchung beendeter Verfahren:
- 12 a: vom Angeschuldigten beantragt,
- 12 b: davon abgelehnt,
- 12 c: vom Untersuchungsrichter geführt,
- 12 d: vom Amtsrichter geführt,
- 13: Unerledigt,
- 14: Vorläufig eingestellt,
- 15. Eintritt der Verjährung,
- 16. Bemerkungen⁹⁵.

Es wurden die hauptsächlichen Erledigungsarten erhoben und deren im Laufe der Jahre deutlich wechselnde Beliebtheit interpretiert, denn sowohl bei den staatsanwaltschaftlichen Einstellungen als auch bei den Verfahren zum Gericht zeigte sich ein markanter Wechsel bei der Auswahl der prozessual angebotenen Möglichkeiten.

4.2 ENTWICKLUNG DER VERFAHRENSEINGÄNGE UND GRÜNDE FÜR VERÄNDERUNGEN

Der Machtwechsel mit dem neuen nationalsozialistischen Verständnis des Strafrechts ließ Veränderungen bei der Strafjustiz bei den Verfahrenseingängen und deren Erledigungen erwarten. Um eine eventuelle Änderung zur Weimarer Zeit feststellen zu können bei der Auswertung die Jahre 1931 und 1932 mit einbezogen, bei der Erhebung der Eingänge zusätzlich das Jahr 1920, um einen langjährigen Trend festzustellen und Veränderungen durch vorrevolutionäre Kämpfe zu erkennen. In der Zeit von 1920 bis 1931 waren nur unauffällige Schwankungen im üblichen Bereich festzustellen, diese Jahre wurden nicht ausgedruckt. Das Js – Register wurde bis zum 20.4.45 geführt, es bricht bei Eintrag Ziffer 1.459 ab, der nächste Eintrag erfolgte am 13.6.45.

⁹⁵ In dieser Spalte waren in den ersten Jahren die Abgaben an VGH und SG mit roter Schrift vermerkt, die Ablehnung der Übernahme ersah man aus der Ausradierung dieses Vermerks.

4.2.1 ENTWICKLUNG DER VERFAHRENSEINGÄNGE

Die aus den Js-Registern ersichtlichen Eingänge stellen sich wie folgt dar⁹⁶:

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Eing.	8900	8240	8620	7650	7960	8255	7630	6700	6427	6000	5040	5010	1459
%- Ant.	100	92,6	96,9	86	89,4	92,8	85,7	75,3	72,2	67,4	56,6	56,3	16,4

Der Verfahrenseingang des Jahres 1933 wurde mit 100 % angenommen, um die Veränderungen vor und nach der Machtergreifung darzustellen.

Auffällig an dieser Entwicklung sind drei Dinge: Der Aktenanfall stieg vom Jahre 1930 auf 1933 um 1.060 Verfahren (12 %), was zwanglos mit den Unruhen und Straßenkämpfen in der Zeit vor der Machtergreifung seine Erklärung findet. Dies wird bestätigt durch immerhin drei überlieferte Strafverfahren gegen 16 Reichsbannerleuten bzw. Kommunisten, die gegen Nationalsozialisten demonstriert hatten.⁹⁷ Bei der äußerst geringen Anzahl erhaltener Akten muss von wesentlich mehr Verfahren ausgegangen werden, zumal bei der Staatsanwaltschaft noch nach der Machtergreifung gegen zahlreiche SA- Angehörige Verfahren wegen Landfriedensbruchs anhängig geworden sind.

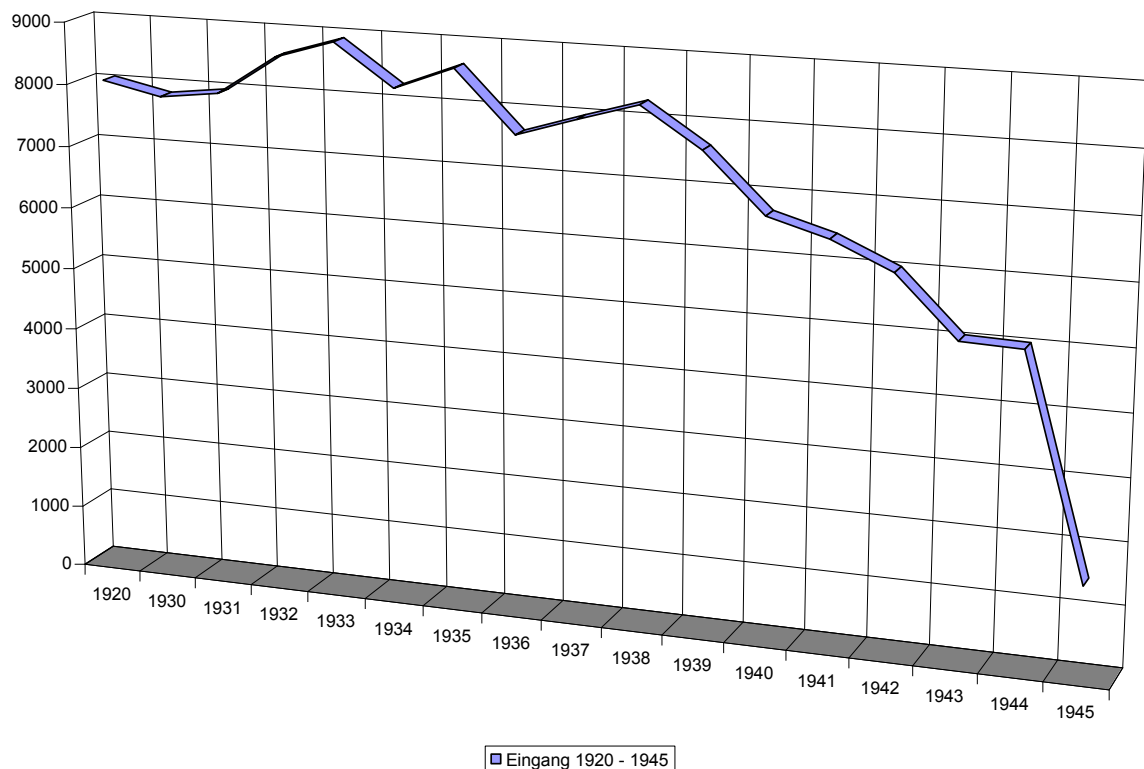
Bemerkenswert ist der im wesentlichen ausgeglichene - gleichmäßige Anfall in den gesamten Jahren von 1920 bis 1938 mit einer jährlichen Abweichung von nicht mehr als ca. 10 % zum Jahre 1933 – sieht man von der vereinzelt gebliebenen Verringerung im Jahre 1936 um 14 % zum Jahr 1933 ab, die schon im Folgejahr wieder ausgeglichen wurde.

Für die Zeit ab 1939 zeigt sich ein markanter und bis zum Kriegsende anhaltender Rückgang der Eingänge. Der enge zeitliche Zusammenhang mit Mobilmachung und Kriegsbeginn und dem damit verbunden Einzug potentieller Straftäter zur Wehrmacht zeigt die Ursache dafür auf.

⁹⁶ Aus Platzmangel können nur die Jahre 1933 – 1945 aufgelistet werden. Weitere Jahre werden ergänzt: 1920: 8.040 Eingänge (90,3 %), 1930: 7.840 (88,3 %), 1931: 7.960 (89,4 %), 1932: 8.600 (96,6 %).

⁹⁷ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 12.

Entwicklung der Verfahrenseingänge



4.2.2 GRÜNDE FÜR DIE VERÄNDERUNGEN

Der Rückgang der Eingänge von 8.900 Verfahren im Jahre 1933 auf 5.010 im Jahre 1944, damit um 56 %⁹⁸, kann nicht auf einen einzigen Grund zurückge-

⁹⁸ Der im Gerichtsbezirk Ulm festgestellte anhaltende Rückgang der Verfahrenseingänge von 1939 bis 1945 muss nicht in allen Bezirken erfolgt sein. Der OLGPräs. Stuttgart berichtete im Lagebericht vom 31.1.1941, die Eingänge hätten zugenommen (Bundesarchiv Berlin R 3001). Dies mag bei den Gerichten durch das Sondergericht Stuttgart begründet gewesen sein, an das alle Staatsanwaltschaften in Württemberg Verfahren abgegeben hatten.

Auffällig ist auch die Feststellung für die Strafjustiz im Sudetengau, der „Verfahrensanfall und die damit verbundene Geschäftstätigkeit stieg kontinuierlich, am meisten in der letzten Phase des Kriegs. Das gilt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, für alle Staatsanwaltschaften im OLG Bezirk“ (Anders, S. 463).

Auf den ersten Blick widerspricht dies eklatant dem hier festgestellten Ergebnis, durch Mobilmachung, Vorbeugehaft, Sicherungsverwahrung u. a. für das Reich allgemeingültige Einwirkungen sei ab dem Jahre 1939 die Kriminalität und damit der Verfahrensanfall gleichsam zwangsläufig zurückgegangen. Zu den unterschiedlichen Ergebnissen musste es kommen, weil für das Sudetenland die Statistik erst Ende 1938 mit der Abtretung des Sudetenlands im Münchner Abkommen vom 29.9.1938 begann. Die Mobilmachung und Vorbeugehaft wirkten sich hier nicht mindernd auf die Eingänge aus – es war ja kein Vergleich zu der vorherigen Zeit da – sondern begründete schon einen niedrigen Ausgangspunkt. Die nachfolgenden

führt werden, dies würde dem komplexen Zusammenwirken unterschiedlichster Einflüsse nicht gerecht werden, denn neben zahlreichen eingangsmindernden Einflüssen wirkten sich andere erhöhend auf sie aus. Der Rückgang beruhte auf mehreren Einflüssen:

Die Auswirkungen der Mobilmachung verminderten die Eingänge: Der Verfahrensanfall des Landgerichtsbezirks Ulm entwickelte sich von 1920 bis Ende 1938 unauffällig, erst mit dem Jahr 1939 nahm der Verfahrenseingang bis Kriegsende stetig und beständig ab. Der zeitliche Zusammenhang weist die Mobilmachung als Ursache aus. Damit wurde einem großen Teil tatsächlicher und potentieller Straftäter die Möglichkeit genommen, Straftaten zu begehen. Die Kasernierung, die Einbindung in die militärische Überwachung, ließen kaum einen Freiraum für kriminelle Aktivitäten zu, zumal mit den 18 – 30-jährigen die Hauptgruppe potentieller Straftäter betroffen war⁹⁹.

In welchem Umfange sich die vorbeugende Verbrechensbekämpfung auswirkte, kann nicht genau eingeschätzt werden. In den Zeiten der Weimarer Verfassung waren die Rechte der Bürger entsprechend der Verfassung geschützt. Eine Freiheitsentziehung war nur in engem Rahmen rechtlich zulässig und unterlag einer richterlichen Überprüfung. War ein Angeklagter freigesprochen worden oder hatte er seine Strafe verbüßt, konnte er wegen desselben Vorwurfes nicht weiter in Haft gehalten werden. Dies entsprach nicht den Vorstellungen des Nationalsozialismus, wonach weniger die angemessene Bestrafung des Täters als vielmehr der Schutz der Volksgemeinschaft vor den als gefährlich eingestuften Tätern im Vordergrund stand. Wer sich - etwa durch Straftaten oder unangepasstes Verhalten - nach Ansicht der Nationalsozialisten - selbst aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen hatte und für diese schädlich erschien, wurde aus ihr entfernt und verwahrt. Ein kleiner Bereich oblag der Strafjustiz mit der Aufgabe, Sicherungsverwahrung zu verhängen, die reichsweit im Jahre 1936 lediglich in 946 Fällen verhängt worden war. Dies entsprach nicht den politischen Erwartungen, weshalb diese Aufgabe der Polizei zugewiesen wurde¹⁰⁰.

erhöhenden Einflüsse – neue politische Strafnormen, neue Deliktsarten (Wirtschafts- und Preisvergehen)- wirkten sich hier voll aus, es gab keine Gegenbewegung durch Einzug zur Wehrmacht u. ä.

⁹⁹ Polizeiliche Kriminalstatistik Baden-Württemberg, Landeskriminalamt, Jahresberichte 1985 – 2008. Diese wurden herangezogen, weil Statistiken ab 1936 nicht zur Verfügung standen.

¹⁰⁰ Diese Entwicklung zeigt die internen Machtkämpfe in der höchsten politischen Führungs-spitze auf: Der konservative RJM Gürtner hatte die Forderung Hitlers nach möglichst „uferloser“ Sicherungsverwahrung und

Die polizeiliche Kriminalprävention wirkte sich ab 1938 durch ihre gezielte Anwendung stärker aus als die justiziellen Maßnahmen. Sie wurde reichsweit am 14.12.1937 der Kriminalpolizei übertragen¹⁰¹. Die Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft für politische Ermittlungsverfahren in Ulm waren überzeugte Nationalsozialisten, die sich die Vorstellungen Hitlers und der NS –Ideologie vollständig zu eigen gemacht hatten und den Justizdienst „als eine Funktion politischer Verfolgung“ benutzten. Selbst bei Lappalien wurden Beschuldigte häufig unbegründet wegen schwerster Delikte mit Anklagen überzogen oder diese Verfahren an das Sondergericht abgegeben. Andererseits wurden schwerste Verbrechen von SA- oder SS- Männern gegen Systemkritiker ohne jegliche Ahndung eingestellt und die entrechteten Opfer diesen Angriffen schutzlos preisgegeben. Die Behördenleiter konnten selbst in gravierenden Fällen eine Strafverfolgung gegen die übermächtige Partei nicht durchsetzen.

Dadurch sollte eine Lücke im „Sicherheitsnetz“ geschlossen werden und jeder Straftäter nach Entlassung aus Strafhaft oder Sicherungsverwahrung von der Polizei vorbeugend festgenommen und als potentielle Gefahr für die Volksgemeinschaft beseitigt werden. Nicht nur Vorbestrafte, sondern jeder, „der durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet“ konnte in Vorbeugehaft genommen werden¹⁰².

Entmannung durch restriktive Formulierungen im GGV unterlaufen. Eine Kehrtwendung wurde 1938 eingeleitet, als eine massive Inhaftierungspraxis an der Justiz vorbeilief (Müller, Christian, S. 48 f).

¹⁰¹ „Grundlegender Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“, RD 19/28-15, S. 41 ff, zit. nach Eberhardt, S. 80, FN 326.

Dadurch wurden die Kompetenzen der Justiz beschnitten, so entschied letztlich die Polizei über eine Entlassung aus der Sicherungsverwahrung, die Ablehnung eines Haftbefehls konnte durch Vorbeugehaft ausgehebelt, ein nach polizeilicher Ansicht zu mildes Urteil „korrigiert“ werden. Der Erlass basierte auf einem geheimen Erlass des Preußischen Innenministeriums vom 13.11.1933, der also nur elf Tage vor der Ausfertigung des Gewohnheitsverbrechergesetzes erging. Dies zeigt die andauernde Konkurrenz zwischen Justiz und Polizei, die mangels politischer Unterstützung der Justiz zu deren Nachteil ausging. Weil sie zu milde und weich war, wurden ihr Kompetenzen entzogen.

¹⁰² Durch diese Regelung wurde die Zuständigkeit der Justiz bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung weiter beschnitten, die der Polizei auf ihre Kosten ausgedehnt; so musste die Justiz vor der Entlassung eines Sicherungsverwahrten die Zustimmung der Polizei einholen, welche diese verweigern konnte, wenn die Gesamtumstände dem entgegenstanden. Letztlich führte dies zu der Planung, der besser geeigneten Polizei auch die Anklageerhebungen zu übertragen und die Staatsanwaltschaften in die Polizei zu integrieren. Damit wäre auch die Justiz als kontrollierendes Organ des Regimes ausgeschaltet, zumindest geschwächt worden (Eberhardt, S. 82 f).

Die Landgerichte hatten eine „bedauerliche Verkümmern der Tätigkeit der Strafkammern“ beklagt¹⁰³. Dies begründeten sie damit, ihnen würden durch die Sondergerichte beachtliche Verfahren entzogen. Statistisch lässt sich das für Ulm nicht so belegen. Das Sondergericht hatte insgesamt 1.049 Verfahren (monatlich 7,2 Verfahren) aus Ulm übernommen, die ansonsten beim Landgericht angeklagt worden wären. Dessen monatlicher Durchschnittseingang von 129 Anlagen wurde um 7,6 % vermindert, was von der Anzahl her nicht einschneidend wirkte, jedoch gerade die „anspruchsvollen“ Fälle betraf.

Dem Rückgang der klassischen Strafdelikte stand eine Vielzahl kriegs- und wirtschaftspolitisch bedingter Strafnormen und Regelungsvorschriften für jeglichen Lebensbereich gegenüber, die ausländischen Arbeitskräfte wurden mit Ordnungsvorschriften reglementiert. Diese reagieren darauf mit voraussehbarem Regimeende mit verstärkten Widerstand.

Nicht nur die neu erlassenen politischen Kernvorschriften (Volksschädlingsverordnung, Gewohnheitsverbrechergesetz, Heimtückegezet u. a.) sorgten für neue Deliktsarten. Vom Anfall her wirkte es sich stärker aus, dass eine Flut von Verwaltungsvorschriften die Einhaltung vielfältiger Regelungen durch Androhung straf- und ordnungsrechtlicher Ahndung durchsetzen sollten. Auf arbeits- und wirtschaftlichem Gebiet wurden Verstöße gegen vorgeschriebene Arbeitszeiten oder das unbefugte Verlassen des Arbeitsplatzes bestraft. Mit Kriegsbeginn wurden Lebensmittel und Güter des Lebensbedarfes rationiert sowie den Handwerksbetrieben und der Industrie die benötigten Roh- und Ausgangsstoffe für ihre Produktion zugeteilt, auf allen Gebieten ergingen Preisvorschriften. Alle diese Regelungen mussten überwacht, Verstöße geahndet werden. Eine gezielte Auswertung des Js-Registers ergab, dass von 1943 auf 1945 die Kriegswirtschaftsverstöße von 51 auf 82 Verfahren um 62,2 % und bei Arbeitsvertragsrecht von 34 auf 61 Verfahren um 55,7 % angestiegen waren.

Ausländerrechtliche Verstöße nahmen nach Kriegsbeginn vermehrt zu. Schon zuvor waren von ganz Europa – aus eigenem Entschluss - ausländische Arbeitskräfte in das Deutsche Reich geströmt. Durch Zivilarbeiter und Kriegsgefangene stieg die Anzahl von 1.150.000 ausländischen Arbeitskräften im Jahre 1941 auf 7.650.000 Ausländer im Jahr 1944 auf das Siebenfache an. Diese waren nicht mehr bereit, sich einerseits als Arbeitssklaven ausbeuten zu lassen,

¹⁰³ Lagebericht v. 3.3.1942, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2.

andererseits jeglicher Menschenrechte beraubt zu sein und lehnten sich dagegen auf. Die „Ausländerkriminalität“ wurde zunehmend ein Problem, weil sie „immer widerwilliger, ... beleidigend, handgreiflich und gewalttätig“ würden und selbst Bürgermeister mit Ermordung bedrohten¹⁰⁴. Über Zunahmen strafrechtlicher Verfehlungen wurde regelmäßig berichtet, diese stellen „einen beachtlichen Teil der bei den Staatsanwaltschaften eingehenden Anzeigen dar.“¹⁰⁵ Gegen Kriegsende wurde am 3.10.1944¹⁰⁶ nur noch kurz, gleichsam resignierend, berichtet: „ Die Beobachtung, dass ein Teil der ausländischen Arbeiter immer frecher und aufsässiger wird, gilt wohl für das ganze Reichsgebiet¹⁰⁷. Vom Jahre 1943 auf 1944 stiegen die Eingänge bei Verstößen gegen Ausländerrecht von 166 auf 267 Verfahren (Steigerung von 62,2 %).

4.3 ARTEN DER VERFAHRENERLEDIGUNGEN

Aus einer wechselnden Bevorzugung der unterschiedlichen Erledigungsarten kann man auf die politische Einstellung der Behördenangehörigen Rückschlüsse ziehen und so beurteilen, ob deren Entscheidungen auf parteiideologischen Überzeugungen beruhten. Danach waren zur Abschreckung potentieller Täter nicht nur abschreckende Strafen zu verhängen sondern dies sollte zur wirkungsvollen Propaganda vor der Öffentlichkeit verhandelt werden, wozu eine Anklage erforderlich war. War oder wurde der Anteil von Verfahren zu Gericht – insbesondere Anklagen – geringer so war dies ein Anzeichen für eine parteiferne

¹⁰⁴ Schon 1940 berichtete der GenStA Stuttgart, im Bezirk Ulm sei es zu zahlreichen Widersetzlichkeiten und Arbeitsverweigerungen polnischer Kriegsgefangener gekommen (Lagebericht GenStA Stuttgart v. 30.9.1940, StA Ludwigsburg, K 601, Büschel 2).

¹⁰⁵ Lagebericht GenStA Stuttgart vom 31.5.43, K 601 Büschel 1.

¹⁰⁶ Lagebericht GenStA Stuttgart vom 3.10.1944, 601, Büschel 1. Stuttgart war vom 25. – 28. Juli 1944 täglich sowie am 12.9.1944 durch Fliegerangriffe zu über 50 % zerstört worden. Auch die Justizgebäude brannten aus. Dies sieht man dem Lagebericht an: Anstelle des Bezugsaktenzeichens ist vermerkt: „? (Vorgänge durch Feindeinwirkung vernichtet)“. Im Bericht selbst wird dazu angemerkt: „ Erfreulich ist, dass die Justizgefolgschaft bei den Fliegerangriffen eine durchweg gute, zum Teil ausgezeichnete Haltung bewiesen hat. Als Beispiel nenne ich nur, dass am Morgen des 13. September 1944 noch in den Rauchschwaden des vorangegangenen Nachtangriffs in den wenigen noch verfügbaren, erheblich beschädigten Räumen eine Reihe von Strafverhandlungen durchgeführt worden ist“.

¹⁰⁷ Lageberichte GenStA Stuttgart v. 3.10.1944, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

Einstellung, weil der von politischer Seite erwartete repressive Druck der Justiz nicht ausgeübt wurde.

Einstellungen jeglicher Art sind ebenfalls ein Indikator für parteiferne Entscheidungen, da sie die geforderte unerbittliche Härte bei der Strafverfolgung selbst geringfügiger Vergehen vermissen lassen. Anders kann es bei Erledigungen wegen geringen Verschuldens oder nach Straffreiheitsgesetzen sein, wenn sich die Verfahren gegen Angehörige der Partei gerichtet hatten. Da dies aus den Js-Eingangsregistern nicht ersehen werden konnte, wird dieser Frage anhand der überlieferten Akten nachgegangen.

Die politische Überzeugung wird offenkundig bei den selten festzustellenden Abgaben an den Volksgerichtshof, noch deutlicher bei den häufigen Weiterleitungen zum Sondergericht Stuttgart. Noch aussagekräftiger ist in diesen Fällen der Anteil der Übernahmeablehnungen, weil dadurch das Sondergericht die unrichtige extensive Auslegung feststellte.

Bei der Auswahl der Erledigungsarten konnte die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihres pflichtgemäßen Ermessens nicht nur entscheiden, ob überhaupt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden sollte, sondern anschließend unter einem großen Angebot von Erledigungsarten auswählen, wobei sie auch politische Überlegungen beachten konnte¹⁰⁸. Sie war damit anfällig für politische Beeinflussungen, insbesondere eine bevorzugte Behandlung von Regimeanhängern. Es wird deshalb untersucht, ob und wie die Staatsanwaltschaft während der NS-Zeit die Verfahren erledigt hat, ob sie verstärkt Anklagen oder Anträge auf Erlass eines Strafbefehls zum Gericht erhoben hat oder die Verfahren – praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit – endgültig von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden sind.

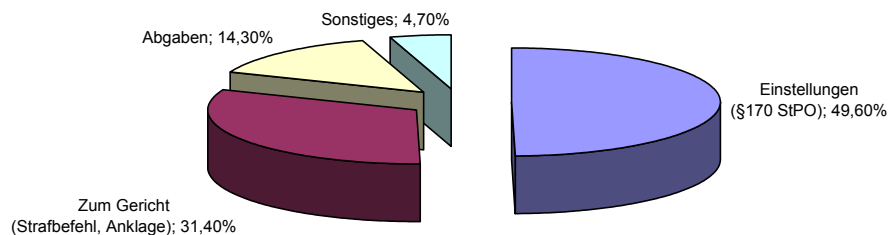
4.3.1 ALLGEMEINES

Die gesamten 104.451 Eingänge der Jahre 1931 bis 1945 wurden im Wesentlichen durch Einstellungen nach § 170 StPO (49,6 %), Abgaben (14,3 %), Anklagen und Strafbefehlsanträgen zu den Gerichten (31,5 %) sowie auf sonsti-

¹⁰⁸ So wurde der Beleidigungsanzeige eines Lehrers gegen einen Zeitungsredakteur keine Folge gegeben mit der Begründung, er habe dies durch seine Kritik am Regime selbst provoziert, er brauche nur mit seiner Kritik aufhören, dann würde er auch nicht beleidigt. (StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 13).

ge Art (unerhebliche Nebenstraftaten nach § 154 StPO, Einstellung wegen geringen Verschuldens nach § 153 StPO, unbekannten Aufenthalts nach § 205 StPO oder durch Todesfall) erledigt. Die Aufteilung stellt sich wie folgt dar:

Aufteilung der Erledigungsarten



Die Aufteilung bezieht sich auf den Gesamtanfall der Jahre 1931 – 1945, sie zeigen einen hohen Anteil von Einstellungen jeglicher Art und einen überraschend hohen Stand bei Abgaben, der sich erst nach 1939 entwickelt hat.

4.3.2 ERLEDIGUNGEN OHNE GERICHT

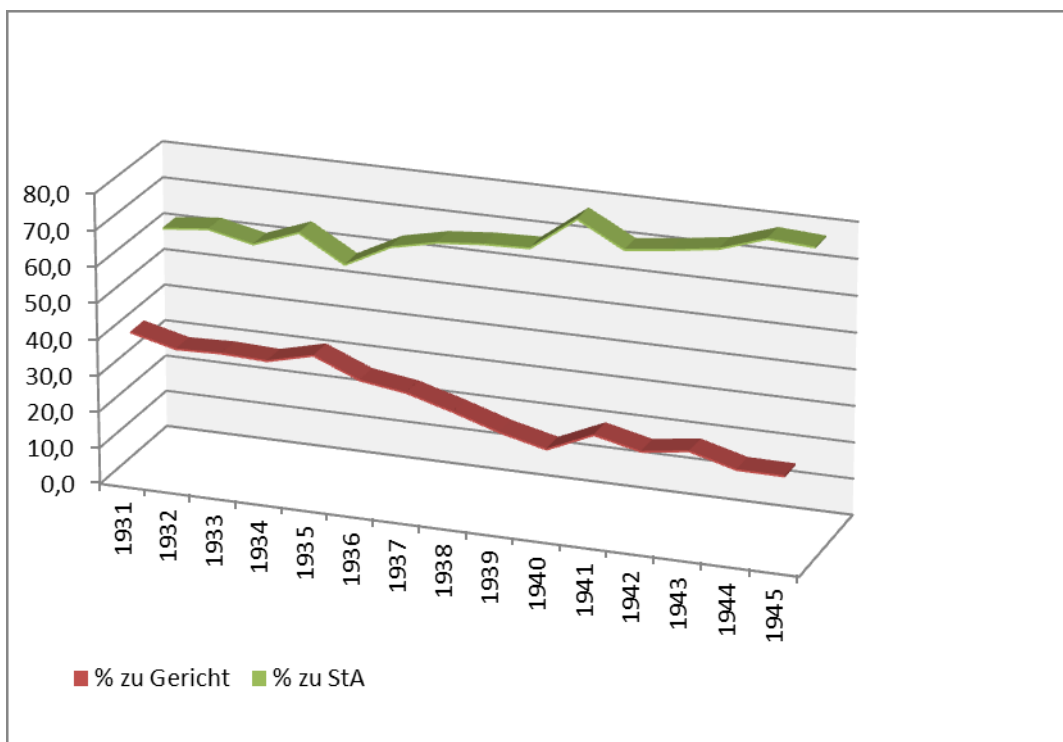
Die Verfahrenseingänge konnten bei der Staatsanwaltschaft entweder in eigener Zuständigkeit und im eigenen Haus oder mit Anklagen oder Strafbefehlsanträgen zum Gericht erledigt werden. Anklagen hatten den Vorteil der Außenwirkung. Die Justiz konnte öffentlichkeitswirksam das Fehlverhalten eines Volksgenossen anprangern und eine für Nachahmungstäter abschreckende Strafe verhängen. Zugleich stellte sie sich als erfolgreiche Ordnungsmacht dar, die zuverlässig für Sicherheit sorgte. Nachteilig war die höhere Arbeitsbelastung durch Anträge, Sitzungen u.ä. Die Referenten hatten sich zu entscheiden, ob sie die wirkungsvolleren Anklagen vorziehen wollten oder die zeitsparenden Einstellungen, mit denen die Partei nicht zufrieden sein konnte.

Es war zu untersuchen, welche Erledigungsarten bevorzugt wurden. Dazu wurden die gesamten Eingänge der Jahre 1931 – 1945 auf diese Frage hin ausgewertet. Bei der manuellen Auszählung waren Fehlerfassungen unvermeidlich: Teilweise fehlten in den Registern ganze Seiten, oder manche Einträge waren nicht zu entziffern. Der häufige Wechsel der Registerführer mit verschiedenen Schriftarten, Kennzeichnungen und Abkürzungen erschwerte die Lesbarkeit. Die eingetragenen Erledigungsarten stimmten nicht immer mit den angegebenen Aktenzeichen überein, waren also unrichtig. Nicht selten waren die Erledigungsarten nicht eingetragen. Bei Abgaben an Volksgerichtshof oder Sondergerichte, aber auch durch Kriegseinwirkung, gerieten Akten in Verstoß. So kam es zu Differenzen in einer Größenordnung von durchschnittlich 1,5 %, bei einer Bandbreite von 0 % bis 4,2 %, letztere im Jahre 1945. Vor allem während des Krieges, verstärkt gegen Kriegsende, sind Differenzen festzustellen. Die bis 1936 geführte Statistik weist in diesem Jahr 18 unerledigte Verfahren auf, die Auswertung ergab einen offenen Bestand von 565 unerledigten Verfahren, also eine Differenz von 7,2 %.

Erfasst und gegenüber gestellt wurden einerseits alle Anträge zum Gericht, Strafbefehlsanträge, Anklagen zum Amts- und Landgericht, (Anträge im objektiven Verfahren, etwa bei Schuldunfähigen, Anordnung der Sicherungsverwahrung u.ä. Diese Verfahren zum Gericht waren zeitaufwändiger, da sie ausführlich begründet werden mussten, formellen Mindestanforderungen unterlagen und in einer Hauptverhandlung zu erörtern und entscheiden waren. Andererseits entsprachen sie den Forderungen der Partei nach scharfen, abschreckenden Strafen, die nur in einer öffentlichen Hauptverhandlung verhängt werden sollten. Demgegenüber boten Verfahrenserledigungen durch die Staatsanwaltschaft ohne Beteiligung eines Gerichts – Abgaben an andere Behörden, Einstellungen wegen unzureichenden Tatverdachts nach § 170 StPO, geringen Verschuldens nach § 153 StPO, Einstellung bei unwesentlichen Nebenstraftaten nach § 154 StPO, nach Amnestiegesetz oder vorläufige Einstellung nach § 205 StPO oder Ablebens von Beschuldigten, - wesentliche Arbeitserleichterungen: Beschwerden gegen Einstellungen wurden nur in verschwindend geringer Zahl eingelegt, das Verfahren also schnell und endgültig erledigt, die Begründungen konnten wesentlich knapper als bei Anklagen gefasst werden, der Zeitaufwand für Hauptverhandlungen und etwaige Berufungen entfiel. Allerdings widersprach dies den politischen Forderungen nach einem rigorosen Vorgehen gegen Straftäter mit öffentlichkeitswirksamer Berichterstattung in der Presse.

Da die Eingänge ab 1939 drastisch zurückgingen, ist auch bei den Erledigungsarten eine parallele Entwicklung zu erwarten. Die rein zahlenmäßige Veränderung der Erledigungsarten ist deshalb weniger aussagekräftig als eine Darstellung der prozentualen Entwicklung, die hier gewählt wird. Die prozentuale Veränderung stellt sich graphisch wie folgt dar:

Einstellungen bei Staatsanwaltschaft o. Anklagen/Strafbefehle zum Gericht



In der graphischen Auswertung fällt deutlich auf, wie in der Zeit von 1931 – 1945 die Erledigungen bei der Staatsanwaltschaft – Einstellungen und Abgaben - kontinuierlich zunahmen, während Anklagen und Strafbefehlsanträge zu den Gerichten gingen. Der Anteil der Einstellungen nahm von 61,6% im Jahr 1931 über 67,8% im Jahr 1938 auf 77,5% im Jahre 1945 zu, während im gleichen Zeitraum Anklagen und Strafbefehlsanträge von 40,5% über 29,8% auf 23,8% zurückgingen.

Ab 1939/40 zeigt das Diagramm eine deutliche Zunahme der Verfahrenseinstellungen bei der Staatsanwaltschaft bei spiegelbildlichem Rückgang von Erledigungen zum Gericht auf. Dadurch wurde versucht, den durch die Mobilmachung entstandenen Personalmangel ausgeglichen: Das Regime hatte die Staatsanwaltschaften zu vermehrten Anklagen aufgefordert, um durch publi-

kumswirksam „zelebrierte“ Hauptverhandlungen mit abschreckenden Strafen der Bevölkerung ein hartes, erfolgreiches Durchgreifen zu verdeutlichen. Dies erforderte jedoch mehr Personal weshalb man auf einfachere und schnellere Erledigungsarten, wie Einstellungen u.ä., auswich. Die Behörde hatte hier die Forderungen der politischen Führung zugunsten einer unspektakulären aber praktikablen Erledigung bevorzugt.

Die Verfahrenserledigungen ohne Anträge zum Gericht hatten, wie gezeigt, vor allem ab dem Jahre 1939 immer mehr zugenommen. Hier ist interessant, welchen Verfahrensarten der Vorzug gegeben worden ist. Neben Einstellungen und Zurückweisungen wegen fehlenden Tatverdachts (§ 170 StPO) oder geringen Verschuldens (§ 153 StPO) standen noch Amnestie und Abgaben an andere Behörden zur Verfügung. Auch hier können eine bevorzugte Einstellungsart sowie ein eventueller Wechsel zu anderen Erledigungsarten Hinweise auf die politische Einstellung der Behörde erbringen.

4.3.2.1 Einstellungen wegen fehlenden Tatverdachts (§ 170 StPO)

Durch diese Erledigungsart wurde mehr als die Hälfte aller Verfahren seit 1931 eingestellt, aber ab 1940 änderte sich dies schlagartig, der Anteil sank von 50,9 % im Jahre 1939 auf nur 29,0 % im Jahre 1940:

Einstellungen wegen unzureichenden Tatverdachts (§ 170 II StPO)

Jahr	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Anzahl	4738	4684	4805	4310	4220	4328	4555	3886	2611	2356	2344	2172	2155	1459
%-	55,1	52,6	58,3	50,0	55,2	54,4	55,2	50,9	29,0	36,7	39,1	43,1	43,0	52,8

Mehr als die Hälfte aller Eingänge wurde von 1931 bis Ende 1939 wegen fehlenden Tatverdachts eingestellt, die Bandbreite liegt zwischen 58,3 % - 50 %. Mit Kriegsbeginn gingen diese Einstellungen ab dem Jahre 1940 auf 29 % zurück, um danach wieder auf 52,8 % im Jahre 1945 anzusteigen. Die Schwankungen zwischen 50 % und 58 % liegen in der üblichen unauffälligen Bandbreite bei wechselndem Aktenaufkommen, allenfalls könnte zu einem geringen Teil der Anstieg 1934 mit den damals weit verbreiteten anonymen Anzeigen verbunden

werden, die zu einem erhöhten Anzeigeaufkommen geführt hatten. Dies ergibt sich aus einer Zeitungsveröffentlichung des damaligen Polizeipräsidenten Dreher, der die Bevölkerung vor anonymen Anzeigen warnte und mit Strafverfolgung drohte.

Auffällig ist der Rückgang dieser Erledigungsart ab dem Jahre 1939, massiv im Jahre 1940, einer Zeit, in welcher durch Mobilmachung die Personaldecke stark ausgedünnt worden war. Dies deutet darauf hin, dass noch schnellere und einfachere Einstellungsmöglichkeiten bevorzugt wurden, etwa Abgaben oder Einstellungen wegen geringen Verschuldens oder nach Amnestiegesetzen, die den großen Vorteil formularmäßiger Erledigung boten, bei denen auf Begründungen verzichtet werden konnte und gegen die kaum Rechtsmittel gegeben waren.

4.3.2.2 Erledigungen durch Abgaben

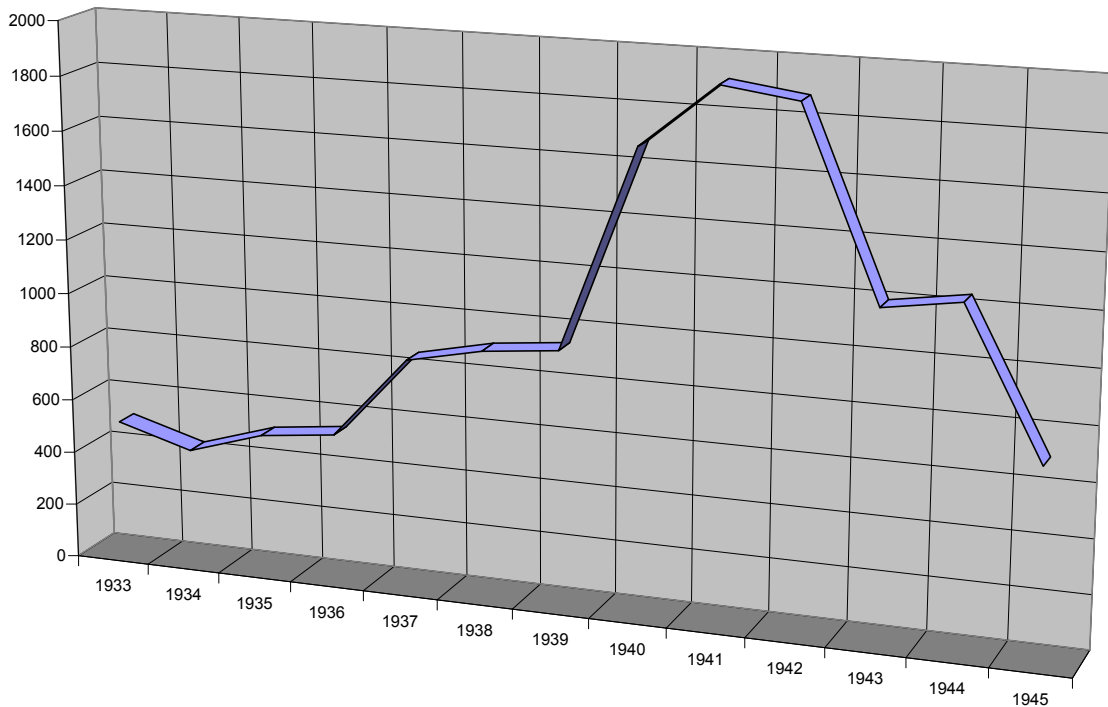
Die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaften war und ist nach sachlicher und örtlicher Zuständigkeit gesetzlich geregelt. Fehlte die sachliche oder örtliche Zuständigkeit musste man das Verfahren an die zuständige Behörde abgeben. Dies bot sehr viele Vorzüge: die Sache wurde schnell erledigt und man war mit der weiteren Bearbeitung nicht mehr befasst. Sachlich war nichts entschieden worden, weshalb es mit Anzeigeerstatern oder Beschuldigten keine Probleme gab, auch entfielen Sachberichte an andere Stellen, die Partei konnte sich nicht über zu milde Entscheidungen beschweren, was insbesondere bei berichtspflichtigen politischen Verfahren einen weiteren Vorteil bot¹⁰⁹.

Diese Erledigungsart war von 1931 bis 1934 mit einem Anteil von 4 – 5 % nur wenig gebräuchlich, erst ab 1939 (13,7 %) und bevorzugt ab 1940/1941 mit bis zu knapp 30 % erfreute sie sich zunehmender Beliebtheit und stieg von 1931 bis 1941 von 4 % um das 7-fache auf knapp 30 % an um dann auf den immer noch sehr hohen Stand von 1939 zurückzukehren.

Graphisch stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:

¹⁰⁹ Diese Erledigungsart bevorzugten auch andere Staatsanwaltschaften, so berichtete der GenStA im Lagebericht vom 3.10.1944 (StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1), der ORA gebe „schnell und ständig ansteigend“ Verfahren an ihn ab. Im Sudetengau betrug der Anteil 6,3 % (Anders, S. 283).

Entwicklung der Verfahrensabgaben



Schon ab dem Jahre 1933 hatte diese Erledigungsart stetig leicht zugelegt, um mit dem Jahre 1939 sprunghaft anzusteigen. Bevorzugt wurde sie hauptsächlich, weil sie die einfachste, schnellste und effektivste Erledigung bot, denn man brauchte nur in einem Satz seine Unzuständigkeit darlegen und hatte die Sache erledigt. Dies erklärt für sich allein noch nicht den starken Anstieg in kurzer Zeit, denn im Jahre 1931 war die Situation nicht anders gelagert. Der Anstieg beruhte zusätzlich auf der Entmachtung der Justiz, der verstärkt originäre strafrechtliche Kompetenzen zugunsten anderer Organisationen entzogen worden waren. So wurden etwa ganze Gruppen von Straftätern nicht mehr durch die Justiz, sondern durch Spezialgerichte parteilicher Organisationen oder durch SS und SA abgeurteilt.

Neben den bestehenden Gerichten für Gestapo, SA, SS, NSDAP, Reichsarbeitsdienst, HJ, wurden die Wehrmachtsgерichte verstärkt in Anspruch genommen. So gab die Staatsanwaltschaft Ulm Ermittlungsverfahren an Dienststellen in ganz Europa ab, die Akten gingen nach Paris, Rom, Prag, Wien, Minsk, Bukarest und in andere europäische Städte, was den weltweiten Machtanspruch widerspiegelte.

Ganze Ausländergruppen - Polen, Tschechen, Zwangsarbeiter, Juden - wurden rechtlos gestellt, indem sie der Justiz entzogen und zur „Sonderbehandlung“, also zur Liquidierung ohne Urteil, zumeist an die SA, SS oder die Gestapo übergeben wurden.

Insbesondere in den letzten Kriegsjahren nahmen die Abgaben an die eigene Anwaltschaft stark zu¹¹⁰. Selbst der unerlaubte Verkehr mit Kriegsgefangenen und Kriegswirtschaftsvergehen wurden auf diese „Schiene“ abgeschoben. In den Anfangsjahren des Krieges war diese Erledigungsart nicht festzustellen und auch schwer vorstellbar, denn damit wären diese wichtigsten Pfeiler der politischen Strafnormen als unbedeutend eingestuft worden, da bei Verfahren vor der Anwaltschaft überwiegend nur Geldstrafen zu erwarten waren. Diese Entwicklung fügt sich in das Bild ein, dass mit zunehmender Kriegsdauer die strafrechtlichen Sanktionen immer geringer und milder ausfielen, die unverhältnismäßig harten und unmenschlichen Strafandrohungen selbst von der Staatsanwaltschaft nicht mehr akzeptiert wurden und erodierten¹¹¹.

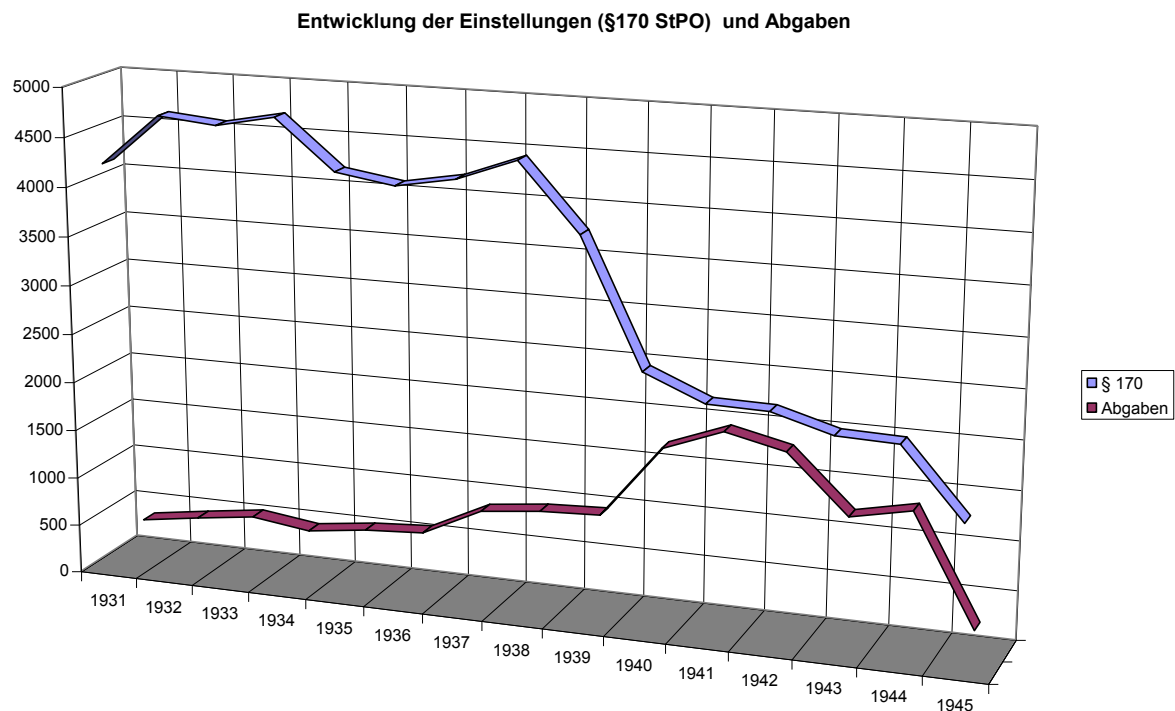
Die Personalnot hat im Zusammenhang mit der Mobilmachung mit Sicherheit diese zügige und wenig arbeitsintensive Abgabe begünstigt, wie die graphische Darstellung belegt. Sehr schnell ging der Anteil wieder auf den Ausgangswert von 1939 zurück. Dies kann auf den kleiner werdenden Herrschaftsbereich des Regimes zurückgeführt werden.

Ein Wechsel in der bevorzugten Erledigungsart wirkte sich nicht isoliert bei nur einer Erledigungsart aus, verringerte sich die eine so erhöhte sich die bevorzugte Art. Diese gegenseitige Auswirkung zeigt sich deutlich bei dem Wechsel von Einstellungen wegen fehlenden Tatverdachts nach § 170 StPO zu den bevorzugten Abgaben an andere Behörden, obwohl die Abgaben prozentual verhältnismäßig unbedeutend waren.

¹¹⁰ Justizbeamte des gehobenen Dienstes, ohne Studium, bearbeiteten einfacher gelagerte Alltagskriminalität wie Nachbar- und Familienstreitigkeiten, Beleidigungen, Hausfriedensbruch u.ä. Gegen Ende des Regimes wurden auch politische Delikte abgegeben, wie unerlaubter Umgang mit Kriegsgefangenen.

¹¹¹ Vgl. hierzu Hassemer, S. 71 f, wonach nur angemessene Strafen akzeptiert werden und abschreckend wirken. Selbst die Justiz sah die Forderungen der Partei als überzogen an, s. Lagebericht v. 1.8. 1941, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 2.

Graphisch stellt sich die Entwicklung der Abgaben und Einstellungen wie folgt dar:



Die Graphik belegt anschaulich, wie sich schlagartig die Erledigungsarten in der Zeitspanne 1938/39 verändert haben. Die arbeitsintensivere Einstellung wurde von der praktikableren Verfahrensabgabe verdrängt.

Politische Verfahren wurden von der Ulmer Strafverfolgungsbehörde auch an die politischen Sondergerichte abgegeben, an das Sondergericht Stuttgart und den Volksgerichtshof in Berlin. Zahlenmäßig spielte das eine untergeordnete Rolle, aber es lässt – abgesehen von der menschlichen Bedeutung für die Betroffenen – doch Rückschlüsse auf die politische Einstellung der Sachbearbeiter und Behördenleitung zu, in welchem Umfang, bei welchen Verfahren so vorgegangen wurde. Die Behörde bzw. der Sachbearbeiter für politische Verfahren hatte es mit dieser Erledigungsart in der Hand, ein unbedeutendes Delikt wie Beleidigung bei einem als Systemkritiker bekannten Beschuldigten zu einem politischen Verfahren mit wesentlich höherem Strafraum aufzuwerten, was dessen politische Einstellung beleuchtet¹¹². Wegen ihrer Bedeutung werden Ab-

¹¹² Schon damals schienen solche Abgaben bemerkenswert, denn sie wurden vom Registerführer mit roter Tinte in der Spalte „Anmerkungen“ eingetragen.

gaben an das Sondergericht Stuttgart und den Volksgerichtshof Berlin gesondert ausgewertet und nachfolgend dargestellt.

Abgaben an VGH Berlin und Sondergericht Stuttgart – sowie Ablehnungen der Übernahme:

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
VGH	0	0	0	2	4	1	5	2	16	4	1	6	0
SG Stgt.	37	119	125	150	133	120	151	65	104	187	139	92	48
%-Anteil	0,4	1,4	1,5	2,0	1,7	1,5	2,0	1,0	1,6	3,1	2,8	1,8	3,3
Rückgab.	24	6	49	59	18	12	23	7					
%-Anteil	64,9	5,0	39,2	39,3	13,5	10,0	15,2	10,8					

Nennenswerte Abgaben an den VGH Berlin waren nicht zu erwarten, da der VGH nur für wenige Delikte ausschließlich zuständig war, wie Hoch- und Landesverrat, VolksschutzVO, WehrkraftSchutzVO, § 2 KSSVO u.a. Solche Fälle wurden von der Polizei direkt beim Oberreichsanwalt in Berlin vorgelegt, wenn der Sachverhalt klar zu subsumieren war.

Die Abgaben an das Sondergericht Stuttgart bewegten sich unauffällig zwischen 1-3 % der Eingänge. Dies ist kein besonders hoher Anteil, der auch nicht zu erwarten war, denn die „echten“ Verfahren für das Sondergericht legte die Polizei unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Stuttgart vor, während Anzeigen mit rechtlich unklarer Subsumption zur Prüfung an die Staatsanwaltschaft Ulm gingen, zumeist mit dem sinngemäßen Hinweis „Heimtücke oder grober Unfug“. Die Abgaben erhöhten sich von 1941 auf 1942 auf knapp das doppelte. Da die zugrunde liegenden Sachverhalte nicht bekannt sind – die Auszählung erfolgte aus dem Js - Eingangsregister – können die Gründe hierfür nicht untersucht werden.

Die Abgaben an die politischen Sondergerichte für sich allein sagen noch nicht viel über die politische Einstellung des Bearbeiters aus, denn sie können auf dem ausgeprägten Personalmangel bei der Staatsanwaltschaft beruhen, wohl aber bietet die Anzahl der Abgaben und vor allem der weitere Verfahrensablauf einen Hinweis. Um eine Überlastung des Sondergerichts mit Verfahren minderer Bedeutung zu verhindern, wurde im Jahre 1934 darauf hingewiesen, dass „schon mit Rücksicht auf die im Staatsinteresse gebotene Beschleunigung des Verfahrens nur in den wirklich notwendigen Fällen die Zuständigkeit des Sondergerichts

begründet werden soll¹¹³. Wurde bei vielen Abgaben die Übernahme abgelehnt, zeigt dies einen überzogenen Verfolgungseifer der abgebenden Behörde auf. Abgelehnt wurden die Verfahrensübernahmen in 23 % aller Abgaben. Dieser hohe Anteil ist ein deutlicher Hinweis auf eine exzessive Auslegung der politischen Strafnormen im Sinne der Partei und zu Lasten der Beschuldigten. Hier zeigt sich der ausgeprägte, unkritische Verfolgungseifer eines übereifrigen und einseitigen Parteianhängers¹¹⁴.

Aus dem Register ergeben sich Deliktsarten, die auf unbedeutende Vorwürfe hindeuten, welche eine Abgabe an das Sondergericht nicht erfordert hätten: Im Jahre 1933 wurden 24 Abgaben wegen Beleidigung, 2 wegen Heimtücke, 1934 16 Fälle wegen Heimtücke und 1935 49 angebliche Heimtückeverfahren vom Sondergericht zurückgegeben. Alle diese Fälle wurden nach Ablehnung der Übernahme zum Amtsgericht angeklagt, zum Teil Strafbefehl beantragt, teilweise eingestellt. Bei objektiver Auslegung hätten diese Entscheidungen auch beim ersten Eingang in Ulm getroffen werden können. Die Staatsanwaltschaft hatte die NS-Gesetze nicht objektiv, im Zweifel für den Angeeschuldigten, ausgelegt, sondern zu Lasten der Betroffenen auch die geringste kritische Äußerung an Partei oder Staatsführung zum Straftatbestand ausgedehnt um über das Sondergericht extrem hohe Strafen zu bewirken. Dies zeigt, wie sehr sich die Staatsanwaltschaft die NS-Ideologie zu Eigen gemacht hatte und selbst bei einfachsten Delikten einen ausgeprägten Verfolgungs- und Vernichtungswillen offenbarte. Die Auswertung der archivierten Akten bestätigte diese Annahme.

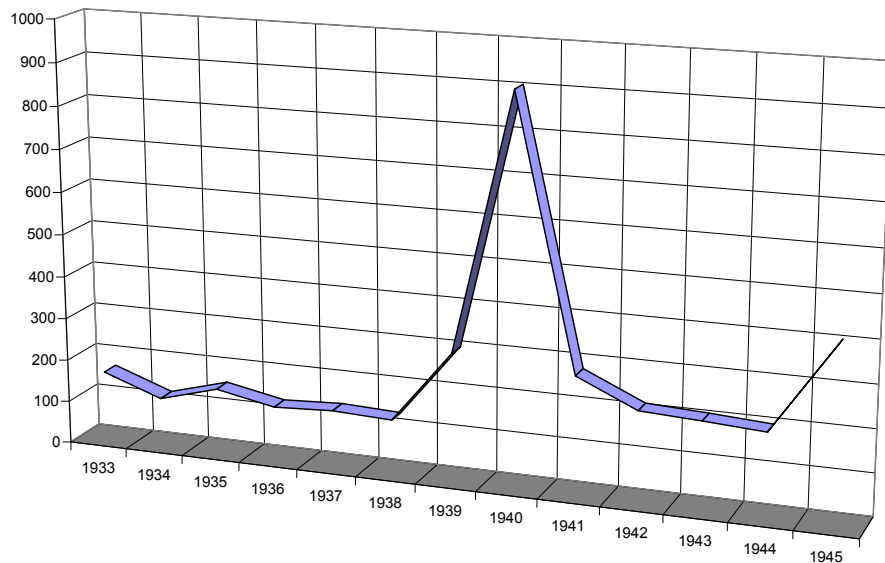
4.3.2.3 Einstellung wegen geringen Verschuldens u.a. (§ 153 ff StP).

Diese Erledigungsart war nicht sehr stark vertreten, sie lag von 1931 bis 1938 zwischen 1,6 % und 2,6 %, um erst im Jahre 1939 bevorzugt angewendet zu werden. Hier sind auch Einstellungen wegen unwesentlicher Nebenstraftaten nach § 154 StPO und unbekannten Aufenthalts nach § 205 StPO erfasst.

¹¹³ Dr. Schneider-Neuenburg, JW 1934, S. 725.

¹¹⁴ Der langjährige Sachbearbeiter Braun wurde als einziger der in Ulm tätig gewesenen Staatsanwälten auf Verlangen der Militärregierung nicht in den Staatsdienst übernommen, vielmehr seine Pensionierung angeordnet (HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü. 141).

Einstellungen nach § 153 StPO



Von 1931 – 1938 wurden 1,6 % bis 2,6 % der Verfahrenseingänge wegen geringen Verschuldens eingestellt. Im Jahre 1939 stieg dieser Anteil von 1,6 % auf 3,9 % um das doppelte an.

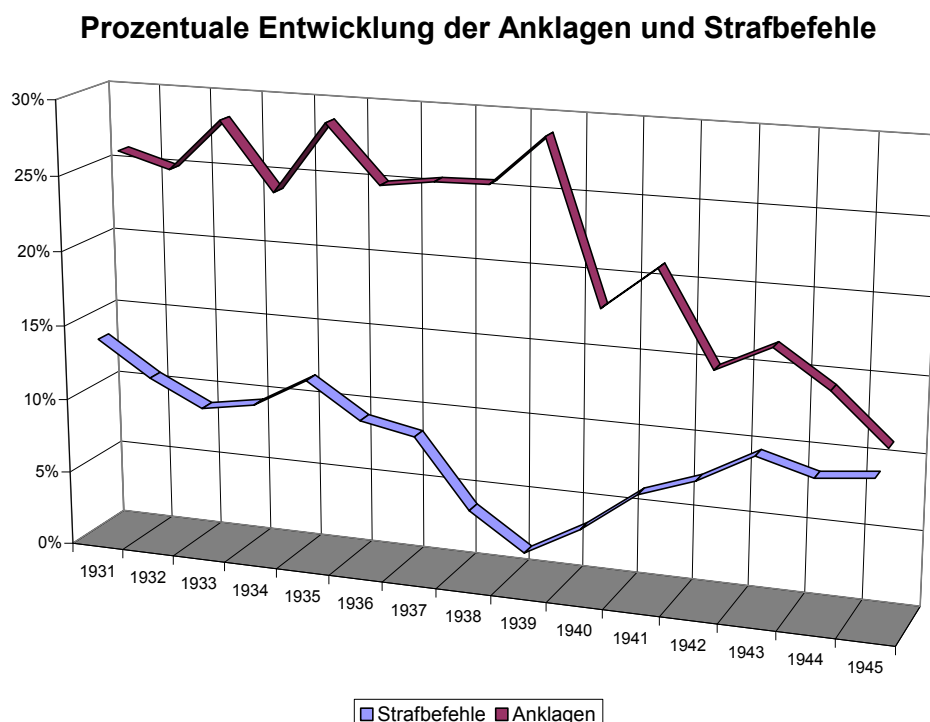
Unerklärlich blieb lange der Grund für den auffälligen, einmaligen Anstieg im Jahre 1940 auf 13,5 % der Eingänge, immerhin das 7-fache der Vorjahre. Keine Gesetzesänderung, keine neuen Verordnungen erklärten diese sprunghafte Veränderung. Eine erneute Durchsicht des Eingangsregisters 1940 brachte die Aufklärung: 580 Verfahren wegen Verstoßes gegen das Weingesetz waren an einem Tag eingetragen und ohne Mitteilung an die Beschuldigten nach § 153 II StPO eingestellt worden. Wären diese Verfahren in kleineren Beständen ein- und ausgetragen worden, müsste man noch heute nach Theorien zur Erklärung suchen. Daraus kann man die Erfahrung ziehen, dass kurzfristige Ausschläge nicht aussagekräftig sind, nur längerfristige Veränderungen zeigen normative oder tatsächliche Einflüsse an.

4.3.2.4 Erledigungen zum Gericht mit Anklagen und Strafbefehlsanträgen

Rückläufige Eingänge bei der Staatsanwaltschaft zogen geringere Gerichtseingänge nach sich. Es soll untersucht werden, ob und wie sich Strafbefehlesverfahren einerseits und Anklagen zu den Amts- und Landgerichten andererseits entwickelt haben. Eine Erhöhung der Anklagen wäre ab 1933 zu er-

warten gewesen, denn mit Strafbefehlsanträgen konnten nur Geldstrafen erreicht werden. Andererseits drängte spätestens ab 1939 die Personalnot zu einer rationellen Erledigung durch Strafbefehlsverfahren ohne Hauptverhandlung.

Die absoluten Zahlen sind nicht sehr aussagekräftig, die Eingänge verringerten sich ab dem Jahre 1936, damit zwangsläufig auch die Anklagen, selbst wenn deren Anteil angestiegen wäre. Deshalb wird die Entwicklung der Anklagen/Strafbefehlsanträge mit den Prozentanteilen vom Eingang dargestellt:



Die Anklagen stiegen auffällig deutlich von 2.142 im Jahr 1932 auf 2.523 im Jahr 1933 an, um dann von 1.970 Anklagen im Jahr 1934 auf 2.463 im Jahr 1935 abzusinken und diese Entwicklung in der Folgezeit bis 1945 beizubehalten. Die vermehrten Anklagen in den Jahren 1933 und 1935 entsprachen der Parteilinie, ebenso der parallel verlaufende Rückgang der Strafbefehlsanträge von 1007 im Jahr 1932 (11,7 %) auf den Tiefstand mit nur 205 Anträgen (2,7 %) im Jahre 1939, um dann spiegelbildlich zu dem Rückgang der Anklagen ständig anzusteigen, bis im Jahre 1945 beide bei 10 % Anteilen abschlossen.

Die Anklagen haben ab 1931 bis 1939 prozentual leicht zugenommen. Dies beruht in den Jahren 1932/33 und 1935 auf dem durch die politischen Unruhen bedingten erhöhten Eingang. Insbesondere die Straßenkämpfe der rivalisierenden

den Parteigliederungen führten zu Anklagen. Die ab 1933 erlassenen zahlreichen politischen Strafnormen zogen zahlreiche Verfahren nach sich, die zur Abschreckung der Öffentlichkeit angeklagt wurden. Das Gewohnheitsverbrechergesetz, die zahlreichen Devisenvorschriften, das Verbot öffentlicher Sammlungen¹¹⁵, eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen zur Diskriminierung und Vernichtung der Juden führten wegen des politischen Hintergrundes zu Anklagen. Dies gilt insbesondere für ganze Bevölkerungsgruppen, die als Regimegegner gezielt strafrechtlich vom Nationalsozialismus verfolgt wurden. Betroffen waren in großem Umfange die Homosexuellen, ebenso die Zeugen Jehovas.

Strafbefehlsanträge zum Amtsgericht sowie Anklagen zum Amtsgericht und Landgericht

Jahr	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Cs	1114	1007	890	875	1082	788	768	418	205	313	473	520	537	484	148
Ds	1686	1864	2231	1697	2195	1639	1692	1689	1585	1040	1228	874	681	618	138
Ls	353	193	156	119	125	129	153	245	392						
KLs	21	85	136	154	143	137	172	166	218	171	123	135	156	97	20
%															
Cs	14,0	11,7	10,0	10,6	12,6	10,3	9,6	5,1	2,7	4,7	7,4	8,7	10,7	9,7	10,1
Ds	21,2	21,7	25,1	20,6	25,5	21,4	21,3	20,5	20,8	15,5	19,1	14,6	13,5	12,3	9,5
Ls	4,4	2,2	1,8	1,4	1,5	1,7	1,9	3,0	5,1						
KLs	0,3	1,0	1,5	1,9	1,7	1,8	2,2	2,0	2,9	2,6	1,9	2,2	3,1	1,9	1,4

(Der obere Tabellenteil zeigt die Verfahrenszahl, der untere den prozentualen Anteil zum Verfahrensanfall.)

Cs-Verfahren: Strafbefehlsanträge zum Einzelrichter

Ds-Verfahren: Anklagen zum Amtsgericht, Einzelrichter

Ls-Verfahren: Anklage zum Amtsgericht, Schöffengericht

KLs-Verfahren: Anklagen zum Landgericht, Strafkammer

Die Anklagen zum Landgericht erhöhten sich von 1931 mit 0,5 % kontinuierlich auf 2,9 % im Jahre 1939. Dieser ständige Anstieg unmittelbar vor der Machtübernahme, der im Jahre 1932 erstmals festzustellen ist, dürfte 1932 durch die gewaltsamen innenpolitischen Auseinandersetzungen begründet sein, in der Folgezeit jedoch auf den zahlreichen politischen Strafnormen beruhen. Nach 1939 bleibt das Landgericht von einem vergleichbaren Verfahrensrückgang, wie bei Staatsanwaltschaft und Amtsgerichten festzustellen, verschont. Bei den Amtsge-

¹¹⁵ Ges. v. 3. 7.1934, RGBl. I 1934, S. 531.

richten sinkt die Anzahl der Anklagen von 25,1 % im Jahre 1933 auf 15,5 % im Jahre 1940 ab, während die Eingänge beim Landgericht im gleichen Zeitraum von 1,5 % auf 2,6 % anstiegen. Dies wurde durch die zahlreichen politischen Strafnormen des Jahres 1939 verursacht, die nicht nur neue Delikte sondern durch höhere Strafandrohungen und Verhängung von Sicherungshaft auch neue Zuständigkeiten für das Landgericht begründeten. Dies sind u.a. die KriegswirtschaftsVO vom 4.9.1939¹¹⁶, die kriegsschädliches Verhalten durch Zurückhaltung von Rohstoffen bis zur Todesstrafe bedrohte; die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5.9.1939¹¹⁷ drohte die Todesstrafe oder Zuchthausstrafe für Vermögens- und andere Delikte an, wenn diese bei Verdunklung oder unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse begangen worden waren, sowie die Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutze der Wehrkraft des Deutschen Volks vom 25.11.1939¹¹⁸, die u. a. den unerlaubten Umgang mit Kriegsgefangenen erfasste, ebenso die Verordnung gegen Gewaltverbrecher¹¹⁹, das selbst geringfügige Vermögensdelikte mit Zuchthausstrafen bedrohte.

Bei dieser Vielzahl neuer Regelungen kann man bei dem geringen Überlieferungsgrad von 1,4 % aus einer vorübergehend ansteigenden Anzahl archivierter Akten – wie sie für das Jahr 1939 festzustellen ist – nicht auf einen ursächlichen Zusammenhang schließen.

Die Klage des OLG-Präsidenten, die Eingänge der Landgerichte seien rückläufig, weil das Sondergericht viele Verfahren abziehe, trifft für Ulm nicht zu. Das Schöffengericht wurde Ende 1939 abgeschafft. Der letzte Eingang belief sich auf 392 Fälle, entsprechend 5,1 % des staatsanwaltschaftlichen Eingangs. Die Ermittlungsbehörde hatte die Wahl, nunmehr zum Landgericht oder zum Einzelrichter beim Amtsgericht anzuklagen. Aus der Statistik ist nicht ersichtlich, welcher Weg bevorzugt wurde. Beide Gerichte weisen Rückgänge im Eingang auf, diese wären ohne Aufhebung des Schöffengerichts noch größer gewesen, wurden also zum Teil aufgefangen.

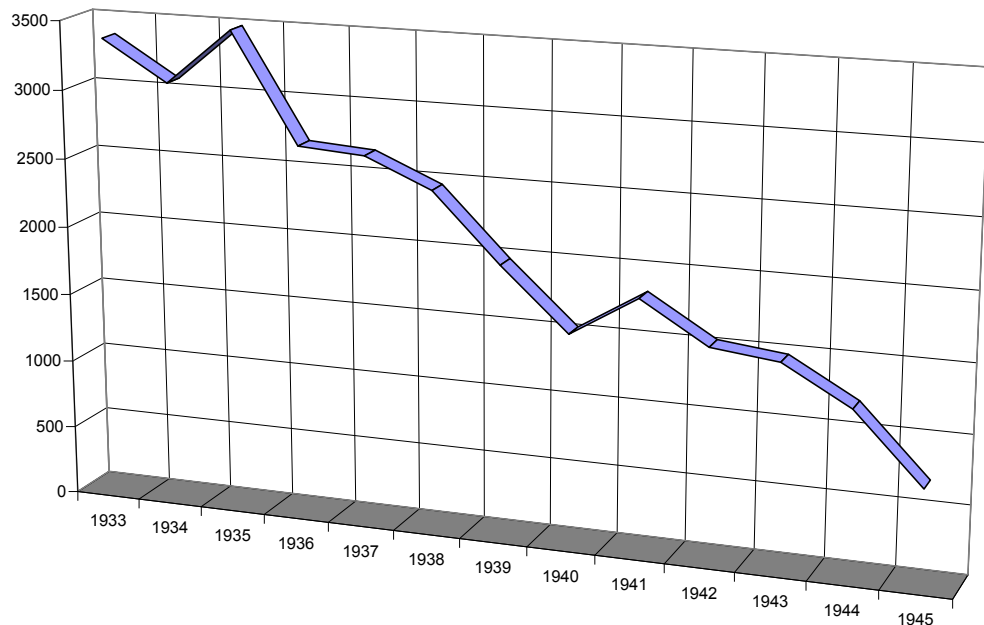
¹¹⁶ RGBl. I 1939, S. 1609.

¹¹⁷ R1939, S.1679.

¹¹⁸ RGBl. I 1939, S.1455.

¹¹⁹ Ges. v. 24.11.1933, RGBl. I, 1933,S.995.

Verfahrenseingang des Amtsgerichts



Schon vor der Mobilmachung 1939 war die Personalausstattung der Justiz sehr beengt, Abordnungen zu anderen Ämtern als Aushilfe für Ausfälle waren üblich, selbst eine Zweigstelle der Staatsanwaltschaft musste wegen Personalmangels geschlossen werden¹²⁰. Nach Kriegsbeginn verschärfte sich die Situation noch stärker, von 9 zuvor verfügbaren Staatsanwälten waren 1942 nur noch 5 verfügbar, beim Amtsgericht Ulm ging das verfügbare Personal von 60 Beamten im Jahre 1939 auf 30 Beamte im Jahre 1944 zurück. Die Personalnot wurde zur brennenden Frage, aber Änderungen gab es nicht, selbst wenn in jedem Lagegericht darauf hingewiesen wurde „wenn dem Bezirk noch weitere Kräfte durch die Einziehung zur Wehrmacht oder durch Abordnung entzogen werden, so muss mit der Möglichkeit ernsterer Ausfallerscheinungen in der Strafrechtspflege gerechnet werden.“¹²¹

Eine sachgerechte und ausführliche Bearbeitung war bei einer solchen Fluktuation nicht mehr zu leisten. Dieser Erledigungsdruck¹²² erforderte einen ef-

¹²⁰ Personalakte Staatsanwalt Andriof, StA Ludwigsburg,, E 322 III, Bü. 1.

¹²¹ Lagebericht GenStA Stgt., BAB R 22/3387.

¹²² Die Geschäftsbelastung der Strafrichter in Ulm kann nicht sicher geschätzt werden, da wohl der Verfahrenseingang feststeht, nicht aber die Anzahl der Strafrichter, denn Geschäftsverteilungspläne sind nicht erhalten, ebenso wie die tatsächlichen Besetzungen nirgends ersichtlich sind. Man kann davon ausgehen, dass auch hier die Belastung pro Kopf bis 1944 um ein vielfaches angestiegen ist, wie sich dies aus den Personalakten gelegentlich ergibt und wie für die Gerichte Kassel und Darmstadt von Lojowski in Form, S.

fektiven, zeitsparenden und damit schnellen Verfahrensabschluss, um in der Aktenflut nicht unterzugehen. Dem entsprach am ehesten eine Erledigung ohne Einschaltung der Gerichte. Dies bot vielfältige Vorteile: Das Verfahren war schnell und endgültig erledigt, ein Rechtsmittel zumeist nicht gegeben (Einstellung wegen geringen Verschuldens, Amnestie, Verneinung des öffentlichen Interesses an einer Strafverfolgung, Abgaben an andere Stellen). Beschwerden oder Dienstaufsichtsbeschwerden waren damals absolute Ausnahmen¹²³, mit Rechtsmitteln musste man nicht rechnen. Die Verfahren wurden oft noch am Eingangstag erledigt, zumeist binnen einer Woche.

4.3.3 ZUSAMMENFASSUNG:

Der Verfahrensanfall ging bei der Staatsanwaltschaft Ulm ab 1939 ständig zurück. Dies war im Wesentlichen bedingt durch Einziehung potentieller Täter zur Wehrmacht. Auch die Schaffung neuer Zuständigkeiten anderer Behörden hatte der Justiz einige Verfahren entzogen.

Unter dem Zwang der drückenden Personalknappheit – durch Einziehung zur Wehrmacht und Krankheit waren ca. 60 % der Staatsanwälte ausgefallen – bevorzugte die Behörde unter Abkehr der zuvor bevorzugten Erledigungsarten ab 1939 zeitsparende Verfahrenserledigungen, insbesondere Abgaben an andere Behörden und Einstellungen wegen geringen Verschuldens nach § 153 StPO. Gleichzeitig gingen die zuvor mit über der Hälfte aller Erledigungen bevorzugten Einstellungen nach § 170 StPO zurück auf lediglich 29,0 % im Jahre 1940.

Die Anklagen und Strafbefehlsanträge zu den Gerichten entwickelten sich gegenläufig. Von 1931 bis 1939 verharrten die Anklagen bei ca. 20 % Anteil, um bis 1945 auf 9,5 % abzusinken, während die Strafbefehlsanträge von 14 % im Jahre 1931 auf 2,7 % im Jahre 1939 absanken um bis 1945 10,1 % zu erreichen, auch hier wechselte man wegen der beengten Personalsituation auf weniger arbeitsintensive Abschlüsse.

1056 dargestellt wurde. Die Belastung pro Kopf stieg von 7 Verfahren im Jahre 1936/7 auf 20 Verfahren im Jahre 1944 an.

¹²³ Aus den Strafakten, Spruchkammerakten, Personalakten u.a. sind von 1927 – 1945 lediglich 5 Beschwerden ersichtlich.

4.4 DIE STAATSANWALTSCHAFT – EINFALLSTOR ZUR BEEINFLUSSUNG POLITISCHER VERFAHREN

4.4.1 ALLGEMEINES

Die Staatsanwaltschaft konnte als „Herrin des Vorverfahrens“ darüber entscheiden, welche Ermittlungsverfahren sie zur Aburteilung an die Gerichte weitergab, weil sowohl ein hinreichender Tatverdacht vorlag als auch ein Gerichtsverfahren opportun erschien, etwa um Regimekritiker zur Verurteilung zu bringen. Selbst bei hinreichendem Tatverdacht konnte sie das Verfahren wegen Amnestie (Straf-freiheitsgesetz) oder geringen Verschuldens (§153 StPO) einstellen, etwa um dadurch Parteigänger vor Strafe zu bewahren – oder anklagen, um einen Re-gimekritiker zu sistieren. Die Beeinflussung dieser eminent wichtigen Entscheidungsmacht hatte sich das NS-System gesichert und schon bei Macht-übernahme begonnen, die Führungspositionen bei den Staatsanwaltschaften mit politisch zuverlässigen Parteigängern zu besetzen und so die Entscheidungen in ihrem Sinn zu beeinflussen

Die Parteiorgane waren sehr daran interessiert, für sie rufschädigende öf-fentliche Strafverfahren von Übergriffen der SA oder SS gegen Regimekritiker zu unterbinden. Bei besonders schwerwiegenden Delikten – Tötung oder Misshand-lungen von Regimekritikern – verweigerten sich selbst NS-treue Juristen einer Einstellung. Am erfolgreichsten konnten in solchen Fällen die weisungsgebunde-nen Staatsanwaltschaften durch verbindliche Anweisungen zum erwünschten Ergebnis veranlasst werden. Die Hierarchie war dreistufig gestaltet. Innerhalb der Staatsanwaltschaft als Unterbehörde war der Behördenleiter den nachgeord-neten Staatsanwälten gegenüber zu dienstlichen Anweisungen befugt (§ 146 Abs. 1 GVG). Der Oberstaatsanwalt seinerseits unterstand der Dienstaufsicht des Generalstaatsanwalts und hatte dessen Anordnungen nachzukommen. Dieser wiederum stand unter der Dienstaufsicht des Landesjustizministers, nach der Verreichlichung der Justiz¹²⁴ ging diese Zuständigkeit auf den Reichsjustizminis-ter über. Spätestens dessen Entscheidungen richteten sich vorrangig an politischen Zielen und weniger an rechtlichen Wertungen aus, womit Konflikte vorgegeben waren.

¹²⁴ Drittes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich v. 24.1.1935, RGBl. I, S. 68.

Wollte die Unterbehörde wiederholte schwerwiegende Delikte wie Landfriedensbruch durch SA-Angehörige unnachsichtig verfolgen und ordnete der Justizminister die Verfahrenseinstellung an so war dies zu befolgen¹²⁵.

Durch diese Einbindung der Strafverfolgungsbehörde in eine abhängige Hierarchie wurde die früher freie und unabhängige Stellung als „Herrin des Vorverfahrens“ erheblich eingeschränkt, die eigenen Vorstellungen einer Verfahrenserledigung konnten gegen politische Entscheidungen nicht durchgesetzt werden. Die Behörde war in die Machtstrukturen des Regimes eingebunden und hatte dessen System zu unterstützen. So blieben Vorgänge, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren sollten, entgegen dem Legalitätsprinzip, ungeahndet.

Nur ein einziger Angehöriger der Staatsanwaltschaft hatte sich vehement und offen gegen die Übermacht der Partei gestellt und die Lynchjustiz der Parteiorganisationen an Kritikern bekämpft¹²⁶, nämlich Oberstaatsanwalt Heß, Behördenleiter von 1935 – 1937.

Die Verbrechen des Landfriedensbruchs, der schweren Körperverletzung u.a. von SA- und SS-Männern wurden von Polizeidirektor Dreher und Gauleiter und Reichsstatthalter in Württemberg Murr gedeckt, die jegliche Strafverfolgung unterbanden indem der Staatsanwaltschaft weder Anzeigen noch Akten vorgelegt wurden. Oberstaatsanwalt Heß remonstrierte dagegen beim Generalstaatsanwalt und Reichsjustizminister in scharfer Form. Sein Einsatz blieb ergebnislos, die Partei war stärker. Sein vorzeitiger Rückzug in die Pensionierung zeigt, dass dieser offene Widerstand gegen die Parteilinie – vor allem gegen Reichstagsabgeordnete und Reichsjustizminister – aussichtslos war.¹²⁷

¹²⁵ In der ersten Zeit nach der Machtübernahme wies der RJM reichsweit wiederholt die Staatsanwaltschaften zur Einstellung schwerster Verbrechen von SA- und SS- Männern an, (Weinkauff, S. 54), Müller, Ingo, S. 64.

¹²⁶ Der 1869 geb. Dr. Max Ernst war von 1927 bis 1935 Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Ulm und lehnte als Nichtparteigenosse die NS-Ideologie des Führerstaates ebenso ab wie die Judenpolitik. Er unterstützte erfolgreich den jüdischen Direktor Dr. Baum des Ulmer Museums und verhalf diesem gemeinsam mit anderen Bürgern zu einer Pension. Damit war er politisch für das Regime untragbar geworden und musste auf politischen Druck in den Ruhestand treten.

¹²⁷ Seine Pensionierung war veranlasst durch eine ungeklärte Erkrankung, die kurz danach zu seinem Tode führte. Als hochrangiger Funktionär hatte er die Lynchjustiz durch Parteigenossen an Kritikern – die von höchster Stelle gedeckt wurden – massiv bekämpft. Er wusste, dass selbst kleinste Kritiker eliminiert wurden und war überzeugt, vergiftet worden zu sein. Seine Ehefrau beauftragte er, seine Exhumierung zu beantragen. Dies wurde abgelehnt.

Die Frage, ob die nachfolgenden Behördenleiter und Sachbearbeiter den Erwartungen und Vorstellungen der Parteiorgane willfährig aus eigener Überzeugung entsprochen haben, oder ob sie sich als eigenes Organ der Rechtspflege dem verweigerten und sich nur einer verbindlichen Anweisung beugten, wurde anhand der überlieferten Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft untersucht.

4.4.2 QUELLENLAGE UND ANFALL POLITISCHER VERFAHREN

Bei der Aktenauswertung wurden sowohl politische als auch unpolitische, klassische Verfahren erhoben. Als politische Verfahren wurden alle Ermittlungs- und Strafverfahren eingeordnet, die auf nationalsozialistischen Unrechtsnormen beruhend, nach der Kapitulation von der Militärregierung oder dem Bundesrat¹²⁸ aufgehoben worden sind. Weiterhin gültig blieben u. a. die Verurteilungen wegen Homosexualität sowie nach dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher¹²⁹. Diese Bereiche wurden als politisch eingeordnet, weil die Strafbarkeit und die intensive Verfolgung insbesondere der Homosexuellen damit begründet wurde, die Täter hätten sich durch ihr Verhalten außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt. Die Missachtung der nationalsozialistischen Ideologie war mit ein Grund für die Verfolgung.

Klassische Delikte wie Körperverletzungen, Landfriedensbruch u.ä. wurden als politisch eingestuft, wenn die Taten aus politischen Gründen begangen worden waren, etwa bei handgreiflichen Auseinandersetzungen politischer Kontrahenten. Begingen Personen des öffentlichen Lebens klassische Delikte, wurden diese wegen der Bedeutung für die Öffentlichkeit als politisch eingeordnet.

Die bei der Staatsanwaltschaft von 1931 – 1945 eingegangenen politischen Verfahren gingen mit Antrag auf Erlass eines Strafbefehls oder als Anklage zu den Gerichten, sofern ein hinreichender Tatverdacht bejaht worden war. Die Erledigungsarten sind dort erörtert. Die übrigen Akten verblieben bei der Verfolgungsbehörde und wurden von dort ausgesondert bzw. an Staatsarchive

¹²⁸ Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte vom 25. August 1998. BGBl. I 1988, S. 2501 ff.

¹²⁹ Ges. vom 24.11.1933, RGBl. I 1933, S. 995.

abgegeben. Im Bestand E 352 des Staatsarchivs Ludwigsburg sind lediglich 71 staatsanwaltschaftliche Vorgänge mit zumeist vollständigem Akteninhalt archiviert.

4.4.3 ERLEDIGUNGSARTEN NACH ERHALTENEM AKTENBESTAND

4.4.3.1 Allgemeines

Die Staatsanwaltschaft hatte von den bei ihr von 1931 – 1945 eingegangenen 388 politischen Verfahren 317 Fälle (81,7 %) zu den Gerichten gebracht, wo 294 Beschuldigte zu Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Bei der eigenen Behörde wurden 71 Verfahren (18,3 %) durch Einstellungen abgeschlossen. Die klassischen Verfahren wurden in einem vergleichbaren Verhältnis von 82,4 % zu den Gerichten gebracht und 17,6 % bei der Staatsanwaltschaft eingestellt. Demnach wurde bei den politischen Verfahren nicht mehr Anklagen erhoben sondern ein vergleichbarer Bewertungsmaßstab angelegt.

Die Art der Verfahrensabschlüsse richtete sich auch nach taktischen Überlegungen mit dem Ziel, den als Gegnern des Regimes bekannten Beschuldigten keine moralischen Vorteile zu belassen; so gönnte man ihnen nicht den „Erfolg“ einer Einstellung nach § 170 II StPO wegen fehlenden Tatverdachts, sondern stellte die Verfahren nach Straffreiheitsgesetz ein. Insbesondere die Einstellungen nach Amnestie und wegen geringen Verschuldens eröffnete die Möglichkeit Parteisympathisanten zu begünstigen.

Die 71 politischen Verfahren wurden wie folgt abgeschlossen:

- 39 Verfahren (54,9 %) wegen unzureichenden Tatverdachts (§ 170 StPO) ,
- 18 nach Amnestiegesetzen (25,4 %),
- 11 (15,5 %) aus sonstigen Gründen (19,7 %), wie geringes Verschulden, Ableben, Einstellung nach § 154 StPO oder nach Jugendgerichtsgesetz.
- 3 (4,2 %).wegen unbekannten Aufenthalts (§ 205 StPO)

4.4.3.2 Verfahrenseinstellungen bei NS-Sympathisanten bzw. NS-Kritikern

Die politischen Verfahren wurden zusätzlich danach ausgewertet, ob die Anzeigerstatter bzw. die Beschuldigten Gegner oder Befürworter des Regimes waren und wie die Verfahren jeweils abgeschlossen worden sind. Die archivierten Akten

der Staatsanwaltschaft ermöglichten überwiegend diese Bewertung, nur in 21 Verfahren war eine Beurteilung nicht möglich. Der Auflistung liegt die Anzahl der beschuldigten Personen zugrunde.

Bei den Erledigungsarten wurden zwei Arten gesondert erfasst, nämlich Einstellungen wegen fehlenden Tatverdachts (§ 170 StPO) und Erledigung nach Amnestie. Unter sonstigem sind enthalten: Einstellungen wegen geringen Verschuldens (§ 153 StPO) sowie vorläufige Einstellungen wegen unbekannten Aufenthalts (§ 205 StPO). Zum Vergleich sind die Einstellungsarten für die unpolitischen Verfahren dargestellt.

Erledigungsarten der Ermittlungsverfahren gegen NS-Sympathisanten bzw. NS-Kritiker (nach archivierten Ermittlungsakten):

	Erledigungen der Verfahren gegen		Erledigung der Anzeigen von		Einstellung unpolitischer Verfahren
	Sympathisanten	NS-Kritiker	Sympathisanten	NS-Kritikern	
Nach § 170	15 P. (15,8 %)	35 (83,3 %)	40 (66,7 %)	6 (8,8 %)	137 (63,4 %)
Amnestie	63 P. (66,3%)	4 (9,5 %)	7 (11,7 %)	60 (88,2 %)	20 (9,3 %)
Sonstiges	15 P. (15,8 %)	3 (7,1 %)	13 (21,7 %)	2 (7,1 %)	59 (27,3 %)
Insgesamt	95	42	60	68	216

Auf den ersten Blick fallen die erheblichen Unterschiede zwischen den Erledigungen bei Sympathisanten und den Regimekritikern auf, insbesondere der hohe Anteil von 66,3 % amnestierter NS-Sympathisanten, die bevorzugt damit bedacht worden sind. Noch höher liegt mit 88,2 % der Anteil an Amnestien bei Anzeigen von NS-Kritikern gegen Parteiangehörige, die weit überwiegend nach dieser Möglichkeit erledigt wurden – ob mit oder gegen den Willen der Staatsanwaltschaft ist anschließend erörtert. Der hohe Anteil erklärt sich mit Anzeigen gegen insgesamt 62 SA- und SS-Männer wegen Landfriedensbruchs, die bei 60 Beschuldigten mit Amnestie bedacht worden waren. Ihnen wurden schwerwiegende Verstöße wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung angelastet. Die Sach- und Rechtslage dieser schwerwiegenden Vorwürfe war so eindeutig, dass eine Erledigung durch Amnestie für die beschuldigten SA- und SS-Männer die einzige Rettung vor einer öffentlichen Verurteilung war.

4.4.3.3 Einstellungen wegen unzureichenden Anfangsverdachts (§ 170 StPO)

Diese Erledigungsart wurde sehr unterschiedlich angewendet. Die Anzeigen von Kritikern gegen Sympathisanten wurden in nur sechs Fällen (8,8 %) der Verfahren wegen fehlenden Tatverdachts erledigt, jedoch in der überwiegenden Mehrheit aller Anzeigen gegen 60 angezeigte Parteianhänger (88,2 %) durch Amnestie der Beschuldigten eingestellt. Dies zeigt, dass knapp 90 % dieser Anzeigen erfolgreich gewesen wären und den Mitgliedern der NS-Organisationen Straftaten nachgewiesen worden waren, deren Aburteilung durch die Justiz jedoch mittels Amnestie blockiert wurde.

Die einseitige Bevorzugung der NS-Sympathisanten zeigt sich auch bei anderen Sachbehandlungen: Ein Gymnasiallehrer war im NS-Kampfblatt „Ulmer Sturm“ wegen seiner ablehnenden politischen Haltung massiv beleidigt worden. Seine Anzeige gegen den Redakteur wurde mit der Begründung eingestellt, dies habe er durch seine politische Betätigung selbst herausgefordert, er brauche seine Kritik an der Partei nur unterlassen, dann würde auch er nicht angegriffen. Bei Kritikern wurden jedoch selbst harmlose Äußerungen als Heimtücke eingestuft und eine Verfolgung eingeleitet.

4.4.3.4 Einstellung wegen geringen Verschuldens

Die Einstellungen wegen geringen Verschuldens sind ungleich verteilt, bei den Verfahren gegen Sympathisanten wurden diese mit 15,8 % bevorzugt, während die Kritiker nur mit der Hälfte (7,1 %) berücksichtigt wurden. Dies ist bezeichnend für den an der politischen Einstellung der Beschuldigten orientierten Entscheidungsmaßstab.

4.4.3.5 Einstellung durch Amnestie

Trotz Tatverdachts konnte nach Amnestiegesetz eingestellt werden, wenn die zu erwartende Strafe voraussichtlich eine Höchstgrenze nicht überschreiten würde, die bei dem Augustamnestiegesetz von 1934¹³⁰ bei 6 Monaten Gefängnis lag.

¹³⁰ AugustamnestieG v. 7.8.1934, RGBl. I, S. 769.

Nach den Straffreiheitsgesetzen wurden 2/3 der Verfahren gegen NS-Anhänger gegenüber knapp 10 % bei den Kritikern eingestellt. Bevorzugt eingesetzt wurde diese Möglichkeit, da so ohne Strafe und Aufsehen politische Straftaten unauffällig erledigt werden konnten. In den politisch noch von einem gewissen Widerstand geprägten Jahren von 1933 - 1939¹³¹ wurden von den 32.420 Gesamteingängen – mit klassischen und politischen Delikten – bei der Staatsanwaltschaft durchschnittlich 5,5 % nach Amnestiegesetz eingestellt. Bei ausschließlich politischen Delikten liegt bei den archivierten Verfahren die Einstellungsquote höher, bei den Sympathisanten des NS-Regimes wurden mit 66,7 % ca. zwölfmal, bei den Kritikern mit 8,8 % doppelt so oft eingestellt als beim Gesamtdurchschnitt aller angefallenen Verfahren. Bei der ersten Gruppe ist der exorbitant hohe Anteil durch die politisch bedingten Amnestieanwendungen auf die großen Tätergruppen der SA/SS zu erklären. Bei den Kritikern ist die leichte Erhöhung verständlich wenn man sieht, dass sie nur auf vier Fällen beruht und hier die Amnestie bemüht wurde, um eine Einstellung wegen fehlenden Tatverdachts nach § 170 StPO zu umgehen.

Festgestellt wurden unter den 246 Verfahrensakten 71 politische Vorfälle mit 137 Beschuldigten. In den turbulenten Zeiten bis 1933 kam es zwischen den politischen Kontrahenten zu vielen Straßenkämpfen, Überfällen und Schlägereien; nach der Machtübernahme wurden die meisten dieser Taten durch Amnestiegesetze straffrei gestellt¹³².

Die Erledigungsarten gegen beschuldigte Nationalsozialisten wichen erheblich von denen gegenüber Kritikern ab. Bei den Befürwortern wurde bei 63 Personen (66,3 %), bei den Gegnern lediglich bei 4 Personen (9,5 %) nach Amnestie eingestellt. Der auffällig hohe Amnestieanteil ist beinahe ausschließlich

¹³¹ Hierzu wurden aus dem Eingangsregister insgesamt 32.420 Eingänge ausgewertet, jedoch ohne die Jahre 1935 und 1937.

¹³² Das RJMam 18.12.1934 mit: „Der Führer und Kanzler hat in großzügiger Beantwortung des ihm vom Volke ausgesprochenen Vertrauens durch das Gesetz vom 7.9.1934 in rund ¾ Millionen Fällen Straffreiheit durch Erlass von Strafen oder Einstellung von Strafverfahren gewährt.“ (DJ 1935, S. 5, zit. nach Form, S. 199).

Die Einstellungen nach Amnestie wurden für 4 Jahre durch Auswertung der Js-Register ermittelt. Danach wurden amnestiert 1933: in 550 Verfahren (6,9 %), 1934 in 470 Verfahren (5,7 %), 1936 in 272 Verfahren (3,6 %), 1939 in 447 Verfahren (5,9 %).

Amnestiegesetze: Ges. v. 21.3.1933, RGBl. I, S. 162; Ges. v. 7.8.1934, RGBl. I, S. 769; Ges. v. 23.4.1936, RGBl. I, S. 378, schon am 12.12.1932, RGBl. I, S. 559.

durch das Bemühen der Staatsanwaltschaft begründet, massive Straftaten von SA- und SS-Angehörigen ungesühnt zu lassen:

(1) In einem Fall wegen Landfriedensbruchs wurden alle 28 SA- und SS-Männer amnestiert. Die Beschuldigten hatten mit mehreren hundert Personen eine unbeliebte Familie gewaltsam aus dem Dorf vertrieben¹³³.

(2) Bei 15 SA- und HJ-Angehörigen, die mit hunderten HJ-Angehörigen einen gewaltsamen Demonstrationszug veranstaltet hatten, wurde ebenso verfahren¹³⁴, ebenso in einem weiteren Fall bei einer Strafaktion von 7 SA-Leuten¹³⁵. Nicht immer hatte die Staatsanwaltschaft aus freien Stücken eingestellt, sondern mehrmals versucht, schon mehrmals unangenehm aufgefallene Täter zu bestrafen, sich damit gegen die Partei nicht durchsetzen können.

(3) Fünf SA- Aufseher im Schutzhaftlager Ulm hatten einen Häftling mit Fäusten, Ellenbogen und Gewehrkolben geschlagen. Ein SA-Mann berief sich auf Notwehr, da er sich von dem nackten Häftling angegriffen glaubte, der mit den Armen gestikulierend auf ihn zugegangen sei. Die Staatsanwaltschaft stellte die Verfahren wegen Körperverletzung gegen alle fünf Beschuldigten nach Straffreiheitsgesetz ein¹³⁶.

Waren jedoch Kritiker des Regimes beschuldigt, setzte man die Amnestie sehr viel zurückhaltender ein, praktisch nur, um einen nicht zu umgehenden Freispruch zu vermeiden. So stellen sich jedenfalls 3 von 4 Amnestiefällen dar:

(1) Ein katholischer Pfarrer wurde heimlich in der Kirche von Bürgermeister und SA bei der Christenlehre belauscht, als er die „Kinder vergiftete“. Er stand auf der „Abschussliste“ der Polizei, aber seine Äußerung, es sei nicht schlimm, dass Frankreich das Elsass weggenommen habe, reichten nicht für eine Anklage aus. Eine Anzeige der SA wollte man nicht wegen fehlenden Tatverdachts einstellen, diesen „Triumph“ gönnte man dem Pfarrer nicht. So wurde die Amnestie bemüht¹³⁷.

(2) Ein Pfarrer hatte einen Umschlag für Geldspenden verteilt, der in der folgenden Woche am „Tag der Einheit“ abgegeben werden konnte. Die Polizei sah

¹³³ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 49.

¹³⁴ A.a.O. Bü. 41.

¹³⁵ A.a.O., Bü. 40.

¹³⁶ EVfg. J 3/863/34 v. 14.9.1934, a.a.O., Bü. 45.

¹³⁷ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 125.

die am gleichen Tag durchgeführte staatliche Sammlung als gefährdet an. Um einen möglichen Freispruch zu vermeiden, stellte man nach Amnestie mit Formblatt ohne Begründung ein¹³⁸.

(3) Im privaten Wohnzimmer hatte ein Regimegegner seinem Freund erklärt, Hitler sei auch nicht so mit Hindenburg befreundet gewesen, wie es hätte sein sollen, was ein Polizist belauscht hatte. Wegen Heimtücke wurde die Sache an das Sondergericht Stuttgart abgegeben, welche die Sache mangels Tatverdachts zurückgab, die in Ulm nach Amnestie eingestellt wurde¹³⁹.

Wertet man die gesamten Akten der Staatsanwaltschaft – politische und unpolitische Verfahren – zur Anwendung der Amnestie aus, so sind von insgesamt 102 Einstellungen nur 21 (20,6 %) angemessen (dies waren u.a. 15 Verfahren gegen Polen und Jugoslawen wegen Arbeitsverweigerung), der Hauptanteil mit 81 Fällen (79,4 %) ist weit überwiegend aus politischen Gründen amnestiert worden, um eine erforderliche Bestrafung von NS-Anhängern zu verhindern.

4.4.3.6 Politischer Druck zu Verfahrenseinstellungen

Bei sehr massiven, untragbaren Zuständen verteidigte auch die Staatsanwaltschaft – manchmal Schulter an Schulter mit dem Landesjustiz- sowie dem Innenministerium – entschieden die Rechtsordnung und wies die Polizei zu strengster Verfolgung an, vor allem, wenn SS- und SA-Gruppen unter Ausschaltung der Justiz „Selbstjustiz“ geübt hatten. Die SA- und SS-Abteilungen überfielen und schlugen jeden zusammen, der sie auch nur „frech“ angeschaut hatte. In Gruppen von zehn bis zu 600 Personen wurde Landfriedensbruch und Körperverletzung begangen, die Justiz ordnete unnachsichtige Ermittlungen an, bestand auf strengster Bestrafung – und am Ende beugte sich die Verfolgungsbehörde den politischen Wünschen und Anordnungen der Parteifunktionäre und stellte ein.

Der Verfahrensverlauf zeigt in den Akten deutlich die befehlende Hand der Partei zur Einstellung. Allerdings kann man dies zumeist nur aus dem Verfahrensablauf oder kurzen Aktenvermerken erahnen, mehr als Indizien finden sich

¹³⁸ A. a. O., Bü. 148.

¹³⁹ A. a. O., Bü. 56.

nicht als Beweis – nur in einem Fall ist der Weg von anfänglich geforderter abschreckender Bestrafung gewalttätiger Schläger zur sanktionslosen Einstellung minutiös protokolliert worden. Eine sehr seltene, vollständig überlieferte Dokumentation.

(1) Der Fall SS-Sturmführer Stemmler¹⁴⁰ – Befehl ist Befehl: Am 11.5.1934 begegneten sich die Parteigenossen Hausmeister Fink und Lehrer Vollmer in der Schule in Geislingen. Fink grüßte mit dem Hitlergruß, der in gleicher Weise erwidert wurde. Wahrheitswidrig teilte jedoch Fink der NSDAP-Leitung mit, Vollmer habe der Grußpflicht nicht genügt. Der Beschuldigte Stemmler, Führer des SS-Sturmes, gab dies seinen Leuten bekannt. Diese wollten nach dieser „schweren Beleidigung des Führers“¹⁴¹ „dem Lehrer Vollmer solange Heimzünden und zwar heute Nacht, bis er in Schutzhaft genommen wird“.

Über den Tathergang in dieser Nacht ist aktenmäßig nichts ersichtlich, jedenfalls haben 10 Beschuldigte Landfriedensbruch, gemeinschaftliche Körperverletzung, Amtsanmaßung und Beleidigung begangen denn der Geschädigte wurde von dieser Gruppe zusammengeschlagen und beleidigt. In der Bevölkerung sorgte dieser Vorfall für heftigen Wirbel und Empörung über dieses missbilligte Verhalten der SS. Staatsanwaltschaft und Justizministerium drängten auf effektive, nachhaltige Verfolgung, nach wenigen Tagen wurde auf Weisung des Justizministeriums eingestellt.

Oberstaatsanwalt Ernst dokumentierte die Telefongespräche mit dem Ministerium:

3.7.1934: Das Justizministerium wünscht eine nachdrückliche Strafverfolgung und Erhebung einer Anklage. Der Sachbearbeiter entwirft eine Anklageschrift.

5.7.1934: Der Stellvertreter des Gauleiters Schmidt lässt seine Sekretärin ausrichten, es solle keine Anklage erhoben werden. Auf Gegenvorstellung des Staatsanwalts, er habe sich an die Weisung des Justizministers zu halten: Es solle keine Anklage erhoben werden.

¹⁴⁰ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 40.

¹⁴¹ Die Verweigerung oder nicht ordnungsgemäß durchgeführte Hitlergruß eines Parteigenossen wurde nach der Disziplinarrechtsprechung als Verletzung der Gehorsampflicht angesehen. Es entstehe der Eindruck, der Beamte lehne den Führer ab und ziehe seine eigenen egoistischen Erwägungen der Richtigkeit dienstlicher Anordnungen vor (Meuren, S. 80).

9.7.1934: Beim Justizminister wird Vortrag gehalten unter Hinweis, dass Hitler eine strenge Verfolgung solcher Übergriffe wünsche (Nr. 6 seines Befehls vom 30.6.34), der Reichsinnenminister habe dies ebenfalls angeordnet. Der Justizminister wird im Anschluss die Sache mit dem stellvertretenden Gauleiter besprechen.

10.7.1934: Ergebnis der Besprechung wird fmdl. mitgeteilt: Der Justizminister wünscht keine große Aufmachung, wenn möglich, nicht mehr viel an der Sache rühren, soll durch Strafbefehl abgemacht werden. Auf massive Gegenvorstellungen der Staatsanwaltschaft, wegen der Schwere der Tat und der Erregung der Öffentlichkeit: „Befehl ist Befehl!“

11.7.1934: Justizministerium wünscht bei Einigung der Parteien eine Verfahrenseinstellung, ansonsten mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit Strafbefehle. Der Behördenleiter hält eine Geldstrafe bei diesen schweren Delikten für nicht akzeptabel. Das Ministerium erwartet, dass die Staatsanwaltschaft eben aus subjektiven Gründen einstelle, wenn sie den objektiven Tatbestand nicht verneinen zu können glaube. OStA Ernst schlägt vor, die Sache durch den Herrn Reichsstatthalter einstellen zu lassen, diesen Weg will jedoch der Justizminister nicht gehen.

17.7.1934: Lehrer Vollmer erklärt, er werde seinen Strafantrag zurücknehmen, wenn die beteiligten SS- und SA-Mitglieder von den Parteidienststellen bestraft würden, was bisher entgegen den Ankündigungen nicht erfolgt sei. Das Verfahren wurde gegen 4 Personen mit Strafbefehl i.H.v. 40.- RM beendet, gegen die übrigen 6 Beschuldigten aus subjektiven Gründen eingestellt, da der SS-Gruppenleiter den Einsatz befohlen habe, liege ein Irrtum über einen öffentlichen Auflauf vor¹⁴².

Diese Telefonnotizen belegen, wie bei schwerwiegenden Taten selbst das Ministerium anfänglich für die nachhaltige Bestrafung der SS-/SA- Täter eingetreten war, sich jedoch durch die Forderung selbst eines nachrangigen stellvertretenden Gauleiters zur Verfahrenseinstellung geradezu anweisen ließ und dies gegen die sich widersetzende Staatsanwaltschaft mit Befehl durchsetzte.

Auch die Justiz – zumindest die Staatsanwaltschaft – war 1934 fest im Griff der Partei, deren Gliederungen ungehindert schwerste Straftaten begehen

¹⁴² Aktenmäßig ist dies nicht belegt, es ergibt sich jedoch aus dem Erledigungsvermerk in dem Verfahrensregister 1934 der Staatsanwaltschaft.

konnten weil sie eine Strafverfolgung nicht zu befürchten hatten. Dies können auch die folgenden Verfahren belegen:

(2) Im Fall RA Dr. Prassler obsiegte die Partei gegen drei Ministerien¹⁴³:

Der Anzeigeerstatte RA Dr. Prassler war Halbjude und Syndikus des Industrieverbandes e.V. Bezirk Göppingen. Die HJ hatte landesweit zur Werbung eine Aktion gestartet, um Jungarbeitern einen längeren Urlaub zu verschaffen und die im Bezirk ansässigen Firmen angeschrieben mit der Bitte, einen längeren Urlaub einzuräumen. Damit wollte man Jungarbeiter als Mitglieder für die HJ gewinnen. Dr. Prassler unterstützte das, riet den Firmen jedoch ab, derzeit betriebliche Vereinbarungen abzuschließen, da hierfür nur die Tarifparteien zuständig seien, die darüber bereits verhandelten. Die HJ und ihre Führer wussten dies, wollten jedoch ihre Macht gegen den unliebsamen Anwalt demonstrieren.

Am 6.6.34 marschierten etwa 2.000 Jungens und Mädels der HJ/des BdM durch die Stadt vor das Haus Prassler, läuteten, befahlen ihn vor das Haus. Dort drangen HJ-Angehörige auf ihn ein, traten mit Stiefeln und beschimpften: „Feind der Jugend, pfui, Halbjude, der gehört aufgehängt, dort ist die Fahnenstange“. Ein Adjutant des Bannführers rief die Polizei¹⁴⁴, um Prassler in Schutzhaft nehmen zu lassen, da die erregte Volksmenge – diese bestand aus HJ und BdM – Mitgliedern – nicht mehr zu bändigen sei.

Am 11. Juni 1934 beauftragte Staatsanwalt Braun das Landeskriminalamt Stuttgart mit den Erhebungen und dem Hinweis: „Der Herr Minister der Justiz und des Innern ... sowie der Herr Wirtschaftsminister legen besonderen Wert auf rasche und nachdrückliche Verfolgung der angezeigten Straftat“ und dem Nachsatz: „Ich bitte ganz rücksichtslos zuzugreifen, namentlich auch dann, wenn sich Festnahmen als geboten erweisen sollten.“ Die HJ rechtfertigte sich: „Mit diesem Kampf um die Freizeit ringen wir um die Seelen des Jungarbeiters, welcher in Göppingen zum größten Teil noch nicht in unseren Reihen ist. In Anbetracht der großen Beteiligung muss noch festgestellt werden, dass die HJ in äußerster Disziplin, trotz stärkster Erregung, am Hause von Prassler vorbeimarschierte.“

¹⁴³ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 41.

¹⁴⁴ Die Polizei war über die lange vorbereitete Aktion informiert, hielt sich jedoch von dem Demonstrationzug fern. Sie legte der Staatsanwaltschaft auch keine Ereignismeldung vor.

Am 23.7.34 ging die Anzeigeakte des Württembergischen Politischen Landespolizeiamtes gegen die 15 Beschuldigten bei der Staatsanwaltschaft ein. Am 31.7.34 schickte Sachbearbeiter Braun die Akten an den Geschädigten mit der Bitte um zeugenschaftliche Erklärung. Bereits am 16.8.34 gab RA Prassler die Akten zurück, mit dem Bemerkung, er sehe von einer zeugenschaftlichen Erklärung ab, „ ... da ich annehme, die Sache fällt unter das neue Straffreiheitsgesetz. Ich bin bis 15.9.34 in Ferien“. Die Einstellungsverfügung erging am 11.9.34 nach Straffreiheitsgesetz vom 7.8.34. Dieser Verfahrensabschluss zeigt, dass nicht einmal 3 Ministerien – geschweige denn die Staatsanwaltschaft - sich gegen die Macht eines stellvertretenden Kreisleiters hatten durchsetzen können, –wenn sie denn das überhaupt gewollt hatten.

(3) Mit der schützenden Hand der Staatsanwaltschaft über sich konnte SS-Sturmbannführer Grass ungestraft Selbstjustiz üben: Bei einem Feuerwehrfest in Öpfingen am Sonntag, den 17.6.1934 tanzte SS-Mann Neuer zwei Mal in eine bezahlte Freitour hinein¹⁴⁵ und wurde aufgefordert, dies zu unterlassen, was eine Rauferei auslöste. Am nächsten Tag zog Sturmbannführer Grass mit 15 SS-Angehörigen von Ehingen nach Öpfingen und bestellte die 3 beteiligten Bauernburschen zur Schule, er habe die Sache aufzuklären. Dort wies er sie wegen des Vorfalls zurecht, unmittelbar danach fielen die SS-Männer über sie her, schlugen mit Fäusten, Stiefeln und Koppeln mit Stahlschlössern auf sie ein, auch als sie schon am Boden lagen. Zum Schluss wurden die Opfer unter Schlägen und Tritten in den Hof geworfen.

Der Grund für die Strafaktion war, dass SS und SA in Öpfingen gegen „die frechen Bauern nichts mehr zu sagen“ hätten und diesen Kritikern Angst und Disziplin eingebläut werden sollte, wie der Hauptbeschuldigte zuvor dem Hauptbauernführer angekündigt hatte. Die Geschädigten erstatteten Strafanzeige, der Staatsanwalt beauftragte die Polizei mit den Erhebungen unter dem Hinweis, das Justizministerium habe darauf hingewiesen, in derartigen Fällen rücksichtslos durchzugreifen. Dies verlange auch immer wieder der Reichsminister des Inneren. Zudem sei „Der Besch. Grass ... bei der Staatsanwaltschaft als eine überaus zweifelhafte Persönlichkeit bekannt. Einzelheiten sind beim Stationskommando Ehingen ... zu erfahren. Staatsanwalt: Braun“.

¹⁴⁵ Wer der Kapelle einen Tanz bezahlt hatte, durfte alleine bestimmen, wer tanzte.

Die polizeilichen Akten wurden am 14.8.1934 vorgelegt, mit dem Vermerk „Auf das Ferngespräch mit Herrn Staatsanwalt Dr. Ernst, wonach das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheitsgesetz vom 7.8.1934 Anwendung finden dürfte, nehme ich Bezug. Dr. Kolb, Regierungsrat“.

Am 12.9.1934 wurde das Verfahren gegen die 9 Beschuldigten eingestellt, obwohl nur bei politisch motivierten Straftaten die Amnestie griff, tatsächlich private Rachegefühle befriedigt worden waren. Hier hatte letztlich ein höherer Polizeibeamter der Staatsanwaltschaft den politisch zu gehenden Weg gewiesen, und diese hatte ihn folgsam eingeschlagen.

(4) Ohne strafrechtliche Sanktion konnten SA-Männer eine Familie gewaltsam aus einem Dorf vertreiben¹⁴⁶: Am Abend des 31.1.1934 zogen in Rechberghausen /Göppingen 400- 600 Personen – überwiegend SA-Männer – vor das Haus der Familie Maier, um ihn, seine Ehefrau und die 14 – jährige Tochter gewaltsam herauszuholen, letztere zu ertränken oder durch den Aufmarsch eine Schutzhaft der Familie zu erzwingen. Sie erreichten ihr Ziel – und blieben straf-frei: Der beliebte Landarzt Dr. Martius hatte mit der damals 13-jährigen Tochter der Familie Maier mehrmals im Pkw Verkehr. Das wurde im Ort bekannt, weshalb die Tochter ihre Arbeitsstelle verlor und ihr Vater vom Täter finanziellen Ausgleich verlangte. Als der Arzt zur Vernehmung vorgeladen wurde, beging er Selbstmord.

Die gesamte SA-Truppe beschloss, dies zu rächen. Unter Anführung der SA belagerten mehrere hundert Personen das Haus, drohten und beschimpften die Familie, drangen in Garten und Haus ein. Wie erwartet nahm die herbeigerufene Polizei alle drei Familienmitglieder in Schutzhaft, diese zogen anschließend aus dem Dorf fort.

Die Polizei hatte weder Ermittlungen eingeleitet noch die Justiz informiert. Erst ein Jahr später zeigte Maier die Sache an, um seine zivilrechtlichen Forderungen durchzusetzen. Die Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs (§124, 125 StGB) wurde gegen alle 28 Beschuldigten nach Straffreiheitsgesetz eingestellt, da bei keinem Täter eine Freiheitsstrafe von über 6 Monaten zu erwarten sei¹⁴⁷.

¹⁴⁶ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 49.

¹⁴⁷ Gesetz über Gewährung von Straffreiheit v. 7.8.1934, RGBl. I, 1934, S. 769.

Dieser Fall zeigt erschreckend, dass die Polizeibehörden bei schwersten Delikten nicht einmal ermittelten, die Verfolgungsbehörden nicht informiert wurden und nicht die Verursacher, sondern die Opfer in Haft kamen. In Ausnahmefällen wollte die Staatsanwaltschaft gegen politischen Widerstand eine Verfolgung durchsetzen, in erster Linie weil sie durch die „Selbstjustiz“ von SA und SS ihr Verfolgungsmonopol bedroht sah.

4.4.4 Zusammenfassung

Die Staatsanwaltschaft entschied über Verfahrenseinstellungen oder Anklagen und hatte zudem als weisungsgebundene Behörde Anweisungen und Befehle zu befolgen. Damit konnte die Partei über die vorgesetzten Behörden den Ausgang bestimmen. Die archivierten Akten zeigen, wie hemmungslos und ohne jegliche Rücksicht auf die Rechtslage die Partei die Einstellung von Strafverfahren gegen SA- und SS- Männer auf diesem Weg durchzusetzen verstand, selbst den Widerstand von Justiz- und Innenministerium binnen weniger Tage nach Belieben ausschaltete.

Der prozentuale Anteil von 88,2 % der Einstellung nach Amnestie und geringen Verschuldens gegenüber den Parteianhängern ist fünfmal höher als die Quote von nur 11,7 % bei den Kritikern; dies belegt für sich allein schon die einseitige Begünstigung der Parteianhänger und die Benachteiligung von Kritikern. Die wenigen Amnestien zugunsten von Kritikern verfolgten einen zusätzlichen Zweck: Sie sollten verhindern, dass eine Einstellung mangels Tatnachweises vom Beschuldigten gleichsam als Erfolg für sich und als Niederlage der Partei gewertet werden konnte.

Vor allem zum Strafschutz von NS-Schlägerhorden mit bis zu 30 Gruppen griff man zu diesem Mittel. Die Staatsanwaltschaft war sich zumeist bewusst, dass eine Amnestie wegen der Tatschwere rechtlich unzulässig war. Ihr Bemühen und Drängen auf nachdrückliche Verfolgung und Bestrafung brach unter dem Druck von Parteiinstanzen nach wenigen Tagen zusammen, die Einstellung wurde von oben angeordnet – Befehl ist Befehl. In 79,8 % wurden häufig zu Unrecht und zu Gunsten von Parteigängern amnestiert. Die 20,6 % berechtigter Amnestien erfolgten überwiegend zugunsten von Ausländern wegen Formaldelikten.

Die Staatsanwaltschaft hat jedoch nicht nur auf Anweisung, sondern ebenso aus eigener politischer Überzeugung Kritiker häufig unbegründet, nachhaltig

und massiv verfolgt. Sie hat systemloyal die politischen Vorgaben gefügig umgesetzt, und dazu entgegen jeglicher üblichen Auslegung gegen jüdische Mitbürger Amnestien abgelehnt um sie über die Grenze des objektiven Maßstabes hinaus zu verfolgen¹⁴⁸. Die Behörde hat damit die von ihr erwarteten Repressionsaufgaben gegen Regimekritiker erfüllt.

4.5 VERSTÖßE GEGEN HEIMTÜCKEVORSCHRIFTEN

4.5.1 Allgemeines

Für Heimtückeverfahren waren die Sondergerichte zuständig, weshalb dieses Delikt eigentlich bei der Staatsanwaltschaft in Ulm nicht anfallen konnte. Dennoch tauchte diese Bezeichnung nicht selten im Eingangsregister und in den Akten der Staatsanwaltschaft auf. Diese gab zumeist die Verfahren an das Sondergericht ab oder erledigte es unter anderer Subsumption. Der Umgang mit dieser Norm und die Erledigungsart durch die Behörde können aufzeigen, ob sie bestrebt war, diesen „Maulkorbparagraphen“ kleinlich und mit Verfolgungseifer zu Lasten der Beschuldigten auszulegen, oder ob sie mit Augenmaß reagieren konnte und – der Empfehlung des Ministeriums folgend – keine unbedeutenden Fälle „aufbauschte“.

4.5.2 STRAFNORM

Im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand befürchteten die Nationalsozialisten eine Hetzkampagne durch die Regimekritiker, insbesondere die Behauptung, die Nationalsozialisten hätten den Brand selbst gelegt¹⁴⁹. Mit § 3 HeimtückeVO sollte hauptsächlich diese Behauptung unterbunden werden¹⁵⁰, ebenso jegliche kritische Äußerung über die neue Regierung, deren politischen Ziele, ihrer Organisationen oder über ihre führenden Funktionäre unter Strafandrohung unterdrücken und so der Partei die Propagandahoheit durch strafrechtlichen Schutz sichern.

¹⁴⁸ Siehe Abschnitt 5.6.3 (2).

¹⁴⁹ Gruchmann, S. 825.

¹⁵⁰ Dies legte RJM Gürtner zur Gesetzesbegründung in der Strafrechtskommission dar (Gruchmann, S. 825).

Diese erste, die Meinungsfreiheit knebelnde Strafnorm des Dritten Reiches wurde propagandistisch effektiv in der ersten Sitzung des Reichstages am 21.3.1933 verkündet, die wirkungsvoll mit einem Treffen von Hitler und von Hindenburg in der Potsdamer Garnisonskirche eröffnet worden war. Hitler und Goebbels stellten dies als Versöhnung zwischen dem alten kaiserlichen Reich als dem Repräsentanten preußisch – deutscher Traditionen und dem neuen Reich mit dem Führer der Nationalsozialisten dar. In Wirklichkeit hatte der Nationalsozialismus schon längst begonnen, Deutschland seiner Herrschaft bedingungslos zu unterwerfen. Während der Reichspräsident von Hindenburg publikumswirksam alleine in die Gruft Friedrichs des Großen hinabstieg, wurde am gleichen Tag die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung – die Heimtückeverordnung – erlassen¹⁵¹.

In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung wurde ausschließlich die Partei und die ihr nahe stehenden Organisationen sowie das Vertrauen in die Regierung der nationalen Erhebung geschützt: Nach § 1 wurde mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wer eine Uniform oder das Abzeichen eines hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehenden Verbandes in Besitz hatte ohne als Mitglied dazu befugt zu sein.

In § 2 wurde mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit mindestens 6 Monaten Gefängnis bestraft, wer strafbare Handlungen gegen Personen oder Sachen beging und dabei Uniform oder Abzeichen von Organisationen der nationalen Erhebung trug oder mit sich führte. In besonders schweren Fällen konnte auf Todesstrafe erkannt werden.

Den eigentlichen Maulkorb legte § 3 HeimtückeVO jedem Kritiker um:

§ 3 HeimtückeVO:

(1) Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reiches oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und, wenn er die Behauptung

¹⁵¹ RGBl. I 1933, S. 135. Die Heimtückevorschriften knüpften – wie auch andere NS-Straf-normen -weitgehend an bereits bestehende Entwürfe der Weimarer Republik an, (Vogel, S. 47).

öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

(2) Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder ein Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden.

(3) Wer die Tat grob fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft."

Welchen hohen Stellenwert diese Verordnung für die Nationalsozialisten hatte, zeigt die am gleichen Tag erlassene Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten¹⁵², die in § 2 dieses neu eingerichtete Gericht zur Aburteilung der genannten Verbrechen und Vergehen als zuständig bestimmte. Diese politischen Gerichte waren mit politisch zuverlässigen Richtern und Staatsanwälten besetzt und gewährleisteten eine linientreue Umsetzung der erwarteten scharfen Sanktionen.

Die Heimtückeverordnung wurde durch das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform vom 2.12.1934¹⁵³ ersetzt, welches den Strafbarkeitsbereich in seinem § 2 erweiterte:

„(1) Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Den öffentlichen Äußerungen stehen nichtöffentliche böswillige Äußerungen gleich, wenn der Täter damit rechnet oder damit rechnen muss, dass die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde.

(3) Die Tat wird nur auf Anordnung des Reichsministers der Justiz verfolgt; ...".

Für die Strafbarkeit von Werturteilen kam es nach der sich entwickelnden Rechtsprechung und Kommentierung entscheidend auf den Tätertypus an, nicht allein auf den objektiven Inhalt: „§ 2 HGes trifft nämlich nur solche Äußerungen, die aus einer bestimmten inneren Einstellung des Täters, Gehässigkeit, Böswillig-

¹⁵² RGBl. I 1933, S. 38.

¹⁵³ RGBl. I, S. 1269.

keit oder dem Willen zur Hetze entspringen. Das Gesetz kämpft hier also gegen Schmähungen, die nicht durch ihren Gegenstand politisch bedeutsam erscheinen, sondern auch durch eine Gesinnung des Täters charakterisiert sind, die in der Überschrift des Gesetzes mit dem Ausdruck „heimtückisch“ gekennzeichnet ist.“

154

Auch für die Abgrenzung zwischen § 1 und § 2 HGes wurde auf den Willen des Täters, nicht nur auf den objektiven Erklärungsinhalt zurückgegriffen: „Wollte der Urheber ein bestimmtes Gerücht als Gegenstand eigenen Wissens hinstellen oder Mitteilungen von dritter Seite weitergeben, anderen etwas erzählen, so liegen die Voraussetzungen des § 1 vor; wollte er dagegen schimpfen, seinem Unmut, seiner Verbitterung, seiner staatsfeindlichen Gesinnung Luft machen, so dürften die Voraussetzungen des § 2 gegeben sein.“¹⁵⁵.

4.5.3 „Heimtückeverfahren“ in der Ulmer Justiz

Politische Verfahren – wie Heimtückeverstöße – wurden üblicherweise von der politischen Polizei ermittelt, die ihre Anzeigen in Kenntnis der Zuständigkeit den Behörden des zuständigen Sondergerichts vorlegten. Nicht selten leitete die Polizei die Akten der unzuständigen Staatsanwaltschaft Ulm zu, zumeist bei geringfügigen Vorwürfen, in denen der Heimtückevorwurf zweifelhaft war und selbst aus polizeilicher Sicht eher eine Beleidigung oder ein grober Unfug möglich erschien. Hier entschied die Strafverfolgungsbehörde über eine Abgabe zum Sondergericht oder Erledigung in eigener Zuständigkeit hinsichtlich dieser Allgemeindelikte. Wurden bei vielen als Heimtücke abgegeben Verfahren eine Übernahme vom Sondergericht wegen fehlenden Tatverdachts abgelehnt, zeigt dies einen überzogenen politisch beeinflussten Verfolgungseifer an, weshalb diese Erledigungsarten ergänzend ermittelt und ausgewertet wurden.

Überliefert sind für die Zeit von 1935 – 1938 Verfahrensakten gegen 25 Personen, die zeitlich wie folgt verteilt sind: 1935: 17 Personen, 1936: 1 Person, 1937: 4 Personen, 1938: 3 Personen. Diese Anzahl der archivierten Heimtückeakten kann nicht als repräsentativ bezeichnet werden, denn im Jahre 1935 wurden laut Js – Eingangsregister 25 Verfahren abgegeben, 75 % davon kamen

¹⁵⁴ Dreher, DJ 1940, S. 643.

¹⁵⁵ Becker, DJ 1936, S. 643.

zurück. Diese Zahl zumindest belegt, dass mit 17 in diesem Jahr überlieferten Akten 68 % erhalten sind, während im Jahre 1939 laut Js-Register 22 Verfahren eingestellt wurden, wovon keine Akte überliefert ist. Der geringe Archivierungsgrad dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Aktenbögen weit überwiegend unspektakuläre Beschriftungen trugen wie Beleidigung, üble Nachrede u. ä., deshalb beim Aussondern unbeachtet blieben.

Entsprechend der Zuständigkeitsregelung waren im Gerichtsbezirk Ulm nur wenige Verfahren zu erwarten, die im Eingangsregister als solche eingetragen waren. Die Gesamtanzahl der in den Jahren 1933 – 1935 abgegebenen Verfahren beläuft sich mindestens auf 174 Verfahren, von denen 78 (44,8 %) zurückgegeben wurden. Im Jahre 1939 wurden 121 Heimtückeverfahren abgegeben, von denen 23 nicht übernommen wurden. Die Register der Folgejahre sind nicht mehr ausgewertet, da dieses Delikt bei der Eingangsregistrierung häufig als Beleidigung, Verleumdung u.ä. eingetragen war und die nachträgliche Subsumierung als Heimtücke nicht erfasst wurde.

4.5.3.1 ÄUßERUNGSDELIKTE

Der weit überwiegende Anteil der Anzeigen wurde wegen Äußerungsdelikten, also unwahren oder grob entstellten Tatsachenbehauptungen nach § 1 HGes und gehässigen, hetzerischen Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP nach § 2 Abs. 1 HGes erstattet. Insgesamt 22 Personen wurden deswegen angezeigt, immerhin 88,0 % aller Heimtückeverfahren. Der hohe Prozentsatz an Einstellungen zeigt, dass zumeist spontan und aus Verärgerung Kritik geäußert und zur Anzeige gebracht wurde, anders lässt sich die hohe Einstellungsquote kaum erklären.

Das Heimtückegesetz bot die Möglichkeit, jegliche, auch zurückhaltende, Kritik am Nationalsozialismus oder an der Person Hitlers strafrechtlich zu verfolgen. Einige Fälle sollen zeigen, wie ausufernd weit diese Strafnorm ausgelegt worden ist.

(1) Der katholische Oberlehrer Wiehl hatte sich 1934 für die vertragsgemäße Umsetzung des Konkordats eingesetzt, das von der NS-Regierung schwer

verletzt worden war¹⁵⁶. Über diesen Fragenbereich wollte er am 29.5.1934 in Ulm einen katholischen Eltern- und Jugendabend im „Saalbau“ durchführen. Kurz zuvor erhielten die HJ-Verbände den Befehl, dagegen zu demonstrieren. Hunderte von ihnen umstellten das Gebäude, größere Gruppen besetzten den Saal, sangen Hetzlieder gegen „die schwarze Pest“ und versperrten der katholischen Jugend den Einmarsch. Die in geringer Stärke angerückte Polizei löste die genehmigte Veranstaltung auf und verwies die Teilnehmer des Saales, da sonst die öffentliche Sicherheit und Ordnung wegen der vielen HJ-Angehörigen gefährdet sei¹⁵⁷. Gegen deren störendes Verhalten wurde nicht eingeschritten.

Empört über dieses Vorgehen beschrieb Wiehl den nationalsozialistischen Terror in einem Leserbrief an die Neue Züricher Zeitung in folgenden Punkten:

1. Eine Versammlung der kath. Elternschaft sei von der HJ gestört worden.
2. Die Polizei sei rechtswidrig nicht gegen die HJ eingeschritten.
3. Ein kath. Stadtpfarrer sei von der HJ tätlich angegriffen worden.
4. Ein SA-Mann habe die päpstliche Fahne heruntergerissen.
5. Eine schwarzweißrote Fahne sei heruntergerissen und in einen Bach geworfen worden.

Der Leserbrief wurde „vertraulich“ der Gestapo zugeleitet¹⁵⁸ und der Beschuldigte am 4.6.1934 vorläufig festgenommen. Antragsgemäß erließ das Amtsgericht am 5.6.1934 Haftbefehl wegen Landesverrats nach § 90 f StGB. Für Landesverrat war für besonders schwere Fälle der Volksgerichtshof zuständig, weshalb das Verfahren an den dortigen Oberreichsanwalt zur Übernahme abgegeben wurde, der am 21. 6.1934 eine Übernahme mangels Tatverdachts ablehnte mit der Anweisung, den Haftbefehl aufzuheben und ein evtl. Vergehen der Heimtücke in eigener Zuständigkeit zu prüfen.

¹⁵⁶ Die deutschen Bischöfe hatten Anfang der dreißiger Jahre den Nationalsozialismus scharf abgelehnt und vor ihm gewarnt. Hitler war jedoch für das Ermächtigungsgesetz auf die Zustimmung des dem Katholizismus nahestehenden Zentrums angewiesen, die er auch erhielt. Im März 1933 nahm der deutsche Episkopat seine „Verbote und Warnungen“ zurück. Das Reichskonkordat wurde am 20.7.1933 abgeschlossen, wobei die Kirche u.a. Zugeständnisse zur Entpolitisierung des politischen Katholizismus machte, was zu dessen Zerschlagung führte. Kurz danach kam es zu schweren Konkordatsverletzungen durch das NS-Regime. Dies führte reichsweit zu Spannungen zwischen beiden Gruppen. Durch das Reichskonkordat soll die Zustimmung der Zentrumspartei erlangt worden sein. (Vgl. zum Reichskonkordat: Wolf, Papst und Teufel, S. 145 ff.).

¹⁵⁷ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 44; EL 350I, Bü. 4678.

¹⁵⁸ Vermutlich wurde der an die ausländische Presse gerichtete Brief eines in Ulm bekannten NS-Gegners von der Zensur abgefangen und an die Polizei weitergeleitet.

Der Amtsrichter in Ulm sah für einen Haftbefehl wegen Heimtücke keinen hinreichenden Verdacht, dessen ungeachtet wurde das Verfahren nunmehr an das Sondergericht Stuttgart abgegeben – wobei die Staatsanwaltschaft den Haftbefehl entgegen einer Anweisung des Volksgerichtshofes aufrecht erhielt – welches das Verfahren am 28.6.1934 mangels Tatverdachts einstellte¹⁵⁹.

Dieser Verfahrensgang weist den Sachbearbeiter für politische Verfahren, Staatsanwalt Braun, in mehrfacher Hinsicht als übereifrigen Strafverfolger aus, der – ideologisch eingeengt – in Oberlehrer Wiehl nur einen Gegner des Nationalsozialismus sah¹⁶⁰, den es unbedingt zu vernichten galt. Die gesetzlichen Voraussetzungen einer Straftat prüfte er nicht, in bester NS-Ideologie reichte ihm die Überzeugung aus: „Dieser Mann muss weg“.

Schon mit Beginn der Ermittlungen hatte er den falschen Täter verfolgt, nämlich nicht die HJ, welche gewalttätig eine genehmigte Versammlung „sprengte“, sondern das Opfer Wiehl. Hier war das übliche Muster der SA eingesetzt worden, um politische Gegner mundtot zu machen: starke Gruppen von SA, SS und HJ demonstrierten gewalttätig gegen unbeliebte Personen, diese und nicht die Täter wurden dann „in Schutzhaft genommen“. Staatsanwalt Braun war diese Taktik als Obersturmbannführer der SA und Vorsitzendem eines Ehrenhofs der SA¹⁶¹ selbstverständlich bekannt. Dieses rechtswidrige Vorgehen hat er entgegen besseren Wissens beruflich gedeckt.

Er hat es sich sehr leicht gemacht, denn aus politischer Überzeugung prüfte er die Rechtslage nicht und verfolgte nicht nur den Falschen, sondern diesen auch zu Unrecht. Die politische Polizei hatte den Vorgang als Heimtückeverfahren vorgelegt, dies wurde von der Staatsanwaltschaft zum Landesverrat (§90 f) „aufgewertet“ und an den Volksgerichtshof abgegeben. Anhaltspunkte für einen besonders schweren Fall – nur dann war eine Zuständigkeit gegeben – war nach dem Sachverhalt nicht zu erkennen. Aber selbst der Regelfall war nicht gegeben. Dieser erforderte unwahre oder gröblich entstellte Tatsachenbehauptungen, an denen es hier fehlte. Das geschilderte Verhalten der HJ und das Herunterreißen von Fahnen entsprach ebenso den Tatsachen wie die Angriffe auf den Stadtpfar-

¹⁵⁹ StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü. 4678.

¹⁶⁰ Wiehl war für die Zentrumspartei im Ulmer Stadtrat und gab bei der polizeilichen Vernehmung an, er habe immer sachlich gegen die NSDAP gekämpft.

¹⁶¹ Akten der Spruchkammer Tübingen, HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü. 41.

rer. Das ganze aufwändige Verfahren wäre vermieden worden, hätte man die Ideologie durch das Gesetz und eine nüchterne Auswertung des Sachverhaltes ersetzt. Darauf wurde in dem Bestreben verzichtet, einen als NS-Gegner bekannten Beschuldigten zu vernichten, wobei nach der NS-Ideologie nicht die Richtigkeit der Entscheidung, sondern nur deren Nützlichkeit für Volk und Partei entscheidend war¹⁶².

Die Auswirkungen dieses Ermittlungsverfahrens für den Verfolgten und dessen zehnköpfige Familie müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Obwohl das Ermittlungsverfahren in vollem Umfange mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden war, entfernte die Dienststrafkammer den Beschuldigten wegen eines Dienstvergehens aus dem Dienst, wobei ihm jedoch „zwei Dritteile der gesetzlichen Versorgung belassen“ wurden¹⁶³. Zu ersetzen hatte er aber die Kosten des für ihn eingestellten Ersatzlehrers.

Als Wiedergutmachung beantragte Rektor Wiehl am 2.5.1948 insgesamt 166.831 RM, seine Witwe erhielt am 23.9.1953 den Betrag von 12.085,13 RM, umgestellt auf 2.417,02 DM.

In seinem Antrag hatte er angemerkt: „Inbegriffen in meinem Antrag sind nicht jene Forderungen, die meine neun Kinder für die seelischen Torturen und ständigen Demütigungen zu beanspruchen hätten, da sie durch die Treue zu ihrem verfolgten Vater dem Nationalsozialismus ebensolchen Widerstand leisteten unter Verzicht auf ein bequemes Dasein.“

(2) Für die Äußerung „Spott und Hohn, dass der Führer am Vorabend des Totensonntags die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat“ verlangte die Partei ein energisches Einschreiten, der sonst sehr linientreue Staatsanwalt Braun stellte das Verfahren ein¹⁶⁴.

(3) Anlässlich der Heirat von Göring bemerkte ein Beschuldigter zu jungen Mädchen, Göring sei auch nicht besser als Röhm, er – der Beschuldigte – hätte nie gedacht, dass Göring eine Schauspielerin heiraten würde. Nach Verfahrenssablehnung durch das Sondergericht wurde in Ulm eingestellt¹⁶⁵. Dies selbst zu entscheiden, wollte niemand verantworten.

¹⁶² Schwarz, Alfons, S. 49.

¹⁶³ Allgemeine Dienststrafkammer Stuttgart, U. v. 27. März 1935, Ludwigsburg, EL 350 I, 4678, S. 14.

¹⁶⁴ A.a.O., Bü. 64.

¹⁶⁵ A.a.O., Bü. 73.

(4) Bei einer Straßensammlung bemerkte ein überzeugter Kommunist „Die haben auch für sich selber gesammelt, denn jeder Bettler sammelt für sich selbst“¹⁶⁶. Das Verfahren gab die Staatsanwaltschaft am 20.12.35 an das Sondergericht ab, das es am 29.12.35 zurückwies mit dem Anmerken, es liege nur eine Beleidigung vor. Mangels Strafantrags wurde eingestellt.

4.5.3.2 KRITIK AN ALLGEMEINER LEBENSITUATION

Jegliche kritische Äußerung über eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse während der NS-Zeit sollte unterbunden werden, weil dadurch die Unzufriedenheit über die schwachen Erfolge der Führung geweckt oder geschürt werden könnte.

(1) In einer Gaststätte beklagte sich ein Arbeiter, „ ich verdiene weniger als früher, da muss man eine radikale Gesinnung bekommen“¹⁶⁷. Die Polizei legte die Anzeige der Staatsanwaltschaft Ulm vor mit dem Bemerkten, der Beschuldigte sei betrunken gewesen, es liege wohl ein grober Unfug vor. Dessen ungeachtet wurde das Verfahren wegen Heimtücke an das Sondergericht abgegeben. Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht beantragte erfolglos beim Reichsjustizministerium die Strafverfolgung zu genehmigen.

(2) Ein Schlosser erklärte bei seiner Vernehmung im Jahre 1935, er bekomme keine Arbeit, solange an der Regierung ein so ausgestopftes Lumpenpack sei. Das Sondergericht lehnte die Übernahme ab, das Verfahren wurde anschließend in Ulm eingestellt.

4.5.3.3 MISSBRAUCH VON UNIFORMEN, ABZEICHEN U.Ä.

Verfahren nach § 3 HGes sind überhaupt nicht, Verstöße gegen §§ 4 und 5 HGes nur wegen geringfügiger Delikte festzustellen: weil ein Landwirt irrtümlich angegeben hatte, Parteimitglied zu sein (Einstellung nach § 170 Abs. II StPO) oder ein Oberschüler eine SA-Mütze und Bluse nach seinem Austritt behalten hatte (Einstellung wegen geringen Verschuldens, § 153 StPO). Beide geringfügigen Verfahren waren zuerst an das Sondergericht abgegeben worden (!).

¹⁶⁶ A.a.O., Bü. 115.

¹⁶⁷ A.a.O., Bü. 58.

4.5.4 Gründe für die Anzeigen

Zwei Hauptgruppen der Anzeigersteller kann man feststellen:

Zum einen rechneten offensichtlich nach der Machtübernahme die „siegreichen“ Parteigenossen mit den unterlegenen Gegnern und Kritikern ab, sei es aus Rache oder um ihre eigene übermächtige Machtposition zu demonstrieren. Dazu wurde auch zur Abschreckung „unbelehrbarer“ Kritiker und Besserwisser der Heimtückeparagraph eingesetzt.

Von den 25 archivierten Verfahren wurden 17 Fälle – mit 68 % die überwiegende Anzahl - durch Anzeigen von NS-Sympathisanten angestoßen, die Beschuldigten waren allesamt Kritiker, mit denen abgerechnet wurde. Die NS - Frauenschaftsführerin des Bereichs Ulm hatte ein Zimmer von einem als „scharfe Gegner der Partei“ bekanntem Ehepaar anmieten wollen, was dieses mit der Bemerkung abgelehnt hatte, „Ich scheisse auf den Standpunkt der Partei“. Nach erfolgloser Abgabe an das Sondergericht wurde wegen groben Unfugs eingestellt.

Angezeigt wurde auch wegen Zwistigkeiten zwischen Parteiangehörigen, so als ein „Alter Kämpfer“ bei einer Beförderung bevorzugt, dafür kritisiert wurde und eine Postkarte erhielt mit der Anmerkung „alle Parteisachen sind Schwindel“. Seine Anzeige gegen den früheren Konkurrenten gab die Staatsanwaltschaft an das Sondergericht ab und ermittelte erst nach Ablehnung der Übernahme. Der Beschuldigte schied als Urheber des Vermerks aus.

Bei beiden Bagatellevorwürfen hätte die Abgabe bei sofortiger ordentlicher Prüfung vermieden werden können. Dieses Verhalten belegt eine einseitig ideologisch geprägte Normauslegung.

4.5.5 Opfer der Norm

Die Beschuldigten stammten aus allen Bevölkerungsschichten: 2 katholische Pfarrer waren die einzigen Akademiker, 1 Beschuldigter hatte das Abitur abgelegt, 5 Personen hatten eine mittlere Schulbildung genossen, 17 Täter (68 %) durchliefen die Volksschule, 1 Fall ist ungeklärt.

Dementsprechend stellt sich die Berufsverteilung dar: Der Arbeiterschaft gehörten 8 Personen (32 %) an, davon 1 Hilfsarbeiter, 3 Arbeiter und 4 Facharbeiter, Angestellte waren mit 6 Personen (24 %) vertreten, selbstständige Kleinbetriebe – zumeist Landwirte aber auch Wirte – waren mit 5 Verfahren (20 %)

beteiligt, der Prokurist einer Textilfabrik repräsentierte die obere Mittelschicht, 2 Personen waren katholische Pfarrer, arbeitslos war 1 Beschuldigter, 2 Angaben sind unklar.

Beim Familienstand sind die ledigen Täter mit 8 (32 %) geringer vertreten als die Verheirateten mit 13 Personen (52 %), geschieden war ein Mann, ungeklärt blieben 3 Fälle.

Trotz der geringen Verfahrenszahl kann man feststellen, dass Arbeiterschaft und einfache Angestellte mit knapp zwei Drittel (56 %) die Hauptopfer des „Maulkorbparagraphen“ waren, sich die Landwirte und mittelständischen Kleinbetriebe mit 20 % in ihrer Kritik nicht hatten einschüchtern lassen sondern ihrem Unmut wie gewohnt freien Lauf ließen. Erwähnt sei hier die laute Bemerkung eines Landwirts und eines Metzgers beim Vorbeimarsch eines SA-Trupps „Da kommen die Zigeuner von Ochsenhausen“¹⁶⁸.

Der Arbeitslose, der kritisierte „Ich bekomme keine Arbeit, solange solche Lumpen an der Regierung sind“, oder der Angestellte mit seiner Äußerung „Ich verdiene weniger als früher, da muss man ja radikal werden“¹⁶⁹ repräsentieren den Typus des über seine miserablen Lebenszustände unzufriedenen kleinen Bürgers.

Die beiden katholischen Priester, welche die NS-Ansichten kritisch besprachen, belegen, dass sie im Gegensatz zur evangelischen Kirche – die nur in einem Fall mit Kritik am Regime strafrechtlich aufgefallen war- die eigenständige christliche Ethik weiterhin vertraten. Die Verfahren decken auf, wie weit Kritik an NS-Politik und NS-Funktionären in allen sozialen Schichten verbreitet war, die Kritiker jedoch zum NS-Regime und Hitler selbst nicht negativ eingestellt waren. Selbst ein offensichtlich regimetreuer Prokurist einer großen Textilfirma wurde im Jahre 1935 mit einem Verfahren überzogen, weil er die verfehlte Politik der Regierung für Rohstoffmangel verantwortlich machte¹⁷⁰. Das Verfahren wurde eingestellt, zeigt jedoch die engmaschige Überwachung der Bürger, die jegliche kritische Anmerkung gefährlich werden ließ und so unterdrückte.

¹⁶⁸ StA Ludwigsburg, E 352, Büschel 112, das Verfahren wurde mangels Strafantrags eingestellt.

¹⁶⁹ A.a.O. Bü. 58.

¹⁷⁰ A.a.O., Bü. 113.

4.5.6 Erledigungsarten:

Anklagen zu den Gerichten waren der Staatsanwaltschaft mangels Zuständigkeit verwehrt, aber auch die Erledigungsarten bei den „Heimtückeverfahren“ beleuchten die politische Einstellung der Sachbearbeiter.

Am aussagekräftigsten sind die Abgaben an das Sondergericht Stuttgart und die Quote der Übernahmeablehnungen, die zeigt, ob mit Augenmaß oder politisch engstirnig vorgegangen wurde. Abgegeben wurden bei 25 Eingängen 11 Verfahren (44 %). Dies ist nicht wenig, klingt aber auch nicht überzogen. Nur: Alle Abgaben wurden nach Ulm zurückgereicht, keine einzige davon gedieh zu einer Verurteilung wegen evtl. anderer Straftaten, alle wurden ohne Ausnahme eingestellt. Dies verwundert auch deshalb, weil das Reichsjustizministerium wegen Erteilung von Strafanträgen in unbedeutenden oder unbegründeten Verfahren überflutet wurde. Es hatte deshalb angewiesen, keine Kleinverfahren, sondern nur gewichtige Fälle zu verfolgen, insbesondere für die Partei abträgliche Verfahren tunlichst einem Gerichtsverfahren und damit der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Die Ulmer Verfolgungsbehörde ließ sich weder dadurch noch durch die vielen Nasenstüber der Verfahrensablehnungen beeindrucken, sie versuchte ungebrochen ein höchstmögliches Strafmaß zu erreichen.

Zum Vergleich sei hier die Auswertung des Eingangsregisters der Staatsanwaltschaft erwähnt. In den Jahren 1933 – 1935 wurden an das Sondergericht Stuttgart 174 Verfahren abgegeben, eine Übernahme bei 78 Verfahren (42 %) abgelehnt¹⁷¹.

Die Verfahrenseinstellungen stellen sich wie folgt dar: Von den 25 beschuldigten Personen wurden zwar 23 Verfahren nach § 170 II StPO eingestellt (84 %), davon jedoch in 6 Fällen nicht durch eigenen Entschluss: In 2 Fällen waren die Verfahren bei der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht eingegangen, die es mit entsprechendem Hinweis nach Ulm abgegeben hatte. In 4 weiteren Fällen hatte die Staatsanwaltschaft über den Generalstaatsanwalt beim Reichsjustizministerium die Ermächtigung zur Verfolgung wegen Beleidigung beantragt, in allen Fällen wurde der Antrag abgelehnt. Letztlich wurden in Ulm somit nur 12 Fälle – also 48 % - aus eigener Entscheidung eingestellt.

¹⁷¹ siehe Geschäftsentwicklung..

Die restlichen 4 Einstellungen erfolgten in je zwei Verfahren nach § 153 StPO wegen geringen Verschuldens sowie Amnestie. Ungewöhnlich sind auch 2 Einstellungen mangels hinreichenden Tatverdachts, in denen die Täter trotz fehlender Straftat streng verwarnt wurden, zumindest in einem Fall wurde dies dem Beschuldigten nicht mitgeteilt. Offenbar wollte man dem Täter trotz fehlender Straftat klarmachen, im Wiederholungsfalle müsse er mit Verfolgung rechnen, evtl. mit Schutzhaft.

4.5.7 Verfahrensdauer

Die Verfahrensdauer bewegte sich in einer sehr großen Spannweite von häufig nur 1 Tag bis zu 126 Tagen in Berichtssachen. Durchschnittlich währte es 45 Tage bis zur Schlussentscheidung.

4.5.8 Zusammenfassung

Bei der für Heimtückeverfahren unzuständigen Staatsanwaltschaft gingen zahlreiche Verfahren ein, von denen 25 Verfahren überliefert sind. 11 Verfahren (44 %) wurden an das Sondergericht abgegeben, die in allen Fällen ablehnte und die die Staatsanwaltschaft alle einstellte. Überwiegend handelte es sich um geringfügigste Delikte spontaner Unmutsäußerungen. Nach dem Eingangsregister wurden in den Jahren 1933 – 1935 und 1939 insgesamt mindestens 295 Anzeigen an das Sondergericht abgegeben, von denen in 101 Verfahren (34,2 %) die Übernahme abgelehnt wurde. Damit wurde die Norm überzogen weit ausgelegt und eine nationalsozialistische Einstellung bewiesen. Wie die „Mehrheit der Richter und Staatsanwälte im Reich legten [sie] die Gesetze extensiv aus“¹⁷²

Dieser extreme Verfolgungseifer kann nicht der gesamten Behörde unterstellt werden. Politische Verfahren wurden von 1928 bis 1945 von etwa drei bis vier Bearbeitern – und den Behördenleitern - entschieden. Geprägt wurde der fanatische NS-Stil durch Sachbearbeiter Braun von 1928 bis 1938, in abgemilderter Form von seinen Nachfolgern fortgeführt.

Die Anzeigen erfolgten von Parteigenossen, die nach der Machtübernahme mit den Kritikern abrechnen wollten, aber auch aus Streit zwischen diesen. Im

¹⁷² Grimm, S. 191.

Gegensatz zu anderen politischen Deliktgruppen kam die Mehrheit der Beschuldigten mit 20 % aus mittelständischen Kleinbetrieben (Metzger, Landwirte), zu zwei Dritteln waren es einfache Angestellte und Arbeiter, die vom „Maulkorbparagraphen“ betroffen waren. Die Behandlung der sog. „Heimtückefälle“ bestätigt den Hang der Verfolgungsbehörde, die kleinsten Bagatellen vorschnell unter die schärfsten Normen zu subsumieren. Das Motiv ist sowohl Verfolgungseifer als auch eine Arbeitserleichterung. Kein einziger Fall stellte eine grobe Kritik an oder Gefahr für das Regime dar.

5. Gerichtliche Entscheidungen

Nach den überlieferten Akten wurden insgesamt 1.348 Personen verurteilt, davon entfielen auf politische Delikte 458 Urteile (34 %). Von den Amtsgerichten wurden 267 Personen wegen unpolitischer (72,7 %) und 100 (27,3 %) wegen politischer Delikte verurteilt. Vom Einzelrichter wurden davon 83 wegen unpolitischer und 14 (14,4,%) wegen politischer Verstöße belangt. Beim Schöffengericht waren anhängig 184 Beschuldigte (68,1 %) wegen unpolitischer und 86 (31,9 %) wegen politischer Taten.

Bei der Großen Strafkammer wurden 623 Täter (63,5 5%) wegen unpolitischer und 358 (36,5 %) wegen politischer Vergehen verurteilt.

Aus den Eingangsregistern der Staatsanwaltschaft kann man die Anzahl der Anklagen zu den Amtsgerichten und zum Landgericht ersehen¹⁷³. Der Überlieferungsgrad bei Einzelrichtersachen beträgt 2,1 % (17.308 Anklagen, 367 archivierte Akten), beim Schöffengericht und Landgericht sind es jeweils 1,4 % vom Gesamteingang. Bei diesem geringen Erhaltungsgrad wurde für eine aussagekräftige Untersuchung bei ausgesuchten Deliktsarten der Gesamtanfall mit Erledigung zusätzlich aus dem Js-Register ermittelt.

5.1 UNERLAUBTER UMGANG MIT KRIEGSGEFANGENEN

5.1.1 ALLGEMEINES

Wenige Wochen nach Kriegsbeginn erließ der Ministerrat für die Reichsverteidigung die Wehrkraftschutz-Verordnung¹⁷⁴. Unter Strafe gestellt wurde u. a. der verbotene Umgang mit Kriegsgefangenen (§ 4 WKSchVO). Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs befürchtete man, jeglicher Kontakt zu Kriegsgefangenen könne Flucht und Spionagevorhaben unterstützen. Der Arbeitseinsatz zahlreicher Kriegsgefangener bot zudem Gelegenheit für Kontakte zur deutschen Zivilbevölkerung mit der Gefahr, dass diese bei längerer Zusammenarbeit auch Ausländer als ebenbürtige Mitarbeiter und nicht mehr als minderwertige Untermenschen

¹⁷³ Tabelle in Abschnitt 4.3.2.4. Diese Zahlen enthalten die politischen und unpolitischen Verfahren, da aus dem Eingangsregister eine Unterscheidung nur in Einzelfällen ersichtlich ist.

¹⁷⁴ Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrmacht des Deutschen Volkes vom 25. November 1939. RGBl. I S. 2319.

ansehen würden. Dies hätte die NS – Ideologie der überlegenen germanischen Rasse und des dadurch entstandenen Herrenmenschen gefährdet und sollte durch strafrechtliche Verbote verhindert werden.

5.1.2 QUELLENLAGE

Die beim Staatsarchiv Ludwigsburg im Bestand E 352 archivierten Akten der Staatsanwaltschaft Ulm enthielten die eigentlichen Verfahrensakten von Staatsanwaltschaft und Gerichten über Verfahren des unerlaubten Umgangs. Diese wurden alle vor dem Landgericht verhandelt, nur ein Verfahren stammte vom Amtsgericht Göppingen. Die Akten waren überwiegend vollständig mit Bewährungs- und Gnadenheft überliefert, ebenso waren die Entscheidungen der Nachkriegszeit enthalten mit Aufhebungen der Verurteilungen, Tilgung der Vorstrafen, Entscheidungen über Verbüßungen der Reststrafen sowie Wiedergutmachungsentscheidungen.

Die Gefangenenakten des Frauengefängnisses Gotteszell¹⁷⁵ erwiesen sich als weiterer Fundort für Strafurteile. Der Bestand war umständlich zu erschließen, denn die hier einsitzenden Gefangenen waren von Gerichten aus dem gesamten Deutschen Reich verurteilt worden. Deshalb musste das gesamte Gefangeneneingangsbuch nach Verurteilungen aus dem Ulmer Gerichtsbezirk durchgeschaut werden, um die Akten anfordern zu können

Zeitungsberichte über Strafverfahren erweiterten diese Unterlagen und schilderten gleichzeitig die Stimmung und Einstellung der Bevölkerung zu diesen Verfahren. Als zeitaufwändig, aber aufschlussreich, erwiesen sich die Eingangsregister der Staatsanwaltschaft, aus denen der Gesamtanfall von 1939-1945 einschließlich der Erledigungsarten der Staatsanwaltschaft entnommen werden konnte.

Von Interesse bei der Auswertung war der Überlieferungsgrad der archivierten Akten im Verhältnis zum Gesamtanfall aller bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen Verfahren wegen Umgangs, um die Breite der statistischen Auswertungen und damit deren Zuverlässigkeit beurteilen zu können. Aus den

¹⁷⁵ StA Ludwigsburg, Bestand E 356 i.

Eingangsregistern der Staatsanwaltschaft 1940 - 1945¹⁷⁶ konnten 319 Eingänge entnommen werden, dem standen 69 (21,6 %) an überlieferten Verfahren gegenüber. Mit Ausnahme der Jahre 1940/41 stellte sich der Archivierungsanteil mit 25 % bis knapp 30 % überraschend gleichmäßig und zufriedenstellend dar¹⁷⁷.

5.1.3 STRAFNORM

Kurze Zeit nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen erließ der „Ministerrat für die Reichsverteidigung“ am 25. November 1939 die „Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes“¹⁷⁸. In dieser WKSchVO waren 5 die Wehrkraft beeinträchtigende Delikte unter Strafandrohung gestellt:

1. Die Beschädigung von Wehrmitteln (§ 1 WKSchVO),
2. Störung eines für die Reichsverteidigung oder die Bevölkerung wichtigen Betriebes (§ 2 WKSchVO),
3. Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung (§ 3 WKSchVO),
4. verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen (§ 4 WKSchVO) und
5. die Gefährdung der Wehrmacht befreundeter Staaten (§ 5 WKSchVO).

§ 4 WKSchVO lautete:

„Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen:

Wer vorsätzlich gegen zur Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen erlassene Vorschriften verstößt oder sonst mit einem Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang pflegt, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

Bei fahrlässigem Verstoß gegen die zur Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen erlassenen Vorschriften ist die Strafe Haft oder Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark.“

¹⁷⁶ Das Jahr 1939 wurde nicht ausgewertet, da eine Verteilung polnischer Kriegsgefangenen auf zivile Einsatzgebiete – offensichtlich aus logistischen Gründen – zumindest im süddeutschen Raum nicht zu erwarten waren. Bestätigt wurde dies durch die äußerst geringe Anzahl von Eingängen für das Jahr 1940.

¹⁷⁷ Dies beruht möglicherweise auf dem Interesse der die Akten aussondernden Arbeitskräfte, die auffällige Deliktarten als archivierungswürdig ausgesondert haben.

¹⁷⁸ RGBl. I, 1939, 2319.

Mit dem Beginn der Westoffensive wurde diese Regelung am 11.5.1940 durch die „Verordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen“ ergänzt¹⁷⁹. Diese bestimmte:

„§ 1. (1) Sofern nicht ein Umgang mit Kriegsgefangenen durch die Ausübung einer Dienst- oder Berufspflicht oder durch ein Arbeitsverhältnis der Kriegsgefangenen zwangsläufig bedingt ist, ist jedermann jeglicher Umgang mit dem Kriegsgefangenen und jede Beziehung zu ihnen untersagt.

(2) Soweit hiernach ein Umgang mit Kriegsgefangenen zulässig ist, ist er auf das notwendigste Maß zu beschränken.

§ 2. Die Verordnung tritt drei Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.“

Nach Kriegsbeginn strömten Kriegsgefangene vieler Nationen ins Reichsgebiet, sie wurden hier als Arbeitskräfte eingesetzt und kamen zwangsläufig mit der deutschen Bevölkerung in Kontakt mit der Gefahr einer Fraternisierung. Dies hätte nicht der NS – Rassenlehre entsprochen, nach welcher die überlegene germanische Rasse vor jeder Vermischung mit anderen Rassen durch Verbote und Strafen geschützt werden sollte. Mit einem ganzen Motivbündel wurde dieses Verbot begründet. Im Merkblatt der Gestapo über die Behandlung der im Reich eingesetzten fremdländischen Arbeitskräfte sind die maßgebenden Motive für diese Regelungen aufgelistet. Die bis zum 31.12.1942 ergangenen Erlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei sind hier für die Polizeidienststellen zusammengefasst:

"Die Millionenzahl der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter und die auch weiter steigende Tendenz dieser kriegsnotwendigen Aktion machen es erforderlich, auf Grund bisher gewonnener Erkenntnisse die Aufgaben und Grundsätze der Gefahrenabwehr richtungweisend darzulegen. Die sicherheitspolizeilichen Aufgaben beim Ausländereinsatz sind:

Abwehr der Gefahren für die Sicherheit des Reiches unter besonderer Beachtung der Kriegslage (Terrorakte, Ausspähen, aktive und passive Sabotage in jeder Form, Zellenbildung und Zersetzung jeder Art usw.), Abwehr der Gefahren für

¹⁷⁹ RGBl. I, 1940, 769.

*den rassischen Bestand des deutschen Volkes, Vermischung mit fremdem Blut, Unterwanderung usw.*¹⁸⁰.

Auch den Strafruristen wurden in Richterbriefen die Gefahren von Sabotage, Flucht und Spionage vor Augen geführt, die durch Kontakte mit Kriegsgefangenen drohen würden: *„Hauptzweck der Strafbestimmung ist die Verhütung und Bekämpfung einer Spionage-, Sabotage- und Fluchtgefahr der in Deutschland weilenden Kriegsgefangenen. Daneben bezweckt das Gesetz die Ahndung der Ehr- und Würdelosigkeit deutscher Volksgenossen, die durch den Umgang mit Kriegsgefangenen – die unsere Feinde sind – sich an ihrem Volk und Vaterland vergehen.*“¹⁸¹

Auf die angemessene Strafe wurde in den Richterbriefen ebenfalls hingewiesen: *„Der Geschlechtsverkehr einer deutschen Frau mit einem Kriegsgefangenen ist wegen seiner besonderen Würdelosigkeit und Ehrvergesessenheit als Vorläufer von Flucht und Spionage der Gefangenen stets besonders schmachvoll und gefährlich und muss deshalb - sofern nicht besondere Milderungsgründe vorliegen- grundsätzlich als schwerer Fall mit Zuchthaus bestraft werden. In solchen Fällen wird auch regelmäßig auf Ehrverlust zu erkennen sein.*“¹⁸²

Ein Spionageverdacht bestand in keinem der Verfahren, eine Flucht wurde nur ausnahmsweise unterstützt. Allerdings hatte auch der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof das Reichsministerium davon unterrichtet, dass zunehmend Sachverhalte bei ihm eingingen, in denen Beschuldigte Fluchtvorhaben von Kriegsgefangenen unterstützten und „sich dadurch eines Verbrechens gegen § 91b StGB schuldig gemacht zu haben.“¹⁸³ Im Februar 1943 wies er auf die Gefahr hin, dass geflohene sowjetische Soldaten „im deutschen Hoheitsgebiet Sabotagehandlungen (z.B. Brandstiftung) Mord oder Raub begehen würden.“¹⁸⁴ Auch in

¹⁸⁰ Merkblatt, zit. nach: Mechler, S. 273 ff.

¹⁸¹ Richterbrief Nr. 6, Boberach, S. 87.

¹⁸² a.a.O., S. 92 f.

¹⁸³ Lagebericht des ORA beim Volksgerichtshof v. 1. August 1942, BAB Best. R 3001/R-22 Nr. 3.390, Bl. 116.

¹⁸⁴ Lagebericht des ORA beim VGH v. 4. Februar 1943. BAB Best. R 3001/R-22 Nr.3.390, Bl. 126.

Fachaufsätzen wurde eine Spionagegefahr durch Kriegsgefangene bejaht¹⁸⁵, ebenso wurde auf die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs hingewiesen, wonach „die feindlichen Mächte ihre Soldaten dazu anleiteten, sich als Saboteure und Kundschafter zum Nachteil des Reiches zu betätigen“¹⁸⁶.

In Wirklichkeit dürfte einer der Gründe für die strikte Trennung der Gefangenen der parteiideologische Eifer gewesen sein, die Blutreinheit und damit die Rassereinheit des deutschen Volkes zu bewahren. Ein privater Kontakt hätte Verständnis für einen nach NS-Ansicht wertlosen Menschen geweckt, die Überlegenheit der eigenen Rasse in Frage gestellt, das aufgebaute Feindbild und so den Kampf- und Wehrwillen geschwächt. Dies drückt sich klar im Lagebericht des Frankfurter Präsidenten des Oberlandesgerichts an das Reichsjustizministerium aus: „Der Umgang deutscher Frauen und Mädchen mit ausländischen Arbeitern ist allgemein aus rassenpolitischen Gesichtspunkten unerwünscht.“¹⁸⁷

Als weiteres wichtiges Ziel sollten die Strafnormen den Soldaten an der Front mit Hilfe von Strafandrohungen der Enthaltsamkeit ihrer an der „Heimatfront“ stehenden Frauen versichert und sie so moralisch gestärkt werden. Dies floss auch in die Strafzumessung der Sondergerichte ein, die ausführten „Es muss insbesondere verlangt werden, dass, während der Soldat in treuer Pflichterfüllung im Felde steht und sein Leben für die Heimat opfert, auch die Frau und das Mädchen in der Heimat sich würdig verhält und ihre Frauenehre bewahrt.“¹⁸⁸ Hier wird ein patriarchalisches Besitzdenken an den Frauen deutlich, das auf anderen Gebieten gesetzlich festgeschrieben war¹⁸⁹, wie die Strafbarkeit von Ehebruch, Kündigungsrecht des Mannes für das Arbeitsverhältnis seiner Frau u. a. „Bei der „Ehrvergessenheit“ ging es weniger um die Ehre der Frau als viel-

¹⁸⁵ Kallfelz, in: DR 1940, S. 1881. „Der Kriegsgefangene, der feindlicher Heeresangehöriger ist, bleibt, solange der Kriegszustand andauert, Feind, er fühlt sich als solcher und wird gegebenenfalls dementsprechend handeln. ... Der Mangel an politischer Schulung und eine mangelhafte Gutmütigkeit leistet auch den mannigfachen Flucht- Spionage- und Sabotageversuchen der feindlichen Gefangenen Vorschub.“

¹⁸⁶ Gleispach, S. 35.

¹⁸⁷ Lagebericht des OLGPräs. Frankfurt v. 26.7.1944, BA R 22/3364, zit. nach: Weckbecker, S. 198.

¹⁸⁸ SG Frankfurt/M, HHStArch 461/8393, zit. nach: Weckbecker, ebenda.

¹⁸⁹ Hierzu muss man die Stellung der Frau in der Justiz vergleichen, die in der Weimarer Zeit unbeschränkt zum Justizdienst zugelassen waren, (§ 1 der Laufbahnverordnung, (RGBl. 1939, S. 371); in der NS-Zeit jedoch nur dann, „wenn sie für eine Position besser als Männer geeignet waren“ - und das kam in der NS-Zeit nicht vor. (Zit. nach: Opitz, S. 212).

mehr um die verletzte des (Ehe-)Mannes. Den Männerinteressen wurde mit der Gefahr von Spionage und Flucht der Mantel übergeordneter nationaler Sicherheitsinteressen umgehängt.¹⁹⁰ Diese Gründe waren vorgeschoben, denn in keinem einzigen Fall wurde in Ulm wegen Feindbegünstigung (§ 91 b StGB) verurteilt. Selbst eine junge Frau, die Landkarten für ihren französischen Freund besorgen wollte, wurde nicht nach dieser Strafbestimmung verfolgt, ebenso wenig ein Zivilarbeiter, der unerlaubt Post von Kriegsgefangenen ins Ausland geschickt hatte¹⁹¹. Dies wich von den Forderungen nach einer harten Bestrafung ab und nimmt der drohenden Spionage- und Sabotagegefahr ihre Glaubwürdigkeit.

Die Strafnorm spiegelte das Frauenbild des Nationalsozialismus wieder: „Sexuelle Freizügigkeit und eigenständige Entwicklung verstießen gegen die „Ehre der deutschen Frau“. Sie sollte Mutter sein und dem Führer Kinder gebären, aber zur Erhaltung der Rasse natürlich nur von deutschen Vätern. Da nahm man es dann auch nicht so genau, ob es eheliche Kinder waren.“¹⁹² Dies wurde dem moralischen Dilemma nicht gerecht, denn an der „Heimatfront“ hatten die Frauen die fehlenden jungen Männer schon längst auch in verantwortungsvollen Stellen ersetzen müssen, insbesondere in der Landwirtschaft als Betriebsleiterin und Organisatorin auf allen Gebieten, aber auch in der Industrie bei der Fertigung. Gleichwohl wurde ihnen auferlegt, auf sexuellem Gebiet enthaltsam zu leben. Bei der Strafzumessung wurde jedoch besonders verheirateten Frauen der Fehltritt strafscharfend angelastet¹⁹³.

Die doppelbödige Sexualmoral wird offenkundig, wenn einerseits Soldaten an der Front Beziehungen zu rassefremden, ausländischen, gar jüdischen Frauen aufnahmen, andererseits die Frauen zuhause an der Heimatfront mit ausländischen Kriegsgefangenen Kontakte knüpften. In beiden Fällen war das Verhalten strafbewehrt, bei den Männern blieb es regelmäßig ohne strafrechtliche Reaktionen¹⁹⁴, bei den Frauen führte es zu Zuchthaus und Ehrverlust. Offiziell war allen

¹⁹⁰ Mechler, a.a.O., S. 234.

¹⁹¹ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6710.

¹⁹² Schimmler, S. 84.

¹⁹³ Vgl. StA Ludwigsburg, E 352, Bü. .6638, 6797,6798 u.a.

¹⁹⁴ Mit drei Argumentationsmustern versuchte man die Soldaten von Sexualkontakten abzuhalten: Es wurde auf die weltanschauliche Bedeutung der NS-Rassenlehre – insbesondere die Einhaltung des Blutschutzgesetzes

Soldaten und SS-Angehörigen jegliche geschlechtliche Beziehung zu andersrassigen Frauen, insbesondere Jüdinnen, schärfstens untersagt. Im Gegensatz zu den Frauen wurden bei Soldaten Verstöße nicht strafrechtlich verfolgt, vielmehr vertraute man eher auf Argumente als auf Abschreckung. Damit duldete und anerkannte man offiziell die unterschiedliche Behandlung des gleichen sexuellen Verhaltens.

Dieses von patriarchalischen Besitzansprüchen und germanischen Vorstellungen geprägte Frauenverständnis schlug sich auch in der schimpflichen Behandlung der „Ehrvergessenen“ nieder, die nach germanischem Brauch in der Öffentlichkeit von SA- oder SS-Männern öffentlich kahlgeschoren wurden. Gegen diese Selbstjustiz protestierten reichsweit nicht wenige Präsidenten und Generalstaatsanwälte¹⁹⁵ ebenso wie die Bevölkerung¹⁹⁶, dieser Missbrauch wurde nach kurzer Zeit eingestellt. Auch in Ulm wurden solche Auftritte organisiert:

- hingewiesen, die unbedingt zu beachten sei. Im weltanschaulichen Vernichtungskampf gegen Juden und Bolschewiken sei die Rassenlehre das ideologische Kernstück, die rassische Neuordnung Europas durch Höherzüchtung und damit Veredelung der rassischen Auslese werde durch diesen Krieg verwirklicht (Mühlhäuser, S. 207 ff). Vor der Gefahr von Ansteckungen mit Infektionskrankheiten wurde zusätzlich gewarnt, nicht ohne auch hier auf den weltanschaulichen Hintergrund hinzuweisen: die Sexualität sei keine private Angelegenheit sondern betreffe die ganze Volksgemeinschaft, denn sowohl die Fortpflanzungsfähigkeit als auch die „Wehrkraft des deutschen Volkes“ werde bei einer Ansteckung gefährdet (s. Mühlhäuser, S. 179 f).

¹⁹⁵ Der OLGPräs. von Stuttgart verwahrte sich in seinem Lagebericht gegen ein solches Vorgehen, für Bestrafungen sei die Justiz zuständig.

¹⁹⁶ Die Bevölkerung in Ulm hatte an diesem germanischem Brauch Anstoß genommen, denn auf die Veröffentlichung des abgedruckten Bildes in der NS-Hauszeitung „Ulmer Sturm“ wurde kurz danach ergänzend berichtet, die Betroffene befinde sich entgegen anders lauten-den Berichten bei bester Gesundheit. Sie habe sich selbst durch ihr ehrloses Verhalten aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen und entehrt. Dieser „Brauch“ wurde reichsweit ausgeübt, in einigen wenigen Lageberichten wurde dies als unzulässige Selbstjustiz der SA kritisiert. GenStA Wagner, Stuttgart, berichtete am 30.09.1940 darüber, diese Prozedur würde von empörten Volksgenossen praktiziert, tatsächlich inszenierte die SA diese Bloßstellungen. Er empfahl, die politischen Leiter sollten verstärkt auf die Verwerflichkeit der Verfehlungen und die Schwere der angedrohten Strafen hinweisen, zum Verhalten der SA bemerkte er nichts (StA Ludwigsburg, K 601. Bü. 2). Nach kurzer Zeit wurde diese Selbstjustiz von der Partei untersagt.

Öffentliches Kahlscheren einer Frau auf dem Marktplatz von Ulm¹⁹⁷



Bild: Stadtarchiv Ulm

5.1.4 Deliktshäufigkeit und Gründe für deren Zunahme

Das Delikt des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen nahm - nicht nur in Ulm sondern reichsweit - schon ab 1941 zu, um mit näher rückendem Kriegsende gegen 1944 wieder rückläufig zu werden¹⁹⁸. Dies war eine verbreitete Entwicklung: Der Generalstaatsanwalt des Bezirks Leitmeritz/Sudetengau, berichtete 1943, Verfahren wegen Umgangs mit Kriegsgefangenen seien nicht in

¹⁹⁷ Das Bild zeigt die 1921 geb. Emma R., die das Sondergericht Stuttgart am 9.12.1940 zu 15 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilte. Das Schicksal des französischen Kriegsgefangenen ist ungeklärt. Das Leben von Frau R. ist von Ruault geschildert (S. 24ff). Der Ulmer Dichter Eichhorn greift das Kahlscheren in seinem Gedicht „Drei Blicke auf Ulm“ auf.

¹⁹⁸ Dies dürfte an dem absehbaren für Deutschland ungünstigen Kriegsende liegen; kein vernünftiger Volksgenosse wollte sich durch Anzeigen und Denunziation der Gefahr aussetzen, nach dem Krieg Probleme zu bekommen. Diese Einstellung läuft parallel zu den ab 1943 in Art und Höhe der Sanktionen stark zurückgehenden Urteilen.

den Griff zu bekommen¹⁹⁹, bei der dortigen Staatsanwaltschaft Reichenberg hätten sich diese Verfahren von 1941 – 1943 verdoppelt, während alle anderen politischen Verfahren zurückgegangen seien. Als Grund des Anwachsens wird auf den erhöhten Einsatz von Frauen in der Produktion und die mangelnde Beaufsichtigung der Kriegsgefangenen hingewiesen.

Der OLGPräs. Karlsruhe bemängelte, der unerlaubte Umgang mit polnischen Kriegsgefangenen werde nur noch staatspolizeilich behandelt, aus Königsberg wurde das Delikt als häufig benannt, auch der Generalstaatsanwalt Stuttgart berichtete von der „üblichen“ Anprangerung von Frauen durch öffentliches Abschneiden der Haare und dem Erhängen der polnischen Täter²⁰⁰.

Ein Ausufern meldete der Generalstaatsanwalt Karlsruhe, der über mehrere Verfahren gegen katholische Pfarrer wegen verbotenen Umgangs berichtete²⁰¹.

Der Generalstaatsanwalt Stuttgart bekannte, „Unerfreulich ist die Feststellung, dass in meinem Bezirk eine Zunahme des geschlechtlichen oder unzuchtigen Verkehrs von deutschen Frauen und Mädchen mit Kriegsgefangenen zu verzeichnen ist“²⁰² und im Folgebericht, diese Verfehlungen hätten nicht abgenommen²⁰³. Im Mai 1941 teilte er mit, die Verfahren „sind zahlenmäßig wenig zurückgegangen. Doch kommen jetzt meist leichtere Fälle, wie Verabreichung von Lebensmitteln, Getränken oder Rauchwaren an Kriegsgefangene und drgl. vor. Die Verfahren wegen Geschlechtsverkehrs deutscher Frauen mit Kriegsgefangenen haben wesentlich nachgelassen; offensichtlich haben die ... erkannten Zuchthausstrafen abschreckend gewirkt.“²⁰⁴

¹⁹⁹ Lagebericht vom 21.9.1943, BA Berlin R 3001/3376.

²⁰⁰ Michelberger, Lageberichte, S. 253. In dem Lagebericht aus Stuttgart fehlt jegliche kritische Anmerkung zu diesen rechtswidrigen Vorgängen. Dies zeigt ein inheterogenes Bild der Justiz. Die Kritik gegenüber dem Ministerium gegen deren rechtswidrige Anweisungen wurde nur von „mannhaften“ Juristen offen geäußert. Nachteile entstanden für diese nicht, man musste nur den Mut aufbringen, gegen den allgemeinen Strom zu schwimmen.

²⁰¹ Michelberger, C. Hauptteil, 2.16. Karlsruhe. Die Verfahren bezogen sich auf den Einsatz von Pfarrer für in U-Haft und Schutzhaft einsitzende Häftlinge, bei denen die Pfarrer auf die Unverhältnismäßigkeit von Tat und Strafverfolgungsmaßnahmen hingewiesen hatten.

²⁰² Bericht vom 30. 9. 1940, StA Ludwigsburg, K 601, Büschel 2.

²⁰³ Bericht vom 30.11.1940, a.a.O.

²⁰⁴ Lagebericht vom 31.5.1941, Staatsarchiv Ludwigsburg, K 601, Büschel 2.

Schon am 1. Dezember 1941 ergänzte er, „die Verfehlungen des verbotenen Umgangs ... insbesondere des Geschlechtsverkehrs mit französischen Kriegsgefangenen, sind in den letzten Monaten auffallend angewachsen“²⁰⁵. Die Deliktshäufigkeit ließ in den nächsten Jahren trotz hoher Strafen nicht nach, denn am 28. Januar 1943 war der Anfall „nach wie vor gross; wenig erfreulich ist dabei, dass die Fälle der Schwängerung deutscher Frauen durch Kriegsgefangene recht häufig und im Zunehmen begriffen sind.“²⁰⁶.

Die Zunahme des Delikts trotz außerordentlich hoher Strafen ist mit den ersten Kriegserfolgen Deutschlands zu erklären, wodurch immer mehr Kriegsgefangene im Reich als Arbeitskräfte eingesetzt wurden und hier mit den ebenfalls verstärkt eingesetzten deutschen Frauen – die zumeist zwangsverpflichtet waren – in Produktionsbetrieben in Kontakt zueinander kamen: Mit Kriegsbeginn wurden der Industrie und Landwirtschaft deutsche Arbeitskräfte durch die Mobilmachung entzogen, die nach Möglichkeit durch Kriegsgefangene ersetzt wurden. Zu Beginn des Einfalls 1940 in Russland waren 1.150.000 ausländische Arbeitskräfte eingesetzt; davon 35.000 Kriegsgefangene, zumeist Polen. Bis 1944 stieg diese Zahl auf 7.650.000 Ausländer an, davon 1.930.000 Kriegsgefangene²⁰⁷, also insgesamt auf ca. das 55-fache.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft zeigt am besten die veränderten Verhältnisse am Arbeitsplatz: Im gesamten Deutschen Reich war im Jahre 1944 jeder zweite Beschäftigte in der Landwirtschaft ein Ausländer, wobei zu 60 % polnische und französische Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Von den deutschen landwirtschaftlich Beschäftigten stellten die Frauen mit 65,5 % den überwiegenden Anteil. Damit kam es zwangsläufig bei der täglichen Arbeit zu zwischenmenschlichen Kontakten, man entdeckte im angeblichen Erbfeind oder Untermenschen einen Mitmenschen, der bei der Arbeit half, auf den man angewiesen und von ihm auch abhängig war. Entgegen der NS-Rassenideologie entwickelten sich zum rassenfremden Menschen soziale Beziehungen. Dies galt vorwiegend für Frauen, bei denen Wünsche nach Zärtlichkeit ein zusätzliches Motiv zum Kontakt gegeben haben mögen. Bei Arbeitsverhältnissen, wie der Landwirtschaft, in denen man traditionell gemeinsam unter einem Dach aß und

²⁰⁵ A.a.O.

²⁰⁶ A.a.O.

²⁰⁷ Mechler, S. 295.

schief, ist dies besonders deutlich zu sehen. In einem Lagebericht vom 26.7.1944 wurde darauf hingewiesen, „Das unvermeidliche Zusammenleben führt mit der Zeit zu einer Vertrautheit, die bei den Frauen und Mädchen das Bewusstsein beseitigt, es bei den Kriegsgefangenen mit Angehörigen feindlicher Streitkräfte zu tun zu haben.“²⁰⁸

Begünstigt wurden diese strafbaren Kontakte durch die Veränderung der heimischen Familienstruktur: Der Ehemann, der Vater, die Brüder waren als Bezugspersonen nicht mehr erreichbar, sie waren zur Wehrmacht eingezogen. Insbesondere die Frauen konnten ihre Probleme und Bedürfnisse mit einem „Familienvater“, Ehemann, Freund oder Bruder nicht mehr besprechen und fanden im ausländischen Arbeitskollegen einen Ansprechpartner.

In Ulm wurden die Kriegsgefangenen in folgenden Bereichen eingesetzt:

	1941	1942	1943	1944	1945	Insgesamt
Landwirtschaft		20	8	9	2	39
Industrie	2	19	15	12		48
Sonstiges	2	1		2		5
Summe	4	40	23	23	2	92

Im Landgerichtsbezirk Ulm wurden mit 52 % die meisten Kriegsgefangenen in der Industrie eingesetzt, in der Landwirtschaft waren 42 % tätig. Dies erklärt sich mit der Struktur der Schwerindustrie in den Städten Ulm, Geislingen und Göppingen als Standorte, in denen Arbeitskräfte bevorzugt benötigt wurden. In Ulm waren dies die rüstungswichtigen Betriebe Firma Wieland, die Firma Klöckner-Humboldt-Deutz, die u.a. Lafetten und gepanzerte Fahrzeuge produzierte, die Radiofirma Märtle, die den Volksempfänger entwickelt und hergestellt hatte. In Göppingen produzierten Firmen wie Schuler und Märklin, in Geislingen die Firma Württembergische Metallwarenfabrik. Von diesen Firmen kamen die meisten Anzeigen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen. Lediglich im Jahre 1942 waren die Anzeigen aus Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig verteilt, danach überwog der Einsatz in der Kriegsindustrie.

²⁰⁸ Lagebericht des OLG-Präsidenten Frankfurt, zit. nach: Mechler, S. 229.

5.1.5 UMFANG DES KONTAKTVERBOTES

In Erlassen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei wurden die Regelungen über den Umfang des Kontaktverbotes konkretisiert, von den Staatspolizei-Leitstellen der Geheimen Staatspolizei in Merkblättern zusammengefasst:

„H. Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen:

Im Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen ist alles zu vermeiden, was die Spionage- oder Sabotageabsichten des Feindes fördern oder aber sich gegen die Existenzgrundlage des deutschen Volkes richten könnte.

Die Kriegsgefangenen sind streng aber korrekt zu behandeln. Besonders die deutsche Frau muss sich bewusst sein, dass sie in keinerlei Beziehungen zu Kriegsgefangenen treten darf.

Kriegsgefangene gehören nicht zur Haus- oder Hofgemeinschaft und noch viel weniger zur Familie. In öffentliche Gaststätten und zu Veranstaltungen dürfen Kriegsgefangene nicht mitgebracht werden.

I. Umgang mit Kriegsgefangenen:

Deutsche Frauen und Mädchen, die mit Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang pflegen, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt, werden wegen Verbrechens gegen § 4 der Verordnung zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 15.11.1939 streng bestraft. Bei Geschlechtsverkehr und sonstigen unsittlichen Verfehlungen ist die Strafe stets Zuchthaus und Ehrverlust²⁰⁹.

Diese polizeilichen Vorgaben führten im Laufe der Zeit zu unzuträglichen Abweichungen in der Rechtsprechung. Dies vereinheitlichte der Reichsjustizminister Thierack 1942 in einem Richterbrief²¹⁰. Er forderte, zu Beginn jeden Verfahrens zu prüfen, ob das Verhalten überhaupt strafbar sei. Strafflos seien etwa Kontakte geringfügiger Aufmerksamkeit oder Vergünstigung, wie gelegentliches Wäschewaschen für geleistete gute Arbeit.

Straffbar sollten dagegen aus Mitleid oder Solidarität geleistete Geschenke sein, ohne dass eine Arbeit des Gefangenen vorausgegangen war, sowie bei

²⁰⁹ Mechler, S. 273 ff, Merkblatt der Staatspolizeileitstelle Hannover.

²¹⁰ Boberach, S. 94.

Frauen gelegentliches Zusammensein, gegenseitige Liebeserklärungen, gemeinsames Fotografieren, oder Austausch von Zärtlichkeiten, hierfür sei eine Gefängnisstrafe ausreichend.

Diesen leichten bis mittleren Fällen stellte der Minister die schweren Fälle gegenüber: „Der Geschlechtsverkehr einer deutschen Frau mit einem Kriegsgefangenen ist wegen seiner besonderen Würdelosigkeit und Ehrvergessenheit als Vorläufer von Flucht und Spionage der Gefangenen stets besonders schmachvoll und gefährlich und muss deshalb- sofern nicht besondere Milderungsgründe vorliegen – grundsätzlich als schwerer Fall mit Zuchthaus bestraft werden. In solchen Fällen wird auch regelmäßig auf Ehrverlust zu erkennen sein.“

5.1.6 VERFAHRENSANFALL UND ERLEDIGUNG (NACH JS-REGISTER)

Die erhaltenen Akten boten nur einen zufälligen Ausschnitt über den tatsächlichen Eingang und die Erledigungsarten, denn nur ein geringer Teil des Gesamteingangs aller Akten ist archiviert, allerdings sind von den Verfahrensakten wegen verbotenen Umgangs 21,6 % erhalten. Um einen umfassenden Überblick über alle Eingänge dieses Delikts zu erhalten, wurden ergänzend die gesamten Eingänge der Staatsanwaltschaft mit 29.636 Eintragungen in den Jahren 1940 – 1945 nach Erledigungsart, Hafthäufigkeit u.a. ausgewertet.

Gesamtanfall und Erledigungsarten bei unerlaubtem Umgang

Jahr	Ges.	männl.	§170	§153	Einst.	%-	AG-	AG-	LG	Ger.	%-	Abg.	Abg.	Haft	%
	Anfall				ges.		Cs	Ds		ges.	Anteil	SG	.		
1940	16	4	0	4	4	25,0	2	6		8	50,0	4		3	37,5
1941	51	3	5	8	13	25,5	9	21	1	31	60,8	4	3	11	35,5
1942	93	28	5	14	19	20,4	5	33	22	60	64,5	6	8	8	13,3
1943	81	27	17	7	24	29,6	1	17	32	50	61,%	2	5	16	32,0
1944	70	16	12	18	30	42,9	4	9	22	35	50,0	4	1	16	45,7
1945	8	1	6	0	6	75,0	0	1	0	1	12,%	1	0	0	0,0
Ges.	319	79	45	51	96	30,1	21	87	77	185	58	21	17	54	32,8

Der Gesamteingang von 319 Verfahren verteilt sich nach den Anlaufjahren 1940/41²¹¹ mit 16 bzw. 51 Verfahren in den Folgejahren ziemlich gleichmäßig im Rahmen zwischen 70 und 93 Verfahren und geht nach dem Höhepunkt im Jahre 1942 etwa in 10 % - Schritten bis Ende 1944 zurück.

Diese Entwicklung geht einher mit den anfänglichen militärischen Erfolgen und einer entsprechend höheren Anzahl von Kriegsgefangenen. Der Arbeitseinsatz der Gefangenen bedingte einen regelmäßigen Kontakt, der Annäherungen nach sich zog. In landwirtschaftlichen Betrieben schenken die Bauern bei guter Arbeit zu Feiertagen einen Hasen oder ein Huhn, sie nahmen das Essen zusammen an einem Tisch mit den Gefangenen ein und wurden deshalb angeklagt, eine einzige Anklage dieser Art zum Amtsgericht Göppingen²¹² ist erhalten.

Ein Grund für den Anstieg des Männeranteils in den Jahren 1942-1944 mag die genannte Entwicklung in der Landwirtschaft sein. Hinzu kommt, dass die ausländischen Zivilarbeiter die Kriegsgefangenen vermehrt unterstützten, deren Briefe an der Briefkontrolle vorbei an die Familien ins Ausland schickten. Mit zunehmend ungünstigem Kriegsverlauf wurden die Zivilarbeiter immer kritischer und aufsässiger, die vielfältigen Verbote und Beschränkungen wurden vermehrt missachtet.

5.1.7 ERLEDIGUNGEN BEI DER STAATSANWALTSCHAFT (JS-REG.)

Die Einstellungsarten - wegen fehlenden Tatverdachts, geringen Verschuldens sowie nach Amnestiegesetzen - und deren sich verändernde Anwendungshäufigkeit -werden nachfolgend dargestellt.

5.1.7.1. Einstellungen wg. geringen Verschuldens und mangels Tatverdachts

Von der Staatsanwaltschaft wurden mit 45 Verfahren nur 14 % des unerlaubten Umgangs wegen fehlenden Tatverdachts eingestellt²¹³. Dies ist sehr wenig im

²¹¹ In den 4 Wochen im Jahre 1939 nach Erlass der Verordnung konnten schon aus verwaltungstechnischen Gründen keine Eingänge bei der Ermittlungsbehörde erwartet werden.

²¹² StA Ludwigsburg, E 350 g, Bü. 6353 , lfd. Nr. 145.

²¹³ Nur eine einzige Akte davon ist überliefert, eine von einem Kriegsgefangenen geschwangerte Magd war wegen Schwachsinn schuldunfähig, das Erbgesundheitsgericht ordnete ihre Sterilisierung an. StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1019.

Vergleich zu der durchschnittlichen Einstellungsquote von knapp 50 % des Gesamteingangs.

Wegen geringen Verschuldens (§ 153 StPO) wurden 16,1 % dieser Verfahren eingestellt. Beide Erledigungsarten zusammen erreichten 30 %. Diese Erledigungsarten nahmen ständig und beachtlich zu, sie stiegen von 20 % im Jahre 1942 über 29 % in 1943, 42 % in 1944 auf 75 % im Jahre 1945, damit auf das Dreifache an. Hier zeigt sich eine vergleichbare Entwicklung wie bei anderen politischen Verfahren: mit Beginn des Jahres 1943 wurden die gerichtlichen Strafsanktionen milder, gleichzeitig damit stiegen die Verfahrenseinstellungen jeglicher Art der Staatsanwaltschaft an.

5.1.7.2 Abgaben an Sondergericht Stuttgart

Die Verfahrenserledigung durch Abgaben an das Sondergericht in Stuttgart soll kurz angesprochen werden. Abgegeben wurden insgesamt 21 Verfahren, im Jahr 1940 waren es mit 4 Fällen 25 % des Eingangs, in der Folgezeit bis 1944 durchschnittlich 7 %. Demgegenüber lagen die sonstigen Abgaben an das Sondergericht mit 2,4 %, um die Hälfte niedriger als bei Vorwürfen des unerlaubten Umgangs. Der dreifach höhere Anteil bei dieser Deliktsart zeigt, dass die Rassenideologie besonders nachhaltig bekämpft werden sollte, denn unter dem dortigen Vorsitzenden Cuhorst wurden wesentlich höhere Strafen ausgeworfen als in Ulm²¹⁴: Die 19-jährige Angeklagte R. hatte sich auf dem Hof ihres Onkels in einen französischen Kriegsgefangenen verliebt und mit ihm verkehrt. Das Verfahren kam zum Sondergericht Stuttgart, das sie zu 2 Jahren Zuchthaus und Ehrenzug für die Dauer von 12 Monaten verurteilte.

5.1.7.3. Abgaben an den Volksgerichtshof wegen Gesetzeskonkurrenz

Delikte des verbotenen Umgangs wurden üblicherweise vor Land- oder Sondergerichten verhandelt. Vor den Volksgerichtshof kamen sie nur, wenn wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes auch ein Verbrechen des Landesverrats (§ 91 b StGB) in Betracht kam. Wegen dieses Delikts wurde bestraft, wer

²¹⁴ Der dortige Vorsitzende Cuhorst pflegte mit den Worten „Auf, auf meine Herren“, zur Sitzung zu gehen, Schönhausen, Einleitung.

während eines Krieges der feindlichen Macht Vorschub leistete oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteile zufügte. Ab 1934 war der Versuch strafbar²¹⁵. In den Akten ist ein Verfahren dieser Art ersichtlich, in dem diese Norm von der Staatsanwaltschaft bejaht und deshalb zuerst abgegeben worden war: Die zur Tatzeit 18-jährige Lageristin M. hatte intime Beziehungen zu einem französischen Kriegsgefangenen aufgenommen. Um ihm zur Flucht zu verhelfen und ihn später zu heiraten, wollte sie ihm Landkarten und Kleidung besorgen. Ein Buchhändler informierte sofort die Gestapo, die bei der Verhaftung die entsprechenden Briefe auffand - der Gefangene war bereits entwichen²¹⁶.

Das Reichskriegsgericht hatte zu dieser Fallkonstellation ausgeführt²¹⁷: „§ 91 b StGB fordert den Vorsatz des Täters, der feindlichen Macht zu nützen. Vorsatz ist im Sinne des deutschen Strafrechts nicht gleichbedeutend mit Absicht. Der Tatbestand des § 91 b StGB setzt vielmehr nur das Bewusstsein voraus, daß man dem Feind nützt. Es genügt ferner, dass der Täter auch nur mit der Möglichkeit rechnet, sein Tun könne dem Feind Vorteile bringen“. Der Tatbestand konnte erfüllt sein, wenn die Flucht eines Kriegsgefangenen unterstützt wurde. Die Staatsanwaltschaft gab deshalb die Akten wegen Verdachts der Feindbegünstigung am 13.10.1941 an den Volksgerichtshof Berlin ab. Dieser verneinte eine Feindbegünstigung unter Hinweis auf ein Gutachten des Oberkommandos der Wehrmacht vom 27.8.1941²¹⁸ i. a. S. und lehnte die Verfahrensübernahme ab mit dem Hinweis auf Nachvernehmung zur Frage, ob die Beschuldigte sich bewusst gewesen sei, dass der Gefangene unter Umständen auf irgendeinem Kriegsschauplatz erneut gegen das Reich kämpfen oder sonst zu dessen Nachteil hätte tätig werden können. In der ergänzenden Ver-

²¹⁵ Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens v. 24. 4. 1934 (RGBl. I, S. 341 (344)).

²¹⁶ StA Ludwigsburg, E 356, Bü. 6529.

²¹⁷ Feldurteil (3. Senat StPL III 151/40) v. 24. Februar 1941. RKG 2, S. 80 (83), zit. nach Form, S. 440, FN 214.

²¹⁸ Dieses Gutachten stellte fest:

„AmtAusl/Abw.

(...) Gutachten

Wenn sich nicht nachweisen lässt, daß die Kriegsgefangenen denen die Beschuldigten Hilfeleistungen für eine Flucht zukommen ließen, sich wider an Kampfhandlungen gegen Deutschland beteiligen wollten, werden die Voraussetzungen des § 91b RStGB. nicht als vorliegend erachtet.“ a.a.O.

nehmung verneinte sie dies natürlich und wurde nur wegen verbotenen Umgangs angeklagt.

Dieser Fall zeigt auf, dass selbst der berüchtigte Volksgerichtshof in Berlin – jedenfalls die dortige Staatsanwaltschaft -rechtsstaatlicher gehandelt hatte als das Reichskriegsgericht: Dieses hatte in einem vergleichbaren Fall am 4.9.1942 wegen Fluchthilfe zum Tode verurteilt²¹⁹, denn der Täter habe mit einer Schädigung der deutschen Kriegswirtschaft gerechnet, bzw. eine solche zumindest billigend in Kauf genommen²²⁰.

5.1.7.4 Verfahrenserledigungen mit Anklagen und Strafbefehlsanträgen

Für verbotenen Umgang waren Geldstrafen absolut unüblich, Gefängnisstrafen waren selbst bei privaten Gesprächen, Zärtlichkeiten u. ä. selbstverständlich, bei Geschlechtsverkehr war Zuchthaus vorgesehen. Dementsprechend wären viele Anklagen zum Amts- und Landgericht zu erwarten gewesen, insbesondere gegen Kriegsende, als die politische Führung selbst Kleinkriminalität mit der Todesstrafe bedachte. Die Auswertung zeigt ein anderes Bild.

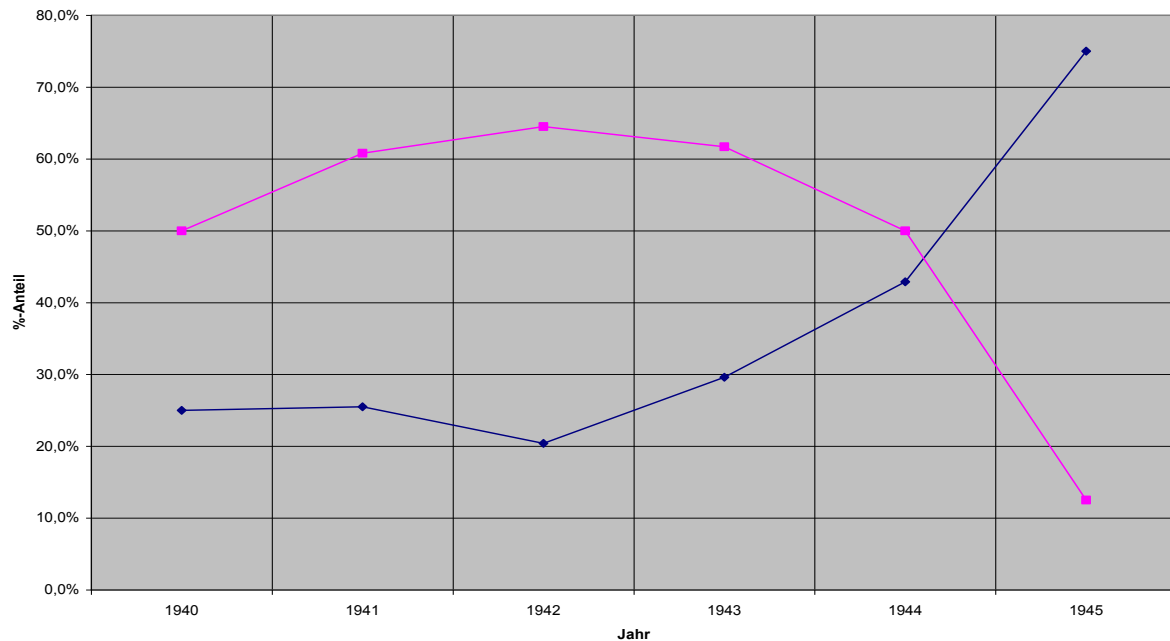
Bei der Staatsanwaltschaft Ulm gingen in der NS-Zeit 319 Verfahren wegen unerlaubten Umgangs ein, von denen 185 Fälle (57,6 %) zu den Gerichten gingen, während die übrigen Verfahren bei der Staatsanwaltschaft eingestellt worden waren. Beide Erledigungsarten veränderten sich im Verlaufe des Krieges. Die Einstellungen gingen bis 1942 leicht zurück, um anschließend bis 1945 um das Dreifache anzusteigen, während die Verfahren zum Gericht bis 1942 auf 64,5 % zunahmen, um in der Folgezeit bis 1945 auf 12,5 % abzusinken. Diese gegenläufige Entwicklung zeigt sich deutlich in folgendem Diagramm²²¹:

²¹⁹ BAB R 3001/R-22 Nr. 5.001, Bl. 478 ff, zit. nach Form, S. 468, FN 291.

²²⁰ Die Auswirkungen der Fluchthilfe auf die Volkswirtschaft dürfen nicht unterschätzt werden, wie sich aus einer Aufstellung der NSDAP vom August 1942 ergibt, wonach 77.628 Kriegsgefangene entflohen seien, damit „arbeitstäglich rund 620.000 Arbeitsstunden verloren gegangen sind. Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis, da diese Zahlen besonders aufschlussreich sind und meines Erachtens die Notwendigkeit beweisen, alle der Kriegsgerichtsbarkeit oder der zivilen Straferichtsbarkeit unterstehenden Personen, die Kriegsgefangenen auf irgendeine Weise bei der Flucht behilflich sind, mit unnachsichtiger Strenge verfolgen zu lassen“. (zit. nach Form, S. 468).

²²¹ Dem Diagramm sind die prozentualen Veränderungen zugrunde gelegt. Die tatsächlichen Zahlen wären durch den Rückgang der Eingänge nicht aussagekräftig.

Prozentuale Entwicklung der Einstellungen und Verfahren zum Gericht



(Legende: Rot: Verfahren zum Gericht; blau: Einstellungen)

Diese Veränderung fügt sich nahtlos ein in die vergleichbare Entwicklung bei Verfahrenserledigungen anderer politischer Delikte. Ab dem Jahre 1942 wurden Strafbefehlsanträge und Anklagen zu den Gerichten verdrängt von Einstellungen und Abgaben jeglicher Art. Zu Beginn des NS-Regimes strebte die Staatsanwaltschaft danach, jedes noch so unbedeutende Delikt anzuklagen und zu verfolgen. Der gegen Ende 1942 mit dem Kampf um Stalingrad sich abzeichnende Machtrückgang des Regimes veranlasste die Behörde, sich weniger dafür einzusetzen, die politischen Strafnormen durchzusetzen, sondern mehr ausgleichende und unauffälligere, vor allem zügige Erledigungen zu wählen, wie Einstellungen wegen geringen Verschuldens.

5.1.8 AUSWERTUNG DER ARCHIVierten AKTEN

5.1.8.1 Persönlichkeitsprofile: Geschlecht, Nationalität, Familienstand

Von den Beschuldigten waren lediglich 13 Personen männlich, also gerade 0,7 %. Ihnen wurden unterschiedliche Handlungsweisen vorgeworfen: Sie hatten ihren Arbeitskameraden geholfen, sich nachts aus dem Lager zu entfernen, um sich mit deutschen Frauen zu treffen, oder sie hatten deren Post unzensuriert ins Ausland abgesandt, auch wurden Lebensmittel an Kriegsgefangene verschenkt. Die überwiegende Anzahl der Anklagen nach § 4 WKSchVO betrifft jedoch den unerlaubten Kontakt von deutschen Frauen zu ausländischen Kriegsgefangenen.

Drei Verfahren richteten sich gegen 2 Polinnen sowie eine Serbin, welche sich mit Kriegsgefangenen eingelassen hatten. Unter den 62 Kriegsgefangenen, die Kontakt mit Frauen gehabt hatten, waren 49 Franzosen, 8 Belgier, 2 Italiener und 3 Polen. Dies entspricht dem Anteil der Nationalitäten wie sie auch für Hannover festgestellt worden ist²²².

Diese Verteilung rührt zum einen daher, dass hier im süddeutschen Raum wegen der geographisch benachbarten Lage vorwiegend westliche Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Zum anderen waren insbesondere Franzosen, Italiener und Belgier, als Kulturvolk anerkannt und geachtet, die Bevölkerung lehnte sie nicht als „Untermenschen“ ab. Auch die NS-Bürokratie behandelte diese Gruppen sehr früh bevorzugt, sie erhielten Urlaub, durften Deutsche heiraten und erfuhren bei unerlaubtem Umgang mit deutschen Frauen keine „Sonderbehandlung“ durch öffentliches Erhängen, wie es bei Polen gehandhabt wurde.

Die charmante, umgängliche Art, insbesondere der romanischen Kriegsgefangenen, erleichterte es ihnen, die Frauen zu Zärtlichkeiten zu überreden und ersten Widerstand zu überwinden: Eine Magd hatte das Werben eines Franzosen mehrmals zurückgewiesen, bis der Gefangene an ihre Bruderliebe appellierte: ihr Bruder stehe doch alleine an der Front in Feindesland, der würde sich auch freuen, wenn ihm jemand Zärtlichkeit spende²²³. Dem konnte sie nichts entgegensetzen, zumal sie bei der Polizei spontan erklärte, das sei ein sauberer

²²² Mechler, S. 230.

²²³ A.a.O.Bü. 6803.

Mensch, an dem ein Mädchen einfach seine Freude haben müsse. Das Ergebnis waren 8 Monate Gefängnis für sie.

Von den Angeklagten waren 46 Personen (58,2 %) ledig, 29 (36,7 %) verheiratet, 3 (3,8 %) geschieden, eine (1,2 %) verwitwet. Die Jüngste war 16, die Älteste 53 Jahre alt, das Durchschnittsalter belief sich auf 26,2 Jahre.

Lediglich ein Angestellter und 2 selbstständige Kleinbetriebe (landwirtschaftliche Betriebe) waren vertreten, im Übrigen waren die Angeklagten als Arbeiter und Hilfsarbeiter beschäftigt. Dies war zu erwarten, kam der Kontakt doch weit überwiegend am Arbeitsplatz zustande, dort waren nur ungelernte deutsche Frauen mit den Gefangenen eingesetzt.

5.1.8.2 Verfahrensdauer, (Polizei- Haft und U-Haft)

Die Verfahrensdauer lag zwischen 24 Tagen (in den Jahren 1941 und 1944) und 43 Tagen im Jahre 1945, durchschnittlich betrug sie 32,1 Tage.

Die Strafvorschrift des verbotenen Umgangs war ein Kernpunkt der NS-Politik für die „Reinhaltung des deutschen Blutes und deutscher Ehre“, interessant war, ob und wie sich dies auf Häufigkeit und Dauer der Haft auswirkte. Dies wurde sowohl für Polizeihaft als auch für richterlich angeordnete U-Haft erhoben. Aus den Akten ist die Anordnung und Dauer der Polizeihaft häufig nicht oder nur unsicher zu ersehen, da die Anordnung nur sehr selten vermerkt ist. Vermuten kann man den Vollzug zumeist nur aus indirekten Hinweisen. So ist öfters bei der Vorführung zum Gericht vermerkt „ Aus Polizeihaft vorgeführt wird ...“ oder bei Anzeigevorlage „Die Beschuldigte sitzt im Polizeigefängnis Stuttgart zur Verführung des Gerichts ein.“ Soweit möglich, wurde in diesen Fällen das Datum des Vernehmungsprotokolls als Beginn der Polizeihaft angenommen.

Die Häufigkeit der Haftfälle wurde sowohl der Anzahl nach, als auch prozentual berechnet, um die Entwicklung besser vergleichen zu können. Dies gilt auch für die Ablehnung eines bei Gericht beantragten Haftbefehls. Die Dauer von Polizei- und U-Haft ist in Tagen als Mittelwert aller Haftfälle angegeben. Die Gesamtzahl der jährlich überlieferten Akten ist ebenfalls vermerkt, um die Aussagefähigkeit der Aufstellung einschätzen zu können. Die Anzahl und Dauer der aus den archivierten Akten ersichtlichen Festnahmen stellt sich wie folgt dar:

Anzahl und Dauer von Polizei- und U-Haft, Ablehnungen.

	Jahr	1941	1942	1943	1944	1945	Summe	%
Angeklagte	Anzahl	4	26	29	25	2	86	100
Pol.-Haft	Pers.-(%-Anteil)	1 (25)	17 (65)	11 (37,9)	13 (52)	0	42	48,8
Pol.-Haft	Tage	16	42	19	12	0	89	
U-Haft	Pers.-(%-Anteil)	2 (50)	16 (61,5)	17 (58,6)	8 (32)	0	43	50
U-Haft	Tage	65	54	74	44	0	137	
U-Haft agel.	Pers.-(%-Anteil)	0	2 (3,6)	2 (3,6)	8 (14,6)	0	12	14

Sowohl die Polizei- als auch die U-Haft wurde ca. gegen die Hälfte der Beschuldigten vollzogen, die Polizeihaft durchschnittlich 22 Tage, die U-Haft 59 Tage lang. Die Haftgründe für die richterlichen Haftbefehle waren vielfältig: Klassische Flucht- und Verdunklungsgefahr, Erregung der Öffentlichkeit, wenn die Beschuldigte auf freiem Fuße belassen worden wäre, sowie in einem Fall Verhängung von Haft, weil eine Schwangerschaft noch unsicher sei und erst nach einem gewissen Zeitablauf geklärt werden könne²²⁴.

Der prozentuale Anteil blieb mit 50 – 61 % von 1941 – 1943 stabil, er sank erst im Jahre 1944 auf 32 % ab. Dies ist auf die Ablehnungen von Haftanträgen zurückzuführen.

Aussagekräftig ist die Entwicklung der Ablehnung von Haftbefehlen durch die Haftrichter. 1942/43 wurden nur je 2 Anträge (3,6 %) abgelehnt, 1944 stieg dies rasant auf 8 Fälle, damit auf 14,6 % an. Zumindest die Amtsrichter hatten mit der deutlich sichtbar gewordenen sich nähernden militärischen Niederlage ihr juristisches Gewissen entdeckt, während sich die Staatsanwälte dem immer noch verschlossen, um sich als „Panzertruppe“ des Regimes zu beweisen. Zumindest legten sie nicht auch noch Beschwerden ein, sondern akzeptierten die Entscheidungen.

Die U-Haft wurde im üblichen Rahmen auf die ausgeworfene Strafe angerechnet, nur in einem Fall wurde die Anrechnung abgelehnt²²⁵: Eine junge Frau war mit einem Kriegsgefangenen nächtens - nach ihren Einlassungen – nur durch den Wald spaziert und hatte sich über Musik unterhalten, sonst sei nichts passiert. Die Richter konnten das nicht widerlegen, verurteilten nur wegen Freundlichkeiten mit einem Kriegsgefangenen zu einer milderen Strafe – und rechneten dafür die U-Haft nicht an, mit der Begründung, sie habe kein Geständ-

²²⁴ LG Ulm KMs 24/42, U. v. 22.9.1942; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6617.

²²⁵ Bü. 6714 a. a. O.

nis abgelegt. Damit entsprach die Strafe nach Ansicht der Richter wohl eher dem tatsächlichen Sachverhalt.

5.1.8.3 Auslöser für Ermittlungen

Durch eine Vielzahl von Möglichkeiten konnte die Polizei vom Verdacht unerlaubter Beziehungen erfahren, denn in einem Überwachungsstaat gab es kaum ein Privatleben.

5.1.8.3.1 Anzeigen

Am häufigsten wurde die Polizei aus dem Umfeld der Beschuldigten informiert, oft anonym, aber auch mit direkten, förmlichen Anzeigen. Die häufigste Kontaktmöglichkeit bestand am Arbeitsplatz, also in Industrie oder Landwirtschaft, die überwiegende Anzahl aller Anzeigen kamen aus diesem Bereich.

(1) Anzeigen des Arbeitgebers

42 Verfahren, das sind 60 % aller Fälle, wurden durch Anzeigen von Arbeitskollegen eingeleitet. Der Fall S.²²⁶ zeigt, wie solch ein Verfahren ablief: Die 21-jährige Hilfsarbeiterin Berta S. und ein französischer Kriegsgefangener schlossen sich regelmäßig in der Mittagspause im Umkleideraum ein, wo es zu Zärtlichkeiten kam. Nach dem Hinweis eines Kollegen versteckte sich dort ein „Spion“, der lediglich das Zusammentreffen der beiden feststellte. Dies reichte für eine Anzeige bei der Gestapo mit Haftbefehl „weil es mit Rücksicht auf die Schwere der Tat und die durch sie hervorgerufene Erregung der Öffentlichkeit nicht erträglich wäre, die Beschuldigte in Freiheit zu lassen.“ Wegen der Schwere der Tat ging das Verfahren an das Sondergericht Stuttgart, das es nach Ulm abgab. Am 7.10.1941 wurde die Beschuldigte wegen Küssens zu nur 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie ernstlich verliebt war und den Gefangenen später heiraten wollte. Die Strafzumessungsgründe klingen sehr verständnisvoll und spiegeln ein gewisses Verständnis wider. Die Strafe fiel jedoch sehr hart aus, vergleicht man die Strafe von nur 8 Monaten Gefängnis für einen Kontakt mit zweimaligem Verkehr²²⁷, der als besonders schwerer Fall üblicherweise mit Zuchthaus zu ahnden war. Grund

²²⁶ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6520.

²²⁷ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6803.

dieser unterschiedlichen Bewertung kann nur die sehr negative politische Beurteilung sein, die „Streng vertraulich“ zu den Akten kam und im Urteil keinerlei schriftlichen Niederschlag gefunden hatte²²⁸.

(2) Anzeige eines Verlobten: Aus enttäuschter Liebe hatte ein Verlobter seine im gleichen Betrieb arbeitende Freundin angezeigt²²⁹, weil sie sich am Arbeitsplatz in einen schwarzhaarigen Franzosen verliebt und mit ihm in einer Dachkammer getroffen hatte. Ihr Verlobter zeigte dies beim Arbeitgeber an, der in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen die Täterin nur ernsthaft verwarnte. Dies kühlte weder deren unerlaubte Liebe noch die Eifersucht des Verlobten ab, der nunmehr bei der Gestapo Anzeige erstattete, woraufhin Verhaftung und Verurteilung zu 10 Monaten Gefängnis folgten.

(3) Anzeige einer Arbeitskollegin: In der Landwirtschaft kam es ebenfalls zu Anzeigen aus der Umgebung: Einer Magd fiel auf, dass ihrer Arbeitskollegin Stroh in den Haaren hing, als diese aus dem Stall kam, in dem nur noch der Kriegsgefangene stand. Das sah eindeutig aus, weshalb Anzeige erstattet, die Beschuldigte verhaftet und nach Geständnis verurteilt wurde.

(4) Anonyme Anzeige: Aus Neid oder Rache informierte ein anonymes Schreiben die Gestapo, 2 Parteifunktionäre benähmen sich sehr arrogant und überheblich, obwohl dazu kein Anlass bestünde, deren Töchter würden sich mit Kriegsgefangenen einlassen. So kam es zu 2 Geständnissen und Verurteilungen.

5.1.8.3.2 Schwangerschaft als Ermittlungsauslöser

Eine beachtliche Anzahl von 17 Frauen (21 % aller Angeklagten) wurden nach Verkehr mit Kriegsgefangenen schwanger, weshalb es zu Anzeigen und Anklagen kam.

(1) Bei einer Magd fiel im Dorfladen auf, dass sie ihre Lebensmittelmarken nicht mehr selbst einlöste – sie ging nicht mehr einkaufen, um ihre Schwangerschaft zu verbergen²³⁰.

(2) Die Tochter eines Bürgermeisters, zugleich BdM-Führerin, erklärte ihre Schwangerschaft mit einem unbekannten deutschen Soldaten, mit dem sie sich

²²⁸ Gegen den beteiligten Kriegsgefangenen war ein Strafverfahren vor dem Divisionsgericht Stuttgart anhängig, der Ausgang ist unbekannt.

²²⁹ Bü. 6731 a. a. O

²³⁰ A.a.O., Bü. 6611.

nächtens eingelassen habe, selbst seine Waffengattung sei ihr deshalb unbekannt. Der Staatsanwalt glaubte das nicht, er wollte 5 Monate Gefängnis, das Gericht war gnädig – Freispruch²³¹.

(3) Bekannt wurde die Schwangerschaft einer Magd, weil diese ihre Unwohlseinhose längere Zeit nicht zum Trocknen aufgehängt hatte.

(4) Ein seiner Ehefrau untreu gewordener Ehemann rächte sich für deren Widerstand gegen eine Scheidung und informierte die Gestapo über deren folgenreichen Seitensprung mit einem Kriegsgefangenen.

5.1.8.3.3 Männliche Angeberei

Seine eigene Prahlerei brachte einen Kriegsgefangenen ins Zuchthaus: Er hatte sich öfters nachts aus dem Lager zu einem jungen Mädchen geschlichen und in der Gaststätte geprahlt „Ich mache Liebe die ganze Nacht mit ..., bin am morgen ganz tot“. Natürlich verhaftete die Polizei beide, das Mädchen legte sofort ein Geständnis ab mit der glaubhaften Schilderung, sie habe sich lange gewehrt mit dem Hinweis „Ich möchte mir nicht die Haare auf dem Marktplatz scheren lassen“²³².

5.1.8.4 Polizeiliche Vernehmungstaktik

Die Beschuldigten hatten die Tatvorwürfe weit überwiegend bei der polizeilichen Vernehmung eingeräumt, obwohl in nicht wenigen Fällen – insbesondere bei anonymen Anzeigen – keine Beweise vorhanden waren. Überraschend ist, dass die Beschuldigten nicht nur sich selbst belasteten, sondern auch Fehlritte von anderen Frauen offen legten, dabei nicht nur die beste Freundin sondern auch die eigene Schwester in ein Verfahren hineinzogen. Nach Aktenlage geschahen diese Offenbarungen ohne Not, da die Polizei keinerlei Hinweise auf weitere Taten hatte. So legte ein 16-jähriges Mädchen nicht nur für sich selbst ein Geständnis ab, sondern erzählte auch von den Beziehungen ihrer Schwester zum gleichen

²³¹ A.a.O., Bü. 6697.

²³² A.a.O. Bü. 6796.

Kriegsgefangenen²³³. Eine andere Beschuldigte offenbarte eine Verfehlung ihrer besten Freundin, die diese ihr früher anvertraut hatte.

Solche freiwilligen Offenbarungen belegen eine ausgefeilte, druckvolle polizeiliche Vernehmungstaktik, bei der alle Mittel eingesetzt wurden. Eines davon war die Androhung von U-Haft, von der nur bei einem Geständnis abgesehen werden könne. Da die Gerichte bei fehlendem Geständnis einen Haftbefehl wegen Verdunklungsgefahr erließen, war dieses Vorgehen rechtlich zulässig. So nahm die Polizei mitten in der Erntezeit eine Bauerntochter zum Verhör fest. Als diese jeglichen Kontakt zu einem Kriegsgefangenen abstritt, erklärte der Beamte, sie komme solange in Haft, bis ein Geständnis vorliege. Da mangels anderer Erntehelfer – der Kriegsgefangene und sie waren ja inhaftiert – ein gewaltiger wirtschaftlicher Schaden an Ernte drohte, gestand die Beschuldigte²³⁴. Dieses polizeiliche Druckmittel war umso wirkungsvoller, als selbst bei Ablehnung eines Haftbefehles eine Polizeihaft möglich war. Aus den Akten ergeben sich diese oder ähnliche Vorgehen aus Vermerken wie: „Nach anfänglich hartnäckigem Leugnen legt die Beschuldigte nach ernsthafter Belehrung folgendes Geständnis ab“.

Eine weitere Taktik bestand darin, im Vorfeld das gesamte persönliche Umfeld abzuklären, in der Vernehmung auftretende punktuelle Unwahrheiten zu widerlegen und so den Eindruck zu erwecken, man wisse schon alles. So wurde zugegeben, was nur als nicht beweisbares Gerücht bekannt war.

Die überraschend häufigen Geständnisse beruhen auf weiteren Gründen: Die bei dem hier vorliegenden Delikt festgenommenen Beteiligten hatten keinerlei Erfahrung mit der Polizei, waren überwiegend jung und nicht gewohnt, die Obrigkeit anzulügen, sondern anerkannten und akzeptierten diese als Ordnungsmacht und Autorität, der man gehorchen müsse. Über die Möglichkeit, eine Aussage zu verweigern, einen Anwalt beizuziehen, der nach Akteneinsicht die günstigste Einlassung empfehlen konnte, war man nicht informiert. Bei den gerichtlich unerfahrenen Täterinnen hätte auch die Härte gefehlt, das durchzustehen.

²³³ A.a.O., Bü. 278.

²³⁴ A.a.O., Bü. 6796.

5.1.9 GERICHTLICHE ENTSCHEIDUNGEN

Eine Auswertung der verhängten Strafen im Verlaufe der NS-Zeit sollte Hinweise erbringen, ob die Ulmer Strafjustiz NS-ideologisch ausgerichtet war oder althergebrachte Grundsätze der Strafzumessung beachtete und abklären, ob die Sanktionen im Verlaufe des Krieges entsprechend den immer drängender werdenden politischen Forderungen der Partei drastisch verschärft worden sind und die Richter die ihnen zugedachte repressive Rolle im NS-Verfolgungssystem angenommen hatten.

5.1.9.1 Freisprüche

In den erhaltenen Akten sind insgesamt 5 Freisprüche ersichtlich, alle ausnahmslos aus dem Jahre 1943, dem Jahr mit den höchsten Strafen. Freisprüche wurden – vor allem in politischen Verfahren – selten ausgesprochen, denn die Entscheidungen über politische Verfahren wurden zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft in Vorbesprechungen erörtert. Wenn sie dennoch so gehäuft vorkamen, weist dies auf eine große Distanz des Gerichts zur nationalsozialistischen Ideologie hin. Die zugrunde liegenden Sachverhalte drängten nicht unbedingt zu solchen Entscheidungen, sie zeigen in welchem großem Umfang das Gericht die Einlassungen und die damaligen Lebensverhältnisse zu Gunsten der Angeklagten berücksichtigte und sich diesen nicht verschlossen hat, in gleichgelagerten Fällen erfolgten hingegen Verurteilungen.

(1) Die 19-jährige, ledige Bauerntochter Frick war wegen ihrer Schwangerschaft – das Kind verstarb kurz nach der Geburt – verdächtig, mit dem auf dem Hof arbeitenden französischen Kriegsgefangenen verkehrt zu haben²³⁵. Eine Zeugin hatte gesehen, wie beide sich geküsst und gestreichelt hatten. Die Beschuldigte bestritt dies entschieden und benannte als Kindsvater einen ihr unbekannten Soldaten aus dem Osten. In der Hauptverhandlung wurden 6 Zeugen angehört, das Gericht sah die Einlassung der Angeklagten als möglich an und sprach frei²³⁶. Eine Rolle mag dabei gespielt haben, dass die Täterin die Tochter

²³⁵ A.a.O., Bü. 6697.

²³⁶ A.a.O. Büschel 6697.

des Ortsgruppenleiters und sie selbst eine aktiv tätige BdM – Führerin war. Für einen solchen Parteieinfluss spricht, dass gleiche Einlassungen in anderen Fällen vom Gericht nicht geglaubt wurden.

(2) Eine 27-jährige ledige Magd arbeitete alleine mit einem belgischen Kriegsgefangenen auf einem landwirtschaftlichen Hof und wurde von diesem zum Verkehr überwältigt. Damit war sie nicht einverstanden, denn ein Bedürfnis danach hatte sie nicht, weil der Bauer laufend mit ihr verkehrt hätte. Das Gericht sah dies als glaubhaft, weil lebensnah, an, es wertete auch ein Geschenk von 2 Tafeln Schokolade als unerheblich und sprach frei²³⁷.

(3) Die ledige 23-jährige Magd Knärringer hatte mehrmals Verkehr mit einem französischen Kriegsgefangenen, der immer zudringlicher geworden war und sie mehrmals überwältigt hatte. Anzeige erstattete sie nicht, weil sie ihn sonst als Arbeitskraft verloren hätte. Staatsanwalt Reinöhl meinte zwar, sie hätte deshalb nicht nachgeben dürfen, aber das Gericht sah dies anders²³⁸.

(4) Eine 17-jährige hatte am Arbeitsplatz ein Verhältnis mit einem französischen Kriegsgefangenen begonnen, das 3 Jahre andauerte. Der Arbeitgeber hatte dies geduldet, vom Vorwurf der Beihilfe wurde er freigesprochen²³⁹.

Es ist auffällig, dass in den Folgejahren in vergleichbaren Fällen nur Verurteilungen zu vermerken sind und keinerlei Freispruch mehr erfolgt ist²⁴⁰. Ob politisch interveniert worden ist, kann mangels jeglicher Akten nicht beurteilt werden.

5.1.9.2 Sanktionspraxis für einzelne Handlungsgruppen

Die Politik forderte bei Verletzung der ideologisch hoch angesiedelten Rassenideologie von der Justiz dem hohen Strafraum entsprechend harte, abschreckende Urteile, denn es galt im Nationalsozialismus die Reinheit des deutschen Blutes vor jeglicher Vermischung ebenso zu schützen wie den „Stolz und die Würde des deutschen Volkes“²⁴¹, was nach der NS-Abschreckungstheorie här-

²³⁷ A.a.O. Büschel 6706.

²³⁸ A.a.O. Büschel 6734.

²³⁹ A.a.O. Büschel 6737.

teste Strafen erforderte. Als überzeugter Parteijurist konnte sich empfehlen, wer sich von den politischen Vorgaben leiten ließ und unverhältnismäßig hohe Strafen auswarf, wie etwa der Kölner Landgerichtspräsident Müller mit seiner Strafzumessungsregel für „würdelose Frauen“: „Butterbrot - ein Jahr Gefängnis, Kuss - zwei Jahre Gefängnis, Geschlechtsverkehr – Kopf ab!“²⁴²

Die Entwicklung der Strafsanktionen nach Strafart und -höhe kann von 1940 bis 1945 gut festgestellt werden, die Strafentwicklung zeigt einen deutlichen Trend: Ab dem Jahr 1940 stiegen Strafhöhe und Strafart bis 1943 ständig an, um in diesem Jahr bei Zuchthaus mit durchschnittlich 15 Monaten und Gefängnis mit 13,5 Monaten die höchsten Werte zu erreichen. Nur in den Jahren 1942 und 1943 überhaupt wurde für den schlimmsten anzunehmenden Fall des verbotenen Umgangs, dem Geschlechtsverkehr mit dem Feind, eine Zuchthausstrafe ausgeworfen, danach selbst bei Geschlechtsverkehr mit Kriegsgefangenen lediglich noch Gefängnisstrafen ausgesprochen, obwohl dies als schwerer Fall nach Literatur und Richterbriefen mit Zuchthaus zu ahnden gewesen wäre.

Für die Jahre 1940 und 1941 sind keine bzw. nur zwei Verfahren überliefert, aus dem Eingangsregister kann man jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit entnehmen, dass weit überwiegend Gefängnis und allenfalls eine geringe Anzahl von Zuchthausstrafen verhängt worden sind, die sich in den Trend ansteigender Strafen einfügen. 1940 sind alle Anklagen zum Amtsgericht gegangen, keine einzige zum Landgericht – dies ergibt sich aus der Auswertung des Js-Registers - eine Zuchthaus- oder hohe Gefängnisstrafe konnte so nicht verhängt worden sein. Im Jahr 1941 wurde ein einziges Verfahren zum Landgericht gebracht, allenfalls hier wäre eine einzige Zuchthausstrafe möglich gewesen.

Das sehr allgemein gefasste Umgangsverbot erfasste eine Vielzahl von verbotenen Handlungen unterschiedlichster Gewichtung, dies führte zu sehr divergierenden Gerichtsentscheidungen. Diese „bemerkenswerte Unsicherheit in der Rechtsprechung“²⁴³ wurde schon kurz nach dem Erlass der Norm erkannt und führte im Mai 1940 zu der VO über den Umgang mit Kriegsgefangenen. Diese Vorschriften über das Umgangsverbot erfassten einen großen Bereich unterschiedlichster Handlungsbereiche. Die Rechtsprechung entwickelte ein grobes

²⁴² Zit. nach: Weckbecker, S. 198 f.

²⁴³ Boberach, S. 1081.

Raster, um vergleichbare Fälle einheitlich zu behandeln und unterschied für die Strafzumessung zwischen vier Handlungsgruppen:

- Schwangerschaft, der gravierendste Verstoß, da die Blutreinheit schon verletzt war;
- Geschlechtsverkehr, welcher als schwerer Fall eine Zuchthausstrafe erforderte,
- Kontakte mit Zärtlichkeiten, Freundlichkeiten, Geschenken, Briefe vermitteln,
- sowie Fluchtbeihilfe.

Die unterschiedlichen Bewertungen konnten trotz dieses Rasters nicht beseitigt werden und führten „zuweilen zu menschlich unbefriedigenden Ergebnissen.“²⁴⁴ Reichsjustizminister Thierack gab deshalb in einem Richterbrief vor, wie die einzelnen Handlungsgruppen in leichte bis mittlere, schwere und sehr schwere gewichtet werden sollten²⁴⁵. Vorausgeschickt wurde, dass geringfügige Gefälligkeiten als Anerkennung für zuverlässige Arbeit straflos sein könnten, während aus Mitleid gewährte Geschenke ohne vorangegangene Arbeit ebenso strafbar seien, wie bei Frauen „gegenseitige Liebeserklärungen, gemeinsames fotografieren lassen, ... Austausch von Zärtlichkeiten, bei denen in der Regel²⁴⁶ Gefängnisstrafe ausreichend“ sei.

Als schwerer Fall sollte der Geschlechtsverkehr eingestuft werden, der „wegen seiner besonderen Würdelosigkeit und Ehrvergessenheit als Vorläufer von Flucht- und Spionage der Gefangenen stets besonders schmachvoll und gefährlich ... grundsätzlich als schwerer Fall mit Zuchthaus bestraft werden muss“²⁴⁷. Als sehr schwerer Fall war eine Schwangerschaft anzusehen. Diese vorgegebenen Strafzumessungsregeln wurden vom Landgericht Ulm lediglich in den Jahren 1942/43 eingehalten, in allen Folgejahren missachtet, wie die Aktenauswertung zeigt.

²⁴⁴ RJM Thierack im Oktober 1942.

²⁴⁵ Boberach, Richterbriefe, S. 94.

²⁴⁶ A.a.O., S. 92.

²⁴⁷ A.a.O., S. 92/93.

Strafentwicklung von 1941 – 1945 bei unterschiedlichen Handlungsgruppen

Jahr	Schwanger			GV			Zärtlichk.	Fluchthilfe
	Gefängnis	Zuchthaus	Ehre	Gefäng.	Zuchth.	Ehre	Gefängnis	Gefängnis
1941							6	12
1942	8,3	15	24	6,4	30	36	4,1	3,5
1943	13,5			11,2	14,3	30	5,2	5
1944	9,3			10,5			3,8	
1945	6			6				
MiWe	9,3	15	24	8,5	22,2	33	4,8	6,8

Der Gesamtmittelwert aller Begehungsarten liegt für Gefängnisstrafen bei 7,3 Monate, für Zuchthaus bei 18,6 Monaten, für Ehrentzug bei 24 Monaten.

Diese Auswertung zeigt auf den ersten Blick, dass beim Landgericht Ulm die Empfehlung, Zuchthaus für den schwersten Fall eines Verstoßes – nämlich Verkehr mit Schwangerschaft – mitnichten beachtete, vielmehr ins Gegenteil verkehrt wurde.

Für die Bewertung der Strafzumessung ist auch die Häufigkeit der Begehungsarten von Bedeutung, denn Straftaten, die sich zu einem stark verbreiteten Delikt entwickelt haben, werden nicht mehr so nachhaltig verfolgt, die Sanktionsstärke lässt nach. Deshalb wird die Anzahl der jeweils begangenen Handlungsmuster im Verlauf der Jahre dargestellt.

Sanktionen und Häufigkeit der unterschiedlichen Handlungsmuster

Tatart	Zuchthaus	Gefängnis	Ehre	Gesamtfälle
Schwanger	1 (15 Mo.)	9 (9,3 Mo.)	1 (24 Mo.)	10
GV	4 (22,2 Mo.)	31 (8,5 Mo.)	2 (33 Mo.)	35
Flucht	0	4 (6,5 Mo.)	0	4
Zärtlichkeit	0	20 (4,8 Mo.)	0	20
Mittelwert	5 (18,6)	64 (7,4 Mo.)	3(29)	69

(Angabegeben werden Anzahl der Fälle und Mittelwert der Strafe)

Die oben genannten Hauptgruppen von Verstößen hätten eine deutlich abgestufte Strafzumessung erwarten lassen, mit Schwangerschaft an der Spitze, gefolgt von folgenlosem Verkehr. Beide hätten als Verstoß gegen die reine Bewahrung der Rassenreinheit hohe Zuchthausstrafen erwarten lassen. Eine Fluchtbeihilfe mit der Gefahr von Spionage, Anschlägen und erneutem Einsatz bei der feindlichen Wehrmacht zu fördern, hätten in der Strafhöhe folgen müssen. Das Gericht hat, wie die Auswertung der Urteile zeigt, mit den verhängten Strafen die politischen Forderungen bezüglich Art und Höhe der Sanktionen bei weitem unterschritten, ab dem Jahr 1943 geradezu negiert.

5.1.9.2.1 Schwangerschaft und folgenlose Intimkontakte

Dies waren die mit den höchsten Strafen zu ahndenden Verstöße. So zumindest verlangte dies das Reichsjustizministerium, nach dessen Ansicht mussten „vertrauliche und mit Geschlechtsverkehr verknüpfte Beziehungen deutscher Frauen mit Kriegsgefangenen ... im allgemeinen als schwere Fälle des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen angesehen werden, die dann nur mit der entehrenden und schweren Zuchthausstrafe gesühnt werden können.“²⁴⁸ Dementsprechend wurde in solchen Fällen „das hohe Maß an Ehrvergessenheit“, gelegentlich die sittliche Verkommenheit, die Schamlosigkeit, sowie „die Verletzung der Ehre der deutschen Frau und damit des deutschen Volkes“ zur Strafbegründung angeführt.

Das Landgericht Ulm entsprach mit seinen Urteilen in keiner Weise den erwarteten nachdrücklichen Zuchthausstrafen für einfachen Sexualkontakt und Verschärfung bei Schwangerschaft. In 45 Fällen hatten deutsche Frauen Verkehr mit Kriegsgefangenen gehabt; nur in einem einzigen der 10 Fälle, in denen es zu einer Schwangerschaft gekommen war, wurde im Jahre 1942 eine Zuchthausstrafe von 15 Monaten verhängt, in allen anderen Fällen verblieb es auch in diesen gravierenden Fällen bei Gefängnis.

Dies entsprach in keiner Weise den Intentionen der Machthaber, wohl aber einer menschlichen, vernünftigen Strafzumessungspraxis: Eine Schwangerschaft

²⁴⁸ RdSchr. d. RJM v. 14.1.1943 (HHStArch 461/7806, zit. nach Weckbecker, S. 203, FN 178): „Bei Geschlechtsverkehr sind in der Regel Zuchthausstrafen am Platze. Dies gilt insbesondere, wenn die Frauen als Angehörige von Soldaten oder als Ehefrauen oder Mütter in besonderem Maße zur Zurückhaltung gegenüber Kriegsgefangenen verpflichtet sind.“

mag zwar ideologisch gesehen ein schwarzer Fleck auf der Reinheit des deutschen Blutes gewesen sein, aber das persönliche Verschulden wurde dadurch nicht erhöht. Die Frauen konnten eine Schwangerschaft kaum verhindern, zu-
meist kam es unvorhersehbar zu einem Intimkontakt, zum anderen standen kaum Verhütungsmittel zur Verfügung, auch konnte damals die Empfängniszeit nicht sicher bestimmt werden. Es trug deshalb der misslichen Lage der „Täterinnen“ Rechnung, die Strafen bei Schwangerschaften nicht zu verschärfen.

Aber selbst der grundlegenden Forderung nach Zuchthaus als Regelstrafe bei folgenlosem Verkehr mit Kriegsgefangenen kam das Landgericht Ulm nicht nach. Bei den 35 Fällen dieser Art verhängte das Gericht lediglich in verschwindend geringen vier Fällen (11, 4 %) Zuchthausstrafen mit durchschnittlich 22,2 Monaten²⁴⁹, 31 Angeklagte (88,6 %) erhielten Gefängnisstrafen mit durchschnittlich 8,5 Monaten. Das Gericht entsprach damit den Forderungen der NS-Ideologen nach grundsätzlichen Zuchthausstrafen bei geschlechtlichen Kontakten mit Kriegsgefangenen nur in 11 % aller Fälle und das nur in den Jahren 1942 und 1943, in der weit überwiegenden Anzahl aller Fälle blieben die Empfehlungen der Richterbriefe und des Reichsjustizministeriums unbeachtet. Das Gericht bemäntelte dies durch Verwendung von NS-Phrasen. Nach nationalsozialistischer Übung mussten „vertrauliche und mit Geschlechtsverkehr verknüpfte Beziehungen deutscher Frauen mit Kriegsgefangenen ... im allgemeinen als schwere Fälle des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen angesehen werden, die dann nur mit der entehrenden und schweren Zuchthausstrafe gesühnt werden können.“²⁵⁰ Dieser Terminologie entsprechend benützte das Gericht in solchen Fällen Begriffe wie „schamlos und würdelos“, „Verletzung der Ehre der deutschen Frau“, „sich selbst aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen“ zur formelhaften Begründung bei der Subsumption um bei der Strafzumessung anzumerken, dies erfordere eine Zuchthausstrafe, wenn nicht die leichte Verführbarkeit einen minder schweren Fall begründet und eine Gefängnisstrafe gerechtfertigt hätte. Von den Formulierungen her konnten diese Entscheidungen nicht als abweichlerisch kritisiert oder

²⁴⁹ In einem Falle beruht die hohe Zuchthausstrafe von 18 Monaten auf dem zusätzlichen Delikt einer vorsätzlichen Gefangenenbefreiung (Einsatzstrafe: 24 Monate Zuchthaus), StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6613.

²⁵⁰ RdSchr. d. RJM v. 14.1.1943 (HHSArch 461/7806, zit. nach Weckbecker, S. 203, FN 178): „Bei Geschlechtsverkehr sind in der Regel Zuchthausstrafen am Platze. Dies gilt insbesondere, wenn die Frauen als Angehörige von Soldaten oder als Ehefrauen oder Mütter in besonderem Maße zur Zurückhaltung gegenüber Kriegsgefangenen verpflichtet sind.“

beanstandet werden, sie entsprachen nach Inhalt und Diktion den Forderungen der Richterbriefe und justiziellen Erlassen. Mit diesen Phrasen und der Nennung eines Milderungsgrundes fiel man nicht negativ auf.

Einer verheirateten Erbhofbäuerin wurde zwar angelastet, das Vergehen stelle „einen schweren Verstoß gegen ihre Pflichten als deutsche Frau dar. Sie hätte nicht vergessen dürfen, dass ihre drei Söhne für das Vaterland im Felde waren. Grundsätzlich ist ein solches Vergehen nur mit Zuchthaus zu ahnden.“²⁵¹, ausgeworfen wurden jedoch nur acht Monate Gefängnis, da ihr Mann sie vernachlässigt hatte, zwei Söhne gefallen, einer vermisst und sie als fleißig und gewissenhaft bekannt war.

Bei manchen Urteilen widersprachen sich die Gründe und die verhängten Strafen eklatant, gewichtigere Fälle wurden milder bestraft als leichtere: Die Ehefrau eines im Felde stehenden Soldaten erhielt 1944 14 Monaten Gefängnis, weil sie vom Kriegsgefangenen überrumpelt worden war²⁵²; kurz darauf wurde gegen eine andere Angeklagte wegen zweimaligen Verkehrs nur 8 Monaten Gefängnis verhängt, mit der Begründung, es „verdient strengste Bestrafung, wer sich der feindlichen Wehrmacht hingibt“²⁵³. Dasselbe Strafmaß erhielt am 25.7.1944²⁵⁴ eine Dienstmagd mit einer für Zuchthaus zu erwartenden Begründung: „Der Geschlechtsverkehr einer deutschen Frau mit einem Kriegsgefangenen stellt ein so schimpfliches Verhalten dar, dass an sich eine Zuchthausstrafe die notwendige Sühne wäre. Im vorliegenden Falle war aber zu Gunsten der Angeklagten zu berücksichtigen, dass die Anregung zu diesem Verhältnis nicht von ihr ausgegangen ist“. Mildernd wirkte sich ihr Fleiß und die Tatsache aus und dass sie sich „schnell hingibt“. Die offensichtlich verhältnismäßig milden Strafen wurden mit martialischen Begründungen kaschiert, um politische Beanstandungen durch die Verwendung der gängigen NS-Phrasen zu verhindern und Linientreue vorzuspiegeln.

Die höchsten Strafen wurden 1942 bis Mitte 1943 verhängt, danach gab es keine Zuchthausstrafen mehr, nur Gefängnis, wobei die Diktion der Strafzumessung unverändert scharf blieb. Die gleiche Begründung wie früher für eine

²⁵¹ LG Ulm U. v. 25.7.1944 KMs 23/44, a.a.O., Bü 6802.

²⁵² LG Ulm, U. v. 4.4.1944, KMs ?, StA Ludwigsburg E 352, Bü 6791.

²⁵³ LG Ulm, U. v. 18.7.1944 KMs ?, a.a.O. Bü 6803.

²⁵⁴ LG Ulm, U. v. 25.7.1944 KMs ?, a.a.O. Bü. 6806.

Zuchthausstrafe wurde nunmehr für eine Gefängnisstrafe verwendet. Mit anhaltendem – ungünstigem – Kriegsverlauf zeichnete sich eine zunehmend mildere Rechtsprechung ab²⁵⁵, wie sie bei anderen politischen Delikten für Ulm ebenfalls festzustellen ist.

Ein vollständiges Urteil wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen gegen eine mit einem Frontkämpfer verheiratete Ehefrau wird nachfolgend abgedruckt²⁵⁶.

Der Tenor entspricht einem „volksnahen Urteil“, wie es ab 1. September 1942 vorgeschrieben war²⁵⁷. Die Urteile sollten sich an die Menschen aus dem Volk richten und „vom einfachen Handwerker wie vom Bauernjungen verstanden werden“. Die Gesetzesparagrafen sollten nicht mehr genannt und die „scholastische Jurisprudenz“ des Mittelalters überwunden werden²⁵⁸, ebenso „die Abneigung des Volkes gegenüber der Sprache der Justiz [die] aus dem 15. oder Anfang des 16. Jahrhunderts herrühre“²⁵⁹. Das Ministerium verlangte in Tenor und Urteil „... Klarheit, inhaltliche Kürze, *Volkstümlichkeit*, Einprägsamkeit und tadelloses Deutsch. Rechtsausführungen müssen verständlich sein ... Lange, unsichere und misstrauische Schachtelsätze sind unerwünscht.“²⁶⁰.

In Ulm datiert das erste „volksnahe Urteil“ vom 16.1.1943, allgemein durchgesetzt hat es sich erst nach einer mehrmonatigen Übergangszeit. Der im Tenor geschilderte Sachverhalt wurde – auch bei sexuellen Verstößen – teilweise sehr detailliert ausgebreitet, eine verbindliche Übung ist nicht ersichtlich.

²⁵⁵ Für das Sondergericht Frankfurt ist eine gleiche Entwicklung festgestellt (Weckbecker, A. 204), ebenso bei diesem Delikt für Bielefeld (Kerkmann, S. 233). Das Sondergericht Kiel verhängte ab 1942/1943 bei Umgangsdelikten ebenfalls mildere Strafen. (Colmorgen/Godau-Schüttke, S. 148).

²⁵⁶ LG Ulm Kls 10/43, Urt. v. 18.3.1943, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 6649.

²⁵⁷ Verordnung zur weiteren Vereinfachung der Strafrechtspflege v. 13. August 1942, RGBl. I S. 508. Ein weiteres Urteil ist in Abschn. 5.2.4.4 abgedruckte.

²⁵⁸ Form, S. 634.

²⁵⁹ RJM Thierack bei Besprechungen dieser Vorschrift (Zit. nach: Form, S. 635, FN 311).

²⁶⁰ Zit. nach: Form, S. 634.

Urschrift.

Landgericht U l m .

54/55

Im Namen des Deutschen Volkes!

Geschäftsnummer:

U r t e i l .

KLs 10/43

Strafsache gegen

die am 17.2. 19[REDACTED] geborene, daselbst
wohnhafte, verh.

Maria W [REDACTED],

z. Zt. in U'Haft in Ulm,

*Rechtschreibung
18. März 1943
Vorwärts 10 Apr.*

ULM a. D., den 22. März 1943.
Urkundebeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts:
Justizoberinspektor *[Signature]*

wegen verbot. Umgangs mit Kriegsgef.

Die ~~große~~ Strafkammer des Landgerichts in U l m

hat in der Sitzung vom 18. März 1943. , an der teilgenommen haben

Landgerichtsdirektor Baitinger,

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Heinrich,

Landgerichtsrat Wenger,

als beisitzende Richter,

~~als Richter~~

Staatsanwalt Reinöhl,

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizobersekretär Joos,

als Urkundebeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die mit einem Frontkämpfer verheiratete Angeklagte hat fortgesetzt mit dem bei ihrem Nachbarn beschäftigt gewesenen französischen Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang gepflogen, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt, insbesondere mit ihm wiederholt geschlechtlich verkehrt. Sie wird deshalb zu der Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt, auf die 1 Monat der erlittenen

Sie erkrankt.

Seitrand

Untersuchungshaft anzurechnen ist. Die Ehrenrechte werden ihr auf 2 Jahre aberkannt.

- 3 -

55

lang fortgedauert haben, fiel gleichfalls erschwerend ins Gewicht. Es liegt also 1 Verbr. i.S. des gen. § 4 der Wehrkraft-Schutzverordnung vor.

Zu Gunsten der Angekl. konnte lediglich der Umstand in Betracht gezogen werden, daß sie nicht vorbestraft ist. Im übrigen erforderte die Würdelosigkeit ihres Treibens eine strenge Sühne. Eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten erschien angemessen. Daneben war auf Verlust der Ehrenrechte i.S. des § 32 StGB. zu erkennen. Die Dauer des Verlustes wurde auf 2 Jahre festgesetzt.

Die Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft stützt sich auf § 60 StGB.; die Kostenentscheidung auf § 465 StPO.

Bairinger

Himmich

Wenger

ent-

liche Besuche des Kriegsgefangenen in ihrer Wohnung quidete und sich schließlich ihm wiederholt zum Geschlechtsverkehr hingab und zwar gerade in der Zeit, in der ihr Ehemann an dem Vormarsch in Rußland teilnahm. Sie selbst räumt einen 2maligen Geschlechtsverkehr mit dem französischen Kriegsgefangenen in ihrer Wohnung während des Monats August 1941 ein. Es besteht aber eine große Wahrscheinlichkeit, daß die Angeklagte, nachdem bei ihr alle Schranken der Scham und der Selbstachtung gefallen waren, sich dem Kriegsgefangenen, - der übrigens bereits am 8. August 1941 bei Vetter wegkam und in seine Heimat entlassen wurde, - öfter hingegeben hat. Sicher ist jedenfalls, daß die Angekl. durch den Franzosen geschwängert wurde und am 21. April 1942 in Rot bei Heidelberg ein völlig ausgetragenes Kind männlichen Geschlechts gebar, das unter nicht geklärten Umständen während der Geburt auf dem Abort in die Abortgrube stürzte u. dort erstickte.

Die Angekl. hat demnach zufolge fortwirkenden Vorsatzes wiederholt, also fortgesetzt mit einem Kriegsgefangenen in einer das gesunde Volksempfinden gröblich verletzenden Weise Umgang gepflogen und damit gegen § 4 der Wehrkraftschutzverordnung vom 25. 11. 1939 verstoßen. Es liegt ein schwerer Fall i.S. der genannten Bestimmung vor; als Ehefrau eines gegen den Feind im Osten eingesetzten Soldaten und zugleich als Mutter zweier Kinder war sie in besonderem Maße zur Zurückhaltung gegenüber Kriegsgefangenen verpflichtet. Da sie nicht mit dem Kriegsgefangenen zusammen arbeitete, wäre ihr diese Zurückhaltung umsomehr zuzumuten gewesen. Daß es nicht bei einer einmaligen Verfehlung geblieben ist, sondern daß die unerlaubten Beziehungen zum Kriegsgefangenen eine zeit-

Das Urteil entspricht im Verfahrensablauf, von Verhängung der U-Haft, Geständnis, Strafart und -höhe den ideologischen Vorgaben dieser Deliktsart. Die ausgeprägte NS-Diktion mit ihren Phrasen gibt nicht die im unteren Bereich angesiedelten Strafhöhe wider, sondern lässt eine höhere Strafe erwarten. Zum Schutz der eigenen Person vor befürchteten Angriffen der Partei und politischen Beanstandungen musste man markige Sätze ins Urteil schreiben. Bedenkt man, dass bei der Geburt auf einem Abort das voll entwickelte Kind in die Grube stürzte und erstickte, hätten andere Gerichte zumindest an eine fahrlässige Tötung gedacht. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte stellte nach NS-Wertung die härteste Strafe für einen Volksgenossen dar²⁶¹, er wurde aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen.

Die U-Haft wurde entsprechend der üblichen Gepflogenheit angerechnet, verweigert wurde dies nur bei einem Leugnen der Tat.

Das letzte Urteil mit Zuchthausstrafe für dieses Delikt wurde am 04.05.1943 gefällt²⁶², wobei Strafzumessung als auch Beweiswürdigung von Verständnis mit den Angeklagten geprägt waren. So hatte die ledige Angeklagte Bü. bei der Polizei „nach kurzem Leugnen und nach ernstlicher Ermahnung zur Wahrheit auf Befragen angegeben“, sie sei im Februar 1944 von einem Kriegsgefangenen mehrmals verführt worden, Staatsanwalt und Gericht legten der Verurteilung vom 16.5.1944 zu 7 Monaten Gefängnis nur zwei Vorfälle zugrunde und sahen von einem schweren Fall im Hinblick auf die Jugend und die Überredungskunst des Gefangenen ab. Nach der Verurteilung begann der hartnäckige Kampf um den Aufschub der Strafvollstreckung mit dem Ziel, diese auf die Zeit nach dem bevorstehenden Kriegsende hinauszuschieben. Nach zweimaligem Aufschub begann im Januar 1945 die Strafverbüßung. Das Urteil wurde am 20.12.1946 aufgehoben, eine Wiedergutmachung nicht beantragt.

5.1.9.2.2 Zärtlichkeiten u.ä.

Hier sind alle zwischenmenschlichen Kontakte ohne Verkehr erfasst, also das Annehmen von Geschenken, Umarmungen, Essen zubereiten, Kleidung ausbessern (die letzteren als Vorbereitung für weitergehende Annäherungen), Küsse, Briefe

²⁶¹ Vgl. Hattenhauer, JuS 1982, S. 405 (410).

²⁶² StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6796.

ins Ausland weiterleiten, auch Griffe an das Geschlechtsteil – nicht aber ein Oralverkehr. Aus den Akten sind 20 Verfahren dieser Art ersichtlich, in denen ausnahmslos Gefängnisstrafen von durchschnittlich 4,8 Monaten verhängt worden sind. Die überwiegenden Kontaktarten waren körperbezogen, nämlich in 15 Fällen, in den übrigen Fällen wurden Briefe befördert, einmal nur Schokolade angenommen. Die Strafhöhen reichten von 3 Monaten bis zu 10 Monaten Gefängnis.

(1) Für einfache Küsse sowie Umarmungen wurden 3 Monate verhängt²⁶³, war der Ehemann Soldat und an der Ostfront, war dies besonders würdelos und ergab 6 bis 7 Monate. Auffällig hoch sind 6 Monate für eine geistig beschränkte junge Frau wegen Küssens und Umarmungen, der eine verminderte Schuldfähigkeit attestiert worden war. Solche Behinderungen wurden sonst strafmildernd erwähnt. Vielleicht wollte man hier eine Sterilisierung durch eine hohe Strafe unterstützen.

Griffe an das Geschlechtsteil des Partners ahndete man mit 3 bis 4 Monaten, ungezügelte Sexspiele mit Bissen u. ä. mit 6 Monaten, wobei die Angeklagte von einem Kind entbunden hatte, das bei der Geburt verstorben war und der im Haus beschäftigte Kriegsgefangene schon vor den Nachbarn von der Schwangerschaft erfahren hatte²⁶⁴. Dennoch ging das Gericht nur von Zärtlichkeiten aus, sicherlich ein sehr mildes Urteil.

(2) Das Weiterleiten von Briefen ins Ausland barg die Gefahr der Weitergabe ausspionierter Erkenntnisse in sich und hätte abschreckend hart betrafft werden müssen, damit war die Strafnorm ja begründet worden. Die Justiz in Ulm jedenfalls glaubte den Angeklagten in den 3 bekannten Fällen, dass diese nur neutrale Briefe an Verwandte geschrieben hätten und bekamen einen²⁶⁵ bzw. fünf Monate Straflager²⁶⁶ bei einem Polen, 3 Monate Gefängnis bei einem Deutschen²⁶⁷. Dies widersprach entschieden den politischen Vorgaben, denn die Ver-

²⁶³ A.a.O., Bü. 261.

²⁶⁴ A.a.O., Bü. 260.

²⁶⁵ A.a.O. I Bü. 6710.

²⁶⁶ A.a.O., Bü. 6707.

²⁶⁷ StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü. 7995.

mittlung von Briefen Kriegsgefangener an ihre Angehörigen im Ausland war besonders gefährlich und stets als schwerer Fall mit Zuchthaus zu bestrafen²⁶⁸.

(3) Der Austausch von 25 Liebesbriefen zwischen einer Witwe und einem französischen Kriegsgefangenen ergab 6 Monate Gefängnis²⁶⁹. Aus den Urteilsgründen spürt man die moralische Entrüstung der Richter über dieses Verhalten, zumal die Stellungnahme der NSDAP die Volksgenossin – die in der Partei war – als uninteressiert an der Zeitgeschichte schilderte, deren soziale Einstellung und Leumund schlecht, ihr Charakter nicht einwandfrei sei. Hier kann man den Einfluss der Partei selbst bei der Strafzumessung erkennen.

Andere Gerichte entsprachen den Forderung nach hohen, abschreckenden Strafen eher: Das Sondergericht Hannover²⁷⁰ verhängte bei Verfahren gegen 171 Personen nur bei 20 Angeklagten (11,7 %) Gefängnisstrafen mit durchschnittlich 10,75 Monaten. In Ulm liegt bei 87 Verfahren der Anteil von Gefängnisstrafen bei 77 % unverhältnismäßig höher, die Höhe mit durchschnittlich 7,5 Monaten deutlich niedriger. In Ulm wurde demnach anstelle der vorgesehenen Zuchthausstrafen weit überwiegend Gefängnis verhängt.

Beim Sondergericht Hannover wurde gegen 142 Verurteilte (83 %) Zuchthausstrafen festgesetzt mit durchschnittlich 18,75 Monaten, dies liegt in Ulm mit 4 Verurteilten (4,6%) deutlich niedriger, der Höhe nach mit 19,6 Monaten im vergleichbaren Rahmen.

Beim Sondergericht Kiel betrug die durchschnittliche Zuchthausstrafe 1940/41 22,8 Monate, stieg 1942/43 auf 24 Monate und sank 1944 auf 19 Monate²⁷¹. Auch hier zeichnet sich mit zunehmender Kriegsdauer eine absinkende Durchschnittsstrafe ab.

²⁶⁸ Kallfelz, DR 1940, 1811 (1813).

²⁶⁹ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6596.

²⁷⁰ Mechler, S. 234 ff.

²⁷¹ Colmorgen, S. 141.

5.1.9.2.3 Fluchtbeihilfe

Nur in einem Falle wurde wegen Fluchthilfe/Gefangenenbefreiung ein belgischer Staatsangehöriger angeklagt und zu 30 Monaten Zuchthaus verurteilt²⁷². Der Täter hatte einem Kriegsgefangenen mit Zivilkleidern zur Flucht verholfen.

In einem weiteren Fall hatte ein verliebtes Mädchen versucht einem Franzosen Landkarten und Zivilkleider zu beschaffen und so die Flucht zu ermöglichen. Tatsächlich entkam er auch, weshalb das Verfahren wegen Landesverrats an den Volksgerichtshof abgegeben, nach Zurückweisung als Umgang angeklagt und verurteilt wurde²⁷³.

5.1.10 WIEDERGUTMACHUNG

Die zahlreichen Verurteilungen wegen verbotenen Umgangs hatten gegen die elementaren Gedanken der Gerechtigkeit verstoßen, die zugrunde liegenden Normen waren bereits von der Militärregierung als nichtig aufgehoben worden²⁷⁴. Die Staatsanwaltschaften als Vollstreckungsbehörden benachrichtigten alle Verurteilten darüber, dass auf Antrag die Verurteilung aufgehoben, der Eintrag im Strafregister gelöscht würde.

Allerdings hatten die Verurteilten die durch unwirksame Urteile verhängten Strafen bereits verbüßt, gesundheitliche und andere Nachteile erlitten. Die durch nationalsozialistisches Unrecht geschädigten Personen hatten nach Kriegsende Anspruch auf Entschädigung der erlittenen Vermögensnachteile. Zu entschädigen war nur politisch veranlassetes Unrecht, für verbotenen Umgang verhängte und verbüßte Straftat also nur, wenn die Strafe politisch bedingt war. Dies traf bei diesem Delikt zu, sollten doch die betreffenden Normen die nationalsozialistische Rassenpolitik durchsetzen und absichern²⁷⁵. Der Strafzweck war die Reinhaltung

²⁷² StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6613.

²⁷³ StA Ludwigsburg E 352, Bü. 6526.

²⁷⁴ Die Aufhebung der NS-Unrechtsnormen wurde mit Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte vom 25. August 1998 erneut ausgesprochen (BGBl. I, 1989, S. 2501). Die Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25. November 1939 wurde in der Anlage unter Nr. 33 aufgeführt.

²⁷⁵ Vgl. Bukofzer, S. 55.

des deutschen Blutes und der deutschen Rasse, auch wegen dieses arischen Gesichtspunktes wurden Kontakte zu Kriegsgefangenen untersagt. Die Aufhebung beider Verordnungen als Unrechtsnorm bestätigte deren politischen Charakter. Dies ergab sich zusätzlich daraus, dass im Strafvollzug die Täterinnen den „roten Winkel“ als politisch Verurteilte tragen mussten²⁷⁶.

Die Verurteilungen wegen verbotenen Umgangs hätten auch deshalb nicht erfolgen dürfen, weil das Verbot rein zwischenmenschlicher Beziehungen nicht Strafzweck der Norm war. Ziel war „die Verhütung und Bekämpfung einer Spionage-, Sabotage- und Fluchtgefahr der in Deutschland weilenden Kriegsgefangenen“²⁷⁷. Jedenfalls in den Fällen des Umgangs ohne Fluchtbeihilfe war dieser Strafzweck nicht tangiert, eine Bestrafung wegen anderer Motive nicht gerechtfertigt²⁷⁸.

5.1.10.1 Ablehnende Entscheidungen der Verwaltung und Gerichte

Der Anspruch erforderte eine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, einen aus der verurteilten Tat sich ergebenden politischen Widerstand gegen das Regime (§ 1 BEG²⁷⁹). Dies wurde bei allen drei Anträge abgelehnt.

Die zur Tatzeit 44-jährige, verheiratete Kreszentia Kaltenmark hatte sich 1943 in einen jungen Kriegsgefangenen so sehr verliebt, dass sie Ehemann und 2 Kinder verlassen und nach dem Krieg mit dem Gefangenen nach Frankreich gehen wollte. Wegen dreimaligen Intimkontakts wurde sie 1943 zu 14 Monaten Zuchthaus verurteilt. Im Urteil ist als strafschärfend ausgeführt, der Gefangene hätte ja ihr Sohn sein können, ehrvergessen hätte sie Ehemann und beide Kinder hintergangen²⁸⁰.

Nach Aufhebung des Urteils beantragte sie beim Sozialgericht Ulm die Zeit der erlittenen Strafverbüßung als Ersatzzeit bei der Sozialversicherung anzurechnen.

²⁷⁶ Müller, Ch., S. 265.

²⁷⁷ Boberach, S. 87.

²⁷⁸ Vgl. Colmorgen/Godau-Schüttke, S. 148 f.

²⁷⁹ BEG v. 29.6.1956, BGBl. I, S. 562; Bundesentschädigungsschlußgesetz v. 14.9.1965, BGBl. I, 1315.

²⁸⁰ StA Ludwigsburg E 352, Bü. 6694.

nen. Das Gericht lehnte den Antrag ab und führte aus, die Tat der Klägerin sei nicht politisch bedingt gewesen, dies ersehe man schon daraus, dass sie als Mutter von 2 Kindern und als verheiratete Ehefrau sich hingeeben habe²⁸¹. Nicht so sehr die Entscheidung, sondern die Begründung befremdet, denn beinahe wörtlich übereinstimmend führten diese Gründe in Ulm zur zweithöchsten Verurteilung wegen Umgangs – und fünf Jahre später zur Ablehnung jeglicher Wiedergutmachung. Die ähnlich gelagerten zwei weiteren Fälle wurden mit vergleichbarer Begründung abgelehnt.

Der 21-jährige Friedrich Scholl war 1944 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er den Brief eines Kriegsgefangenen ins Ausland weitergeleitet hatte²⁸². Sein Antrag vom September 1949 auf 500.- DM Wiedergutmachung wurde am 22.11.1969 abgelehnt mit der Begründung, in allen kriegsführenden Ländern habe es Vorschriften gegeben, die den Verkehr mit Kriegsgefangenen eingeschränkt hätten, also liege keine spezifisch nationalsozialistische Gewaltmassnahme vor²⁸³.

Der Antrag des Landwirtes Thimm, der sich Kriegsgefangenen als Führer und Essensträger für die Flucht zur Verfügung gestellt hatte und 3 Monate Gefängnis dafür verbüßt hatte, wurde mit gleicher Begründung abgelehnt.

5.1.10.2 Diskussion der Ablehnungsgründe

Es ist schlimm genug, wenn damalige NS - Richter herabwürdigende NS-Phrasen in die Strafzumessungsgründe übernommen hatten, es überrascht sehr, wenn genau diese Phrasen noch 5 Jahre später aus den doch für nichtig erklärten Urteilen wörtlich übernommen wurden, nunmehr um die Wiedergutmachung gerade dieses nichtigen Urteils ablehnen zu können²⁸⁴. Die Ablehnungsgründe sollten deshalb näher angeschaut werden, auch weil dieses Delikt in der NS-Zeit einen hohen politischen Stellenwert hatte.

²⁸¹ Sozialgericht Ulm, S 11 a (J) 376/65, StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü. AR 2390.

²⁸² Strafakten StA Ludwigsburg, E 352, B. 6799.

²⁸³ Wiedergutmachungsakten, StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü. 7995.

²⁸⁴ Nicht nur bei verbotenem Umgang, auch bei Asozialen, Nichtsesshaften, Sinti, Roma und Homosexuellen sowie anderen in KZ eingewiesenen Randgruppen lehnte man eine Entschädigung mit der Begründung ab, dies sei zwar rechtswidrig gewesen, jedoch nicht aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschehen sondern als polizeiliche Präventivmaßnahme (Pross, S. 104).

Aus heutiger Sicht überzeugen die Ablehnungsgründe für eine Entschädigung bei Verurteilungen wegen unerlaubter sexueller Kontakte nicht, auch wenn das LG Wiesbaden bei einem nur auf sinnliche Befriedigung gerichteten Liebesverhältnis mit einem Kriegsgefangenen keinen politischen Bezug gesehen und die Anwendung des § 1 BEG abgelehnt hat²⁸⁵. Das OLG Stuttgart vertrat eine gleichartige Ansicht mit der Forderung, die Tat müsse auch auf einer politischen Überzeugung beruhen²⁸⁶. Sicherlich haben die verurteilten Mädchen und Frauen keinen gewaltsamen Widerstand gegen das Regime geleistet, aber sie haben sich – in Kenntnis der drohenden Strafen – „über diese Rassenpolitik hinweggesetzt und ihre Gefühle und Wünsche nicht danach ausgerichtet“²⁸⁷. Damit lehnten sie sich gegen die rassistischen Normen des Regimes auf, artikulierten „bewusst oder unbewusst, gleichzeitig ihren Widerspruch gegen die nationalsozialistische Gesellschaft und Politik“²⁸⁸. Die NS-Phrase im Urteil, die Täterin habe sich mit ihrer Tat „selbst aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen“, belegt gerade, dass sich die „Täterinnen“ gegen den Nationalsozialismus gestellt, sich von dessen Rassenideologie losgesagt hatten. Aus diesem Blickwinkel steht der Annahme einer politischen Verfolgung die Definition des Bundesgerichtshofs von 1954 nicht entgegen, wonach politisch verfolgt ist, wer „gegen den Nationalsozialismus eingestellt war und sich zu dieser Einstellung auch bekannte.“²⁸⁹

Die Begründung, auch andere Nationen hätten den Umgang mit Kriegsgefangenen beschränkt, also läge kein spezifisches NS-Unrecht vor, überzeugt nicht. Zum einen weil nicht festgestellt ist, ob deren Regelungen vergleichbare Beschränkungen enthielten. Man hätte zumindest den Umfang ausländischer Regelungen feststellen und mitteilen sollen, ob auch die Hingabe kleinerer Geschenke verboten waren. Zum anderen wurde diese NS-Regelung explizit als unwirksam aufgehoben, der Verweis, bei anderen Staaten bestünden vergleichbare Regelungen, kann an dieser Feststellung nichts ändern. Die Verurteilungen beruhten auf politischen Gesetzen mit denen durch die Herrschaftsstruktur des NS-Staats Freiheitsrechte entzogen wurden und die deshalb als nichtig deklarato-

²⁸⁵ Bukofzer, a. a. O., S. 29.

²⁸⁶ Bukofzer, Anm. 6 zu § 1 BEG, S. 28.

²⁸⁷ Colmorgen/Godau/Schüttke, S. 149.

²⁸⁸ S. 149 a. a. O.

²⁸⁹ Eck, S. 112.

risch aufgehoben wurden. Wenn Gesetzen jegliche Geltung fehlt, „dann müssen auch die Juristen den Mut finden, ihnen den Rechtscharakter abzusprechen“ und die Rechtlosigkeit des staatlichen Vorgehens als Auslegungsmaxime für die Entscheidung der Entschädigungsfrage berücksichtigen²⁹⁰.

5.1.11 ZUSAMMENFASSUNG

Von 1940 bis 1944 gingen bei der Staatsanwaltschaft Ulm insgesamt 319 Verfahren wegen verbotenen Umgangs ein, davon 79 gegen Männer. Der Verfahrenseingang stieg von 16 Anzeigen im Jahr 1940 auf 93 im Jahr 1942, um auf acht Verfahren für 1945 abzusinken. Der starke Anstieg 1942 ist auf die im Kriegsverlauf steigende Zahl der Kriegsgefangenen zurückzuführen, die von 1940 mit 35.000 bis 1944 auf das 55-fache mit 1,9 Millionen anstieg.

Im Durchschnitt wurden 30 % der Verfahren wegen fehlenden Tatverdachts und geringen Verschuldens eingestellt, dieser Anteil stieg von 29 % im Jahre 1943 über 42 % im Jahre 1944 auf 75 % im Jahre 1945 an. Auch hier zeigt sich die deutliche Tendenz zu milderer und einfacheren Erledigungsarten mit dem Jahr 1943. Zu den Gerichten gingen 58 %, dieser Anteil stieg von 50 % 1941 bis 1942 auf 64 % um dann wieder auf 50 % zu fallen. Erwähnenswert sind viele abgelehnte Abgaben an das Sondergericht Stuttgart, bei welchem höhere Strafen zu erwarten waren. Ein solches Verhalten deutet auf einen besonders ausgeprägten Verfolgungseifer der Staatsanwaltschaft hin, denn bei dieser „unschädlichen“ Deliktsart kann man sich kaum geeignete Fälle für ein Sondergericht vorstellen. 21 einfachere Fälle wurden mit Geldstrafe per Strafbefehl abgerügt, 87 schwerere Verfahren wurden zum Amtsgericht angeklagt, 77 gewichtigere Verfahren rügte das Landgericht ab.

Überliefert sind 69 Verfahrensakten mit 74 Beschuldigten. Bei 42 von ihnen (48,8 %) wurde Polizeihaft für durchschnittlich 22,3 Tage vollzogen. 43 Personen (50 %) kamen in U-Haft für durchschnittlich 59,3 Tage. Haftgründe waren Verdunklungs- und Fluchtgefahr sowie Erregung der Öffentlichkeit. Einmal wurde die Haft damit begründet, man wisse noch nicht sicher, ob die Beschuldigte schwanger sei. In insgesamt 21,8 % der Haftsachen wurde der Antrag

²⁹⁰ Perels, 417 (419f).

abgelehnt. Der hohe Wert kommt dadurch zustande, dass 1942 und 1943 je 3,6 % der Anträge, erst im Jahre 1944 14,6 % zurückgewiesen wurden.

Bei den Gerichten gab es 5 Freisprüche (5,8 %), alle im Jahre 1943. Zumindest einer davon dürfte davon beeinflusst sein, dass der Vater einer Angeklagten Parteifunktionär war, denn bei ähnlicher Beweislage wurde verurteilt.

Für die Strafzumessung wurden vier Handlungsgruppen zugrunde gelegt: Geschlechtsverkehr mit Schwangerschaft als schwerwiegendste Tat, gefolgt von folgenlosem Verkehr, beide sollten mit Zuchthaus und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte geahndet werden. Als mittelschwer wurden Zärtlich- und Freundlichkeiten eingestuft, die mit Gefängnis abgeurteilt werden konnten.

Die Richter in Ulm beachteten lediglich in den Jahren 1942 und 1943 die Vorgabe, Geschlechtsverkehr mit und ohne Schwangerschaft mit Zuchthaus zu bestrafen. In beiden Jahren waren 55 Verfahren anhängig, von denen lediglich 11,1 % mit Zuchthaus von durchschnittlich 18,6 Monaten belegt wurden, dabei wurden bei Schwangerschaft 15 Monate, ohne Folgen 22,2 Monate verhängt. Die höchsten Strafen wurden bei verheirateten Frauen, deren Männer an der Front standen, verhängt, ansonsten wurden Gefängnisstrafen in 88,9 % dieser „Geschlechtsfälle“ von durchschnittlich 8,9 Monaten ausgesprochen.

Zärtlich- und Aufmerksamkeiten (Geschenke, Zubereitung von Essen) wurden mit 4,8 Monaten Gefängnis geahndet, bei Fluchthilfe wurden 6,8 Monate Gefängnis verhängt. Die für das OLG Hamm getroffene Feststellung, „Am Ende stand der immer raschere Niedergang des positiven staatlichen Rechts, standen staatsanwaltschaftliche Brutalität und richterliche Aggression.“²⁹¹, kann für den hiesigen Untersuchungsbereich nicht bestätigt werden.

Die Strafnormen wurden zwar 1945 für nichtig erklärt, die Urteile aufgehoben, die Verurteilungen getilgt, eine Entschädigung jedoch abgelehnt, da die Verurteilten aus privaten Gründen und nicht im politischen Widerstand gehandelt hätten.

²⁹¹ Niermann, S. 26.

Vgl. auch Form, S. 3, der eine Verschärfung der Freiheitsstrafen beim Oberlandesgericht Kassel ab 1941 festgestellt hat.

5.2. KRIEGSWIRTSCHAFTSVERORDNUNG UND VERBRAUCHSREGELUNGS- STRAFVERORDNUNG

5.2.1. ALLGEMEINES

Hitler hatte einen Krieg schon sehr lange vorgeplant²⁹², und berücksichtigte dabei seine Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg. Damals führte eine zusammenbrechende Versorgungslage zu Unruhen in der Bevölkerung. Die Nationalsozialisten verbreiteten die Vorstellung, die „Heimatfront“ sei während des Ersten Weltkrieges instabil geworden und habe somit die Schmach von 1918 zu vertreten; dieses „volksschädliche Schiebertum“ sollte im NS-Regime verhindert werden durch eine zentrale Verteilung der vorhandenen Bedarfsgüter an die gesamte Bevölkerung, flankiert von härtesten Strafsanktionen²⁹³. Die Verordnung verwirklichte Punkt 12 des Parteiprogramms: „Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muss die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden.“²⁹⁴

Die NS-Machthaber hatten erkannt, welche Probleme in der Bevölkerung bei einer Gefährdung der Versorgung entstehen könnten und ein umfassendes Versorgungssystem zu dessen Sicherung aufgebaut, wobei hohe Strafen bei Verstößen für eine Disziplinierung sorgen sollten. Schon Ende 1935 wurde das Bezugsscheinsystem für den Kriegsfall vorbereitet und die Verteilung der Bezugsscheine eingeleitet²⁹⁵. Die strafrechtlichen Sanktionen für Verstöße waren im gleichen Zeitraum in Gesetzentwürfen festgelegt. Zum Kriegsbeginn am 1. September 1939 trat eine Reihe kriegswirtschaftlicher Regelungen in Kraft, mit deren Strafandrohungen eine strenge Rationierung aller Verbrauchsgüter – von Le-

²⁹² Dies kündigte er deutlich in seiner Rede vom 20.2.1932 vor dem Industrieklub in Düsseldorf zur Einforderung von Wahlkampfmitteln an, als er „die rücksichtslose Ausrottung von Marxismus und Pazifismus sowie die Schaffung einer breiten Kampf- und Wehrbereitschaft für die Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung“ ankündigte (Fest, S.536; Bullock, S. 261 f).

²⁹³ Vgl. Zierenberg, S. 110 f.

²⁹⁴ Zit. nach Forsthoff, S. 163.

²⁹⁵ Mechler, S. 128, m. w. N. in FN 376.

bensmitteln, Schuhen, Kleidung bis Benzin und Reifen – durchgesetzt werden sollte damit „...jeder Deutsche seinen Anteil an diesen Gütern erhält“.²⁹⁶

5.2.2 QUELLENLAGE

Diese Deliktsart ist am dürftigsten durch überlieferte Akten belegt, lediglich 17 Verfahren mit 23 Beteiligten sind für 1941 – 1945 überliefert, kein Bestand, aus dem man sichere Schlüsse auf die damaligen Sanktionen ziehen kann, jedoch ausreichend, um darin den Trend zu angemessenen, milden Verurteilungen bestätigt zu finden, die im Gegensatz zu der offiziellen Forderung nach schärfsten Verurteilungen standen.

In diese Deliktsart einbezogen wurden die artverwandten Verfahren wegen Schwarzschlachtungen durch „Gewichtsdrückung“ aus den Jahren 1936 -1939. Diese gehörten eigentlich wegen des abweichenden Schutzgutes nicht zu den kriegsbedingten Vorschriften, denn die früheren steuerrechtlichen Verfahren wurden jetzt durch § 1 Abs. 1 KWVO erfasst. Sie wurden wegen des engen tatsächlichen Zusammenhanges und der Vergleichbarkeit aus Sicht der Täter – die Normen gingen in der KWVO auf - erfasst, jedoch getrennt dargestellt. In fünf Gruppenverfahren waren insgesamt 67 Personen angeklagt worden.

5.2.3 STRAFNORMEN

Die Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) und Verbrauchsregelungs-Strafverordnung (VRStVO) waren eine wesentliche strafrechtliche Säule für eine gleichmäßige Bedarfsabsicherung der Bevölkerung während des Krieges.

Schon ab 1939 wurde die Konsumgüterproduktion stark zurückgefahren zugunsten der Rüstungsindustrie, die Versorgung des Militärs war vorrangig und verschlang einen hohen Anteil der Güter für sich. Ziel der ganzen Verteilungsplanungen war nicht, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu sichern, sondern nur, dass die „Bewahrung des Existenzminimums, unter das der Lebensstandard nicht sinken dürfen sollte“²⁹⁷. Die noch vorhandenen Ressourcen waren

²⁹⁶ VRStrVO, Einleitung, RGBl. I, 1940, 610.

²⁹⁷ Mechler, S. 129.

gleichmäßig zu verteilen, um Neid auf Bevorzugte zu unterbinden und von allen gleich große Opfer zu verlangen. Mit zunehmender Verknappung aller Güter verschärfte sich sowohl das Ausmaß als auch die Überwachung der Rationierungen. Damit verstärkte sich zugleich der Druck auf, als auch der Anreiz für die Bevölkerung, die Kontingentierungen zu umgehen. Bis zum Jahre 1944 lag die Bevölkerung von Ulm durchschnittlich gerade noch um 7 – 17 % über dem Existenzminimum²⁹⁸, danach stürzte dieser Wert ungebremsst weiter ab, jeder musste um das Überleben kämpfen.

Zuteilungsrationen je Woche und Person in Gramm²⁹⁹ für Ulm:

	28.08.1939	25.09.1939	Jul 40	Apr 42	Okt 42	Mai 43	Okt 44	3/45
Fleisch	700	500	400	300	350	250	250	150
Brot	2.500	2.400	2.250	2.000	2.250	2.550	2.235	500
Butter	90	80	150	125				

Die Einwohner mussten also im März 1945 sowohl an Fleisch als auch an Brot mit nur 20 % der Ration von 1939 auskommen! Dazu kamen weitere Beschränkungen bei anderen Nahrungsartikeln³⁰⁰, am 14. November 1939 wurde die erste Reichskleiderkarte ausgegeben³⁰¹, bei den verfügbaren Waren verschlechterte sich die Qualität, oder sie wurden gänzlich durch Ersatzstoffe³⁰² ausgetauscht, ein Bezugsscheinsystem für Lebensmittel und Brennstoffe³⁰³ wurde aufgebaut. Diese massiven Beschränkungen führten zu verbreitetem Schwarzhandel, Betrug

²⁹⁸ Herrmann, Ulm, S.71, FN 81.

²⁹⁹ Herrmann, S, 59 – 65.

³⁰⁰ Die wöchentliche Kartoffelration wurde von 3,5 kg auf 2,5 kg gesenkt, Textilien waren praktisch aus dem Angebot verschwunden, Käse, Wein nicht zu bekommen, das Fehlen von Schuhen bezeichnete Göring als "politische Frage erster Ordnung". Selbst Trauerkleidung gab es nicht mehr.

³⁰¹ A.a.O. FN 377. Wegen des dramatischen Textilmangels wurde die 4. Reichskleiderkarte Anfang 1943 von 1 Jahr auf 18 Monate verlängert, im Sommer überhaupt gesperrt zugunsten der Versorgung von ausgebombten Fliegergeschädigten.

³⁰² Zichorie statt Bohnenkaffee, Kunsthonig, braunes Mehl u.v.m.

³⁰³ Oehler, S. 100.

und Diebstahl. Dies musste mit allen Mitteln unterbunden werden, auch mit massivem strafrechtlichem Zwang unter höchsten Strafendrohungen und deren Umsetzung durch die Justiz³⁰⁴. Hierzu diente die KWVO vom 4. September 1939³⁰⁵, in deren Vorspann die „Heimatfront“ zu höchstem Verzicht zugunsten des Gemeinwohls verpflichtet wurde:

„Die Sicherung der Grenzen unseres Vaterlandes erfordert höchste Opfer von jedem deutschen Volksgenossen. Der Soldat schützt mit der Waffe unter Einsatz seines Lebens die Heimat. Angesichts der Größe dieses Einsatzes ist es selbstverständliche Pflicht jedes Volksgenossen in der Heimat, alle seine Kräfte und Mittel Volk und Reich zur Verfügung zu stellen und dadurch die Fortführung eines geregelten Wirtschaftslebens zu gewährleisten. Dazu gehört vor allem auch, daß jeder Volksgenosse sich die notwendigen Einschränkungen in der Lebensführung und Lebenshaltung auferlegt.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet daher mit Gesetzeskraft:

Abschnitt I

Kriegsschädliches Verhalten

§ 1

(I) Wer Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden.

(II) Wer Geldzeichen ohne gerechtfertigten Grund zurückhält, wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft."

Die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung (VRStrVO) vom 6. April 1940³⁰⁶ ersetzte zahlreiche kurz zuvor erlassene Einzelregelungen³⁰⁷. Sie wurde zumeist angewendet, wenn die Voraussetzungen der KWVO nicht gegeben waren.

³⁰⁴ Auch dies hatte Hitler in seinem Parteiprogramm Nr.18 angekündigt: „Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.“, zit. nach: Forsthoff, S. 163 f.

³⁰⁵ RGBl. 1939 I S. 1609.

³⁰⁶ RGBl. I, S. 610; „Verordnung über die Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften auf dem Gebiet der Bewirtschaftung bezugsbeschränkter Erzeugnisse“.

Auszugsweise lautet der Text:

„Allen Blockadeversuchen zum Trotz ist die Versorgung unseres Volkes mit den lebensnotwendigen Verbrauchsgütern gesichert. Durch die Einführung von Karten und Bezugsscheinen ist dafür gesorgt, daß jeder Deutsche seinen Anteil an diesen Gütern erhält. ... Zum Schutze vor uneinsichtigen und böswilligen Volksgenossen wird ... verordnet ...“.

„§ 1 I: Mit Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbeschränkter Höhe wird bestraft, wer in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs

1. bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung, insbesondere ohne gültige Bescheinigung ... bezieht oder abgibt oder für sich ausnutzt ... oder einem anderen überlässt,

2. durch unrichtige oder unvollständige Angaben eine Bezugsberechtigung erschleicht..

§ 2: Mit Geldstrafe bis zu 150.- RM oder mit Haft wird bestraft, wer ohne Ausübung eines Gewerbes oder Berufs zu handeln, (siehe Text oben § 1)“.

Praktisch jeglicher Verstoß gegen die Verbrauchsregelungen wurde unter Strafandrohung in §§ 1 - 3 VRStrVO erfasst. Die Verbraucher wurden – da sie keinen finanziellen Vorteile hatten – mit Geldstrafe bis 150.- RM oder Gefängnis bis 6 Wochen bedroht (§ 2 I VRStrVO).

Erzeuger, Verarbeiter oder Händler – die „eine besondere Verantwortung für die Sicherstellung der Ernährungslage und der gerechten Verteilung lebenswichtiger Verbrauchsgüter“ trugen³⁰⁸ – wurden mit Gefängnis bis zu 10 Jahren und Geldstrafe in unbegrenzter Höhe bedroht (§ 2 I VRStrVO). In bestimmten leichteren Fällen konnte die Verwaltungsbehörde den Verstoß durch Ordnungsgeld oder Verwarnung erledigen (§ 1 III VRStrVO).

³⁰⁷ Etwa: „Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 18.8.1939“, RGBl. I, 1939, S. 1430; „Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes“ vom 27.8.1939, RGBl. I, S. 1498; vom gleichen Datum die „Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen“, RGBl. I, S. 1521; „Verordnung über die Verbrauchsregelung für lebenswichtige gewerbliche Erzeugnisse“ vom 14.11.1939, RGBl. I, S. 2221; „Verordnung über die Gewährung von Sonderzulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter, werdende und stillende Mütter, Kranke und gebrechliche Personen“ vom 16.9.1939, RGBl. I, S. 1825; aber auch das „Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse“ vom 13. September 1933 (RGBl. I S. 626).

³⁰⁸ Mechler, S. 126.

Der Strafraum reichte damit von Verwarnung über 3.- RM Geldstrafe (Umrechnung von 1 Tag Gefängnis nach § 27 b RStGB) bis zur Todesstrafe (§ 1 Abs. 1 KWVO)³⁰⁹. Die unbestimmten Rechtsbegriffe eröffneten den Gerichten einen kaum begrenzten Ermessensspielraum³¹⁰, weder sie noch die Täter konnten die Folgen ihrer Tat voraussehen.

5.2.4 RECHTLICHE AUSLEGUNGSFRAGEN

Mit der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 wurden die bis dahin nur steuerrechtlich relevanten „Gewichtsdrückungen“ bei Schlachtungen strafrechtlich von § 1 I KWVO erfasst.

Eine Strafbarkeit hing von mehreren Voraussetzungen ab:

- Geschützt waren Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehörten,
- diese mussten zurückgehalten oder beiseite geschafft worden sein,
- die Bedarfsdeckung der Bevölkerung musste dadurch gefährdet worden sein,
- dies musste böswillig erfolgt sein.

5.2.4.1 Lebenswichtiger Bedarf, Entziehung, Gefährdung und Böswilligkeit

Jeder damals lebende Bürger wusste aus eigener Anschauung, welche Waren zum lebenswichtigen Bedarf gehörten, einer Definition bedurfte es nicht. Die Rechtsprechung grenzte nach Einzelfallentscheidungen ab³¹¹. Schlacht- und Nutztiere fielen darunter, als landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden sie bewirtschaftet³¹² und waren ab 1.10.1935 kontingentiert. Mit unerlaubtem

³⁰⁹ Der OLGPräs. Stuttgart kritisierte: „Es mag übertrieben sein, wenn gelegentlich schon gesagt worden ist, der Täter könne heute in manchen Fällen nicht mehr ermessen ob er mit einer Geldstrafe wegkomme oder ob er seinen Kopf riskiere. Es kommt auch nicht in erster Linie auf die Vorstellung des Täters an, aber es ist nicht ohne Bedeutung, wenn Zuhörer, denen das „gesunde Volksempfinden“ nicht abgesprochen werden kann, ähnliches denken“. Lagebericht v.2.3.1940, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 2.

³¹⁰ Vgl. Weckbecker, S. 212.

³¹¹ Zum lebenswichtigen Bedarf gehörten nicht nur bezugsbeschränkte Waren, sondern auch Luxusgüter wie Pralinen, Schokolade, aber auch Zeitungen und Radios (Freisler u. a, Strafrecht, S. 198).

³¹² VO vom 7.9.1939, RGBl. I, S.7114).

Schlachten wurde das Fleisch aus dem normalen Wirtschaftskreislauf und der Überwachung entnommen, damit beiseite geschafft³¹³.

Entzogen waren die Güter, wenn sie dem bestimmungsgemäßen Gebrauch nicht mehr zur Verfügung standen. Mit schärferer Rationierung, Reglementierung und Kontrolle stiegen auch die Verstöße an³¹⁴, um sich auf illegale Weise das Lebenswichtigste zu beschaffen. Reichten die Bezugsmarken zur Bedarfsdeckung nicht aus, wurden die benötigten Waren getauscht, entwendet, unterschlagen oder auf sonstige illegale Weise beschafft und dadurch dem vorgeschriebenen Wirtschaftskreislauf entzogen. Der Lebensbedarf der Bevölkerung musste durch den Täter gefährdet worden sein. Das Reichsgericht hatte entschieden, dass nicht die Gesamtbevölkerung, sondern eine abgegrenzte Verbraucherschaft an einem Ort oder einem Ortsteil für eine Bewertung entscheidend sei.³¹⁵ Es entwickelten sich praktikable Grenzwerte, die selbst innerhalb der gleichen Gerichte von Fall zu Fall wechselten³¹⁶. Generell wurde eine Grenze in der Größenordnung von etwa 50 kg je Schlachttier als Gefährdungsgrenze angenommen³¹⁷.

Der Täter musste böswillig gehandelt haben hinsichtlich der Gefährdung. Es war umstritten, ob eine gesteigerte Form des Vorsatzes hierfür ausreiche³¹⁸ oder ob der Täter Freude oder Befriedigung über die Gefahr für die Bedarfsdeckung empfinden müsse³¹⁹. Das Reichsgericht entschied diese Frage und stellte fest, ein Mehr an Vorsatz sei erforderlich, das „in der Verwerflichkeit der Gesinnung zutage treten“ müsse³²⁰, zur Auslegung sei der Vorspann zur KWVO

³¹³ RG DJ 1940, S. 1170.

³¹⁴ Die Bezugsscheine wurden von dem neu geschaffenen Ulmer Ernährungs- und Wirtschaftsamt verwaltet, die 20 Mitarbeiter wurden von 18 NSV Geschäftsstellen unterstützt, welche für ihren Bezirk die Anträge vorprüften – sie kannten ja jeden in ihrem Block.

³¹⁵ RGSt 75, S. 90.

³¹⁶ Das Sondergericht Bromberg nahm bei der Schwarzschlachtung von Schweinen mit einem Gewicht von 25 – 40 kg eine Gefährdung an. Am selben Tag entschied es, die Schlachtung eines 25 kg schweren Schweins, in einem weiteren Fall eines 35 kg schweren Kalbes, falle nicht unter die KWVO sondern unter die VRStVO, (zit. nach: Weckbecker, S. 613).

³¹⁷ Weckbecker für Sondergericht Bromberg, S. 220.

³¹⁸ RGSt 74, S. 359.

³¹⁹ Gleispach, Kriegsstrafrecht, s. 53, zit. nach Weckbecker, S. 221, FN 67.

³²⁰ RGSt 74, S. 359, 365.

heranzuziehen. Indizien für eine Böswilligkeit sahen Rechtsprechung und Literatur u. a. in einem Handeln aus eigennützigen Motiven³²¹.

5.2.4.2 Konkurrenz beider Vorschriften

Beide Regelungen waren so weit gefasst, dass häufig eine Tat beide Normen zugleich verletzte³²², damit von der Todesstrafe bis zur Verwarnung jegliche Strafe möglich war und die gerichtliche Zuständigkeit vom Amtsgericht bis zum Sondergericht³²³ reichte. Die Staatsanwaltschaft hatte hier durch ihr Auswahlermessen eine Schaltstelle inne,³²⁴ auch wenn sie durch die Rundverfügung des Reichsjustizministers vom 25. September 1940 gehalten war, „daß Kriegsverbrecher, darunter die in sämtlichen Paragraphen der KWVO genannten, grundsätzlich vor den Sondergerichten angeklagt werden“.³²⁵ Verstöße gegen die VRStVO konnten aber wie bisher vor dem Amtsgericht behandelt werden.³²⁶, entscheidend war die „dabei offenbarte gemeinschaftswidrige Gesinnung des Täters“³²⁷. Gewichtigere Verfahren sollten also nach KWVO, einfachere nach VRStVO angeklagt werden.

5.2.4.3 Verfahrensanfall und Strafsanktionen u.a.

In den Jahren 1941 – 1945 wurden in 17 Verfahren 23 Personen wegen Kriegswirtschaftsvergehen angeklagt, davon 11 Männer und 12 Frauen. Diese damals unübliche Geschlechtsverteilung beruhte auf dem kriegsbedingten Männerman-

³²¹ RGSt 74, S. 367; 75, S. 27.

³²² Oehler, S. 100.

³²³ In der Zuständigkeitsverordnung vom 21. Februar 1940 (RGBl. I, S. 405) war bei Verbrechen und Vergehen nach § 1 KWVO ausschließlich das Sondergericht zuständig.

³²⁴ Die badische Staatsanwaltschaft löste das Problem pragmatisch: Schwere Fälle sollten nach der KWVO, Bagatellsachen nach der VRStVO angeklagt und geahndet werden, Oehler, S. 100 f.

³²⁵ Um die überlasteten Sondergerichte zu entlasten, wurde diese Anweisung mit RdVfg. v. 16.11.1943 eingeschränkt, Mechler, S. 133.

³²⁶ Mechler, S. 126 f. Die Staatsanwaltschaft Ulm gab lt. Js-Register im Jahre 1941 ein Verfahren mit 20 Beschuldigten wegen Verbrechens gegen die KWVO (Js-Register 1941, Js-Nummern 6121 – 6140, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4578) und gegen 15 Beschuldigte wegen Verbrechen der VRStVO am 9.12.41 (Js-Nrn. 5962-5976, Bü. 4577 a.a.O.) an das Sondergericht Stuttgart ab.

³²⁷ A. a. O. S. 127.

gel, der Frauen auch in für sie untypische Berufe brachte. Es kam zu zwanzig Verurteilungen, einem Freispruch und zwei Einstellungen. In vier Fällen wurden lediglich Geldstrafen ausgeworfen, ansonsten Gefängnisstrafen verhängt, Zuchthaus kam selbst bei umfangreichem Schwarzhandel nicht vor. 13 Beschuldigte waren verheiratet, 8 ledig, je eine Person geschieden bzw. verwitwet. In fünf Fällen wurde U-Haft mit einer durchschnittlichen Dauer von 58,5 Tagen verhängt.

Strafsanktionen bei KWVO bzw. VRStVO

		Geld	Gefängnis
KWVO, ges.		125-	8,1
VRStVO , ges.		183.-	10,7
KWVO	m	150.-	7,2
	w	100.-	12,0
VRStVO	m	0	9,0
	w	183,30.-	9,3

Diese Strafstatistik bestätigt nicht die generelle Regel, schwerwiegendere Sachverhalte nach der KWVO und leichtere Vergehen nach der VRStVO zu verurteilen, denn die durchschnittlich verhängte Gefängnisstrafe ist bei der VRStVO geringfügig höher.

Die Frauen wurden bei Anwendung der KWVO mit durchschnittlich 12 Monaten Gefängnis deutlich härter bestraft als die Männer mit 7,2 Monaten. Dies beruht auf der Tätigkeit der Frauen, die nicht nur als Verkäuferinnen sondern auch bei Verkauf und Handel in der Verwaltung tätig waren und über die Waren verfügen konnten. Dies nutzten sie zu größeren Schwarzhandelsgeschäften aus. Allein in drei Fällen wurden Strafen von 12 bis 19 Monaten gegen Frauen verhängt. Es überrascht, dass selbst bei größerem Schwarzhandel nie Zuchthaus ausgeworfen wurde. Bei Anwendung der VRStVO liegen die Strafen von Männern und Frauen auf gleichem Niveau. Die höchste Strafe bei einem Mann belief sich auf 12 Monate, eine Frau wurde wegen umfangreichen Schwarzhandels zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Von der Anklageerhebung bis zum Urteil dauerten die Verfahren durchschnittlich 30 Tage, zwischen Männern (27,2 Tagen) und Frauen (33,3 Tagen) bestand nur ein unerheblicher Unterschied.

In fünf Fällen wurde Untersuchungshaft angeordnet und zwischen 77 bzw. 169 Tagen vollzogen. Die längste U-Haft erlitt ein Schäfer, der einen Teil der Schafe verschenkt oder erschlagen hatte. Offenbar sollte die Strafvollstreckung abgesichert werden, denn die Strafe wurde in der Höhe der U-Haft festgesetzt und der Verurteilte sofort auf freien Fuß gesetzt, ein späterer Vollzug wäre bei einem Wanderschäfer schwierig geworden.

5.2.4.4 Einzelfälle

Die oben genannten rechtlichen Normvoraussetzungen des lebenswichtigen Bedarfs, der Entziehung, Gefährdung der Bevölkerung und böswilligem Handeln wurden vom Landgericht jeweils kurz, prägnant und zutreffend in einigen wenigen Sätzen begründet.

Ein damals bei Kriegswirtschaftsdelikten mit Subsumption und Strafzumessungsgründen übliches Urteil ist nachfolgend abgedruckt³²⁸:

³²⁸ LG Ulm KLS 2/43, Urteil v. 2. Februar 1943, StA Ludwigsburg, E 352, Büschel 6642.

Urchrift.

Landgericht U l m

6/40

Geschäftsnummer:

Im Namen des Deutschen Volkes!
U r t e i l .

KLs 5/43

Strafsache gegen

den am 14.12.1908 in Böhmenkirch Krs.Göppingen
^{in württemberg}
geborenen, ledigen Rechenmacher

Eugen R i t z,

ULM a. D., den 10. März 1943, in Untersuchungshaft in Ulm,
Urundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts:
Justizoberinspektor

Kriegsgericht!
10. März 1943
[Signature]

wegen Verbr.gg.d.KriegswirtschaftsVO.

Die ~~große~~ Strafkammer des Landgerichts in U l m

hat in der Sitzung vom 2. März 1943, an der teilgenommen haben

Landgerichtsdirektor Baitinger,

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Heinrich,

Landgerichtsrat Wenger,

als beisitzende Richter,

~~Alex Schöppner~~

Staatsanwalt Schall,

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizobersekretär Joos

als Urundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte hat ein Schwein von 270 Pfund schwarz geschlachtet und außerdem 10 Pfund Schweinefleisch ohne Marken erworben; er wird deshalb zu der Gesamtstrafe von 6 Monaten 15 Tagen Gefängnis, auf die 3 Monate 15 Tage der Untersuchungshaft anzurechnen sind, verurteilt. Gleichzeitig werden das Fleisch und die Würste bezw. der Erlös aus dem Verkauf derselben eingezogen.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

./.

Gefrand

Gefandgebühre
gem. § 52 I GKG
RM. 80.-
gem. § 49 IV, 52 I GKG
RM. 10.12.

10. I. 44. *4. O. 7.*

Stf. erobert
11.1.44

festg. 10.1.28 RM.
1.36.32

G r ü n d e :
=====

I. Der 34 Jahre alte ledige Angeklagte Ritz arbeitet als Rechenmacher im Geschäft seines Vaters in Böhmenkirch Krs.Göppingen . Am Samstag, den 11. Oktober 1942, kaufte er von dem Bauern Josef Heinzmann in Böhmenkirch ein 270 Pfund schweres, schlachtreifes Schwein um 180 RM. Ohne eine Berechtigung zum Schlachten zu besitzen, schlachtete er am Montag darauf, den 13. 10. 1942, das Schwein in der elterlichen Küche, während sein Vater krank im Bett lag, seine Mutter verweist und seine Schwester Viktoria auswärts im Geschäft war. Er zerlegte das Schwein, ließ den Speck zu Schmalz aus und stellte 19 Blut- und 29 Leberwürste her. Das Fleisch, die Wurstwaren und das Schmalz konnten ziemlich restlos sichergestellt werden; diese Lebensmittel wurden dem Kreiskrankenhaus Göppingen zur Verwertung überlassen. Die ~~Fest~~ Feststellungen wurden getroffen auf Grund der Einräumungen des Angeklagten. Der Angeklagte gibt an, er habe die Fleischwaren und Würste nicht etwa weiterveräußern, sondern alles so nach und nach selber verzehren wollen, wobei er vielleicht auch seinen Angehörigen einen Teil unentgeltlich überlassen hätte.

Der Angekl. hat hienach Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, beiseite geschafft und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet und in Tateinheit hiemit, ohne in Ausübung eines Berufs zu handeln, eine Handlung begangen, die in dem im Rahmen der öffentlichen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erlassenen Bestimmungen unter Strafe gestellt ist. Ein Verbrechen nach § 1 Abs.1 KriegswirtschaftsVO. in Tateinheit mit einem Vergehen nach § 2 Abs.1 Ziff.3 u. Abs.4 VRsVO. i.V. mit § 7 der VO. über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen vom 7. Mai 1939. Daß schon durch die Beiseiteschaffung eines einzigen schlachtreifen Schweins im Gewicht von 270 Pfund im Hinblick auf die derzeitige Fleischknappheit im Allgemeinen und die Fleischknappheit ^{in Böhmenkirch} im besonderen eine "Gefährdung" der Bedarfsdeckung herbeigeführt wird, wird allgemein in der Rechtsprechung angenommen. Der Angekl. hat auch "böswillig" gehandelt, denn er war sich bewußt, daß sein Verhalten gröblich gegen die die Lebensmittelversorgung regelnden Vorschriften verstößt und hat sich über diese aus rein egoistischen Gründen skrupellos hinweggesetzt.

II. Weiterhin war gegen den Angekl. auf Grund seiner Einräumungen festzustellen, daß er im Dez. 1941 von dem Bauern Anton Heinzmann in Böhmenkirch etwa 10 Pfund Schweinefleisch ohne Marken gegen Bezahlung von

10 Rm erhielt. Dieses Fleisch hat er dann ganz oder teilweise seinem Freund, dem Kaufmann Binder in Giengen a. Brenz, heimlich ohne Fleischmarken überlassen. Hienach hat der Angekl. ohne in Ausübung eines Berufs zu handeln bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung ^{unverkauft} abgegeben. Eine ~~Vergehen eines~~ Verfehlung nach § 2 Abs. 1 Ziff. 1 der VRStVO.

Der Angekl. hat im Jahr 1938 einen Motorradunfall erlitten; vom 19. Jan. bis 12. Mai 1939 war er in der Nervenlinik Christophsbad-Göppingen ~~in~~ wegen Schizophrenie in Behandlung. Auf Grund Beschlusses des Erbgesundheitsgerichts Ulm vom 1.3.1939 wurde der Angekl. am 5.5.1939 wegen Schizophrenie unfruchtbar gemacht. Am 12.5.1939 wurde er aus der Nervenlinik Christophstal als relativ genesend entlassen. Im gegenwärtigen Verfahren hat deshalb der Verteidiger Bedenken geltend gemacht, ob der Angekl. für die genannten Straftaten voll verantwortlich zu machen ist. Der Angekl. selber hat angegeben, daß seit seiner Entlassung aus der Nervenlinik keinerlei Anzeichen einer Schizophrenie sich bei ihm bemerkbar gemacht hätten, und der Sachverständige hat sich dahin gutachtlich geäußert, daß beim Fehlen jeden Krankheitssymptoms seit seiner Entlassung aus der Nervenlinik die volle Zurechnungsfähigkeit des Angekl. z.Zt. der Begehung der Straftaten zu bejahen seien. Die Strafkammer hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

III. Bei der Strafzumessung wurde hinsichtlich der Schwarzschlachtung zu Gunsten des Angekl. in Betracht gezogen, daß eine erhebliche Gefährdung der Bedarfsdeckung durch die Beseitigung des Schweins nicht eingetreten ist; ferner, daß die beiseite geschafften Lebensmittel (Fleisch, Wurst und Schmalz) so ziemlich restlos wieder dem normalen Wirtschaftslauf zugeführt werden konnten. Immerhin war seine Tat deshalb besonders verwerflich, weil eine besondere Ernährungsnotlage bei ihm nicht bestand, er vielmehr lediglich aus dem egoistischen Bestreben, besser leben zu wollen wie andere, die Tat begangen hat. Eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten erschien angemessen.

Den Erwerb der 10 Pfd. Fleisch ohne Fleischmarken hat man als einen schwereren Fall i.S. von § 2 Abs. 4 der VRStVO. deshalb angesehen, weil die Menge des erworbenen Fleisches nicht unerheblich ist und der Angekl. nicht etwa aus Hunger, sondern nur um einem Freund gefällig zu sein, sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt hat. Eine Gefängnisstrafe von 1 Monat erschien dafür angemessen. Aus den genannten Einzelstrafen wurde gem. § 74 StGB. eine Gesamtstrafe von 6 Monaten ^{et. 15. Tag} gebildet. Die Anrechnung der Untersuchungshaft gründet sich auf § 60 StGB.; die

Einziehung auf § 1 c der KWVO.; die Kostenentscheidung auf § 465 StPO.

Bairinger *Heinrich* *Wenger*

5.2.4.5 Unerlaubte Aneignung von Mangelwaren

Nachfolgend werden die KWVO - Verfahren dargestellt, bei denen überwiegend durch Vermögensdelikte gegen Bezugsregelungen verstoßen worden ist. Von den in den Jahren 1941 – 1945 insgesamt angeklagten 23 Personen wurde nur eine Wirtin freigesprochen³²⁹, ein Verfahren wurde gegen Zahlung von 300.- RM eingestellt³³⁰.

5.2.4.6 Einzelne Tatbegehungen und Sanktionen

Die martialischen Worte im Gesetzesvorspann ließen schärfste Strafen erwarten, aus den Urteilen kann man kein Bestreben erkennen, dies umzusetzen. Die Gerichte haben vielmehr die einzelnen Fälle nach Tat und Täter gewichtet und zwischen kriminellen Vermögensdelikten (Unterschlagung von großen Mengen Butter, organisierter Schwarzhandel) und der üblichen Klein- und Mittelkriminalität wegen Warenknappheit unterschieden.

Verständnisvoll ging man mit Frauen um, die Buttermarken unterschlugen, um für Soldaten im Lazarett Kuchen und Torten backen zu können³³¹, sie erhielten eine Geldstrafe von 100.- RM bzw. 3,5 Monate Gefängnis. Bei einem schwunghaften Schwarzhandel berücksichtigte man, dass die Angeklagte durch ein Liebesverhältnis zu den Taten veranlasst worden war und verhängte 15 Monate Gefängnis³³²: Kaffeeservice, Bratpfannen, Trinkgläser, Eindunstgläser mit

³²⁹ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6749. Ihr war angelastet worden, für ihre Gaststätte bezogene 300 Liter Rotwein privat verkauft oder verbraucht zu haben.

³³⁰ StA Ludwigsburg, E 352, Büschel 6821; eine Bäuerin hatte 30 dz Weizen nicht abgeliefert und brachte fehlende Transportmöglichkeiten vor, im März 1945 wurde das Verfahren eingestellt.

³³¹ StA Ludwigsburg, E 352, 6559; 6534.

³³² StA Ludwigsburg E 352, Büschel 6746.

Eindünstapparaten, Porzellan und Emaillegeräte und insgesamt 16 Pfund Butter und Schmalz waren unterschlagen worden. In Anbetracht der Menge und der verwerflichen Gesinnung wurde ein schwerer Fall nach § 2 Abs. 4 VRStVO (Gefängnis oder Geldstrafe) angenommen. „Ihr Schwarzhandel war in ganz Senden und Umgebung bekannt. Von der Not der Zeit hat sie nichts verspürt, sie lebte durch ihr verantwortungsloses, sträfliches Treiben in Hülle und Fülle“. In anderen Fällen hatte das Gericht schon beim Bezug von wenigen Pfund Butter regelmäßig eine 10-monatige Gefängnisstrafe ausgeworfen, hier kamen noch Diebstahl und ein florierender Schwarzhandel dazu in einem Umfange, der die Anwendung der WKVO erfordert hätte.

In 3 Fällen wurde das Entwenden von Butter abgeurteilt, rechtlich bewertet wurde es bei 2 Personen nach der KWVO³³³, einmal nach VRStVO³³⁴, einmal als Hehlerei (200.- RM). Unabhängig von der rechtlichen Subsumtion wurde in allen Fällen eine „Einheitsstrafe“ von 10 Monaten Gefängnis verhängt.

5.2.5 ZUSAMMENFASSUNG:

Mit Kriegsbeginn wurde der Bezug lebens- und produktionswichtiger Waren kontingentiert und die Verteilung durch Marken- und Bezugsscheinsysteme geregelt. Mit zunehmender Verknappung stieg der Anreiz, diese Beschränkungen auf illegalem Wege durch Tausch- und Schwarzgeschäfte zu unterlaufen. Dies sollte durch strafrechtlichen Druck mit Hilfe der KWVO und VRStVO durch die Justiz unterbunden werden. Nach der KWVO wurde mit Gefängnis-, Zuchthaus- oder Todesstrafe belegt, wer den lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung beiseite schaffte oder zurückhielt. Die VRStVO drohte bei jedem Verstoß gegen Abgabe oder Bezug von bezugsbeschränkten Waren mit Geld- oder Gefängnisstrafen.

Von dieser Deliktsart sind lediglich 17 Verfahren gegen 23 Angeklagte erhalten. Es kam zu 20 Verurteilungen, zwei Einstellungen und einer Erledigung durch den Tod des Angeklagten. Es wurden nur Gefängnisstrafen verhängt.

³³³ A.a.O., Bü. 6746 und 6763.

³³⁴ A.a.O., Bü. 6453.

5.3 VOLKSSCHÄDLINGSVO

5.3.1 ALLGEMEINES

Mit Kriegsbeginn wurde eine ganze Reihe von neuen Normen des Kriegsstrafrechts erlassen, welche in der Heimat für Recht und Ordnung sorgen sollten. Darunter erlangte die Volksschädlingsverordnung³³⁵ (VVO) die größte praktische Bedeutung³³⁶. Diese Verordnung verfolgte mehrere Ziele: An der „Heimatfront“ sollte der Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit vermittelt, zugleich damit den Soldaten die beruhigende Gewissheit gegeben werden, die Angehörigen zu Hause würden ausreichend geschützt. Durch äußerst hohe Strafandrohungen sollten alle, welche sich nicht für das Wohl der Volksgemeinschaft einsetzten, sondern eigennützig ihren Vorteil suchten, abgeschreckt oder aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

Freisler, Staatssekretär im Reichsjustizministerium und einer der radikalsten Verfechter des Justizterrors, formulierte dies in seiner gewohnt drastischen Art: Die Verordnung solle „von Anfang an dafür (...) sorgen, daß gewissenlosen Schädlingen, die im Abwehrkampf unseres Volkes nach Gelegenheiten zu verbrecherisch eigennützigen Angriffen suchen oder gar Handlungen begehen, die die Widerstandskraft unseres Volkes schädigen, ihr Handwerk gelegt wird und daß sie rücksichtslos aus unserem Gemeinschaftsleben, das sie selbst verraten haben, ausgeschlossen und, wenn nötig, ausgerottet werden.“³³⁷. Solche Existenzen begingen einen Treubruch und eine Gemeinheit, sie versündigten sich am deutschen Volke und sollten deshalb keinen Platz mehr in der Gesellschaft haben.

Das Reichsministerium der Justiz hatte, unter damaliger Leitung von Staatssekretär Freisler, mit Verfügung vom 12.9.1939, die allen beteiligten Richtern und Staatsanwälten sofort zuzuleiten war, zur bedingungslosen Härte bei der Anwendung dieses Gesetzes aufgerufen:

³³⁵ VO v. 5.9.1939, RGBl. I S. 1679.

³³⁶ Freisler bezeichnete die VVO als „Mittelpunkt des Kerngebietes des allgemeinen Kriegsstrafrechts“, DJ 1940, S. 885, 917.

³³⁷ Freisler, DJ 1939, S. 1450.

„Deutschland steht im Kampf um Ehre und Recht.
Vorbild der Pflichterfüllung ist für jeden Deutschen
Heute mehr denn je der deutsche Soldat.
Wer, statt ihm nachzuleben, am Volk sich versündigt, hat keinen Platz mehr in
unserer Gesellschaft.
Zur rücksichtslosen Bekämpfung dieser Volksschädlinge
Hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung die erforderlichen Grundlagen ge-
schafft.
Von allen Richtern und Staatsanwälten erwarte ich,
dass sie die Verordnung mit derselben rücksichtslosen,
schnellen und zupackenden Entschlossenheit und Tatkraft
anwenden, mit der sie erlassen wurde.
Nichtanwendung äusserster Strenge gegenüber solchen
Schädlingen wäre Verrat am kämpfenden deutschen Soldaten!
Alle Beteiligten müssen zudem mitwirken, dass Tat,
Anklage, Hauptverhandlung, Urteil und Vollstreckung einander
auf dem Fusse folgen.
Allen beteiligten Richtern und Staatsanwälten ist diese Verfügung sofort zuzulei-
ten.“³³⁸.

Das Reichsgericht folgte diesen Zielsetzungen und zog sie für die Ausle-
gung der einzelnen Tatbestände heran. Die Verordnung sollte nicht nach
theoretischen Bewertungen und Erwägungen, sondern entsprechend den Kriegs-
verhältnissen und dem Geist und Ziel der Gesetzgebung, also nach den
Kriegsbedürfnissen, ausgelegt werden³³⁹.

5.3.2 VERBRECHEN DER PLÜNDERUNG

In Ulm konnte dieses Delikt wegen der ausschließlichen Zuständigkeit des Son-
dergerichts nicht anhängig gewesen sein, dennoch fiel dieser Sachverhalt in drei
Fällen an, in zwei Fällen wurde die Tat unter (§ 4 VVO) als Ausnutzung des
Kriegszustandes subsumiert³⁴⁰, weil nur so die zwingend vorgeschriebene Todes-

³³⁸ Zit. nach Mechler, S. 154 f.

³³⁹ RGSt 74, S. 113, 114; 77, S. 34

³⁴⁰ Auch statistisch wurde sie hier so erfasst.

strafe zu verhindern war. Diese offene Auflehnung der Strafjustiz gegen die mörderische NS-Strafjustiz durch eine offene Rechtsbeugung sollte nicht anonym untergehen sondern bei dieser Vorschrift erwähnt werden, die gegeben war aber aus humanitären Gründen nicht angewendet wurde. Diese Vorschrift lautet:

„Plünderung im frei gemachten Gebiet“ (§ 1 VVO)

(I) Wer im frei gemachten Gebiet oder in freiwillig geräumten Gebäuden oder Räumen plündert, wird mit dem Tode bestraft.

(II) die Aburteilung erfolgt, soweit nicht die Feldkriegsgerichte zuständig sind, durch die Sondergerichte.

(III) Die Todesstrafe kann durch Erhängen vollzogen werden."

Diese Norm war dem § 129 MStGB nachgebildet, wonach bestraft wurde, wer im Felde unter Ausnutzung der Kriegsereignisse Sachen eines Einwohners an sich nahm, nach der neuen Norm konnten auch Zivilisten Täter sein. Wegen der hohen Plünderungsgefahr bei Luftangriffen wurde die Vorschrift auf diese Fälle angewendet und damit eine Plünderung im Reichsgebiet durch dortige Einwohner strafbar.

Der Tatbestand wurde von der arbeitslosen, 22-jährige Anna Münster erfüllt, als sie beim Fliegerangriff vom 17.12.1944 in einem Bunker einem gefallenen Soldaten 500.- RM aus der Jacke nahm und für sich behielt, was sie bei ihrer polizeilichen Vernehmung auch einräumte. Angeklagt wurde sie wegen Ausnutzung der Kriegszustände (§ 4 VVO) und am 10.4.1945 nach dieser Norm zu 3 Jahren Zuchthaus mit drei Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt³⁴¹. Der Vorsitzende Richter Krauß (Beisitzer: Fink, Hagmaier), erwähnte in den Gründen nur, „wenn man ein Verbrechen der Plünderung angenommen hätte, wäre zwingend die Todesstrafe zu verhängen gewesen“. Gründe für die Ablehnung dieser Vorschrift lagen weder bei der Anklage noch beim Urteil vor, strafmildernd war nur das jugendlichen Alter der Täterin und die Tatsache, dass nach Bombardierungen des Bahngeländes hunderte von Volksgenossen die Wag-

³⁴¹ Anklage Js 861/45 vom 12.3.1945, Urteil LG Ulm KLs 8/45.v. 10.04.1945. Die vorbestrafte Beschuldigte kam nach der Tat in ein Arbeitshaus, entflohen von dort im April 1945, der Strafrest wurde nach Kriegsende vollstreckt. StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6825.

gons geplündert hatten und unter den zahlreichen Zuschauern auch Polizisten waren, die keinen Anlass zum Einschreiten gesehen hatten.

Während dieser Angriffe entwendete aus einem beschädigten Waggon ein 22-jähriger italienischer Kriegsgefangener ein Liebespaket an deutsche Soldaten, er wurde von Bahnarbeitern der Polizei übergeben. Er gestand die Plünderung und gab an, die drohende Todesstrafe gekannt zu haben, aber er habe sich am Brenner der deutschen Wehrmacht ergeben und als Kriegsgefangener in Ulm so wenig Essen erhalten, dass er vor lauter Hunger keinen anderen Ausweg gesehen habe. Die Polizei setzte ihn auf freien Fuß mit der Auflage, Ulm nicht zu verlassen. Die Anklageschrift war unzustellbar, das Verfahren wurde am 19.8.1945 wegen unbekannten Aufenthalts nach § 205 StPO eingestellt³⁴².

Beide Verfahren belegen, dass es bei Polizei und Justiz mutige und vernünftige Menschen gab, die zwingenden Vorschriften zuwiderhandelten, um ungerechte mörderische Urteile zu verhindern. Diese standhafte Haltung verdient umso mehr Hochachtung, als andere Ulmer Juristen in der gleichen Situation ungerührt Todesstrafe beantragt und verhängt hatten, wie der nächste Fall aufzeigt:

Beim genannten Fliegerangriff wurden 3 Bahnarbeiter bei einer Plünderung festgenommen und von Oberstaatsanwalt Dr. Ernst wegen Plünderung zum Standgericht Ulm angeklagt. Amtsgerichtsdirektor Grub verurteilte als Vorsitzender des Standgerichts einen von ihnen antragsgemäß zum Tode, weil alles andere „nicht mit meinem Beamteneid vereinbar gewesen wäre“³⁴³. Die Vergleichsfälle zeigen auf, dass es für jeden Möglichkeiten gegeben hatte, selbst zwingende Vorschrift zu umgehen, wenn diese offensichtlich unmenschlich und unverhältnismäßig waren.

5.3.3 VERBRECHEN BEI FLIEGERGEFAHR NACH § 2 VVO

Dieser so genannte „Verdunkelungs-Paragraf“ wertete auch geringfügige Vergehen, die während der Dauer der Verdunklung begangen wurden, zu einem Verbrechen mit entsprechend höherem Strafraum auf. Der Text ist knapp und klar, er lautet wie folgt:

³⁴² Beschluss LG Ulm, Kls 13/45 v. 19.8.1945, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 7800.

³⁴³ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 120.

„Verbrechen bei Fliegergefahr“ (§ 2 VVO):

Wer unter Ausnutzung der zur Abwehr von Fliegergefahr getroffenen Maßnahmen ein Verbrechen oder Vergehen gegen Leib, Leben oder Eigentum begeht, wird mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.“

Die Strafnorm erforderte nach dem Gesetzestext für eine Verurteilung zwei Voraussetzungen, nämlich eine Grundtat und die Ausnutzung der Verdunklung, diese wurden von der Rechtsprechung durch das ungeschriebene Tatbestandsmerkmal eines entsprechenden Tätertyps eines Volksschädlings ergänzt.

5.3.3.1 Grundtat

Als Grundtat waren Vergehen oder Verbrechen gegen Leib, Leben oder Eigentum festgeschrieben, wobei diese eng begrenzte Aufzählung nicht als abschließend und verbindlich angesehen wurde, sondern nach den Erfordernissen der Kriegsverhältnisse sowie dem Geist und Ziel der Gesetzgebung ausgelegt wurde³⁴⁴. Sehr schnell erweiterte die Rechtsprechung die Grundtaten auf Sittlichkeitsdelikte³⁴⁵, unterlassene Hilfeleistung³⁴⁶ u. a.

Von den insgesamt 34 überlieferten Verfahren wegen Volksschädlingsverordnung liegen in 23 Fällen als Grundtaten Vergehen des Diebstahls oder Betruges vor, nur in 3 Fällen Sittlichkeitsdelikte zugrunde. Die Tatverteilung zeigt, dass die Versorgung der Bevölkerung auch bisher kriminell unauffällige Volksgenossen bei günstiger Gelegenheit zugreifen ließ. Hinsichtlich der Sexualdelikte folgte das Landgericht Ulm der Ansicht des Reichsgerichts und ging ohne weitere Begründung bei allen drei Vergewaltigungen von einer geeigneten Grundtat aus: 2 junge HJ – Angehörige hatten nachts ein BdM-Mädchen – das von einem Luftschutzlehrgang heimging – verfolgt, festgehalten und vergewaltigt³⁴⁷. Allerdings war die Verdunklung nach Ansicht des Gerichts nicht ausgenützt worden, es verurteilte zu je 9 Monaten Gefängnis.

³⁴⁴ RGSt, 74, S. 113,114; Werle, JuS 1989, S. 955.

³⁴⁵ RG DJ 1939, S. 1905.

³⁴⁶ RG DJ 1940, S. 1195.

³⁴⁷ StA Ludwigsburg, E 352, Bü 6532.

Aus subjektiven Gründen wurde bei einem 26-jährigen Polen die VVO nicht angewendet, da „eine sichere Feststellung, ob der Angekl. überhaupt sich darüber Gedanken gemacht hat, daß wegen der Fliegergefahr die Straßen abgedunkelt sind und daß diese Verdunklung seine Tat erleichtere, ... bei dem Angekl., der aus ländlichen Verhältnissen des Ostens stammt und zur Nachtzeit beleuchtete Wohnorte vielleicht noch nicht gesehen hat, nicht getroffen werden“ kann³⁴⁸. Er wurde dennoch wegen Diebstahls zur Nachtzeit zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt³⁴⁹. Für die damalige Zeit war es außergewöhnlich, dass ein polnischer Staatsangehöriger so objektiv und positiv behandelt worden ist.

Bei der versuchten Vergewaltigung durch einen 5-fach vorbestraften Täter bejahte das Landgericht eine geeignete Grundtat, ebenso den Tätertyp eines Volksschädlings, des „ in geschlechtlicher Beziehung völlig hemmungslosen Menschen, der häufig Frauenspersonen in gefährlicher Weise angreift“³⁵⁰.

5.3.3.2 Ausnutzung von Fliegerabwehrmaßnahmen

Unter diese zivilen Maßnahmen zum Schutz vor Fliegerangriffen fiel in erster Linie die Verdunklung, also „Abblendmaßnahmen oder das vollständige Abschalten künstlicher Lichtquellen“³⁵¹. Auch alle weiteren Schutzeinrichtungen gegen Schäden durch Bombenabwurf u. ä. wurden durch diese Vorschrift vor Missbrauch durch kriminelle Handlungen bei Verdunklung geschützt. So etwa der Diebstahl aus einem Luftschutzkeller³⁵², die Wegnahme von Luftschutzgepäck³⁵³. In einem der letztgenannten Konstellation ähnlichen Fall ging das Landgericht Ulm davon aus, der Angeklagte habe den Luftschutzkoffer nicht als solchen erkannt und verurteilte nur wegen Diebstahls³⁵⁴.

³⁴⁸ LG Ulm, Kls 21/42, U. v. 17.3.1942 Kls 21/42; StA Ludwigsburg, Bü. 6543.

³⁴⁹ Das RJM hatte eine gesamte Strafkammer abgelöst, weil sie einem Polen strafmildernd ein geringeres Hemmungsvermögen als Deutschen zugebilligt hatte (Angermund, S. 144).

³⁵⁰ LG Ulm, Kls 31/41, U. v. 4.9.1941; a. a. O. Bü 6483.

³⁵¹ VerdunklungsVO v. 23.5.1939 (8. DurchführungsVO zum Luftschutzgesetz v. 23.5.1939, RGBl. I, S. 965).

³⁵² StA Ludwigsburg, E 352, Bü 6825; 252.

³⁵³ SG Ffm 6 Sd Kls 159/44, zit. Nach Weckbecker, S. 252, FN 144.

³⁵⁴ StA Ludwigsburg, E 352, Büschel 7792.

Die Tat musste „unter Ausnutzung“ der Verdunklungsmaßnahmen begangen worden sein, nicht erforderlich war, dass die Tat ohne Verdunklung ganz entfallen wäre³⁵⁵. Bei Diebstahls- und Raubdelikten ließ sich eine Ursächlichkeit überzeugend begründen, war es doch augenscheinlich leichter, bei Nacht eine günstige Gelegenheit zum Einsteigen auszukundschaften, unerkannt zu entkommen, die Beute zu verstecken u. ä. Mit diesen und ähnlichen Formulierungen wurde die „Ausnutzung“ überzeugend und prägnant begründet, wobei die Gerichte dies nicht nur formelhaft in die Begründung schrieben, sondern die Kausalität genau prüften: bei einem Diebstahl begründeten sie die VVO damit, dass „wegen der Fliegergefahr verdunkelt war, während in Friedenszeiten die Straße gut beleuchtet war“, bei der nachfolgenden Tat wurde dies abgelehnt mit der Überlegung „Das Heim liegt von der Straße etwas zurück; auch bei friedensmäßiger Beleuchtung wäre das Heim im Dunkeln gelegen.“³⁵⁶

Das Gericht hat auch sehr präzise und subtil bei einem „faulen, aber nicht böartigen“ Jugendlichen subsumiert: „Die Tat ... ist durch die Verdunklungsmaßnahmen erleichtert worden. Wenn die Straße, so wie in Friedenszeiten, erhellt gewesen wäre, hätte der Angekl. bei der frühen Abendstunde gewärtig sein müssen, von Nachbarn oder Vorübergehenden gesehen zu werden. Der Angekl. ist sich dessen bewußt gewesen; er hat selbst auf die Frage, warum er die Diebstähle nicht schon etwa um 5 Uhr ausgeführt habe, die Antwort gegeben, da sei es noch nicht dunkel gewesen“. Ergänzend ist vermerkt, der Mond sei am Tattag im ersten Viertel gestanden.

Bei Sittlichkeitsdelikten galten dieselben Überlegungen, der Täter konnte nicht genau erkannt und beschrieben werden, bei einer Vergewaltigung im Freien war man aus umliegenden Häusern nicht zu sehen. Auch hier verneinte das Gericht in einem Fall die Kausalität der Verdunklung für die Tat³⁵⁷.

5.3.3.3 Tätertypfordernis

Der weit gefasste Tatbestand hätte bei harmlosen oder geringfügigen Taten zu unverhältnismäßig harten Urteilen geführt, die weder von der Bevölkerung ak-

³⁵⁵ RGSt, 74, S. 62, 63.

³⁵⁶ LG Ulm, U. v. 27.1.1942, Kls 1-4/42. StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6531, Urteilsgründe S. 5.

³⁵⁷ StA Ludwigsburg, a. a. O., 6532.

zeptiert noch von der Partei gewünscht waren. Der Begriff des Volksschädlings war im Gesetz lediglich benützt, jedoch nicht definiert worden. In Kommentaren wurde darauf abgestellt, ob der Täter dem Typ eines Volksschädlings entspreche. Freisler führte zur entscheidenden Bedeutung des Begriffs aus: „ Die Gemeinheit der Ausnutzung der Kriegslage ist der eigentliche Unrechtsgehalt“, die Tat trat dem gegenüber völlig in den Hintergrund³⁵⁸. Bestraft und aus der Gemeinschaft entfernt werden sollten Gesinnungslumpen, bei denen beim Strafmaß „ eine Härte erreicht werden muss, die vor dem Härtesten nicht zurückschreckt, und diese Härte darf auch nicht wieder weich werden“.

Diesen Meinungen schloss sich das Reichsgericht an und postulierte, der Tätertyp könne sich „aus der Art der Straftat oder aus einer Würdigung der Persönlichkeit des Täters ergeben, besonders aus seinem Vorleben, seinen Vorstrafen, seiner verbrecherischen, gemeinschaftsfeindlichen Gesinnung, oder auch aus der Art und Weise, wie er die Tat begangen, oder aus den Umständen, unter denen er gehandelt hat.“³⁵⁹

Die Tat selbst war nicht mehr der Ausgangspunkt für die strafrechtliche Bewertung und die Strafzumessung, sondern nur ein dienendes Einzelteil, um Rückschlüsse auf den Täter ziehen zu können. Im Mittelpunkt der Betrachtung stand der Täter, dessen Eignung als zuverlässiger Volksgenosse, sein Einsatz für Volk, Führer und NS-Staat. „Gesinnungslumpen“ galt es auch bei geringfügigen Taten auszumerzen, bei fleißigen, zuverlässigen und gemeinschaftsfähigen Tätern konnte man davon absehen, wenn er nicht der Typ eines Volksschädlings war. Ein so konturloser Begriff konnte bei vergleichbaren Sachverhalten nach Belieben bejaht oder verneint werden, je nachdem ob man diese Norm anwenden wollte oder nicht.

5.3.3.4 Verfahren in Ulm wegen „Verbrechen bei Fliegergefahr“ (§ 2 VVO)

In Ulm waren insgesamt 34 Verfahren mit 48 Beschuldigten anhängig, davon wurden 27 Personen nach § 2 VVO angeklagt, von denen 15 Personen nach dieser Norm verurteilt wurden. Bei 9 Personen (33,3 %) wurde diese Vorschrift

³⁵⁸ Zit. nach: Mechler, S, 156 f.

³⁵⁹ RGSt 74,321.

entgegen der Anklage vom Gericht abgelehnt, in sieben Fällen, weil der Täter nicht der Typ des Volksschädlings sei, in zwei Fällen weil die Verdunklung nicht kausal für die Tat gewesen sei. In den abgelehnten Fällen wurde aus der Grundnorm verurteilt. In 3 Fällen wurde das Verfahren auf andere Art erledigt (2 Einstellungen, 1 Freispruch). Die übrigen Tatbestandsmerkmale boten keine Schwierigkeiten, keine Probleme gab es beweisrechtlich bei der Ursächlichkeit der Verdunklung für eine Tat. Das schnelle Wegreißen des Geldbeutels, der Einbruch in ein Gebäude, der Diebstahl von 42 Pfund Käse³⁶⁰, eine Vergewaltigung oder sexuelle Belästigung – alles war grundsätzlich durch die Verdunklung begünstigt, sofern der Tatort in Friedenszeiten beleuchtet war.

5.3.4 AUSNUTZUNG DES KRIEGSZUSTANDES

(§ 4 VOLKSSCHÄDLINGSVERORDNUNG)

Diese Norm war mit seinen unbestimmten und allgemein gefassten Formulierungen der „große Auffangtatbestand“ des Kriegsstrafrechtes³⁶¹. Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse und den vielfältigen kriegsbedingten Einschränkungen sowie dem Versuch, den darauf beruhenden Anstieg der Kriminalität mit strafrechtlichen Mitteln zurückzudrängen, muss man den generalklauselartigen Tatbestand des § 4 VVO sehen. Die vielfältigen Kriegsauswirkungen hatten mit ihren Beeinträchtigungen schon jeglichen Lebensbereich erfasst. Diesen Bereich musste das Strafrecht abdecken, um Verstöße zu verhindern und die Auslegung deshalb so kontur- und grenzenlos wie die möglichen Taten sein.

Erforderlich waren auch hier drei Voraussetzungen: Ein Grundtatbestand, durch Kriegszustand verursachte außergewöhnliche Verhältnisse sowie deren Ausnutzung und zur Eingrenzung des ausufernden Strafbarkeitsbereichs eine Begrenzung durch das Erfordernis der Verwerflichkeit der Tat.

³⁶⁰ LG Ulm, Kls 39/40, U. v. 18.6.1940, a. a. O. Bü. 6435, mit der Feststellung, der Täter habe „unter Ausnutzung der zur Abwehr von Fliegergefahr getroffenen Maßnahmen fremde bewegliche Sachen weggenommen“.

³⁶¹ Werle, JuS 1989, S. 955f.

§ 4 Volksschädlingsverordnung

„Wer vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse eine sonstige Straftat begeht, wird unter Überschreitung des regelmäßigen Strafrahmens mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft, wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit erfordern.“

5.3.4.1 Grundtat

Erweiternd zu § 2 VVO konnten auch Übertretungen nach dieser Norm bestraft werden, wenn nicht die Geringfügigkeit dieser Delikte entgegenstanden. Die häufigsten Fälle stellten – wie bei § 2 VVO – Diebstahl, Unterschlagung und Betrug dar. Ein häufiger Anwendungsfall war die Entwendung oder Beraubung von Feldpostpäckchen oder Bahngütern.

5.3.4.2 Ausnutzung der außergewöhnlichen Verhältnisse.

Das Merkmal der „durch den Kriegszustand verursachten Verhältnisse“ sollte alle denkbaren dadurch begünstigten Handlungen erfassen; da der Krieg sich auf allen gewerblichen und privaten Bereichen auswirkte, musste die Norm sehr weit gefasst sein und alle Lebensbereiche erfassen, weshalb jegliche Tat darunter subsumiert werden konnte³⁶².

Der Kriegszustand verursachte durch die Einziehung von Wehrpflichtigen zusätzlich großen Arbeitermangel, der wiederum mangelnde Kontrollen und unzureichende Überwachungen nach sich zog, wodurch Straftaten erleichtert wurden³⁶³. Die Güterbewirtschaftung erschwerte den Bezug kontingentierter Wirtschaftsgüter, wodurch Schwarzhandel und der Absatz von Hehlergut zunahmen. Praktisch auf allen Gebieten schuf der Kriegszustand außergewöhnliche Verhältnisse. Dieses Tatbestandsmerkmal konnte man bei jeglichem Delikt, vom Vermögens- bis zum Sexualdelikt, bejahen: Die Personalknappheit wegen Einziehung zur Wehrmacht erleichterte mangels Überwachung jeden Diebstahl³⁶⁴, aber

³⁶² Werle, JuS 1989, S. 55 f.

³⁶³ Zit. aus: Roeser FN 108 S. 134.

³⁶⁴ Weckbecker, S. 259, FN 201 ff.

auch Sexualübergriffe auf den unbelebten Straßen, in denen Männer als Beschützer fehlten.

Der Begriff des „Ausnutzens“ ist identisch mit der Definition zu § 2 VVO, die Kriegsumstände mussten die Tatbegehung begünstigt oder erleichtert haben. § 4 VVO stellte entgegen dem Wortlaut „unter Überschreitung des regelmäßigen Strafrahmens“ keinen qualifizierten Tatbestand dar, sondern begründete eine eigenständige Strafnorm. Man wollte die Volksschädlinge gleichmäßig bestrafen und von vornherein eine angemessene Ausgangsebene schaffen. Diese Ansicht wurde vom Reichsgericht ständig vertreten³⁶⁵.

5.3.4.3 Verwerflichkeit als Korrektur

Nach dem weit gefassten Wortlaut wurden selbst Übertretungen – also üblicherweise geringfügige Verstöße – von § 4 VVO erfasst und mit Zuchthaus bestraft. Dies war nicht erwünscht, weshalb mit dem Begriff der Verwerflichkeit unangemessen hohe Strafen vermieden werden sollten, entsprechend dem Tätertyp bei § 2 VVO. Das Reichsgericht³⁶⁶ definierte als Volksschädling denjenigen, dessen „Straftat nach dem gesunden Volksempfinden besonders verwerflich“ war. Damit waren jegliche Konturen für eine berechenbare Rechtsprechung verwischt, einer willkürlichen Einzelfallentscheidung Tür und Tor geöffnet. Eine Tat konnte sowohl mit einer Geldstrafe als auch mit der Todesstrafe belegt werden³⁶⁷.

5.3.4.4 VERFAHRENSANFALL NACH § 4 VVO IN ULM

Von den in Ulm anhängigen 34 Verfahren mit 48 Personen wurden 21 Personen nach § 4 VVO angeklagt, 7 davon (33,3 %) nach dieser Norm verurteilt, bei 12 Personen (57,1 %) wurde diese Norm abgelehnt und aus dem Grunddelikt abgeurteilt, in je einem Fall wurde freigesprochen bzw. das Verfahren eingestellt. Das Gericht hat in über der Hälfte der Verfahren die angeklagte Norm abgelehnt und aus anderen Delikten verurteilt. Ein so hoher

³⁶⁵ RGSt 74, 98; 199, 203; S. 372; S. 377; RGSt 75, 210 f; RGSt 76, S. 385, 386 u. a.

³⁶⁶ RGSt 74, 321 f.

³⁶⁷ Vgl. Lagebericht OLGPräs. Stuttgart v. 2.3.1940, worin er die Ausmerzungen von Volksschädlingen aus der Gemeinschaft während des Krieges für richtig hält, jedoch moniert, „der Täter könne heute in manchen Fällen nicht mehr ermesen ob er mit einer Geldstrafe wegkomme oder ob er seinen Kopf riskiere“. StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 2.

Prozentsatz an Ablehnungen erscheint außergewöhnlich hoch, vor allem bei der damaligen politischen Lenkung und Beeinflussung mit Vorbesprechungen zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht. Entweder die Staatsanwaltschaft hatte diese Norm extensiv und überzogen ausgedehnt oder das Gericht völlig unbeeindruckt von politischen Vorgaben nach klassischen Grundsätzen geurteilt.

3 Einstellungen erfolgten nach Kriegsende wegen unbekannten Aufenthalts der Beschuldigten gem. § 205 StPO³⁶⁸. Die Beschuldigten kamen – neben Deutschen – aus Frankreich (6), Niederlande (2), Italien, Belgien, Jugoslawien und Tschechoslowakei (je 1).

Mit der Ablehnung der VVO veränderte sich die Situation der Verurteilten erheblich zu ihrem Vorteil: Sie waren keine „Politischen“ mehr mit „rotem Winkel“³⁶⁹, die jahrelang mit 20-Kilogramm schweren Eisenkugeln an den Beinen in mittelalterlicher Einzelhaft angekettet eingeschlossen wurden. Jegliche geistige Betätigung – Lesen, Malen, Unterhaltungen, Besuche, Bilder an der Wand, Fotos von Angehörigen – waren untersagt, um ihre Persönlichkeit zu zerstören. Tobsuchtsanfälle und Suizid waren vorprogrammiert. Zuchthäusler wurden auch regelmäßig von der Vollzugsanstalt an die SS zur Einlieferung ins KZ überstellt, um sie „durch Arbeit zu liquidieren“. Binnen weniger Monate war die Hälfte verstorben. Vor diesen Torturen und dem wahrscheinlichen Tod bewahrten sie Richter mit der Verurteilung zu Gefängnisstrafen.

5.3.5 Strafsanktionen bei Verstößen gegen §§ 2 – 4 VVO

Die verheerenden Luftangriffe, die andauernden Verdunklungen führten zu einem Anstieg der Alltagskriminalität unter Ausnutzung der Kriegszustände, bei denen zur Abschreckung eine radikale Erhöhung der Strafen ab 1943 zu erwarten gewesen wäre. Das Gericht hatte die Anwendung der Norm in 57,1 % der angeklagten Fälle jedoch abgelehnt und damit auch keine hohen Zuchthausstrafen

³⁶⁸ Ein französischer Zivilarbeiter war 1945 als Aushänger bei Verdunklung Mädchen gegenüber getreten, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 7798. Ein niederländischer Zivilarbeiter hatte 1945 bei Fliegerangriff einen Koffer im Luftschutzbunker gestohlen, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 7799. Ein italienischer Kriegsgefangener hatte nach einem Fliegerangriff geplündert, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 7800.

³⁶⁹ Im Strafvollzug waren die Häftlinge mit verschiedenen Farben gekennzeichnet: Politische Täter mit rotem, Homosexuelle mit rosa Winkel u.a. Dadurch konnte der unterschiedliche Vollzug leichter überwacht werden.

verhängt. Es wird deshalb geprüft, wie sich die Strafsanktionen nach Art und Höhe mit dem Jahr 1943 entwickelt haben. **Strafentwicklung 1940 – 1945**

	Verfahrensdauer	Gefängnis	Zuchthaus	Ehre	U-H
1940	40,4	11,6	16	42	52,4
1941	41		40	52	84,5
1942	35,1	7,5	25	39	64,2
1943	30,2	12,5	26	48	113
1944	19	9			
1945	30,2	12,5	28	40	76,6
Ges.	32,7	10,5	27	44,2	78,1

Die Zuchthausstrafen liegen in den Jahren 1940/42 mit 27 Monaten genau gleich hoch wie in den Jahren 1943/45, die Gefängnisstrafen erhöhten sich im gleichen Zeitraum geringfügig von 9,5 auf 11,1 Monate. Der Grund dürfte in der geringen Anzahl von überwiegend fünf bis neun jährlich überlieferten Akten zu sehen sein, wobei 1942 die Gefängnisstrafen durch ein Verfahren gegen Jugendliche den Strafdurchschnitt um ca. ein Drittel verringerte.

In über der Hälfte der angeklagten Verfahren hatte das Gericht nicht nach der VVO verurteilt, sondern aus den Grunddelikten. Von Interesse war die Frage, ob bei Ablehnung der Norm das Strafmaß milder ausgefallen ist als bei einer Bejahung. Dies sollte durch den Vergleich der Strafmittelwerte beider Gruppen festgestellt werden.

Strafhöhe bei Ablehnung bzw. Bejahung der VVO

	Verf.dauer	Gefängnis	Zuchthaus	Ehre	U-Haft
Bejahung	39	12,8	27,9	44,6	78,4
Verneinung.	29,6	9,7	29,6	42,9	72,8

Die Sanktionen sind in beiden Fällen vergleichbar hoch bei Zuchthaus und Ehrverlust, lediglich die Gefängnisstrafen sind bei Verneinung der VVO um 25 % geringer³⁷⁰. Dies beruht im Wesentlichen auf 5 Verfahren gegen Heranwachsende, bei denen sich ihre Jugend strafmildernd auswirkte (Strafen von 1 – 6 Monaten). Ohne diesen Einzelfall wären die Strafen beider Gruppen vergleichbar

³⁷⁰ Die Verurteilung zu Jugendarrest blieb dabei unberücksichtigt (Verfahren gegen 5 HJ-Angehörige wg. Sittlichkeit, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 6531.

hoch gewesen. Die politisch geforderte Straferhöhung des § 4 VVO fiel nicht so strafscharfend aus wie erwartet. Die Anwendung der ohnehin sehr hohen Grundnormen, insbesondere bei Rückfall (in 15 Fällen lagen die Voraussetzungen vor), zeitigten denselben Erfolg. Die lange Dauer der Verfahren bei den Verurteilungen mit VVO ist überwiegend durch ein atypisch langes 128-tägiges Verfahren mit 179 Tagen U-Haft bedingt.

Lediglich 4 Frauen sind wegen VVO - Vorwürfen anhängig geworden, aber besonders viel Nachsicht wurde ihnen nicht zuteil. Nur bei einer 20-jährigen wurde die VVO nicht angewandt und eine 9-monatige Gefängnisstrafe verhängt. Sie war ausgebombt worden und hatte sich gefundene Kleider zu Unrecht als eigene angeeignet. Nach Ansicht des Gerichts erforderte das gesunde Volksempfinden nicht die Überschreitung des Strafrahmens³⁷¹. Bei allen anderen Werten (Dauer des Verfahrens, der Freiheitsstrafen, Entzug der Ehre, U-Haft) liegen die Frauen über dem Durchschnitt. Das überrascht bei der Schwere der Taten nicht, z. B. hatte eine Täterin nicht vorhandene Waren für 10.000.- RM gegen Anzahlung verkauft, dafür 21 Monate Zuchthaus erhalten.

Die Mittelwerte der Verfahrensdauer betrugen 33,5 Tage, bei Gefängnis 9 Monate, Zuchthaus 32,3 Monate, Ehrentzug 44 Monate, U-Haft 85 Monate.

Gegen 14 Ausländer wurden Verfahren durchgeführt, dies waren sechs Franzosen, je zwei Jugoslawen und Niederländer, je ein Belgier, Italiener, Tscheche und Pole. Straf- oder verfahrensrechtlich finden sich keine Unterschiede zu Deutschen.

5.3.6 ZUSAMMENFASSUNG

Die Staatsanwälte für politische Strafsachen hatten sich die NS-Ideologie der Eliminierung von Regimekritikern zu eigen gemacht. In ihrem fanatischen Verfolgungseifer legten sie Strafnormen und Sachverhalt zu Ungunsten der Beschuldigten aus. Zu einem hohen Prozentsatz blieb dies erfolglos, die Verfahren wurden eingestellt oder aus einer milderer Vorschrift verurteilt. Die Verfolgungsbehörde hat mehr mit dem Ziel gehandelt, die ideologischen Vorgaben zur Eliminierung von Volksfeinden zu erfüllen. Den Verurteilten blieb so Zuchthaus und damit jahrelange qualvolle Einzelhaft ebenso erspart wie eine Überstellung ins Konzentrationslager, was eine „illegale Todesstrafe“ bedeutete.

³⁷¹ LG Ulm KLS 6/45, Urteil v. 20.3.1945, StA Ludwigsburg E 352, Bü 6824.

5.4 GEFÄHRLICHE GEWOHNHEITSVERBRECHER (§ 20 a StGB).

5.4.1 ALLGEMEINES

Dieses am 24.11.1933³⁷² erlassene Strafgesetz ermöglichte bei Rückfalltätern eine Strafschärfung sowie Verhängung von Sicherungsverwahrung. Es zählt zu den NS-Strafgesetzen, mit denen „Asoziale, Parasiten und Arbeitslose“, die nicht dem Bild der NS-Ideologie entsprachen, für lange Zeit durch hohe Freiheitsstrafen oder Sicherungsverwahrung aus der Volksgemeinschaft dauerhaft entfernt werden sollten³⁷³. Die Wurzeln dieser Norm liegen schon vor der Zeit der Weimarer Republik³⁷⁴, sie wurde nicht als NS-Unrechtsnorm aufgehoben, sondern nach 1945 weiter angewendet und in der Bundesrepublik übernommen³⁷⁵. In der Weimarer Republik sollte die Vergeltungsstrafe beibehalten, aber durch Unterbringung und Sicherungsverwahrung ergänzt werden. Die neue NS-Regierung übernahm die wesentlichen Elemente der Gesetzentwürfe, formte diese jedoch für ihre NS-Rassenpolitik um mit dem Ziel, „die Aufartung des deutschen Volkes“³⁷⁶ umzusetzen. Die Begründung für diese Norm erweist sich in ihrer Terminologie als typisch nationalsozialistisch: „Die den Gewohnheitsverbrechern eigentümlichen Merkmale aber sind so zu beschreiben: Das Verbrechen ist ihnen zur Gewohnheit geworden, sei es, weil angeborene schlechte Anlagen den Sinn für Ordnung, Sitte und Recht in ihnen von vornherein niederhielten und der Einfluss der Umgebung ihre feindselige Einstellung gegen die Volksgemeinschaft fortwährend festigte, sei es, weil sie, obwohl an sich mit guten Anlagen versehen, sich zum Verbrechen verführen ließen und die Kraft zum Umkehren verloren. Der durch Übung ausgebildete Hang zum Verbrechen wirkte so stark

³⁷² RGBl. I S. 995.

³⁷³ Ein typisches NS-Unrechtsgesetz ist das GGV nicht. Die Strafschärfung bei Vorstrafen entsprach althergebrachten Strafzumessungsregeln. Diese Norm wurde nicht vom Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte vom 25. August 1998 (BGBl. 1998 I, S. 2501 ff) aufgehoben. Darüber hinaus verblieb diese Vorschrift noch lange Zeit weiterhin im StGB der Bundesrepublik.

³⁷⁴ Schon Franz v. Liszt hatte in seiner Marburger Antrittsvorlesung 1882 auf die Bedeutung von Abschreckung und Verwahrung neben dem Ziel der Besserung hingewiesen.

³⁷⁵ Bis zum Inkrafttreten des 1. Strafrechtsreformgesetzes am 1. Januar 1970 war das Gewohnheitsverbrechergesetz in der Bundesrepublik gültig.

³⁷⁶ Müller, Christian, S. 51 ff.

auf sie ein, daß sie immer wieder von sich aus auf ein neues Verbrechen sinnen oder sich durch jeden von außen an sie herantretenden Anstoß zum Rückfall in das Verbrechen verleiten lassen“³⁷⁷.

Nach dieser Begründung zielte die Norm darauf ab, die NS-Rassenpolitik durchzusetzen und Volksgenossen mit angeborenen schlechten Erbanlagen durch lange Freiheitsstrafen, Sicherungsverwahrung oder Sterilisierung bzw. Entmannung von einer Fortpflanzung auszuschließen.³⁷⁸

5.4.2 QUELLENLAGE

Von den archivierten Strafakten aus Ulm betrafen 52 Verfahren mit 56 Beschuldigten den Vorwurf des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers, von denen eines zum Schöffengericht Ulm, alle übrigen zum Landgericht angeklagt worden waren. Die erhaltenen Akten sind aus den verschiedenen Jahren in sehr unterschiedlichem Umfang erhalten. Lediglich in den Jahren 1936 und 1942 sind mehr als 10 Verfahren überliefert, in den übrigen Jahren waren es lediglich zwischen 1 bis 6 Akten. Dieser unterschiedliche und sehr geringe Überlieferungsgrad ermöglicht keine hinreichend sicheren Rückschlüsse auf eine etwa wechselnde Strafzumessung oder unterschiedliche Behandlung bei U-Haft, Verfahrensdauer u. ä.

5.4.3 STRAFNORM DES § 20 A STGB

Im Gewohnheitsverbrechergesetz wurde ein ganzes Bündel von Maßnahmen erlassen, durch welche „Asoziale“ durch Strafen oder Maßregeln eliminiert werden sollten, nur eine davon war die als Ergänzung des Strafgesetzbuches neu eingeführte strafschärfende Rückfallvoraussetzung, die wie folgt lautete:

„Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung. Vom 24. November 1933.

Artikel 1

³⁷⁷ Ohlshausen, 12. Aufl. § 20a Anm. 6, zit. nach: Oehler, S. 214, FN 304.

³⁷⁸ Die Strafjuristen waren wegen seiner Härte begeistert (Wachsmann, S. 123).

Strafschärfung für gefährliche Gewohnheitsverbrecher. Besitz von Diebeswerkzeug

Das Strafgesetzbuch wird ergänzt wie folgt:

§ 20a

Abs. 1: Hat jemand, der schon zweimal rechtskräftig verurteilt worden ist, durch eine neue vorsätzliche Tat eine Freiheitsstrafe verwirkt und ergibt die Gesamtwürdigung der Taten, dass er ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist, so ist auf Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren und, wenn die neue Tat auch ohne diese Strafschärfung ein Verbrechen wäre, auf Zuchthausstrafe bis zu fünfzehn Jahren zu erkennen.

Abs. 3: Eine frühere Verurteilung kommt nicht in Betracht, wenn zwischen dem Eintritt ihrer Rechtskraft und der folgenden Tat mehr als fünf Jahre verstrichen sind.

§ 42 e

Wird jemand nach § 20a als ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher verurteilt, so ordnet das Gericht neben der Strafe die Sicherungsverwahrung an, wenn die öffentliche Sicherheit es erfordert.

§ 42 k

Das Gericht kann neben der Strafe anordnen, dass ein Mann, der zur Zeit der Entscheidung das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, zu entmannen ist, 1. wenn er wegen eines Verbrechens der Nötigung zur Unzucht ... oder wegen eines zur Erregung oder Befriedigung des Geschlechtstriebes begangenen Vergehens oder Verbrechens der öffentlichen Vornahme unzüchtiger Handlungen ... zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten verurteilt wird, nachdem er schon einmal wegen einer solchen Tat zu Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, und die Gesamtwürdigung der Taten ergibt, dass er ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist;".

In der amtlichen Begründung wurde dazu ausgeführt, das Gewohnheitsverbrechergesetz habe „die Autorität des Staates gegenüber dem Rechtsbrecher zu steigern und der Strafrechtspflege stärkere und wirksamere Waffen als bisher gegen das gemeinschädliche Verbrechen zur Verfügung zu stellen“³⁷⁹.

Diese Verordnung kodifizierte die schon lange geübte Strafzumessungspraktik, einschlägige Vorbelastungen strafschärfend zu berücksichtigen, bettete

³⁷⁹ Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger v. 27.11.1933 (Nr. 277) S. 2.

diese jedoch in den ideologischen Kontext des Dritten Reiches ein und übernahm diesen. Gesetzestechnisch konnten so die Voraussetzungen der Strafschärfung wegen Vorstrafen auf einer langen Erfahrung aufbauen, die Justiz musste keine neuen Normen anwenden. So konnte 1941 aus rechtstheoretischer Sicht festgestellt werden „Diese VO ist wesentlich einfacher und bietet keine besonderen Streitfragen.“³⁸⁰

5.4.4 Vorverurteilungen

Als objektive Voraussetzung der Strafschärfung konnten zwei nicht verjährte Vorverurteilungen verhältnismäßig leicht an Hand des Vorstrafenverzeichnisses festgestellt werden, ebenso eine neue vorsätzliche Tat. Problematisch konnte es werden, wenn mehrere Taten in Fortsetzungszusammenhang begangen waren, rechtlich also nur eine Tat vorlag. In den hier festgestellten Fällen kam diese Konstellation nicht zum Tragen.

Die NS-Ideologie wollte das gesellschaftsschädliche Verbrechen ausrotten, dazu konnte schon mit polizeilichen Präventivmaßnahmen jeder mit mindestens 6 Monaten Freiheitsstrafe Vorbestrafte in Vorbeugehaft genommen werden. Die Justiz wurde mit dem Gesetz gegen Gewohnheitsverbrecher zusätzlich verpflichtet, mit schärfsten Strafen und Sicherungsverwahrung gegen diese Gruppe vorzugehen, die nach der Anzahl der Vorstrafen zu den kriminellen Intensivtätern zu zählen waren, wiesen sie doch im Durchschnitt in Ulm 13,2 Vorverurteilungen auf, die ersichtlich weder abschreckende noch bessernde Wirkung gezeigt hatten. Dies gilt vor allem für 12 Täter (21,8 %), die 20 oder mehr – bis zu 54 - Vorstrafen aufwiesen. Betrachtet man die Vorstrafen näher, stellt man schnell fest, dass diese, je häufiger, desto unbedeutender waren. Nicht wenige Eintragungen wiesen Kleinkriminelle auf, die als Hausierer oder Bettler ihr Dasein fristeten, sie wurden wegen Bagatellen häufig aufgegriffen, bestraft und kamen so auf exorbitant viele Eintragungen im Vorstrafenverzeichnis. Der von ihnen verursachte Schaden war minimal, sie waren nach ihren Fähigkeiten gar nicht in der Lage, Betrugereien größeren Umfangs zu begehen, oder geplante Einbrüche zu organisieren, sie begingen Gelegenheitsdelikte geringen Ausmaßes. Der Begriff „gefährlicher Gewohnheitsverbrecher“ traf nach der NS-Terminologie auf sie zwar zu, tatsächlich waren sie jedoch mehr lästig als gefährlich.

³⁸⁰ Schickert, DR 1941, S. 115 (122).

5.4.5 Neue Straftat

Als neue vorsätzliche Straftaten wurden weit überwiegend Vermögensdelikte begangen: Diebstahl in 28 Fällen (50,0 %), Betrug in 12 Fällen (21,4 %), Sexualdelikte, auch § 175 f StGB, in 8 Fällen (14,3 %), bei den sonstigen 8 Verfahren (14,3 %) waren Brandstiftung, aber auch Sachbeschädigung festzustellen.

5.4.6 Tätertyp des Gewohnheitsverbrechers

Die Strafschärfung traf nur den Tätertyp des Gewohnheitsverbrechers, geringfügigere Verstöße wollte man, auch wenn vom Wortlaut erfasst, nicht mit so hohen Strafsanktionen belegen, es sei denn, der Täter sollte als gemeinschädlich eliminiert werden. Die Charakterisierung des Gewohnheitsverbrechers war aus der Gesamtwürdigung der Taten zu entnehmen. Er war kein Gelegenheits- und Zufallsverbrecher, sondern eine Persönlichkeit, „die infolge eines auf Grund charakterlicher Veranlagung bestehenden oder durch Übung erworbenen inneren Hangs wiederholt Rechtsbrüche begeht und zur Wiederholung ... neigt“³⁸¹.

Das Erfordernis eines Tätertyps rückte die Tat als Strafzumessungsgrund in den Hintergrund, hob vielmehr auf den Täter und dessen Lebensführung und Einstellung zur Volksgemeinschaft ab. Mit dem traditionellen Strafrechtsverständnis wurde mit diesem Begriff gebrochen, Tat und Persönlichkeit bildeten nur noch einen lockeren Anknüpfungspunkt für die Bestrafung, im Vordergrund stand das politische Ziel des „Reinigungsbedürfnisses der Volksgemeinschaft und die Ausmerzung des Minderwertigen unter dem Gesichtspunkt der Generalprävention und der Stärkung des Gemeinschaftswillens.“³⁸² Die „richtige“ Sanktion war damit keine richterliche Frage, sondern eine Entscheidung nach politischen Nützlichkeitsabwägungen. Je nach dem erstrebten Ergebnis hatte man einen großen Spielraum, um den Tätertyp zu verneinen und eine mildere Strafnorm anzuwenden, wie dies in Ulm praktiziert wurde. Die Voraussetzungen und die Terminologie des Tätertyps sind identisch mit dem des Volksschädlings; wer nicht dem ideologischen Menschenbild der Partei entsprach, etwa arbeitsscheu war, fiel unter diesen Begriff, weil er dann „ausgesondert“ werden konnte. Eine

³⁸¹ RGSt 68, 155; Exner, DJ 1943, 377.

³⁸² Schwarz, Alfons, S. 44.

schwerwiegende Tat oder Vorstrafen waren hierfür ein starkes Indiz. Dadurch kam der in der Persönlichkeit begründete verbrecherische Hang, der den Tätertyp kennzeichnete, zum Ausdruck³⁸³. So konnte das Gericht bei vergleichbaren Taten zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Ablehnung oder Annahme des Typs konnten bei dem rechtlich unproblematischen Begriff in der Rechtsprechung mit kurzen, formelhaften Feststellungen begründet werden.

5.4.6.1 Bejahung des Tätertyps

Auch die Rechtsprechung in Ulm begründete den Tätertyp mit griffigen, , prägnanten und volksnahen Sätzen.

(1) „Nur wenige Stunden nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe beging er einen neuen Betrug“³⁸⁴, der Verurteilte brachte 25 Vorverurteilungen mit.

(2) Einem Heiratsschwindler (5 Vorstrafen) wurde im Urteil dargelegt: Der Angeklagte ist ein „moralisch minderwertiger und gleichgültiger Mensch - ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher“³⁸⁵.

(3) Begründung bei einem Sexualtäter (19 Vorstrafen), der ein 9-jähriges Mädchen wiederholt zum Verkehr genötigt hatte: er sei arbeitsscheu, gewalttätig, von Strafen völlig unbeeindruckt. Zu den 3 Jahren Zuchthaus meinte dieser: „Die sitze ich auf einer Arschbacke ab“³⁸⁶.

(4) Auch die Vererbung³⁸⁷ wurde zur Begründung herangezogen: Der Verurteilte sei mit schlechtem Erbgut belastet, schon sein Vater sei 10-mal vorbestraft gewesen, er selber habe keinen geordneten Schulbesuch gehabt³⁸⁸.

(5) Zur Bejahung des Strafschärfungsgrundes reichte aus, dass der Verurteilte sittlich verdorben sei, Unzucht mit seiner Schwester getrieben habe und mit politisch höchst belasteten Menschen zusammenkomme³⁸⁹. Hier wurde das

³⁸³ Exner, DJ 1943, 377.

³⁸⁴ LG Ulm, Urte. V. 6.7.37, StA Ludwigsburg, E 352, Bü 1511.

³⁸⁵ U. v. 4.1.1939 Kls 67/39, StA Ludwigsburg E 352, Bü 4406.

³⁸⁶ LG Ulm Kls 99/38, U. v. 27.3.1938, StA Ludwigsburg, E 352, Bü 2308.

³⁸⁷ Zustimmend Exner, DJ 1943, S 377 (378).

³⁸⁸ LG Ulm, Kls 21/36U. v. 23.4.1936, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 1238.

³⁸⁹ U. v. 10.8.33, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 2372.

nationalsozialistische moralische Menschenbild direkt mit strafrechtlichen Mitteln durchgesetzt.

(6) Der Typus des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers wurde mit den gleichen Argumenten begründet, wie der des Volksschädlings. Diese Austauschbarkeit zeigt sich in den tateinheitlich verurteilten Fällen: Sein „nicht zu beseitigender Hang zu Straftaten“ brachte einem Dieb mit 15 Vorstrafen, der bei Verdunklung gestohlen hatte, 54 Monate Zuchthaus ein, er verstarb am 28.12.1943 im KZ³⁹⁰.

(7) Bei Fliegerverdunklung versuchte ein 5-fach Vorbelasteter eine 17-jährige zu vergewaltigen, das Gericht stufte ihn als „unbeherrschten, hemmungslosen Angeklagten“ als Tätertyp des Volksschädlings und gefährlichen Gewohnheitsverbrechers ein und verurteilte tateinheitlich wegen beider Verbrechen zu 24 Monaten Zuchthaus³⁹¹.

(9) Das Schöffengericht Ulm hielt einem Betrüger zugute, er sei fleißig und sparsam, aber in keiner wirtschaftlichen Notlage gewesen, dadurch habe er sich besonders ehrlos gezeigt³⁹².

5.4.6.2 Verneinung des Tätertyps

Die Strafnorm wurde vom Gericht nicht schematisch nach rein formellen Gesichtspunkten angewendet, es prüfte ersichtlich jeden einzelnen Fall und gewichtete die Vorstrafen nicht nach ihrer Anzahl, sondern ihrer Schwere.

(1) Ein Landstreicher mit 54 Vorstrafen hatte 1943 Kleidungsstücke gestohlen, das Gericht sah ihn nicht als Gewohnheitsverbrecher an, es verurteilte nur wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis, die durch U-Haft verbüßt waren und sah von Sicherungsverwahrung ab. Der Verurteilte hatte nach 5,5 Jahren im Arbeitshaus ein Jahr lang unauffällig gelebt, das Gericht zeigte sich überzeugt, er könne nunmehr ein ordnungsgemäßer Volksgenosse werden³⁹³.

³⁹⁰ LG Ulm KLS 29/41U. v. 2.9.1941, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6481.

³⁹¹ LG Ulm, U.v.4.9.41 KLS 31/41, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 6483.

³⁹² AG-Schöffengericht –Ulm Ls 21/41, U.v.17.3.42, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6543.

³⁹³ LG Ulm, KLS 21/43U. v. 29.6.1943, a.a.O., Bü 6660.

(2) Gegen eine arbeitsscheue Serienbetrügerin mit 4 Vorstrafen wurden wegen mehrerer Betrugereien 5 Jahre Gefängnis verhängt, die Anwendung des Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher ebenso abgelehnt wie eine Sicherungsverwahrung. Zur Begründung wurde ausgeführt, während der langen Strafverbüßung werde sie sich an eine regelmäßige Arbeit gewöhnen und so ein brauchbares Mitglied der Volksgemeinschaft werden³⁹⁴, sie entspreche deshalb nicht dem Typ einer Gewohnheitsverbrecherin und stelle nach Entlassung keine Gefahr mehr für die Volksgemeinschaft dar.

(3) Da ein Betrüger mit 5 Vorstrafen versprochen hatte, nach Strafverbüßung zu seiner Ehefrau zurückzukehren, hielt ihn das Gericht nicht mehr für gefährlich³⁹⁵.

(4) Ebenso zeigte sich das Gericht überzeugt, ein Homosexueller mit 14 Vorstrafen sei keine Gefahr mehr für die Allgemeinheit³⁹⁶.

(5) Wegen der abschreckenden Wirkung einer zwei-jährigen Zuchthausstrafe auf einen 33-jährigen Betrüger mit 15 einschlägigen Vorstrafen sah das Gericht von einer Sicherungsverwahrung ab, da er jetzt weitere Straftaten unterlassen werde³⁹⁷.

5.4.7 Soziale Täterstrukturen

Insgesamt waren Verfahren gegen 56 Beschuldigte – unter ihnen 4 Frauen – anhängig gewesen, von denen ein einziger – ein Pole – freigesprochen worden ist. Von 34 Personen ist der Familienstand bekannt: Über die Hälfte von ihnen, nämlich 18 Beschuldigte (52,9 %) waren ledig, 14 (41,2 %) verheiratet, je einer (2,9 %) war geschieden bzw. verwitwet.

Der weitaus überwiegende Anteil der Angeklagten, nämlich 31 Personen (79,5 %) entstammte der Arbeiterklasse, wobei 16 Personen (41,0 %) jegliche

³⁹⁴ LG Ulm, KLS 12/43U. v. 6.4.43, a.a.O. Bü. 6651: der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Zuchthaus und Sicherungsverwahrung beantragt.

³⁹⁵ LG Ulm, U. v. 24.3.1942, StA Ludwigsburg, E 352, Bü 6546.

³⁹⁶ LG Ulm, KLS 128/37U. v. 3.2.1938, a.a.O., Bü 1556.

und LG Ulm, KLS 115/37U. v. 27.1.1937, a.a.O. Bü 1545.

³⁹⁷ LG Ulm, U. v. 10.2.42, a.a.O., Bü 6533.

Ausbildung fehlte, sie als Hilfsarbeiter einzustufen waren. 15 Personen (38,5 %) waren Arbeiter mit Schulabschluss und in ihrem Beruf zumindest als angelernt anzusehen. Zwei Angestellte (5,1 %) waren ebenfalls betroffen, Kleinbetriebe, zumeist Landwirte, waren in sechs Fällen mit 10,9 % zu vermerken.

Diese Auswertung zeigt, dass sich in der Praxis die Norm des Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher im Grunde nicht nur gegen für die Gemeinschaft gefährliche und intensive Schwer- und Gewaltverbrecher richtete, sondern ebenso eine unterprivilegierte Schicht erfasste, die es mangels Ausbildung und schwach ausgeprägten Arbeitswillens schwer hatte, sich selbst zu versorgen. Die Straftaten zeigen eher lästige denn gefährliche Hausierer und Bettler, die schnell zwanzig und mehr Vorstrafen wegen nichtiger Verstöße ansammelten. Für die NS-Ideologie waren sie – weil Außenseiter und unproduktiv für die Volkswirtschaft – unnütze Parasiten, die es ausmerzen galt.

An Nationalitäten waren je ein Jugoslawe, Pole und Tscheche vertreten, was wegen der bei Ausländern nicht zu erwartenden Vorstrafen nicht überrascht.

5.4.8 Polizei- und U-Haft

Bei Gewohnheitsverbrechern war wegen der zahlreichen Vorverurteilungen in dieser Gruppe grundsätzlich eine Fluchtgefahr zu vermuten, dementsprechend ein hoher Haftanteil zu erwarten. Die Polizeihaft wurde bei 9 Personen (17,7%) mit durchschnittlich 2,8 Tagen vollzogen. U-Haft verhängte man bei 40 Beschuldigten (74,5 %) mit durchschnittlich 93,6 Tagen, was bei den zu erwartenden hohen Strafen nicht überraschend ist. Bei zwei Frauen dauerte sie 178 bzw. 132 Tage, zugrunde lagen umfangreiche Betrügereien bzw. Diebstähle.

5.4.9 Sanktionen und Verfahrensdaten

5.4.9.1 Freiheits- und Geldstrafen

Die verhängten Strafen und damit verbundenen Entscheidungen - Verhängung von Ehrverlust, Verfahrensdauer - sowie die Entwicklung dieser Werte von 1935 – 1945 stellt sich wie folgt dar:

Entwicklung der Strafsanktionen von 1935 - 1945

Jahr	Geld	Gefängnis	Zuchthaus	Ehre	U-Haft	Verf. Dauer	Angekl.
	RM	Monate	Monate	Monate	Tage	Tage	
1935			48	60	59		1
1936			39	60	48	34,3	3
1937	350.-	13	33	49,9	84,4	50,2	11
1938	10.-	15	51,8	52,8	126	46	6
1939	165.-		40,5	60	68,3	52,8	5
1940			66	60	144	133	2
1941		26	39,6	54	66	36	6
1942	45.-	15	28,5	43,3	123,2	46,4	16
1943		26,3		36	116	31,8	4
1944			36	48		19	1
1945			36	60		47	1
MiWe	142,5	19,1	38	52,9	93,6	49,6	56

Von 56 Angeklagten wurden 2 freigesprochen, jeweils ein Pole und ein Jugoslawe. Das belegt die Objektivität des Gerichts gegenüber den zumeist rechtlosen, angeblich minderwertigen Ausländern, vor allem bei einem Polen mit 44 Vorstrafen im Jahre 1942³⁹⁸.

Eine Geldstrafe zusätzlich zur Freiheitsstrafe wurde in acht Fällen (14,3 %) festgesetzt, sie lag zwischen 350.- RM und 10.- RM, durchschnittlich betrug sie 142,50 RM. Gegen 10 Personen (17,9 %) wurden Gefängnisstrafen von durchschnittlich 19,1 Monaten ausgeworfen, sie lagen zwischen 4 Monaten und 60 Monaten. Die fünfjährige Gefängnisstrafe wurde gegen eine Serienbetrügerin verhängt, die 4 Monate Gefängnis gegen einen Hausierer mit 54 Vorstrafen (!). Beide wurden nicht als gefährliche Gewohnheitsverbrecher eingestuft. Zuchthaus wurde gegen 39 Angeklagte (69,6 %) verhängt, mit durchschnittlich 38,0 Monaten. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden 40 Mal (72,7 %) für 52,9 Monate im Mittelwert entzogen.

Auch hier kann man mit dem Jahre 1943 eine Entwicklung zu mildernden Strafen nach Strafhöhe als auch nach Strafart konstatieren. Im Jahre 1943 wurden drei Gefängnisstrafen verhängt, obwohl für Gewohnheitsverbrecher Zuchthausstrafen erwartet wurden.

³⁹⁸ LG Ulm KLS 19/42U. v. 24.2.1942; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6541.

Entwicklung der Sanktionshöhe 1935- 1942 und ab 1943 (Mittelwerte)

	Gefängnis	Zuchthaus	Ehre	U-Haft	Verf.-Dauer
1935-42	17,3	43,3	55	89,9	44
1943-45	8,8	36	28,8	116	32,6
Rückgang	-49,1%	-16,3%	-47,6%	+ 22,5 %	-11,40%

Strafen und Ehrentzug sind in Monaten, Haft, und Verf.Dauer in Tagen angegeben

Die vorgenannte Aufstellung zeigt wie in Ulm mit dem Jahre 1943 sowohl die Sanktionsart als auch die Höhe milder ausfielen. Die Höhe der Gefängnisstrafen ging um 49,1 %, die Zuchthausstrafen um 16,3 % zurück. Selbst die Nebenentscheidungen waren rückläufig, so bei Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte mit einem Rückgang um 11,4 %.

5.4.9.2 Sicherungsverfahren und Entmannung

Die Sicherungsverwahrung war ein wesentliches Element zum Ausschluss gemeinschaftsschädlicher Täter, die dadurch „weggesperrt“ werden sollten.

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1934 die Sicherungshaft in 3.723 Fällen, 1935 in 1.464 Fällen, 1936 nur noch in 946 Fällen angeordnet³⁹⁹. Damit entsprach die Justiz nicht dem gewünschten Schutz der Volksgemeinschaft vor asozialen Elementen, weshalb die Kriminalpolizei ermächtigt wurde, praktisch willkürlich alle verdächtigen, missliebigen Personen festzunehmen. Das Reichsjustizministerium war bemüht, diese missbräuchliche Freiheitsberaubung einzudämmen und wies im März 1938 die Gerichte an, öfters Sicherungsverwahrung zu verhängen, um so die unbefristete Schutzhaft zu verhindern⁴⁰⁰. Dennoch wurde der Justiz von der Polizei ein doppeltes Versagen vorgehalten, nämlich sie könne weder den repressiven Charakter der Sicherungsverwahrung mit ihrer Rechtsprechung effektiv umsetzen, noch sei sie der Prävention gewachsen. Die Polizei sah sich dazu berufen, diese justizielle Aufgabe für sich zu beanspruchen und zu übernehmen. Nach Kriegsbeginn stiegen die gerichtlich verhängten Sicherungsverwahrungen bis Anfang 1940 auf 6.757 an, um bis zum 12.6.1942 auf

³⁹⁹Eberhardt, S. 51.

⁴⁰⁰Terhorst, Überwachung, S. 160.

2.757 abzusinken⁴⁰¹. Diese Abnahme war durch die Überstellung potentieller Täter an die Gestapo zur „Vernichtung durch Arbeit“ bedingt⁴⁰². Diese hatte zunehmend Präventionsaufgaben übernommen.

Eine Sicherungsverwahrung wurde in 15 Verfahren (26,8 %) ausgesprochen, 14 mal in den Jahren 1935 bis Ende 1942, lediglich eine datiert aus dem Jahr 1945, auch dies ein Hinweis für aufweichende Straftendenzen. Vom Gericht abgelehnt wurde diese Maßnahme immerhin in 13 Fällen (23,2 %), wegen der Jugend des Angeklagten⁴⁰³, weil neben Entmannung eine Sicherungsverwahrung nicht erforderlich⁴⁰⁴, der Täter zukünftig nicht mehr gefährlich sei.

Der drastische Eingriff einer Entmannung wegen Sexualdelikten wurde gegen vier Verurteilte verhängt, u. a. bei einem „Tippelbruder“ mit 20 Vorstrafen, der vor jungen Mädchen onaniert und ihnen unter den Rock gegriffen hatte. Auch damals hätte man schon an der Verhältnismäßigkeit zweifeln können, denn die Rechtsprechung zeigte bei dieser Maßnahme große Zurückhaltung, da die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Erfolg noch nicht gesichert waren. Das Reichsgericht ermahnte immer wieder die Gerichte, nicht nur zu prüfen, ob die öffentliche Sicherheit dies erfordere, „sondern alles zu würdigen, was für eine so schwerwiegende Entscheidung von Bedeutung sein könne“⁴⁰⁵. Die Politik versuchte auch hier gegenteilige Entscheidungen zu erreichen. So wies Hitler persönlich Reichsjustizminister Gürtner an, diese extreme Maßnahme verstärkt einzufordern⁴⁰⁶.

Auffällig war der sehr hohe Anteil an späteren Todesfällen mit 11 Verurteilten (19,6 %), die in unterschiedlichen Konzentrationslagern verstarben. Veranlasst hatte dies letztlich eine oberste justizielle Entscheidung: Nach dem Tod des – verhältnismäßig liberalen – Justizministers Gürtner im Januar 1941

⁴⁰¹ Gribbohm, DRiZ 1971, S. 152 (155).

⁴⁰² Ebenda.

⁴⁰³ LG Ulm, Kls 34/41, U. v. 9.9.41, a.a.O. Bü. 6486.

⁴⁰⁴ LG Ulm, Kls 102/39, U. v. 12.12.39, a.a.O. Bü. 4335.

⁴⁰⁵ Schickert, DR 1941, 115 (116). Auf die massiven, ungewollten und außerhalb der Zweckbestimmung der Maßnahme liegenden Nachteile weist auch Schönke hin (§ 42 k StGB, Anm. I).

⁴⁰⁶ Wachsmann, S. 139. Zur Begründung wurden medizinische Erkenntnisse angeführt, die Verurteilten seien dann in den Arbeitsprozess der Nation besser einzugliedern, wenn sie „wie bei wilden Tieren vom unbändigen Hengst zum zahmen Wallach“ würden.

übernahm der fanatische Parteijurist Thierack 1942 das Ressort. Dieser war in den Sog der nationalsozialistischen Verbrechensbekämpfung gelangt und hatte die „Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit“⁴⁰⁷ angeordnet. Hierzu zählten auch die Sicherungsverwahrten als „unwertes Leben in höchster Potenz“. Reichsweit wurden vom 18.9.1942 bis zum 1.4.1943 12.658 Verwahrte zur Arbeit in KZ überstellt. Von ihnen verstarben in dieser Zeit 5.934 Personen⁴⁰⁸. Die Strafjustiz in Ulm hatte einerseits durch überwiegende Ablehnung von Sicherungsverwahrung die Gefahr der späteren Vernichtung zu verhindern versucht, andererseits durch Überstellung aus dem Strafvollzug im Verwaltungsweg dabei mitgewirkt, politisch als wertlos eingestuftes Leben auszulöschen.

5.4.9.3 Strafschärfende Wirkung des GGV ?

Die politische Einstellung der Strafjustiz in Ulm kann man daran messen, ob dieses Gesetz strikt und unnachsichtig im Sinne des Regimes angewendet worden ist um für die Volksgemeinschaft unnützes Leben auszumerzen, oder ob dieses Instrument nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, also angemessen, eingesetzt wurde. Gleichzeitig spiegelt das Anklageverhalten der Staatsanwaltschaft deren Einstellung als folgsame Parteisoldaten und entschiedene Verfechter der Parteiideologie oder als kritische, abwägende Juristen wider. Dazu wurden die einschlägigen Verfahren danach ausgewertet, in welchem Umfang die Anwendung des gefährlichen Gewohnheitsverbrechergesetzes vom Gericht abgelehnt worden ist und ob, bzw. wie sich dies auf die Höhe der Strafsanktionen ausgewirkt hat. Um festzustellen, ob bei Anwendung des Gesetzes höhere Strafen ausgesprochen worden sind als bei Ablehnung der Vorschrift, wurden die durchschnittlichen Sanktionen beider Gruppen miteinander verglichen. Dabei darf man die Strafhöhe nicht mit heutigen Verhältnissen vergleichen, denn 18 Mona-

⁴⁰⁷ Hitler begnügte sich nicht damit, diese „Asozialen“ durch Arbeit zu vernichten, sondern veranlasste, dass diese in der neu erstellten Strafddivision 999 zum Einsatz an die Front kämen mit der Begründung, „ Es soll sich kein Gewohnheitsverbrecher einbilden, dass er durch ein neues Verbrechen über diesen Krieg hinweggerettet wird. Wir werden dafür sorgen, dass nicht nur der Anständige an der Front stirbt, sondern dass der Verbrecher ... zuhause unter keinen Umständen diese Zeit überleben wird“ (Blees, S. 4f).

⁴⁰⁸ Müller, Christian, S. 61.

ten Zuchthaus⁴⁰⁹ für den Diebstahl von einem Paar Schuhen im Wert von 28.- RM wirken überzogen, denn heute sind wir daran gewöhnt, dass ein Massendelikt wie Warenhausdiebstahl für 50.- € automatisch ohne Sanktion eingestellt wird. Damals war ein solcher Artikel nicht nur unerschwinglich sondern überhaupt nicht verfügbar.

Bei den 56 angeklagten Personen wurde in 17 Fällen (30,4 %) die Anwendung des Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher abgelehnt, bei 38 Angeklagten (67,9 %) bejaht, in einem Fall (1,8 %) war nur über einen Antrag auf nachträgliche Sicherungsverwahrung zu entscheiden. Die verhängten Sanktionen stellen sich wie folgt dar:

Durchschnittliches Strafmaß bei Anwendung bzw. Ablehnung des GGV

	Gefängnis	Zuchth.	Ehre	Pol.- Haft	U-Haft	Verf. D.	VV
mit GGV	14,3	39,1	51,9	9,3	100,5	49,7	12,6
o. GGV	20,9	33,8	44,7	3,4	88,8	35,8	15,4
Differenz	+31,6%	-13,5%	-13,9%	-63,4%	-11,6%	-28,0%	+17,2%

Auf den ersten Blick wird ein Unterschied in der Strafzumessung deutlich, alle ausgewerteten Daten – mit Ausnahme der Gefängnisstrafen – zeigen eine für die Angeklagten günstigere Behandlung bei Normablehnung auf. Die deutlich höhere Gefängnisstrafe bei Verneinung des GGV ist durch zwei Verfahren bedingt:

(1) Eine mit 29 Vorstrafen belastete Serienbetrügerin konnte 1943 nach damaliger Rechtsauffassung Zuchthaus und Sicherungsverwahrung nicht mehr entgehen, das Gericht sah von beidem mit der Begründung ab, durch eine lange Strafe könne sie gebessert werden und verhängte 5 Jahre Gefängnis.

(2) Ein 10 -mal vorbestrafter, verwitweter Täter hatte Hühner und Fahrräder gestohlen, das Gericht wollte ihm Sicherungsverwahrung und Zuchthaus ersparen durch 3 Jahre Gefängnis.

Ohne diese beiden Urteile läge der Durchschnitt bei 13,1 Monaten Gefängnis, also unter dem Wert von Verurteilungen nach GGV. Ein Trend zu schärferen Strafen ist damit nicht anzunehmen, zumal die Zuchthausstrafen wie Ehrentzug um jeweils 13 % geringer ausfielen. Auch das sonstige Umfeld gestaltete sich

⁴⁰⁹ LG Ulm U. v. 24.3.42 a.a.O. Bü. 6546.

freundlicher, Polizei- sowie U-Haft fielen kürzer aus, ebenso die um 28 % kürzere Verfahrensdauer. Die höhere Anzahl der Vorstrafen fiel demgegenüber für Bejahung oder Ablehnung des GGV nicht ins Gewicht, bei Verneinung der Norm liegen sie um 17 % höher als bei Bejahung des Tatbestandes.

Die Strafarten unterschieden sich ebenfalls bei Fällen mit Bejahung bzw. Ablehnung des GGV: Bei Sachverhalten mit Anwendung dieser Norm wurde nur in 7,7 % der Fälle eine Gefängnisstrafe, aber bei 76,9 % eine Zuchthausstrafe verhängt, bei der Gruppe ohne Anwendung des GGV betrug der Anteil an Gefängnis 52,9 %, an Zuchthaus nur 47,1 %, die zuletzt genannte Gruppe wurde besser gestellt.

Die häufige Ablehnung des GGV und mildere Bestrafung aus der Grundnorm widersprechen deutlich allen offiziellen Vorgaben und Anweisungen für eine harte Strafverfolgung mit dem Ziel, unnütze Volksgenossen durch lange Strafen und Sicherungsverwahrung⁴¹⁰ aus der Gemeinschaft zu entfernen. Der Grund dafür liegt in der Ablehnung des Nationalsozialismus durch die Kammermitglieder. Sie waren nicht bereit, sich konform und angepasst dem System zu unterwerfen, und widersetzten sich auch den geforderten vernichtenden Strafen.

Auch hier widersprachen die Urteilsgründe nicht der Parteiideologie, vielmehr wurde festgestellt, der Täter sei arbeitsscheu, ein tief verwurzelter Hang zur Kriminalität sei vorhanden – dann wurde aber nicht die vorgegebene Schlussfolgerung zum Gewohnheitsverbrecher und zur Zuchthausstrafe gezogen, sondern in richterlicher Unabhängigkeit festgestellt, das Gericht sei der Überzeugung, durch eine lange Strafe bessere er sich – um trotz 54 Vorstrafen nur 4 Monate Gefängnis⁴¹¹, oder bei 20 Vorstrafen 5 Jahre Gefängnis⁴¹² festzusetzen. Durch diese Methode wurden unmenschlich harte Sanktionen – Sicherungsverwahrung mit anschließendem KZ – bei Bagatelldelikten, aber auch bei schwerwiegenderen Verstößen, ausgefiltert, die Täter nicht als wertlos vernichtet, sondern ihnen eine Überlebenschance gewährt.

Selbst bei Ablehnung des GGV und Verurteilung aus dem Grunddelikt entgingen die Täter in schwerwiegenden Fällen zwar der Sicherungsverwahrung, nicht jedoch hohen Gefängnisstrafen in Höhe von 3 bis 5 Jahren. In diesen Fällen

⁴¹⁰ Die selbst wegen geringfügiger Verstöße bis in die 80-er Jahre hinein vollzogen wurde.

⁴¹¹ LG Ulm KLS 21/43, U. v. 29.6.43, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 6660.

⁴¹² LG Ulm KLS 12/43, U. v. 6.4.43, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6651.

griff die Mindeststrafe von zwei Jahren Zuchthaus für Rückfalldiebstahl (§ 244 Abs. 1 StGB) und Rückfallbetrugs mit Androhung von Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren (§264 Abs. 1 StGB). So kam es auch bei Ablehnung des GGV wegen 14 Delikten des Rückfalldiebstahls zu einer Verurteilung von 4 Jahren Zuchthaus⁴¹³. Zwei weitere Verfahren, in denen die Annahme eines gefährlichen Gewohnheitsverbrechers verneint worden waren, zeigt, dass die Strafschärfung der dann zutreffenden Rückfallnormen zu hohen Einsatz- und Gesamtstrafen führten: Wegen 6 Verbrechen des Diebstahls im Rückfall wurde eine Gesamtstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus ausgeworfen⁴¹⁴, in einem weiteren Fall wegen 5 Verbrechen des Betrugs i.R. aus der Grundnorm 2 Jahre Zuchthaus verhängt⁴¹⁵. Der Vorstellung des Regimes, durch extrem hohe Strafen könne man die Kriminalität ausrotten, war nicht vollständig zu entkommen.

5.4.10 EINZELFÄLLE

Die politisch erhoffte abschreckende Straferhöhung durch diese Norm ist für Ulm nicht festzustellen, ob mit oder ohne Anwendung des GGV wurden vergleichbar hohe Sanktionen verhängt: Der zur Tatzeit 32-jährige verh. Hilfsarbeiter Hirmer wurde 1942 wegen 6 Verbrechen des Rückfalldiebstahls u.a. zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt⁴¹⁶. Er wies 23 Vorstrafen auf, die Rückfallvoraussetzungen lagen vor. Eine Sicherungsverwahrung wurde mit folgender Begründung abgelehnt: „Die hier zur Aburteilungen stehenden strafbaren Handlungen kennzeichnen den Angeklagten, der in den Akten als haltloser Psychopath geschildert wird, nicht nur als arbeitsscheuen Menschen, sondern auch als gewissenlosen Verbrecher mit einem offenbar eingewurzelten Hang zur Begehung von Eigentumsdelikten. Die danach zu prüfende Frage, ob es sich bei ihm um einen „gefährlichen“ Gewohnheitsverbrecher handle ... und deshalb gem. § 20 a Abs. 2 in Verb. mit § 42 e StGB Sicherungsverwahrung anzuordnen sei, wurde jedoch

⁴¹³ LG Ulm KLS 17-18/42U. v. 3.3.1942, a. a. O. Bü 7786.

⁴¹⁴ LG Ulm KLS 23/41U. v. 24.7.41, a.a.O. Bü 6475.

⁴¹⁵ LG Ulm, KLS 10/42U. v. 10.2.42, a.a.O. Bü 6533.

⁴¹⁶ LG Ulm KLS 23/41, U. v. 24.7.1941, , a.a.O., Bü 6475.

verneint, weil der Angeklagte seit 1931 nicht mehr wegen Diebstahls, seit 1934 überhaupt nicht zur Aburteilung gelangt ist, er außerdem die volle Strenge des Gesetzes noch nie zu spüren bekommen hat, sodass damit zu rechnen ist, dass eine längere Freiheitsstrafe ihren erzieherischen Eindruck nicht verfehlen und den Angeklagten künftig von der Begehung strafbarer Handlungen abhalten werde.“ Die günstige Sozialprognose wurde widerlegt: Am 21.6.1944 entwich der Verurteilte. Im Oktober 1952 fragte eine auswärtige Staatsanwaltschaft nach, wann diese Strafe verbüßt worden sei, bei ihr sei ein neues Strafverfahren anhängig.

Der 21-jährige Hilfsarbeiter Kalbrecht (4 Vorstrafen) wurde hingegen 1942 als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher wegen 14 Verbrechen des Rückfalldiebstahls zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt und auf Sicherungsverwahrung erkannt.⁴¹⁷ Er hatte bei der Reichsbahn Lebensmittel, Radios u.a. entwendet. Seine Zurechnungsfähigkeit wurde bejaht, obwohl er im Jahre 1936 wegen erblichen Schwachsinn unfruchtbar gemacht worden war. Der Sachverständige führte aus, eine gewisse Willensschwäche sei durch die Unfruchtbarmachung verstärkt worden, eine erhebliche Verminderung der Zurechnungsfähigkeit i. S. des § 51 Abs. 2 StGB liege nicht vor. Der Verurteilte wurde Ende 1942 in polizeiliche Vorbeugehaft in das KZ Neuengamme/ Hamburg überführt und verstarb dort am 5.2.1943 an Bauchfellentzündung. Es überrascht die im Vergleich zum vorhergehenden Fall harte Verurteilung, die wohl durch den persönlichen Eindruck des Täters in der Hauptverhandlung mit bedingt ist.

5.4.11 ZUSAMMENFASSUNG

Das GGV sollte der Strafjustiz eine wirksame Waffe zur Eliminierung asozialer, rückfällig gewordener Personen an die Hand geben. Betroffen von dieser Norm waren zu 80 % Angehörige der Unterschicht. Gefängnis wurde in 12 Fällen (21,4 %), Zuchthaus in 67,9 % der Verfahren verhängt, in 6 Fällen wurde Sicherungsverwahrung nachträglich angeordnet. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden 41 Personen (73,2 %) entzogen.

Die Anwendung des GGV lehnte das Gericht in 17 Fällen (30,4 %) ab, im gleichen Umfang die Sicherungsverwahrung. Begründet wurde dies zumeist damit, die Täter würden nicht dem Tätertyp eines gefährlichen

412 LG Ulm KLS 17-18/41, U. v. 3.3.1942, a.a.O., Bü. 7786

Gewohnheitsverbrechers entsprechen, da nach Verbüßung einer ausreichend langen Haft eine Gewöhnung an regelmäßige Arbeit eingetreten sei und eine Gefahr für die Gemeinschaft nicht mehr bestehen werde.

Die Zurückhaltung sowohl bei der Bejahung der Norm als auch bei Verhängung von Sicherungsverwahrung zeigt die grundsätzliche innere Ablehnung der Strafkammern gegenüber dem nationalsozialistischen „Feindstrafrecht“, mit welchem jeder Asoziale und Außenseiter eliminiert werden sollte.

5.5 KRIEGSSONDERSTRAFRECHTSVERFAHREN

5.5.1 ALLGEMEINES

Ein knappes Jahr vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte Hitler schon die strafrechtlichen Grundlagen für schärfste und abschreckende Bestrafungen bei unerlaubter Entfernung von der Truppe vorbereitet. Schon am 17.8.1938 lag die „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz (KSSVO)“ sowie die „Verordnung über das militärische Strafverfahren im Kriege und bei besonderem Einsatz (Kriegsstrafverfahrensordnung - KStVO) vor. Diese Verordnungen traten mit der Mobilmachung unmittelbar vor dem Einmarsch in Polen am 26.8.1939 für die gesamte Wehrmacht in Kraft⁴¹⁸.

5.5.2 STRAFNORM

Deren Kernvorschrift war – neben unerlaubter Entfernung und Fahnenflucht (§ 6 KSSVO) – die Zersetzung der Wehrkraft in § 5 KSSVO mit folgendem Wortlaut:

„(1) Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft:

1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht;

⁴¹⁸ RGBl. I S. 1455.

2. wer es unternimmt, einen Soldaten oder Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes zum Ungehorsam, zur Widersetzung oder der Tätlichkeit gegen einen Vorgesetzten oder zur Fahnenflucht oder unerlaubten Entfernung zu verleiten oder sonst die Manneszucht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu untergraben;

3. wer es unternimmt, sich oder einen anderen durch Selbstverstümmelung, durch ein auf Täuschung berechnetes Mittel oder auf andere Weise der Erfüllung des Wehrdienstes ganz, teilweise oder zeitweise zu entziehen.

(2) In minder schweren Fällen kann auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden."

Die KSSVO hatte durch ihren Zuschnitt vorwiegend auf Soldaten einen militärischen Charakter. Zuständig für diese Verfahren war ursprünglich das Reichskriegsgericht⁴¹⁹, später die ordentliche Gerichtsbarkeit⁴²⁰, die sich mangels hinreichender Erfahrung mit Delikten dieser Art erst mit Anwendung und Auslegung vertraut machen musste. Die wesentlichen Normen der KSSVO waren in Friedenszeiten im Strafgesetzbuch angesiedelt, wie Aufreizung eines Wehrmachtsangehörigen (§ 112 StGB), Wehrpflichtentziehung (§ 140 StGB), Verleitung zur Fahnenflucht (§ 141 StGB), Selbstverstümmelung (§ 142 StGB) und Wehrpflichtentziehung durch Täuschung (§ 143 StGB), die Problematik war jedoch wenig geläufig. Die damit zusammenhängenden Fragen sprach die amtliche Begründung zur KSSVO an: „Wegen der zahlreichen Auslegungsvorschriften, die die Vorschrift bietet, erschien der unvorbereitete Anfall solcher Strafsachen an die allgemeine Justiz rechtspolitisch unerwünscht. Die Wehrmachtsgerichte konnten sich dagegen schon im Frieden mit der Vorschrift vertraut machen.“⁴²¹ Zum 29.1.1943 wurde der Volksgerichtshof zuständig.

5.5.3 DELIKTSANFALL UND ERLEDIGUNGEN

Nur drei Verfahrensakten wegen KSSVO-Delikten sind überliefert. Die für den durchschnittlich schweren Fall angedrohte Todesstrafe in § 5 KSSVO ließ ahnen,

⁴¹⁹ § 2 Nr. 4 d) i.V.m. § 14 I Nr. 9 KStVO, S. 1457 ff.

⁴²⁰ Art. 1 der siebten VO zur KStVO, vom 18.5.40, RGBl. I 1940 S. 787.

⁴²¹ Amtliche Begründung zur Siebten DurchführungsVO zur KStVO v. 18. Mai 1940, (zit. nach: Form, S. 472).

wie hoch die Straferwartung für dieses Delikt angesetzt war. Die in Ulm verhängten Strafen entsprachen dem in keiner Weise.

Ein Ehepaar hatte für ihren zur Wehrmacht einberufenen Sohn ein erschliches ärztliches Attest über Magenblutungen vorgelegt, wonach er wehruntauglich sei. Die Große Strafkammer verurteilte den Vater zu 3 Monaten Gefängnis, die Mutter wurde mangels Beweises freigesprochen⁴²². Das Gericht hatte einen minder schweren Fall der Entziehung der Wehrpflicht (§ 5 Abs. 1 Nr.3 KSSVO), angenommen, obwohl der Sohn auf längere Zeit dem Wehrdienst entzogen werden sollte. Auch die sehr negative Parteibeurteilung - die Familie habe noch nie viel gearbeitet, nur geschachert - blieb unbeachtet.

Gleichermaßen verständnisvoll zeigte sich das Gericht gegenüber einer Ehefrau, die unter dem Namen eines Freundes ihrem an der Front stehenden Ehemann ein Telegramm schickte: „Deine Frau schwer erkrankt. Sofort kommen!“⁴²³ Die Wehrmacht drängte auf eine harte, abschreckende Bestrafung, mit der nachvollziehbaren Begründung, Fälle dieser Art häuften sich zunehmend, diese könnten oft nur schwer und zeitaufwändig aufgeklärt werden und verunsicherten die Soldaten, die durch angeblich schwerste Erkrankungen naher Angehörigen belastet seien. Das Gericht verhängte eine dreiwöchige Gefängnisstrafe, die in einer wohlwollenden Diktion begründet wurde.

Bei einem Vergehen mit politischem Einschlag ordnete das Gericht auf das Verlangen von Parteifunktionären gegen eine harmlose, geistesgestörte Frau die Unterbringung an⁴²⁴: Im Mai 1943 hielt Ritterkreuzträger Korvettenkapitän Heys für die NSDAP-Kreisleitung Ulm einen Vortrag „Der Würgegriff unserer U-Boote“. Mitten im Vortrag unterbrach ihn die 32-jährige Kunz mit der Aufforderung: „Heil Hitler! Herr Ritterkreuzträger, hören Sie sofort mit ihren Reden auf, das Deutsche Volk will Frieden und keinen Krieg, wir wollen Frieden. Wir wollen Frieden und sonst nichts!“. Sie wurde aus dem Saal geführt, Funktionäre und Polizei unternahmen nichts weiter. Erst der NS-Versammlungsleiter H., Rechtsrat der Stadt Ulm, forderte Tage später, „... halte ich es für erforderlich, dass sie wegen ihrer Gemeingefährlichkeit gegen das Wohl der Partei und des Reiches entweder in

⁴²² LG Ulm Kls 64/40, U. v. 5.11.1940; StA Ludwigsburg, E 352, Bü 6406.

⁴²³ LG Ulm, Kls 21/41, U. v. 15.7.41; StA Ludwigsburg, E 352, Bü 6473.

⁴²⁴ LG Ulm Kls 31/43, U. v. 29.7.1943; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 667o.

Schutzhaft genommen wird oder in eine Heil- oder Pflegeanstalt eingewiesen wird.“

Die Beschuldigte war als auffällig aber harmlos stadtbekannt, sie hatte in Gaststätten gegenüber Damen Bemerkungen über deren lackierte Fingernägel gemacht und das undeutsche Rauchen untersagt. Der ermittelnde Kriminalsekretär hatte die Akten mit dem Vermerk vorgelegt „Verbrechen nach § KSSVO – oder grober Unfug“. Das Gesundheitsamt stellte keine Geisteskrankheit fest, auch der ermittelnde Kriminalsekretär bestätigte „Sie ist nach meinem Dafürhalten nicht geistesgestört.“ Dessen ungeachtet beurteilte sie Obermedizinalrat Schefold als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit, weshalb die Große Strafkammer sie mit Urteil vom 29.7.1943 in eine Heilanstalt einwies, wo sie bis 31.1.1946 untergebracht war.

Das Verfahren zeigt, wie dünnhäutig die Herrschenden geworden waren und wie willfährig Justiz und Staatliches Gesundheitsamt in einer so geringfügigen Sache den Wünschen von Parteifunktionären nachgegeben hatten. Überraschenderweise hatten die niederen Parteichargen vor Ort im ganzen Verfahren als Einzige das richtige Augenmaß: die Parteiordner ließen die Frau laufen, weil sie ersichtlich nicht ernst zu nehmen war, erst die höheren Funktionäre erkannten Tage später, wie „gemeingefährlich“ sie für das Wohl von Partei und Reich sei. Und die Justiz hatte nicht die Stirn, sich dem zu widersetzen. Dies zeigt, wie sehr sie „im Würgegriff der Partei“ hing.

5.5.4 ZUSAMMENFASSUNG

Aus den nur drei überlieferten Straftaten wegen KSSVO spricht bei der Strafzumessung ein überraschend mitfühlendes Verständnis für die Angeklagten, denen bei wohlwollender Diktion milde Strafen zugestanden wurden. Damit widerstanden die Richter den parteilichen Scharfmachern. Allerdings entsprachen sie willfährig und zu Unrecht den Wünschen der Partei, eine harmlose, ungefährliche Systemkritikerin in einer Heilanstalt wegzusperren. Das Motiv dafür dürfte der Kompetenzstreit mit der Gestapo gewesen sein: Die Justiz wollte beweisen, dass die Justiz ebenso wie die Gestapo erfolgreich NS-Gegner bekämpfen konnte und trotz Polizei eine Daseinsberechtigung hatte.

5.6 Jüdische Mitbürger vor der Ulmer Justiz

5.6.1 ALLGEMEINE SITUATION

Schon seit vielen Jahrhunderten sind jüdische Mitbürger im gesamten Deutschen Raum ansässig gewesen und haben mit ihren Fähigkeiten bedeutenden Einfluss erlangt. Judengemeinden im hiesigen Bereich gab es seit dem 13. Jahrhundert, im 14. und 15. Jahrhundert kam es wiederholt zu blutigen Pogromen. Es benötigte eine lange Zeit, bis die jüdischen Mitbürger ihre Gleichberechtigung erhielten. In Württemberg wurde die jüdische Bevölkerung erst im Jahre 1828 durch ein Emanzipationsgesetz zu Handwerksberufen zugelassen, 1864 den württembergischen Einwohnern gleichgestellt⁴²⁵. Sie haben sich in der Folgezeit als württembergische und deutsche Staatsbürger bewiesen, Leben und Gesundheit im Weltkrieg I für das Deutsche Reich eingesetzt.

Die Anzahl der in Ulm in jüngerer Zeit wohnhaft gewesenen jüdischen Familien kann nur für das Jahr 1939 sicher festgestellt werden, als sie in den Adressbüchern und Meldeunterlagen erstmals gesondert mit 83 Familien erfasst wurden⁴²⁶. Zum Landgerichtsbezirk Ulm gehörte auch das Amtsgericht Laupheim. Dort hatte sich seit dem 18. Jahrhundert eine große und blühende Judengemeinde entwickelt, deren 443 Mitglieder im Jahre 1890 auf 235 Familien im Jahre 1933 zurückgingen. Durch Deportationen wurde die Stadt Laupheim im August 1942 „judenrein“ gemacht⁴²⁷.

5.6.2 SITUATION NACH DER MACHTERGREIFUNG

Schon mit (Um-)Gründung der NSDAP war im Parteiprogramm vom 24.2.1920 eine radikale antisemitische Ausrichtung angekündigt. Die Programmpunkte lauteten:

⁴²⁵ Kustermann, S. 71.

⁴²⁶ Dies diente reichsweit zur logistischen Vorbereitung der geplanten „Endlösung“. Von den in Ulm ursprünglich ansässigen Juden emigrierten 332, 112 kamen im KZ ums Leben, so auch der angesehene Rechtsanwalt Ernst Moos, (Sander, Bd. 5b, S. 792).

⁴²⁷ Kustermann, S. 63.

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ... Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“⁴²⁸.

In den nachfolgenden politischen Auseinandersetzungen wurden diese Forderungen mit hetzerischer Propaganda, aber auch massiv mit Boykotts jüdischer Geschäfte durch Einsatz der SA durchgesetzt, die Partei erzeugte so einen wachsenden Antisemitismus. Nachdem Adolf Hitler am 30.1.1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, nützte er die formal legale Möglichkeit, seine ideologischen Vorstellungen der Rassentheorie systematisch umzusetzen. Danach war der „jüdische Geist“ eine schwere Krankheit am Volksganzen, eine Art „Rassentuberkulose“, deren „Bazillen“ man vernichten müsse. Das Ziel war, die Juden zuerst zu diskriminieren, aus den Schlüsselpositionen der Gesellschaft zu verdrängen, sie dann in Deutschland – und später in den beherrschten Gebieten – physisch zu vernichten.

Die jüdische Gefahr wurde durch vorgeblich wissenschaftliche Erkenntnisse in der Fachliteratur – wie der Juristischen Wochenzeitschrift – die nachweisen und belegen sollten, dass „die Juden besondere Fähigkeit besitzen, sich immer wieder den Armen der Gerechtigkeit zu entziehen, dann aber, weil eine verjudete Rechtspflege sehr oft zugunsten der Juden entscheidet ... deren Einfluss auf das gesamte Bildungs- und Unterhaltungswesen zu einer gänzlichen Verdrehung deutscher Ehrbegriffe führt.“ Auch wurde festgestellt, „daß die nordische Rasse unter den arischen Rassen und diese wiederum gegenüber Juden und Negern die geringste Straffälligkeit haben.“^{429 430}

Dies verfiel nicht überall. Noch am 23.4.1933 wählte die Anwaltskammer in Stuttgart nicht den vorgesehenen Nationalsozialisten, sondern einen Juden zum Vorsitzenden. Unter der Überschrift „Judenschützer“ wurde den Anwälten mangelnder deutscher Geist vorgeworfen und drohend angekündigt: „Ob sie dieses „Sieges“ froh werden, ist eine andere Frage. Die Regierung wird sich zwei-

⁴²⁸ Zit. nach: Schwarz, Alfons, S. 153.

⁴²⁹ Pötsch, Die jüdische Rasse im Lichte der Straffälligkeit, Buchbesprechung von Bayerle, JW 1933, 2448.

⁴³⁰ In einer jur. Dissertation 1939 wurde ausgeführt: „Der eigentliche und wesentliche Zweck der Strafe ist somit nach nationalsozialistischer Ansicht, die Strafe mit einzuspannen in das Streben nach rassischer Aufartung des Volkes“. Die Strafandrohung könne zwar „unsichere und wankelmütige Elemente von der gelegentlichen Begehung eines Verbrechens“ abschrecken, sie „vermag jedoch kaum eine rassische Besserung zu erreichen; die Volksgemeinschaft erfährt hierdurch keine rassische Reinigung und Aufartung“. (Heuer, S.40 f.).

fellos sehr ernstlich mit der Frage befasste, ob die bisherigen Maßnahmen ausreichen, um die Durchführung einer der nationalen Revolution entsprechenden Politik zu gewährleisten⁴³¹. Durch diese vielfältige, intensive antisemitische Propaganda entstand in weiten Kreisen der Bevölkerung eine antisemitische Einstellung. Hitler konnte auf diesem Boden im Jahre 1935 auf formalem gesetzlichem Wege die Ausgrenzung der Juden mit den Nürnberger Rassegesetzen vom 15.9.1935 durchsetzen.

Die Nürnberger Gesetze bildeten den Anfang dieser Entwicklung: Das Reichsbürgergesetz⁴³² bestimmte in § 2 Abs. 1: „*Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes*“ und schloss damit die Juden als „artfremd“ von den staatsbürgerlichen Rechten aus. Bei der Begründung der Nürnberger Gesetze hatte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 15.9.1935 dies noch verbrämt als Versuch, mit dem jüdischen Volk sich verständigen zu wollen: „Die deutsche Reichsregierung ist ... beherrscht von dem Gedanken, durch eine einmalige säkulare Lösung vielleicht doch eine Ebene schaffen zu können, auf der es dem deutschen Volk möglich ist, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen Volk finden zu können. Sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, die innerdeutsche und internationale jüdische Hetze ihren Fortgang nehmen, wird eine neue Überprüfung der Lage stattfinden.“⁴³³.

Die Gesetze wurden in der Öffentlichkeit mit überschwänglicher Begeisterung aufgenommen, überraschenderweise auch von der Fachpresse mit markigen Worten begrüßt. Im September 1935 wurde das Gesetz in der Juristischen Wochenschrift mit geradezu marktschreierischen Lobeshymnen vorgestellt⁴³⁴, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, dass die juristische Leitungsebene selbst im Bereich sachlicher Fachzeitzungen fest in der Hand der Parteiideologen war: „Das Gesetz des Blutes“

Der Reichsparteitag, dem der Führer den stolzen Namen „Parteitag der Freiheit“ gegeben hat, war nicht nur die gewaltige Heerschau des Nationalsozialismus, der Beweis der Geschlossenheit des deutschen Volkes und der leidenschaftlichen Liebe zu Deutschland und seinem Führer, sondern es brachte

⁴³¹ Ulmer Sturm v. 25.4.1933, Stadtarchiv Ulm, G 5/52 k, Film S II, 8003.

⁴³² Reichsbürgergesetz vom 15.9.1933, RGBl. I, 1146.

⁴³³ Die Reden Hitlers am Parteitag der Freiheit 1935, München 1935, (zitiert nach: Robinsohn, S. 11).

⁴³⁴ JW 1935, S. 336

zugleich die Erfüllung nationalsozialistischer Grundforderungen. Wofür Hunderte kämpfend fielen, wofür Tausende Blut und Gesundheit opferten, wozu sich die Millionenzahl unseres Volkes leidenschaftlich bekennt, das ist am 16. September 1935 auf dem Parteitag in Nürnberg in einer denkwürdigen Reichstagssitzung zum Gesetz erhoben worden. Der Zersetzung des rassischen Bestandes unseres Volkes ist Einhalt geboten und die Schändung deutschen Blutes und deutscher Ehre unter harte Strafe gestellt worden. Das Gesetz des Blutes, das seit Generationen negiert, missachtet und verraten worden ist, hat den Sieg davongetragen.“

Die Juden wurden legislativ und administrativ weiter diskriminiert:

- Mit der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz⁴³⁵ wurden nunmehr auch jüdische Beamte entfernt, welche als Kriegsteilnehmer im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums noch verschont worden waren.
- In der 2. Verordnung⁴³⁶ werden jüdische leitende Ärzte an öffentlichen Krankenhäusern zum 31.3.1936 entlassen.

Im Jahre 1938 häufen sich die administrativen Beschränkungen zur Unterdrückungen der Juden durch eine Reihe von Verordnungen:

- gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe⁴³⁷,
- über die Anmeldung des Vermögens von Juden⁴³⁸,
- zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen⁴³⁹,
- über Reisepässe von Juden⁴⁴⁰,
- über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit⁴⁴¹,
- zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben⁴⁴²,

⁴³⁵ Vom 14.11.35, RGBl I 35,S. 1333.

⁴³⁶ Vom 21.12.35, RGBl I 35, S. 1524.

⁴³⁷ vom 22.4.38, RGBl. I 38,404.

⁴³⁸ vom 26.4.38, RGBl. I 38,S. 414.

⁴³⁹ Vom 17.8.38, RGBl. 38, S.1044, Juden müssen den Vornamen Israel (für Männer) und Sarah (für Frauen) annehmen.

⁴⁴⁰ Vom 12.11.38, RGBl I S. 1579, alle jüdischen Reisepässe werden ungültig, sind als Juden zu kennzeichnen.

⁴⁴¹ Vom 12.11.38, RGBl. I 38, S.1579; Wegen der feindlichen Haltung des Judentums mit feigen Mordtaten wird eine Kontribution von 1.000.000.000.- RM auferlegt.

- zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetreibenden⁴⁴³,
- über das Auftreten von Juden in der Öffentlichkeit⁴⁴⁴,
- 7. Verordnung zum Reichsbürgergesetz⁴⁴⁵,
- zur Anmeldung des Vermögens von Juden⁴⁴⁶,
- über die Kennzeichnung von Juden⁴⁴⁷,
- über die Beschäftigung von Juden⁴⁴⁸,
- über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten⁴⁴⁹.

Diese Regelungen schränkten die jüdische Bevölkerung auf allen Gebieten ein; politisch durften sie sich nicht betätigen, beruflich konnten sie nicht als Beamte, Ärzte, Künstler, Schriftsteller oder Journalisten arbeiten, sie wurden ausgesondert, es folgten Evakuierung und Deportation. Die jüdischen Mitbürger waren praktisch durch politischen Zwang zur Emigration gezwungen, dennoch stellte der Reichsfinanzhof fest, „Maßnahmen der Reichsregierung, durch die Nichtarier gezwungen werden, auszuwandern, bestehen nicht“⁴⁵⁰. Dies hatte zur Folge, dass keine Befreiung von der Reichsfluchtsteuer gegeben war, wie dies bei einer im deutschen Interesse liegenden Auswanderung der Fall gewesen wäre. Die Strafgerichte übernahmen diese Ansicht stillschweigend bei den Verfahren wegen Steuerverkürzung.

⁴⁴² Vom 12.11.38, RGBl. I 38, S. 1580, Juden werden von Versandhandel, Märkten ausgeschlossen, leitenden Angestellten kann gekündigt werden.

⁴⁴³ Vom 12.11.38, RGBl. I 38, S. 1581, Schäden, die durch die Empörung des Volkes über Hetze des internationalen Judentums vom 8.-10.11.38 entstanden, sind auf Kosten der Juden zu beseitigen.

⁴⁴⁴ Vom 28.11.38, RGBl. I 38, S. 1676.

⁴⁴⁵ Vom 5.12.38, RGBl. I 38, S. 1751, die Bezüge der aus dem Beamtenverhältnis entfernten jüdischen Kriegsteilnehmern werden gestrichen.

⁴⁴⁶ Vom 23.12.40, RGBl. I 41, S. 2; Anmeldung von Edelmetall u.ä.

⁴⁴⁷ Vom 1.9.41, RGBl. I 41, S. 547, Juden über 6 Jahren mussten in der Öffentlichkeit gelben Stern tragen.

⁴⁴⁸ Vom 3.10.41, RGBl. I 41, S. 675; Juden stehen in Beschäftigungsverhältnis eigener Art.

⁴⁴⁹ Vom 4.12.41, RGBl. I 41, S. 759.

⁴⁵⁰ Reichsfinanzhof, 3. Senat, III A 353/33, U. v. 20.12.1933S. Schmauser, JW 1934, S. 379.

5.6.3 Strafverfahren gegen jüdische Mitbürger in Ulm

Auch in Ulm führten diese Gesetze und Verordnungen zu Ermittlungsverfahren gegen Juden, sowohl wegen „Rassenschande“, als auch wegen Verstößen gegen Devisen- und Steuervorschriften. Die absolute Anzahl solcher Verfahren ist nicht feststellbar, denn im Eingangsregister der Staatsanwaltschaft sind Juden nicht kenntlich gemacht⁴⁵¹. So ist man auf die erhaltenen Ermittlungsakten angewiesen. Bei nur 83 Familien in Ulm im Jahre 1939 waren nicht viele Verfahren zu erwarten, es sind nur 5 Strafverfahren dokumentiert wegen Rassenschande, Fluchtsteuerhinterziehung, Devisenvergehen und Preisüberschreitung. Aus den örtlichen Zeitungen ergeben sich weitere Verfahren, u. a. 3 Vergehen der Rassenschande, die jedoch z.T. an das Sondergericht Stuttgart abgegeben und dort verhandelt worden sind.

Die Rassenfrage war für die Nationalsozialisten ein zentrales Thema – auch auf strafrechtlichem Gebiet – für sie stand nicht der Schutz des Individuums im Vordergrund, sondern der Strafschutz der Volksgemeinschaft. Nach der NS-Ideologie war „die Volksgemeinschaft in erster Linie eine Blutsgemeinschaft“⁴⁵², deren Reinheit es durch die Nürnberger Rassengesetze zu schützen galt. Die zentrale Stellung des Antisemitismus zeigt sich in Hitlers politischem Testament vom 29. April 1945, in dem er die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur politischen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das Judentum, verpflichtete.

5.6.3.1 Wegen Verstoßes gegen Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes

Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“⁴⁵³ bestimmte:

„ § 2: Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

⁴⁵¹ Nur die Rassenschande deutet auf einen jüdischen Täter hin, hier ist nur ein Eintrag festgestellt.

⁴⁵² MinRat Grau, zit. Nach Robinsohn, S. 11.

⁴⁵³ Gesetz v. 15.9.1935, RGBl. 1935, I S. 1146 f.

§ 5 Abs. 2: Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft“.

Die Strafandrohung war gleichermaßen drastisch als unbestimmt, nämlich „Gefängnis oder Zuchthaus“. Bestraft wurde nur der Mann, nicht die beteiligte Frau. Das bewahrte diese einerseits vor einer möglichen Bestrafung, beraubte sie andererseits der Möglichkeit, als Beschuldigte oder Zeugin die Aussage zu verweigern (§§ 52,55 StPO), so war sie schutzlos den massiven Vernehmungsmethoden der Polizei ausgeliefert. Anwaltliche Beratung wäre bei diesem Delikt besonders wichtig gewesen, da naturgemäß die beteiligte Frau die einzige Belastungszeugin war. Ohne Beratung wusste sie nicht, welche sexuellen Handlungen überhaupt strafbewehrt waren und konnte ihre Einlassung nicht danach einrichten. So sollten zwar „Ersatzhandlungen“ für den Beischlaf dazugehören, nicht jedoch „Liebeswerbungen (Küsse, Spaziergänge), die die Frau zum Geschlechtsverkehr geneigt machen sollten, sich aber nach natürlicher Auffassung nicht als geschlechtliche Beteiligung darstellen“⁴⁵⁴.

Die Straffreiheit der an sexuellen Handlungen beteiligten Frau diene also weniger ihrem Schutz (vgl. Straflosigkeit bei Prostituierten), als dem Bemühen, verwertbare Beweise zu erlangen – andere Nachweise waren bei dieser Deliktsart nicht zu erwarten⁴⁵⁵. Für Ulm ist nur ein archivierte Strafverfahren festgestellt, aber aus Zeitungsberichten und anderen Veröffentlichungen ergaben sich Hinweise auf weitere hiesige Verfahren, so aus einer Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger von Ulm⁴⁵⁶: Im Jahre 1938 wurde ein lediger jüdischer Bürger angezeigt, weil er angeblich Umgang mit Straßendirnen gehabt habe und kam in Schutzhaft. Der Beschuldigte bestritt die Vorwürfe, von den Dirnen wurde nur eine ermittelt, die angab, zum Beischlaf sei es im September 1938 gekommen, zu einem Zeitpunkt, zu dem der Beschuldigte schon in Schutzhaft saß. Das Gericht verurteilte ihn dennoch und nahm einen Irrtum der Zeugin bzgl. des Datums an. Aktenmäßig belegt werden können diese Verfahren nicht.

⁴⁵⁴ RG in JW 1938, S. 2339.

⁴⁵⁵ RGSt 71,5.

⁴⁵⁶ Keil, S. 161f berichtet von einer Verurteilung vom 14.7.1936 zu 10 Monaten Gefängnis, die voll verbüßt wurden. Am 27.6.1938 kam der Beschuldigte bei einer reichsweiten Verhaftungswelle von „Arbeitsscheuen“ in Schutzhaft nach Dachau, am 14.12.1938 in die USA.

5.6.3.1.1 „Rasseschandefall“ Julius Heumann

Der einzige nachweislich in Ulm verhandelte Fall dieser Art gegen Julius Heumann ist in seinem gesamten Ablauf – Beginn der Ermittlungen, Vernehmungen, billiger Verkauf des Betriebes an arische Konkurrenten, Strafzumessung, Strafverbüßung, Gnadenanträge u.ä. vollständig und eindrucksvoll dokumentiert: Der Angeklagte hatte sich mit seiner früheren langjährigen Verlobten 1936 dreimal getroffen, in einem Falle kam es zum Verkehr, er wurde deswegen vom Landgericht Ulm zur Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten verurteilt⁴⁵⁷. Dem lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der 1881 in Laupheim, nahe Ulm, geborenen Julius Heumann war 1915 zur Wehrmacht eingezogen worden und bis Kriegsende an der Westfront eingesetzt. Für seinen Einsatz in mehreren Kämpfen wurden ihm zahlreiche Auszeichnungen und Orden verliehen. In Laupheim war er sozial verwurzelt und als Mitglied mehrerer Vereine konfessionsübergreifend eingebunden sowie als Solosänger bei Veranstaltungen gerne gesehen⁴⁵⁸.

Ab 1921 kam er fast täglich in das Geschäft der 46 jährigen, katholischen, verwitweten Friseurmeisterin Ganser, beide kamen sich näher, wobei Heumann sich wie ein Vater um den Sohn der Witwe sorgte. Ab 1924 entwickelte sich ein mit Geschlechtsverkehr verbundenes Liebesverhältnis, im Mai 1924 verlobten sie sich. Der Vater des Angeklagten duldete als strenggläubiger Jude die Eheschließung mit einer Christin nicht, weshalb Heumann damit bis zum Tode seines Vaters warten wollte, um nicht aus dem Familienverband ausgestoßen zu werden.

Nach Erlass des „Blutschutzgesetzes“ brachen beide ihre Kontakte aus Furcht vor Bestrafung ab und lösten die Verlobung auf. Anfang 1936 arrangierte die Zeugin noch 3 Treffen, um in privaten Problemen Rat zu bekommen, wobei man sich in Ulm und anderen entfernten Orten traf. Dabei kam es bei zwei Treffen zu Zärtlichkeiten, von einem Verkehr sah Heumann aus Vorsicht ab, weil er glaubte, Personen gehört zu haben. Beim dritten Treffen kam es zum Verkehr, der aus Angst vor Entdeckung abgebrochen wurde.

⁴⁵⁷ StA Ludwigsburg, E 352, 1442.

⁴⁵⁸ Köhlerschmid, S. 282.

Die Treffen wurden anonym angezeigt, der geständige Beschuldigte war vom 9.11.1936 – 11.2.1937 in Untersuchungshaft. In dieser Zeit wurde seine Firma „arisiert“, also enteignet. Er wurde im Februar 1937 verurteilt⁴⁵⁹. Der Urteilstenor und die Strafzumessungsgründe werden nachfolgend abgedruckt.

⁴⁵⁹ Urteil vom 11.2.37, Kls 9/37, S. 5, StA Ludwigsburg, E 352, 1442.

Unterstützung

Württ. Landgericht Ulm a. D. (Württ.)

I

Im Namen des Deutschen Volkes!

Aktennummer:

KLs. 9/37.

Strafsache gegen

den am 13.2.1881 in Laupheim geb., und dort wohnh.
ledigen jüdischen Kaufmann

Julius Heumann,

zur Zeit in Untersuchungshaft im Gerichtsgefängnis
Ulm,

wegen Rassenschande.

Die 1. große Strafkammer des Württ. Landgerichts in Ulm a. D. hat in der
Sitzung vom 11. Februar 1937, woran teilgenommen haben

Landgerichtsdirektor Baitinger

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Fink,

Amtsrichter Weisheit

als beiführende Richter,

Georg Walz, Friseurmeister in Ulm,

Wilhelm Wurster, Former in Geislingen,
als Schöffen,

Staatsanwalt Dr. Ernst

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Referendar Abel

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen eines vollendeten und wegen
zweier versuchter Verbrechen im Sinn des Blutschutzgesetzes
zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten als
Gesamtstrafe, auf welche zwei Monate der erlittenen Un-
tersuchungshaft angerechnet werden, kostenfällig verurteilt.

Staatsarchiv Ludwigsburg. Alle Rechte vorbehalten-Signatur: E 352, 1442, Kl. 9/37

III. Bei der Strafzumessung war zu Gunsten des Angeklagten zu berücksichtigen, dass er nicht vorbestraft ist, bisher gut beleumdet war, die Taten bereute und den Weltkrieg als deutscher Soldat mit Auszeichnung an der Front mitmachte. Weiterhin war zu seinen Gunsten zu berücksichtigen, dass er nach Inkrafttreten des Blutschutzgesetzes den Verkehr mit der Zeugin Ganser abgebrochen hatte und nur auf deren wiederholtes Bitten hin jedesmal zu dem Stelldichein widerstrebend sich eingefunden hatte, um die Ganser in ihren Familienangelegenheiten, wie schon früher, zu beraten, und dass dann die Anregung zum Verkehr jeweils von der 45-jährigen Ganser ausgegangen ist, und diese ihn auch trotz seines jeweiligen anfänglichen Sträubens für sich zu gewinnen verstanden hat. Der verbrecherische Wille war also beim Angekl. nicht besonders stark ausgeprägt. Andererseits war aber gerade bei dem vollendeten Verbrechen in Geislingen straferschwerend in Betracht zu ziehen, dass der Angekl. von den beiden ersten Begegnungen her wusste, dass die Zeugin Ganser noch an ihm hing, auch er selbst ihr noch innerlich nahe stand und ihrem ernsthaften Verlangen nach Verkehr nicht zu widerstehen vermochte. In Erwägung dieser Umstände sah das Gericht von einer Zuchthausstrafe ab, und hielt bezüglich des vollendeten Verbrechens eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und bezüglich der beiden versuchten Verbrechen in Anwendung des § 44 StGB. Gefängnisstrafen von je 3 Monaten für angemessen. Gemäss § 74 StGB. war aus diesen drei Einzelstrafen unter Zugrundelegung der Einsatzstrafe von einem Jahr Gefängnis eine Gesamtstrafe zu bilden, welche in Höhe von einem Jahr und drei Monaten Gefängnis als dem Verschulden des Angeklagten entsprechend erschien.

Da der Angeklagte geständig war, wurde ihm die erlittene Untersuchungshaft in Höhe von 2 Monaten gem. § 60 StGB. auf die Strafe angerechnet.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

Baitinger.

Dr. Fink.

Weisheit.

vorbenannten-Signatur: E-332 9444/105.913

5.6.3.1.2 Anmerkungen zum Urteil

Das Urteil ist sehr genau und detailliert, mit 11 Seiten bei einem im vollen Umfang geständigen Angeklagten und einem rechtlich einfach gelagerten Fall angemessen ausführlich gehalten. Das mag an der Bedeutung des Falles in der Öffentlichkeit liegen, aber auch auf die sehr geringe Erfahrung dieser Deliktsart zurückgeführt werden. Dabei nimmt die Sachverhaltsschilderung mit 7 Seiten schon 2/3 des gesamten Urteils ein. Sehr ausführlich werden die vorstehend erwähnten Strafmilderungsgründe dargelegt, weder über den Beschuldigten noch über Juden generell sind abfällige, kritische, geschweige denn gehässige Bemerkungen enthalten.

Die 2,5 Seiten für die rechtliche Würdigung erörtern alle erforderlichen rechtlichen Überlegungen und Subsumtionen: Der Angeklagte war mit 4 volljüdischen Großeltern Volljude im Sinne des § 5 Abs. 1 der ersten VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935, was er wusste. Es wird ausgeführt, die Zeugin sei mit 4 arischen Großeltern deutschblütig, damit deutsche Staatsangehörige, was sie wusste. Der Begriff des außerehelichen Verkehrs wird erörtert, für 2 Fälle verneint, in denen der Angeklagte nur sexuelle Handlungen erduldet hatte. Insoweit wird jeweils ein Versuch angenommen, ein strafbefreiender Rücktritt verneint, da dieser aus Angst vor Entdeckung, damit unfreiwillig, erfolgte.

Die Strafzumessung wird auf 1 Seite dargelegt, wobei ausschließlich mildernde Gründe berücksichtigt sind. Als straferschwerend wird zwar sein zu schwacher Widerstand gegen das Verlangen der Zeugin angeführt, gewürdigt hat dies das Gericht als subjektive Unzulänglichkeit, die den Täter zur Tat veranlasst hatte. Dies widersprach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, das für die Strafzumessung als „ausschlaggebend das Maß der Verantwortungslosigkeit“ gewertet sehen wollte, das der Täter gegenüber der Volksgemeinschaft gezeigt habe. Damit sollte die von den Untergerichten gezeigte weitgehende Milde unterbunden werden.⁴⁶⁰

Kein Wort zur Schändung deutschen Blutes oder andere Phrasen sind in dem Urteil zu finden. Solche damals üblichen abfälligen Äußerungen waren umso mehr zu erwarten, als auch in Ulm die Justiz das Gesetz begeistert begrüßt hat-

⁴⁶⁰ Schickert, DR 1941, S. 115 (113).

te, wie Staatsanwalt Dr. Max Kühnle in einem Artikel im Ulmer Tagblatt/Ulmer Sturm vom 11.6.1936⁴⁶¹:

„ Schluss mit der Rassenschande! ... ist es heute und in Zukunft eine Selbstverständlichkeit für die deutschen Gerichte, daß sie die Rassenschande als das bezeichnen, was sie ist: nämlich als gemeinen Volksverrat, wenn sie ein Deutscher begeht und als gemeinstes und dem deutschen Volke ... schändlichstes Verbrechen, wenn Juden sich ihrer schuldig machen ... Der Staatsanwalt fordert für solche Verfehlungen Zuchthausstrafen“.

Dem hatte das Landgericht mit seiner Gefängnisstrafe nicht entsprochen. Die Strafhöhe trägt den zahlreichen Milderungsgründen Rechnung, die Verschärfungsgründe sind unbedeutend. Die politischen Forderungen nach Zuchthausstrafen für Fälle der hier vorliegenden Art ignorierte das Gericht.

Vergleichen kann man das Urteil mit den gesamten Rassenschandeverfahren in Hamburg, die von Robinsohn ausgewertet worden sind⁴⁶². Jüdische Angeklagte wurden zu 63,4 % mit Zuchthaus, nur zu 36,6 % mit Gefängnis bestraft⁴⁶³. Die durchschnittliche Gefängnisstrafe betrug 468 Tage. Die hier ausgeworfene Strafe mit 455 Tagen liegt im Rahmen der Hamburger Praxis eines als milde bewerteten Falles. Solche Strafen widersprachen den Erwartungen der Partei, weshalb das Justizministerium einer Strafkammer in Hamburg sein Missfallen ausgesprochen und die „auffallend milden Urteile“ bei Rassenschande beanstandete hatte⁴⁶⁴.

5.6.3.1.3 Gnadenantrag und weiterer Lebensweg

Am 12.12.1937 stellte der Verurteilte nach Verbüßung von 12 Monaten ein Gnadengesuch und „ersucht die verehrliche Direktion auf dem Wege der Gnade um eine Verkürzung meiner Strafzeit“, das Gesuch datiert vom 12.12.1937⁴⁶⁵. Die Anstalt legte es am 13.12.1937 dem Herrn Oberstaatsanwalt befürwortend vor:

⁴⁶¹ Zit. nach: Sander, Ulmer Bilderchronik, Bd. 6 a, S. 169.

⁴⁶² Robinsohn, S. 75.

⁴⁶³ a.a.O. S. 77.

⁴⁶⁴ Erlass v. 11.10.1937, zit. nach Robinsohn, a.a.O., S. 131.

⁴⁶⁵ StA Ludwigsburg, a.a.O., GnS – Beiheft.

„Heumann zeichnet sich hier von Anfang an, nicht nur im Vergleich mit seinen Rassengenossen, sondern ganz allgemein, durch Arbeitswilligkeit und eine tadellose Führung aus. Er war sich von Anfang an bewußt, das Grundgesetz des Deutschen Volkes übertreten zu haben; aus diesem Schuldbewusstsein heraus trug er seine Strafe vom ersten Tag an und ordnete sich dem Strafvollzug von innen her unter ...

Im Blick auf diesen Tatbestand und im Blick auf die in den Urteilsgründen hervorgehobenen Umstände befürworte ich dieses Gesuch hinsichtlich einer bedingten Strafaussetzung der letzten 2 Monate bei 3 jähriger Bewährung.“ Kammervorsitzender Richter Baitinger erklärte „Ich kann das Gesuch nur bezüglich des letzten Monats befürworten“, der Oberstaatsanwalt verschloss sich einem Straferlass von 1 – 2 Monaten wegen der besonderen Umstände nicht. Die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart setzte bei: „ Ich trete jedem Gnadenersuchen entgegen“. Der Reichsminister der Justiz entschied am 4.1.1938 mit Stempelaufdruck ohne Begründung: „Ablehnung“. So wurde die Strafe vollständig bis zum Strafenende am 12.3.1938 verbüßt.

Der Ablauf der Gnadenentscheidung belegt, mit welchem Erfolg die Partei die Führungsebenen auch in der Justiz mit ideologisch zuverlässigem Personal besetzt hatte: Die Mittel- und Oberbehörden (Generalstaatsanwaltschaft, Ministerium) hielten sich mit Begründungen und Abwägungen eines Einzelfalles überhaupt nicht auf, Gnade bei Juden gab es nicht.

Der Behördenleiter der Staatsanwaltschaft, OStA Ernst, erscheint auf den ersten Blick verständnisvoller, menschlicher, nur: Er wusste, dass der Gnadenantrag vom Ministerium abgelehnt werden würde, er hätte den Antrag nicht weiterleiten müssen sondern die Strafe in eigener Zuständigkeit erlassen können, wenn er wirklich gewollt hätte. Das führte er selbst in seinem Bericht an das Ministerium aus: „Dennoch glaubte ich von der Möglichkeit der ausnahmsweisen Bewilligung gemäß § 27 Gnadenordnung keinen Gebrauch machen zu sollen und möchte, da es sich um ein Verbrechen der Rassenschande handelt, der grundsätzlichen Entscheidung des Herrn Reichsministers der Justiz nicht vorgreifen“. Er hatte sich gescheut, seine eigene Wertung umzusetzen, wohl weil er nicht als weicher, unzuverlässiger Strafrechtler auffallen wollte⁴⁶⁶.

⁴⁶⁶ Löffler, S. 156, weist darauf hin, dass in Judenfragen das Reichsjustizministerium keinerlei Rückendeckung gegeben habe, man keinerlei Entgegenkommen habe erwarten könne.

Nach der Entlassung stand der Verurteilte mittel- und arbeitslos da. Schon in den Urteilsgründen war ausgeführt, er sei als Firmenteilhaber ausgeschieden, seine Vermögensverhältnisse seien ungünstig. Tatsächlich lag dem die praktisch zwangsweise „Arisierung“ der Kleiderfabrik Heumann zugrunde, die während seiner Inhaftierung an zwei Arier veräußert werden musste⁴⁶⁷. Nach der Entlassung ging er mit seiner Schwester nach Frankreich, wo beide nach dem Einmarsch der Wehrmacht in ein Lager in Paris kamen, 1942 nach Auschwitz deportiert wurden und dort ums Leben kamen.

5.6.3.1.4 Wiedergutmachung

Erwähnenswert ist der Versuch der Zeugin Lina Ganser, nach der Verurteilung des Angeklagten und dem Verkauf der Firma zu ihrer dringend benötigten Einlage von 10.000.- RM in die Firma Heumann zu kommen, die durch Schuldanerkenntnis gesichert war. In der NS – Zeit wurde ihr Anspruch abgelehnt, da sie als Verlobte eines Juden ebenfalls unter die Rassengesetze falle. Nach dem Krieg beantragte sie Wiedergutmachung am 28.3.1946, eine Entscheidung wurde mit Hinweis auf den unbekannten Aufenthalt des Heumann vom Landesamt in Tübingen abgelehnt, obwohl man wusste, dass dessen letzter Aufenthalt in einem KZ gewesen war und ebenso der Grund des Transportes dorthin bekannt war. An einen Ausgleich des Unrechts war damals niemand interessiert.

5.6.3.2 Verfahren gegen jüdische Bürger wegen anderer Delikte

5.6.3.2.1 Reichsfluchtsteuer – Fall Ehepaar Anguli

Eine Vielzahl strafbewehrter Vorschriften reglementierte das Leben der Juden in Deutschland, darunter die Reichsfluchtsteuer⁴⁶⁸. Nach den Nürnberger Gesetzen befürchteten viele Juden, insbesondere nach der Reichskristallnacht, eine für sie unerträgliche berufliche und private Lebenssituation und bemühten sich um Aus-

⁴⁶⁷ Köhlerschmidt, S.287, wonach zahlreiche Grundstücke von Juden unter Ausnutzung ihrer Notlage günstig von 2 Kaufleuten erworben wurden. Nach dem Krieg wurde der Verkauf restituiert.

⁴⁶⁸ Diese Steuer war bereits in der Weimarer Zeit am 8.12.1931 (RGBl. I, 31, 699, 731) eingeführt, in der Folge (23.12.1932; 18.5.1934; 16.10.1934 und 19.12.1937) geändert worden.

reise. Eine Einreise in ausländische Staaten wurde von diesen nur bei ausreichend eigenem Vermögen oder einem validen Bürgen im Einreisestaat erlaubt. So wurden die Flüchtlinge gezwungen, einen möglichst großen Teil ihres Vermögens ins Ausland zu transferieren. Durch strenge Devisenvorschriften wurde dies erschwert, zusätzlich hatten die Auswanderer 25 % ihres Vermögens als Reichsfluchtsteuer zu bezahlen.

Das jüdische Kaufmannsehepaar Max Moses Anguli und Berta Anguli, geb. Meth, - Mitinhaber des in Ulm bekannten Kaufhauses „Wohlwert“- war 1936 nach Palästina ausgewandert. Die Fluchtsteuer mit 9.250.- RM wurde beglichen, allerdings war das der Berechnung zugrunde liegende Vermögen zu gering angegeben und dadurch 6.500.- RM an Reichsfluchtsteuer verkürzt worden⁴⁶⁹. Der verkürzte Betrag wurde von den in Palästina wohnenden Schuldnern nicht beglichen, weshalb die Akten mit Strafanzeige der Staatsanwaltschaft Ulm vorgelegt wurden, die am 6.2.1939 Anklage zum Schöffengericht erhob. Bereits eine Woche später schickte Amtsgerichtsrat Weber wegen erheblicher Bedenken – unter Hinweis, Verfahren dieser Art würden im Ausland besondere Beachtung finden - die Anklage zurück⁴⁷⁰, er monierte:

- (1) aus den Akten sei nicht durch Urkunden belegt, ob und an wen der Nachforderungsbescheid zugestellt worden sei,
- (2) nicht die Angeklagten müssten – anders als im Steuerrecht – ihre Unschuld nachweisen, sondern die Justiz, im Strafrecht gebe es keine Beweislastumkehr.

Das Amtsgericht –Schöffengericht- Ulm verurteilte am 2.6.1939 beide Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten und Geldstrafe von 5.000.- RM. Die neutral abgefassten Urteilsgründe umfassen 2 Seiten. Im Plädoyer hatte Staatsanwalt Dr. Kerschbaum mit markigen Worten die Tat als „nahezu Landes-

⁴⁶⁹ Der Steuersatz betrug 25 % des Vermögens.

⁴⁷⁰ Die NS-Machthaber wollten einerseits die Juden aus Deutschland entfernen, andererseits aus fiskalischen Gründen hohe Abgaben einnehmen. Dies behinderte in vielen Fällen eine Auswanderung, da der Lebensunterhalt im Ausland mangels ausreichenden Vermögens nicht gesichert, eine Einreise dann untersagt war. Das Reichsfinanzministerium hatte die Auswanderung jüdischer Personen als erwünscht erklärt, die nicht durch eine harte Reichsfluchtsteuer behindert werden dürfe (Runderlass RFM v. 26.7.1933, zit. nach Kuller, S. 84). Von der Steuer hätte deshalb abgesehen werden sollen, was das Gericht nicht nachprüfte. Allerdings hatte der Reichsfinanzhof die Steuerpflicht dennoch bejaht, denn „von einem auswandernden Nichtarier kann nicht erwartet werden, daß er im Ausland deutsche Art und deutsches Wesen fördert“ (RFH v, 20.12.1933, JW 1934, S. 379; zustimmend Schmauser, JW 1934, S. 379). So wurde die Steuer zu einem „Instrument der wirtschaftlichen Vernichtung der Juden umgeformt“ (Kuller, S.379).

verrat“ gezeißelt und den Angeklagten vorgehalten, sie hätten als Juden nur Gastrecht genossen und dieses missbraucht.

Im Wiedergutmachungsverfahren wurde am 1.3.1950 ein Antrag auf Entschädigung gestellt: Als Jude war Max Anguli als Geschäftsführer bei der Volksbedarf GmbH in Ulm bei einem Jahreseinkommen von 18.200.- RM zum 1.3.1936 entlassen worden. Am 23.3.1957 erhielt er als Entschädigung 1.856.- DM und bezog Sozialhilfe von der Stadt Stuttgart. Für eine Minderung der Erwerbsfähigkeit als Kaufmann bewilligte man ihm letztlich eine monatliche Rente von 600.- DM. Im Januar 1970 verstarb Max Anguli, seine Witwe erhielt Witwenrente von 361,30 DM monatlich.

Der Fall belegt, wie sehr den jüdischen Mitbürgern durch Devisenvorschriften und Reichsfluchtsteuer eine Ausreise erschwert worden war, weil ohne Vermögen oder Bürgschaft eine Einreise im Ausland unmöglich war. Das Wiedergutmachungsverfahren zog sich sehr lange hin und verzögerte sich vielfältig. Aus den Akten zeigt sich ein hinhaltender Widerstand der Behörden gegen Wiedergutmachung. Ein Referent meinte lakonisch, die Antragstellerin solle doch froh sein, überhaupt überlebt zu haben.

5.6.3.2.2 Verstöße gegen Devisenvorschriften

(1) Der Fall Anna Sarah Rosenheimer zeigt griffig, wie die Devisengesetze die jüdische Bevölkerung daran hindern sollten, im Ausland befindliche Familienmitglieder unterstützen zu können und für sich selbst eine finanzielle Vorsorge für eine Übersiedlung ins Ausland zu treffen:

Frau Rosenheimer hatte nach dem Tode ihres Mannes dessen Geschäft bis 1933 geleitet. Wegen der insbesondere nach 1935 immer judenfeindlicher werdenden Stimmung im Deutschen Reich wollte sie zu ihrem Sohn nach Paris auswandern und nach Möglichkeit ihr Vermögen dorthin transferieren, um als 72-jährige Witwe ihre Zukunft zu sichern. Deshalb transferierte sie illegal über Bekannte 6.200.- RM nach Frankreich. Unabhängig hiervon hatte sie ihr anmeldepflichtiges Vermögen⁴⁷¹ im Zusammenhang mit einer Sühneleistung jüdischer Bürger um 1.500.- RM zu gering angegeben.

⁴⁷¹ Jüdische Bürger waren nach der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.1938 (RGBl. I 1938, S. 414) verpflichtet, ihr Vermögen mitzuteilen. Die Juden im Deutschen Reich waren nämlich nach der Verordnung über eine Sühneleistung von einer Milliarde Reichsmark (Verordnung vom 12.11.1938,

Am 12.5.1939 wurde sie vom Landgericht Ulm⁴⁷² wegen zwei Vergehen gegen das Devisengesetz zur Gesamtgefängnisstrafe von drei Monaten fünfzehn Tagen und der Geldstrafe von Fünftausend Reichsmark und Sechshundert Reichsmark sowie wegen eines Vergehens gegen die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden zu der Geldstrafe von Zweihundert Reichsmark verurteilt. Auf die Freiheitsstrafe wurden sechs Wochen der Untersuchungshaft angerechnet.

Die Justiz hatte vorgesorgt, dass die Verurteilte das Land nicht ohne Zahlung der Geldstrafe verlassen konnte: Die seit 30.12.1938 in U-Haft einsitzende 72-Jährige wollte so schnell als möglich ausreisen. Nach einer Sicherheitsleistung von 40.000 ffrs, (entsprechend 2.631.- RM) gewährte das Amtsgericht Haftverschonung, die Verurteilte wurde am 11. Februar 1939 auf freien Fuß gesetzt.

(2) Die zahllosen Melde- und Genehmigungsvorschriften für Besitz und Veräußerung von Devisen u.ä. zogen häufig Strafverfahren nach sich. 3 Kinder hatten von ihrer jüdischen Mutter ausländische Wertpapiere sowie ausländische Devisen geerbt, die entgegen §§ 35, 42 Devisengesetz nicht der zuständigen Reichsbehörde zum Kauf /Übertragung angeboten worden waren, ein Schaden war nicht eingetreten. Die Staatsanwaltschaft lehnte eine Amnestie ab, da Freiheitsstrafe über einen Monat zu erwarten sei. Das Schöffengericht verurteilte am 20.7.1938 alle drei Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis und zusätzlichen Geldstrafen von 4.000.- RM bzw. zweimal je 3.000.- RM wegen Vergehens gegen das Volksverratsgesetz, mildernd wurde berücksichtigt, dass kein Schaden entstanden war.

Die Beschuldigten waren dringend an einer schnellen Ausreise interessiert. Schon Ende August bemühten sie sich erfolgreich um Einreisegenehmigungen nach England, am 7.11.1938 setzte die Staatsanwaltschaft die verhängten Freiheitsstrafen zur Bewährung aus, am 28.11.1938 wurde die Geldstrafe bezahlt, bereits am 1.12.1938 wurden die beschlagnahmten aber nicht eingezogenen Wertpapiere freigegeben, der Ausreise stand nichts mehr im Wege.

Deutlich erkennt man hier eine Benachteiligung jüdischer Mitbürger, denn es war keinerlei Schaden entstanden, sondern nur ein folgenloses Formaldelikt

RGBl. I 1938, S. 1579, Durchführungsverordnung v. 21.11.1938, RGBl. I, 1638) verpflichtet, ihr Vermögen anzugeben.

⁴⁷² LG Ulm Urteil vom 12.5.1939, StA Ulm, 5/52k-SII 8907.

begangen worden. Dieses hätte – wie sonst üblich - nach Straffreiheitsgesetz amnestiert werden können, denn eine Geldstrafe wäre ausreichend gewesen⁴⁷³. Bei der Höhe der festgesetzten Strafe hatten die drei Verurteilten immer mit willkürlichen polizeilichen Festnahmen und Einlieferung in ein KZ zu rechnen⁴⁷⁴. Mit diesem Druckmittel konnte man leicht eine Amnestie ablehnen und eine Strafvollstreckung vollziehen.

5.6.3.2.3 Beamtenbestechung

Selbst bei Allgemeindelikten wurden jüdische Mitbürger in ihrer Existenz betroffen, etwa bei der Höchstpreisüberschreitung für Lumpen:

Der damals 39-Jährige jüdische Julius Sänger war Mitinhaber und Geschäftsführer der Firma Heinrich Gläser Nachf. in Ulm, welche alte Stoffe verarbeitete. Ihm wurde vorgeworfen, er habe einem Betriebsprüfer der Überwachungsstelle für Wolle und andere Tierhaare, Berlin, bei einer Prüfungsbesprechung am 25.5.1937 einen Geldschein zugeschoben, damit dieser eine Beanstandung „übersehe“. Die Behörde erstattete 10 Monate später eine Strafanzeige, welche die Staatsanwaltschaft mangels Beweises einstellte, auf eine angekündigte Beschwerde jedoch Anklage zum Amtsgericht Ulm erhob.

Der jüdische Verteidiger RA Moos hatte erst am Terminstag erfahren, dass seit 15.11.1938 das Auftreten jüdischer Anwälte verboten war und beantragte Terminsverlegung auf den 1.12.1938, da er bis dahin als Konsulent zugelassen sei. Richter Kinzler lehnte dies ab, da das Vorbringen keinen Grund für eine Verlegung biete. Selbst wenn der Verteidiger das Verbot für jüdische Anwälte schuldhaft nicht gekannt hätte, wäre dies kein Zurückweisungsgrund gewesen, da den Angeklagten kein Verschulden traf. Der Angeklagte wurde auf Grund der glaubhaften Angaben des Belastungszeugen wegen eines Vergehens der Beamtenbestechung i.S. des § 333 StGB zu der Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Zur Strafzumessung wurde ausgeführt, es „ ... fiel zum Nachteil des

⁴⁷³ Bei Verfahren gegen SA- und SS-Männer wegen massiver Körperverletzungen und Landfriedensbruchs hatte man sich leichter über diese Begrenzung hinweggesetzt.

⁴⁷⁴ Mit Gestapoaktionen gegen Juden war jederzeit zu rechnen. So hatte die Gestapo –wie schon früher - für Juni 1938 eine reichsweite Verhaftungsaktion geplant, in der – zur Bekämpfung der Kriminalität – Asoziale sowie alle männliche Juden im Bereich einer Kripoleitstelle zu verhaften waren, die einmal zu einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Monat verurteilt worden waren. Bei der Juni – Aktion waren 10.000 Personen verhaftet und nach Buchenwald verbracht worden (Eberhardt, S. 88 ff).

Angekl. vor allem ins Gewicht, dass er als Jude es gewagt hat, in so frecher Weise einen deutschen Beamten zu einer Pflichtverletzung zu verleiten. Gerade als Jude hätte er allen Anlass gehabt, sich vollkommen korrekt zu verhalten. Sein Tun kann gar nicht scharf genug verurteilt werden. ... Zu Gunsten des Angekl. kann berücksichtigt werden, dass er im Krieg seine Pflicht getan hat u. verwundet u. ausgezeichnet worden ist⁴⁷⁵.“

Nun begann ein zäher Kampf um die Aussetzung der Strafvollstreckung, denn der Verurteilte wollte auswandern. Während der Strafverbüßung waren die Firmenanteile des Verurteilten an den arischen Kaufmann Otto, Herrlingen, verkauft worden. Mit dem Hinweis des Verteidigers, die Reichsregierung erstrebe doch die Auswanderung der Juden und dem Hinweis, der Verurteilte habe „im Krieg und Frieden seine Pflicht in vollem Maße erfüllt“⁴⁷⁶, wurde dem Gnadenantrag stattgegeben, im Juli 1939 wanderte die Familie in die USA aus. Im Wege der Wiedergutmachung wurden später die beschlagnahmten/veräußerten Vermögenswerte ausgeglichen. Im Jahre 1977 verstarb Julius Sänger.

Die Behörde hat hier sehr sensibel und abhängig reagiert und allein auf die Ankündigung einer Beschwerde gegen die Einstellungsverfügung diese zurückgenommen. Man wollte bei Verfahren gegen Juden, einem Schwerpunkt der NS-Ideologie, nicht als unzuverlässig auffallen.

Andererseits zeigte sich, dass die Justiz in Ulm immer noch jüdische Anwälte schätzte, denn der arische Anwalt aus Berlin konnte seinem Mandanten keine Aussetzung zur Bewährung vermitteln, wohl aber der jüdische RA Moos, Ulm, der im früheren Kollegenkreis immer noch anerkannt und geachtet war.

⁴⁷⁵ Die scharfen Formulierungen überraschen, denn Kinzler war zwar seit 1933 in einigen NS-Organisationen, nicht jedoch in der Partei. Erklären kann das vielleicht sein Ausscheiden aus der Justiz Anfang 1940, er wechselte als Leiter zu einer militärisch wichtigen Textilfabrik.

⁴⁷⁶ Gnadengesuch vom 14. 4. 1939 a.a.O.

5.6.3.2.4 Übertretung der Arbeitszeitverordnung

Selbst im Jahre 1938 wurden jüdische Angeklagte vor dem Amtsgericht Ulm noch objektiv und mit Achtung behandelt, wie ein Zeitungsbericht über einen unbedeutenden Fall aufzeigt⁴⁷⁷. Zugleich ersieht man daraus die sehr kritische Haltung der Presse gegenüber Juden und einem milden Richter.

Ein jüdischer Händler hatte sein Tabakwarengeschäft unerlaubt früh um 6 Uhr geöffnet. In seinem Artikel beanstandete der Gerichtsreporter, „ vor dem Amtsgericht schien der Angeklagte durchaus vergessen zu haben, dass er nicht nur staatsrechtlich ein Ausländer – nämlich Pole – ist, sondern auch nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 nicht deutscher Staatsangehöriger sein könnte und ist, wiewohl er sich als solcher aufzuführen beliebt. Denn dreist und gottesfürchtig lehnt er sich in aller Seelenruhe an das sonst nur den Anwälten vorbehaltene Rednerpult, ohne daß er sich verdienstermaßen eine Rüge zugezogen hätte. Er besann sich aber noch, ob er das reichlich milde Urteil annehmen sollte“.

5.6.4 Jüdische Bürger als Anzeigerstatter

Wurden Juden Opfer von Straftaten, verfolgte die Justiz die Anzeigen nachdrücklich und ließ die Opfer nicht schutzlos: Im Jahre 1923 war eine damals 33-jährige Frau von einem jüdischen Zahnarzt während der Behandlung unsittlich belästigt worden. Im Jahre 1936 erbat sie vom Zahnarzt eine Entschädigung für ihre damals ausgestandenen Schmerzen seelischer und nervöser Natur, andernfalls könne es ihm im Dritten Reich ebenso ergehen, wie in dem „Zeitungsfall“. Der Arzt zahlte insgesamt 540.- Mark und versprach der Frau eine monatliche Rente von 20.- Mark, wenn sie ihn in Ruhe lasse. Als sie mehr wollte, erstattete er Anzeige. Das Landgericht verurteilte die Erpresserin zu fünf Monaten Gefängnis mit dem Hinweis, dass Erpressung nach Auffassung des nationalsozialistischen Staates von besonders niedriger Gesinnung zeuge⁴⁷⁸. Der Schutz eines jüdischen Bürgers und die Bestrafung einer gegen NS-Moral verstoßenden Deutschen fielen hier zusammen.

⁴⁷⁷ Ulmer Tagblatt vom 6.8.1930, Stadtarchiv Ulm, G 5/33.

⁴⁷⁸ Sander, Ulmer Bilder-Chronik, S. 216.

5.6.5 Zusammenfassung

Die Gesetzesmaschinerie des NS-Regimes hatte ein ganzes Arsenal von Vorschriften zur Diskriminierung und Benachteiligung der Juden erlassen, die von der Strafjustiz in Ulm anstandslos umgesetzt worden sind. Die in den Verfahren beteiligten Staatsanwälte waren von der Idee eines „judenfreien Reiches“ ersichtlich durchdrungen, die sie beruflich umsetzten. Die Diktion der Amtsgerichte war bei Verfahren gegen jüdische Mitbürger deutlich NS-geprägt. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten in Deutschland nur Gastrecht genossen und dieses missbraucht oder es als Jude gewagt, in frecher Weise einen deutschen Beamten zu einer Pflichtverletzung zu verleiten. Auch wurde einem Angeklagten ein jüdischer Verteidiger verweigert. Allerdings zeigt ein Verfahren, dass mancher Amtsrichter noch 1938 jüdische Mitbürger objektiv und mit Verständnis behandelt hat.

Beim Landgericht konnten solche Entgleisungen nicht festgestellt werden. Das einzige dort anhängige Verfahren wurde nicht nur korrekt nach prozessualen Vorschriften durchgeführt, es finden sich in den Urteilsformulierungen nicht die geringsten abwertenden oder herabwürdigenden Bemerkungen über die jüdische Bevölkerung, die Diktion ist wohlwollend, insbesondere die Strafzumessungsgründe schildern den Verurteilten positiv.

5.7 VERFAHREN GEGEN PFARRER UND BIBELFORSCHER

5.7.1 ALLGEMEINES

Die unabhängigen Kirchen und Sekten waren wegen ihrer Autorität für Hitler natürliche Gegner, insbesondere die international organisierte katholische Kirche sowie die Ernsthaften Bibelforscher (Zeugen Jehovas) wurden argwöhnisch überwacht, da man durch die Autoritäten innerhalb der Gemeinschaften das Führerprinzip bedroht sah. Seine Gegnerschaft zu solchen religiösen Gruppen verdeckte Hitler nach außen: So forderte er in These 24 des Parteiprogramms „die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat“ und stellte in der Regierungserklärung nach der Machtergreifung fest, es „sieht die nationalsozialistische Regierung in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur

Erhaltung unseres Volkstums; sie sind die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes“⁴⁷⁹.

Tatsächlich war er bestrebt, den Einfluss der katholischen Kirche einzuschränken und die evangelische Kirche gleichzuschalten⁴⁸⁰. Dazu wurden auch strafrechtliche Mittel eingesetzt, neben dem Kanzelparagraf 130 a StGB, wonach Geistliche nicht über staatliche Angelegenheiten berichten durften, wenn sie dadurch den öffentlichen Frieden gefährdeten. Auch strafrechtliche Vorwürfe der Verleumdung, Beleidigung, Heimtücke, Devisenvergehen, Verstöße gegen Sammlungsverbot und sexuelle Verfehlungen wurden gegen Pfarrer erhoben.

5.7.2 VERFAHREN GEGEN GEISTLICHE

Aus dem Js – Eingangsregister waren einige Gerichtsverfahren gegen Geistliche ersichtlich. Wegen Verstoßes gegen das Sammlungsverbot sind im Jahr 1936 mindestens zehn Verfahren im Eingangsregister vermerkt, welche alle an das Sondergericht Stuttgart abgeben worden sind. Verstöße gegen § 130 a StGB⁴⁸¹ wurden nur in zwei Fällen festgestellt. Dies liegt allein in der geringen Anzahl möglicher potentieller Täter begründet.

5.7.2.1 Sittlichkeitsvorwürfe

Die Vorurteile gegen Pfarrer, denen gerne sittliche Verfehlungen angelastet wurden, waren offenbar auch in Justizkreisen fest verwurzelt, wie die Urteilsgründe im Verfahren gegen den katholischen Pfarrer Hafner wegen Sittlichkeitsdelikt belegen, der im Urteilstenor zwar freigesprochen, in den Gründen jedoch verurteilt wurde⁴⁸²:

⁴⁷⁹ Forsthoff, S. 165.

⁴⁸⁰ Was ihm mit der neu gegründeten „Vereinigung deutscher Christen“ weitgehend auch gelang. Ideologisch begründet wurde die Ablehnung des Christentums, weil sie ihre Werte und Traditionen den „leichtgläubigen Germanen“ mit Gewalt und List aufgezwungen, damit deren rassische Lebenskraft untergraben hatten. Dem Fortleben des Einzelnen im Jenseits setzte Hitler seine Lehre vom „Fortleben in der unsichtbaren Unsterblichkeit der Nation“ gegenüber. (vgl. Burleigh, S. 299).

⁴⁸¹ Verboten war Geistlichen oder anderen Religionsdienern, Angelegenheiten des Staates zum Gegenstand der Verkündigung oder Erörterung zu machen.

⁴⁸² LG Ulm KLS ...U.v.2.2.1940, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4340.

Das Reichsgericht hatte eine Verurteilung des Pfarrers wegen Sittlichkeitsdelikten durch das Landgericht Ravensburg aufgehoben und das Verfahren an das Landgericht Ulm zurückverwiesen. Im aufgehobenen Urteil war festgestellt worden, „an sich“ seien die Handlungen des Angeklagten nicht unzüchtig, der Verurteilte habe jedoch „in wollüstiger Absicht“ gehandelt, das sei ein Beweisanzeichen für die Unzüchtigkeit, „weiter kommt hinzu, daß der Angeklagte ein Geistlicher ist, der zum Zölibat verpflichtet ist; bei ihm beurteilt der sittlich empfindende Mensch einen Kuss auf den Mund eines Mädchens anders als bei einem anderen Menschen“. Das Reichsgericht hatte diese Argumentation als rechtlich unzutreffend beanstandet.

Das Landgericht Ulm sprach in je einem Fall frei bzw. stellte nach Amnestie ein. Dieser Freispruch war in der Begründung eine soziale Hinrichtung. Über 10 Seiten hinweg legte das Gericht detailliert in 6 Vorfälle dar, wie der Angeklagte drei minderjährige Mädchen bei Beichte oder Belehrung geküsst und berührt hatte oder haben sollte. Alle diese Schilderungen enden mit der Anmerkung, „Diese Vorfälle sind nicht Gegenstand der Anklage“, für die Beweiswürdigung wurden sie auch nicht benötigt.

Die Einstellung nach Amnestie wurde wie folgt begründet: „Es wurde festgestellt, dass der Angeklagte die Zeugin „auf seinen Schoß setzte, zwischen seine Beine stellte, diese zusammenpresste, sie dabei küsste und heftig zitterte, schnaufte und einen roten Kopf hatte“, und dabei zur Befriedigung seines Geschlechtstriebes, also in wollüstiger Absicht, handelte. Der Angeklagte empfand diese Begründungen als abträglich und legte Revision ein, die er jedoch wieder zurücknahm.

Diese Begründung trägt den antiklerikalen Geist des Nationalsozialismus in sich. Überraschend ist, dass gerade der Vorsitzende Baitinger so vorging, denn er war als einer der wenigen Richter nicht in der Partei und fällte Urteile mit Augenmaß, durch verletzend, überzogene Formulierungen war er sonst nie aufgefallen.⁴⁸³

⁴⁸³ Zu erklären ist diese Reaktion durch die 1937 mit einer Rede Goebbels eingeleiteten sexuellen Verleumdungen der katholischen Kirche. In der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ hatte der Papst nicht nur herbe Kritik an Verletzungen des 1933 geschlossenen Konkordats sondern auch an der NS-Rassenpolitik geübt. Diesen Konflikt hatten die NS-Politiker erwartet und verbreiteten nun seit Jahren gesammeltes Material über sexuelle Verfehlungen katholischer Geistlicher unter das Volk. Die katholische Kirche sei „eine Brutstätte der widernatürlichen Unzucht“, ein Ort „haarsträubender Sittenverwilderung“, eine einzige „Sexualpest im Priesterrock“, so Goebbels 1937. Um Material für die Presse zu liefern ordnete das Justizministerium an, die im

5.7.2.2 Heimtücke vorwurf

Um kritische Pfarrer mundtot zu machen, wurden sie überwacht und ausspioniert, wie das Verfahren gegen Pfarrer Zwiesel in Göppingen⁴⁸⁴ zeigt: Er war den Nazis schon lange unangenehm aufgefallen: Ende 1933 hatte das Kultusministerium ernstlich seine erzieherischen Missgriffe als katholischer Religionslehrer missbilligt, im Juli 1936 wurde ihm der Religionsunterricht entzogen, die politische Polizei beanstandete wiederholt sein Verhalten, die Presse warf ihm Kanzelmissbrauch zur Verteidigung kirchlicher Devisenschieber vor.

Das Misstrauen der Funktionäre steigerte sich so, dass die Christenlehre von fünf Personen⁴⁸⁵ heimlich überwacht wurde. Im Kirchenchor versteckten sich die Dorfspitzen: Bürgermeister, Schulvorstand, Studienassessor, Oberlehrer, SA-Mann. Dabei hörten sie, wie der Pfarrer nach Ansicht der Lauscher stets den Staat ins Unrecht setzte, die Kirche ins Recht mit Sätzen wie „Der deutsche Staat hat der katholischen Kirche 10 Milliarden Goldmark [durch die Säkularisierung] gestohlen, wenn er jetzt die Priester bezahlt, ist das kein Geschenk, sondern Entschädigung für Diebstahl“, oder: „ Es wurde die bürgerliche Trauung eingeführt, die aber vor der Kirche nichts gilt“.

Das Sondergericht lehnte eine Übernahme ab, Behördenleiter Heß „ ... möchte gerade in einem solchen Fall einen Fehlgriff vermeiden“ und amnestierte mit Zustimmung der vorgesetzten Behörden in Stuttgart und Berlin.

Das Verfahren zeigt einerseits auf, wie unerbittlich selbst Ansätze von geringster Kritik kriminalisiert und unnachsichtig verfolgt wurden, selbst wenn das Sondergericht den Tatbestand abgelehnt hatte. Dazu gehört schon sehr viel Verfolgungseifer.

Jahr zuvor zurückgestellten Prozesse gegen katholische Geistliche wegen sittlicher Verfehlungen fortzuführen, was zu zahlreichen Schauprozessen führte (Stümke, S. 120 f.; Grau, S. 150f).

⁴⁸⁴ StA Ludwigsburg E 352, Bü 125.

⁴⁸⁵ Das waren die Dorfspitzen: Bürgermeister, Schulvorstand, Studienassessor, Oberlehrer, SA-Mann.

5.7.2.3 Devisenvergehen – Geld wichtiger als Staatswohl

Zwei Laienbrüdern der Missionsgesellschaft „Königin der Apostel“ wurden Devisenschiebereien vorgeworfen⁴⁸⁶. Sie hatten eine religiöse Zeitschrift vertrieben und die Einnahmen seit 1931 an die Muttergesellschaft in Wien überwiesen, ohne die devisenrechtliche Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle eingeholt zu haben. Beide wurden zu je 7 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 1.200.- RM sowie Wertersatz in Höhe von 5.420.- RM verurteilt. Das Gericht setzte die Haftung der Muttergesellschaft für Wertersatz und Kosten mit der süffisanten Begründung fest, die Laienbrüder selbst hätten ja das Gelübde der Armut abgelegt.

5.7.2.4 Protestantische Kirche

Lediglich ein Verfahren gegen einen evangelischen Dekan ist aus den Akten ersichtlich⁴⁸⁷. Wegen Beleidigung wurde er zum Schöffengericht Ulm angeklagt. Der Tatvorwurf kann aus den Restakten nicht entnommen werden, erhalten ist lediglich ein Urteil vom 19.5.1938, in welchem das Verfahren nach Straffreiheitsgesetz vom 30.4.1938 eingestellt wurde. Ersichtlich hatte die Staatsanwaltschaft kurz vor dem Amnestiegesetz angeklagt und das Gericht dann bis zum Erlass des Gesetzes zugewartet.

5.7.2.5 Behandlung kirchlicher Strafanzeigen

Die Staatsanwaltschaft behandelte Anzeigen von oder gegen Pfarrer sehr behutsam und holte selbst in – zumindest aus heutiger Sicht – unbedeutenden Verfahren Weisungen beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart und Reichsjustizministerium Berlin ein: Bei einem Kameradschaftsabend in Ulm mit 1.500 politischen Leitern wurde sehr plump auf sexuelle Verirrungen in Mönchsklöstern angespielt, indem als Neger verkleidete Laienspieler um einen Pfarrer auffällig herumstanden, die auf ihrem Gesäß ein Schild „§ 175“ trugen. Wegen dieser und anderer Szenen erstattete die Pfarrkonferenz Strafanzeige wegen Beschimpfung

⁴⁸⁶ Ulmer Sturm vom 18.7.1936, Stadtarchiv Ulm, G 5/52, S II 8003.

⁴⁸⁷ AG – Schöffengericht – Ulm KMs 23/37, Urteil vom 19.5.1938, StA Ludwigsburg, E 352, Bü 1580.

einer christlichen Kirche (§ 266 StGB)⁴⁸⁸. Die wegen fehlender Öffentlichkeit vorgesehene Einstellung – alle Besucher hatten angeblich Eintrittskarten vorweisen müssen– wurde über den Generalstaatsanwalt dem Reichsjustizminister zur Genehmigung vorgelegt, um sich für den Fall einer Beschwerde abzusichern.

5.7.2.6 Verfahren gegen 43 Ernste Bibelforscher (Zeugen Jehovas)

Schon früh wurde die autonome Gruppe der Bibelforscher als ernste Gefahr für den NS-Staat angesehen, lehnten sie doch die beherrschende staatliche Autorität entschieden ab, waren zudem aus den USA „fremdgelenkt“ und verweigerten den Wehrdienst. Nach Kriegsbeginn verstärkte sich die Verfolgung wegen der unbedingten Verweigerung des Wehrdienstes. Grundlage für Verbot und Verfolgung war die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 (ReichstagsbrandVO). In Württemberg verfügte das Innenministerium mit Verordnung vom 1. Februar 1934 die Auflösung und das Verbot der Bibelforschervereinigung.

In einem umfangreichen Verfahren gegen 43 Mitglieder verhandelte die Große Strafkammer Ulm am 30.8.1935 wegen Verstoßes gegen dieses Verbot⁴⁸⁹ mit dem Vorwurf, die Angeklagten hätten sich von Oktober bis Dezember 1933 auch nach dem Verbot unverändert wie zuvor mit ihren Glaubensbrüdern regelmäßig in der Wohnung von Mitbrüdern getroffen, einige hätten mehrere gleichlautende Schreiben an den Führer gerichtet, mit der Bitte, das ungerechtfertigte Verbot aufzuheben. Haupttäter war der angeklagte Wenzelsburger, der an einer internationalen Versammlung in Basel teilgenommen und sich dort Werbematerial sowie die Vorlage für den an Hitler gerichteten Brief verschafft hatte in dem erklärt wurde, man werde das Verbot missachten. Diese offene Konfrontation mit dem Nationalsozialismus war von der Zentrale in Brooklyn organisiert worden⁴⁹⁰.

Das Gericht betonte, die Vereinigung laufe insbesondere durch Verweigerung des Kriegsdienstes den Staatsinteressen zuwider, auch könnten sich staatsgefährliche Elemente einschleichen, wie es das Beispiel Russland zeige. Ausdrücklich stellte es fest, die Angeklagten hätten jedoch keinerlei staatsfeindliche Tendenzen verfolgt. Mildernd wurde auch gesehen, dass man sich nur

⁴⁸⁸ Js 3796/38, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 153.

⁴⁸⁹ Stadtarchiv Ulm, G 5 /52 K, S II 8002, Ulmer Tagblatt/Ulmer Sturm vom 30.8.1935,

⁴⁹⁰ Hetzer, S. 622.

religiös habe erbauen wollen. Der Haupttäter wurde zu 300 RM Geldstrafe oder 2 Monate Gefängnis verurteilt, zwei weitere Angeklagte zu 200.- RM oder 1 Monat 10 Tage Gefängnis, 30 Personen erhielten die Mindeststrafe von 150.- RM oder 1 Monat Gefängnis, 10 Angeklagte wurden freigesprochen, ihnen war eine Teilnahme an den Versammlungen nicht nachzuweisen.

Es überrascht sowohl die – für damalige Verhältnisse - äußerst milde Sanktion, denn üblicherweise wurden bei einer Teilnahme an Bibelstunden Haftstrafen verhängt⁴⁹¹, als auch die zurückhaltende Berichterstattung darüber in der Ulmer NS-Zeitschrift „Ulmer Tagblatt/Ulmer Sturm“, kein Wort der Kritik war zu lesen. Dabei widersprach diese Strafzumessung allen offiziellen Anweisungen: Das Reichsjustizministerium hatte die Vereinigung als gefährlich eingestuft und die Justiz aufgefordert, auch hohe Freiheitsstrafen bis zur Höchststrafe von 5 Jahren anzuwenden⁴⁹². Solche deutlichen Hinweise befolgten die Gerichte zu meist, um drastische Reaktionen gegen die Justiz zu vermeiden⁴⁹³. Der Vorsitzende des Sondergerichts Hannover wurde wegen seiner milden Urteile – auch gegen Bibelforscher, gegen welche er lediglich 1 – 2 Jahre verhängt hatte – seines Postens enthoben⁴⁹⁴.

Umso bemerkenswerter fällt die Entscheidung des Landgerichts Ulm und die Tatsache auf, dass selbst der Staatsanwalt nur geringe Geldstrafen beantragt hatte, die in 2 Fällen noch überboten wurden! Die Angeklagten müssen wirklich einen völlig friedlichen, absolut ungefährlichen Eindruck erweckt haben.

So zurückhaltend die Strafsanktion ausfiel, so hatte das Urteil doch zwei elementare Rechtsgrundsätze missachtet: Das Verbot der Rückwirkung von Strafvorschriften blieb ebenso unbeachtet wie die durch Art. 135 WRV verfassungsrechtlich geschützte Religionsfreiheit.

⁴⁹¹ Moser, S. 251, stellt fest, in solchen Fällen sei üblicherweise Gefängnis von einigen Wochen oder Monaten verhängt worden. Müller, Elmar (S. 182) teilt für Saarbrücken bei 15 Verfahren Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr mit.

⁴⁹² VO vom 28.2.1933, RGBl. I 33, 83.

⁴⁹³ Die Justiz wurde zu noch härteren Sanktionen aufgefordert mit dem Hinweis, mit Geldstrafen könne auch gegen die bloße Mitgliedschaft nicht vorgegangen werden, der Strafraum sei voll auszunutzen. Aufgebracht durch zu milde Verurteilungen veranlasste Hitler die Erschießung von 130 Bibelforschern und erklärte, dies habe sich wie ein reinigendes Gewitter ausgewirkt.

⁴⁹⁴ Mechler, S. 71.

Den Angeklagten war angelastet worden, sie hätten vom 7. Oktober bis Anfang Dezember 1933 weiterhin an verbotenen Zusammenkünften der Glaubensgemeinschaft teilgenommen. Untersagt wurde diese Vereinigung jedoch erst mit Verordnung vom 1. Februar 1934, also nach der angeklagten Tatzeit. Die Zusammentreffen konnten gegen das später erlassene Verbot nicht verstoßen haben. Da die Urteilsgründe nicht erhalten sind, ist ungeklärt, ob sich das Gericht mit dieser Frage befasst und die ReichstagsbrandVO vom 28.2.1933 als Strafnorm herangezogen hat oder ob das spätere Verbot der Vereinigung analog angewandt wurde mit der Begründung, die Verbotsgründe hätten auch im Zeitpunkt der Tat vorgelegen, deshalb müsse die spätere Regelung ebenfalls analog gelten⁴⁹⁵. Das Sondergericht Darmstadt hatte in einem vergleichbaren Fall im März 1934 30 Angeklagte freigesprochen⁴⁹⁶.

Die Bibelforscher fielen in den Schutzbereich der durch Art. 135 WRV geschützten freien Religionsausübung, denn sie verfolgten – wie im Urteil festgestellt –ausschließlich religiöse Ziele. Durch die ReichstagsbrandVO war dieser Artikel nicht aufgehoben worden. Zu prüfen wäre gewesen, ob das Verbot der Vereinigung verfassungswidrig gewesen war und damit jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt hätte.

Das Landgericht Dresden hat beide Probleme mit einem kühnen Kunstgriff gelöst, indem es den gesprächsweise erklärten Willen des Führers, diese Vereinigung müsse verboten bleiben, für geeignet hielt, neues Verfassungsrecht zu setzen⁴⁹⁷ und entgegenstehendes der Weimarer Verfassung aufzuheben.

Hierzu kam es wie folgt: Das Reichsjustizministerium und der Konsul der USA hatten in Berlin das geplante Verbot der Vereinigung erörtert. Auf Veranlassung Hitlers erließ das Ministerium eine Verordnung an die Länder mit der Feststellung, die Vereinigung und deren Betätigung „bleibt nach wie vor verboten“. Diese Verordnung wurde dem Konsul der USA zugeleitet und sollte nach Ansicht des Gerichts neues Verfassungsrecht gesetzt und dadurch Art. 135 WRV ersetzt haben. Begründet wurde dies mit dem neuen Führerstaat, in welchem der Führer Recht setzen dürfe. „In welcher Form der Führer seinen Willen kundgibt,

⁴⁹⁵ In einer Entscheidung des Bayerischen Obersten Landgerichts wurde eine Verurteilung mit ausführlicher Erörterung der Rechtsprobleme bestätigt (Hirsch, S. 855, FN 482), das Schöffengericht Siegburg hatte verurteilt, ohne sich mit der Rechtsgültigkeit des Bibelforscherverbots auseinanderzusetzen (Pamp, S. 131).

⁴⁹⁶ Hirsch, S. 856, FN 491.

⁴⁹⁷ LG Dresden, 29. StrK., Urt. V. 13.3.1935, (29) 16 StA 4666/34, JW 1935, S. 1949 f.

ob im feierlichen Gesetz, ob in der Verordnung, ob in bloßer Anordnung kann zwar noch Zeichen für die Bedeutung der Willensäußerung sein, einen Unterschied für die Rechtswirksamkeit der Willensäußerung aber nicht mehr schaffen.“⁴⁹⁸ Durch seine umfängliche Rechtssetzungskompetenz soll Hitler das Reichsjustizministerium mündlich zum Erlass der Verordnung ermächtigt haben. Unerheblich sei, dass diese nicht veröffentlicht wurde, denn jeder Betroffene müsse sich selbst nach bestehenden Beschränkungen erkundigen. Die Rückwirkung wurde von Dreher damit begründet, „ ... die Rechtsmacht, Verfassungsmacht zu setzen, bedeutet vollkommene Rechtssetzungsmacht überhaupt.“⁴⁹⁹, sie wirke zukünftig aber auch in die Vergangenheit.

Beim Landgericht Ulm war man von solchen ideologisch verblendeten Konstruktionen weit entfernt, hier wurde pragmatisch entschieden. Die unsichere und problematische Rechtslage hatte anfänglich zu aufseherregenden Freisprüchen geführt, weshalb das Reichsjustizministerium die Verfolgungsbehörden anwies, „bis auf weiteres [...] von einer Anklageerhebung abzusehen“⁵⁰⁰. Erst nach Klärung dieser Rechtsfragen in einem Fachaufsatz⁵⁰¹ wurde diese Anordnung aufgehoben⁵⁰². Das Gericht war sich bei dieser Situation der Rechtsproblematik sicherlich bewusst und kannte auch die Entscheidung des Ministeriums. Mangels Akten bleibt die Frage ungelöst, ob die Verurteilung auf gerichtlicher Überzeugung oder Kalkül beruhte, jedenfalls war sie für die Angeklagten die günstigste Lösung. In einem so öffentlichkeitswirksamen Verfahren hätte der Affront eines Freispruchs zur Revision, Aufhebung und einer wesentlich härteren Sanktion geführt.

5.7.3 ZUSAMMENFASSUNG

Insgesamt ist festzustellen, dass die Strafjustiz in Ulm alle religiösen Gruppierungen selbst wegen geringster regimekritischer Anmerkungen von Pfarrern strafrechtlich verfolgte, wobei die Staatsanwaltschaft versuchte, die Taten unter

⁴⁹⁸ Dreher, DR 1940, S. 643 f.

⁴⁹⁹ Ebenda.

⁵⁰⁰ Verfügung v. 5. Juni 1935 BAB R 3001/R-22 Nr. 953, Bl. 122. (Zit. nach: Hirsch, S. 874).

⁵⁰¹ Crohne, DJ 1935, S. 1144.

⁵⁰² Hirsch, a.a.O.

die schärfsten Normen zu subsumieren – überwiegend erfolglos. Andererseits wurde Anzeigen der Kirche ohne Eifer nachgegangen, man bemühte sich mehr um Einstellungsgründe. Gegenüber katholischen Geistlichen wird eine Voreingenommenheit sichtbar, vor allem wegen ihrer angeblichen sexuellen Verirrungen, die selbst liberale Richter verführte, solche Angeklagte auf bloßstellende Weise „vorzuführen“. Solche Verfahren waren politisch sehr brisant, sie wurden äußerst vorsichtig behandelt und selbst in unbedeutenden Fällen dem Reichsjustizministerium berichtet, um nur ja keine – von der offiziellen Ansicht – abweichende Entscheidung zu treffen und Präjudizien zu schaffen. Der Grund dafür ist, dass in wichtigen Bereichen – wie Verfahren gegen jüdische Mitbürger und Kirchen – von Mittel- und Oberbehörden keine „Rückendeckung“⁵⁰³ zu erwarten war.

5.8. VERFOLGUNG VON HOMOSEXUELLEN

5.8.1. ALLGEMEINES

Homosexualität war vor 1933 und nach 1945 strafrechtlich verboten, und ist damit kein spezifisch nationalsozialistisches Unrecht⁵⁰⁴, sie wurde jedoch in der NS-Zeit mit neuer, ideologisch begründeter Qualität verfolgt, denn Sexualität war nunmehr eine politische Angelegenheit, sie betraf die Vermehrungsfähigkeit des gesamten Volkes: „Das Volk, das sehr viele Kinder hat, hat die Anwartschaft auf die Weltmacht und die Weltbeherrschung“⁵⁰⁵. Der homofeindliche SS-Führer Himmler erklärte: „Die homosexuellen Männer sind Staatsfeinde und als solche zu behandeln. Es geht um die Gesundung des deutschen Volkskörpers, um die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft. ... Ein Volk wird es auf die Dauer nicht aushalten, daß sein Geschlechtshaushalt derart gestört wird. Wenn Sie weiter in Rechnung stellen, ... daß wir rund 2 Millionen Männer zu wenig haben, die im Krieg gefallen sind, dann können Sie sich vorstellen, wie dieses Übergewicht von 2 Millionen Homosexuellen und 2 Millionen Gefallenen, also rund

⁵⁰³ Löffler, S. 156.

⁵⁰⁴ Sommer, S. 343.

⁵⁰⁵ Stümke, S. 113. Grau rechnet die Verfolgungen der Homosexuellen ebenfalls zum NS- Unrecht, da sie „Folgen des rassehygienischen Konzepts der Reproduktionssicherung“ gewesen seien (Grau, S. 26).

4 Millionen fehlender geschlechtsfähiger Männer, den Geschlechtshaushalt Deutschlands in Unordnung bringt und zu einer Katastrophe wird.“⁵⁰⁶

Die Sexualität war nach dieser Anschauung Teil der Bevölkerungspolitik, damit Staatssache und keine Privatangelegenheit, was Himmler wie folgt formulierte: „Es gibt unter Homosexuellen Leute, die stehen auf dem Standpunkt: was ich mache, geht niemand etwas an, das ist meine Privatangelegenheit. Alle Dinge, die sich auf dem geschlechtlichen Sektor bewegen, sind jedoch keine Privat-Privatangelegenheit eines Einzelnen, sondern sie bedeuten das Leben und das Sterben eines Volkes, sie bedeuten die Weltmacht und die Verschweizerung. Das Volk, das sehr viele Kinder hat, hat die Anwartschaft auf die Weltmacht und die Weltbeherrschung“⁵⁰⁷

Die persönliche Abneigung von Führungspolitikern der NSDAP vertiefte und verstärkte in der Bevölkerung die Ablehnung der Homosexuellen, die Äußerungen von Himmler zeigen geradezu eine „Homophobie“. Diese Entwicklung wandte sich vollständig ab von den Versuchen in der Weimarer Zeit, mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen diese Deliktsgruppe durch rationale Betrachtung aus dem Tabubereich zu befreien und zu entkriminalisieren. Die massiv ablehnende Einstellung änderte sich nur langsam. Das neue Regime begründete seine harte Verfolgung emotional und rational sowohl mit weltanschaulichen als auch rationalen Gründen. Die Frage, ob Veranlagung oder Einflüsse der Umgebung ursächlich seien für die Homosexualität war nicht eindeutig zu beantworten, die zu Propagandazwecken herangezogenen Schätzungen der Täteranzahlen waren ungesichert.

Forciert wurde die Verfolgung der Homosexuellen mit der „Röhm-Affäre“ und dessen Ermordung am 30.6.1934, die zu einer organisierten Verfolgung führte. Hitler selbst gab sofort den „Befehl zur rücksichtslosen Ausrottung dieser Pestbeule“, er wolle „in Zukunft nicht mehr dulden, daß Millionen anständiger Menschen durch einzelne, krankhaft veranlagte Wesen belastet und kompromittiert werden“⁵⁰⁸. Ende 1934 wurde in Berlin bei der politischen Polizei ein „Sonderdezernat Homosexualität“ eingerichtet, dem reichsweit alle Personen mit

⁵⁰⁶ Reimsch, S. 31.

⁵⁰⁷ Zit. nach: Stümke, S. 113.

⁵⁰⁸ A.a.O. S. 97.

homosexuellen Kontakten zu melden waren⁵⁰⁹. Dieses arbeitete ersichtlich erfolgreich, denn von 1936 auf 1937 stiegen die angeklagten Delikte um 35 % an und erreichten in den Jahren 1937-1939 bei den Sexualdelikten einen Anteil von 65 %⁵¹⁰. Es ist verfehlt, dies mit einer Zunahme des Deliktes herzuleiten, „Denn Polizei und Staatsanwaltschaft sind im Laufe der Zeit gegen diese für die Volkskraft besonders schädliche Verfehlung mit ständig steigendem Nachdruck vorgegangen.“⁵¹¹

Zusätzlich gründete Heydrich im Oktober 1936 die „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“, die Informationen über Homosexuelle und ihre Partner sammelte. Gezielt wurden Betroffene, die Funktionen in Wehrmacht, Staat oder Partei hatten, erfasst, ebenso Strichjungen. Naturgemäß stieg durch die Ermittlungskapazität die Zahl der Ermittlungsverfahren an.

Bei dieser ideologisch begründeten polizeilichen und strafrechtlichen Verfolgung der Homosexuellen ist es geboten, diese Strafnormen im Dritten Reich als politische Delikte einzustufen, auch wenn sie bis zum Jahre 2002 in der Bundesrepublik übernommen worden sind⁵¹². Vergleicht man die Verurteiltenzahlen der Homosexuellen aus Kaiserreich, Weimarer Republik und dem Dritten Reich⁵¹³ wird deutlich, dass die Verfolgung auf politischen Gründen beruhte:

⁵⁰⁹ Eberhardt, Kriminalpolizei, S. 76.

⁵¹⁰ Bästlein, Hamburg, S. 223 f.

⁵¹¹ Stolzenberg, DJ 1938, S. 934. Diese Erhöhung kann u. a. auf die Arbeit des Sonderdezernats zurückgeführt werden, dessen Leiter im gesamten Reich persönlich Verhaftungsaktionen gegen Homosexuelle durchführte.

⁵¹² Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhGÄndG) v. 23.7.2002, BGBl. I 2002, S. 2714 f.

⁵¹³ Die Zahlen sind der Reichskriminalstatistik 1902 bis 1939 entnommen, zit. nach Sommer, S. 326 ff., sowie nach Grau, S. 220.

Anzahl der wegen Homosexualität Verurteilten

Jahr	Verurteilte Erwachsene insges.	Wg. § 175	%-Anteil
1902	?	612	?
1912	?	761	?
1925	?	1107	?
1932	564.479	801	0,14
1933	489.090	853	0,17
1934	383.885	948	0,25
1935	431.426	2.106	0,49
1936	385.400	5.320	1,38
1937	338493	8.271	2,44
1938	385.665	8.562	2,22
1939	335.162	8.274	2,47
1940	264.625	3.773	1,43
1941	318.293	3.753	1,18

5.8.2 QUELLENLAGE

Der erhaltene Aktenbestand für Ulm ist mit 48 Gerichtsverfahren und 81 Beschuldigten überraschend umfangreich. Dies war nicht zu erwarten, denn damit liegt der Archivierungsgrad in der Größenordnung von Massendelikten wie Diebstahl und Betrug (69 bzw. 66 Verfahren). Da Homosexualität kein Massendelikt war, deutet dies auf eine verstärkte und gesteuerte umfassende Verfolgung hin.

Für die Jahre bis 1936, für 1940 und nach 1942 sind keine Akten erhalten. Bei dem sonst guten Archivierungsumfang deutet das auf einen Verfahrensrückgang hin. Dieser wird zu einem beträchtlichen Teil durch die polizeiliche Observierungstätigkeit der Szene sowie durch rigorose Vorbeugehaft verursacht worden sein, dadurch wurden die überschaubaren und bekannten homosexuellen Treffpunkte – die in der Weimarer Zeit vermehrt und rechtlich geduldet entstanden waren – in kurzer Zeit „ausgetrocknet“⁵¹⁴. Zusätzlich zur Einziehung zur

⁵¹⁴ Anders, S. 279, für den Sudetengau. Hier ist das vorbereitete Gemeinschaftsfremdengesetz zu erwähnen, wonach alle kriminellen oder asozialen Gruppen, wie Vorbestrafte, Homosexuelle, Arbeitsscheue, Obdachlose,

Wehrmacht und dem in den letzten Kriegsjahren nachlassenden politischen Interesse an Homosexuellen angesichts des Kriegsverlaufes, wirkten sich die effektiven polizeilichen Vorbeugemaßnahmen aus. Auch in anderen Gerichtsbezirken spielte dieses Delikt ebenfalls nur zeitlich begrenzt eine Rolle, nämlich von 1939 – 1943 im Sudetengau⁵¹⁵.

5.8.3 GESETZESLAGE UND ÄNDERUNG DER RECHTSPRECHUNG

Der Gesetzeswortlaut ist klar und kurz formuliert:

„ § 175 StGB: Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt oder sich von ihm zur Unzucht missbrauchen lässt, wird mit Gefängnis bestraft“.

Unzüchtig waren bis 1933 nach der seit 1879 ständigen restriktiven Rechtsprechung des Reichsgerichts lediglich so genannte beischlafähnliche homosexuellen Handlungen⁵¹⁶, die wechselseitige Onanie ohne Körperkontakt war nicht tatbestandsmäßig⁵¹⁷, es musste immer zu einer körperlichen Berührung des Partners kommen⁵¹⁸. Die Rechtslage verschärfte sich insoweit nach 1933. Erst 1935 veröffentlichte das RG wieder eine Entscheidung zu § 175 StGB⁵¹⁹, in welcher ausdrücklich die wechselseitige Onanie als strafbar beurteilt wurde, nicht dagegen die einfache körperliche Berührung. Mit dieser Abweichung von seiner langjährigen Rechtsprechung kam es den Ansichten des Regimes entgegen. Der Grundtatbestand der Unzucht zwischen Männern wurde im August 1935 ver-

Prostituierte, als „gemeinschaftsfremd“ gekennzeichnet und vom Richter der Polizei zur „Vernichtung durch Arbeit“ hätten überwiesen werden sollen. (Bästlein, S. 251).

⁵¹⁵ Anders, a. a O. , S. 179..

⁵¹⁶ Vgl. RGSt 1, 395.

⁵¹⁷ RGSt 6,211; dies entsprach der wissenschaftlichen Erkenntnis in Kriminalistik und Psychologie (vgl. Wulffen, Band I, S. 118 f).

⁵¹⁸ RG in: JW 1913, S. 935.

⁵¹⁹ RG in: JW 1935, S. 2732.

schärft und als § 175 a StGB⁵²⁰ in vier Qualifikationstatbeständen zum Verbrechenstatbestand ausgestaltet⁵²¹:

„§ 175 a: Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten wird bestraft:

- 1. ein Mann, der einen anderen Mann mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben nötigt, mit ihm Unzucht zu treiben oder sich von ihm zur Unzucht missbrauchen zu lassen;*
- 2. ein Mann, der einen anderen Mann unter Missbrauch einer durch ein Dienst-, Arbeits-, oder Unterordnungsverhältnis begründeten Abhängigkeit bestimmt, mit ihm Unzucht zu treiben oder sich von ihm zur Unzucht missbrauchen zu lassen;*
- 3. ein Mann über einundzwanzig Jahren, der eine männliche Person unter einundzwanzig Jahren verführt, mit ihm Unzucht zu treiben oder sich von ihm zur Unzucht missbrauchen zu lassen;*
- 4. ... gewerbsmäßige Unzucht ..."*

Praktisch bedeutsam waren Nrn. 3 und 4, (Handlungen an Personen unter 21 Jahren, männliche Prostitution). Die höchstrichterliche Rechtsprechung änderte sich zum Nachteil der Homosexuellen; hatte es bisher ausgereicht, wenn der Körper eines anderen zur Befriedigung oder Erregung von Lust benutzt wurde, so genügte jetzt der Griff an die Genitalien über der Kleidung des Partners⁵²², damit war auch eine körperliche Berührung für dieses Delikt nicht mehr erforderlich⁵²³.

5.8.4 Soziale Verteilung

Bei der Staatsanwaltschaft wurden keinerlei Verfahren eingestellt, demnach alle angeklagt, ein Anzeichen für die organisierte, umfangreiche und erfolgreiche Ermittlungstätigkeit der Polizei. Aus den Gerichtsakten – alle Verfahren gingen zur

⁵²⁰ Gesetz vom 28.6.1935, RGBI. I, 839.

⁵²¹ Diese Verschärfung ging auf einen Entwurf der Weimarer Zeit zurück, wie auch andere Schutz- Verrats- und Heimtückegesetze an Weimarer Entwürfe anknüpften (Vogel, S.47). Es war gültig bis 1969, erst ab diesem Jahr gingen die Verurteiltenzahlen auf die Größenordnung der Weimarer Zeit und bis 1934 zurück (Weber, S. 108).

⁵²² RG in: JW 1939, S. 90.

⁵²³ RGSt. 73, S. 78.

Strafkammer -wurden Verfahrensdauer, Sanktionen, Anteil und Dauer der Haft, aber auch die soziale Stellung der Täter erfasst.

Die Angeklagten stammten weit überwiegend aus einfacheren Verhältnissen: 77 Personen (96,3 %) hatten mit der Volksschule abgeschlossen, je einer hatte studiert, das Abitur gemacht bzw. die Realschule absolviert. Der weitaus größte Anteil der Täter hatte keinerlei Berufsausbildung, sie verdienten als Hilfsarbeiter ihren Lebensunterhalt, mit 35 Personen stellten sie mit 53,8 % über die Hälfte aller Beschuldigten. Die ausgebildeten Arbeiter, auch Facharbeiter, waren als zweitgrößte Gruppe mit 19 Personen (29,2 %) vertreten. 6 einfache Angestellte (9,2 %) repräsentierten den Verwaltungs- und Bürobereich, dem auf höherer Ebene auch drei leitende Angestellte (3,1 %) angehörten. Ein junger Lehrer war ebenfalls vertreten, ebenso 4 junge Landwirte (6,2 %).

Diese soziale Verteilung ist ein Hinweis, dass dieses Delikt nicht so sehr auf Veranlagung beruhte als – vor allem bei Jugendlichen – aus sexueller Neugierde begangen wurde⁵²⁴. Bei den etwas Älteren dürften fehlende finanzielle Mittel zur Familiengründung ein Grund gewesen sein.

5.8.5 Haft, Verfahrensdauer und Sanktionen

Die Verfahrensdauer betrug durchschnittlich einen Monat, mit Ausnahme von 1936 mit halb so langer Dauer; für dieses Jahr sind nur zwei Verfahren erhalten, die nicht repräsentativ sind. Auch ein Verfahren gegen eine elfköpfige Gruppe wurde in 32 Tagen von der Anklage bis zum Urteil gebracht.

Die Polizeihaft wurde gegen 11 Beteiligte mit durchschnittlich 8,7 Tagen vollzogen – eine sofortige Haftvorführung war damals nicht erforderlich. Untersuchungshaft wurde gegen 28 Täter (34,6 %) vollzogen mit durchschnittlich 28 Tagen, die längste Haft zog sich über 135 Tage hin. In 8 Fällen lehnte das Gericht den Erlass eines Haftbefehles ab.

⁵²⁴ Zahlreiche Beschuldigte hatten in Schule und Ausbildung die ersten Kontakte mit gegenseitigen Sexspielen, dies war in Schulen offenbar sehr verbreitet, Aufklärung gab es ja nicht.

Statistische Darstellung der Verfahrens- und Sanktionsdaten

Jahr	Personen	Verf. Dauer	Geld	Gefängnis	Einstellungen/ Freispruch (%)	Pol.-Haft Tage	U-Haft Tage	U-Haft Pers./%
1936	4	16,5		3,7	1 (25%)		16,0	3 (75%)
1937	20	32,1	100.-	10,2	4 (20 %)	9,7	50,7	6 (30%)
1938	22	36,0		9,0	3 (13,6 %)	2,0	75,0	5 (22,7%)
1939	17	28,2		5,7	1 (5,9 %)	29,0	37,5	8 (47,1%)
1941	7	34,5		3,3	1 (14,3 %)		63,5	2 (28,6%)
1942	10	27,7	120.-	9,1		1,0	39,0	3 (30%)
1943	1			12,0		2,0	62,0	1 (100%)
Ges.	81	29,2	110	7,6	10 (12,4%)	8,7	49,1	28 (34,6%)

Mit Freisprüchen und Verfahrenseinstellungen wurden 10 Verfahren (12,4 %) abgeschlossen, in zwei Fällen wegen Schuldunfähigkeit. Geldstrafen wurden lediglich in zwei Fällen festgesetzt (einmal wegen beischlafähnlicher Stoßbewegungen⁵²⁵, dann bei gegenseitiger Onanie von zwei 14-jährigen⁵²⁶).

Die Freiheitsstrafen wurden abgestuft nach der Schwere des Verhaltens, als Sanktion kam praktisch nur Gefängnisstrafe in Betracht, die von den 69 Verurteilten bei 67 Tätern (95,7 %) verhängt wurde. Die Höhe wurde nach den Tatbegehungsweisen aber auch nach der sozialen Stellung der Täter angesetzt, so erhielt ein Lehrer, der mit dem Sohn seiner Gastfamilie verkehrt hatte, 24 Monate Gefängnis⁵²⁷. Bis zu 6 Monaten Gefängnis wurden in 37 Fällen (60,6 %) festgesetzt, etwa bei Sexspielen einer 11-köpfigen Gruppe von 15 – 17 Jährigen,

⁵²⁵ LG Ulm, KMs 9/42 U. v. 24.3.1942, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6603.

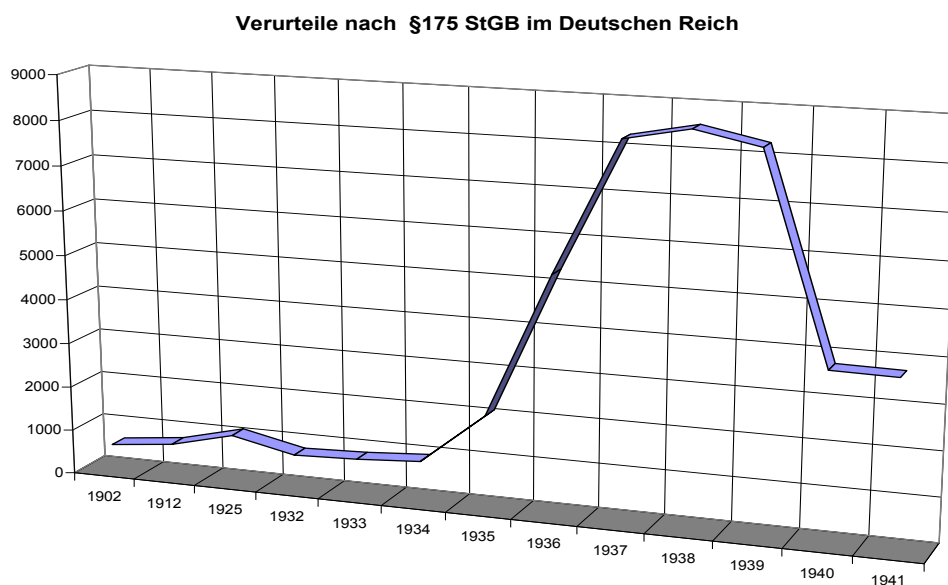
⁵²⁶ LG Ulm KLS 30/37. U. v. 18.3.1937, E 352, Bü. 1477.

⁵²⁷ LG Ulm KLS 103/38, U. v. 18.3.1937, E 352, Bü. 2311.

diese erhielten zwischen drei bis sechs Wochen, der ältere Rädelsführer 18 Monate⁵²⁸.

In 18 Fällen wurden zwischen sechs Monaten bis 12 Monaten Gefängnis verhängt. 18 Monate wurden gegen einen NSKK-Truppführer ausgesprochen, 20 Monate wegen Afterverkehrs mit einem 14-Jährigen⁵²⁹, 36 Monate gegen einen leitenden Angestellten wegen des gleichen Deliktes⁵³⁰.

Die Strafzumessung war vergleichbar milde, denn im gesamten Sudetengau wurden durchschnittlich 17,2 Monate verhängt⁵³¹, etwa doppelt so viel wie in Ulm. Eine tendenzielle, gleich bleibende Änderung in der Strafzumessung ist nicht zu erkennen. Die kräftigen Abweichungen nach unten im Jahr 1941 beruhen auf einem Verfahren mit 5 Verurteilten, von denen 4 Personen zu je 1 Woche verurteilt worden waren. Bei nur 2 Verurteilungen und einem Freispruch wirkte sich dies statistisch überproportional aus.



Die Anzahl der Verurteilten in der Kaiserzeit blieb von 1902 bis zum Spitzenwert 1912 sehr konstant, sie sank ab 1914, bedingt durch die Einziehung potentieller Täter zum Wehrdienst, ab, um in der Weimarer Zeit beständig auf 1107 Fälle im Jahre 1925 zuzunehmen, bedingt durch den allgemeinen Anstieg der Kriminalität

⁵²⁸ LG Ulm KLS 84/37, U. v. 10.3.1937, E 352, Bü. 1515.

⁵²⁹ LG Ulm KLS 91/37, U. v. 23.9.1937, E 352, Bü. 1522.

⁵³⁰ LG Ulm KLS 109/37, U. v. 29.10.1937, E 352, Bü. 1540.

⁵³¹ Anders, S.362.

wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und innenpolitischer Unruhen, aber auch durch die homosexuellen Emanzipationsbewegungen, die regelrechte Schwulenszenen hervorgerufen hatten⁵³², um nach der Machtübernahme rapide von 1934 bis 1938 um 1.396 % anzusteigen. Dies ist überwiegend auf die verstärkte Strafverfolgung, insbesondere die Strafverschärfung des Jahres 1935 und die intensiven polizeilichen Strafverfolgungen zurückzuführen,⁵³³ es wurden „nicht mehr homosexuelle Handlungen begangen als früher, sie wurden nur in viel weitergehendem Umfang als früher strafrechtlich erfasst und verfolgt“⁵³⁴.

5.8.6 ZUSAMMENFASSUNG

Die Verfahren gegen Homosexuelle wurden sachlich und bei der Strafzumessung abgestuft nach der Tatschwere und der sozialen Verantwortlichkeit des Täters angemessen beurteilt. Die ganze Bandbreite des Sanktionsinstrumentariums - abgesehen von Zuchthausstrafen - wurde eingesetzt, um zu angemessenen Ergebnissen zu kommen, von Einstellungen, Amnestie, über Geldstrafen zu nur wochenlangen bis zu – in wenigen Fällen - jahrelangen Gefängnisstrafen. Von einer Verfolgungswut ist in Ulm nichts festzustellen.

5.9 POLITISCHER DRUCK AUF GERICHTE ?

Hatte sich die Staatsanwaltschaft geweigert, ein Ermittlungsverfahren gegen einen Parteigenossen einzustellen, so war zu erwarten, die Partei werde nunmehr versuchen, dieses Ziel beim Richter zu erreichen. Dieser war zwar unabhängig

⁵³² Sommer, S. 328. Es entstanden homophile Zeitschriften, Vereine, Klubs und Sympathiezusammenschlüsse, in denen sich Gleichgesinnte verstärkt trafen.

⁵³³ Die Kriminalpolizei wurde für die systematische Verfolgung der Homosexuellen neu organisiert, so mit der Einrichtung der Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung, die reichsweit von den Dienststellen der Sicherheitspolizei zu unterstützen waren (Anordnung des Hauptamtes SS-Gerichte 1943, zit. nach Grau, S. 152).

⁵³⁴ Die Verurteiltenzahlen im Dritten Reich schwanken zwischen 50.000 Personen und – von der Gestapo Verdächtige – 90.000, in: Die strafrechtliche Fortbildungswoche für Staatsanwälte und Strafrichter, in: Entwicklung der Kriminalität, DJ 1938, 1639 (zit. nach Grau, S. 171).

und offiziell wurde diese Sonderstellung selbst von Hitler nicht angetastet⁵³⁵, aber die Partei fühlte sich ihm überlegen⁵³⁶ und setzte sich des öfteren darüber hinweg. Es war zu prüfen, ob ein solches Verhalten auch für den LG-Bezirk Ulm festzustellen ist.⁵³⁷

5.9.1 QUELLENLAGE

Zu diesem Thema waren aus den Verfahrensakten keine direkten Erkenntnisse zu erwarten. Aufschluss boten die Spruchkammerakten an. In diesen Verfahren wurde u.a. auch entschieden, wer in die Justiz der Nachkriegszeit übernommen werden konnte. Zahlreiche Richter schilderten, wie Funktionäre sie bedrängt hätten, anhängige Verfahren gegen ranghohe Parteigenossen einzustellen oder milde Strafen zu verhängen, andernfalls müssten die Richter mit Entlassung oder Versetzung rechnen. Wegen der Interessenlage sind Angaben von Betroffenen in Spruchkammerverfahren generell kritisch zu hinterfragen, denn viele überzeugte NS-Funktionäre waren bemüht, sich als Gegner des Regimes darzustellen und eine standhafte Einstellung gegenüber der Partei zu behaupten. Nach kritischer Hinterfragung fanden sich in den Akten mindestens vier glaubhafte Schilderungen massiver Beeinflussungen.

⁵³⁵ Selbst Hitler wagte nicht ernstlich, die Unabhängigkeit zu verletzen: 1937 teilte ein Landgerichtspräsident einer Querulantin und Parteigenossin mit, auch Hitler sei nicht befugt, den Gerichten in Bezug auf ihre Entscheidungen Weisungen zu erteilen. Als sich die Parteigenossin an den Führer wandte, verlangte dieser die sofortige Dienstenthebung des Richters und Änderung des Beamtenrechts. RJM Gürtner konnte beide Maßnahmen verhindern. (Fieberg, S. 281).

⁵³⁶ Ein Kreisgauleiter hatte einem Richter gegenüber erklärt, er – der Kreisgauleiter – sei der höchste Richter im Kreis, ein gerichtliches Urteil habe nichts zu bedeuten. (Lagebericht OLGPräs. V. 6.9.1940, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 2). Die Mitglieder der Monopolpartei hielten sich zu Anweisungen auch an die Legislative berechtigt, da die Partei als „Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden“ sei (§ 1 Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, RGBl. I 1933, S. 1047). Die Führungsrolle fiel dabei der Partei zu, der Staat war bloßes „Werkzeug zur Ausführung des Parteiwillens“ (Roser, S. 71).

⁵³⁷ Offiziell und direkt wurde die richterliche Selbständigkeit nicht angegriffen. Eine ganze Palette von Maßnahmen sorgte jedoch ab 1933 für eine nachhaltige, umfassende und reichsweite „Richterdisziplinierung“. Für die Zeit von 1934 bis 1938 sind im Dienstagebuch von RJM Gürtner detaillierte Angaben enthalten, die von Löffler dargestellt worden sind. Die Angaben der Ulmer Richter im Spruchkammerverfahren über Parteibeeinflussung bestätigen sich darin.

5.9.2. EINFLUSSMÖGLICHKEITEN AUF DIE GERICHTE.

(1) Ein Amtsgerichtsdirektor berichtete im Spruchkammerverfahren, ein Kreisrechtsberater und ein Kreishauptstellenleiter hätten die Ablösung eines Richters verlangt, der ihren Wünschen nicht entsprochen habe. Dies habe er abgelehnt mit dem Hinweis, dessen Entscheidungen seien alle vom Oberlandesgericht bestätigt, keines sei aufgehoben worden. Das wurde mit der Bemerkung beschieden, die Entscheidungen des Oberlandesgerichts ließen vielfach Zeitnähe und praktischen Blick vermissen. Der Richter musste sein Referat wechseln⁵³⁸. Diese Schilderung zeigt nicht nur den einflussreichen langen Arm der Partei, sondern auch die offene Nichtachtung der Justiz, deren Oberlandesgericht unverhohlen als der neuen Zeit nicht angepasst geschmäht wurde.

(2) In einem Verfahren gegen einen Ortsgruppenleiter wegen Notzucht wurde massiver Druck auf den Kammervorsitzenden nach einer Amnestie oder zumindest milden Strafe ausgeübt. Dieser kam dem nicht nach, sondern verurteilte zu angemessenen 14 Monaten Gefängnis⁵³⁹. Dem Druck war standgehalten worden.

(3) Ein Strafkammervorsitzender hatte entgegen der nachdrücklichen Forderung des Kreisleiters gegen einen Führer der Deutschen Arbeiterfront ein Notzuchtverfahren durchgeführt und wurde auf massiven Druck von seiner Stelle abgelöst und versetzt⁵⁴⁰. Solche „Erziehungsmaßnahmen“ waren Demonstrationen der Macht der Partei und Ohnmacht der Justiz, die alle anderen Richter beunruhigten und verunsicherten.

(4) Ein früherer Amtsgerichtsdirektor bekundete, Parteistellen hätten sich laufend mit ihren Forderungen in die Justizbelange eingemischt, gegen diese habe er sich energisch gewehrt⁵⁴¹. Die erstere der Behauptungen trifft sicherlich zu, die zweite ist fraglich, hatte der Betroffene doch einen Richter, wie von der Partei gewünscht, umgesetzt, weil dessen Entscheidungen nicht parteigenehm gewesen waren.

⁵³⁸ HStA Stgt. EA 4/151, Bü. 120.

⁵³⁹ StA Ludwigsburg, EL 903/2, Bü. 24. Die Strafe war angemessen, wie ein Vergleich mit 143 daraufhin ausgewertete Notzuchtverfahren ergab, deren Strafmaß zwischen zwei und 16 Monaten Gefängnis lag.

⁵⁴⁰ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 2520.

⁵⁴¹ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 120.

Bei der Aktendurchsicht fanden sich Hinweise für andere, subtile, Einflüsse auf richterliche Entscheidungsbildung, wie vorauseilender Gehorsam gegenüber der übermächtigen Partei und deren Funktionäre. Nicht selten wurde eine objektive Beweiswürdigung durch NS-Ideologie ersetzt, um das politisch gewünschte Ergebnis zu erhalten, wie die folgenden zwei Beispiele erkennen lassen.

Dies zeigte sich schon im Jahre 1931, als das erweiterte Schöffengericht Ulm elf der SPD angehörende uniformierte Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs verurteilte. Diese waren in Ulm am NSDAP-Parteilokal vorbeimarschiert, wo Nationalsozialisten bereits von Zivilisten umringt in eine Schlägerei verwickelt waren und diese auf die Reichsbannerleute ausdehnten. Dies wurde von unbeteiligten Zeugen bekundet, das Gericht glaubte jedoch einem Parteigenossen, der selbst kräftig zugeschlagen hatte, mit der Begründung, der Vorbeimarsch der SPD am „gegnerischen“ Parteilokal stelle eine Provokation dar. Bei einem vergleichbaren Vorfall hatte man den Vorbeimarsch der Nationalsozialisten am SPD-Parteilokal nicht beanstandet. Das Landgericht Ulm hob das Urteil auf und sprach alle Angeklagten frei. In der Berufungsverhandlung hatten selbst die Parteigenossen auf Nachfragen eingeräumt, von Zivilisten geschlagen worden zu sein.

Bei einem vergleichbaren Vorfall in Riedlingen fuhren drei Lastkraftwagen mit Nationalsozialisten in Riedlingen am dortigen KPD-Parteilokal vorbei, hielten in einiger Entfernung an, saßen ab und „gingen in loser Ordnung gegen die Traubenwirtschaft vor“, wo es zu einem Handgemenge kam. Das Amtsgericht verurteilte die angeklagten Kommunisten wegen gefährlicher Körperverletzung „mittels eines hinterlistigen Überfalls mit der Feststellung, die Nationalsozialisten hätten „ihrerseits kein provozierendes Wort laut, noch irgend eine provozierende Geste vorgenommen ...“. Weshalb sie dann – zahlenmäßig überlegen – zum Parteilokal zurückgingen, ist nicht hinterfragt.

Zwei SS-Obersturmbannführer und ein SS – Untersturmbannführer fuhren im Herbst 1937 bei sehr starkem Nebel auf der Reichsautobahn von Tübingen nach Dachau. Bei Ulm prallten sie mit so stark überhöhter Geschwindigkeit auf einen mit knapp 60 km/h fahrenden Lastkraftwagen auf, dass der Pkw über den Lkw-Anhänger hinwegschleuderte und sich überschlagend in einiger Entfernung liegen blieb. Ein Mitfahrer verstarb an seinen Verletzungen. In der Hauptverhandlung legte ein SS-Obersturmbannführer als Sachverständiger – übereinstimmend mit dem Angeklagten – dar, der Pkw sei zum Unfallzeitpunkt lediglich mit 40 – 45

km/h gefahren. Der Verteidiger führte aus, sein Mandant sei SS-Mann, daraus ergebe sich, dass er die Wahrheit sage. Das Amtsgericht sprach frei, da die Geschwindigkeit nicht zu klären sei. Das Landgericht hob den Freispruch auf und verurteilte zu angemessenen 250.- RM Geldstrafe. Bei dieser Sachlage dürfte der erstinstanzliche Freispruch durch das einschüchternde Auftreten eines SS-Oberturmbannführers ausgelöst worden sein.

5.9.3 ZUSAMMENFASSUNG

Insgesamt kann man davon ausgehen, dass die Parteiorgane sich scheuten, offiziell die Unabhängigkeit der Richter durch Anweisungen einzuschränken. Sie hatten jedoch keine Hemmungen, Einstellungen bei Verfahren gegen Parteiangehörige „gesprächsweise“ beim Richter oder dessen Vorgesetzten geltend zu machen, im Ablehnungsfalle eine „Strafversetzung“ anzudrohen und diese auch zu verwirklichen, was die Richter beunruhigte und verängstigte. Wer nicht ausreichend standfest war, ließ sich unter diesem Druck zu den gewünschten Ergebnissen lenken.

5.10 VERGLEICH DER STRAFSANKTIONEN IN POLITISCHEN UND UNPOLITISCHEN VERFAHREN

Die Sondergerichte haben mit ihren überharten Entscheidungen den Ruf der Strafrichter als „Henker in Robe“ begründet. Die dort verhängten Strafen sprengten häufig jegliche Vorstellungskraft und rechtfertigten solche drastischen Bezeichnungen. Um festzustellen, ob das Landgericht Ulm die politischen Verfahren schärfer bestrafte als die unpolitischen (klassischen), wurden beide in diesem Bereich miteinander verglichen. Als politisch sind alle Verfahren definiert, die nach den in diesem Kapitel fünf dargestellten Normen angeklagt worden sind oder deren angeklagter Sachverhalt einen politischen Bezug hatte, weil der Täter eine Funktion im politischen Leben stand oder aus politischen Motiven gehandelt hatte.

5.10.1 VERGLEICH VERHÄNGTER STRAFARTEN UND -HÖHE

Nicht nur die Höhe der verhängten Strafen sind ein Gradmesser für die Strafhärte, sondern im gleichen Maße die gewählten Sanktionsarten, weshalb diese sowie die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte bei Aburteilungen von politischen und unpolitischen Verfahren dargestellt werden.

Sanktionsarten in unpolitischen bzw. politischen Verfahren:

		Verurteilte/ (%)	Männl./ (%)	Weibl./ (%)
Unpolitische Delikte	Gefängnis	682 (90,3%)	583 (91,1%)	99 (86%)
	Zuchthaus	73 (9,7%)	57 (8,9%)	16 (14%)
	Ehre	102 (13,5%)	81 (12,7%)	21 (18,3%)
	VU Gesamt	755	640	115
Politische Delikte	Gefängnis	285 (83,3%)	202 (81,8%)	83 (89,2%)
	Zuchthaus	57 (16,7%)	47 (18,2%)	10 (10,8%)
	Ehre	68 (19,9%)	55 (22,1%)	13 (14%)
	Verurteilte ges.	342	249	93

Auf den ersten Blick scheinen die politischen Täter wesentlich schärfer behandelt worden zu sein, erhielten sie doch mit 16,7 % doppelt so häufig Zuchthausstrafen wie die „klassischen“, unpolitischen Kriminellen mit lediglich 9,7 %.

Dies trifft so nicht zu, denn der Zuchthausanteil ist deshalb so hoch, weil 39 Personen nach dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher mit Zuchthaus belegt worden sind⁵⁴². Dies erklärt auch den höheren Anteil an Zuchthaus bei den Männern. Diese haben jedoch „nur“ klassische Delikte begangen, die wegen der vielen Vorstrafen formal gesehen als politisch einzustufen waren. In diesem Zusammenhang kann man dies nicht als politisch bedingte Sanktion ansehen, zumal bei 17 Personen aus einer klassischen Norm verurteilt wurde, weil das Gewohnheitsverbrechergesetz abgelehnt worden war⁵⁴³. Die politischen Delikte sind demnach bei der Straftat milder behandelt worden als die unpolitischen.

⁵⁴² Dies ergibt sich aus Abschnitt 5.4.7

⁵⁴³ Das Verfahren bleibt dennoch ein politisches, es wurde so angeklagt und vom Gericht so eröffnet.

Die von 1933 bis 1945 ausgeworfenen Sanktionshöhen für unpolitische und politische Delikte stellen sich im Mittelwert wie folgt dar:

Gefängnis		Zuchthaus		Ehrentzug		U - Haft	
Unpolit.	politisch	Unpolit.	politisch	Unpolit.	politisch	Unpolit.	politisch
9,4	7,4	28,8	34,1	35,3	45,4	78	62,5

Bei den Gefängnisstrafen sind – auf den ersten Blick – die politischen Delikte mit 7,4 Monaten um 21,3 % deutlich milder und nachsichtiger behandelt worden als die klassischen mit 9,4 Monaten Gefängnis. Dies liegt nicht an einer nachsichtigeren Behandlung der Täter, sondern an den angefallenen Delikten, denn in Ulm verblieben nur leichtere politische Verfahren, die schwerwiegenden gingen zum Sondergericht.

Bei den Zuchthausstrafen sind die unpolitischen Delikte mit 28,8 Monaten um 15,5 % günstiger bedacht worden als die „politischen“ mit 34,1 Monaten. Dies erklärt sich aus der Überschneidung der klassischen mit den politischen Delikten, denn die Täter klassischer Diebstahls- und Betrugsdelikte wurden bei mehrfachem Rückfall als gefährliche Gewohnheitsverbrecher eingestuft und zählten damit nicht mehr zu den klassischen Deliktstätern. Diese Klassifizierung ist nur „formal“, denn bei den Tätern lagen keinerlei politischen Motive oder Absichten zugrunde. Dies gilt vor allem in den 30 % der Verfahren, in denen aus der Grundnorm verurteilt und das Gewohnheitsverbrechergesetz abgelehnt worden war. Ohne dieses Delikt beträgt die durchschnittliche Zuchthausstrafe 26,6 Monate.

Die Entzugsdauer der bürgerlichen Ehrenrechte lag bei den politischen Delikten um 10 Monate (22,3 %) niedriger als bei den klassischen Delikten. Wegen unerlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen wurde nur in 19,2 % aller Fälle diese Sanktion verhängt, bei den Volksschädlingen machte man in 29,8 % davon Gebrauch und bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern in 78,9 % mit einer Entzugshöhe von durchschnittlich 52,9 Monaten, die deutlich über dem Mittelwert aller politischen Verfahren mit 45,4 Monaten liegt.

Insgesamt wurden die politischen Delikte geringfügig nachsichtiger sanktioniert als die unpolitischen; die Gerichte haben bei der Strafzumessung demnach die Verstöße nicht nach ideologischen Gesichtspunkten sondern nach klassischer Bewertung beurteilt.

5.10.2 VERGLEICH DER STRAFHÖHEN VON 1933/1942 UND 1943/45

In einigen Untersuchungen über die NS-Strafjustiz wurde festgestellt, nach Kriegsbeginn hätten sich die von den Gerichten verhängten Strafen zunehmend verschärft. So weist Eisenhardt darauf hin, mit dem Jahre 1941 habe sich das Strafrecht maßlos verschärft und die Strafjustiz sich zu einem reinen Terror- und Vernichtungsinstrument entwickelt, die Forderungen nach „barbarischer Härte“ hätten sich verstärkt⁵⁴⁴. Auch Angermund stellt eine zunehmende Radikalisierung der Kriegsrechtsprechung fest, die im Bemühen der Gerichte um eine „schnelle und durchgreifende Arbeitsweise und um eine möglichst abschreckende Rechtsprechung“ begründet lag und zu drakonischen Strafen führte⁵⁴⁵. Erst kurz vor dem Einmarsch der Alliierten habe man „nicht zuletzt aus Angst vor Strafe“ das Strafmaß zurückgeschraubt⁵⁴⁶. Niermann⁵⁴⁷ vermerkt für das Sondergericht Hamm ebenso wie Oehler⁵⁴⁸ für das Sondergericht Mannheim eine weitere Radikalisierung der Strafrechtsprechung während der Kriegsjahre. Niermann ergänzt: „Am Ende stand der immer raschere Niedergang des positiven Rechts, standen staatsanwaltschaftliche Brutalität und richterliche Agression.“⁵⁴⁹ Für das Sondergericht Der politische Strafsenat des Oberlandesgerichts Kassel zeigte eine vergleichbare Entwicklung und verurteilte „ab 1941 ... deutlich schärfer und verhängte zunehmend öfter Zuchthausstrafen. Beim Freiheitsentzug lässt sich demnach eine Verschärfung feststellen.“⁵⁵⁰ Ausgelöst wurde diese Radikalisierung mit Hitlers hasserfüllter Reichstagsrede gegen die Justiz vom 26.4.1942, die verschärfte Strafen nach sich zogen⁵⁵¹. In ihr wies er die Justiz auf ihre Abhängigkeit von ihm als „Oberstem Gerichtsherrn“ hin und verneinte damit deren Unabhän-

⁵⁴⁴ Eisenhardt, S. 366, Rd.Nr. 419.

⁵⁴⁵ Angermund, S. 218.

⁵⁴⁶ Ders., S. 19.

⁵⁴⁷ Niermann, S. 26.

⁵⁴⁸ Oehler, S. 295.

⁵⁴⁹ Niermann, S. 140.

⁵⁵⁰ Form, S. 3.

⁵⁵¹ Hitler hatte sich über ein angeblich zu mildes Urteil erzürnt und nahm dies zum Anlass, öffentlich die Justiz in ihre Schranken zu verweisen und ihre Abhängigkeit von ihm als Führer zu zeigen. Vgl. hierzu Gribbom, Reichstagsrede, DRiZ 1969, S. 393f.

gigkeit: „ ... Ebenso erwarte ich, dass die deutsche Justiz versteht, dass nicht die Nation ihretwegen, sondern dass sie der Nation wegen da ist. ... Ich werde von jetzt ab in diesen Fällen [gemeint ist; bei Urteilen, die ihm nicht gefallen] eingreifen und Richter, die ersichtlich das Gebot der Stunde nicht erkennen, ihres Amtes entheben“.

Als Präsident des Reichstages bestätigte Göring das Recht Hitlers, als Oberster Gerichtsherr jeden Deutschen – sei er niedriger oder hoher Beamter oder Richter- zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und bei Verletzung dieser Pflichten ihn im besonderen ohne Einleitung eines Verfahrens aus seinem Amt, aus seinem Rang und aus seiner Stellung zu entfernen.

Der am 20.8.1942 zum Reichsjustizminister ernannte brutale und fanatische Nationalsozialist Thierack legte einen Monat später den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten das tiefe Misstrauen der Partei gegen die Justiz dar. Als Ausweg forderte er eine „barbarische Härte“ von der Strafjustiz ein und kündigte eine unmittelbare Steuerung der Rechtsprechung durch „Vor- und Nachschau“, sowie verstärkte „Korrekturen“ gerichtlicher Entscheidungen durch SS und Polizei an. Er stellte fest, die Richter müssten geführt werden, das Wort „richterliche Unabhängigkeit“ solle nicht mehr gebraucht werden, denn die Richter hätten der Staatsführung zu dienen. Diese Ankündigungen wurden in der Folgezeit umgesetzt und die „Behördenchefs persönlich für die Steuerung auch der einzelnen Verfahren in ihren Bezirken verantwortlich gemacht und zugleich ... eine laufende Unterrichtung in allen wichtigen Einzelfällen sichergestellt.“⁵⁵² Der Appell Hitlers und des Reichsjustizministers zur Härte fiel auf fruchtbaren Boden, denn bald wurde „vielfach auch von parteiamtlichen Stellen, wegen zu strenger Bestrafung Kritik geübt.“⁵⁵³ Im Dezember 1944 überstieg „die Zahl der Zuchthausgefangenen die der Gefängnisgefangenen bei weitem ... ein Zeichen der zunehmenden Verschärfung der Strafzumessungspraxis.“⁵⁵⁴ Die Richter hatten damit auf die verstärkte Beobachtung wie gewünscht reagiert und die Strafen erhöht⁵⁵⁵.

⁵⁵² Gribbohm, Führerinformationen, DRiZ 1971, S. 152 (154).

⁵⁵³ Ebenda.

⁵⁵⁴ Gribbohm, a.a.O., S. 155.

⁵⁵⁵ Diese Kontrollen der Rechtsprechung durch das RJM funktionierten bis zum letzten Tag. So wurden noch am 1.3.1945 die wegen Wehrkraftzersetzung verhängten Strafen des Hanseatischen Oberlandesgerichts in 29 Fällen beanstandet, weil sie „bedenklich milde sind und unter dem Reichsdurchschnitt liegen“. Das Ministerium

Die hiesigen Auswertungen hatten dies nicht bestätigt, sondern im Gegenteil mit dem Jahre 1943 sowohl in Strafart als auch –höhe auffällig mildere Sanktionen ergeben, wie dies beim Sondergericht Bielefeld von Diwald-Kerkmann für die Strafhöhe in der zweiten Kriegshälfte ebenfalls festgestellt wurde.⁵⁵⁶ Es war abzuklären, ob diese Entwicklung durchgängig bei allen Delikten festzustellen war. Die in politischen und klassischen Verfahren verhängten Strafen wurden deshalb bei Gefängnis- und Zuchthausstrafen für die Jahre 1933 – 1942 einerseits und für 1943 – 1945 andererseits verglichen.

Vergleich der Strafhöhen bei allgemeinen und politischen Delikten und den Veränderungen von 1933-1942 im Vergleich mit 1943 – 1945

	Gefängnis		Zuchthaus		Ehrentzug		U - Haft	
	Unpolit.	politisch	Unpolit.	politisch	Unpolit	politisch	Unpolit.	politisch
Jahr	MiWe.	MiWe	MiWe	MiWe	MiWe	MiWe	UHaft-Mw	UHaft-Mw
1933	1,8	0	0	0	0	0		45
1934	2,3	0	0	0	0	0		0
1935	0	0	96	30	0	60	117,7	111,5
1936	14,6	3,5	31,6	0	52	0	72,5	22,2
1937	9,6	6,8	28,3	33	44	47,1	89,4	62,9
1938	6,5	5,3	22,9	61,5	42	52	61,1	80,6
1939	7,7	5,8	38,3	40,5	45,6	60	55,2	79,5
1940	12,1	4,5	36	40,2	36	43,2	161,9	67,67
1941	9,3	9,1	18	39	36	50,4	42,9	69,9
1942	11	29,6	30	25,7	44,57	40,8	80,5	92,6
MiWe	10,1	7,6	37,6	38,6	42,9	50,4	85,2	70,2
1943	10,9	5,9	24	24,78	21,6	34,5	89,7	72,8
1944	7,1	8,6	12	36	0	48	37,2	56,14
1945	8,1	7	24	28	0	40	85,3	41,6
MiWe	8,7	7,2	20	29,6	21,6	40,8	70,7	56,8
Ges.	9,4	7,4	28,8	34,1	35,3	45,4	78	62,5

verfügte, der OLGPräs. solle dafür sorgen, „dass Wehrkraftzersetzungssachen auch im dortigen Bezirk ausnahmslos die gebotene harte Sühne finden.“ Kurz vor dem Einmarsch der britischen Truppen kam dieser der Aufforderung nach; alle Richter wiesen den Tadel des RJM zurück, da sich in der Hauptverhandlung ein anderes Bild ergeben habe, als es sich das RJM nach Aktenlage gebildet habe. (Zit. nach: Johe, S. 133).

⁵⁵⁶ Diwald-Kerkmann, S. 162.

In welchem Umfang in den Jahren 1943 bis 1945 die Strafen geringer ausgefallen sind, ersieht man deutlich aus ihrem prozentualen Rückgang, der sich wie folgt darstellt:

Prozentuales Absinken der Strafhöhen von 1933/42 und 1943/45

	Gefängnis		Zuchthaus		Ehre		U-Haft	
	Unpolit.	politisch	Unpolit.	politisch	Unpolit.	Polit.	Unpolit.	politisch
Jahr	MiWe	MiWe	MiWe	MiWe	MiWe	MiWe	U-Haft-Mw	U-Haft
33/42	10,1	7,6	37,6	38,6	42,9	50,4	85,2	70,2
43/45	8,7	7,2	20	29,6	21,6	40,8	70,7	56,8
Diff. (%)	-13,90%	-5,30%	-46,80%	-23,90%	-49,60%	-19%	-17%	-19%

MiWe: Mittelwert

Unpolit.: Unpolitisch

In allen Bereichen haben sich die strafrechtlichen Reaktionen mit dem Jahre 1943 signifikant verändert, im Zeitraum von 1933 bis einschließlich 1942 fielen sie wesentlich rigider aus als im Zeitraum 1943 bis 1945. Diese Entwicklung umfasst politische Delikte ebenso wie die klassischen. Dies gilt für Strafhöhe und Ehrentzug, ebenso für die Dauer der U-Haft, die bei politischen und unpolitischen Verfahren vergleichbar abnahm.

Am stärksten ausgeprägt ist diese Veränderung bei unpolitischen Delikten bei der Verhängung von Zuchthausstrafen, deren Dauer um 46,8 % und bei dem Entzug der bürgerlichen Ehre um 49,6 % zurückgeht.

5.10.3 ERÖRTERUNG DER VERÄNDERUNGSGRÜNDE

Der durchgängig bei allen Delikten mit dem Jahre 1943 festzustellende Rückgang der Strafsanktionen kann mehrere Gründe haben. Der gewichtigste liegt in der Reduzierung der möglichen Täter durch die polizeilichen Präventionsmaßnahmen und – nachrangig – den justiziellen Verurteilungen. Beide Institutionen wollten eine Gemeinschaft ohne Verbrechen umzusetzen, die Justiz durch Besserung und Abschreckung, die Polizei durch „Wegsperren“.

Mit dem Gewohnheitsverbrechergesetz fiel der Justiz die Aufgabe zu, die Volksgemeinschaft vor potentiellen Wiederholungstätern auch durch Sicherungs-

verwahrung zu schützen. Im Jahre 1934 verhängte sie diese in 3.723 Fällen⁵⁵⁷, im Jahre 1936 in 946 Fällen⁵⁵⁸.

Die Prävention wurde verstärkt der Gestapo übertragen: Zum einen ließ die gering ausgeprägte Bereitschaft der Justiz, diese Norm anzuwenden, sie als ungeeignet für diese Aufgabe erscheinen, zum anderen bestand nach einer Entlassung der Verurteilten kein Schutz mehr vor ihnen. Diese Lücke hatte die Polizei zu schließen, die damit justizielle Kompetenz übernahm.

Die Polizei erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen und nahm bei ihrer ersten großen „Aktion Arbeitsscheu Reich“ 10.000 „Asoziale“⁵⁵⁹ in Vorbeugungshaft. Naturgemäß konnte die Polizei „erfolgreicher“ arbeiten, hatte sie doch keinerlei rechtliche Bindungen zu beachten. Nach dem Grunderlass der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und den Ausführungsrichtlinien⁵⁶⁰ konnten aus dem „asozialen Milieu“ willkürlich Personen von der Polizei in ein KZ verbracht werden. Nicht nur Personen, jedem „Gemeingefährlichen“ drohte dies. Das war jeder, der ein „abweichendes Verhalten“ zeigte, „sich nicht in die Gemeinschaft einfügen“ wollte, wer durch Bettelei oder Trunksucht aufgefallen war oder sich seiner Pflicht zur Arbeit entzog. Die Haftdauer war nicht begrenzt, sie war spätestens nach zwei Jahren zu überprüfen, in letzter Instanz von SS- und Polizeichef Himmler⁵⁶¹.

Diese Aktionen wurden mehrmals wiederholt und ab 1941 durch Kooperation mit den Gefängnissen lückenlos und „erfolgreich“ intensiviert. Die Anstalten hatten sechs Wochen vor Haftentlassung Häftlinge bestimmter Personengruppen der Gestapo zu melden, die darüber entschied, „wer einer polizeilichen Sonderbehandlung“ in einem KZ oder Gestapo - Gefängnis „zur Vernichtung durch Arbeit“ zuzuführen sei⁵⁶². Dies entsprach einem Todesurteil ohne Rechtsgrundla-

⁵⁵⁷ Eberhardt, S. 51.

⁵⁵⁸ Ebenda.

⁵⁵⁹ Ebenda, S. 88 ff.

⁵⁶⁰ Grundlegender Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ vom 14. Dezember 1937, RD 19/28-15, S. 41 – 44a, ergänzt durch die „Richtlinien des Reichskriminalpolizeiamtes über die Durchführung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ vom 4. April 1938, (Zit. nach: a.a.O., S. 80).

⁵⁶¹ A.a.O., S. 81f.

⁵⁶² Knauer, S. 44.

ge⁵⁶³. Ende 1942 waren 10 % aller Strafgefangene an Gestapo und KZ überstellt worden⁵⁶⁴. Zu Beginn des Jahres 1943 wurde die Abgabe von Zwangsarbeitern an die Gestapo verfügt, die Folge war ein erheblicher Abgang von Gefangenen Mitte 1943⁵⁶⁵. Diese Aktionen dezimierten die Anzahl schwerkrimineller Täter und deren Straftaten, damit auch die Sanktionshöhen⁵⁶⁶.

Die Sachbearbeiter für politische Ermittlungsverfahren in Ulm waren überzeugte Nationalsozialisten, die sich die Vorstellungen Hitlers und der NS – Ideologie vollständig zu eigen gemacht hatten und den Justizdienst „als eine Funktion politischer Verfolgung“ benutzten. Selbst bei Lappalien wurden Beschuldigte häufig unbegründet wegen schwerster Delikte mit Anklagen überzogen oder diese Verfahren an das Sondergericht abgegeben. Andererseits wurden schwerste Verbrechen von SA- oder SS- Männern gegen Systemkritiker ohne jegliche Ahndung eingestellt und die entrechteten Opfer diesen Angriffen schutzlos preisgegeben. Die Behördenleiter konnten selbst in gravierenden Fällen eine Strafverfolgung gegen die übermächtige Partei nicht durchsetzen.

Neben diesem „Austrocknen des kriminellen Milieus“ kann die Gegnerschaft der Richter des Landgerichts Ulm zum Nationalsozialismus die Sanktionsmilderungen begünstigt haben. Die ab 1943 offensichtlichen Misserfolge des Regimes auf allen Gebieten boten Anlass, die Strafidelogie des machtlos werdenden Regimes verstärkt zu missachten.

Ein weiterer Grund kann die milderen Sanktionen ausgelöst haben: Die ersten wirtschaftlichen und militärischen Erfolge hatten bei einem großen Teil der Bevölkerung Begeisterung, Engagement und Einsatz geweckt. Diese wichen mit der zusammenbrechenden Versorgungslage und den militärischen Misserfolgen zunehmend dem Gefühl von Niedergeschlagenheit und Resignation. Solche apathischen und depressiven Stimmungslagen können die Leistungswilligkeit und -

⁵⁶³ Dies wird durch die Aktenauswertung bestätigt. Dabei war der auffallend hohe Anteil von Todesfällen im KZ bei Delikten nach dem Gewohnheitsverbrechergesetz aufgefallen. Zweck dieser Aktionen war, der an Arbeitskräftemangel leidenden Industrie billige Arbeitskräfte zu beschaffen, (Eberhardt, a.a.O., S. 91, m.w.N.). Bestätigt wurde dies auch bei einer Durchsicht von Aktenresten des Gefängnisses Ulm aus der NS-Zeit. Dabei wurden Anweisungen gefunden, alle Gefangenen nach ihrer Ausbildung aufzulisten, um einen effektiven Arbeitseinsatz zu gewährleisten.

⁵⁶⁴ Knauer, S. 45.

⁵⁶⁵ A.a.O., S. 46.

⁵⁶⁶ Müller Chr. S. 59) bestätigt, es sei „ ... bemerkbar, dass immer weniger Gewohnheitsverbrecher sich in Freiheit befanden“ durch Vorbeugungshaft und Sicherungsverwahrung

fähigkeit sowie Einsatzbereitschaft beeinträchtigen, zumal wenn sie so existenzbedrohend und anhaltend sind, wie dies die Lageberichte darstellen:

Im April 1940 wurde noch berichtet, „jeder sei gewillt, alles einzusetzen und herzugeben, um auch seinen Teil für den Sieg zu erkämpfen.“⁵⁶⁷ Erste Resignation und Verbitterung regte sich Ende 1941 wegen der Verknappung an Lebensmitteln⁵⁶⁸, Teuerung, Wucher, Hamsterkäufen und verschlechterten Lebensverhältnissen⁵⁶⁹.

Ungeschönt wurde nach den Kämpfen um Stalingrad im Januar 1943 eingeräumt: „ ... dass die jetzigen militärischen Rückschläge auch bei einem an sich so wurzelfesten, zähen und ausdauernden Volkstamm, wie es der schwäbische ist, nicht ohne stimmungsmäßige Auswirkungen bleiben könne. ... da und dort unverkennbar sogar ... Angst vor der Zukunft in Erscheinung treten.“⁵⁷⁰ Sehr kritisch angesprochen wird das für die Justiz existenzbedrohende Vorhaben, Richter und Staatsanwälte abzuschaffen⁵⁷¹.

Die ganze ausweglose Lage zeigte der Bericht vom 3.10.1944, in welchem als Aktenzeichen eingetragen ist: „? (Vorgänge durch Feindeinwirkung vernichtet)“. Mit klaren Worten wird mit dem System abgerechnet: „In diesen Tagen scheint es mir nicht angebracht, viel Worte über die allgemeine Stimmung zu machen. Dass sie auch in Württemberg - Hohenzollern sehr ernst und besorgt und weithin recht gedrückt ist, kann ... nicht weiter wundern.

Nicht verschwiegen kann werden, dass man in der Bevölkerung mit bitterem Ingrimm von den Stellen spricht, die man dafür für verantwortlich hält, dass die feindliche Luftwaffe ohne merkbare Gegenwirkung unsere Front und unsere Heimat in größte Bedrängnis bringen kann, wo und wie es ihr gerade passt, ... Das Volk fragt sich, wie es kommt, dass erst jetzt ... die Kampfmittel zur Überwindung der feindlichen Luftwaffe geschaffen werden oder werden sollen, ... und es kommt zu dem Ergebnis, dass die dafür verantwortlichen zentralen Stellen

⁵⁶⁷ GenStA, Bericht v. 1.4.1940, StA Ludwigsburg, Bü. 2.

⁵⁶⁸ OLGPräs., Ber. V. 5.9.1941, BAB, R 22/3387.

⁵⁶⁹ GenStA, StA Ludwigsburg, Bericht v. 1.12.1941, K 601, Bü. 1.

⁵⁷⁰ GenStA, Bericht v. 28.1. 1943, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

⁵⁷¹ Diese sollten durch Laienrichter (Friedensrichter) ersetzt, dadurch von 14.000 Richtern nur noch ca. 4.000 bis 5.000 Richter ausreichen. Die Staatsanwaltschaften sollten abgeschafft und in die Polizei eingegliedert werden.

jahrelang geschlafen oder sonst wie versagt haben müssen ... Erfreulich ist, dass die Justizgefolgschaft ... am Morgen des 13. September 1944 noch in den Rauchschwaden des vorangegangenen Nachtangriffs in den wenigen noch verfügbaren, erheblich beschädigten Räumen eine Reihe von Strafverhandlungen durchgeführt⁵⁷² hat⁵⁷³.

Spätestens mit dem Vorhaben Hitlers, die Richter durch „Volksrichter“ zu ersetzen und die Staatsanwaltschaften aufzulösen hatte jeder Strafrichter bemerkt, dass er nur als Werkzeug zur Erlangung und Erhaltung der Macht missbraucht worden war. Niemand war noch bereit, sich für die Verursacher und deren verlorene Sache einzusetzen und sich selbst in den Strudel des untergehenden Regimes ziehen zu lassen. Die Appelle der Vorgesetzten „... nach wie vor grimmig entschlossen, den Kampf um das Sein oder Nichtsein der Nation um jeden Preis durchzustehen und zu einem guten Ende zu bringen“⁵⁷⁴, blieben unbeachtet, es blieb nur übrig, dass man „sich keine allzu großen Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang des Krieges mehr macht und seine täglichen Pflichten mit einer gewissen Niedergeschlagenheit oder doch mit apathischer Ergebung verrichtet ...“⁵⁷⁵.

Diese apathische, depressive Stimmung unterdrückte jede Leistungsbereitschaft, jeden Einsatz für das untergehende Regime und erfasste auch die Justiz. Dies ist für mich eine – nachrangige, zusätzliche – Erklärung der geringer werdenden Strafen. Damit löst sich zugleich der Widerspruch zu den Autoren, die eine Radikalisierung der Strafrechtsprechung festgestellt hatten. Diese bezogen sich nur auf Sondergerichte mit fanatischen Richtern, die bis zum bitteren Ende für das System kämpften und sich verbissen einsetzten. Bei den widerständischen Richtern des Landgerichts Ulm lagen die Verhältnisse anders, sie hatten weder Veranlassung, sich für das Regime einzusetzen noch aus Angst vor einer Kapitulation milde zu urteilen.

Einen anderen Grund für milder werdende Strafen nannte der Präsident des OLG Köln. Er nahm an, die Gerichte hätten die Strafen abgesenkt, um wieder

⁵⁷² Lagebericht GenStA v. 3.10.1944, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

⁵⁷³ In Ulm erkennt man die verheerenden Folgen der Luftangriffe bei der Justiz nur an der geänderten Postanschrift der Sitzungssäle, das System funktionierte noch.

⁵⁷⁴ Lagebericht GenStA v. 31.5.1943, StA Ludwigsburg, K 601, Bü. 1.

⁵⁷⁵ Ebenda.

erhöhte Eingänge zu erhalten. Die Anzahl der anonymen Anzeigen war nämlich stark zurückgegangen, seiner Ansicht nach, weil die Anzeigersteller die von ihnen verursachten überhöhten Strafen nicht länger verantworten wollten. Mit geringeren Strafen sollte ein Anreiz zu mehr Anzeigen geschaffen werden. Dies überzeugt nicht, weil schon von 1933 an hohe Strafen verhängt worden waren und nicht erst 1943.

5.10.4 Frauenanteil an klassischen und politischen Delikten

Im Rahmen dieser Auswertung ist auch der Frauenanteil bei allen klassischen und insbesondere allen politischen Verfahren wie folgt erhoben worden:

Anteil der Geschlechter an politischen und unpolitischen Delikten

	Anzahl ges.	mä.	we.	Weiblich Anteil
Geldstrafe politisch	60	33	27	45,0%
Geldstrafe unpolitisch	103	89	14	13,6%
Gefängnis politisch	285	202	83	29,1%
Gefängnis unpolitisch	682	583	99	14,5%
Zuchthaus politisch.	57	47	10	17,5%
Zuchthaus unpolitisch	73	57	16	21,9%
Ehre politisch	68	55	13	19,1%
Ehre unpolitisch	102	81	21	20,6%

Der Frauenanteil an politischen Delikten betrug durchschnittlich 27,2 %, bei unpolitischen Delikten 17,7 %. Der sehr hohe weibliche Anteil an politischen Verfahren ist bedingt durch eine Verurteilung von 27 Frauen, anteilmäßig 45,0 % zu politischen Geldstrafen. Eine Nachsuche ergab eine Verurteilung von insgesamt 43 Zeugen Jehovas, davon 25 Frauen, zu Geldstrafen. Ohne dieses Verfahren hätte der Frauenanteil bei Geldstrafen lediglich 3,3 %, der Gesamtdurchschnitt 17,7% betragen, ebenso viel wie bei den unpolitischen Delikten.

Die Verurteilungen von Frauen in politischen Verfahren – insbesondere der erhöhte Anteil bei Gefängnisstrafen - sind bedingt durch verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen, Verstöße gegen Verbrauchsregelungsverordnungen, Schwarz-

handel, Volksschädlingsverordnung, Fälschung von Bezugsmarken und den klassischen Vermögensdelikten, die wegen der formalen politischen Strafnormen als politisch einzuordnen waren. In keinem Fall lag eine Kritik oder gar ein Widerstand gegen das Regime den Verfahren zugrunde, ebenso wenig bei den Männern.

5.10.5 „RANGFOLGE“ BEI SPEZIELLEN POLITISCHEN DELIKTEN

Das NS-Strafrecht hatte zum Hauptgrund einer Bestrafung den Tätertyp entwickelt, mit dem die „Rassereinheit“ des Volkes und dessen Fortbestand gesichert werden sollte. Bei jedem Verstoß gegen die Unterordnung in der Volksgemeinschaft sollte der Betroffene als „Volksfeind“ eliminiert werden. Die Strafnormen zum Schutz der Volksgemeinschaft hatten einen unterschiedlichen ideologischen Stellenwert, der auch unterschiedliche Strafsanktionen erwarten ließ. Zur Volksschädlingsverordnung forderte Freisler von der Rechtspflege „durchschlagende Treff- und Vernichtungssicherheit“, die durch Ausschöpfung der unbestimmten, konturlosen Tatbestandselemente und des Strafrahmens erreicht werden sollte, wobei „das Normale des Ergebnisses bei Schuldbejahung ... an der oberen Strafrahmengrenze liegen“ sollte⁵⁷⁶.

Es soll festgestellt werden, ob für die verschiedenen politischen Strafnormen unterschiedliche Strafen verhängt worden sind. Das Ziel ist es zu ermitteln, ob Delikte mit klassischem (Gewohnheitsverbrechergesetz, Volksschädlinge) oder rein ideologischem Hintergrund (verbotener Umgang, Homosexualität) härter geahndet wurden.

⁵⁷⁶ Freisler, zit. nach Oehler, S. 285.

Vergleich von Sanktionen bei politischen und unpolitischen Verurteilungen

Delikt	Gefängnis	Zuchth.	Ehre	U-Haft	U-Haft	Pol-H.	Verf.dauer
	Mo.	Mo.	Mo.	%	Tage	Tage	Tage
§ 175 f	7,6	0	0	34,60	49,1	8,7	29,2
Umgang	7,3	18,6	24	50	59,3	22,3	32,1
VVO	10,5	27	44,2	66,70	78,1	??	32,7
GGV	19,1	38,0	52,9	74,5	93,6	2,5	49,6
Politische Delikte	7,4	34,1	44,4		62,5		
Unpolitische Delikte	9,4	28,8	35,3		78		

Die Delikte unterscheiden sich in ihrer politischen und damit strafrechtlichen Bedeutung, was die Strafarten als auch –höhe, sowie Anwendung der U-Haft und die Verfahrensdauer belegen.

Am nachsichtigsten und mildesten wurden die „geschlechtlichen Verstöße“ von Homosexuellen und beim verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen behandelt, weil sie am wenigsten als staatsgefährdend eingestuft wurden, obwohl sie gegen Grundpfeiler der NS-Ideologie, nämlich der Erhaltung der Rasse- und Blutreinheit des Volkes sowie einer regen Fortpflanzung, gegen welche die Homosexuellen verstoßen hatten.

Die gefährlichen Gewohnheitsverbrecher wurden in allen Punkten noch unachsichtiger behandelt. Diese Täter wurden gleichsam als Parasiten am Volk angesehen, die es auszumerzen galt. Dies belegen die hohen Todesziffern in den dem Strafvollzug folgenden Konzentrationslagern. Auch die Justiz in Ulm entzog sich dem nicht und reagierte mit den höchsten Strafen, der längsten U-Haft und Verfahrensdauer. Dieser Norm liegen ausschließlich klassische Delikte zugrunde, die das Gericht am härtesten von allen Vergleichsdelikten bestraft hat. Die politische Bedeutung war für die Strafzumessung bedeutungslos, das Gericht hat sich nicht politisch orientiert.

5.10.6 Zusammenfassung

Das Gericht hat die politischen Verfahren nicht schärfer geahndet als die klassischen Delikte, dies gilt auch bei der Verhängung von Zuchthausstrafen, obwohl diese einen geringfügig höheren Wert aufweisen. Dies beruht auf einem hohen Anteil von Verurteilungen zu Zuchthaus nach dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher, einem nur formal politischen Delikt.

Die in der Zeit von 1943 bis 1945 verhängten Strafen liegen für politische Delikte zwischen 5,3 % bei Gefängnis und 23,9 % bei Zuchthaus, bei Ehrentzug und U-Haft jeweils 19 % unter den Mittelwerten der Jahre 1933 bis 1942. Bei den klassischen Delikten ist eine Absenkung von 13,9 % bei Gefängnis und 46,8 % bei Zuchthaus, bei Ehrentzug knapp die Hälfte und bei U-Haft 17 % festzustellen.

Der Rückgang der Strafhöhe beruht auf der gezielten, organisierten Eliminierung von Schwerkriminellen durch polizeiliche Prävention (Vorbeugungshaft) und justizielle Verurteilungen, durch welche Intensivtäter mit hoher Rückfallerwartung eliminiert wurden.

Die Strafsanktionen waren nicht bei der Verletzung politischer Normen am höchsten, sondern bei klassischen Vermögensdelikten. Die Homosexualität und der unerlaubte Umgang mit Kriegsgefangenen verletzten ideologische Grundpfeiler, nämlich eine zahlreiche Fortpflanzung des Deutschen Volkes und die Erhaltung der Rassenreinheit. Für diese rein politischen Delikte wurden die geringsten Strafen verhängt. Am härtesten bestraft wurden die im Kern klassischen Delikte wie Diebstahl oder Betrug, wie sie von „Volksschädlingen und Gewohnheitsverbrechern“ als Grunddelikt begangen wurden. Dies belegt die unpolitische Einstellung der Strafrichter und damit deren Ablehnung des NS- Abschreckungswahns.

5.11 MILDERE SANKTIONEN BEI LANDGERICHTEN

5.11.1 ALLGEMEINES

Die zahlreichen Untersuchungen der NS-Strafjustiz vermitteln das Bild einer NS-fanatischen Richterschaft, die sich willfährig, in vorauseilendem

Gehorsam oder unter Druck, „zur Vernichtung der politischen Gegner“ bereit fand⁵⁷⁷. Der Begriff der „Furchtbaren Richter“ oder der „Henker in Robe“ haftet der gesamten Strafjustiz an⁵⁷⁸, obwohl beinahe ausschließlich die extremen Sondergerichte analysiert worden waren, die Land- und Amtsgerichte⁵⁷⁹ trotz ihres qualitativ wesentlich bedeutenderen Verfahrensanfalls eine völlig vernachlässigte „terra inkognita“ blieben, bei welchen ungeklärt ist, ob diese „Alltagsjustiz“ „klassisch-juristisch“ oder „ideologisch geprägt“ geurteilt hat.

Das Landgericht Ulm hatte, wie sich im Verlaufe meiner Auswertung ergab, konsequent während der gesamten NS-Zeit, im Gegensatz zu den Sondergerichten, die NS-Strafnormen in hohem Maße abgelehnt und so die politisch geforderten abschreckenden Terrorurteile vermeiden oder abmildern können. Nachfolgend wird zuerst dargestellt, dass die Ulmer Strafkammern bei vergleichbaren Delikten signifikant mildere Urteile gefällt hatten als die Sondergerichte; dann werden die Gründe hierfür erörtert, die reichsweit für eine nicht unerhebliche Anzahl weiterer Landgerichte eine vergleichbar milde Sanktionspraxis erwarten lassen.

5.11.2 FEHLENDE STRAFHÄRTE DES LG ULM IM VERGLEICH ZU DEN SONDERGERICHTEN

Sowohl an markanten Einzelfällen als auch für ganze Deliktsgruppen zeigte die Aktenauswertung eine distanzierte und kritische Haltung der Strafkammern zum Regime, und dadurch bedingt eine zurückhaltende Sanktionspraxis.

⁵⁷⁷ Schorn, S. 111.

⁵⁷⁸ In der Publikation einer KZ-Gedenkstätte wurde die „extreme Politisierung und Verschärfung der Strafen“ erwähnt und zum Beleg dafür angeführt, das LG – Schwurgericht - Ulm habe bereits im Jahr 1935 drei Todesurteile verhängt. Alle drei Urteile waren weder politisch noch verschärft, die Verurteilten hatten schlicht ihren Ehepartner rüde ermordet um ungestört ein illegitimes Liebesverhältnis fortsetzen zu können, was seit Jahrhunderten als todeswürdig angesehen worden war. Hier wurde das Bild der NS-Blutrichter der Sondergerichte auf die ordentlichen Gerichte übertragen.

⁵⁷⁹ Manthe, S. 7f m.w.N. Weitere Veröffentlichungen finden sich aus besonderen Anlässen mit begrenzter Aktenauswertung für regionale Bezirke, so etwa Pamp, LG Bonn; Anders, für den Sudetengau mit überwiegend Sondergericht; Thul, Abhandlungen über das LG Koblenz.

5.11.2.1 SYMPTOMATISCHE EINZELFÄLLE

Das Schwurgericht hatte 1938 die politische Norm des Autofallenraubes abgelehnt und „nur“ Zuchthaus ausgeworfen, in der Revision verhängte das Sondergericht Stuttgart die politisch gewünschte Todesstrafe⁵⁸⁰.

1945 bestrafte das Landgericht Ulm eine 22-Jährige wegen Plünderung⁵⁸¹ statt mit der allein möglichen Todesstrafe mit einer 3-jährigen Zuchthausstrafe. Bei Sondergerichten waren vergleichbare Entscheidungen nicht festzustellen⁵⁸².

5.11.2.2 MILDE SANKTIONEN BEI NS-STRAFNORMEN

Nicht nur in diesen Einzelfällen, sondern durchgängig von 1933 bis 1945, wurden vom LG Ulm die ideologisch begründeten NS-Sondernormen zu einem hohen Prozentsatz negiert, um die drakonischen und unverhältnismäßigen, nur auf Ausmerzungen „unbrauchbarer Volksgenossen“ orientierte Strafidelogie zu unterlaufen. Der Gegensatz zu den Sondergerichten kristallisiert sich besonders erschreckend an deren mörderischen Bestrafung von Kleinkriminellen und Asozialen heraus.

Ein Vergleich der Sanktionen zeigt die ideologischen Unterschiede zwischen dem Landgericht Ulm und einigen Sondergerichten auf. Die Letzteren waren trotz aller Lenkungs- und Überprüfungsmaßnahmen Hitlers zu keinem homogenen Gerichtszweig mit angeglichenem Strafmaß gewachsen⁵⁸³, was sich in der folgenden Tabelle niederschlägt.

⁵⁸⁰ LG Ulm, U. v. 5.11.1938 Ks 20/38, StA Ludwigsburg, Bü. 2341.

⁵⁸¹ LG Ulm U. v. 10.4.1945, StA Ludwigsburg, EA 4/151/ Bü. 120. Für dieses Delikt war ausschließlich das Sondergericht zuständig (§1 Abs. 2 VVO), worüber sich sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Gericht in den letzten Kriegstagen hinwegsetzte.

⁵⁸² Vgl. oben Abschnitt 5.3.2. Das Sondergericht Rostock verurteilte nach einem Bombardement im Schnellverfahren 30 Plünderer zum Tode (zit.nach: Angermund, S. 212). Auch Roeser stellte für Essen nur Todesstrafen fest (S. 118ff).

⁵⁸³ Die Sondergerichte wurden als „beständiges Instrument des gerichtlichen Terrors“, als Richter, die „barbarische, unmenschliche Urteile fällen“ bezeichnet. Das Sondergericht München soll nur harmlose, unpolitische regimiekritische Äußerungen verfolgt, das Sondergericht Danzig-Westpreußen als „Ausrottungs- und Diskriminierungsinstrument“ agiert haben (Weckbecker, S. 4f), während beim Sondergericht Mannheim kein einziges Todesurteil in politischen Verfahren festzustellen war; politische Straftaten wurden in 83,5 % mit

Vergleich der Sanktionsarten und -höhen bei LG Ulm und Sondergerichten

Delikt	Strafart	LG Ulm	SG Stuttgart ⁵⁸⁴	SG Frankfurt/O. ⁵⁸⁵	SG Bielefeld ⁵⁸⁶	SG Bromberg ⁵⁸⁷	SG Hannover ⁵⁸⁸
		%-Ant./Höhe	%-Ant./Höhe	%-Ant./Höhe	%-Ant./Höhe	%-Ant./Höhe	%-Ant./Höhe
Umgang	Gefängnis	88,6%/8,5	40%/23	29,6%/8,2	40,7%/17,8	76,5%/18	11,7%/10,3
	Zuchthaus	11,4%/18,6	60%/27	56,1%/20,6	59,3%/24,9	23,5%/30	83,0%/18,5
VVO	Gefängnis	58,5%/10,5					8,3%/15
	Zuchthaus	41,5%/27					86%/37
	Todestrafe	-0-		4,90%	5,90%		9,2/+
Fahrrad	Gefängnis	100%/12,3		31,2%/8,6		-0- (F:20%)	
	Zuchthaus	-0-		56,3%/53		60%/60	
	Todestrafe	-0-		5,3%/+		20%/+	
Kleintiere	Gef.	100%/24		9,1%/24		8%/18	
	Zuchth.	-0-		81,8%/43		28%/35,3	
	Todestr.	-0-		9,1%/+		56,0%/+	
GGV	Gefängnis	21,4%/19,1		-0-			
	Zuchthaus	69,6%/38,0		66,1%/72			
	Todestrafe	-0-		33,9%/+			

durchschnittlich 7,4 Monaten Gefängnis, in 16,8 % mit 22,6 Monaten Zuchthaus geahndet, (Oehler, S. 242); spätere Quellen teilen für Mannheim 84 politische Todesurteile mit (Vgl. 5.11.2.2.2).

⁵⁸⁴ Das SG Stuttgart wurde mangels hinreichender Akten noch nie eingehend ausgewertet; zugrunde gelegt habe ich meine eigenen Auswertungen von Gefangenenbüchern und Gefangenenakten, in denen z. T. Urteile des Sondergerichts enthalten waren.

⁵⁸⁵ Weckbecker, S.199, 261, 324.

⁵⁸⁶ Kerkmann, S. 233.

⁵⁸⁷ Die Rechtsprechung des SG Bromberg ist geprägt vom Kampf gegen das Polentum; dies führte bei polnischen Tätern zu „als Mord zu bezeichnenden Todesurteilen“, während andererseits beim Umgang von Polinnen mit englischen Kriegsgefangenen strafmildernd berücksichtigt wurde, dass sie mangels Ehre nicht wie deutsche Frauen ehrlos handeln konnten, weshalb selbst bei Geschlechtsverkehr nur Gefängnis anstatt den sonst üblichen Zuchthausstrafen verhängt wurde. Weckbecker, S. 679.

⁵⁸⁸ Mechler, S. 160ff, 235.

5.11.2.2.1 VERBOTENER UMGANG MIT KRIEGSGEFANGENEN

Diese wichtige Norm für die Umsetzung der Rassentheorie spiegelte deutlich die ideologische Einstellung der NS-Richter wider: Ein linientreues Gericht verhängte bei intimem Umgang mit Schwangerschaft nur Zuchthaus, ein Anhänger Hitlers beim Sondergericht fand selbst für eine bei diesem Delikt nicht vorgesehenen Todesstrafe⁵⁸⁹ Rechtsvorschriften hierfür; ein widerständisches Gericht jedoch suchte und fand Begründungen für eine Gefängnisstrafe.

Das Landgericht Ulm hat Zuchthaus in nur 11,4 % verhängt, die Sondergerichte in einem 6 - 8-mal höherem Umfang. Das SG Bromberg ist bei diesem Delikt nicht vergleichsfähig, da die polnischen Täterinnen als ehrlos – sie konnten nicht die normgeschützte „Ehre einer deutschen Frau“ verletzen – mit Gefängnis bestraft wurden.

Die Strafzumessungsregel des Kölner Landgerichtspräsidenten Müller soll nicht unerwähnt bleiben: „Butterbrot: 1 Jahr Gefängnis; Kuss: 2 Jahre Gefängnis; Geschlechtsverkehr: Kopf ab“⁵⁹⁰.

5.11.2.2.2 VOLKSSCHÄDLINGE UND GEWOHNHEITSVERBRECHER

Mit der Volksschädlingsverordnung konnten ebenfalls fanatische Richter ihre Vasallentreue beweisen, wurde doch schon im Prolog dazu zur rücksichtslosen Bekämpfung dieser Volksschädlinge“ und Anwendung „äusserster Strenge“ aufgerufen, in einem nachfolgenden Erlass gar die Todesstrafe selbst bei geringsten Schäden zum Regelfall erklärt (!). Die obige Tabelle zeigt, dass die Sonderrichter das neue Strafrecht verinnerlicht und die geforderte Vernichtungs-ideologie umgesetzt hatten. Ob in Duisburg, Essen, Köln, Rostock oder anderswo⁵⁹¹ – beinahe ausnahmslos verurteilten die Sondergerichte wegen Lap-

⁵⁸⁹ Selbst der berühmte Vorsitzende des Volksgerichtshofes Freisler stufte dies als „sehr gewagt“ ein. Insgesamt waren ca. ein halbes Dutzend in der Literatur erwähnt.

⁵⁹⁰ Zit. nach Weckbecker, S. 198f.

⁵⁹¹ Für zahlreiche Sondergerichte waren keine Untersuchungen ersichtlich, sie wurden aber in anderem Zusammenhang erwähnt. In anderen Arbeiten, etwa für das Sondergericht Mannheim, sind Todesurteile für

palien zu einem unterschiedlichen Prozentsatz zum Tode, selbst beim Diebstahl von Fahrrädern oder Kleintieren, beim SG Essen nahezu alle Täter, die als angeblich Bombengeschädigte betrogen hatten. Das Sondergericht Bromberg versuchte den Diebstahl von Kleintieren als „seuchenhaftes Kriegsdelikt“⁵⁹² durch abschreckende Todesstrafen auszurotten.

Zahlreiche, völlig gleichgelagerte, Delikte und Taten waren auch bei den Strafkammern des Landgerichts Ulm anhängig gewesen – in keinem einzigen Fall kam es zur Todesstrafe, bei Kleinkriminalität wurde ausschließlich auf Gefängnis erkannt. Vielmehr hat das Gericht mit 57,1 % der nach Volksschädlingsverordnung und in 30,4 % der nach Gewohnheitsverbrechergesetz angeklagten Personen diese Sondernormen abgelehnt und lediglich aus der klassischen Grundnorm verurteilt. Die bei Gewohnheitsverbrechern geringere Ablehnung und der höhere Anteil an Zuchthaus erklären sich aus den zahlreicheren Vorbelastungen bei Schwerkriminellen, einem klassischen strafschärfenden Strafzumessungsgrund, weshalb es nicht als „geborenes“ politisches NS-Delikt einzustufen ist und in der Bundesrepublik weitergalt.

5.11.3 GRÜNDE DER ZURÜCKHALTENDEN SANKTIONSPRAXIS

Nach über 6 Jahrzehnten fällt es Nachgeborenen schwer, die Gründe für ein nichtkonformes Verhalten zu eruieren, zumal in einer Diktatur ein (Fehl-) Verhalten nicht dokumentiert werden konnte. Zuverlässig zurückgreifen kann man jedoch auf damalige kompetente Quellen der Justiz, insbesondere des Reichsjustizministeriums, die belegen, dass jüngere Juristen bereitwillig mit schärfsten Sanktionen, wie politisch gewünscht, Regimekritiker unnachsichtig verfolgten und deshalb bevorzugt bei Sondergerichten eingesetzt wurden, während häufig ältere Richter hierzu nicht bereit waren.

Auch wurde der den Richtern bei den Sondergerichten verbliebene Entscheidungsspielraum wegen der engmaschigen Überprüfung ihrer Urteile durch das Reichsjustizministerium stärker eingeschränkt als bei den Landgerichten.

politische Verfahren verneint worden, spätere Recherchen eines Arbeitskreises teilen demgegenüber 84 Verurteilungen mit (<http://www.ak-justiz-manheim.de/rech>). Dies wurde nicht vertieft.

⁵⁹² Weckbecker, S. 679.

5.11.3.1 INTEGRE ÄLTERE RICHTER MIT FEHLENDER NS-STRAFHÄRTE

Schon mit der Machtergreifung war das Regime bestrebt, die wichtigsten Führungspositionen in der Strafjustiz mit ehrgeizigen, politisch anpassungsbereiten und jungen Parteigenossen zu besetzen⁵⁹³. Hierfür standen jedoch nicht ausreichend fachlich qualifizierte und linientreue Juristen zur Verfügung⁵⁹⁴, weshalb auch NS-distanzierte Richter ausnahmsweise belassen wurden, sofern sie nicht offen als NS-Gegner auftraten. Damit entstand eine Nische in der ein „stiller Widerstand“ gegen die unmenschlichen NS-Sanktionen möglich war.

Das Reichsjustizministerium sah zu Recht das Grundübel der „undeutschen Milde“ in älteren, von Kaiserreich und Weimar geprägten Richtern, die nicht in der Lage seien, die geforderten unmenschlichen NS-Strafnormen mitzutragen, weil ihnen die brutale NS-Erziehung und damit die nötige Härte fehle.

Diese Einschätzung gründet im Wesentlichen auf den Lageberichten der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwälte aus dem gesamten Reich an das Reichsjustizministerium, was diesem einen aktuellen und allgemeinen Gesamtüberblick über Fragen und Schwierigkeiten erlaubte⁵⁹⁵. Hier wurden aus vielen Gerichtsbezirken die Schwierigkeiten mit älteren Richtern beklagt, die gegenüber der „neuen Zeit“ nicht das gewünschte Maß an Aufgeschlossenheit zeigten und wegen ihrer problematischen politischen Ausrichtung schwierig zu steuern seien⁵⁹⁶.

Aus Darmstadt wird auf die „Schwierigkeiten mit der Besetzung der Strafgerichte mit geeigneten Richtern“ hingewiesen, da „im Wesentlichen nur noch ältere Kräfte“ verfügbar seien, wobei „gerade die älteren Richter vielfach bei der politischen Ausrichtung der Rechtspflege naturgemäß gewissen Hemmungen unterworfen“ seien⁵⁹⁷.

⁵⁹³ Niermann, S. 158, 368; siehe oben Gliederung 3.1.3.1. Bei der nachrückenden jungen Generation der Rechtswahrer war deren „... Wille noch biegsam und ... Denken noch geschmeidig“, zit. nach Johe, S. 214, Fn. 41.

⁵⁹⁴ Gruchmann, S. 95.

⁵⁹⁵ Diese Berichte wurden mit Verfügungen vom 23.9.1935 für die Generalstaatsanwaltschaften angeordnet und am 9.12.1935 auf die Oberlandesgerichte erweitert.

⁵⁹⁶ Michelberger, S. 284.

⁵⁹⁷ Michelberger, S. 73, 284f.

Der OLG-Präsident in Karlsruhe führt schlechte und unzulängliche Urteile „auf das mangelnde Mitgehen mancher, besonders älterer, Richter mit dem Geist der neuen Zeit“ zurück⁵⁹⁸.

Im OLG-Bezirk Königsberg „liegt es auf der Hand, dass jüngere, tüchtige, den Lebens- und Staatsnotwendigkeiten aufgeschlossen gegenüberstehende Menschen leicht in die angestrebte Richtung gebracht werden“ könnten, es den „älteren Kräften „ trotz sicher vorhanden Willens nur schwer (gelingt), sich von überlieferten Ansichten zu trennen“⁵⁹⁹.

Der Generalstaatsanwalt in Bamberg moniert, ältere Vorsitzende und Beisitzer der Strafkammern seien persönlich (d.h. weltanschaulich) und fachlich nicht immer voll geeignet, die jüngeren seien zur Wehrmacht eingezogen. Aus Breslau wird berichtet, ein großer Teil der „überalterten und namentlich in politischen Sachgebieten“ sei nicht mehr einsatzfähig. In Dresden wird die „Überalterung in den Spitzenstellungen“, bezogen auf reaktivierte Ruheständler, als bedenklich geschildert⁶⁰⁰, übereinstimmend damit wird für den OLG-Bereich Celle gemeldet, den Reaktivierten „glücke es nicht immer, sich in hinreichendem Maße in die Erfordernisse einer zeitgemäßen Rechtsprechung hineinzufinden“⁶⁰¹.

Aus Karlsruhe wird vorgetragen, zumeist älteren Richtern widerstrebe es, geringfügige Delikte mit härtesten Strafen zu ahnden, sie könnten sich „nicht immer zur häufig notwendigen Härte durchreißen“⁶⁰².

Aus Kiel werden ernste Bedenken angemeldet, „die gesamte Rechtsprechung mehr und mehr nur in die Hände alter Richter gelangen zu lassen, während die Zeitverhältnisse vielfach gerade die Entscheidung jüngerer aktiver Menschen“ erfordere⁶⁰³.

Der Präsident in Köln übernimmt die Stellungnahme eines LG-Präsidenten, der zwar glaubt „daß die Rechtsprechung hier und da zu wünschen übrig lasse“, in seinem Geschäftsbereich hätten jedoch „die Richter die Zeichen verstanden“

⁵⁹⁸ Ebd., S. 285.

⁵⁹⁹ Ebd.

⁶⁰⁰ Ebd.

⁶⁰¹ Ebd., S. 286.

⁶⁰² OLG-Präs. Karlsruhe v.30.3.1944, BA R 22/3370.

⁶⁰³ A.a.O., S. 286.

und würden „in aller Regel die notwendige Härte“ aufbringen. Ausnahmen lägen nur vor, wenn „einige ältere Richter ... über aus früherer Zeit überkommene und fest eingewurzelte Anschauungen nicht ... (hinwegkämen)“⁶⁰⁴.

Aus der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg wurde abweichend eine erfolgreiche Beeinflussung älterer Sonderrichter vermeldet, dort seien „die harten Strafen dieser Gerichte zunächst ein Angriffspunkt vieler alter Richterkollegen“ gewesen, die sie vor allem wegen der Richterbriefe „heute jedoch als eine selbstverständliche Notwendigkeit“ erachteten⁶⁰⁵.

Schon 1941 berichtete der OLG-Präsident in Hamm, dass einige Richter die geforderten Höchststrafen nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten⁶⁰⁶. Ebenso waren in Hamburg ältere Richter nicht bereit, „die von der Staatsführung immer stärker vorangetriebene Politisierung der Rechtsprechung bis zur letzten Konsequenz mitzumachen. Je größere Ansprüche die Nationalsozialisten ... stellten, desto stärker wurden die Vorbehalte der Richter“⁶⁰⁷. Insbesondere trugen die älteren Richter die mit Kriegsbeginn eingeleitete Radikalisierung nicht mit, im Gegensatz zu den jüngeren, nach 1933 in der NS-Schulung ausgebildeten und in der Partei aktiven Juristen.

Mit diesen sollten die wichtigsten Positionen besetzt werden⁶⁰⁸. Das Reichsjustizministerium sah 35 – 40 Jahre alte Richter für am besten geeignet an, da für einen „älteren Strafrichter das Einleben in die Sondergerichtsbarkeit fast unmöglich ist“⁶⁰⁹. Selbst bis Ende 1941 war die Auswechslung im OLG-Bezirk Stuttgart nicht gelungen, waren doch nur 80 % der Landgerichte und knapp 70 % der AG mit überzeugten NS-Anhängern besetzt, damit war es „unumgänglich, ältere und weniger zuverlässige Richter“ zu übernehmen⁶¹⁰.

Genau diese, vom Ministerium beklagten Zustände fanden sich bei den Strafkammern des Landgerichts Ulm; hier amtierten nur ältere Richter im Durch-

⁶⁰⁴ Ebd.

⁶⁰⁵ Ebd.

⁶⁰⁶ OLG-Präs. Hamm, v. 1.9.1941, BA R 22/3367; Freisler erwiderte, Richter anderer Bezirke könnten dies.

⁶⁰⁷ Johe, S. 84f.

⁶⁰⁸ Niermann, S. 158, 368.

⁶⁰⁹ Schreiben RJM Rothenberger v. 26.1.1942, zit. nach Johe, S. 85.

⁶¹⁰ Angermund, S. 215.

schnittsalter von 58 Jahren, sie waren im Kaiserreich ausgebildet und klassisch geprägt worden. 7 Richter (58,3 %) sind als offen NS-kritisch einzustufen, 5 davon hatten einen Parteibeitritt verweigert, darunter beide fachlich hochqualifizierten und anerkannten Kammervorsitzenden, die nicht durch NS-Richter zu ersetzen waren. Mit ihrer widerständischen Einstellung prägten sie die Sanktionspraxis der Kammern nach den ihnen eingprägten klassischen Grundsätzen.

Das Reichsjustizministerium erkannte 1938/39, dass die ordentliche Strafjustiz trotz Schulung und Lenkung in personeller Hinsicht die extremen Forderungen der Partei nicht würde erfüllen können⁶¹¹, weshalb Ende 1938 den Sondergerichten als „Panzertruppe der Partei“ die Zuständigkeit gewichtig erscheinender Delikte als „robustere Behörde“ übertragen wurde, von denen es eine schonungslosere Vernichtung der Volksfeinde und eine „blitzartige und treffsichere“ Entscheidung erwartete, den zu milden Landgerichten wurde sie entzogen⁶¹². Die bisherige Zuständigkeit für Autofallen- und erpresserischem Menschenraub wechselte zu den Sondergerichten⁶¹³, auch das Landgericht Ulm hatte hier keine Todesstrafe verhängt.

Die Sicherungsverwahrung wurde von den Gerichten auch nach Annahmung des Reichsjustizministeriums nicht im politisch gewünschten Umfang verhängt, daraufhin de facto von der Gestapo übernommen.

Diese Entmachtung der Landgerichte machte das Reichsjustizministerium mit der Feststellung deutlich: „Die Zuständigkeit des Sondergerichts erfaßt nun praktisch alle irgendwie bedeutsamen Strafrechtsfälle“⁶¹⁴.

⁶¹¹ Johe, S. 227.

⁶¹² Nach der VO über die Erweiterung der Zuständigkeit der Sondergerichte v. 20.11.1938 (RGBl. I, S. 1632) konnte die StA jedes Verbrechen vor dem Sondergericht anklagen, wenn sie dies für geboten hielt, mit VO v. 3.6.1939 folgten die Zuwiderhandlungen gegen Preisvorschriften; nach VereinfachungsVO v. 1.9.39 (RGBl. I S. 1658) konnten Vergehen bei Gefährdung der Sicherheit und Ordnung zum Sondergericht angeklagt werden.

Die VO gegen Gewaltverbrecher v. 5.12.1939 wies Notzucht, Straßen- und Bankraub nunmehr an die Sondergerichte, ebenso die neuen Normen bei Einsatz von Waffen u. ä.

⁶¹³ ZuständigkeitsVO v. 21.2.1940 (RGBl. I, S. 405).

⁶¹⁴ Rdschr. RJM an OLG-Präs. und GenStA v. 5.7.1943 (HHStArch 463/933 und 461/7806), zit. nach Weckbecker, S. 53.

5.11.3.2 POLITISCHER AUFTRAG DER SONDERGERICHTE

Die bereits am 21. März 1933 reichsweit eingerichteten Sondergerichte dienten allein der Machterhaltung des NS-Regimes und richtete sich gegen alle politischen Gegner. Aus damaliger Sicht bestand ihre Aufgabe darin, „hauptsächlich Kommunisten und Sozialdemokraten, die den neugeschaffenen Staatsbau meist nicht offen, sondern heimtückisch zu untergraben versuchten und die Revolution illusorisch machen wollten, vollständig auszurotten“⁶¹⁵. Sie sollten an der „inneren Front“ – der Heimatfront – für Ordnung und Sicherheit sorgen. In martialischer Sprache forderten die damaligen Kommentatoren „Ausrottung“, „Ausmerzung“, „Unschädlichmachung“, „Vernichtung“ und „Eliminierung“ des Gegners als Aufgabe des neuen Gerichtszweigs. Sie dienten der „Aussonderung kriminell Entarteten“⁶¹⁶ durch „Entfesselung staatlicher Strafgewalt“⁶¹⁷; oberstes Ziel war es, „Gegner unschädlich zu machen“⁶¹⁸ und zu vernichten⁶¹⁹. Entsprechend dem Parteiprogramm waren „gemeine Volksverbrecher, Wucherer und Schieber ... mit dem Tode zu bestrafen“⁶²⁰. Das oberste Ziel war es, „unruhige Geister zu warnen und zu beseitigen ... Gegner unschädlich zu machen“⁶²¹.

⁶¹⁵ Idel, S. 39 (zit. nach H. Hirsch, S. 789).

⁶¹⁶ Schwarz, S. 118.

⁶¹⁷ Ebd. S. 121.

⁶¹⁸ Crohne, DJ 1933, 384.

⁶¹⁹ Schorn, S. 111.

⁶²⁰ Parteiprogramm Ziff. 18.

⁶²¹ Weckbecker, S. 40.

Als Vernichtungswerkzeug wurden aus den weiterbestehenden klassischen Delikten (Diebstahl, Betrug) neue Normen geformt, mit Strafandrohungen, die – wegen der unbestimmten Rechtsbegriffe - von Geldstrafe bis zur Todesstrafe reichen konnten. Um drakonischen Strafen zu verhängen wendeten die NS-überzeugten Richter diese Normen häufig kritiklos an, NS-distanzierte Richter rekurrierten auf die Grundnormen.

Politisch boten die Sondergerichte viele Vorteile: Die Richterstellen konnten mit zuverlässigen, dem Regime ergebenen Bewerbern besetzt werden, die Loyalität erwarten ließen. Diese „Panzertruppe der Rechtspflege“ wurde bevorzugt mit linientreuen, jungen, aktiven, zum Teil fanatischen Volljuristen besetzt⁶²², denen in Schulungen „die Scheu vor der Todesstrafe“ genommen und die Härte für die nötige „Treff- und Vernichtungssicherheit“⁶²³ vermittelt wurde. Für Hitler war die Justiz „nur als Instrument zur Vernichtung politischer Gegner“ interessant⁶²⁴.

Bei den reichsweit gleichgelagerten und überschaubaren Delikten waren die Entscheidungen auch personell und organisatorisch problemlos zu kontrollieren; Abmahnungen, Strafversetzungen u. ä. boten keine Schwierigkeiten.

Diese Voraussetzungen bildeten den Boden für die bei den Sondergerichten zu beobachtenden martialischen Sanktionen. Die Personallage bei den Landgerichten lässt eine mildere, klassische Sanktionspraxis erwarten.

5.11.3.3 UNBEDEUTENDERE FÄLLE ALS BEI DEN SONDERGERICHTEN?

Die unbedeutenderen Fälle eines einfachen Landgerichts begründeten keine geringeren Strafen, denn verglichen wurden nur die sowohl bei den Land- als auch bei den Sondergerichten angefallenen kongruenten Delikte. Gerade die un-

⁶²² Weinkauff, S. 172.

⁶²³ Oehler, S. 285.

⁶²⁴ Weinkauff, S. 194.

bedeutenden Bagatellfälle wurden bei den Sondergerichten mit politisch motivierter barbarischer Härte geahndet und begründeten deren Ruf als „Blutrichter“.

Insbesondere Verfahren des unerlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen fielen häufig ebenso wie Kriegswirtschaftsdelikten u.a. sowohl beim Landgericht Ulm als auch bei den Sondergerichten an. Die schwerwiegenden, der Sonderzuständigkeit unterliegenden Normen, wurden nicht verglichen.

5.11.3.4 GERINGERE BEAUFSICHTIGUNG DURCH DAS MINISTERIUM

Letztlich stand ein unbedeutendes Landgericht nicht so stark unter Beobachtung des Reichsjustizministeriums wie die Sondergerichte, die häufig direkt gemäßregelt oder deren missliebigen Senate kurzerhand ersetzt wurden⁶²⁵: Das Reichsjustizministerium hatte den gesamten Senat eines Sondergerichts abgesetzt, als dieser strafmildernd berücksichtigt hatte, bei einem Polen sei das Hemmungsvermögen geringer ausgeprägt als bei Deutschen.

Dagegen blieb bei einem unbedeutenden Landgericht wie Ulm eine vergleichbare Entscheidung in Berlin unbekannt und unbeanstandet: Es hielt 1943 einem Polen bei Verdunklungsdiebstahl strafmildernd zugute, er als Pole kenne ja keine Elektrizität und damit auch nicht die Bedeutung einer Fliegerverdunklung. Damit entfiel die Volksschädlingsverordnung mit einer Todesstrafe.

5.11.4 REICHSWEIT GLEICHARTIGE MILDE BEI LANDGERICHTEN

Die vom Landgericht Ulm geübte Verweigerung drakonischer NS-Sanktionen lassen ein gleiches Verhalten bei weiteren Landgerichten erwarten, denn die hierfür ursächlichen Gründe lagen reichsweit vor: Bei den Landgerichten waren wegen der dünnen Personaldecke an überzeugten NS-Juristen mehr ältere, in Kaiserreich und Weimarer Republik geprägte NS-kritische Richter, teilweise

⁶²⁵ Die Beanstandungen von Urteilen durch das RJM waren nicht immer erfolgreich: Ein Sondergericht verhängte nach Rechtsmittel durch den Reichsanwalt und Aufhebung durch das RG dieselbe Strafe trotz Anwendung schärferer Normen.

Das Sondergericht Bromberg hatte wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen die reichsweit höchste Strafe von 5 Jahren Zuchthaus verhängt; Hitler beanstandete dies mit der Begründung, in geschlechtlichen Dingen seien Frauen nicht verantwortlich. Beim geeigneten nächsten Fall verhängte das Gericht eine 8-jährige Zuchthausstrafe – aus Berlin kam keine Reaktion.

ohne Parteibeitritt, verblieben als bei den bevorzugt mit fanatischen Regimeanhängern besetzten Sondergerichten, wie insbesondere die o.g. Lageberichte belegen. Scharfe Sanktionen sind somit verstärkt bei den Sonder-, mildere bei den Landgerichten zu erwarten.

Die bei den Landgerichten fehlende systematische Urteilsüberwachung durch das Reichsjustizministerium erleichterte es kritischen Juristen von den offiziellen Vorgaben abzuweichen, ohne persönliche Nachteile befürchten zu müssen; diese Entscheidungen wurden nur im örtlichen Umfeld bekannt.

Untersuchungen weiterer „Alltagsgerichte“ werden zeigen, in welchem Umfang ältere, NS-distanzierte Richter in Strafkammern ihre Entscheidungsfreiheit nutzten, um das NS-Unrecht zu unterlaufen, zumindest abzumildern.

Die Untersuchungen von Prof. Dr. Kißener bestätigen die Annahme, außerhalb der Sondergerichte seien von nicht wenigen Gerichten Sanktionen verhängt worden, die nicht den politisch geforderten drakonischen Strafen entsprachen. Er wertete die Biographien aller 541 in Baden zwischen 1933 und 1945 planmäßig amtierenden Richter aus mit dem Ergebnis, Baden habe in dieser Zeit eine Sonderstellung eingenommen. Er begründet dies u. a. mit der in der Weimarer Republik erfahrenen, in der NS-Zeit fortwirkenden, demokratischen Prägung dieser Richter. Dieses überalterte Richterkorps, in dem nur 15 begeisterte Anhänger Hitlers zu finden waren, fühlte sich der badisch-liberalen Justiztradition verpflichtet. Trotz Disziplinierungsmaßnahmen und Versetzungen konnten sie nie wirklich „nazifiziert“ werden. Etwa 13% der Richter lehnten nicht nur innerlich die NS-Ideologie ab sondern zeigten dies auf vielfältige Weise inner- und außerhalb ihres Richteramtes. Ein kompetenter Ersatz für solche unbrauchbaren Richter war nicht zu finden⁶²⁶.

Sowohl in ganz Baden als auch in Ulm haben sich ältere, liberal-demokratisch geprägte Richter aus vergleichbaren Gründen den nur auf Vernichtung von Gegnern gerichteten NS-Sanktionsforderungen entzogen. Dies berechtigt zu dem Schluss auf weitere milde Urteile in weiteren Gerichtsbezirken.

⁶²⁶ Kißener, Antrag, S. 2. Vgl. hierzu Kißener, Badische Richter.

6. Gerichtliche Entscheidungen in klassischen Delikten

6.1 ALLGEMEINES

Ausgewertet wurden insgesamt 1.348 Akten, davon betreffen 890 Akten (66,0 %) den klassischen Bereich. Davon fielen bei den Amtsgerichten 267 Verfahren (30 %), bei den Landgerichten 623 Verfahren (70 %) an. Diese – der Anklagepraxis offensichtlich nicht entsprechende - ungleiche Verteilung beruht wohl auf der geringeren Archivierung unbedeutenderer Amtsgerichtsakten.

6.2 STRAFTATEN GEGEN DAS LEBEN (§§ 211, 212, 217 StGB)

6.2.1 VERBRECHEN DES MORDES (§ 211 StGB)

Sieben Mordverfahren sind aktenmäßig für das Landgericht Ulm überliefert und teilweise vollständig erhalten; selbst die Protokolle der letzten 24 Stunden einzelner Delinquenten liegen vor, deren Äußerungen und Verhalten der ständig anwesende Staatsanwalt minutengenau bis zum Abtrennen des Kopfes auf der Guillotine zu protokollieren hatte⁶²⁷.

Die Morde beruhen ausnahmslos auf Beziehungstaten aus Leidenschaft:

- Der Hilfsarbeiter Karl Müller war hoffnungslos der Josefine Müller, Ehefrau eines Tagelöhners, verfallen. Gemeinsam ermordeten sie deren Ehemann um heiraten zu können. Der Angeklagte wurde zum Tode, die Witwe zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Gnadengesuch des Verurteilten wurde abgelehnt, weil er sein ursprüngliches Geständnis in der Hauptverhandlung widerrufen hatte⁶²⁸.
- Aufsehen erregte ein außergewöhnliches Verfahren: Der damals 32 – jährige Erbhofbauer W. Grundler schwängerte im Jahre 1920 seine

⁶²⁷ Vgl. Brief von OStA Heß, Abschnitt 6.5.1 (1) über die seelische Belastungen einer Teilnahme an einer Hinrichtung, aber auch über den hohen Zeitaufwand, da auch Urteile auswärtiger Gerichte zu vollstrecken waren.

⁶²⁸ LG Ulm, U. v. 15.11.1935, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 118.

Dienstmagd. Aus Sorge um sein Erbe brach er sein ihr zuvor gegebenes Eheversprechen, weil sie schon von einem Juden ein Kind gehabt habe. Bei einer Unterredung in einer Kiesgrube erhängte er sie – ihren Suizid vortäuschend - am 1.5.1920. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde wegen Suicidgefahr eingestellt (?!). Auf eine anonyme Anzeige vom 9.1.1939 wurde er festgenommen und gestand die Tat noch auf der Fahrt zur Vernehmung mit dem Hinweis, im Zuchthaus ginge es ihm auch nicht schlimmer als in der Vergangenheit. Er hatte nach der Tat geheiratet und 2 Kinder bekommen. Am 13.7.1939 verurteilte ihn das LG Ulm zum Tode⁶²⁹. Als Ortsbauernführer und Bürgermeister genoss er den Schutz der Partei, der Führer persönlich begnadigte ihn zu 10 Jahren Zuchthaus, dessen Vollzug 1944 unterbrochen wurde. Er beschloss sein Leben als gebrochener Mann.

- Die strengen Moralvorstellungen und der soziale Druck veranlassten den 61-jährigen, verwitweten Landwirt Seifang seinem unehelich geborenen Enkel Rattengift zu geben, um diese „Schande“ auszulöschen. Aus innerer Reue sah er davon ab, eine tödliche Menge zu verabreichen, was als strafbefreiender Rücktritt bewertet, als Körperverletzung nach § 223 b StGB mit 1 Jahr Zuchthaus geahndet wurde⁶³⁰.
- Wegen eines Erbschaftsstreites schoss der Landwirt Roland auf seinen Bruder; wegen versuchten Totschlags wurde er zu 2 Jahren Gefängnis, Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte und Einziehung des Gewehrs verurteilt⁶³¹. Nach Teilverbüßung wurde er am 7.1.1941 zur Wehrmacht eingezogen. Er fiel am 2.8.1942 an der Front.
- Der 1908 geborene Schulz hatte mit der 1887 geborenen Sofie Weber eine enge Liebesbeziehung begonnen. Der geplanten Eheschließung – eine Scheidung lehnte die Weber ab, weil „des kostet mei ganz Häusle“ – stand ihr Ehemann im Wege. So entschlossen sich beide ihn zu beseitigen, wobei ein erster Mordversuch in einer Kiesgrube das Opfer nur

⁶²⁹ LG Ulm Ks 17/39, U. v. 13.07.1939; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2398.

⁶³⁰ LG Ulm, Ks 2/39, U. v. 03.04.1939; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2390.

⁶³¹ LG Ulm, Ks 1/39, U. v. 17.04.1939; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2389.

verletzte. Am 1. Dezember 1934 lockte die Ehefrau ihren Mann in einen Wald bei Riedlingen/Donau, wo ihm Schulz, ahnungslos vespernd, mit einem Axtstil hinterrücks den Schädel zertrümmerte. Beide wurden am 21. Februar 1935 zum Tode verurteilt⁶³².

- Das letzte Mordverfahren aus dem Jahr 1942 beruht auf einer Liebesbeziehung: Ein verheirateter Reichsbahnassistentenanwärter, der sich anfangs als ledig ausgegeben hatte, verliebte sich in eine Berufskollegin, die er schwängerte. Vergeblich versuchte er, seine „störende“ Ehefrau zu vergiften und erschoss sie dann, deren Selbstmord – ebenfalls erfolglos – vorzutäuschend. Er wurde zum Tode verurteilt⁶³³.

6.2.2 TOTSCHLAG (§ 212 StGB)

Aktenmäßig belegt sind Verfahren gegen zwei Männer und eine Frau: Eine ledige Bedienung hatte sich in einen – vorgeblich ledigen - Oberarzt „verschaut“, von dem sie schwanger wurde. Zehn Tage nach der Entbindung in München bedachte sie in Ulm in einem Mietzimmer in der Weihnachtsnacht 1940 ihre trostlose, verzweifelte Lebenssituation - allein, arbeitslos, ohne Verwandtschaft - und wollte diese Erfahrungen ihrem Kind ersparen. In Tötungsabsicht ließ sie es aus Brusthöhe zweimal zu Boden fallen. Das Gericht sah in der Verzweiflungstat den Ausdruck einer verminderten Schuldfähigkeit und verurteilte zu 3 Jahren Gefängnis⁶³⁴.

Bei einem neuapostolischen Angeklagten, der betrunken seine Frau niedergeschlagen, den Gashahn aufgedreht und das Sofa angezündet hatte, verurteilte das Gericht nur wegen Körperverletzung zu 3 Jahren Gefängnis⁶³⁵.

Ein eifersüchtiger italienischer Bergarbeiter versuchte seinen Nebenbuhler zu erschlagen, was er mit 8 Monaten Gefängnis büßte⁶³⁶.

⁶³² Sander, Ulmer-Bilder-Chronik, S. 103.

⁶³³ LG Ulm, U. v. 13.04.1942, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6542.

⁶³⁴ LG Ulm, U. v. 11.2.1941, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6491.

⁶³⁵ LG Ulm, KMs 4/38, U. v. 21.04.1938; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4495.

6.2.3 DELIKTE DES KINDSTÖTUNG (§ 217 StGB)

Diese Norm drohte einer Mutter, welche ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tötete, Zuchthaus nicht unter 3 Jahren, bei mildern- den Umständen Gefängnis nicht unter zwei Jahren an. Das Landgericht blieb - unter Anwendung weiterer Strafmilderungen - mit durchschnittlich 20 Monaten Gefängnis noch unter dieser Mindeststrafe, eine nicht überzogene Strafzumes- sung. Dem lagen folgende Taten zugrunde:

- Eine schwangere, aber ledige, Bauerntochter hob und trug schwerste Fruchtsäcke, und löste so bewusst eine Frühgeburt in der Nacht vom 23./24. De- zember 1935 aus. Sie ließ das wimmernde, lebensfähige Kind - das verstarb - aus Angst vor ihrem Vater liegen und erhielt 2 Jahre 6 Monate Gefängnis⁶³⁷.

- Eine ledige Facharbeiterin wurde von einem - angeblich ledigen - Soldaten schwanger. Nach der Entbindung auf einer Toilette steckte sie dem Kind einen Knebel in den Mund und warf es aus dem Fenster. Es verstarb an Kopfver- letzungen. Wegen verminderter Schuldfähigkeit wurden 20 Monate Gefängnis⁶³⁸ verhängt.

- Durch Umgang mit einem Kriegsgefangenen brachte die schwanger ge- wordene Angeklagte ihr Kind ums Leben. Sie erhielt 18 Monate Gefängnis⁶³⁹.

- Die ledige Tochter des Schlachthofverwalters von Geislingen hatte bereits am 10.12.1941 ein Kind entbunden, als man am 22./23.7.1944 in der Abort- grube ihrer Wohnung ihr zweites Kind tot auffand. Ungeklärt blieb, ob es sich um eine Totgeburt handelte. Sie gab an, das Kind habe zwischen ihren Beinen ge- legen, weder geschrien noch sich bewegt, weshalb sie es, ohne um Hilfe zu rufen, liegengelassen habe. Sie wurde wegen versuchter Kindstötung zu einem Jahr Ge- fängnis verurteilt⁶⁴⁰. Strafschärfend wirkte „die schwere Verfehlung gegen das Volksganze“, mildernd, dass der Kindsvater, ein Soldat, sich „nicht mehr rührte“.

⁶³⁶ LG Ulm, Ks 3/37, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1601. Dieses Verfahren zeigt am Rande die Aufrüstungspläne des Deutschen Reiches: Um für den geplanten Krieg Rohstoffe zu fördern wurde in dem kleinen Städtchen Geislingen die Erzgrube König Karl reaktiviert und Bergleute vorwiegend aus Italien angeworben.

⁶³⁷ LG Ulm, Kls 72/42, U. v. 26.3.36, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6592.

⁶³⁸ LG Ulm, Kls 40/42, U. v. 14.07.1942, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6561.

⁶³⁹ LG Ulm, Kls 72/42, U. v. 12.01.1943; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6592.

⁶⁴⁰ LG Ulm, Kls 30/44, U. v. 3.10.1944 StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6771.

Diese Urteile zeigen, dass mit zunehmendem Niedergang des Regimes die Strafen nicht immer „terroristischer“ und unmenschlicher, sondern den immer härteren Lebensbedingungen entsprechend abgemildert wurden.

6.2.4 FAHRLÄSSIGE TÖTUNG (§ 222 StGB)

Nach § 222 StGB wurde mit Gefängnis bestraft, wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursachte, Geldstrafe konnte im Rahmen des § 27 b StGB verhängt werden. Die Strafakten von 79 Verfahren mit 99 Angeklagten waren zumeist vollständig erhalten. Gegen 31 Beschuldigte (31,3 %) erging ein Freispruch bzw. in 5 Fällen eine Einstellung. Dieser beträchtliche Anteil ist bedingt durch die damals gering entwickelten Anforderungen der Rechtsprechung an die Sorgfaltspflicht der Kraftfahrer. Diesen wurde eine geringere Pflicht zur Rücksichtnahme auferlegt als den übrigen Verkehrsteilnehmern: Eine Fußgängergruppe ging auf offener Landstraße am rechten Fahrbahnrand, einer der Fußgänger wich auch auf das Hupen eines überholenden Lkw nicht auf das Bankett aus, der ihn erfasste und tödlich verletzte. Das Gericht sah den Verunglückten als allein verantwortlich an, er hätte dem Lkw ausweichen müssen.

Eine erhöhte Rücksichtnahme auf kleine und spielende Kinder wurde nicht gefordert. In mehreren Fällen sprach man bei tödlichen Unfällen die Fahrer selbst bei überhöhter Geschwindigkeit - die nicht ursächlich gewesen sei - frei.

Auch eine mangelhafte technische Einrichtung begründete häufig kein Verschulden. Ein Motorradfahrer fuhr nachts auf ein unbeleuchtetes Langholzfuhwerk auf. Da der Kradfahrer als leichtsinnig bekannt war sah das Gericht die Al-leinschuld bei ihm⁶⁴¹.

Ein Kradfahrer, der wie üblich bei Nacht auf der Landstraße in sein Dorf fuhr, prallte auf einen mitten auf der Straße liegenden ungesicherten Steinhau-fen, der für Reparaturen benötigt wurde, auf. Auch ihn sah man als allein verantwortlich an.

Diese Wertungen sind durch die fehlenden technischen Erfahrungen der Strafjuristen bedingt, die über keinerlei Verkehrspraxis verfügten.

Erwähnenswert sind die nicht seltenen „Verbrühungsfälle“, bei denen klei-ne Kinder Töpfe mit brühend heißem Wasser vom Herd gezogen und an den

⁶⁴¹ LG Ulm, KMs 56/38, U. v. 12.10.1938; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4503.

Verbrühungen starben; die Verfahren stellte das Gericht wegen des persönlichen Verlusts der Mütter ein oder sprach frei.

Eine Geldstrafe wurde gegen 51 Angeklagte erlassen, eine Gefängnisstrafe gegen 17 Männer verhängt, Frauen waren nicht von Freiheitsstrafen betroffen.

Sanktionen bei fahrlässiger Tötung

Jahr	Angeklagte	Freispruch	Geldstrafe	Gefängnis/ Monate
		Einstellung	Personen./MiWert	Personen./MiWert
?	3		1 / 50.- RM	3 / 2,0
1937	12	5	4 / 87,5 RM	3/4,7
1938	28	6	18 / 101,10 RM	3 / 2,7
1939	14	3	6 / 428,30 RM	5 / 3,0
1940	12	7	3 / 113,30 RM	2 / 2
1941	8	4	4 / 140.- RM	
1942	5	3	2 / 75.- RM	
1943	18	3	13 / 149,20 RM	1 / 4
Insgesamt	99	31 (31,3%)	51 (51,5%)/ 142,95 RM	17 (17,2%)/ 2,9

6.3 STRAFTATEN GEGEN DIE KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT (§§ 223 – 230 StGB)

22 Straftaten mit 39 Beschuldigten waren bei diesen Delikten überliefert; auf vorsätzliche Delikte entfielen 12 Anklagen gegen 27 Beschuldigte, wegen Fahrlässigkeit wurden 12 Beschuldigte in 10 Verfahren belangt.

Lediglich 4 Frauen waren vertreten, gegen 3 erfolgten Freisprüche, einmal wurde eingestellt. Die Frauen waren weder an den häufigen Schlägereien noch bei Unfällen im Straßenverkehr beteiligt, da sie in diesen Bereichen nicht „geduldet“ waren.

6.3.1 KÖRPERVERLETZUNG NACH §§ 223 – 229 StGB

Den größten Anteil bei diesem Delikt nahmen mit 17 Angeklagten (65,4 %) die Schlägereien ein; so eine mit 8 Personen beim Schwörmontag, dem „Nationalfeiertag“ von Ulm. Ernsthafter stufte man die gegenseitige Jagd zweier

rivalisierender vierköpfigen Gruppen am Sonntag, den 17.11.1940 durch die Stadt ein, die erst nach einem gezielten Pistolenschuss des Anführers Riester auf den Rivalen beendet wurde. Anstelle des angeklagten versuchten Totschlags wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung zu 21 Monaten verurteilt, strafschärfend wurde seine Vorliebe für Karl May Bücher gewertet. Ein Mittäter erhielt 2, die übrigen je 1 Monat Gefängnis, einer wurde freigesprochen⁶⁴².

Den übrigen Anklagen liegen Verstöße im Straßenverkehr und falsche Heilbehandlung zugrunde.

Zwei Frauen wurden wegen vorsätzlicher Körperverletzung angeklagt: Eine junge Frau hatte einem Gefreiten bewusst wahrheitswidrig versichert, sie sei nicht geschlechtskrank, steckte ihn jedoch mit einem Tripper an, wofür sie zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde⁶⁴³.

Bei einer Anklage wurde die Eröffnung der Anklage abgelehnt: Eine Mutter hatte eine Benzinflasche offen auf dem Tisch stehen lassen, die Dämpfe entzündeten sich und verletzten ihr Kind.

Sanktionsstatistik bei vorsätzlicher Körperverletzung

Jahr	F/E	Geldstrafe	Gefängnis	
		m	m	w
1937	1		1 / 14,0	
1938	3	1/50.-	4/1,3	
1939	4	3/32.-		1/8
1941	1		6 / 4,5	
1942	1	1/200.-		
Pers./MiWe	10	5/94.-	11/ 6,5	1/8

Erwähnenswert ist eine Verurteilung wegen Giftbeibringung (§ 229 StGB): Ein Schwiegersohn gab nach einem Streit wegen verweigerter Hofübergabe Giftweizen (Mäusegift mit Strychnin) in den Apfelmöst des Schwiegervaters, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Mordabsicht, weshalb nach §§ 211, 43 StGB angeklagt wurde. Verhängt wurden nur 6 Monate Gefängnis nach § 229 StGB⁶⁴⁴.

⁶⁴² LG Ulm, KMs 56-61/41, U. v. 15.1.1941; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6422.

⁶⁴³ AG – SG- Ulm, Ms 68/39, U. v. 26.04.1939; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4483.

⁶⁴⁴ LG Ulm, Kls ? v. 20.07.1937, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1506.

6.3.2 Fahrlässige Körperverletzung (§§ 230 StGB)

Von den 12 angeklagten Personen wurden 3 freigesprochen, sechs zu Geldstrafen (durchschnittlich 62,50 RM) und 3 zu Gefängnis (durchschnittlich 3,5 Monate) verurteilt, eine Frau war nicht darunter. Zugrunde lagen Alkoholfahrten, die mit 1,5 Monaten Gefängnis bedacht wurden⁶⁴⁵. Auch sonstige Verkehrsdelikte - unbeleuchtetes Fahrzeug, Vorfahrtsmissachtung – wurden geahndet oder freigesprochen. Die Strafstatistik gibt folgendes Bild:

Sanktionen bei fahrlässiger Körperverletzung (§§ 230, 232 StGB)

Jahr	Freispruch	Geldstrafe	Gefängnis
		Anz./Höhe	Anz./Höhe
1938	1	2/85.- RM	3/3,5 Mo.
1939	1	4/40.- RM	-
1942	1	-	-
Pers./MiWert	3	6/62,50 RM	3/3,5 Mo.

6.4 STRAFTATEN GEGEN DIE SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG

In diesem Abschnitt werden nicht nur Vergewaltigungen und Nötigungen untersucht sondern auch die damit eng verbundenen kriminellen Delikte wie Kuppelei, Abtreibung u.ä.

Von den 890 erfassten klassischen Delikten richteten sich Verfahren wegen §§ 173 – 181 StGB (ohne § 175 StGB) gegen 169 Personen (19 %), 78 Personen (8,8 %) wurden wegen Abtreibung nach 218 StGB angeklagt.

6.4.1 SEXUALDELIKTE IM ENGEREN SINN (§§ 173 – 177 OHNE 175 StGB)

Nach § 173 StGB wurde der Beischlaf (Blutschande) zwischen Verwandten aufsteigender Linie mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, zwischen Geschwistern mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Hier waren insgesamt 14 Verfahren anhängig.

⁶⁴⁵ Folgenlose Trunkenheitsfahrten waren selten, bei 1,3 % wurden 100.- RM festgesetzt.

Die Strafkammern des Landgerichts Ulm nutzten diesen Strafraumen ausgewogen aus: Den mehrmaligen Beischlaf eines Angeklagten mit seiner Tochter ahndete es mit 18 Monaten Zuchthaus. Einfühlsames Verständnis zeigte es bei Bruder und Schwester, die regelmäßig miteinander Verkehr hatten: Das Geschwisterpaar wuchs – ohne Kontakt nach außen, wie dies damals in bäuerlichen Gegenden nicht selten war – heran und machten 14-jährig „Dummheiten im Heu miteinander“. Das Mädchen beichtete dies dem Ortspfarrer und erfuhr erstmals, dies sei verboten. Ihr unerlaubtes Verhalten stellten die Geschwister sofort ein. Das Gericht beurteilte sie als „harmlos, naiv und streng religiös erzogen“, es stellte nach Amnestiegesetz ein, da nicht mehr als 6 Monate Freiheitsstrafe zu erwarten seien⁶⁴⁶.

Wegen Unzucht mit Abhängigen (§ 174 StGB) waren 5 Verfahren anhängig gewesen, bei denen es einen Freispruch gab, da die 8-jährige Belastungszeugin unglaublich erschien. Im Übrigen wurde ein Hauptlehrer, der fortlaufend mit Schülern onaniert hatte, zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Ein anderer Lehrer erhielt ein Jahr Gefängnis mit der Anmerkung, strafscharfend wirke sich aus, dass er sich einen früheren Freispruch (!) in vergleichbarer Sache nicht zur Warnung habe dienen lassen.

Wegen Gewaltunzucht nach § 176 StGB – Strafandrohung bis zu 10 Jahren Zuchthaus, bei mildernden Umständen Gefängnis von mindestens 6 Monaten – kam es zu 121 Verfahren bei denen 20 Personen (13,9%) freigesprochen und 5 Fälle (3,9%) eingestellt wurden. Freigesprochen wurde ein Zahnarzt, der einer 13-jährigen Patientin bei der Heimfahrt mit seinem Pkw an Schenkel und GT gegriffen haben soll. Die wohlwollenden Richter bezweifelten dies ebenso wie die Schilderung einer 16-jährigen Magd, der Erbhofbauer habe sie vergewaltigen wollen.

Zwei Freisprüche beruhten auf einem freiwilligen Rücktritt vom Versuch: Ein Täter hatte bei Tatbeginn an seine Vorstrafen gedacht und abgebrochen⁶⁴⁷. Ein anderer bekam Mitleid als er das vor Angst zitternde Opfer sah. Eingestellt wurde bei einem Täter, der sich über das Alter des Opfers getäuscht hatte. Nach Amnestiegesetz wurden zwei nachhaltige Vergewaltigungsversuche eines Bauern

⁶⁴⁶ LG Ulm KLS 24/37, U. v. 26.10.1937, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1581. Unklar ist, wie die Tat der Justiz bekannt wurde.

⁶⁴⁷ LG Ulm, KLS 18/36, U. v. 25.02.1936, E 352, Bü. 1235.

gegen seine Magd straffrei gestellt – hier schimmert die patriarchalische Verfügungsgewalt der „Herren“ über untergeordnete Frauen durch.

Die Sanktionspraxis vermittelt ein ausgeglichenes Bild: Einerseits wurde den „Gelegenheitstätern“ ein vertretbares Maß an Verständnis entgegengebracht, andererseits wurden schwerwiegende Taten auch angemessen schwer geahndet. Keinesfalls übersehen darf man die deutliche Distanz der Urteile zur NS-Ideologie bei der wiederholten Ablehnung von Sicherungsverwahrung und Kastration. So wurde ein Täter, der bei drei 8 – 10-jährigen Mädchen am Geschlechtsteil manipuliert hatte, zwar zu 27 Monaten Zuchthaus verurteilt, eine Entmannung jedoch abgelehnt. Ebenso sah das Gericht in Einzelfällen von Sicherungsverwahrung und Kastration ab, etwa mit der Begründung, dadurch würde sich der Täter nicht bessern⁶⁴⁸, verurteilte jedoch wegen vielfacher Onanie zu 42 Monaten Zuchthaus.

Bei einem Parteigenossen wurde mildernd sein frühzeitiger Einsatz für die Erneuerung des deutschen Volkes und sein Einsatz als Frontkämpfer gewürdigt, dennoch belegte man ihn mit 27 Monaten Zuchthaus⁶⁴⁹.

⁶⁴⁸ Das Reichsjustizministerium hatte entgegen Hitlers Intention darauf hingewiesen, dass aus medizinischer Sicht eine Besserung sehr ungewiss sei, jedoch schwere Nebenwirkungen anzunehmen seien.

⁶⁴⁹ LG Ulm, Kls ? U. v. 13.1938, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2258.

Strafzumessung der Delikte §§ 173 – 177,
ohne §§ 175 StGB.

Jahr	Gesamt	Gefängnis			Zuchthaus
	Pers./Mw.	Personen/Mon.	männl./Mon.	weibl./Mon.	Männl. / Mon.
1936	12/16,1	8 / 11,1	8 / 11,1	0,0	4 / 26,0
1937	52/11,3	48 / 9,8	43 / 10,4	5 / 5,2	4 / 28,5
1938	29/9,8	24 / 7,9	23 / 8,1	1 / 4,0	5 / 19,0
1939	15/12,3	12 / 7,4	11 / 7,7	1 / 4,0	3 / 32,0
1940	1/6,0	1 / 6,0	1 / 6,0	0,0	0,0
1941	11/16,4	9 / 16,0	9 / 16,0	0,0	2 / 18,0
1942	19/10,5	18 / 8,9	18 / 8,9	0,0	1 / 42
1943	2/4,5	2 / 4,5	2 / 4,5	0,0	0,0
1944	3/5,7	3 / 5,7	2 / 6,5	1 / 4,0	0,0
Ges.	144/11,6	125 / 9,4	117	8 / 4,8	19 / 25,6

sind in Monaten angegeben; Geldstrafen wurden ebenso wenig ausgeworfen wie Zuchthausstrafen bei den Frauen.

Die
Stra-
fen

Hart griffen die Richter bei als gefährlich eingestuften Kriminellen durch: Gegen einen Friseur, der mit einer 13-jährigen Kundin onaniert hatte, wurden neben 36 Monaten Zuchthaus ein Berufsverbot sowie Sicherungshaft verhängt⁶⁵⁰.

6.4.2 KUPPELEI

Wer anderen zur Unzucht Vorschub leistete, indem er Gelegenheiten hierzu verschaffte, wurde nach § 180 StGB wegen Kuppelei zu Gefängnis nicht unter einem Monat – bei mildernden Umständen bis zu einem Tag – bestraft.

Dieser Deliktstyp berührte eigentlich die NS-Ideologie nicht - da er weder Rassen- noch Bevölkerungspolitik betraf. Dennoch zeigte die Aktenauswertung dass die Strafverfolgungsbehörde selbst diese Norm hemmungslos dazu missbrauchte, den Moralvorstellungen der Partei nicht entsprechende Volksgenossen strafrechtlich zu verfolgen: 25 Verfahren gegen 40 Personen waren beim Landgericht Ulm anhängig gewesen, von denen 11 Angeklagte – ein überraschend

⁶⁵⁰ LG Ulm, Kls 7/36, U. v. 18.02.1936, StA Ludwigsburg, E 356, Bü. 1225.

hoher Prozentsatz von 27,5 % - rechtskräftig freigesprochen wurden. Damit wurde die überzogene Verfolgungslust der Staatsanwaltschaft korrigiert. Griffig zeigen Freisprüche wegen Kuppelei bei Verlobten eine überraschend fortschrittliche Moraleinstellung des Gerichts: In fünf Fällen wurden Eltern angeklagt, weil sie es duldeten, wenn Sohn oder die hochschwangere Tochter⁶⁵¹ ihre Verlobten nachts auf ihr Zimmer mitnahmen, weil diese arbeits- und wohnungslos geworden waren⁶⁵². In allen Fällen erfolgte Freispruch, weil diese enge Moralauffassung nicht mehr zeitgemäß sei, und die Eltern auch nicht verpflichtet gewesen seien, die erwachsenen Kinder/Verlobten durch die Polizei entfernen zu lassen.

Freigesprochen wurde auch ein Ehemann, der ein ehebrecherisches Verhältnis seiner Frau im Schlafzimmer duldete. Er wurde dazu von ihr erpresst, weil er mit der minderjährigen Tochter seiner Frau Verkehr gehabt hatte und sie mit Strafanzeige drohte⁶⁵³.

Strafzumessung der Delikte §§ 180 - 181 StGB

Jahr		Geld	Gefängnis		Zuchthaus
			männl./Monate.	weibl./Monate	männl. / Monate
	Personen/Monate				
1936	4 / 5,3	2 (m)	2 / 7,5	2 / 3	
1937	7 / 2,4		3 / 3,7	4 / 1,5	1 / 15
1938	4 / 3,8		1 / 6,0	3 / 3	
1939	3 / 9,7			3 / 9,7	
1940		1 (w)			
1941	3 / 6,0		2 / 12,0	1 / 1	
1942	1 / 6,0			1 / 6	
1943	1 / 5,0			1 / 5	
1944	2 / 18,0		2 / 18,0		
Summe	25 / 6,1	3	10 / 9,2	15 / 4,1	1 / 15

Den unterschiedlichen Lebensstil zwischen privilegierten und normalen bürgerlichen Schichten illustriert folgender Fall: Die Angeklagte Kirschner konnte im Jahre 1939 wegen Kriegsausbruchs nicht mehr nach Paraguay zurückreisen und mietete sich auf Schloss Neufra bei Riedlingen/Donau ein. Dort feierte sie

⁶⁵¹ LG Ulm KLS 103/37, U. v. 12.10.1937, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1534.

⁶⁵² LG Ulm KLS ?, U. v. 12.10.1937, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 7780.

⁶⁵³ LG Ulm, KLS ? U. v. 17.2.1938, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1509.

mit der ihr anvertrauten, 1921 geb., Pflgetochter mit SS-Offizieren rauschende Feste, an deren Ende zog sie sich bis zum Zapfenstreich mit Verehrern ins Schlafzimmer zurück und sagte ihrer, an Männern stark interessierten Pflgetochter, um wen sie sich kümmern solle. Als die Beschuldigte das Mädchen wegen Diebstahls eines goldenen Brillantrings (25.000.-RM) und einer goldenen Puderdose anzeigte, deckte diese die Taten auf. Die Beschuldigte erhielt 4 Monate Gefängnis und Geldstrafe von 1.000.- RM⁶⁵⁴. Mildernd wurden die großzügigeren Sitten in Paraguay und die beschränkten gesellschaftlichen Angebote in Riedlingen/Donau gewichtet, aber „solche Ausschweifungen kann das Reich nicht dulden“. Die Strafe war im Januar 1950 nicht verbüßt.

Nicht ganz so glimpflich wurde eine Soldatenfrau behandelt, die sich nach dem Einzug ihres Mann 1940 nicht nur über ihre ehelichen Treuepflichten hinwegsetzte, sondern ihre Wohnung auch anderen Soldatenfrauen und deren Liebhabern zur Verfügung stellte und wegen des licherlichen Lebenswandel von ihrer Schwester angezeigt wurde. Die Tat wurde mit 10 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte geahndet⁶⁵⁵

Nur in einem Fall wurde Zuchthaus verhängt: Der Angeklagte wollte seine Ehe beenden und suchte einen Scheidungsgrund. Er warb zwei attraktive Männer an, die seine Frau verführen sollten, die jedoch kein Interesse daran zeigte. Das Gericht ahndete sein Verhalten mit 15 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrentzug⁶⁵⁶.

6.4.3 ABTREIBUNG (§ 218 F StGB)

Die mit Gefängnisstrafe – oder bei Beschaffung von Mitteln oder Werkzeugen mit Zuchthaus - bedrohte Abtreibung widersprach dem parteilichen Ziel des Bevölkerungswachstums und wurde deshalb - ohne gesteigerten Nachdruck - im üblichen Rahmen verfolgt⁶⁵⁷. In der Literatur fanden sich keine Hinweise auf eine gezielte Strafverfolgung oder Aufforderungen zu härtesten Sanktionen.

⁶⁵⁴ LG Ulm, Kls 24/43, U. v. 13.7.1943, StA Ludwigsburg, E 352, 6663.

⁶⁵⁵ LG Ulm, KMs 32/42, U. v. 27.10.1942, StA Ludwigsburg, E 352, 6625.

⁶⁵⁶ LG Ulm, Kls ? U. v. 7.9.1937, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1520.

⁶⁵⁷ Vgl. Meisinger, Die Bekämpfung der Abtreibung als politische Aufgabe, in: Deutsche Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin, Bd. 32, S. 226).

In 33 Verfahren gegen 78 Personen wurde bei 14 Angeklagten (17,3 %) eingestellt oder freigesprochen, im Übrigen beinahe ausschließlich zu Gefängnis verurteilt. Die asservierten Akten spiegeln menschliches Verständnis für die tat-auslösende wirtschaftliche und seelische Not der Täter wieder. Insbesondere die überraschend großzügigen Einstellungen legen davon Zeugnis ab:

- Die verheiratete Angeklagte Geiger wollte die fünfte Schwangerschaft nicht austragen und spritzte sich erfolgreich Alaun ein. Bei der nachfolgenden Schwangerschaft versagte diese Methode, das Kind verstarb nach der Geburt. Die Angeklagte hatte aus wirtschaftlicher Not gehandelt, die Familie hätte sich bei einem weiteren Kind nicht ernähren können. Das Gericht befand deshalb trotz wiederholter Tatbegehung eine Bestrafung als verfehlt an und amnestierte⁶⁵⁸.

- Gegen 17 Angeklagte wurde eingestellt oder freigesprochen; sie hatten Seifenwasser getrunken, waren von der Tenne herabgesprungen, oder hatten Holzessig eingespritzt oder heiße Salzfußbäder genommen. Das Gericht sah hier wegen ihrer aussichtslosen sozialen und wirtschaftlichen Situation eine Verurteilung als unangemessen an.

So nachsichtig das Gericht gegenüber den Schwangeren war, so nachdrücklich bestrafte es die gewerblichen „Abtreiber“, denen sich diese hoffnungsvoll anvertraut hatten. Tatsächlich wurden ihnen wirkungslose oder schädliche Mittel oder unwirksame Ratschläge gegeben – gegen hohe Bezahlung:

6 Jahre Zuchthaus, Sicherungsverwahrung und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre erhielt der damals 37-jährige Alois Kaup wegen 7 Verbrechens der gewerblichen Abtreibung u.a., seine gleichaltrige Ehefrau wegen Beihilfe 3 Jahre Zuchthaus und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, die Spritze wurde eingezogen. Der große Tatumfang – die Angeklagten waren als Abtreiber bekannt und gesucht – sowie die fehlenden hygienischen Vorkehrungen wurden ebenso strafschärfend vermerkt wie die „nackte Habsucht“ und der „besonders verrohte Geist“⁶⁵⁹.

Eine 70 – jährige Fabrikantenwitwe mit 52-RM Rente erhielt wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in 4 Fällen Zuchthaus von 1 Jahr 8 Monaten und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre⁶⁶⁰; die Polizei hatte empfoh-

⁶⁵⁸ LG Ulm, KMs 50-67/39, U. v. 7.11.1939, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4322.

⁶⁵⁹ LG Ulm Ks 15-16/39, U. v. 11.7.1939, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2398.

⁶⁶⁰ LG Ulm Ks 3/39, U. v. 12.4.139, StA Ludwigsburg E 352, Bü. 2391.

len, die misslichen Lebensverhältnisse mildernd in „weitgehendstem Maße“ zu berücksichtigen. Dem standen Vorstrafen wegen Abtreibung aus den Jahren 1924 und 1926 (1 Jahr 11 Monate) sowie ein Diebstahl aus 1936 gegenüber, die nicht abschreckend gewirkt hatten. Die mitangeklagte 22-jährige Schwangere erhielt 12 Monate Zuchthaus.

Wegen Ankündigung von Abtreibungsmitteln (§ 219 StGB, Gefängnis bis zu zwei Jahren) waren 5 Verfahren gegen 13 Angeklagte anhängig, bei denen 4 Freisprüche und 2 Einstellungen erfolgten. Bei 7 Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von durchschnittlich 7,1 Monaten ausgeworfen.

Strafsanktionen bei Abtreibung (§§ 218 f StGB)

Jahr	Pers. ges.	Männer				Frauen		
		Frsp. Einst.	Geldstr. Anz.	Gefäng. Anz./Mon.	Zuchthaus Anz./Mon.	Geldstr.	Gefängnis Anz./Mon.	Zucht- haus Anz./Mon.
1937	27	6	1/30.-	12/6,6		1/30.-	7/5,8	
1938	0	0						
1939	27	8		10/3,7	1 /72,0	1/60.-	4/9,4	3/22,7
1940	4			1/4,0		1/100.-	2/3,5	
1941	4			1/14,0			3/2,3	
1942	5			3/10,3			2/5,0	
1943	11			5/13,4			6/4,5	
Ges./MiW	78	14	1/30.-	32/8,6	1/72,0	3/63,33	24/5,1	3/22,7
%-Anteil		18%	1,3%	41,0%	1,3%	3,9%	30,1%	3,9%

6.5 VERMÖGENSDELIKTE

6.5.1 ÜBERBLICK

Ein Teil der Vermögensdelikte wurde strafrechtlich von den politischen Sondernormen erfasst und oben bereits ausführlich dargestellt⁶⁶¹. Es sollte untersucht werden, wie sich die Sanktionspraxis auf diesem Bereich der alltäglichen Routinepraxis darstellt. Der überlieferte Aktenbestand von 168 Angeklagten bot eine gute Grundlage für die Auswertung.

⁶⁶¹ VolksschädlingsVO (s.o. Abschnitt 5.3), Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher (s.o. Abschnitt 5.4)

6.5.2 DIEBSTAHL, HEHLEREI UND UNTERSCHLAGUNG (§§ 242–246 StGB)

Der einfache Diebstahl (§ 242 StGB) war mit Gefängnis bedroht, für den schweren Diebstahl (§ 243 StGB) waren ebenso wie für den Rückfalldiebstahl (§ 244 StGB) bis zu zehn Jahren Zuchthaus angedroht, beim schweren Rückfalldiebstahl nicht unter zwei Jahren Zuchthaus (§ 244 I StGB). Bei mildernden Umständen konnte Gefängnisstrafe verhängt werden (§ 244 II StGB).

Vergehen der Unterschlagung waren mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedroht (§ 246 StGB).

Dieser Deliktstyp ist mit 110 erhaltenen Verfahrensakten – davon 19 Delikte der Unterschlagung – am stärksten vertreten. In 14 Verfahren kam es zu Freisprüchen (11 Fälle) oder Einstellungen (3 Fälle), insgesamt 12,6 %.

Bei den 96 Verurteilten waren Geld- und Zuchthausstrafen mit je 10 % gleichstark vertreten, als gängigste Strafe wurde in 80,2 % Gefängnis verhängt. Gegen 14 Frauen wurde keine einzige Zuchthausstrafe sondern lediglich Gefängnisstrafen verhängt.

Sanktionen bei Diebstahl/Unterschlagung (§§ 242 - 246 StGB)

	Männer			Frauen		Gesamtwert		
Jahr	Geldstrafe	Gefängnis	Zuchthaus	Geldstrafe	Gefängnis	Geldstrafe	Gefängnis	Zuchthaus
	Anzahl/RM	Anz./Mon.	Anz./Mon.	Anz./RM	Anz./Mon.	Anz./RM	Anz./Mon.	Anz./Mon.
1936	-	1 / 7,0	2 / 60,0	-	2 / 7,0	-	3 / 7,0	2 / 60,0
1937	1 / 86.-	10 / 13,3	4 / 55,5	-	1 / 7,0	1 / 86.-	11 / 12,7	4 / 55,5
1938	1 / 120.-	10 / 6,6	-	-	-	1 / 120.-	10 / 6,6	-
1939	5 / 68.-	21 / 7,4	-	-	2 / 2,5	5 / 68.-	23 / 6,9	-
1940	-	2 / 18,0	-	-	-	-	2 / 18,0	-
1941	-	6 / 7,0	-	-	2 / 10,5	-	8 / 7,9	-
1942	1 / 300.-	3 / 18,0	1 / 30,0	-	-	1 / 300.-	3 / 18,0	1 / 30,0
1943	-	9 / 14,7	-	-	-	-	9 / 14,7	-
1944	-	2 / 16,0	1 / 12,0	2 / 175.-	5 / 9,0	2 / 175.-	7 / 11,0	1 / 12,0
1945	-	1 / 4,0	1 / 24,0	-	-	-	1 / 4,0	1 / 24,0
Gesamt	8 / 105,75	65 / 10,2	9 / 45,3	2 / 175.-	12 / 7,7	10 / 119,60	77 / 8,5	9 / 45,3
Anteil	8,3%	67,7%	9,4%	2,1%	12,5%	10,4%	80,2%	9,4%

6.5.3 RAUB UND ERPRESSUNG (§§ 249 – 255 StGB)

Nach § 249 StGB war ein Verbrechen des Raubes mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bedroht; ein Erpressungsdelikte wurde mit Gefängnis nicht unter einem Monat (§ 253 StGB) bestraft, bei Anwendung oder Androhung von Gewalt jedoch wie ein Räuber nach § 255 StGB.

Nur sechs Verfahren sind überliefert, davon vier gegen Männer (zwei wegen Raubes, je eines wegen Erpressung und räuberischer Erpressung, zwei gegen Frauen wegen Erpressung). Die Sanktionen stellen sich wie folgt dar:

Raub und Erpressung (§§ 249 - 255 StGB)

Jahr	Geldstrafe Anzahl/RM	Männer	Frauen	Gesamtwert	
		Gefängnis Anzahl/Mon.	Gefängnis Anzahl/Mon.	Geldstrafe Anzahl/RM	Gefängnis Anzahl/Mon.
1936		1 / 30,0			1 / 30,0
1937	1 / 500.-		1 / 18,0	1 / 500.-	1 / 18,0
1938		2 / 9,50			2 / 9,50
1939		1 / 6,0			1 / 6,0
Gesamt	1 / 500.-	4 / 14,6	1 / 18,0	1 / 500.-	5 / 18,2

Bei dem geringen Aktenbestand kann man nicht von einem repräsentativen Ergebnis ausgehen, bemerkenswert ist jedoch, dass in keinem Falle eine Zuchthausstrafe verhängt worden ist. Mehrere Raubüberfälle auf Dirnen wurden mit 29 Monaten Gefängnis⁶⁶², die Erpressung eines Ehemannes mit seinem Seitensprung mit 6 Monaten Gefängnis geahndet⁶⁶³.

⁶⁶² LG Ulm, Kls 10/36, U. v. 11.2.1936; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1228.

⁶⁶³ AG Ulm, Ms 86/39, U. v. 24.5.1939; StA Ludwigsburg, E 352, Bü.518.

6.5.4 BETRUG UND UNTREUE (§§ 263 – 266 StGB)

Betrugsdelikte wurden mit Gefängnis, bei mildernden Umständen mit Geldstrafe geahndet (§ 263 II StGB), bei besonders schweren Fällen war Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu verhängen (§ 263 IV StGB). Dies war gegeben, wenn die Tat „das Wohl des Volkes geschädigt“ hatte.

Betrug im Rückfall wurde mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft (§ 264 I StGB), bei mildernden Umständen war Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten vorgesehen (§ 263 II StGB).

Von den überlieferten 78 Verfahren wurden 5 Angeklagte (6,4%) freigesprochen, gegen 8 Personen (10,3%) wurde das Verfahren eingestellt, 65 Täter (83,3%) wurden verurteilt. Gefängnisstrafen wurden gegen 57 Verurteilte (87,5%) - davon 54 Männer und 3 Frauen – am häufigsten verhängt, wobei eine Jugendstrafe enthalten ist. Zuchthausstrafen wurden gegen 5 Angeklagte (7,8%) und Geldstrafe gegen 4 Männer (5%) ausgesprochen.

Sanktionen bei Betrug und Untreue (§§ 263 - 266 StGB)

Jahr	Männer			Frauen		Gesamt		
	Geldstrafe	Gefängnis	Zuchthaus	Gefängnis	Zuchthaus	Geldstrafe	Gefängnis	Zuchthaus
	Anzahl/RM	Anz./Mon.	Anz./Mon.	Anz./Mon.	Anz./Mon.	Anz./RM	Anz./Mon.	Anz./Mon.
1937	2 / 7,50	13 / 13,5	1 / 42,0	-	-	2 / 7,50	13 / 13,5	1 / 42,0
1938	-	15 / 6,9	1 / 30,0	1 / 4,0	1 / 30,0	-	16 / 6,8	2 / 30,0
1939	-	21 / 8,3	-	2 / 3,0	-	-	23 / 7,8	-
1940	-	-	-	-	-	-	-	-
1941	-	1 / 12,0	-	-	-	-	1 / 12,0	-
1942	2 / 600.-	3 / 13,3	1 / 36,0	-	1 / 18,0	2 / 600.-	3 / 13,3	2 / 27,0
Gesamt	4 / 210.-	54 / 9,6	3 / 36,0	3 / 3,3	2 / 24,0	4 / 210.-	56 / 9,6	5 / 31,2
%-Anteil	5,0%	90,0%	5,0%	60,0%	40,0%	5,0%	87,5%	7,8%

In geringfügigeren Fällen wurden in 49,2 % der Fälle kurzfristige Freiheitsstrafen verhängt, so bei einem Logisbetrug mit 17.- RM Schaden bei 3 Vorstrafen zu 3 Monaten⁶⁶⁴; ebenso ein erschwindelter erster Platz - mit 5.- RM Prämie - beim Preisschießen, indem der Täter das „Trefferloch“ mit einem Nagel Loch vortäuschte.

⁶⁶⁴ AG –Schöffengericht – Ulm, Ls 18/37, U. v. 1.3.1937, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1631.

Dauer der Gefängnisstrafen (§§ 263 – 266 StGB)

Monate	1-3 M.	über 3-6 M.	über 6 - 12 M.	über 12 M.	Insgesamt
Verurteilte	15	14	8	6	43
%-Anteil	34,9	32,6	18,6	14,0	100,1

Gefängnis von 6 bis unter 12 Monaten wurden etwa bei folgenden Fällen festgesetzt: Ein Lohnbuchhalter ließ „Tote für sich arbeiten“ indem er Arbeitnehmer fingierte, etwa ausgeschiedene oder entlassene buchmäßig weiterführte, die Löhne selbst behielt. Er wurde am 22.8.1939 zu 9 Monaten Gefängnis und 100.- RM verurteilt, das Urteil wurde sofort rechtskräftig, Strafantritt war für den 14.9.1939 festgesetzt, die Strafe wurde nie verbüßt: Schon am 25.8.1939 wurde er fernab der Front zum Heeresverpflegungsamt eingezogen, die Strafe bedingt ausgesetzt, am 8.9.1944 völlig erlassen. Offenbar halfen gute Beziehungen.

Gefängnis über 12 Monate gab es für einen betrügerischen Vermögensberater von Frauen in 5 Fällen, sowie die Unterschlagung von ihm anvertraute Briefmarken. Hierfür erhielt er 14 Monate Gefängnis, er verstarb am 13.1.1945⁶⁶⁵ im KZ.

24 Monate Gefängnis erhielt ein fünffacher Heiratsschwindler mit 8 Vorstrafen, der in 2 Fällen die Frauen mit seinen Heiratsversprechen zum Beischlaf bewegen konnte. Er verstarb am 31.12.43 an Lungentuberkulose.

Wegen betrügerischen Konkurses mit einer Masse von 9.500.- RM, der Verbindlichkeiten in Höhe von 756.000.- RM gegenüberstanden, wurden gegen 3 Angeklagte 36 Monate Gefängnis und 100.- RM, sowie 27 und 7 Monate festgesetzt⁶⁶⁶.

Zuchthaus i. H. v. 30 Monaten und 400.- RM Geldstrafe erhielt eine 5-fach vorbestrafte Bedienung, die einen Sprudelfabrikanten mit einer vorgespiegelten Schwangerschaft um 200.- RM für eine Abtreibung geprellt hatte, ihn anschließend in 50 - 60 Briefen um 2.500.- RM erpresste. Dann hatte das Opfer Anzeige erstattet und sich anschließend erhängt⁶⁶⁷.

⁶⁶⁵ LG Ulm, Kls ?? U. v. 1.9.1942, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6513.

⁶⁶⁶ LG Ulm, Kls ?, U. v. 31.5.1937; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1470.

⁶⁶⁷ LG Ulm, KMs 19/38, U. v 22.6.1938; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4162.

Bevorzugt behandelt wurden engagierte Parteigenossen für ihren Einsatz für die Partei und damit für das deutsche Volk. Ein bei der Deutschen Arbeiterfront angestellter Parteigenosse wurde wegen Veruntreuung von 663,94 RM zu 9 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 200.- RM verurteilt. Er beantragte am 5.5.1939 bei der Kanzlei des Führers einen Gnadenerlass, der wegen seines groben Vertrauensbruches gegen seine Arbeitskameraden abgelehnt wurde⁶⁶⁸.

Dies entsprach der gängigen Praxis der Partei: Wer sich als Pg schlimmster Tötungsdelikte und Körperverletzungen – sowohl als Wächter im KZ als auch bei Straßenaktionen gegen Kritiker – schuldig gemacht hatte, konnte auf Schutz durch die Partei vertrauen – bis hin zu Befehlen des politischen Justizministeriums an die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft, die Verfahren einzustellen. Es war sichergestellt, dass die Verfahren entweder nie vor Gericht kamen oder spätestens nach Verurteilung durch Amnestie oder Gnadenerlass der Justizbürokratie ohne jegliche Sanktion erledigt wurden. Wurden aber die eigenen Parteigenossen betrogen und dies öffentlich bekannt, dann endete der Schutz der Partei. Nach außen musste das Erscheinungsbild einer integren, sauberen und untadeligen Partei bewahrt werden.

Ein SA-Angehöriger und Ortsvorsteher hatte mehr Erfolg: 60.- RM hatte er aus der Gemeindekasse privat entnommen hatte, was kurz danach bei einer Prüfung entdeckt wurde. Freigesprochen wurde er, weil zur Tatzeit die Bank geschlossen hatte und er sich einen unerlaubten Kredit bei der Gemeinde geholt hatte. Noch deutlicher zeigt sich beim zweiten Anklagepunkt die wohlwollende justizielle Entscheidung: Der Angeklagte hatte einer 13-jährigen Verwandten an die Brust gefasst und unter dem Rock an den Knien gestreichelt. Dies wurde – weil nicht mehr als 6 Monate Gefängnis zu erwarten seien – nach Amnestiegesetz eingestellt, obwohl Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten angedroht waren⁶⁶⁹.

⁶⁶⁸ AG – SG- Ulm, Ls 11/39, U. v 22.2.1939; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4434.

⁶⁶⁹ LG Ulm, KLs 6/36, U. v. 3.3.1936; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1224.

6.6 Brandstiftung (§§ 306 – 309)

Wegen Branddelikten waren aus den Jahren 1936 – 1943 (ohne 1940, 1942, 1945) 11 Verfahrensakten gegen 12 Angeklagte erhalten. Die Erledigungsarten und Sanktionen ergeben sich aus folgender Aufstellung:

Sanktionen bei Brandstiftung

Jahr	Freispruch	Geldstrafe		Gefängnis	Zuchthaus
	Einstlg.	Personen	Personen	Personen/MiW	Personen/MiW
		m	w	m	m
1936	F/ m				1/48
1937				2 / 13,5	
1938	E, m				1/60,0
1939	F, w	1/ 150.-			
1941			1/ 1000.-	2/7,0	
1943				1 / 12,0	
Insgesamt	3	1	1	5/ 6,5	2/54

Eine Gefängnisstrafe von 15 Monaten wurde gegen einen jungen Landwirt verhängt, der den Hof des Schwiegervaters in Flammen aufgehen ließ, weil dieser nicht an ihn übergeben wurde. Nach Erlass der 3-monatigen Reststrafe verstarb der Verurteilte am 9.11.1939. Seine Witwe bezahlte noch im Jahre 1957 500.- DM Restkosten an den Staat⁶⁷⁰.

Eine Zuchthausstrafe von 60 Monaten mit gleichlangem Ehrentzug wurde gegen einen trunksüchtigen Gast- und Landwirt verhängt, der für seine missliche Lage den Bürgermeister verantwortlich gemacht hatte und am 29.12.1929 dessen Anwesen anzündete mit einer Schadenshöhe von 30.000.- RM. Am 25.7.1937 setzte er die Remise eines Nachbarn in Brand, weil dieser geizig und kein überzeugter Nazi gewesen sei. Strafschärfend wurden 6 Vorstrafen berücksichtigt. Am 14.8.1944 beantragte er – erfolglos – die Wiedererteilung seiner Wehrwürdigkeit, um diese Schande zu tilgen.

⁶⁷⁰ LG Ulm, Kls 8/37, U. v.14.10.37; StA Ludwigsburg, E 352, Bü.1605.

Nach § 308 StGB wurde mit Zuchthaus bis 10 Jahren bestraft, wer Gebäude in Brand setzte. Drei Verfahren waren überliefert:

Zu 48 Monaten Zuchthaus wurde ein Landwirt bestraft, Sicherungsverwahrung verhängt und für 60 Monate die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen, weil er aus Verärgerung über seinen Bruder dessen Scheune abgefackelt hatte, und dies, nachdem er wegen einer vergleichbaren Tat erst kurz zuvor aus der Haft entlassen worden war. Er verstarb am 29.10.1943 im KZ Mauthausen⁶⁷¹.

12 Monate Gefängnis wurden gegen einen Landwirt verhängt, der den Heustadel des Schwiegervaters angezündet hatte, weil dieser den Hof nicht hatte übergeben wollen. Das Feuer erlosch von selbst, das Gericht hob hervor, der Täter habe nicht aus Hass, sondern unüberlegt gehandelt⁶⁷².

Wie effektiv die Polizei damals ermittelte sei an einem bei der StA eingestellten Verfahren kurz dargestellt: In Riedlingen/Donau brannte nachts ein Hof durch Brandstiftung ab. Ein Zeuge hatte eine Person über den Zaun springen sehen, nur die ungefähre Bekleidung wurde beschrieben, ein Beschuldigter mit dazu passendem Mantel festgenommen. Dieser gab an, nach der Singstunde sofort zum Stammtisch gegangen zu sein, was dort nicht bestätigt wurde. Nunmehr gab er eine Wirtin als Alibizeugin an: Nach der Singstunde sei er nicht gleich zum Stammtisch sondern zuerst zur nahegelegenen Gaststätte gegangen, um dort eine Bestellung aufzugeben. Zur Abkürzung sei er querfeldein über ein Feld gegangen und über einen Zaun gestiegen. Die Wirtin bestritt energisch, den Beschuldigten an diesem Abend überhaupt gesehen zu haben, dieser kam in U-Haft. Erst jetzt gab die Zeugin zu, dass sich beide wiederholt nach der Gesangsstunde getroffen hatten; heimlich - um keine Gerüchte im Dorf aufkommen zu lassen, denn die jeweiligen Ehepartner sollten davon nichts erfahren⁶⁷³.

Wegen fahrlässiger Brandstiftung (§ 309 StGB) durch Wegwerfen glotender Zigarettenstummel im Beschäftigungshaus Stuttgart wurden 12 Monate Gefängnis festgesetzt – der Angeklagte war wegen Trunksucht entmündigt worden, das Gericht zweifelte jedoch nicht an der Zurechnungsfähigkeit (!)⁶⁷⁴.

⁶⁷¹ LG Ulm KLS 23/36, U. v. 30.4.1936; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1240.

⁶⁷² LG Ulm, Ks 4/37, U. v. 22.4.1937; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1602.

⁶⁷³ StA Ulm, Js 7672/37; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 4854.

⁶⁷⁴ AG –SG– Ulm, Ms 7/43, U. v. 1.4.1943; StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6699.

6.7 Zusammenfassung klassischer Delikte

Die klassischen Allgemeindelikte sind nicht von typischer NS-Ideologie und wurden von den Strafkammern des Landgerichts Ulm auch nicht so ausgelegt. Weder in Diktion – es fehlen jegliche NS-Phrasen, nur bei einer Kindstötung findet man den Hinweis auf „die schwere Verfehlung gegen das Volksganze“ – noch bei den Sanktionen finden sich auffällige Entscheidungen.

In den Verhandlungen wurden die prozessualen Rechte der Angeklagten eingehalten, Beweisanträgen nachgegangen. Erwähnenswert ist die auffällige Normalität, mit welcher die Strafjustiz selbst nach schlimmstem Bombenhagel ihre Arbeit erfüllt hatte. Selbst nach der Zerstörung Ulms wurden schon am nächsten Tag Verhandlungen ohne Störung durchgeführt, nur aus der geänderten Anschrift des Sitzungssaales war zu ersehen, dass die Stadt in Schutt und Asche lag.

Selbst bei den Allgemeindelikten ist eine bevorzugte Behandlung von Parteigenossen festzustellen oder anzunehmen, sei es bei auffälligen Amnestieeinstellungen, Freisprüchen, späteren Gnadenerweisen oder einer vorzeitigen Einziehung zur sicheren Heimatfront, um einer Strafverbüßung zu entgehen.

Das Spektrum der verhandelten Kriminalität umfasst alle gängigen Delikte. Die Mordfälle beruhen auf Beziehungskonflikten, die Taten wurden mit einer Ausnahme mit dem Tod geahndet.

Kindstötungen lediger Mütter wurden durchschnittlich mit 20 Monaten Gefängnis belegt, die schwierige Ausnahmesituation auch mit verminderter Schuldfähigkeit berücksichtigt.

Bei Sexualdelikten wurde in 17,4% freigesprochen oder eingestellt, durchschnittlich zu 9,4 Monaten Gefängnis verurteilt, in gravierenden Fällen wurden bis zu 42 Monate Zuchthaus verhängt. Nicht selten waren abhängige Dienstboten die Opfer.

Gegen 40 Personen waren Vergehen der Kuppelei anhängig; wegen der damaligen extremen Wohnungsnot konnten sich z. B. Verlobte nur in Wohnungen der Eltern treffen, was strafbar war. Die Gerichte sahen dies großzügiger und korrigierten die Rechtslage mit 27,5% Freisprüche mit der Begründung, diese Ansicht entspreche nicht der neuen Zeit. Einem Ehemann allerdings, der, um ei-

nen Scheidungsgrund zu finden, zwei Männer erfolglos zum Beischlaf zu seiner Frau ansetzte, wurde mit 15 Monaten Zuchthaus bestraft.

Abtreibungen kamen wegen unzulänglicher Aufklärung und Verhütungsmöglichkeiten häufig vor. Die Notsituation der Frauen anerkannte das Gericht an durch Freisprüche und Einstellungen in 17,3 %, die Männer wurden zu durchschnittlich 8,6 Monaten, die Frauen zu 5,1 Monaten Gefängnis verurteilt. Harte Strafen gab es für die berufsmäßigen „Engelmacher“, welche diese Situation ausgenutzt hatten, mit Zuchthausstrafen bis zu 6 Jahren!

Bei Diebstahl und Unterschlagung wurden durchschnittlich in 10,4 % Geldstrafe mit 119.- RM, Gefängnis in 80,2 % von 10,2 Monaten für Männer und 7,7 Monaten für Frauen, Zuchthaus in 9,4 % mit 45,3 Monaten für Männer verhängt.

Bei Betrug und Untreue wurde bei Männern in je 5% der Fälle Geldstrafe (210.- RM), in 90% Gefängnis von 9,6 Monaten, Zuchthaus in 5% mit 36 Monaten, bei Frauen Gefängnis in 60% mit 3,3 Monaten ausgeworfen. Die Zuchthausstrafen bei Frauen sind mit nur 3 Verurteilten nicht repräsentativ.

7 STRAFJURISTEN IN ULM

Das NS-Regime benutzte die Justiz sowohl als repressives Machtwerkzeug, um die NS-Herrschaft durch abschreckende Strafurteile aufrecht zu erhalten, als auch dazu, nicht nur „die negativen Elemente zu konservieren, sondern rücksichtslos das Geschmeiß auszurotten“⁶⁷⁵; dazu zählten alle kritischen Elemente, alle nicht angepassten Minderheiten. Die Vielzahl von verschärften oder neuen Gesetzen und Verordnungen musste allerdings – sollten sie den angestrebten Zweck erfüllen – von zuverlässigen und willfähigen Staatsanwälten und Richtern mit nationalsozialistischem Geist erfüllt und umgesetzt werden, denn „jedes politische System ist auf ein Mindestmaß der Konformität oder Kooperation speziell der Justiz angewiesen“⁶⁷⁶, in Entscheidungen setzte sich letztlich durch, „was Richter und Verwaltungsbeamte für richtig hielten“.

In einem Persönlichkeitsprofil der Ulmer Juristen wird deren soziale Herkunft, ihre politische Einstellung, die Bereitschaft, das NS-Regime zu

⁶⁷⁵ Hitler über die Justiz. „Ein Tischgespräch Vjh. Zeitgeschichte“. 1964, S. 96, (zit. nach: Johe, S. 55, FN 110).

⁶⁷⁶ Grabitz, S.20.

unterstützen, eine Mitgliedschaft in Parteien, dortige Funktionen und Einbindung in die Partei, die soziale Herkunft und berufliches Fortkommen untersucht und dargestellt.

7.1 ÜBERNAHME DER JUSTIZ IN WÜRTTEMBERG

Jedes neue Regime ist bestrebt, möglichst schnell und vollständig die Schaltstellen der Macht mit ihm ergebenem Personal zu besetzen. In welchem Umfange dies in der NS-Zeit im Bereich der Justiz erfolgreich war, sollte nicht nur für Ulm, sondern großflächig für den gesamten Bereich des Oberlandesgerichtsbezirks Stuttgart⁶⁷⁷ abgeklärt werden, um Vorgehen und Effektivität bei der Etablierung von NS-Anhängern in der Justiz zu erkennen.

Dazu mussten in erster Linie Kriterien gefunden werden, um festzustellen, welche Juristen entschiedene Kämpfer für die NS-Ideologie gewesen sind. Die Parteizugehörigkeit allein eignete sich nicht als Entscheidungskriterium, da sehr viele passive Mitläufer ohne politische Überzeugung zum 1.5.1933 eingetreten waren. Aussagekräftiger ist der Zeitpunkt der Einstellung oder Beförderung nach der Machtergreifung, denn nach diesem Zeitpunkt nahmen die Nationalsozialisten massiv Einfluss auf die Einstellungs- und Beförderungspolitik. So verlangte § 1 a RBG⁶⁷⁸ für die Berufung eines Reichsbeamten, „daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt“, § 26 Abs. 1 Nr. 3 DBG vom 26.1.1937⁶⁷⁹ forderte, dass er „die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt“. Die politische Zuverlässigkeit stand nunmehr über der fachlichen Eignung⁶⁸⁰. Göring verlangte vom idealen Richter, er müsse „ein lebendiger Träger der Weltanschauung des Nationalsozialismus sein“⁶⁸¹. Letztlich

⁶⁷⁷ Es umfasste 2.970.626 Gerichtseingesessene - einschließlich des preußischen Regierungsbezirks Sigmaringen - mit 8 Landgerichten und 63 Amtsgerichten. Ausgewertet wurden Reichsjustizministerium, OLG und GenStA sowie alle Land- und Amtsgerichte des OLG-Bezirks Stuttgart.

⁶⁷⁸ Neufassung vom 30.7.1933, RGBl. I 1933, S. 433.

⁶⁷⁹ RGBl. I 1937, 39.

⁶⁸⁰ Löffler, S. 59 f. Während in Weimar die Beamten streng objektiv und neutral zu sein hatten, wurde jetzt das einseitig politische Engagement verlangt (Schütz, S. 88).

⁶⁸¹ Görings Rede vom 2.4.1935 beim Staatsakt zur Verreichlichung der Justiz, DJ 1935, S. 538. In Lehrbüchern für Beamte wurden diese mit Phrasen infiltriert: „Der deutsche Beamte ist erwacht ... Für uns ist der Nationalsozialismus die Erfüllung des Schöpferwillens Gottes auf Erden ... Der Richterkönig ist das Endziel“ (Müller, H., S. 26, 58).

entschied die Partei über die politische Zuverlässigkeit der Beamten, indem der Gauleiter die politische Einstellung des Bewerbers beurteilte⁶⁸². Die Justiz war damit bei den Personalentscheidungen von der Partei abhängig. Die alleinige Staatspartei hatte sich nicht nur ein Mitspracherecht bei den Staatsgeschäften eingeräumt, sondern die Führungsrolle beansprucht; denn die Partei war die Trägerin des Staatsgedankens⁶⁸³. Nach der herrschenden Staatsrechtslehre war der Staat nur „Werkzeug zur Ausführung des Parteiwillens“, während „die staatsbestimmende Kraft, der politische Willensträger des Volkes“ die Bewegung war⁶⁸⁴. Mit dieser Machtposition wurden zuverlässige Nationalsozialisten in leitende Stellen eingesetzt⁶⁸⁵. Wer also nach dem 10.1.1933 angestellt oder befördert worden war, trat entschieden und nachdrücklich für den Nationalsozialismus ein und muss als linientreuer, aktiver Nationalsozialist eingestuft werden⁶⁸⁶, auch wenn er formal der Partei nicht beigetreten, aber für deren extreme Ideologie eingetreten war.

Aus dem Handbuch der Justizverwaltung – Stand 31.12.1941 – wurde entnommen, wer vor bzw. nach 1933 beim Reichsjustizministerium sowie im Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart eingestellt oder befördert worden war⁶⁸⁷. Dabei wurden die wegen knapper Personalressourcen⁶⁸⁸ politisch wichtigen Führungspositionen⁶⁸⁹ gesondert dargestellt. Mit erschreckender Klarheit zeigte sich, dass die Führungspositionen radikal und vollständig in kurzer Zeit vom Nationalsozialismus „übernommen“ und mit Parteigängern besetzt worden sind.

⁶⁸² Verfügung RJM vom 14.11.1935, DJ 1935, S. 1656.

⁶⁸³ Meuren, S.57.

⁶⁸⁴ Roser, S. 71 m.w.N.

⁶⁸⁵ Angemerkt wurde dazu: „Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß die alten Kämpfer der Bewegung im Staate eingesetzt werden, um das Gemeinwesen besonders leistungsfähig zu machen.“ Meuren, S. 72.

⁶⁸⁶ Füller, S. 62.

⁶⁸⁷ Die hinter den einzelnen Namen der Beamten angegebenen Daten bezeichnen das allgemeine Dienstalster ihrer Besoldungsgruppe (vgl. AV v. 9.12.1938, Dt. Justiz 38, S. 1972), Handbuch der Justiz, S. 23.

⁶⁸⁸ Löffler, S. 61f. So waren in Preußen 1934 von 7.000 Richtern lediglich 30 Parteimitglieder gewesen.

⁶⁸⁹ Dazu zählten Präsidenten, Vize- und Senatspräsidenten, Direktoren, Dienstaufsichtsführende Richter und Erste Staatsanwälte.

Die Ende 1941 im OLG-Bezirk Stuttgart tätigen Staatsjuristen waren wie folgt vor/nach der Machtübernahme eingestellt/befördert worden:

Behörden	Ges. Personal		Führungspos.	
	Vor 30.1.1933	nach 30.1.1933	vor 30.1.1933	nach 30.1.1933
RJM Berlin	17,1%	82,9%	11,1%	88,9%
OLG Stgt.	25%	75%	12,5%	87,5%
GenStA Stgt.	0	100%	0	100%
Landgerichte	47,5%	52,5%	19,8%	80,1%
Staatsanwaltsch.	18,9%	81,1%	0,0%	100,0%
Alle AG	30,8%	63,4%	31,8%	68,2%

Die Politik hatte erkannt, dass über die weisungsgebundenen Verfolgungsbehörden am effektivsten die Strafjustiz gelenkt und beeinflusst werden konnte, weshalb spätestens Ende des Jahres 1941 in Württemberg alle Führungspositionen der Staatsanwaltschaften einschließlich der Generalstaatsanwaltschaft zu 100 % mit ab 1933 beförderten oder eingestellten Juristen besetzt waren. Diese Machtposition wurde auch ausgenutzt um unliebsame Ermittlungsverfahren gegen Parteimitglieder entgegen der Rechtslage durch Anweisungen einstellen zu können. Selbst die Parteispitzen scheuten sich, direkte Weisungen an die Gerichte in politisch brisanten Einzelfällen zu erteilen, eleganter und einfacher war es, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, ein Verfahren nicht zu verfolgen⁶⁹⁰. Diese hatte zu gehorchen. Dafür war es entscheidend, die Leitungspositionen mit politisch zuverlässigem Personal zu besetzen, was binnen weniger Jahre auch gelungen war.

Nach den zu 100 % mit linientreuem Personal besetzten Staatsanwaltschaften folgten Reichsjustizministerium und Oberlandesgericht mit jeweils knapp 90 % parteihöriger Besetzung, die Landgerichte lagen bei 80 %, die Amtsgerichte bei knapp 70 %. Hier fällt auf, dass 3 Amtsgerichte zu 100 % mit älteren, parteifernen Richtern, 5 Gerichte zu 100 % mit parteitreuen Richtern besetzt waren. Hier handelte es sich um kleine Ein- oder Zwei-Mann Gerichte, deren aufsichtsführenden Richter altersbedingt vor ihrer Pensionierung nicht er-

⁶⁹⁰ Bei der Staatsanwaltschaft Ulm belegen einige Fälle, wie kriminelle Übergriffe der SA auf Anweisung des Ministeriums entgegen der Entscheidung der Staatsanwälte eingestellt werden mussten. Gegenvorstellungen wurden abgelehnt mit dem Hinweis „Befehl ist Befehl“. Vgl. 4.4.3.6.

setzt werden konnten. Diese Verteilung bestätigt in vollem Umfange die schrittweise Ersetzung mit NS-genehmen Personen zuerst bei den Lenkungsbehörden, wobei die Amtsgerichte sowohl wegen der geringeren Bedeutung als auch wegen der Vielzahl der zu besetzenden Stellen zuletzt umbesetzt wurden.

Ein weiterer Grund für die langsamere Personalauswechslung liegt in dem Bemühen der Justiz, ihre Unabhängigkeit gegenüber der Partei zu verteidigen. Die auffällig widerständigen Richter versuchte die Partei aus dem Amt zu entfernen, die Justizverwaltung wehrte sich dagegen, indem diese auf kleinere Gerichte versetzt wurden, um dort ungestört „überwintern“ zu können. In mehreren Fällen ist dies belegt⁶⁹¹.

7.2 QUELLENLAGE

Sowohl die Personalakten als auch die gesamten Verwaltungsakten des Landgerichtsbezirks Ulm, wie Geschäftsverteilungspläne, waren kriegsbedingt verbrannt. In einigen Beständen waren Ersatzakten vorhanden.

7.2.1 PERSONALAKTEN

Der berufliche aber auch persönliche Werdegang eines Beamten wurde in seinen Personalakten festgehalten. Vermerkt waren insbesondere Angaben über
Große Personalien,
Beruf des Vaters,
Schul- und Studienverlauf,
Zugehörigkeit und Einsatz bei der Wehrmacht sowie evtl. Auszeichnungen,
selbstverständlich ab 1933 der Ariernachweis⁶⁹²,
Zugehörigkeit zu Partei und deren Gliederungen, bei der NSDAP mit Parteinum-
mer⁶⁹³,
Genaue Familienverhältnisse⁶⁹⁴,

⁶⁹¹ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 4663.

HStA Stuttgart, EA 150, Bü. 732.

⁶⁹² In den Originalakten ersieht man die Schwärzung dieser Angabe bei den übernommenen Beamten.

⁶⁹³ Diese war wichtig, weil sie mit einem Blick zeigte, ob der Parteigenosse als „Trittbrettfahrer“ erst ab 1.3.1933 sich zur Partei bekannt hatte oder schon zuvor als „Alter Kämpfer“ erwiesen hatte, was eine bevorzugte Behandlung erbrachte.

Datum der Vereidigung auf den Staat bzw. auf den Führer⁶⁹⁵,
Art, Ort und Dauer des dienstlichen Einsatzes mit den Bewertungen bei Nachschau, Prüfungen oder Beurteilungen,
Stellungnahmen der Partei zur politischen Zuverlässigkeit,
Beförderungen,
Beanstandungen oder Beschwerden mit deren Entscheidungen,
Soziale und persönliche Anliegen wie finanzielle Zuwendungen in Härtefällen, Krankheit, Kuren u. ä.

Diese Hauptpersonalakten wurden von der aktenführenden Stelle angelegt, bei Bedarf wurden für andere beteiligten Behörden gekürzte Nebenakten angefertigt, von denen ein Teil erhalten ist. Die gesamten Hauptakten wurden nach der Verreichlichung an das Reichsjustizministerium nach Berlin abgegeben, in der Nachkriegszeit die Akten der übernommenen Juristen an die Länder zurückgegeben, die übrigen – pensioniert, ausgeschieden, verstorben – verblieben in Berlin. Eine Nachschau im dortigen Bundesarchiv⁶⁹⁶ mit 50.000 Restbeständen verlief hinsichtlich Ulmer Juristen negativ.

In den „Katakomben des Justizministeriums Stuttgart“⁶⁹⁷ fanden sich noch einige Personalhauptakten, die weit überwiegend gut erhalten waren⁶⁹⁸. Weitere Personalakten waren beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart sowie beim Staatsarchiv Ludwigsburg archiviert. Die bei Staatsanwaltschaft und Justizvollzugsanstalt Ulm auf Speicher und im Keller aufgefundenen Restbestände konnten nach Überführung an das Staatsarchiv Ludwigsburg dort eingesehen werden.

Insgesamt waren von den 68 namentlich bekannten Ulmer Juristen Personalakten von 29 Personen vorhanden.

⁶⁹⁴ Die Absicht einer Eheschließung war der vorgesetzten Dienststelle anzuzeigen, die nach Prüfung entschied, ob keine Einwendungen dagegen erhoben würden.

⁶⁹⁵ Die Vereidigung auf den Führer wurde bei den früher Eingestellten nachgeholt.

⁶⁹⁶ Bundesarchiv Berlin, Bestand R 3002.

⁶⁹⁷ Formulierung des Justizministeriums auf meine Anfrage nach Personalakten.

⁶⁹⁸ Lediglich die Akten der in der Nachkriegszeit in Ulm übernommenen jüngeren Richter waren überwiegend vollständig erhalten.

7.2.2 Andere Quellen

Die Spruchkammerakten⁶⁹⁹ ergänzten und verifizierten/korrigierten entscheidend diese Quellen: Nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus⁷⁰⁰ mussten alle Deutsche über 18 Jahren (Art.3 Nr. 2 BefreiungsG) einen Fragebogen ausfüllen und vorlegen, in dem ihre Tätigkeit während der NS-Zeit, insbesondere Parteizugehörigkeit und Funktionen in NS-Einrichtungen, berufliche und private Entwicklung, Einkommen, Urlaubsreisen ins Ausland, detailliert durch Beantwortung von 131 Fragen, darzulegen war.

Neben dem Fragebogen waren in den Akten ergänzende Behördenauskünfte über Zugehörigkeit zur Partei und deren Organisationen enthalten. Der Inhalt der Spruchkammerakten ist sehr quellenkritisch zu sehen, er kontrastiert mit den Personalakten: wer dort als glühender, überzeugter NS-Anhänger mit vorbildlicher politischer Einstellung geschildert und befördert worden war, trat im Spruchkammerverfahren als innerlich angeblich scharfer Parteigegner auf, der nur äußerlich als Anhänger aufgetreten war, um Schlimmeres zu verhindern. Diese Interessenlage ist nachvollziehbar, als Parteigenosse galt er als schuldig, verbrecherische Handlungen unterstützt zu haben. Er musste dies widerlegen und nachweisen, innerlich Antifaschist gewesen zu sein und nur zur Tarnung sich als NS-Anhänger ausgegeben zu haben. So wurden Legionen von „Persilscheinen“⁷⁰¹ vorgelegt, die Wahrheit geschönt, die eigentlich Belasteten oft entlastet⁷⁰². Nur in wenigen Fällen schilderten Belastungszeugen überzeugend und schonungslos das rücksichtslose Auftreten der „Herrschenden“ glaubhaft und plastisch.

Stellten sich in den Spruchkammerakten die Betroffenen geradezu als Antifaschisten dar, so spiegelten die Wiedergutmachungsakten den Gegenpart: die verfolgten, gedemütigten NS-Opfer wollten Rechtfertigung und Entschädigung, legten Beweise vor, wie die „Herrenmenschen“ tatsächlich aufgetreten waren und

⁶⁹⁹ Archiviert beim StA Ludwigsburg und dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

⁷⁰⁰ Gesetz vom 5.3.1946, Regierungsblatt der Regierungen Württemberg – Baden, 1946/71.

⁷⁰¹ Das Neuartige dieses Säuberungsgesetzes bestand darin, „... dass jeder, bei dem auf Grund der Anlage-Liste vermutet werden muß oder darf, dass er formell ein Verantwortlicher ist, den Gegenbeweis antreten kann.“ (Schneebarth, S. 5, Anm. I.2.).

⁷⁰² Wegen der starken Belastung massenhaft anfallender Verfahren war es den Gerichten kaum möglich, die Flut der Durchschnittsfälle zeitraubend aufzuklären.

willkürlich geherrscht hatten. Natürlich muss man auch hier die Interessenlage der Beteiligten sehen und deren Angaben kritisch bewerten. Spruchkammer- und Wiedergutmachungsakten waren nur mit Familien- und Vornamen sowie Geburtsdatum zu erschließen. Bei gängigen Namen waren bis zu 140 Einträge vorhanden, ohne Geburtsdatum⁷⁰³ versprach eine Suche keinen Erfolg⁷⁰⁴. Hier halfen Stadtarchiv, Einwohnermeldeamt und Standesamt Ulm unterstützend aus. Insgesamt konnten dadurch von den 68 namentlich bekannten Juristen bei 42 Personen (76,5 %) der persönliche Hintergrund zum beruflichen und privaten Werdegang festgestellt werden.

Die ermittelte Anzahl von Strafruristen dürfte ziemlich vollständig sein. Bis 1939 ist sie durch die vollständigen Angaben im Adressbuch belegt. Danach setzte eine zunehmende Fluktuation ein, die durch Einziehung zur Wehrmacht, Abordnung in die besetzten-/befreiten Gebiete (Sudetengau, Saarland, Bukovina, Elsass u. a.) aber auch Krankheit und Abordnung zum Arbeitseinsatz in kriegswichtigen Betrieben bedingt war.

7.3 PERSÖNLICHKEITSPROFILE

Waren die Strafruristen nun vollständig oder überwiegend linientreue und zuverlässige „Parteisoldaten“ gewesen? Wurden nur aktive Parteigenossen in Führungspositionen befördert, welche Folgen hatte die Weigerung, der Partei beizutreten? Um dies zu eruieren, wurde die Zugehörigkeit zur Partei und deren Organisationen sowie die Funktionen, insbesondere die Beurteilungen durch Justiz und Partei ausgewertet, aber auch die soziale Herkunft, frühere Mitgliedschaft in anderen Parteien, etwaige Beförderungen, Promotion, Teilnahme an den Weltkriegen u.a. erfasst. Es sollten Kriterien gefunden werden, nach denen in der NS-Zeit Strafruristen befördert worden waren.

Der Landgerichtsbezirk Ulm war im Jahre 1933 mit 9 Staatsanwälten, 18 Richtern beim Landgericht und 28 Amtsrichtern besetzt⁷⁰⁵, insgesamt also 55

⁷⁰³ Diese Suche war nicht einfach: Das Melderegister der Stadt Ulm war bei dem Fliegerangriff vom 17.12.1944 verbrannt, ein Ersatzregister erst ab 1958 geführt. Sehr viele Ausgebombte wurden nach auswärts evakuiert, ihr Verbleib war mit vertretbaren Mitteln nicht zu klären.

⁷⁰⁴ Das Staatsarchiv Ludwigsburg hatte als zusätzliches Merkmal auch den Beruf übernommen und führte trotz des hohen Arbeitsaufwandes bei 5 Juristen einen erfolgreichen Suchlauf durch.

⁷⁰⁵ Adressbuch der Stadt Ulm von 1933, S. 505; Handbuch der Justizverwaltung, S. 247 f.

Personen. Hiervon konnten für die in der Zeit von 1933-1945 tätigen 68 Personen der private und berufliche Werdegang zum großen Teil festgestellt werden, z. T. waren jedoch Parteizugehörigkeit, soziale Herkunft o. ä. nicht festzustellen.

7.3.1 ALTERSSTRUKTUR DER JURISTEN

Von einem Richter erwartete man auch im Dritten Reich ein gewisses Alter mit entsprechender Lebenserfahrung, denn „zum Richterberuf gehört ein bestimmtes Alter – das Volk erkennt einen zu jungen Mann als Richter über sich nicht an.“⁷⁰⁶ Allerdings sollten die Richter aus nationalsozialistischer Sicht auch nicht zu alt sein, denn man konnte „von der älteren Generation, die durch Geburt, Erziehung, Tradition und Weltanschauung an die Auffassung der Zeit vor 1914 innerlich gebunden ist, nicht erwarten, dass sie den ungeheuren Umwälzungen, die die neue Zeit mit sich brachte, immer voll gewachsen ist.“. Diesen Ansprüchen entsprach die Altersstruktur der Ulmer Strafjustiz:

Anzahl der vor bzw. nach 01.01.1900 geborenen Juristen

	Gesamt	%-Anteil	Staatsanwalt	%-Anteil	Richter	%-Anteil
	59 Pers.		24	40,7	35	59,3
Vor 1900	37	62,7	10	41,7	27	77,1
Nach 1900	22	37,3	14	58,3	8	22,9

Das Durchschnittsalter im Jahre 1933 lag bei 43,8 Jahren, das durchschnittliche Geburtsjahr somit im Jahre 1889, d. h., die Juristen hatten sowohl das Kaiserreich als auch den Wechsel zur Weimarer Republik als prägend erlebt und boten für die Nationalsozialisten ein gewisses Risiko. Das durchschnittliche Alter unterscheidet sich bei Staatsanwälten und Richtern auffällig, von den 35 Richtern waren 77 % vor, 23 % nach dem 1.1.1900 geboren, durchschnittlich waren sie im Jahre 1933 47,8 Jahre alt. Demgegenüber waren von den Staatsanwälten nur 10 (41,7 %) vor, die meisten (14 Personen) mit 58,3 % nach dem 1.1.1900 geboren, sie waren durchschnittlich 41 Jahre alt, damit sieben Jahre

⁷⁰⁶ Rothenberger, damaliger Oberlandesgerichtspräsident und spätere Staatssekretär im Reichsjustizministerium, (zit. nach: Form, S. 1062).

jünger als ihre Richterkollegen, die damit der Vorstellung eines lebenserfahrenen Richters voll entsprachen. Der älteste Jurist in Ulm war ein im Jahre 1866 geborener Landgerichtspräsident, der jüngste ein im Jahre 1913 geborener Staatsanwaltschaftsstaatsanwalt.

Bei der Verfolgungsbehörde wurden bevorzugt jüngere Personen eingestellt, weil sie – politisch durch Kaiserreich und Weimar geringer geprägt – dem neuen Regime offener gegenüberstanden. Durch eine schnelle Anstellung fühlten sie sich dem Regime verpflichtet, denn in der Weimarer Republik musste man früher bis zu 8 Jahren auf die Anstellung auf Lebenszeit warten⁷⁰⁷. Damit war eine sichere Lebensplanung mit Familiengründung erschwert. Dementsprechend schneller konnte man bei der Staatsanwaltschaft auf eine Beförderung hoffen.

7.3.2 Soziale Herkunft

Viele unterschiedliche Merkmale charakterisieren die einen Menschen prägende soziale Herkunft, weshalb es keine einheitliche Bewertung hierfür gibt. So kann man nach den Berufen der Väter oder der Schwiegerväter unterscheiden, hier wurde die Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht nach dem sozialen Stand der Väter klassifiziert⁷⁰⁸.

Zur Oberschicht zählen Akademiker (Justiz, Kirche, Schule, Verwaltung) sowie Inhaber bedeutender Industriebetriebe. Damit werden zugleich die finanziellen Familienverhältnisse berücksichtigt. Die Mittelschicht umfasst u. a. Lehrer, gehobene Verwaltung, mittelständische Handwerksbetriebe und mittelständische Kaufleute. Die Unterschicht mit Facharbeitern, kleineren Handwerksbetrieben und nachgeordneten Angestellten und Beamten ist kaum vertreten.

Von den 68 namentlich bekannten Juristen konnte für 15 Personen die Schichtzugehörigkeit nicht eruiert werden. Von den 53 bekannten Juristen (77,9 %) kamen mit 35 Personen 66 % aus der Oberschicht, die Mittelschicht war mit 15 Personen (28,3 %) vertreten, die Unterschicht stellte 3 Personen (17,8 %), davon 2 Staatsanwälte, von denen einer befördert worden war und einen Richter. Die Oberschicht war deutlich mit einer 2/3 – Mehrheit vertreten, die Un-

⁷⁰⁷ Dr. Grub wartete 8 Jahre bis 1926 auf seine Anstellung, er trat zum 1.5.33 in die Partei ein und wurde 1938 zum Amtsgerichtsdirektor befördert.

⁷⁰⁸ Die Schichtmodelle sind bei Lojowsky, in Form, Politische NS-Justiz in Hessen, S. 1064 ff dargestellt. Die dortige Schichteinteilung wurde der hier verwendeten 3-Stufen – Theorie angepasst..

terschicht erreichte ein knappes Fünftel. Die Kinder von Handwerkern und Facharbeitern hatten in der NS-Zeit Zugang zu dem elitären akademischen Beruf gefunden, sie waren alle nach 1900 geboren⁷⁰⁹.

Die NSDAP war ja als Arbeiterpartei angetreten um „der Arbeit und den Arbeitern einen neuen Rang zu geben, sie in das geistig-politische Zentrum des heutigen Staates zu stellen“⁷¹⁰. Hatte die NS-Regierung die dem Kaiserreich oder der Weimarer Verfassung⁷¹¹ verbundenen Juristen durch Personen ersetzt, die eher von ihrer Ideologie beeinflusst waren, stammten diese am ehesten aus dem Mittelstand und der gehobenen Unterschicht. Es wird deshalb untersucht, ob sich die soziale Herkunft der vor bzw. nach dem 1.1.1900 Geborenen während der Zeit 1933 – 1945 verändert hat, und dies vergleichend mit den Untersuchungsergebnissen für Hessen und Hamburg⁷¹² dargestellt:

⁷⁰⁹ Diese Stärkung der Unterschicht entsprach Punkt 20 des Parteiprogramms: „ Um jedem fähigen und fleißigem Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen.“ Zit. aus: Forsthoff, S. 164.

⁷¹⁰ Forsthoff, S. 328 f.

⁷¹¹ Nach Bästlein entstammten 80 % der deutschen Juristen dem Großbürgertum bzw. den oberen Mittelschichten, sie standen dem demokratischen Rechtsstaat ablehnend gegenüber und trauerten der alten Richterherrlichkeit nach, waren damit „einem starken Mann wie Hitler zugetan, wenn’s auch leider nicht mehr der Monarch ist“ (Wüllenweber, S. 51 f).

⁷¹² Letztere übernommen aus Lojowsky, in Form, S. 1066.

Soziale Herkunft der Ulmer Juristen im Vergleich zu Hamburg und Hessen

Schicht	Beispiele	Hessen	Hamburg	Ulm	Hessen	Hamburg	Ulm
		vor 1900 geb.	vor 1900 geb.	vor 1900 geb.	nach 1900 geb.	nach 1900 geb.	nach 1900 geb.
Oberschicht:	Akademiker industr. Bürgertum	81,7%	89,0%	75,9%	64,8%	69,0%	54,6%
	Mittelst.				-16,9%	-20,0%	-21,3%
Mittelschicht:	Handwerk Gehobene Ang. gehob. Beamte	16,7%	11,0%	24,1%	32,3%	29,0%	31,8%
Unterschicht	Kleinere Handw. Facharbeiter	1,7%	0,0%	0,0%	2,9%	2,0%	13,6%

Bei den vor 1900 geborenen Juristen dominierte die Oberschicht mit 75 % bis 89 % in allen drei Auswertungsgebieten geradezu erdrückend die übrigen Bevölkerungsschichten, um bei den nach 1900 Geborenen ein Fünftel an Mittel- und Unterschicht abzugeben. Diese starke Veränderung in der Schichtzugehörigkeit beruhte auf einem starken wirtschaftlichen Aufschwung von Industrie, Handwerk und Handel, der es den mittleren und unteren Schichten ermöglichte, ihren Söhnen eine Universitätsbildung und damit Zugang zu bisher verschlossenen Berufszweigen zu ermöglichen. Erst im Dritten Reich wurde durch die Arbeiterpartei, wie die drei Auswertungen belegen, diese Bildungsgrenze gelockert, das Streben der unteren Schichten durch Leistung und Anstrengung sich emporzuarbeiten, wurde anerkannt und honoriert⁷¹³.

In der NS-Zeit wurde die starke Dominanz der Oberschicht erheblich zugunsten der Mittelschicht und der neu vertretenen Unterschicht zurückgedrängt. Diese Entwicklung hatte sich schon mit der Expansion von Industrie, Handel und Gewerbe angekündigt und konnte sich nach der Machtergreifung verstärkt entfalten, da Hitler die Mittelschicht stark förderte und politisch zuverlässige Personen vermehrt in leitende Stellungen der staatlichen Verwaltungen eingesetzt wurden.

7.3.3 PROMOVIERTE STAATSJURISTEN UND SCHICHTHERKOMMEN

Eine Promotion beeinflusste die soziale Stellung in der Gesellschaft, vielfach gehörte sie bei der alten Oberschicht zum Erscheinungsbild, und konnte zusätzlich auch das berufliche Fortkommen erleichtern, etwa Schwachpunkte bei der Berufserfahrung ausgleichen. Zur Abrundung des persönlichen Profils wird deshalb dieser Bereich dargestellt.

Von den 68 Staatsjuristen promovierte mit 28 Personen (41,2 %) etwas weniger als die Hälfte. Von den insgesamt 26 Staatsanwälten legten 16 (61,5 %) erfolgreich eine Dissertation vor, von den 42 Richtern waren dies mit 12 Richtern (28,6 %) anteilmäßig etwa um die Hälfte weniger. Die soziale Herkunft konnte

⁷¹³ Auf die kontrovers diskutierte Frage der Modernisierung durch den Nationalsozialismus soll hier nicht eingegangen werden, vgl. hierzu Niermann, S. 25 m.w.N. Auch Stein-Stegemann (S.155) spricht für Hamburg von einem großen sozialen Wandel durch den Nationalsozialismus.

für 20 Personen (71,4 %) geklärt werden, sie verteilte sich wie aus der Tabelle ersichtlich⁷¹⁴:

Schichtverteilung bei Promotionen

Juristen	Anzahl	Promoviert	Schicht 1	Schicht 2	Schicht 3	Unklar
Insgesamt	68	28 (41,2)	17 (60,7)	3 (10,7)	1 (3,6)	7 (25)
StA	26 (38,2)	16 (57,1)	10 (62,5)	2 (12,5)	1 (6,3)	3 (18,8)
Richter	42 (61,8)	12 (42,)	8 (66,7)	2 (16,7)	0	2 (16,7)

Legende: StA: Staatsanwälte; in Klammern ist der prozentuale Anteil vermerkt.

Weniger als die Hälfte aller Juristen konnte sich zu einer Promotionsarbeit entschließen; das könnte ein Hinweis auf eine Erfahrung sein, dies zahle sich jedenfalls in einer staatlichen Verwaltung finanziell nicht aus. Die Staatsanwälte zeigten sich deutlich stärker bereit für diese Arbeit als die Richterschaft. Dies mag in einem ausgeprägtem Karrierestreben begründet liegen, mit der Hoffnung, durch die zusätzlichen Leistungen andere Schwachstellen auszugleichen.

Der hohe Anteil von ca. zwei Dritteln der Oberschicht bei den Promovierten liegt bei Richtern und Staatsanwälten etwa gleich hoch und kann durch „das ethisch berechtigte und psychologisch begründete Streben der höchsten Gesellschaftsschichten, die Nachkommen unter allen Umständen auf der sozialen Stufe zu erhalten, auf der sich die Familie befindet“ begründet werden⁷¹⁵. Der Einfluss des Elternhauses und die soziale Gebundenheit führen die Kinder dazu, dessen gesellschaftlichen Lebensstil zu übernehmen. Bei der damaligen traditionellen Oberschicht gehörte häufig ein akademischer Grad zur Bestätigung seines Standes und Abgrenzung gegenüber anderen Schichten dazu, der diesen hohen Anteil erklärt. Die Mittel- und Unterschicht konnte sich schon aus finanziellen Gründen eine solche zusätzliche Belastung schwerlich leisten und sind in geringem Umfange vertreten.

⁷¹⁴ Die Prozentzahlen werden aus den geklärten Fällen berechnet.

⁷¹⁵ Rienhardt, a. a. O. S.164.

7.3.4 TEILNAHME AM ERSTEN WELTKRIEG

In der NS-Ideologie nahm „die Schaffung einer breiten Kampf- und Wehrbereitschaft“ einen hohen Stellenwert⁷¹⁶ ein. Eine Kriegsteilnahme zur Verteidigung und Durchsetzung völkischer Ansprüche genoss im Nationalsozialismus ein hohes Ansehen. Die Staatsjuristen befürchteten bei späteren Beförderungen benachteiligt zu werden, wenn sie durch uk-Stellung nicht im Kriegseinsatz hatten teilnehmen können. In den Beurteilungen wird eine Teilnahme am Krieg jedoch nicht häufig erwähnt. Für das Persönlichkeitsprofil soll dieser Bereich nur kurz gestreift werden.

An Kriegseinsätzen in Süd-West-Afrika, im ersten und zweiten Weltkrieg haben insgesamt 43 Ulmer Juristen teilgenommen, also stolze 82,7% von 52 ermittelten Juristen⁷¹⁷. Eine Vielzahl von Auszeichnungen sind erwähnt, die mangels Bedeutung für den beruflichen Werdegang nicht aufgeführt werden.

7.3.5 MITGLIEDSCHAFT IN PARTEIEN

7.3.5.1 In der Zeit vor 1933

Vor 1933 waren mit 6 Personen nur wenige Juristen des Landgerichtsbezirks Ulm in politischen Parteien organisiert. Fünf von ihnen waren in der Deutschen Volkspartei (DVP), nämlich Landgerichtsdirektor Kirchgeorg, der Vorsitzender der DVP im Bezirk Ulm war, Amtsgerichtsdirektoren Grub und Endriß sowie Landgerichtsrat Dr. Haas und Landgerichtsdirektor Lazi. Die 1918 gegründete liberale Partei hatte die Bildungsschicht und vornehmlich die Schwerindustrie vertreten, jedoch 1932 nur noch 2 Reichstagssitze erringen können.

In der Zentrumsparlei war Richter Majer organisiert, diese Partei war beim Aufbau der Weimarer Republik stark beteiligt und hatte den Nationalsozialismus von Beginn an bekämpft, dem Ermächtigungsgesetzen jedoch zugestimmt.

⁷¹⁶ Fest, S.536.

⁷¹⁷ Dabei bleiben die 16 nicht aufgeklärten Juristen unbeachtet, bei denen kein persönlicher Hintergrund zu ermitteln war.

Staatsanwalt Braun war der Vereinigung der deutschen Frontkämpfer „Stahlhelm“ angeschlossen, welche der NSDAP nahe stand und der SA im Jahre 1935 angeschlossen wurde.

Dem Großdeutschen Jugendbund und der Einwohnerwehr war Erster Staatsanwalt Gustav Baitinger. jun. von 1922 bis 1937 angeschlossen, er war seit Dezember 1931 in der NSDAP.

7.3.5.2 NSDAP – Mitgliedschaft

Von den 68 Staatsjuristen konnte für 16 Personen nicht festgestellt werden, ob sie Parteimitglied waren⁷¹⁸. 43 Personen (82,7 %) waren der Partei beigetreten, lediglich einer davon schon vor 1933. Schlagartig traten 64 % zum 1.5.1933 ein, als ab diesem Tage ein Aufnahmestopp in die Partei angekündigt war und die Vorgesetzten massiven Druck ausübten, schnell beizutreten. Ein zweiter Schub mit 10 % kam im Jahre 1937. Bis 1939 war eine Mitgliedschaft nicht formale Voraussetzung für Einstellung oder Beförderung⁷¹⁹.

Neun Personen (14 %) waren nicht in die Partei eingetreten, 7 von ihnen waren vor 1900 geboren, man kann davon ausgehen, dass sie dem Regime ablehnend gegenüberstanden, weil sie sich dem alten politischen System verbunden fühlten. Von den zwei Jüngeren kam der 1910 geborene Staatsanwalt H. als rumänischer Volksdeutscher aus der Bukovina. Dr. Keppner hat sich als Regimekritiker der Mitgliedschaft entzogen. Er sollte wegen seines Durchgreifens als Richter gegen einen SS-Mann in das KZ-Heuberg gebracht und aus dem Dienst entfernt werden.

7.3.5.3 Folgen eines verweigerten Parteibeitritts

Nur cursorisch soll auf die Frage eingegangen werden, welche Folgen die Verweigerung eines Parteieintrittes nach sich ziehen konnte. Aus den Spruchkammerakten sind die Einlassungen ersichtlich, man sei massivem Druck von Vorgesetzten ausgesetzt gewesen, der Partei beizutreten, sonst habe man

⁷¹⁸ Dies waren vorwiegend Juristen, deren Namen sich aus Strafsakten, Zeitungsberichten oder dem Handbuch der Justizverwaltung ergeben hatten, mangels Geburtsdaten keine weiterführenden Akten erhältlich waren.

⁷¹⁹ Löffler, S. 63 m. w.N.

beruflich kein Fortkommen zu erwarten gehabt⁷²⁰, auch wenn dies „ nicht das entscheidende Kriterium für eine Beförderung“ war⁷²¹. Auch die Spruchkammern gingen von beruflichen Nachteilen aus. Der Druck war umso stärker, als auch die Standesvertretung einen Parteibeitritt empfohlen hatte. Wer Nachteile für seine berufliche Verwendung und Beförderung vermeiden wollte, konnte sich dem allgemeinen Trend nicht verschließen. Nur wenige räumten im Entnazifizierungsverfahren ein, 1933 hätten sie Hitler als eine gute Lösung für Deutschland angesehen, erst als seine Politik inakzeptabel geworden sei, hätte man versucht, in Einzelfällen auszugleichen und zu helfen, ein Parteiaustritt sei nicht möglich gewesen⁷²².

Einschneidender war es für die Betroffenen zum Wehrdienst an die Front eingezogen zu werden, während linientreue Volksgenossen unabhkömmlich gestellt oder in ortsnahe Flakstellungen u.ä. eingewiesen wurden⁷²³. Landgerichtsrat Hagmeier war nie Parteimitglied und wagte es zudem, sich in Lokalen mit einem befreundeten jüdischen Rechtsanwalt zu treffen. Dies trug ihm nicht nur eine Abmahnung durch den Oberlandesgerichtspräsidenten ein, sondern seine Freistellung vom Wehrdienst wurde trotz dringendster Personalprobleme abgelehnt.

Der widerständische Richter Majer war zwar in die Partei eingetreten, hatte aber nur halbherzig den Hitlergruß gezeigt. Wegen seines kritischen Verhaltens zur Partei wurde er mit einem Verfahren vor dem Parteigericht überzogen, um ihn aus dem Dienst zu entfernen. Das Ministerium setzte sich für ihn ein, versetzte ihn weitab in die Provinz auf einen geringer entlohten Posten. Der Unterhalt seiner Familie war über Jahre hinweg gefährdet.

Amtsrichter Wenger – Parteimitglied – war durch zu milde Urteile negativ aufgefallen. Er wurde „strafversetzt“ und zum Arbeitseinsatz in der Industrie sowie zum Volkssturm eingezogen.

⁷²⁰ Staatsanwalt Reinöhl wurde nach dem 2. Staatsexamen krankheitsbedingt nicht in den Justizdienst übernommen. Der Landgerichtspräsident beschied ihm, als Parteigenosse würde er eingestellt. So geschah es auch nach Beitritt in die Partei im Jahre 1939.

⁷²¹ Löffler, S. 65. Dies trifft auch für Ulm zu.

⁷²² Der Parteiaustritt eines Beamten wurde dienstrechtlich als Dienstvergehen eingestuft und geahndet, weil dies eine antinationalsozialistische Einstellung bedeutete (Meuren, S. 79).

⁷²³ Solche Disziplinierungsmaßnahmen durch Aufhebung der u.k. – Stellung gegen ungenehme Richter hat auch Wagner mitgeteilt (S. 219).

Staatsanwalt Dr. Saup war nicht Parteimitglied, er wurde zu Wehrmacht und Volkssturm eingezogen.

7.3.5.4 Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation

Eine Parteimitgliedschaft alleine reichte für berufliche Vorteile nicht aus, es wurde eine aktive Teilnahme am politischen Leben erwartet, insbesondere die Übernahme von Funktionen in der Partei und deren Organisationen. 15 Parteigenossen, also 39,5 %, waren z. T. in führenden Positionen in der Partei tätig, so als Obergemeinschaftsleiter und Schulungsredner der NSDAP, Kreishauptstellenleiter (2 Personen), 2 als Rechtsberater, 4 als Blockleiter und 2 als Blockwarte. Solche Positionen deuteten auf eine engagierte und überzeugte nationalsozialistische Einstellung hin⁷²⁴.

Auflistung der Mitgliedschaft in NS-Organisationen

Anzahl	Organisation
43	NS - Rechtswahrerbund
37	NS-Volkswohlfahrt
21	Reichsluftschutzbund
19	Reichsbund Deutscher Beamter
17	Reichs-Kolonialbund
11	Sturmabteilung der NSDAP (SA)
10	NS-Altherrenbund
9	NS-Reichskriegerbund (Kyffhäuser)
6	NS-Deutscher Studentenbund
3	NS-Reichsbund für Leibesübungen
1	Kfz-Korps
1	HJ
1	SS

⁷²⁴ Die im Spruchkammerverfahren ausnahmslos mit dem Argument abgestritten wurde, man habe mit innerlichem Widerwillen nur zum Schein mitgemacht, um so NS-Opfern helfen zu können.

Lediglich 6 Juristen waren keinerlei Organisation beigetreten, nämlich 4 Parteimitglieder und 2 Nicht-Parteimitglieder. Insgesamt war von den 65 Mitgliedern bei 179 Mitgliedschaften in den unterschiedlichen Parteigliederungen jedes Mitglied durchschnittlich pro Kopf bei 2,7 Organisationen eingetreten.

7.4 BEFÖRDERUNGEN

Eine Beförderung ist eine Ernennung unter Einweisung in eine neue Planstelle mit höherem Endgrundgehalt⁷²⁵ und einer neuen Dienstbezeichnung. Befördert werden konnte, wer die erforderlichen Voraussetzungen nach § 8 der Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten vom 14.10.1936 erfüllte⁷²⁶. Dies waren:

- der Nachweis eines rückhaltlosen Eintretens für den nationalsozialistischen Staat,
- der Ariernachweis,
- die erforderlichen dienstlichen Leistungen.

Anhand mehrerer Kriterien wurde entschieden, ob die Voraussetzungen erfüllt waren. Im Wesentlichen waren dies die Zugehörigkeit zur Partei und deren Organisationen, die Herkunft aus einer geeigneten sozialen Schichtung, angemessenes Lebensalter, die geeigneten dienstlichen und parteilichen Beurteilungen. Diese eine Beförderung beeinflussenden Parameter wurden für Parteimitglieder und Nichtmitglieder verglichen um deren Bedeutung festzustellen.

7.4.1 EINFLUSS EINER MITGLIEDSCHAFT IN PARTEI UND DEREN GLIEDERUNGEN

Der schlagartige Beitritt der Juristen zur Partei und deren Organisationen zum 1.5.1933 belegt, dass dies weniger aus Überzeugung, als in dem Bestreben geschah, seine berufliche Laufbahn zu fördern. Die Einlassungen der Betroffenen in den Spruchkammerverfahren bestätigen dies. Häufig wurde der Parteieintritt damit begründet, für eine Beförderung sei dies unabdingbar gewesen. Eine Par-

⁷²⁵ Die finanziellen Vorteile einer Beförderung ergaben sich aus dem Ergänzungsplan zur Reichsbesoldungsplan (RGBl. I 1935, S. 385 ff). Danach erhielten Land- und Amtsgerichtsräte sowie Staatsanwälte ein Anfangsgehalt von 4.800.- RM und Endgrundgehalt von 7.100.- RM, Oberamtsrichter und Erste Staatsanwälte 200.- RM mehr, also 4.800.- RM – 7.300.- RM. Bei Land- und Amtsgerichtsdirektoren sowie Oberstaatsanwälten wurde das Gehalt um 1.400.- RM auf 6.200.- RM bis 10.600.- RM angehoben.

⁷²⁶ RGBl. I 1936, S. 893.

teimitgliedschaft war zunächst als Nachweis der politischen Zuverlässigkeit erwünscht, jedoch keine formale Voraussetzung für Einstellung oder Beförderung im Justizdienst⁷²⁷, erst 1939 wurde dies verlangt⁷²⁸. Ob der Beitritt tatsächlich honoriert wurde, der Parteigenosse einem gleichwertigen Nichtmitglied bevorzugt wurde, soll deshalb untersucht werden.

7.4.2 BEFÖRDERTE UND UNBEFÖRDERTE MITGLIEDER UND NICHTMITGLIEDER

Von den 68 namentlich bekannten Staatsjuristen der NS-Zeit war bei 16 Personen (23,5 %) eine Parteizugehörigkeit nicht abzuklären, von den verbleibenden 52 Juristen gehörten 43 Personen (82,7 %) der Partei an, 9 Personen (17,3 %) widerstanden einem Beitritt. Von Interesse war der Anteil an Beförderungen bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Von 43 Parteimitgliedern wurden 21 (48,8 %) befördert, 22 (51,2 %) kamen nicht zum Zuge, beide Gruppen waren also gleich groß. Von den 9 Nichtmitgliedern wurden 4 Personen (44,4 %) befördert, die übrigen 5 (55,6 %) verblieben in der Eingangsstufe. Auch hier sind beide Gruppen vergleichbar groß.

Anteile der beförderten und unbeförderten Juristen an Parteigenossen:

	Personen	%-Anteil	vor 1933	%-Anteil
Pg befördert	21	48,8	2 (1912/28)	9,5
Pg unbefördert	22	51,2		
Nicht Pg befördert	4	44,4	2 (1913/30)	50
Nicht Pg unbefördert	5	55,6		

Prozentual sind die Anteile der beförderten Strafruristen für Parteimitglieder und Nichtmitglieder vergleichbar hoch, ebenso wie bei den nicht Beförderten. Die Gründe für Beförderung oder deren Unterlassung wird für die o.g. Gruppen eruiert, um das Gewicht einer Parteiangehörigkeit oder anderer Kriterien herauszufiltern.

⁷²⁷ Gruchmann, S. 216.

⁷²⁸ § 2 VO über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten, 28.2.1939, RGBl. I S. 371.

7.4.2.1 Beförderte Parteigenossen

(1) Vor 1933 beförderte Parteigenossen.

Zwei Parteigenossen waren vor 1933 ohne Zutun der noch machtlosen Partei befördert worden, nämlich der 1873 geborene Richter Endriß, der im Jahre 1928 zum Amtsgerichtsdirektor ernannt worden war. In den Spruchkammerakten⁷²⁹ wurde er von Entlastungszeugen gesinnungsmäßig als innerlicher Gegner dargestellt, u. a. lehnte er es ab, an einem parteilich veranlassten Tauziehen teilzunehmen. Eine distanzierte Haltung ist bei ihm anzunehmen, auch wenn seine politische Haltung als nicht zu beanstanden eingestuft werde, „wenn er sich in manchen Dingen auch einige Zurückhaltung auferlegt“. Nach der Machtübernahme wäre er sicherlich nicht befördert worden.

Richter Schmid ernannte man 1926 zum Landgerichtsdirektor, bei seiner Pensionierung 1935 wurde er als Richter mit besten Kenntnissen aller Rechtsgebiete, unermüdlichem Fleiß, ausgeprägtem Pflichtbewusstsein und feiner Art der Menschenbehandlung gewürdigt⁷³⁰. In Gliederungen der Partei war er nicht eingetreten. Ersichtlich war er nicht engagiert in der Partei, er hätte kaum mit einer Beförderung rechnen können.

(2) Nach 1933 beförderte Parteigenossen:

Von den 21 beförderten Parteimitgliedern wurden 19 nach der Machtübernahme, befördert.

7.4.2.2 Beförderte Nicht-Parteigenossen

(1) Nicht Parteigenossen vor 1933 befördert:

Von den vier Nichtmitgliedern sind zwei vor 1933 und zwei nach 1933 befördert worden.

Im Jahre 1923 wurde Max Ernst als Oberstaatsanwalt Behördenleiter in Ulm. Er war historisch und wissenschaftlich tätig, politisch eher zurückhaltend eingestellt, und setzte sich für den jüdischen Museumsdirektor Baum ein. Mit dieser Einstellung hätte er in der NS-Zeit trotz fachlicher Leistungen mit einer gehobenen Position nicht rechnen können.

⁷²⁹ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 920. Das Entnazifizierungsverfahren wurde trotz seines Todes am 25.5.1945 durchgeführt um festzustellen, ob über sein Vermögen eine Geldbuße zu verhängen sei.

⁷³⁰ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 3560.

Anders könnte es beim DVP - Fraktionsvorsitzenden Kirchgeorg gewesen sein, der 1930 Landgerichtsdirektor geworden war und die Machtübernahme begrüßt hatte. Die DVP hatte zu diesem Zeitpunkt den Zenit ihrer Macht überschritten, die NSDAP noch keinen großen Einfluss. Der Stimmenanteil der NSDAP stieg erst im Jahre 1932 von nur 2 % im Jahre 1928 auf 37 % an. Damit dürfte die Beförderung auf üblichen Sachkriterien beruhen, aber auch auf der Zustimmung der NSDAP⁷³¹.

(2) Nicht Parteigenossen nach 1933 befördert:

Zum 1.12.1933 wurde Paul Rost zum Landgerichtspräsidenten ernannt, obwohl auf einer so wichtigen Führungsposition ein NS-Repräsentant zu erwarten war. Tatsächlich verhielt sich Rost auch wie ein überzeugter Nationalsozialist, der eine „rassistische und rassenhetzerische Einstellung bewiesen“ und sich „immer und überall für die Partei eingesetzt, Angst und Verfolgung verbreitet“ hatte, wie Zeugen im Spruchkammerverfahren bekundeten⁷³². Er wurde befördert, weil er die NS-Ideologie voll übernommen hatte.

Zum 1.8.1933 wurde der am 22.7.1879 geb Gustav Baitinger zum Landgerichtsdirektor, im April 1937 zum Vorsitzenden des Schwurgerichts ernannt. Seine zahlreichen Urteile atmen einen liberalen Geist aus, die Strafgesetze legte er – mit viel Wohlwollen für die Angeklagten – entgegen den Parteirichtlinien und den NS-Normen aus. Sein Amt nach dem Krieg als Spruchkammervorsitzender bestätigt seine distanzierte Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus.

Die Beförderung schon kurz nach der Machtergreifung kann nur auf Vorschlag und mit Unterstützung der Partei erfolgt sein, die wiederum ein parteineutrales Verhalten von Richter Baitinger voraussetzte. Man wird sagen können, dass seine erstklassigen juristischen Fähigkeiten sowie allgemeiner Respekt ebenso zur Beförderung beigetragen haben, wie der Mangel an geeigneten Parteigenossen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass zwei parteilich nicht organisierte Juristen nach 1933 befördert wurden, einer wegen seiner herausragenden Leistungen, der andere wegen seines überzeugten Eintretens für das neue Regime.

⁷³¹ Beide Parteien hatten ein ähnliches Programm und schon früh enge Kontakte: Etwa 2 Millionen Spenden jährlich der Industrie gingen an Dr. Hugenberg, dem Parteiführer der DVP, der ein Fünftel davon an die NSDAP weitergab (Bullok, S.172).

⁷³² StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 3560. Rost wurde später als Mitläufer eingestuft.

7.4.2.3 Nichtbeförderung von Parteimitgliedern

Von 42 Parteimitgliedern blieben 22 (51,2 %) unbefördert, davon je 11 Staatsanwälte und Richter. Nur ein Richter war keinerlei NS-Organisation beigetreten, die übrigen gehörten durchschnittlich je 3,7 Gliederungen an. Bei drei Personen sprachen offensichtlich schwerwiegende gesundheitliche Gründe gegen eine Höherstufung, weitere drei Juristen waren zur Wehrmacht eingezogen, einem Richter waren schon 1929 und 1930 Missbilligungen wegen verzögerter Geschäftsbehandlung ausgesprochen worden, ein Staatsanwalt beherrschte weder deutsches Recht noch die deutsche Sprache. Damit waren schon bei acht Personen die Entscheidungen sachlich begründet.

7.4.2.4 Nichtbeförderung von Nichtmitgliedern

Die berufliche und private Entwicklung der fünf Nichtmitglieder soll zeigen, ob sie wegen des verweigerten Beitritts benachteiligt worden sind.

(1) Willy Hagmeier war ein hervorragender Jurist, der sich vom NS-Regime fern hielt. Beides zeigt die Beurteilung vom 5.12.1935: „Landgerichtsrat Hagmeier ist ein praktisch veranlagter, sehr begabter, auch scharfsinniger Richter mit gutem Urteil und ebensolchen Leistungen, der auch größeren und schwierigeren Sachen ... durchaus gewachsen ist und seine Dienstaufgaben rasch und gewissenhaft erledigt. Seine Führung in und außer Dienst ist nicht zu beanstanden, über seine politische Haltung ist mir nichts Nachteiliges bekannt. Doch lässt er aktive Betätigung, wenn auch nur im Sinne von Teilnahme an Kundgebungen und ähnl. aus eigenem Antrieb vermissen. ... für die Beurteilung der selbstlosen Bereitschaft zu persönlichem Einsatz auch außerhalb des eigentlichen Dienstes fehlen mir mangels Beobachtung positiver Leistungen die erforderlichen Grundlagen.“⁷³³.

Noch klarer konnte man nicht darlegen, juristisch und menschlich sei der Bewerber für eine Beförderung hervorragend geeignet, aus politischen Gründen komme er jedoch nicht in Betracht. Im Spruchkammerverfahren wurde er als nicht betroffen eingestuft, er gehörte, wie das Justizministerium Stuttgart 1945 anerkennend unterstrich, „zweifelloos zu den wenigen nicht belasteten Juristen in

⁷³³ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 133.

der Justiz.“⁷³⁴ Die Verweigerung des Parteibeitritts kostete ihm die NS-Karriere⁷³⁵.

(2) Dr. Rudolf Saup war in 3 NS-Organisationen Mitglied. Am WK I nahm er 1916-19 als Frontkämpfer teil und erhielt das EK II, er wurde 1939 – 1940 zur Wehrmacht, 1944-1945 zum Volkssturm eingezogen. Über eine NS-Betätigung ist nichts bekannt, drei NS-Gliederungen hatte er sich angeschlossen, im Spruchkammerverfahren wurde er als nicht belastet eingestuft. Sein mangelndes politisches Interesse sprach gegen eine Beförderung.

(3) Einem volksdeutschen Staatsanwalt aus der Bukovina/Rumänien⁷³⁶ wurde in der Beurteilung 1942 bestätigt, er „ist begabt ... seine meist richtigen Gedanken trägt er zwar manchmal etwas verworren und ungeordnet vor“. Die fehlende Mitgliedschaft war nicht der Grund für die unterbliebene Beförderung.

(4) Dr. Keppner war in 3 NS-Gliederungen, 1944 war er bei der Wehrmacht, Staatsanwalt in Linz/Österreich und Ulm, sein Vorgesetzter stellte 1934 fest „Seine politische Haltung erscheint mir durchaus einwandfrei“, eine sehr zurückhaltende Feststellung⁷³⁷. Auch bei ihm scheint mir die fehlende Parteizugehörigkeit nicht ausschlaggebend für eine unterbliebene Beförderung gewesen zu sein.

(5) Landgerichtsrat Heinrich war 1915-1919 als Frontkämpfer eingesetzt, 1934 zu 4 NS-Gliederungen beigetreten. Er hatte ähnlich wie Landgerichtsdirektor Baitinger keine unmenschlich harten, sondern angemessene Strafen verhängt. Die unterbliebene Beförderung könnte auch darauf beruhen.

7.4.2.5 VERGLEICH MITGLIEDER MIT NICHT-MITGLIEDERN

Der prozentuale Anteil der Beförderungen liegt bei Parteimitgliedern und Nicht-Mitgliedern vergleichbar hoch, ein gravierender Unterschied kann nicht festgestellt werden. Nur bei Landgerichtsrat Hagmeier beruht mit Sicherheit eine unterbliebene Beförderung auf seiner ablehnenden politischen Haltung zur Partei.

⁷³⁴ StA Ludwigsburg, EL 322 III, Bü. 6.

⁷³⁵ Er wurde in der Nachkriegszeit LGPräs. in Ulm

⁷³⁶ Er wurde als überzeugter NS-Anhänger versehentlich nicht Pg, weil der Aufnahmeantrag verloren ging.

⁷³⁷ a.a.O.

7.4.3 EINFLUSS VON ALTERSSTRUKTUREN

Ein Kriterium für eine Beförderung war eine gewisse Lebens- und Berufserfahrung, die ein ausreichendes Mindestalter erforderte. Das durchschnittliche Alter der obigen Gruppen wurde für Staatsanwälte und Richter gesondert - auf das Jahr 1933 bezogen - verglichen.

Einfluss des Lebensalters auf Beförderungen

Durchschnittsalter für 1933	Staatsanwalt	Richter	Mittelwert
Pg-befördert	47,3	53,2	45,7
Pg nicht befördert	28,9	40,3	34,6
Nicht-Pg befördert	44,0	56,3	58,8
Nicht-Pg nicht befördert	30,0	45,0	36,0

Die nicht beförderten Juristen waren in erster Linie wegen ihres deutlich zu geringen Lebens- und Berufsalters unberücksichtigt geblieben. Die um 11 Jahre zu geringe Berufserfahrung war mit der Parteizugehörigkeit nicht auszugleichen. Bei Staatsanwälten und Richtern war der Abstand mit 17 bzw. 13 Jahren Differenz noch deutlicher. Die Ersteren waren erheblich jünger und wurden früher befördert⁷³⁸, während die Richter länger auf Anstellung und Beförderung warten mussten. Griffig zeigt sich dies bei einem Vergleich der 20 - 39-jährigen. Deren Anteil beträgt bei den Beförderten 23,8 %, bei den „leer ausgegangenen“ demgegenüber 76,2 %. Damit erweist sich ein zu geringes Alter als Hauptgrund für eine Nichtbeförderung, sowohl bei Partei- als auch bei Nichtparteimitgliedern.

7.4.4 FUNKTIONEN IN PARTEI UND DEREN GLIEDERUNGEN

Eine Parteimitgliedschaft für sich allein war nicht geeignet, das berufliche Fortkommen zu fördern. Ein Parteimitglied mit einer Mitgliedsnummer von 2 Millionen aufwärts – damit war ein Beitritt zum 1.5.1933 offensichtlich – hatte sich damit als „Trittbrettfahrer“ ausgewiesen und konnte bei der Vielzahl von Eintrittten und damit Mitbewerbern keinerlei Vorteile erhoffen, es sei denn, er vertrat

⁷³⁸ Dies lag auch an der nur für Staatsanwälte eingeführten Stelle eines Ersten Staatsanwalts zwischen Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt, die bei den Richtern keine entsprechende Stelle hatte.

engagiert und nachhaltig in Beruf und Öffentlichkeit die Partei durch Übernahme bedeutender Ämter. 25 Juristen hatten sich dem unterzogen und folgende Funktionen übernommen:

Funktionsträger in Partei und deren Gliederungen

Funktion	Anzahl bei	Anzahl bei
	Beförderten	Nichtbeförderten
Kreisgruppenführer	3	0
Hauptstellenleiter	2	0
Politischer Leiter	1	0
Gauredner	1	0
Rechtsreferent	1	3
Pressereferent	1	0
Blockleiter	1	7
SA-Hauptsturmführer	1	0
SA-Obersturmbannführer	1	0
SA-Rottenführer	1	0
Sonstige	0	2
Insgesamt	13	12

Mit einem Blick wird deutlich, weshalb die eine Gruppe im Gegensatz zur anderen befördert worden war: Diese Juristen hatten bei Partei und Organisationen die ranghöchsten, für eine Öffentlichkeitsarbeit wichtigen, Lenkungsstellen besetzt, in denen sie ihre Fähigkeiten und Führungsqualitäten beweisen konnten. Damit stellten sie ihren aktiven Einsatz für die Durchsetzung nationalsozialistischen Gedankengutes unter Beweis.

Die Nichtbeförderten waren demgegenüber mit 7 Blockleitern (58,3 % aller Funktionäre), nur zu untergeordneten Arbeiten eingesetzt, sie hatten vorwiegend die Beiträge zu kassieren, eine sehr unpopuläre, nicht geschätzte Tätigkeit. Die Rechtsreferenten hatten den Parteigenossen Rechtsbeistand zu gewähren, keine öffentlichkeitswirksame Arbeit. Die nur ihres Vorteils wegen ohne Überzeugung und Einsatzwillen eingetretenen formalen Parteimitglieder wurden schnell er-

kannt und nicht bevorzugt⁷³⁹. Honoriert wurden Zugehörigkeit zu Partei und deren Organisationen nur bei Übernahme wichtiger und verantwortungsvoller Führungsfunktionen, nicht bei untergeordneten Tätigkeiten.

7.4.5 EINFLUSS DER SOZIALEN HERKUNFT AUF BEFÖRDERUNGEN

Als gewichtiger Faktor für eine Beförderung kam die Klassenzugehörigkeit in Frage, insbesondere die beherrschende Stellung der Oberschicht in der Justiz ließ es wahrscheinlich erscheinen, dass sich diese Dominanz auch bei Beförderungen niederschlagen könnte. Es wurde deshalb die Schichtherkunft der beförderten Juristen untersucht, getrennt in vier Gruppen nach Beförderung bzw. Nichtbeförderung von Parteigenossen und Nichtmitgliedern getrennt erhoben. Auch der sozialen Herkunft der Staatsanwälte und Richter wurde nachgegangen, denn schon die Altersstruktur beider Gruppen hatte sich kräftig unterschieden, weshalb auch hier eine differenzierte Betrachtung angezeigt erschien.

Beförderung und Schichtzugehörigkeit⁷⁴⁰

	Personen	Oberschicht	Mittelschicht	Unterschicht	unklar
Pg befördert	19	11 (57,9)	5 (26,3)	1 (5,3)	2 (10,5)
Pg nicht befördert	22	13 (59,1)	6 (27,3)	2 (9,1)	1 (4,6)
Nicht-Pg befördert	2	2 (100)	0	0	0
Nicht-Pg nicht bef.	5	2 (40)	2 (40)		1 (20)
StA befördert	9	4 (44,4)	3 (33,3)	1 (11,1)	1 (11,1)
StA nicht befördert	14	7 (50)	2 (14,3)	1 (7,1)	2 (14,3)
Richter befördert	14	11 (78,6)	2 (14,3)	0	1 (7,1)
Richter nicht bef.	13	8 (61,5)	5 (38,5)	1 (7,7)	0

Prozentanteil in Klammern

Die soziale Herkunft beeinflusste auch im Nationalsozialismus die Aussicht auf Beförderungen, denn von den beförderten Juristen stammten 78,6 % der Richter und 44,4 % Staatsanwälte aus der Oberschicht. Aus der Mittelschicht wurden 33,3 % Staatsanwälte und 14,3 % Richter, aus der Unterschicht wurde

⁷³⁹ So auch in Hamburg, siehe Stein-Stegman, S. 203.

⁷⁴⁰ Vier Beförderungen von Richtern erfolgten vor 1933, sie blieben unberücksichtigt.

ein Staatsanwalt (11,1 %) befördert. Mit Abstand die besten Aussichten auf eine Beförderung hatten damit Juristen aus der Oberschicht, bevorzugt Richter, gefolgt an zweiter Stelle von Staatsanwälten.

Bei den Staatsanwälten war die Schichtzugehörigkeit für ein berufliches Fortkommen nicht so entscheidend, hier wurden ebenso viele aus Mittel- und Unterschicht zusammen befördert, wie aus der Oberschicht. Bei den Richtern war dies lediglich ein Siebtel. Dies kann darauf beruhen, dass der Nationalsozialismus zuerst die Staatsanwaltschaften mit Parteigängern besetzen wollte und hierzu – entsprechend dem Parteiprogramm – Juristen aus der Mittelschicht bevorzugte. Eine gewisse Bedeutung spielt in diesem Zusammenhang das geringere Alter der Staatsanwälte, das eher eine dem neuen Regime aufgeschlossene politische Überzeugung erwarten ließ.

Wie stark die Oberschicht generell vertreten war belegt der ebenfalls hohe Anteil bei den nicht beförderten Juristen mit 61,5 % bei den Richtern und 14,3 % bei den Staatsanwälten.

Parteigenossen aus Mittel- und Unterschicht wurden ersichtlich in keiner Weise bevorzugt, denn die Anzahl der beförderten und nicht beförderten Parteigenossen ist nahezu identisch, ebenso bei den Nicht-Parteigenossen. Wer befördert werden wollte, hatte als Mitglied in der Partei und Angehöriger der Oberschicht die besten Voraussetzungen.

7.4.6 AUSWIRKUNGEN EINER PROMOTION AUF BEFÖRDERUNGEN

Eine Promotion sollte neben dem persönlichen und sozialen Ansehen auch das berufliche Fortkommen fördern und als Nachweis der fachlichen Fähigkeiten eines Bewerbers dienen. Ausgewertet wurden deshalb auch die Auswirkungen auf spätere Beförderungen.

Auswirkung einer Promotion auf Beförderung

	Anzahl	%-Anteil
Befördert insgesamt	27	
Befördert mit Promotion	8	29,6
Befördert ohne Promotion	19	70,4
Befördert mit Prom. in Oberschicht	4	14,8
Bef. ohne Prom. in Oberschicht	9	44,4
Bef. m. Prom. in Mittel/Unterschicht	1	3,7
Bef. o Prom. in Mittel/Unterschicht	5	18,5

Diese Gegenüberstellung zeigt plastisch wie wenig hilfreich sich eine Promotion auf eine Beförderung auswirkte: Ohne Promotion war die Beförderungschance mehr als doppelt so hoch wie mit Promotion, in der Oberschicht war ohne Promotion die Beförderungschance dreimal so hoch, in Mittel- und Unterschicht stieg die Beförderungschance ohne Promotion um das Sechsfache.

7.4.7 TEILNAHME AM WELTKRIEG

Im nationalsozialistisch geprägten Staat besaß der Wehrdienst, der Kampf und Einsatz für das Vaterland, einen hohen Rang, er wurde propagiert als „Ehrendienst am deutschen Volk“, als „Treuepflicht des Volksgenossen zu seinem Volk“⁷⁴¹. Bei manchen Staatsjuristen ging die Befürchtung um, sie würden ohne Kriegsteilnahme – bei uk.-Stellung - beruflich benachteiligt. Tatsächlich wurden in den Beurteilungen selten Teilnahmen am Weltkrieg I oder Auszeichnungen erwähnt, ein bevorstehender Kriegseinsatz im WK II ist nur einmal positiv angesprochen mit dem Hinweis, jetzt könne der Beurteilte seine vorhandenen Führungsqualitäten beweisen⁷⁴².

Von den 27 beförderten Juristen hatten 12 (44,4 %) am WK I teilgenommen, 7 waren Frontkämpfer, einer war in Süd-West-Afrika eingesetzt, einer untauglich gewesen. 11 (40,7 %) beförderte Juristen waren zum WK II eingezo-

⁷⁴¹ Friedlander, Kategorien, S. 85.

⁷⁴² JM Stuttgart, Personalakte 6015.

gen, in vier Fällen bereits ab 1939. Lediglich 3 davon wurden nach der Einberufung zur Wehrmacht befördert, die übrigen in der Zeit zuvor.

7.4.8 BEURTEILUNGEN

Die Juristen wurden – ebenso wie alle anderen Beamten – regelmäßig von ihren Dienstvorgesetzten beurteilt, dabei ihre beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse, Arbeitseinsatz, Auftreten, Umgang mit den Parteien und Kollegen sowie die politische Zuverlässigkeit und engagierte Einsatz für „den heutigen Staat“ bewertet. Dies bildete – zusammen mit einer zusätzlichen Stellungnahme der Partei über den politischen Einsatz und die politische Zuverlässigkeit – die Grundlage für Beförderungen.

Am gewichtigsten war die politische Zuverlässigkeit, die in Umschreibungen mit charakteristischen Begriffen, für jeden Kundigen verständlich, dem Beamten in einer Rangfolge zugeordnet wurden. Dabei bediente sich jeder Verfasser anderer Formulierungen, um das Maß der Zuverlässigkeit („rückhaltlose Einsatzbereitschaft“) oder Unzuverlässigkeit („politisch wenig interessiert“) in abgestufte Gruppen einzuordnen, die nicht eindeutig voneinander abgegrenzt waren.

7.4.8.1 Positive Beurteilungen

StA Dr. Bejlovec wies eine makellose Karriere mit glänzenden Beurteilungen auf, wenn auch die erste vom 25.1.1936 vorsichtig formuliert wurde: „Gegen seine politische Haltung ist meines Wissens nichts einzuwenden“⁷⁴³. Am 26.1.1943 schätzte man ihn als gut begabten, rührigen und arbeitsfreudigen Beamten ein, der bei aller Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum einen unbeirrbaren Durchsetzungswillen besitze. Sein Einsatz für die HJ hob ihn hervor: „Infolge seines Verständnisses für jugendliches Denken und Handeln gewann er das Vertrauen der HJ-Führung, die ihn zum Disziplinarrichter und Rechtsreferenten bestellte. ... Als Parteimitglied und Anhänger der nationalsozialistischen Weltanschauung zeigt er stets Interesse und Verständnis für die Aufgaben der NSDAP. ... Dr. Bejlovec ist für jeden Posten in der Justizverwaltung geeignet, besonders

⁷⁴³ StA Ludwigsburg E 322 III, Bü. 12.

aber infolge seiner guten Veranlagung, seines Pflichtgefühls und seines Geschicks in der Menschenbehandlung zu jeder Führerstelle.“

Mit dieser blendenden Beurteilung kam er zur Generalstaatsanwaltschaft, wo angefügt wurde: „Er arbeitet rasch und zuverlässig, hat ein gutes Fingerspitzengefühl für politische Strafsachen und Gnadensachen. ... Seine politische Zuverlässigkeit ist unbedingt zu bejahen.“⁷⁴⁴ Dr. Bejlovec wurde am 25.11.1944 befördert⁷⁴⁵.

StA Krauß erhielt alle wichtigen Eigenschaften für eine Beförderung bescheinigt: er wurde als charakterfeste, selbstbewusste Persönlichkeit und überzeugter Nationalsozialist geschildert, der als Ortskreisgruppenführer im RLB mit seiner Ehefrau, die der NS-Frauenschaft angehört, einen geordneten Haushalt führt und schuldenfrei ist.“, und zusammenfassend: „Bei seiner korrekten dienstlichen und außerdienstlichen Haltung, seiner Kollegialität und vor allem bei seinem sicheren entschlossfesten Auftreten, seiner Bildung und seiner Menschenkenntnis glaube ich bestimmt, dass er sich zum Führer und Erzieher eignet“⁷⁴⁶.

Dr. Ernst wurde geschildert als tüchtig, fleißig, gewissenhaft, „seine politische Haltung ist mir seit langen Jahren als durchaus einwandfrei bekannt“⁷⁴⁷. Diese Einschätzung traf zu, als Staatsanwalt beim Standgericht Ulm beantragte er wegen einer geringfügigen Plünderung erfolgreich die Todesstrafe⁷⁴⁸.

Dr. Grub wurde 1938 zum Amtsgerichtsdirektor ernannt und im November zum Senatspräsidenten vorgeschlagen mit der Beurteilung: „Sein Charakter ist einwandfrei, seine politische Zuverlässigkeit außer Zweifel“.⁷⁴⁹ Er fällte als Standgerichtsvorsitzender im o.g. Plünderungsfall die Todesstrafe.

LGR Schüle wurde vom LGPräs. Rost, LG Ulm, bestätigt „Ergiebige Arbeitsweise zeichnet den Richter aus. ... Menschenbehandlung und sonstige

⁷⁴⁴ Justizministerium Stuttgart, Personalakte 26749.

⁷⁴⁵ Im Spruchkammerverfahren wurde er als Mitläufer gegen eine Sühnezahlung von 900.- RM eingestuft. Als späterer Rechtsanwalt mokierte er sich gesprächsweise bei Sitzungspausen über die heutigen dekadent milden Strafurteile und schwärmte von der effektiven, die Kriminalität minimierenden, NS- Strafjustiz.

⁷⁴⁶ StA Ludwigsburg EL 322 III, Bü 16.

⁷⁴⁷ StA Ludwigsburg, E 322, Bü 9. Dr. Ernst war am 1.3.1933 der Partei beigetreten.

⁷⁴⁸ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 73.

⁷⁴⁹ Dies traf zu, hatte er doch als Vorsitzender des Standgerichts Ulm einen Plünderer zum Tode verurteilt.

Führereigenschaften zu betätigen, wird ihm während seines Wehrmachteinsatzes in reichem Maß Gelegenheit gegeben. ... die politische Haltung des Richters ist nicht zu beanstanden“⁷⁵⁰.

7.4.8.2 Negative Beurteilungen

Die politische Beurteilung des sehr begabten, scharfsinnigen Richters Hagmeier liest sich wie folgt: „... über seine politische Haltung ist mir nichts Nachteiliges bekannt. Doch lässt er aktive Betätigung, wenn auch nur im Sinne von Teilnahme an Kundgebung und ähnl. aus eigenem Antrieb vermissen. ... für die Beurteilung der selbstlosen Bereitschaft zu persönlichem Einsatz auch außerhalb des eigentlichen Dienstes fehlen mir mangels Beobachtung positiver Leistungen die erforderlichen Grundlagen“⁷⁵¹. Der fehlende politische Einsatzwille war hier deutlich als Mangel hervorgehoben.

Unverhüllt kritisch liest sich die Beurteilung des AGR Majer durch den OLG-Präsidenten vom 17.6.1936 zur fachlichen Fähigkeit und politischen Einstellung: Er „ist ein aufsichtsführender Richter, dem es an Fleiß nicht fehlt und der sich eifrig bemüht, seinen Dienstgeschäften nachzukommen, dem es aber nur bei einem Teil von ihnen vollauf gelingt ... Er ist seit 1.Mai 1933 Mitglied der NSDAP, ohne dass er sich aber bei der Partei aktiv betätigt“⁷⁵².

Die NS-Ideologie eines kämpferischen Eintretens für die Parteiinteressen schlug sich bei der Einschätzung von Dr. Gültner nieder, dem am 20.8.1938 bestätigt wurde, er sei „ ein pflichttreuer Arbeiter von freundlichem, aber etwas undurchsichtigem Wesen, keine kämpferische Natur. Es besteht kein Anlass, an seiner politischen Zuverlässigkeit zu zweifeln.“⁷⁵³

Dem in der NS-Zeit nie der Partei beigetretenen und nie beförderten StA Dr. Keppner wurde am 15.5.1934 bestätigt, „Seine politische Haltung erscheint mir durchaus einwandfrei“⁷⁵⁴, ein deutlicher Hinweis auf fehlenden parteilichen Einsatz.

⁷⁵⁰ Justizministerium Stuttgart, Personalakte 6015.

⁷⁵¹ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü 153.

⁷⁵² HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü 732.

⁷⁵³ StA Ludwigsburg, E 322 III, Bü 5.

⁷⁵⁴ StA Ludwigsburg, E 322 III, Bü 19.

Geradezu vernichtend stellt die Beurteilung des Volksdeutschen H. aus der Bukovina/Rumänien⁷⁵⁵, fest: „ Seine meist richtigen Gedanken trägt er zwar manchmal noch etwas verworren und ungeordnet vor. ... Charakter, Führung und politische Haltung sind –soweit nach so kurzer Zeit ein Urteil möglich ist – ohne Tadel“⁷⁵⁶.

7.4.8.3 WIDERSTAND DER PARTEI

Ohne gute politische Führung und ohne politischen Einsatz gab es keine Beförderung und beides wurde durch eine Stellungnahme der Partei belegt, oder verneint. Die Partei nutzte ihren Entscheidungsspielraum aus, um fachlich fähige, aber politisch unbeliebte Richter von Führungsstellen auszuschließen. So widersetzte sich Gauleiter Murr⁷⁵⁷ am 11.1.1936 der vorgesehenen Beförderung von StA Dr. Kerschbaum, denn „die von mir angestellten Erhebungen haben ergeben, dass ... er Volksgenossen, die sich aktiv für den Nationalsozialismus betätigten, mit geringschätzigem Lächeln betrachtete. Ich möchte deshalb empfehlen, dem Dr. Kerschbaum noch einige Zeit zur Bewährung zu geben“⁷⁵⁸. Zum 1.5.1937 trat dieser in die Partei ein, er wurde 1938 befördert.

7.4.9 ZUSAMMENFASSUNG BEFÖRDERUNG:

Das Regime hatte die Bedeutung der Strafjustiz für Durchsetzung und Erhaltung ihrer Macht sehr früh erkannt und ihre Mitbestimmung bei Einstellungen und Beförderungen von Beamten durchgesetzt, indem sie die politische Zuverlässigkeit der Bewerber beurteilte. Damit war die Justiz auf dem Kerngebiet der Personalpolitik entmachtet. Die Führungspositionen der Staatsanwaltschaften, die über

⁷⁵⁵ Seine in Bopfingen / Württemberg 1891 geb. Eltern waren etwa 1910 ausgesiedelt.

⁷⁵⁶ StA Ludwigsburg, E 352 III, Bü. 3. Diese klaren Worte waren noch geschönt: Am 15.2.1950 urteilte die Staatsanwaltschaft Ulm: „ Seine juristische Begabung, theoretischen Kenntnisse sind äusserst dürftig. Von Beherrschung deutscher Sprache ist keine Rede. Die Zeit seit 1941 wurde nicht genützt, zu lernen und zu verbessern. ... Er wird nie fähig sein zu einem Staatsanwalt“.

⁷⁵⁷ Als Gauleiter war er zugleich Reichsstatthalter und damit für die Beförderung von Beamten zuständig.

⁷⁵⁸ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü 2118.

Anklagen oder Einstellungen entschieden, waren besonders wichtig und spätestens zum 31.12.1941 zu 100 % mit loyalen Parteigängern besetzt.⁷⁵⁹

Auf eine Beförderung konnte nur rechnen, wer rückhaltlos für Führer und Partei eintrat, die NS-Ideologie verinnerlicht hatte und engagiert nach außen vertrat. Zum Nachweis hierfür musste man Parteimitglied sein, was für sich allein eine Beförderungschance bei 82,7 % eingetretener Juristen nicht erhöhte. Unabdingbar waren Führungsqualitäten, Durchsetzungswille und -kraft, Arbeitseinsatz und Pflichtgefühl sowie die Übernahme verantwortlicher Funktionen in Partei und Gliederungen, weniger entscheidend waren fachliche Kenntnisse.

Ulmer Juristen unterm Hakenkreuz



Oberstaatsanwalt Dr. Max Ernst, erster von links, tritt im Januar 1935 in den Ruhestand, im Bild zweiter von links NSDAP-Kreisleiter Eugen Maier im Sitzungssaal des Ulmer Justizgebäudes.

Der durchschnittliche Staatsanwalt war 41 Jahre, Richter 47,8 Jahre alt, in 82,7% Parteigenosse, durchschnittlich in 2,7 Parteiorganisationen Mitglied mit Führungsfunktionen und verheiratet. Von den beförderten Richtern stammten 78,6 % aus der Oberschicht, 14,3 % aus der Mittelschicht. Die soziale Herkunft

⁷⁵⁹ Aus früherer Zeit gibt es keine Handbücher der Justiz, aus denen der Anteil der Besetzungen ersichtlich ist.

aus der Oberschicht erhöhte demnach die Beförderungschance bei den Richtern. Bei den beförderten Staatsanwälten betrug der Anteil 44,4 % bzw. 33,3 %, aus der Mittelschicht stammende Staatsanwälte wurden doppelt so oft befördert wie vergleichbare Richter.

7.5 STRAFJURISTEN - IM WIDERSTAND ODER „PANZERTRUPPE DER PARTEI“

- Bibliographieen Ulmer Staatsjuristen

Auch wenn sich zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung nur wenige Richter und Staatsanwälte offen zu Hitler bekannt hatten, vollzog sich dennoch die politische Anpassung reibungslos. Ein nicht geringer Teil der Justiz stand dem Nationalsozialismus zu Beginn nicht ablehnend gegenüber. Insbesondere die Juristen, welche im Kaiserreich geprägt worden waren und sich traditionellen Wertvorstellungen verpflichtet fühlten, waren zu einer Zusammenarbeit bereit. Sie erwarteten ein Ende des Parteienstaates, die Stärkung des nationalen Gedankens und akzeptierten die zahlreichen Rechtsveränderungen und -brüche des NS-Regimes (Vorbeugehaft ohne richterliche Prüfung, Pressezensur, Eingriffe der Partei in die Justiz, die illegalen Hinrichtungen beim Röhm-Putsch) in der Erwartung, diese revolutionären Übergriffe würden nach Stabilisierung des Systems beendet und in ein rechtsstaatliches Gebilde münden⁷⁶⁰. Mit diesem Versprechen erschlich Hitler die Kooperationsbereitschaft der bürgerlichen Beamten- und Richterschaft und konnte so den Eindruck von Tradition und Rechtsstaatlichkeit erwecken, während in Wirklichkeit die Justiz mit der Umsetzung repressiver Strafnormen dem Machterhalt eines totalitären Unrechtsstaates diente⁷⁶¹.

Eine individuelle Verantwortung ist schwer zu belegen, man kann nicht allen Strafruristen ein solches Verhalten anlasten. Einige hatten – anders als die systemkonforme und regimetragende Mehrheit – schon zu Beginn des Dritten Reiches den totalitären, rechtlosen Unterdrückungsstaat erkannt und diesem die Gefolgschaft verweigert. Dies konnte man offen, durch Ablehnung eines Partei-

⁷⁶⁰ Müller, Ingo, S. 44.

⁷⁶¹ Die traditionellen Eliten auch der Justiz sollten nur für die rasche Durchsetzung der eigenen Zielsetzungen instrumentalisiert werden, (Ruck; S. 37).

beitritts⁷⁶² zeigen, sich auch den Forderungen nach härtesten Strafen widersetzen⁷⁶³, den freundschaftlichen Kontakt zu jüdischen Rechtsanwälten nicht abbrechen⁷⁶⁴, den Hitlergruß verweigern oder Feindsender abhören⁷⁶⁵. Diese Juristen, die Hitler durchschaut hatten, leisteten nicht Widerstand durch Anschläge oder bewaffneten Kampf, sondern sie höhnten Gesetze und Anordnungen aus durch Verweigerung überhöhter Strafen und schwächten so unspektakulär den Nationalsozialismus.

Auch diese gewaltlose, aus politischen oder ethischen Gründen motivierte Ablehnung muss zum Bereich des Widerstandes gerechnet werden, nämlich zur grundsätzlichen Ablehnung des Regimes und der Verweigerung, sich der geforderten totalen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Gleichschaltung selbst im privaten Bereich zu unterwerfen⁷⁶⁶. Diese Bewahrung einer persönlichen Weltanschauung und privater Interessen, die private und berufliche Umsetzung von humanem Denken und Menschlichkeit beinhaltet eine Einstellung zum totalitären Staat, der als Widerstand einzuordnen ist. Dieser Begriff wird zumeist als „politischer organisierter Widerstand“ verstanden, der allenfalls von organisierten, in sich geschlossenen Gruppen wie Wehrmacht, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien hätte durchgeführt werden können, bei denen zumeist eine Regimeablehnung auf grundsätzlicher Überzeugung beruhte. Diese Auffassung ist verbreitet, so führt Greschat dazu aus: Es ist „zwischen Äußerungen der Unzufriedenheit aus aktuellem Anlass und betonter Nichtanpassung zu unterscheiden, erkennbarem Nonkonformismus, Opposition in Einzelfragen oder grundsätzlicher Art, bis hin zur Beteiligung an aktivem, auf den politischen Umsturz gerichteten Widerstand. Lediglich für diese letztgenannte Zielsetzung verwende ich den Begriff. Bei den anderen Formen der Distanzierung bzw. Opposition ist zudem stets zu fragen, ob und inwieweit sie eine Beeinträchtigung oder Störung der nationalsozialistischen Herrschaft bedeuteten. Momentanes lautes Aufbegehren konnte

⁷⁶² In Ulm haben sich 9 Juristen einer Mitgliedschaft verweigert.

⁷⁶³ So wie dies die Richter der Großen Strafkammer regelmäßig praktizierten.

⁷⁶⁴ Dies hatte Richter Hagmayer praktiziert.

⁷⁶⁵ Dieses wurde dem Richter Wenger angelastet.

⁷⁶⁶ Diese totale Entprivatisierung charakterisiert gut der Kernsatz für die SA-Einheiten: „Du bist Eigentum des Volkes“ (Mühlhäuser, S. 168).

unter diesem Gesichtspunkt eventuell harmloser sein als die dauerhafte stille Distanzierung vom nationalsozialistischen Gedankengut.“⁷⁶⁷.

Eine Zwischenlösung versucht Broszat, der ein solches individuelles Verhalten als „Resistenz“⁷⁶⁸ bezeichnet. Dies überzeugt nicht, denn vom Individuum wurde „nicht Anpassung, sondern eine wesensmäßige, substanzhafte Einordnung verlangt.“⁷⁶⁹, ein Aufgehen in der Volksgemeinschaft als einem „... biologisch zusammenhängenden Organismus“. Die Begründung, individuelle Handlungen richteten sich nicht grundsätzlich gegen das Regime sondern entsprängen einer momentanen Reaktion, greifen zu kurz. Mit der Verweigerung des Hitlergrußes oder einer Beteiligung an Gemeinschaftsveranstaltungen war man nonkonform und aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen. Damit verstieß man gegen das elementare Prinzip der Volksgemeinschaft und lehnte grundsätzlich den Nationalsozialismus ab. So bewertete man das im Dritten Reich, in dem wegen solcher Vorfälle Disziplinarverfahren eingeleitet wurden⁷⁷⁰. In der Nachkriegszeit wurde dieses Verhalten in den Spruchkammerverfahren ebenfalls als grundlegende Ablehnung des Nationalsozialismus gewertet⁷⁷¹. Es besteht kein Grund, dies heute anders einzuordnen.

Die Diagramme und Tabellen zeigen nur einen nüchternen Querschnitt der NS-Rechtsprechung, ohne die handelnden Personen, die für die einschneidenden Entscheidungen verantwortlich waren, individuell sichtbar zu machen. Die einen haben das Unterdrückungs- und Vernichtungssystem unterstützt, entweder ihrer Karriere wegen oder weil sie Hitlers skrupellose Machtbesessenheit nicht durchschaut hatten. Die anderen hatten seinen Charakter erkannt und ihm den Gehorsam im Rahmen ihrer Möglichkeiten verweigert. Von beiden Gruppen sollen hier einige Strafrechtler stellvertretend dargestellt werden.

Die Kurzbiographien sollen zeigen, dass nicht jedes Parteimitglied ein überzeugter Nationalsozialist war, der kriminelle Urteile erließ. Einige haben den überzogenen politischen Forderungen nicht nachgegeben, weil sie sich weiterhin

⁷⁶⁷ Greschat, S. 15 ff.

⁷⁶⁸ Broszat, S. 691 f.

⁷⁶⁹ Schwarz, Alfons, S. 15.

⁷⁷⁰ Die Verweigerung des Hitlergrußes wurde als Beleidigung des Führers angesehen,

⁷⁷¹ Wer in diesen Verfahren belegen konnte, dass er den Hitlergruß nur mit innerem Widerwillen geleistet habe, hatte damit seine Gegnerschaft zum Regime bewiesen.

der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlten und dies auch umsetzten. Die Mehrheit zählt jedoch nicht dazu.

7.5.1 FURCHTLOSE JURISTEN - IM WIDERSTAND

(1) Oberstaatsanwalt Heß

Der am 20.03.1875 geb. Jurist war der einzige Behördenleiter der Justiz in Ulm, der sich mit vollem Einsatz der Selbstherrlichkeit von Partei und Polizei entgegenstellte. Zwar war er ab 1.5.1933 Parteigenosse und wurde am 1. März 1935 Behördenleiter⁷⁷², aber er kämpfte unerschrocken für Verfolgung und Bestrafung krimineller Übergriffe von SA und SS an. Als der übermächtige Gauleiter Murr und der „Alte Kämpfer“ Polizeidirektor Dreher, Mitglied des Reichstags, kriminelle Übergriffe der SA decken wollten und die Vorlage von Akten verweigerten, wehrte er sich engagiert – aber vergeblich – dagegen. Mit allen Mitteln versuchte er, die kriminellen Übergriffe von SS und SA strafrechtlich zu verfolgen und für Sicherheit auf der Straße auch für NS-Gegner zu sorgen. Seine wiederholten Demarchen beim vorgesetzten Generalstaatsanwalt in Stuttgart bis zum Reichsjustizminister in Berlin, mit dem Versuch, die gesetzlich und moralisch vorgeschriebene Strafverfolgung gegen die Macht der Partei durchzusetzen, blieben erfolglos.

In dem nachfolgend abgedruckten Brief schildert Oberstaatsanwalt Heß seine Bemühungen, SA-Männer wegen Landfriedensbruchs u.a. strafrechtlich zu belangen. Dieses Ermittlungsverfahren ist archiviert⁷⁷³, die Akten enthalten lediglich einen Zeitungsbericht über einen harmlosen Demonstrationszug, der von der SA angegriffen wurde. Da eine Anzeige nicht vorliegt, waren die Bemühungen um Strafverfolgung der Täter wohl erfolglos geblieben. Die Entmachtung der Justiz und die im Brief erwähnte illegale Briefzensur – die er ersichtlich nicht tolerierte – haben vermutlich den frühen Ruhestand des Behördenleiters im Jahre 1937 veranlasst. Er verstarb im Februar 1938. Von den wenigen Unterlagen über ihn mag

⁷⁷² StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 1756; E 322 III, Bü. 87.

⁷⁷³ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2761/35.

sein persönlicher Brief⁷⁷⁴ die Gemütslage eines gesetzestreuen Staatsanwalts aus der damaligen Zeit schildern.

In dem gegen ihn durchgeführten Spruchkammerverfahren⁷⁷⁵ wurde festgestellt, er habe aktiv Widerstand geleistet und für die Partei nichts übrig gehabt. Er wurde als entlastet in Gruppe 5 eingestuft.

⁷⁷⁴ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü 1750. Die Witwe hatte ihn zum Beweis für den „schweren Kampf ihres verstorbenen Ehemannes“ der Spruchkammer vorgelegt mit dem Hinweis, ihr Mann habe gebeten, ihn im Falle eines frühen Todes obduzieren zu lassen, ihre Anträge seien abgelehnt worden. Die Umstände seines Todes lassen daran denken, dass er auf ähnliche Weise wie Reichsjustizminister Franz Gürtner von Hitler „aus dem Weg geräumt“ worden ist: Als rechtlich denkender Mann trat er den Plänen Hitlers entgegen, er verstarb 1941 nach kurzer, ungeklärter Krankheit nach einem Besuch in Moskau. Gruchmann u.a. gehen davon aus, dass er vergiftet worden sei.

Auch Heß verstarb nach kurzem Ruhestand an einer ungeklärten Erkrankung und befürchtete wegen seines massiven Widerstandes gegen SA- und Parteiübergriffe seine Vergiftung und bat, ihn obduzieren zu lassen. Dem wurde nicht entsprochen, seine Leiche wurde kremiert.

⁷⁷⁵ Auch gegen Verstorbene war dies erforderlich, da bei hochrangiger Funktion als Sühne Vermögenswerte hätten eingezogen werden können.

A B S C H R I F T !

J. H e B ,
Oberstaatsanwalt,
ULM (Domau),
Schad-Str.24

Ulm, den 18.5.1935

Lieber Hanns und Gerhard!

Herzlichen Dank für Eure Karten je vom 17.5., die wir heute Nachm. 12 Uhr miteinander erhalten haben. Ihr werdet Euch also nun am Sonntag 26.6. in Leipzig sehen. Es ist recht, dass Gerhard heute und morgen die "Buchhändler - Kantate" in Leipzig mitmacht. - Es geht uns beiden gesundheitlich recht gut. Ich freue mich selbst darüber, dass ich mit meinem Herz (bzw. Nerven) so gut bei den vielen Widerwärtigkeiten aushalte; ich glaube, ich bin besonders gestärkt dagegen: vielleicht darf ich dabei eine besondere Aufgabe erfüllen und dazu beitragen, dass solche Übergriffe von pol. Seite, von höherer Seite abgestellt werden, dass solche bolschewistische Terrorakte künftig verhindert werden u. dass der jetzige Fall seine ihm gebührende gerichtliche Ahndung findet. Es wird auch H. Dreher u. H. Mur jedenfalls bedeuten, wo die Grenzen ihrer Befugnisse sind u. dass Partei und Staat keine Gegensätze sein dürfen. - Da sich H. Dreher mir gegenüber unter Berufung auf den Reichsstatthalter, der das nicht zulasse, geweigert hatte, meinem Ersuchen um Mitteilung der Akten der Pol. Direktion über die Vorfälle bei der Demonstration zu entsprechen u. in vollständig verkehrter Weise sich darauf berief, dies sei eine pol. Sache mit der sich die Staatsanwaltschaft nicht zu befassen habe, die nur das Landespolizeiamt angehe, es handle sich zudem um eine Sache des Parteigerichts (!), da ja "nur SA.-Leute beteiligt" gewesen seien, oder - grundfalsch! - um die Zuständigkeit des "Sondergerichts" (!), bin ich, wie ich ihm schon angekündigt hatte, beim H. Generalstaatsanwalt persönlich vorstellig geworden und habe diesem einen an den H. Reichsjustizminister vorzulegenden eingehenden Bericht überreicht. Dieser wird, wie ich hoffe, seine Wirkung nicht verfehlen. - Zunächst nahm ich am Dienstag, Vorm. 5h an der Doppelhinrichtung⁺ teil, deren Eindrücke ich Euch später gelegentlich schildern werde. Es ging alles sehr rasch und glatt und meine Nerven haben gut standgehalten. Als ich nach einem Gang über die Stadtmauer mit StA. Fink in unser schönes Gärtchen morgens 5 1/2 Uhr kam, sah ich dort das erste aufgeblühte Mückchen (auch die anderen kommen jetzt). Neben der Hinrichtungsmaschine im Gefängnishof stand übrigens ein blühendes Mandelbäumchen! Ein merkwürdiger Gegensatz. Unangenehm war ~~x~~ mir das wir ein "Bächlein" sich anhörende Laufen des Blutes, nachdem der Kopf gefallen war. - Genug. - Heute erhielt ich die Akten zur Bearbeitung des Raubmordes Weisshaupt, der Anfangs Juni zur Verhandlung vor dem Schwurgericht kommen soll. Ich will diese Sache selbst vertreten. In den nächsten Tagen habe ich deshalb emsig zu arbeiten u. gehe deshalb auch recht früh - ohne Glucker - ins Amt. - Am Donners tag fuhr ich also mit der l. Mutter nach Stuttgart. Ich war von 9 - 3/4 1 Uhr bei Sen. Präs. Truckenmüller u. dem H. Generalstaatsanwalt Beide fassen mit mir den Fall sehr ernst auf u. sind mit meiner entschiedenen Stellungnahme durchaus einverstanden. Ich habe einen sehr scharfen Bericht an den H. Reichsjustizminister verfasst, der mit näherem Bericht des H. Gen. StA. sofort vorgelegt wird. Ich habe

+ Hinrichtung wegen Mordes in der Umg. Ulms.

- 2 -

Ich habe mich ernstlich gegen solche Eingriffe oder Widerstände gegen mein Amt verwahrt u. erklärt, es wäre das Ende jeder Rechtsordnung, wenn ich hier nicht geschützt u. gestützt würde. -

Wie ich heute hörte, soll es Dreher doch nicht mehr so behaglich sein u. Murr soll nun auch erklärt haben, dass die Sache unbedingt von der St.A. verfolgt werden müsse! Dr. soll sogar gesagt haben, dass er die Leute nicht "decken" wolle! - Haupträdelsführer ist der Baumgarten, der Mann der Frauenschaftsleiterin! - Auch Gagel spielt keine glückliche Rolle. - In Stuttgt. waren wir Nachm. noch mit Wolff u. Frau zusammen, die meinem Vorgehen" allen Respekt zollten.- Dr.Hoffm., Gerhards Lehrer freute sich auch sehr, uns zu treffen.

Der Koffer von Hanns ist heute auch gekommen u. schon ausgepackt. Das Brandloch ist jedoch grösser u. wird sich wohl nur unter Zuhilfenahme der Weste reparieren lassen. Vielleicht bekommen wir auch von der hiesigen Feuerversh.G. Ersatz? Der dunklere braune Stoff wird für den neuen Anzug bestellt.-Hanns soll auch H.Pfarrer besuchen u. ihm auch von uns herzlich gute Heilung wünschen.- Es freut uns, dass Gerhard mit seinem Zimmer im Thomas-Hosp. zufrieden ist. Heute scheint das Wetter wieder besser und wärmer zu werden! Im Süden ist schon wieder gerade ein Gewitter. Ich habe geerdet! - Vielleicht machen wir Beide morgen die Fahrt "ins Blaue" zur Ableckung auch für mich. Der Garten ist wunderschön. Der Obstbaum u. die Spalierbäume blühen herrlich. Die lb.Mutter arbeitet emsig mit Anna.

Die Briefumschläge sind mit Schreibmaschine geschrieben! Ich muss leider hören, dass ab u. zu Briefe schon überwacht u. geöffnet worden seien; hoffentlich doch aber nicht solche eines OStA, der nur seine Pflicht tut! - deshalb Vorsicht auch Eurerseits

Den Brief von Chicago - Griem? - der gestern kam wird H. wohl gleichzeitig erhalten.

Viele herzliche Grüsse von

Euren treuen Eltern.

L.Hanns wir bitten Dich bei Deinem Besuch bei Gerhard in Leipzig unseren neuen Handkoffer mit nach Jena zu nehmen u. ihn an Pfingsten mitzubringen, falls Gerhard nicht selbst an Pfingsten heimkommen kann. Schreibe, wenn Du vorher noch Wäsche u. Geld brauchst!

(2) Gustav Baitinger

Landgerichtsdirektor. G. Baitinger, geb. 22.7.1879, wurde – obwohl kein Parteimitglied – am 1.8.1933 zum Landgerichtsdirektor in Ulm befördert. Über seinen Lebenslauf und Werdegang war außer der Spruchkammerakte nichts aufzufinden. Aus dieser ergibt sich nur, dass er weder in der Partei noch in deren Gliederungen Mitglied gewesen und im schriftlichen Spruchkammerverfahren gegen sich als nicht betroffen eingestuft worden war. Auskunft über ihn geben nur seine zahlreich archivierten Urteile. Aus ihnen zeichnet sich das Bild eines abgeklärten, über der Politik stehenden, liberalen und verständnisvollen Mannes ab, der völlig unberührt von der Parteiforderung nach härtesten Strafen angemessen nach klassisch – juristischen Regeln Recht gesprochen hatte. Dieser Eindruck bestätigte das Spruchkammerurteil gegen seinen Sohn, in welchem diesem in der Berufung eine Herabsetzung der Sanktion gewährt worden war mit der Anmerkung, dies sei gerechtfertigt „zumal ihm auch noch jetzt in gesetzterem Alter die überlegene Reife seines Vaters“ zugutekommen dürfte. In den Ruhestand trat G. Baitinger, nachdem er 1944 ausgebombt worden war. In der Nachkriegszeit wurde er als Spruchkammervorsitzender eingesetzt.

Sein menschliches Verständnis und seine anhaltende Weigerung, härteste Strafen zu verhängen, werden durch seine Urteile in vielen politischen Verfahren belegt. In beiden großen Strafkammern wurden bis zu 57 % der angeklagten scharfen Strafnormen abgelehnt und dadurch den Angeklagten Zuchthaus und Sicherungsverwahrung erspart. In beiden großen Strafkammern in Ulm sammelten sich die Richter an, die ebenso wie er das Regime ablehnten.

(3) Landgerichtsrat Wenger⁷⁷⁶

Er war seit 1.5.1933 Mitglied in der Partei und 4 weiteren NS-Organisationen, fiel jedoch schon 1936 durch seine nonkonforme Einstellung auf. Wegen unkorrekten Hitlergrußes und der Äußerung, 1927 sei es der Landwirtschaft besser gegangen als jetzt unter den Nazis, wurde er vor dem Partei-Gaugericht angeklagt⁷⁷⁷, um seine Dienstentfernung zu erreichen. Amtsgerichtsdirektor Grub hatte ihn als Richter wegen seiner zu großen Milde abgelehnt und zwangsversetzt.

⁷⁷⁶ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 4663.

⁷⁷⁷ Ein unterlassener und nicht ordnungsgemäßer Gruß verletzte die Gehorsamspflicht des Beamten, weil er den Eindruck erweckte, er lehne den Führer ab und wolle seine Gegnerschaft öffentlich zeigen (RDStH 3/21, zit. nach Meuren, S. 80). Nach dieser herrschenden Meinung wurde auch im OLG Bezirk Celle ein Dienststrafverfahren gegen einen Richter durchgeführt, weil „... das Heben des Armes eigentlich nicht deutsch“ war (Kregel. S. 17).

Im Spruchkammerverfahren wurde bekundet, er habe „Feindsender“ gehört, einen NS-kritischen, deshalb inhaftierten, Studienrat aus dem KZ herausgeholt, sei immer für Christentum und Judentum eingetreten. Hier kann man diese sonst vorsichtig zu bewertenden Angaben akzeptieren. Er wurde dennoch als Mitläufer eingestuft, obwohl er nie befördert worden, nie aktiv tätig geworden war.

(4) Landgerichtsrat Hagmeier⁷⁷⁸

Er war am 28.7.1887 in Ulm geb., wurde nie Parteimitglied, widersetzte sich offen dem Judenboykott und traf sich regelmäßig noch im April 1935 in einer Wirtschaft mit dem persönlich befreundeten jüdischen Rechtsanwalt Moos. Ein Rechtsanwalt denunzierte ihn deshalb beim Landgerichtspräsidenten Rost. Dieser berichtete missbilligend dem Oberlandesgerichtspräsidenten hiervon, der den „Täter“ verwarnte und in einem Erlass klarstellte, Parteimitgliedern sei der Verkehr mit Juden in der Öffentlichkeit und in Lokalen bei Androhung parteigerichtlicher Ahndung untersagt, Nichtmitglieder verletzten mit einem solchen Verhalten selbst bei langjähriger Freundschaft ihre Beamtenpflicht im nationalsozialistischen Staat⁷⁷⁹. Sicherlich war dieser Tadel der Grund, ihn trotz beengter Personallage 1940 zur Wehrmacht einzuziehen, während Kollegen davon befreit worden waren.

Seine fachlich hervorragende Beurteilung zum 5.12.1935 spiegelt deutliche Kritik an seiner politischen Einstellung. Beurteilt als praktisch veranlagter, sehr begabter, scharfsinniger Richter mit gutem Urteil, rascher und gewissenhafter Arbeiter, folgt die massive Einschränkung: „...über seine politische Haltung ist mir nichts Nachteiliges bekannt. Doch lässt er aktive Betätigung, wenn auch nur im Sinne von Teilnahme an Kundgebungen und ähnl. aus eigenem Antrieb vermis-

⁷⁷⁸ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 560.

⁷⁷⁹ StA Ludwigsburg, EL 902/21, Bü. 3560. Das außerdienstliche Verhalten von Richtern wurde reichsweit zur Disziplinierung der Justizbeamten eingesetzt. Hier war der Beamte wegen der „gesteigerten Parteipflichten“ noch stärker der Parteiwillkür ausgesetzt, als im Dienstbereich. Insbesondere die „Rassenreinheit des deutschen Volkes“, der Ausschluss der Juden aus der Volksgemeinschaft, führte zu Parteigerichtsverfahren. Die Entscheidungen sind regional unterschiedlich. In Ulm kam es zu einer Verwarnung und einem Pensionierungsantrag; der LGPräs hatte die Sache angezeigt; auch in Kassel opferte man den Richter und bewog ihn zum Ruhestand, schloss ihn aus der Partei aus. In Berlin und Trier gab man in vergleichbaren Fällen Rückendeckung (Löffler, S. 102 f). Die unterschiedlichen Reaktionen zeichnen ein widersprüchliches Bild der Justiz, das von der Persönlichkeit des Behördenleiters abhing, beweisen damit einen freien Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Justiz, den jeder entsprechend seiner Einstellung ohne Gefahr für Leib oder Leben ausnutzen konnte.

sen. ... Für die Beurteilung der selbstlosen Bereitschaft zu persönlichem Einsatz auch außerhalb des eigentlichen Dienstes fehlen mir mangels Beobachtung positiver Leistungen die erforderlichen Grundlagen“⁷⁸⁰.

Im Dritten Reich wurde er nicht befördert, aber im Wiederaufbau der Nachkriegsjustiz spielte er „als einer der wenigen nicht belasteten Beamten“⁷⁸¹ für Ulm eine bedeutende Rolle, er wurde am 18.7.1945 von der Militärregierung als Landgerichtspräsident eingesetzt, der für die Stellenbesetzung nur Personen vorschlug, die sich nicht oder wenig im Nationalsozialismus kompromittiert hatten. Als Vorsitzender der Großen Strafkammer und des Schwurgerichts wurde er als menschlicher und humorvoller Präsident gerühmt, der in den Strafprozessen pointiert und schlagfertig agierte⁷⁸².

(5) Landgerichtsdirektor Schmid

Geb. am 29.8.1873 war zum 1.5.1933 zwar in die Partei eingetreten⁷⁸³, adaptierte die Parteiideologie jedoch nicht. Wie im o.g. Fall Hagmeier wurde er denunziert, er habe sich als Beamter „... jeden Freitag zum Abendschoppen in Gemeinschaft mit dem Juden Rechtsanwalt Mann in der Stadt Sedan“ getroffen⁷⁸⁴. Schmid ließ sich daraufhin pensionieren. Er verkörperte den Nationalsozialisten, der zwar in die Partei eingetreten war, um nicht Außenseiter zu werden, die eigene Überzeugung jedoch nicht aufgegeben hatte.

(6) Von der richterlichen Tätigkeit des am 28.09.1880 geb. LGDir Krauß – von 1937 – 1939 Vorsitzender der II. Großen Strafkammer – berichtet nur eine einzige, aber bemerkenswerte, Entscheidung: Offener Widerstand gegen die NS-Diktatur war sein Urteil⁷⁸⁵ gegen eine junge Frau, die wegen Plünderung nach Fliegerangriffs anstelle der zwingend vorgeschriebenen Todesstrafe antragsgemäß nur zu Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Dieses Verhalten kann man erst

⁷⁸⁰ Ebenda.

⁷⁸¹ Stellungnahme Justizministerium vom 5.10.1966 P 669, HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 133.

⁷⁸² Raberg, unter „Hagmeier“.

⁷⁸³ HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü. 1028.

⁷⁸⁴ StA Ludwigsburg EL 902/21, Bü. 3560.

⁷⁸⁵ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 6825. Als Beisitzer wirkten LGR Hagmaier und Wenger mit. Zu erwähnen ist der für politische Verfahren zuständige Staatsanwalt Reinöhl, welcher nach § 4 VVO angeklagt und in der Verhandlung vom 10.04.1945 auf diese Norm auch plädiert hatte.

richtig würdigen, wenn man es mit dem Urteil des Standgerichts Ulm vergleicht, das in einem solchen Fall zum Tode verurteilt hatte⁷⁸⁶.

Die kurz vor Ulm stehenden alliierten Truppen haben seine Entscheidung sicherlich beeinflusst, aber als NS-kritisch fiel er schon 1937 auf, als er entgegen den Parteianordnungen ein Strafverfahren gegen einen Kreisamtsleiter durchführte⁷⁸⁷. Er war seit 1933 Parteigenosse und wurde 1938 Oberfeldrichter, in dieser Funktion jedoch nie tätig. Die Spruchkammer stufte ihn als Mitläufer ein.

(7) Staatsanwalt Majer⁷⁸⁸

Geb. am 13.3.1877, war er zwar ab 1.5.1933 Parteimitglied und Blockleiter, „ohne dass er sich aber bei der Partei aktiv betätigt“ hat⁷⁸⁹, vielmehr „als Amtsgerichtsrat bis zum Jahr 1934 aus seiner gegnerischen Einstellung zum Nationalsozialismus keinen Hehl gemacht“ hatte⁷⁹⁰. So bezeichnete er Hitler nach einer von dessen Reden abfällig als „Kerl“, einige Zeit danach als „dieser Anstreicher-geselle“. Als Amtsrichter ging er gegen Ortsgruppenleiter und Kreisleiter in Schorndorf vor, kritisierte scharf „das hässliche und gemeine Benehmen einiger Parteirädelsführer gegenüber jüdischen Frauen“. Für die Partei war er untragbar, u.a. weil er sich geweigert hatte, dem Parteikreisgericht ein Büro im Amtsgerichtsgebäude zu überlassen. Dies brachte ihm den Vorwurf ein, „dass Majer keine Spur von Nationalsozialismus besitze“⁷⁹¹. Eine Amtsenthebung wurde durch eine Strafversetzung an ein kleines Gericht abgewendet. Das Kreis- und Gaugericht sprach eine Verwarnung aus. Trotz seines konsequenten passiven Widerstands wurde er als Mitläufer eingestuft.

⁷⁸⁶ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 120.

⁷⁸⁷ Im Spruchkammerverfahren berichtete dies der damalige Anzeigeerstatter, dessen Angaben durch die zufällig erhaltenen Verfahrensakten bestätigt wurden. Die damalige Verurteilung hatte das RG bestätigt, durch Amnestie der Staatsanwaltschaft wurden Strafvollstreckung und Strafeintrag erledigt.

⁷⁸⁸ HStA Stuttgart, EA4/150, Bü. 732.

⁷⁸⁹ Beurteilung vom 17.6.1936, HStA Stuttgart, EA4/150, Bü 732. Im Jahre 1935 stand in der Beurteilung: „Steht auf dem Boden des Nationalsozialismus mit den weltanschaulichen Vorbehalten seiner Religion“, a.a.O.

⁷⁹⁰ Spruch Berufungskammer Stuttgart (II) v. 15.10.1946, a.a.O.

⁷⁹¹ Beschwerdeschreiben der Partei vom 31.10.1934 an das Württembergische Staatsministerium, HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü. 732, Seite 80.

7.5.2 FURCHTBARE JURISTEN - „SPEERSPITZE DER PARTEI“

(1) Dr. Friedrich Grub, Amtsgerichtsdirektor⁷⁹².

Dr. Friedrich Grub, geb. am 14.11.1890 in Stuttgart, verstorben am 23.7.1971 in Ulm, kam nach dem Studium in Tübingen als Referendar 1914 nach Ulm. Als Kriegsfreiwilliger schied er nach kurzer Zeit – mit Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer – wegen Dienstuntauglichkeit aus. Er wurde 1918 Gerichtsassessor, 1926 als Amtsrichter übernommen und am 1.8.1938 zum Amtsgerichtsdirektor befördert.

Politisch gehörte er von 1918-1931 der Deutschen Volkspartei an und stand im Vorstand des nationalistischen und republikfeindlichen Wehrbundes „Schwabenbanner“⁷⁹³. Er trat zum 1.5.1933 der NSDAP bei, wo er bald zum Kreisredner und ab 1934 zum politischen Leiter im Rang eines Hauptstellenleiters mit entsprechender Uniform⁷⁹⁴ aufstieg. Mitglied war er beim NS-Rechtswahrerbund, der NS-Volkswohlfahrt, dem NS- Altherrenbund, Reichskolonialbund, dem Reichsbund für Kinderreiche (mit 4 Kindern), dem Reichsluftschutzbund und dem VDA. Seine Ehefrau gehörte der NS-Frauenschaft an, seine Kinder dem Jungvolk, der Hitlerjugend und dem Bund deutscher Mädchen.

Vom Reichsjustizministerium wurde er mit Sonderaufgaben betraut, in den Schaltstellen zwischen Partei und Industrie/Wirtschaft eingesetzt, er war ab 1933 – 1938 Beauftragter des Treuhänders der Arbeit im Bezirk Ulm – Bodensee, sowie Reichsbankjustitiar, von 1943 – 1945 Vorsitzender des sozialen Ehrengerichtes für Württemberg, ab 1938 Vorsitzender des Einigungsamtes für Wettbewerbsstreitigkeiten bei der Industrie- und Handelskammer.

Seine unbeirrte Überzeugung zum Nationalsozialismus belegte er durch seinen Austritt aus der evangelischen Kirche im Jahre 1943 (!), als er sich gottgläubig bekannte. Diesen Einsatz honorierte der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Küstner am 10.11.1944 mit dem Vorschlag zur Beförderung zum Senatspräsidenten oder zum Landgerichtspräsidenten. In der Beurteilung wird bestätigt: „Sein Charakter ist einwandfrei, seine politische Zuverlässigkeit außer Zweifel“.

⁷⁹² HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü. 120.

⁷⁹³ Raberg, unter „Grub“.

⁷⁹⁴ Wie wichtig eine Uniform wog, zeigt der Lagebericht des OLGPräs. Stgt. v. 7.5.40, StA Ludwigsburg, K 601, Bü.2. auf, der sich beim Reichsjustizministerium beklagte, die justiziellen Amtsleiter würden im Gegensatz zu den örtlichen Parteispitzen weder Orden noch Uniformen erhalten, dadurch zurückgesetzt werden.

Seine „Zuverlässigkeit“ bewies Grub als Vorsitzender des Standgerichts Ulm: Nach einem Fliegerangriff auf den Güterbahnhof Ulm nahmen 3 Bahnarbeiter aus zerstörten Waggons noch verwertbare Gegenstände an sich und kamen wegen Plünderung vor das Standgericht. Ein französischer Zivilarbeiter wurde zum Tode verurteilt, das Urteil vollstreckt. Der Betroffene verteidigte sich, die Todesstrafe sei nicht zu umgehen gewesen, „jede andere Erledigung des Falles hätte sich mit meinem Beamteneid nicht in Einklang bringen lassen.“⁷⁹⁵

In der Nachkriegszeit war Dr. Grub auf Grund seiner politischen Belastungen ab 20.6.1945 suspendiert und als Führungspersönlichkeit der Ulmer Justiz vom 19.7.1945 bis 9.8.1946 interniert. In der Spruchkammerverhandlung vom 28.7.1947 stufte ihn das Gericht als Minderbelasteten, zog 30 % seines Vermögens ein und verhängte 30 Tage Sonderarbeit für die Allgemeinheit bei einer Bewährungszeit von 2 Jahren.

Der Betroffene hatte behauptet, er habe „vielleicht mehr als irgendein Beamter in Ulm der Partei bei Übergriffen immer wieder Widerstand geleistet“⁷⁹⁶, er habe sich auch für Nichtparteimitglieder und Juden eingesetzt, wodurch er schwere Nachteile zu ertragen gehabt habe. Sein Nachfolger, Amtsgerichtsdirektor Heiss, bekundete als Zeuge, der Betroffene habe sich in seiner Haltung und Gesinnung als blindgläubiger Hitleranhänger und überzeugter Nationalist gezeigt, eine Willensäußerung des „Führers“ sei für ihn ein Gebot gewesen, an dem er keine, vor allem auch keine moralische Kritik übte und auch nie eine Kritik durch andere geduldet hätte. Ein höchst persönliches Anliegen sei ihm gewesen, dass die Rechtsprechung des Amtsgerichts, soweit die Kreisleitung oder sonstige Parteistellen Interesse dafür zeigten, möglichst keinen Anstoß erregte. Den Landgerichtsrat Wenger habe er als Strafrichter abgelehnt, weil von diesem zu wenig Energie zu erwarten, vor allem zu große Milde zu befürchten sei. Die Spruchkammer formulierte, der Betroffene habe das Amt bis in Kleinigkeiten hinein mit einer gewissen Gewalttätigkeit regiert. Seine Aktivität als Vorsitzender des Standgerichts wurde nicht beanstandet.

⁷⁹⁵ HStA Stuttgart, EA 4/151, Bü 120, Spruchkammerentscheidung v. 28.7.1947, S. 2.

Selbst das Landgericht Ulm verurteilte antragsgemäß eine junge Plünderin nur nach der VolksschädlingsVO zu Freiheitsstrafe, mit der Anmerkung, bei Wertung als Plünderung hätte es nur die Todesstrafe gegeben.

⁷⁹⁶ Spruchkammerentscheidung Ulm-Stadt 45/92/7913, StA Ludwigsburg EA 4/151, Bü 120.

Die damalige Aussage eines Zeugen soll belegen, mit welcher Dreistigkeit in diesen Verfahren „Persilscheine“ gewährt wurden: Der frühere Personalreferent für den höheren Dienst im Oberlandesgerichts-Bezirk Stuttgart erklärte, bei der Beförderung zum Amtsgerichtsdirektor habe dessen Einstellung zu und Betätigung für die NSDAP „nicht die allergeringste Rolle gespielt“.⁷⁹⁷ Jeder wusste, dass nach dem Beamten-gesetz für Einstellungen und Beförderungen eine aktive politische Betätigung vorausgesetzt wurde. Die Kammer nahm dennoch an, Dr. Grub habe durch seine Mitgliedschaft keinerlei Vorteile erlangt.

Schon im Januar 1948 wurde er als juristischer Hilfsarbeiter in die Justiz übernommen, im April 1950 zum Amtsgerichtsrat, am 1. März 1951 zum Landgerichtsrat und bereits am 10.8.1951 zum Landgerichtsdirektor ernannt. Im Jahre 1955 erhielt er den Titel „Landgerichtspräsident a. D.“ verliehen.

Nach der Pensionierung setzte er seine frühere Tätigkeit für Industrie und Wirtschaft als Geschäftsführer der Bezirksgruppe Ulm des Verbandes Württ.-Badischer Metallindustrieller e.V. fort, wo „sein abgewogenes Urteil überall geschätzt“ wurde und er „als Mensch überzeugte durch seine Bescheidenheit und sein feinsinniges Wesen.“⁷⁹⁸

(2) Dr. Friedrich Ernst, Oberstaatsanwalt.

Oberstaatsanwalt Dr. Friedrich Ernst hatte bei dem o. g. Standgerichtsverfahren als Vertreter der Staatsanwaltschaft die Todesstrafe wegen Plünderung beantragt und damit seine Einstellung zum NS-Regime bewiesen.

Er war am 18.8.1889 in Tübingen geb., 1913 hatte er das erste Staatsexamen abgelegt und von 1915 – 1918 am WK I als Frontkämpfer teilgenommen. Er wurde mit EK II, Frontehrenkreuz, Verwundetenabzeichen schwarz ausgezeichnet. Er war Referendar in Ulm von 1918 – 1921 und wurde hier Assessor, nach 5 Jahren planmäßiger Staatsanwalt.

Der damalige Oberstaatsanwalt Heß – dessen Nachfolger er werden sollte – beurteilte ihn am 14.1.1937 als tüchtig, fleißig und gewissenhaft mit unbedingter Pflichttreue, strengem Verantwortungsbewusstsein, gepaart mit Entschlussfreudigkeit und selbstloser Bereitschaft zu persönlichem Einsatz, und vor allem: „Seine politische Haltung ist mir seit langen Jahren als durchaus einwandfrei be-

⁷⁹⁷ Erklärung Dr. Schlecht vom 14.8.1946, a.a.O.

⁷⁹⁸ Raberg, Stichwort „Grub“.

kannt“. So wurde er zum 1.11.1938 als Oberstaatsanwalt zum Behördenleiter ernannt. 1943 trat er gesundheitsbedingt in den Ruhestand.

Auch er war zum 1.5.1933 der Partei beigetreten, stieg 1937 zum Leiter des Kreisrechtsamts auf und gehörte damit zum Führungskorps dieser als verbrecherisch eingestuften Organisation⁷⁹⁹. Er wurde 1941 Hauptgemeinschaftsleiter – im gleichen Jahr war er aus der Kirche ausgetreten und bekannte sich gottgläubig. In mehreren NS-Organisationen war er Mitglied: Seit 1937 im NS-Rechtswahrerbund, wo er Kreisgruppen- und Gauführer wurde, Sonderlehrgänge besuchte, im NSV ab 1934, RLB ab 1936, dem Reichskolonialbund sowie Reichsluftschutzbund, ab 1937 in dem Deutschen Reichskriegerbund (Kyffhäuser) sowie im Offiziersbund und dem Reichsbeamtenbund⁸⁰⁰. Seine Ehefrau gehörte seit 1933 dem NS-Opferbund, die Tochter dem BdM an.

In der Nachkriegszeit war Dr. Ernst vom 24.5.1945 bis zum 6.8.1947 interniert, mit Spruch vom 11.6.1947 stufte man ihn als Minderbelasteten ein. Die Spruchkammer glaubte ihm seine eidesstattlichen Versicherungen, er sei gegen seinen Willen mit den o. g. Ämtern betraut worden und habe diese nur widerwillig, gegen seinen inneren Willen, erhalten und „ohne innere Überzeugung und Begeisterung versehen“ – weshalb Frau und Tochter zu NS-Organisationen angemeldet waren, ist nicht hinterfragt.

Entgegen der NS-Ideologie habe er jüdische Mitbürger unterstützt und gefördert – widerlegt ist dies durch das Verfahren gegen den jüdischen Fabrikanten Heumann wegen Blutschutzgesetz: dessen Gesuch auf einen gnadenweisen Erlass von 2-3 Monaten Gefängnisstrafe wurde von Dr. Ernst zwar ebenso befürwortet wie von der Gefängnisleitung und dem Gericht, aber er gewährte den Gnadenweis nicht selbst, sondern legte die Sache dem Reichsjustizministerium vor, welche es ablehnte. Dies war voraussehbar und wurde vom Betroffenen nicht verhindert, obwohl er bei eigener Gnadenentscheidung keinerlei persönlichen Nachteile – allenfalls eine Versetzung – zu erwarten hatte.

⁷⁹⁹ Im Spruchkammerverfahren gehörte in diesem Amt „der Betroffene zum Führerkorps der NSDAP und damit zu einer vom internationalen Gerichtshof in Nürnberg als verbrecherisch befundene Organisation. Es sprach damit das OMGUS-Schreiben vom 9.4.1947 für die weitere Vermutung, dass er dieser Organisation beitrug und dort verblieb in Bewusstsein ihrer verbrecherischen Handlungen und Ziele“. Spruchkammer Int. Lager 74, Az. 515/j/74/151 vom 11.6.1947, HStA Stuttgart, EA4/151, Bü 73.

⁸⁰⁰ Diese Mitgliedschaften begründeten im Spruchkammerverfahren die Vermutung für einen Hauptschuldigen bzw. Belasteten.

Den innerlichen Widerstand des Betroffenen entnahm die Spruchkammer aus seiner Angabe, er habe sich scharf gegen das Autofallengesetz und dessen missbräuchliche Anwendung gewandt. Tatsächlich hatte er Revision gegen das Urteil eingelegt, als das Landgericht Ulm diese Vorschrift nicht anwandte und nur wegen Raubes u. a. verurteilte⁸⁰¹. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies zum Sondergericht Stuttgart – vermutlich wurde die Todesstrafe verhängt. Eine innere Ablehnung kann man daraus schwerlich ersehen.

Anfang 1948 wurde er als juristischer Hilfsarbeiter eingestellt mit dem Hinweis, eine Übernahme als Richter oder Staatsanwalt komme auch später nicht in Betracht⁸⁰².

Am 4. August 1950 verlieh ihm der Herr Ministerpräsident den Titel „Staatsanwalt“, da man es ihm nicht zumuten wollte, eine Amtsbezeichnung (nämlich: „beauftragter Staatsanwalt“) zu verwenden, die sonst nur bei jüngeren Beamten gebräuchlich sei. Am 1.12.1950 ernannte man ihn zum Amtsgerichtsrat, am 21.9.1951 zum Oberamtsrichter, zum 1.9.1954 trat er in Ruhestand.

(3) Hermann Braun, Oberstaatsanwalt.

Als übereifriger Nationalsozialist stellt sich nach Aktenlage der am 18.4.1886 geb. Staatsanwalt Hermann Braun dar⁸⁰³. In Tübingen hatte er die 1 Staatsprüfung 1909 abgelegt, die zweite 1914, nahm am WK I als Frontkämpfer bis 1918 teil, erhielt EK I, II mit Schwertern und die Goldene Militär-Verdienstmedaille. Am 10.12.1928 wurde er als Staatsanwalt der Ratsstufe nach Ulm versetzt.

Der SA trat er zum 16.3.1934 bei und avancierte zum Obersturmbannführer und Vorsitzenden des Ehrenhofs der SA-Standarte 475, im gleichen Jahr trat er der NS-Volkswohlfahrt und dem Reichsluftschutzbund bei, seine Tochter gehörte dem BdM an. Erst am 1.5.1937 trat er in die NSDAP ein und erreichte dadurch seine Beförderung. Er wurde Kreishauptstellenleiter der Kreisrechtsberatung im Kreisstabsamt. Trotz seines späten Parteieintritts erwies er sich schon sehr früh als NS-Anhänger. 1931 erreichte er bei einem Amtsgericht die Verurteilung von 11 Reichsbannerleuten wegen erschwerten Landfriedensbruchs. Diese

⁸⁰¹ LG Ulm Ks 20/1938, Urteil v. 10.8.1938, StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 2341.

⁸⁰² Erl. JM v. 13.12.1947 P 11/Ernst, Dr., Friedrich, Personalakten Justizministerium Stuttgart, HStA Stuttgart EA 4/151, Bü 73.

⁸⁰³ Spruchkammerakten Tübingen 11/RB 194, HStA Stuttgart EA 4/150, Bü 141,

Strafakten LG Ulm, Ks 1882/31, StA Ludwigsburg E 352, Bü 13.

hatten sich gegen einen SA-Angriff gewehrt und wurden in zweiter Instanz zu Recht freigesprochen⁸⁰⁴. In politischer Weitsicht hatte der Verteidiger ausgeführt⁸⁰⁵, nicht die SPD und der Angeklagte hätten den Staat angegriffen, sondern die NSDAP und die KPD würden planmäßig und konzentrisch gegen die deutsche Republik vorgehen und gewalttätig republiktreue Personen und Behörden angreifen. Dem republiktreuen Angeklagten müsse „zugute gehalten werden, dass er ... zur Erhaltung und Verteidigung der deutschen Republik gegen deren Todfeinde fehlbar geworden ist. Leider muss festgestellt werden, dass diese allein zulässige und richtige Würdigung von den hierzu verpflichteten Behörden und Organen ... nicht immer getroffen wird, sondern eher Nachsicht gegen die Anhänger der NSDAP geübt wird, ... sodass diese zu dem Glauben gelangt sind, dass sie eine Vorzugsstellung als Retter des Staates einnehmen, dem sie jeden Augenblick den Garaus machen wollen“. In der Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer wurden alle Angeklagten freigesprochen.

Auf Grund einer glänzenden Beurteilung vom 14.1.1937 – sehr befähigt, tüchtig, fleißig, sicheres und bestimmtes Auftreten, gewandter Redner vor Gericht, persönlicher Einsatz, politische Haltung durchaus einwandfrei – wurde er 1938 zum Oberstaatsanwalt in Rottweil ernannt.

In der Nachkriegszeit befand sich OStA Braun vom 5.5.45 – 20.11.1945 in Haft, er wurde im April 1946 ohne Dienstbezüge auf Veranlassung der Säubungskommission der französischen Militärregierung suspendiert. Nach der strikten französischen Reaktion erlangte er eine Pensionierung mit Bezügen⁸⁰⁶, eine Übernahme in den Justizdienst wurde ausgeschlossen. Dies ist einer der wenigen Fälle, in denen eine Übernahme tatsächlich verweigert wurde, aber nur wegen der Intervention der französischen Militärregierung. Dieses Verfahren wirft ein Licht auf die Frage, wie denn nach der Kapitulation die früheren Opfer mit den Tätern umgegangen sind: Nach dem Attentat vom Juli 1944 war Gräfin Stauffenberg in Untersuchungshaft gekommen und OStA Braun war vorübergehend mit ihr befasst und bat sie, sich für ihn im Spruchkammerverfahren

⁸⁰⁴ StA Ludwigsburg, E 352, Bü. 13.

⁸⁰⁵ HStA Stuttgart, EA 4/150, Bü. 141.

⁸⁰⁶ Sein letztes Gesuch vom 29.11.1948 an den vermittelnden Senatspräsidenten in Tübingen schloss er mit dem Satz: „Ich wäre so froh, wenn ich endlich einmal nach so viel Sorgen und Bitterkeit zur Ruhe käme“. Selbstkritisch klang dies nicht.

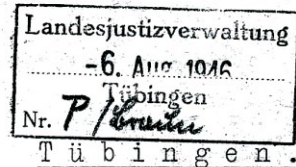
einzusetzen. Dem kam sie ohne Groll nach; man akzeptierte damals, auf unterschiedlichen Seiten gestanden zu haben⁸⁰⁷.

EA 4/150 B3 141
Alle Rechte beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart - Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe nur mit schriftlicher Genehmigung - Bestand:

Gräfin Nina Stauffenberg
Lautlingen bei Balingen
Württemberg

den 1.8.1946.

Herrn Ministerialrat Dr. Müller



7. Einleit.
2. Jhr. mir
S.P. 16

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

oben
Herr Staatsanwalt Braun aus Rottweil, dem ich versprochen hatte, mich für ihn einzusetzen, bat mich, Ihnen direkt zu schreiben.

Ich bin nach meiner Verhaftung am 23.7.44. in das Gefängnis nach Rottweil gebracht worden, wo ich bis zu meiner Verbringung nach Berlin am 30.7. blieb. Herr Braun hat mir alle ihm möglichen Erleichterungen gewährt - wie Leseerlaubnis, täglicher Spaziergang allein, usw. - und sogar die in diesem Gefängnis sonst nicht übliche Raucherlaubnis. Es war musterhaft sauber, die Verpflegung war gut und der Beamte Strobl eine Seele von einem Menschen. ~~Mir~~ Mir ist der dortige Aufenthalt noch in bester Erinnerung und ich habe mich auf meinem Weg durch andere Gefängnisse oft nach Rottweil zurückgesehnt. Ich werde immer dankbar sein für die taktvolle Behandlung in diesen schweren ersten acht Tagen nach dem Schicksalsschlag, der mich durch die Erschießung meines Mannes getroffen hatte. Daß meine Leidenszeit und die Trennung von meinen Kindern so lange dauern würde, ahnte ich damals ja noch nicht!

Indem ich hoffe mit dieser Bessätigung einen kleinen Teil meiner Dankesschuld an Herrn Braun abtragen zu können, bin ich mit besten Empfehlungen

Nina Gräfin Stauffenberg

⁸⁰⁷ Auch der in Ulm vom Polizeidirektor Dreher drangsalierte und überwachte Pfarrer Weiß bestätigte, sein früherer Verfolger habe „seine eigenen Parteigenossen noch schlimmer behandelt“. Kopf, S. 67.

(4) Paul Rost, Landgerichtspräsident.

Landgerichtspräsident a. D. Paul Rost, geb. 6.9.1879 in Bad Mergentheim⁸⁰⁸, war kein Parteimitglied, er vertrat dennoch nachhaltig und hart deren Weltanschauung. Fachlich sicherlich herausragend, war er bereits im Jahre 1932 mit 53 Jahren Ministerialrat im württembergischen Justizministerium geworden. Politisch stand er der NSDAP nahe, er trat dem NS-Rechtswahrerbund, dem Reichskolonialbund und Reichsbund Deutscher Beamter ebenso bei wie dem NS-Altherrenbund und Reichskriegerbund (Kyffhäuser) sowie der NS-Volkswohlfahrt. Von 1915 bis Mitte 1933 war er in Stuttgart tätig und wurde 1934 zum Landgerichtspräsidenten in Ulm ernannt⁸⁰⁹, das Amt hatte er bis 1943 inne, als er sich aus gesundheitlichen Gründen pensionieren ließ⁸¹⁰. Er trat bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Anlässen als Repräsentant des Führerstaates auf und vertrat dabei nachdrücklich die nationalsozialistische Weltanschauung.

So forderte er die Richterschaft am 13.10.1935 auf, „die neuen Aufgaben, die an alle Organe der Rechtspflege in der nächsten Zeit herantreten, mit dem idealistischen Schwung zu lösen, der das besondere Merkmal der nationalsozialistischen Bewegung ist.“⁸¹¹ Zum dritten Jahrestag der Machtergreifung lobte er am 30.1.1936 die „Abkehr vom Parlamentarismus und die Hinwendung zum Führergrundsatz“ sowie „die Säuberung der Beamtenschaft von artfremden Elementen, die Rassengesetzgebung und die Maßnahmen zur Rein- und Gesunderhaltung des deutschen Blutes.“⁸¹²

Am 1.10.1936 wurde das Tragen des Hakenkreuzes auf Richterroben angeordnet, in der dafür angesetzten Feierstunde forderte LGPräs. Rost die Richter und Angestellten des Gerichts auf, sie müssten sich „des verpflichtenden Vertrauens eingedenk sein, das in die Träger des Hoheitsabzeichens und in die von ihnen erwarteten nationalsozialistische Weltanschauung gesetzt wird.“⁸¹³

⁸⁰⁸ Spruchkammerakten, StA Ludwigsburg EL 902/21, Bü 3560.

⁸⁰⁹ Ulmer Bilder-Chronik, Band 5a, S. 32.

⁸¹⁰ A. a. O., Band 5b, S. 669.

⁸¹¹ A. a. O., Band 5a, S. 45.

⁸¹² A. a. O., Bd. 5a, S. 153/4.

⁸¹³ AO., Bd. 5a, S. 178.

Im Parteiblatt „Ulmer Sturm“ veröffentlichte er eine Lobesrede auf den Nationalsozialismus. Darin betonte er die Notwendigkeit der Erneuerung des Rechts, entsprechend der rassenmäßig und charakterlich bedingten Eigenart des deutschen Volkes, ebenso wie in einem Gedicht zu Neujahr⁸¹⁴.

Die nationalsozialistische Überzeugung wurde auch dienstlich umgesetzt. So bekundete ein Zeuge, Rost habe sich immer und überall für die Partei eingesetzt, Angst und Verfolgung verbreitet⁸¹⁵. Ein anderer erklärte, Rost habe eine „rassistische und rassenhetzerische Einstellung bewiesen“. Diese Einschätzung traf zu, denn er hatte 1935 den Hinweis eines Rechtsanwaltes, zwei Landgerichtsräte würden immer noch ihre Freundschaft mit jüdischen Anwälten pflegten, dem Oberlandesgerichtspräsidenten vorgelegt, der beide Richter verwarnete.

Mit Spruch vom 14.2.1948 wurde Rost als Mitläufer mit Sühne von 2.000.- RM eingestuft. Dies führte zu Protesten in der Bevölkerung, da sich der Betroffene in die Nervenheilstation Landerer in Göppingen zurückgezogen (oder entzogen?) hatte, kaum verfügbar war, in der Zeit zuvor jedoch nachhaltig NS-Parolen vertreten hatte.

(5) Erster Staatsanwalt Gustav Baitinger jun.⁸¹⁶

Erwähnt werden soll der am 13.9.1908 geborene G. Baitinger jun, weil er als einziger Ulmer Staatsjurist überzeugter NS-Anhänger und „Alter Kämpfer“ war, auch als einziger zu 2 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, und sein Vater liberaler Landgerichtsdirektor in Ulm war. Von 1927 – 1932 studierte er in Tübingen, war bis 1937 Assessor in Ulm, wurde schon im April 1939 zur Generalstaatsanwaltschaft berufen und im Mai 1941 zum Ersten Staatsanwalt befördert.

Politisch schloss er sich 1922, als 14-jähriger, dem Großdeutschen Jugendbund, 1927 dem Nationalen Studentenklub an. Bereits zum 1.12.1931 trat er der Partei bei (Mitgliedsnummer 758 957, die Eintritte ab 1.5.1933 hatten Nummer 2 Millionen aufwärts), war damit „Alter Kämpfer“ und als Schulungsredner sowie Obergemeinschaftsleiter tätig und erhielt die Dienstauszeichnung der

⁸¹⁴ Spruchkammerakten, StA Ludwigsburg, EL 902/21, 3530.

⁸¹⁵ A. a. O.

⁸¹⁶ Spruchkammerakten, HStA Stuttgart, EA 11/106, Bü. 151.

StA Ludwigsburg EL 903/1, Bü 422.

Personalakten Justizministerium Stuttgart, Az. 16907.

NSDAP in Bronze. Als politischer Leiter des Reichsrechtsamtes belegte er einen zwei – wöchigen Reichslehrgang für politische Leiter sowie einen 3-wöchigen Schulungslehrgang des Gauamtes. Der SA trat er 1932 bei, wurde Ober- und Hauptsturmführer. In den NS-Rechtswahrerbund trat er 1934 ein, wurde Bezirksgruppenwarter und Schulungswart. Der NS- Volkswohlfahrt gehörte er seit 1936 an, dem Reichsluftschutzbund ab 1935.

Er war nicht nur rein formell Mitglied in diesen Organisationen, sondern vertrat deren weltanschaulichen Ansichten mit persönlicher Überzeugung. Vor den Mitgliedern des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen führte er im März 1935 aus, dass „im bürgerlichen Recht die weitgehende Begriffsjuristerei und im Strafrecht die übertriebene Humanitätsduselei abgebaut werden müsse“, und ergänzte, „Die Grundsätze des Nationalsozialismus, die hier Wandel geschaffen hätten, zur Ordnung der nationalen Arbeit entsprechen ebenso wie die Gesetze zur Verhütung erbkranken Nachwuchses den Erfordernissen des deutschen Volkes“⁸¹⁷.

In der Nachkriegszeit befand sich der Betroffene ab 12.6.1945 in Internierungshaft. Angelastet wurde ihm seine Tätigkeit als Reichsrechtsberater⁸¹⁸, wobei er viele straffällig gewordene Parteigenossen zum Freispruch oder einer milderen Strafe verholfen hatte. Andererseits hatte er sich als Staatsanwalt gegen Übergriffe der Partei gewehrt, sich für Parteigegner eingesetzt und diese nach Verkündung von – nach Ansicht der Zuhörer – zu milden Urteilen vor Schlägen geschützt⁸¹⁹. Am 9.8.1948 wurde der Betroffene als Minderbelasteter eingestuft. Er hatte zwischenzeitlich 19 Monate im Internierungslager verbüßt. Die Kammer erachtete ihn einer milderen Beurteilung für würdig und war „der Auffassung, dass der Betroffene ... seine Pflichten als Bürger eines friedlichen demokratischen Staates erfüllen wird, zumal ihm auch noch jetzt in gesetzterem Alter die überlegene politische Reife seines Vaters zugute kommen dürfte“. Am 11.10.1951

⁸¹⁷ Ulmer Bilder-Chronik, Bd. 5 a, S. 206.

⁸¹⁸ Dies war die höchste von 6 Stufen in der Rang- und Organisationsliste, der Inhaber wurde als Hauptschuldiger, weil in führender Stellung in der NSDAP und ihren Gliederungen tätig, nach der Klassifizierung der Anlage zum Gesetz der Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus v. 5. März 1946 eingeordnet. (Scheerbarth, S. 5, 10 f).

⁸¹⁹ Vor dem Sondergericht Stuttgart wurde der wegen Hörens von Feindsendern angeklagte Scholl, Ulm, wegen eines zu milden Urteils von den empörten Zuhörern tätlich angegriffen. Baitinger stellte sich vor ihn und brachte ihn in Sicherheit.

wurde er Amtsgerichtsrat, im März 1961 Oberamtsrichter, im August 1961 Amtsgerichtsdirektor, er trat am 1.10.1973 in den Ruhestand.

7.5.3 KARRIEREN IN DER NACHKRIEGSZEIT

Beim Wiederaufbau der Justizverwaltung sollte ausgeschlossen werden, dass früher führende Parteigenossen nicht erneut über das politische Schicksal Deutschlands entscheiden konnten. Dies sollte mit Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 30.10.1945 sichergestellt werden, welches bestimmte:

„Zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazi-Partei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitler-Regimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwalts enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Posten zugelassen werden“⁸²⁰.

Eine so drakonische Lösung war praktisch nicht zu praktizieren, da die überwiegende Mehrheit der Strafjuristen Mitglied in der Partei und deren Organisationen gewesen war⁸²¹ und somit unbelastete Juristen weitgehend fehlten. Ohne sie war ein Justizbetrieb aber nicht möglich, der Ersatz durch Rechtsanwälte brachte keine Entlastung, waren doch auch diese zumeist NS-organisiert. So wurde ein „Huckepackverfahren“ praktiziert, nach dem für jeden unbelasteten Juristen auch ein belasteter eingestellt werden durfte. Das hatte zur Folge, dass die so genannten „Außenseiter“ nicht übernommen wurden. Dies waren zumeist NS-verfolgte Antifaschisten, die als unbelastet in Spruchkammern und der ordentlichen Justiz als Juristen eingesetzt gewesen waren, nun gegenüber den Nationalsozialisten, von denen sie früher verfolgt worden waren, bei einer Übernahme das Nachsehen hatten⁸²².

⁸²⁰ Amtsblatt der Militärregierung 1945, Nr. 39.

⁸²¹ In Westfalen waren es 93 %, im OLG-Bezirk Bamberg 97,7 %, in Bremen 99 %, in Schweinfurt 100 % (zit. nach Müller, Ingo, S 204f).

⁸²² Dies führte bundesweit zu unverständlichen Ergebnissen: die Richter des Sondergerichts Duisburg wurden nach 1945 übernommen, der 1935 aus dem Dienst entfernte jüdische Landgerichtsrat Martin Lesser wurde die

Um die Entscheidung über die Übernahme „NS-belasteter“ Personen praktikabler zu gestalten, formalisierte das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus⁸²³ in Art. 4 die Betroffenen entsprechend ihrem früheren Rang und ihrer Funktion in fünf Gruppen, vom Hauptschuldigen bis zum Entlasteten. Das Neuartige des Säuberungsgesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus bestand darin, dass bei jedem Betroffenen auf Grund seiner Funktionen und beruflichen Stellung vermutet wurde, in welchem Maße er für die Nazi-Verbrechen mitverantwortlich gewesen sei und dieser das Gegenteil beweisen musste. In einer Anlage wurde jeder entsprechend seiner Stellung in eine der fünf Gruppen eingeteilt - und entsprechend bestraft⁸²⁴.

Eine Welle von „Renazifizierungen“ kam mit dem „131er-Gesetz“ vom 11. Mai 1951⁸²⁵, das die Integration ehemaliger Nazi-Beamter durch Übernahme in das Beamtenverhältnis vorschrieb. Alle öffentlichen Verwaltungen wurden 1953 verpflichtet, mindestens 20 % ehemaliger Nationalsozialisten zu übernehmen, hierauf bestand ein Rechtsanspruch⁸²⁶. Dies führte dazu, dass bei Einstellungen bis zu 90 % ehemalige Parteimitglieder berücksichtigt wurden und dadurch deren Anteil weiter erhöht wurde. Der Hintergrund für diese gesetzlichen Maßnahmen war das Bemühen, die bis in die 60-iger Jahre in die Bundesrepublik strömenden Spätaussiedler und entlassenen Kriegsgefangenen zu integrieren und den Juristen unter ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten⁸²⁷.

Rückkehr in den richterlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen mit der Begründung verwehrt, er habe in den letzten zehn Jahren keine Berufspraxis gehabt (Keldungs, S. 92).

Die Wiedergutmachungsämter füllten den lückenhaften Personalbestand mit Heimatvertriebenen, häufig ehemalige Nazis, auf, „von denen die meisten ehemalige Nazis ((seien)) und kein Verständnis für die Probleme der Verfolgten mitbrächten“, (Pross, S.98).

⁸²³ Gesetz vom 5.März 1946, Regierungsblatt der Regierungen Württemberg-Baden 1946/71.

⁸²⁴ Siehe hierzu im Einzelnen den Kommentar von Scheerbarth.

⁸²⁵ BGBl. I, S. 107.

⁸²⁶ Ein Anspruch auf Wiedereinstellung war erst mit dem Ges. vom August 1953 vorgesehen, in dem frühere NS-Beamte auch das Recht hatten, ihre Bezüge für die Zeit der Nichtbeschäftigung nachzufordern. BGBl. I, 1953, S.980. Begründet wurde das Gesetz mit dem Wunsch auf Integration dieses Personenkreises und „der Verwertung der Kenntnisse, Erfahrungen und Arbeitskräfte für den Wiederaufbau des Rechtsstaates“, Kleindienst (CDU).

⁸²⁷ Im Kalten Krieg war es weder für die Westmächte noch Politiker oder die Justiz ein Anliegen, mögliche Nazi-Verbrechen zu verfolgen und oder die Übernahme möglicher Täter in den Staatsdienst zu verhindern.

In Ulm wurden nach 1945 mit 36 Staatsjuristen der größte Teil wieder in den Justizdienst übernommen, bei fünf Personen wurde dies abgelehnt bzw. diese gingen in Ruhestand oder wurden Rechtsanwalt. Von den Übernommenen wurden 21 Personen in der Folgezeit befördert, von diesen waren nur 4 nicht betroffen, einer nicht belastet, 14 wurden vor der Spruchkammer vom Hauptbelasteten bis zum Mitläufer eingestuft, einer wurde zu 2 Jahren Arbeitslager verurteilt. Ein früherer Oberstaatsanwalt hatte bei einem Standgericht mitgewirkt, er wurde 1951 zum Oberamtsrichter ernannt. In einem Fall wurde eine Einstellung als Richter oder Staatsanwalt im Spruchkammerverfahren ausgeschlossen, dessen ungeachtet wurde dieser eingestellt und befördert.

Diese großzügige Übernahmepraxis überrascht auf den ersten Blick, sie war bedingt durch den hohen Personalmangel bei der Justiz, der durch andere Fachkräfte nicht zu beseitigen war. Insbesondere die starke Arbeitsbelastung der Spruchkammern mit zahlreichen Verfahren und der schwierigen und aufwändigen Beweislage band viele Juristen. Da jeder Betroffene seine Unschuld beweisen musste, wurden zahlreiche frühere Berufs- und Parteikollegen als Entlastungszeugen benannt. Selbst früher Verfolgte fanden sich dazu bereit⁸²⁸. Das in der NS-Zeit bestehende Netzwerk hielt ersichtlich auch nach dem Zusammenbruch.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Nachkriegszeit übernommenen und beförderten Juristen aufgeführt. Auch alle nicht vom Säuberungsgesetz betroffenen Juristen wurden vollständig aufgelistet, um deren beruflichen Werdegang zu beleuchten.

Aufgeführt sind in der ersten Spalte der letzte berufliche Dienstgrad im Nationalsozialismus, in der mittleren Spalte die Einstufung im Spruchkammerverfahren – Gruppe 1: Hauptschuldige; Gruppe 2: Belastete; Gruppe 3: Minderbelastete; Gruppe 4: Mitläufer; Gruppe 5: Entlastete – in der vorletzten Spalte der letzte Dienstgrad in der Nachkriegszeit und in der letzten Spalte das Jahr der letzten Beförderung.

⁸²⁸ Viele sahen in diesen Verfahren eine Siegerjustiz, zumal der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ mit einer Beweislastumkehr zu Lasten der Betroffenen abgeschafft wurde. Jedes Mitglied einer NS-Organisation galt als schuldig und musste diese Schuldvermutung widerlegen. Milde bestraft wurden hohe Funktionäre mit gewichtigen Entlastungszeugen, während der kleine Mitläufer sich kaum herauswinden konnte. Selbst Vorsitzende von Spruchkammern beantragten die Entbindung von ihrem Amt, da sie diese Regelungen als unbefriedigend empfanden.

Die nach 1945 eingestellten und später beförderten Juristen

StA	Mitläufer	EStA	1973
I. StA	Minderbelastet., 2.500	AGDir	1961
OStA	Hauptschuldiger ⁸²⁹	OARi	1951
LGR	Mitläufer	LGDir	1956
StA	Mitläufer: 1.500	LGDir	1961
AGDir	Minderbelastet, 2.500	LGDir	1951
StA	Mitläufer	EStA	1967
LGR	Mitläufer, 1.000 ⁸³⁰	LGDir	1951
LGR	nicht betroffen	LGPräs	1945
StA	nicht betroffen	StA	1967
LGR	nicht betroffen	LGDir	1945
StA	nicht betroffen	OStA	1953
RiAG	Nicht belastet	LGPräs	1962
StA	?	OStA	1962
LGR	Mitläufer: 2.000	LGDir	1955
RiAG	Minder belastet	LGDir	1962?
StA	1939-55: Heer, Rußland	SenPräs.	1962
StA	Mitläufer	OStA	1962
LGR	Mitläufer, 500	LGDir	1954
StA	Mitläufer	OStA	1971
StA	Mitläufer	LGDir	1951

⁸²⁹ In 2. Instanz wurde dies auf Minderbelastet abgeändert. StA Ludwigsburg, EL 322 III; Bü. 9.

⁸³⁰ Der zum Landgerichtsdirektor ernannte hatte als Vorsitzender des Standgerichts Ulm ein Todesurteil verhängt.

8. ZUSAMMENFASSUNG

Seit den ersten Untersuchungen der NS-Strafjustiz ab 1959 wurde die NS-Strafjustiz als „Terrorjustiz zur Vernichtung der politischen Gegner“ bezeichnet. Zu Recht, denn eingehend ausgewertet wurden ausschließlich die Sondergerichte. Die erstmalige Auswertung eines gesamten Landgerichtsbezirks Ulm hat ein verändertes Bild ergeben: Die Strafrichter des Landgerichts Ulm widersetzten sich systematisch, strikt und erfolgtrich von 1933 bis 1945 den NS-Sondergesetzen und der NS - Straftheorie nach „Eliminierung und Ausmerzung Minderwertiger“ durch vernichtende Strafen. Die mit fanatischen NS-Anhängern besetzte Staatsanwaltschaft Ulm verfolgte rücksichtslos mit überbordendem Verfolgungseifer geringste Bagatellen, andererseits verhinderte sie eine Bestrafung schwerster von SA und SS-Tätern begangenen Delikten.

8.1 ALLGEMEINES

Mit einer radikalen Änderung des Strafrechts wollte Hitler das erklärte Ziel der NS-Politik - nämlich die völlige Umgestaltung der Strafrechtsordnung auf dem Boden des völkisch - rassistischen Führerstaats - umsetzen. Hierzu sollte das Strafrecht als Machtinstrument zur rücksichtslosen Vernichtung der Regimegegner dienen. Nach rechtsstaatlichem, traditionellem Verständnis war Sinn und Funktion der Strafe Sühne, Besserung und Abschreckung gewesen. Jetzt war es ihre Aufgabe, das zentrale Prinzip der Rassereinheit der Volksgemeinschaft durchzusetzen, diese von rassistisch „schlecht“ veranlagten Menschen zu befreien und das Volk so auf eine höhere Entwicklungsstufe zu führen. Hierfür wurden, insbesondere mit Kriegsbeginn, eine Reihe von NS- Sondernormen mit abschreckend hohen Sanktionen erlassen, die selbst für Bagatelldelikte, wie Plünderung, die Todesstrafe als absolute Strafe vorschrieben.

Mit dem neuen Begriff des „Tätertyps“ kulminierten Verschärfung und Radikalisierung des Rechts. Grundlage der Strafe waren nicht mehr Tat- und Schuldschwere sondern die ideologische Einstellung und Nützlichkeit des Täters für die „Volksgemeinschaft“. Dieser unbegrenzte Rechtsbegriff konnte vom Richter mit der Tat selbst, mit dem Vorleben des Täters, seiner Arbeitsscheu, seinem Charakter oder Umgang mit unzuverlässigen Personen, praktisch nach Belieben, bejaht oder verneint werden. Bei dieser willkürlichen Zuordnung fehlte gewollt jegliche Rechtssicherheit.

Um sich des Justizapparates zu versichern verschaffte sich die Partei in der Personalpolitik einen entscheidenden Einfluss. Sie setzte durch, dass bei Stellenbesetzungen, Einstellungen und Beförderungen ihre politische Stellungnahme einzuholen und zu beachten war. Die justizielle Personalhoheit war damit im Kernbereich durch die Parteibeteiligung völlig ausgeschaltet, nur korrigierend konnte die Justiz vereinzelt eingreifen und z. B. die von Parteifunktionären wegen eines unkorrekten Hitlergrüßes verlangte Dienstentlassung eines missliebigen Richters durch eine Versetzung abwenden. Die symbolhafte Unterwerfung der Justiz unter den Führerstaat wurde in Ulm sinnbildlich am 1.6.1936 im Schwurgerichtssaal, mit dem künftig vorgeschriebenen Hakenkreuz auf der Robe und dem Hitlergruß zum Verhandlungsbeginn, feierlich vollzogen.

Eingestellt oder befördert wurde nur, wer die nationalsozialistische Ideologie verinnerlicht hatte und überzeugt vertrat. Auf eine Beförderung konnte hoffen, wem zusätzlich Führereigenschaften bestätigt worden waren, wer ein Alter bei den Staatsanwälten von 41 Jahren und bei den Richtern von 47,8 Jahren aufwies, durchschnittlich in 2,6 Parteiorganisationen Mitglied war und in diesen auch Führungspositionen übernommen hatte. Nicht mehr die Sachkompetenz, sondern die – durch aktive Mitgliedschaft in der Partei nachgewiesene – zuverlässige politische Einstellung gab bei Beförderungen den Ausschlag. 82,7 % der Ulmer Strafrichter waren in die Partei eingetreten. Von den beförderten Richtern stammten 78,6 % aus der Oberschicht, 14,3 % aus der Mittelschicht. Die soziale Herkunft aus der Oberschicht erhöhte demnach die Beförderungschancen bei den Richtern. Bei den beförderten Staatsanwälten betrug der Anteil aus der Oberschicht 44,4 %, aus der Mittelschicht stammten 33,3 %. Dies entsprach dem schon im Parteiprogramm verankerten Versprechen, die unteren Schichten zu fördern.

8.2 DIE STAATSANWALTSCHAFT

Die Staatsanwaltschaft hatte als „Herrin des Vorverfahrens“ eine zentrale Schlüsselstellung inne, denn allein sie entschied ob ein Verfahren eingestellt oder angeklagt wurde. Diese Machtfülle missbrauchten die Sachbearbeiter „als eine Funktion zur politischen Verfolgung“. Hierzu setzte sie zwei Strategien ein:

Zum einen verfolgte sie ohne Rücksicht auf Sach- und Rechtslage rücksichtslos jede noch so geringe Kritik Andersdenkender. Sie legte Sachverhalt und Rechtslage einseitig extensiv zu Lasten NS-kritischer Beschuldigter aus, um in zügelloser Verfolgungssucht „unter dem Gesichtspunkt des Reinigungsbedarfes der Volksgemeinschaft die Ausmerzungen des Minderwertigen ...“ zu erreichen.

In einer verhältnismäßig großen Anzahl von Verfahren wurde unter dem ideologischen Blickwinkel, einen „Minderwertigen zum Schutze der Volksgemeinschaft auszumerzen“ nach politischen Strafnormen angeklagt, obwohl die rechtlichen Voraussetzungen nicht vorlagen. Das Gericht korrigierte über die Hälfte dieser Subsumtionen und verurteilte nur aus den Grunddelikten.

Der zügellose, überbordende Verfolgungseifer zeigt sich nur gegen Kritiker und Regimegegner, die man unberechtigt selbst wegen Lappalien anklagte und in Haft brachte um sie und deren Gesinnungsgenossen einzuschüchtern und zu demütigen. Sie sollten im Bewusstsein, ständig überwacht zu sein, gezwungen werden, sich ihrer eigenen Sicherheit willen anzupassen⁸³¹.

Noch dramatischer wirkte sich die zweite Strategie aus, selbst schwerste Verbrechen von SA- und SS-Angehörigen ohne Sanktion durch Amnestie einzustellen und so die Bevölkerung schutzlos diesen Schlägertrupps auszuliefern. Dieses Instrument setzte man in Ulm völlig einseitig zugunsten von NS-Sympathisanten ein. Strafanzeigen gegen sie wurden zu 88,2 %, bei Kritikern nur zu 11,7 % nach Straffreiheitsgesetz eingestellt. Durch diese Bevorzugung von Parteiangehörigen wurden NS-Straftäter aus ideologischen Gründen ihrer Strafe entzogen. Eingestellt wurden Landfriedensbruch, Körperverletzung u. ä. mit bis zu 2.000 Teilnehmern.

Die Verfolgungsbehörde hatte mit diesem Verhalten ihre gesetzlich vorgeschriebene Verfolgungspflicht von Straftaten der Unterstützung des Führers geopfert und war zum Diener des Unrechts geworden. Sie überließ die Opfer der Übergriffe schutzlos der Gewalt von SA und SS und regte weitere Taten an. Die Verfolgungsbehörde, früher als „Organ der Rechtspflege“ ein Teil der dritten Gewalt, hatte sich zu einem Teil der vollziehenden Gewalt entwickelt. Diesen Weg beschritten die Behördenleiter mit ihren Sachbearbeitern freiwillig und aus persönlicher Überzeugung für den Nationalsozialismus und seine Ziele – nur in

⁸³¹ Kißener, Rede, S. 6.

einem Fall wurde er der weisungsgebundenen Behörde befohlen. Damit unterstützten sie dieses rechtsfeindliche Regime.

Leicht können wir Nachgeborenen heute auf dem sicheren Boden einer freien, gesicherten und liberalen Demokratie über das nicht nachvollziehbare Verhalten den Stab brechen. Zutreffend weist Manfred Rommel in einem Aphorismus darauf hin, dass kein Grund zur Überheblichkeit bestehe: „ Die Jüngeren sollten sich vor Augen halten, daß die, die damals lebten, die gleichen Menschen waren wie die, die heute leben – nicht besser und nicht schlechter. Aber die Zeitumstände waren anders, und die Menschen hatten eine schreckliche Erfahrung noch nicht gemacht.“⁸³²

8.3 DIE GERICHTE

Seit den ersten Untersuchungen der NS-Strafjustiz ab 1959 wurden die NS-Richter als „Henker in Robe“, „Blutrichter“, die Justiz selbst als „Terrorjustiz zur Vernichtung der politischen Gegner“ bezeichnet. Zu Recht, denn ausgewertet wurden beinahe ausschließlich die Sondergerichte. Die Auswertung des gesamten Landgerichtsbezirks Ulm hat demgegenüber ein differenziertes Bild der Gerichte ergeben.

Land- und Amtsgerichte wurden von fanatischen NS-Anhängern geführt, die rücksichtslos die NS-Ideologie durchsetzten. Landgerichtspräsident Rost „hat sich immer und überall für die Partei eingesetzt und Angst und Verfolgung verbreitet“ und „eine rassistische und rassenhetzerische Einstellung bewiesen“, das bekundeten Zeugen. Weil sich Landgerichtsrat Hagmeier und Landgerichtsdirektor Schmid noch 1935 mit befreundeten jüdischen Rechtsanwälten trafen wurde ersterer streng verwarnt, zur Wehrmacht eingezogen und dann zur Arbeit in der Rüstungsindustrie eingesetzt, Schmid musste in Ruhestand gehen.

Noch rücksichtsloser griff Amtsgerichtsdirektor Grub durch: Zu milde Richter versetzte er kurzerhand, einen Zivilrichter veranlasste, ein der Partei genehmes, aber falsches, Zivilurteil zu fällen. Letztlich verurteilte er als Vorsitzender des Standgerichts einen französischen Zivilarbeiter noch 1945 wegen einer Bagatelle zum Tode. Nach der Kapitulation wurde er hoch geehrt und zum Landgerichtsdirektor befördert.

⁸³² Rommel, S. 51f.

Die Amtsrichter waren deutlich regimetreu eingestellt und urteilten einseitig zugunsten von NS-Angehörigen: Kam es beim Vorbeimarsch der Linken oder der SA am jeweils anderen Parteilokal zu einer Schlägerei, wurden immer die Linken verurteilt, das Landgericht korrigierte dann in der Revision.

Die bei den Amtsgerichten deutlich zu erkennende regimetreue Einstellung der Richter verwundert bei diesem Behördenleiter nicht: Die politischen Strafsachen der Amtsgerichte fallen durch eine die NS-Angeklagten begünstigende und NS-Gegner benachteiligende Beweiswürdigung sowie eine forschende Diktion bei letzteren auf. So wurden SPD-Anhänger, die am NSDAP-Stammlokal vorbeimarschiert und von Parteigenossen angegriffen worden waren, verurteilt, während die Nationalsozialisten beim gleichen Verhalten gegenüber der Gegenseite nicht bestraft wurden. Wegen eines tödlichen Verkehrsunfalls wurde ein SS-Sturmbannführer in voreilendem Gehorsam freigesprochen. Beide Urteile wurden in der Berufungsinstanz vom Landgericht kassiert.

In Verfahren gegen jüdische Mitbürger ist die Diktion überwiegend unfreundlich und entspricht der judenfeindlichen NS-Ideologie. Angeklagten jüdischen Mitbürgern wurde selbst wegen geringfügiger Formaldelikte entgegen üblicher Praxis eine Amnestie verweigert. Diesen Urteilen steht noch im Jahre 1938 eine beinahe verständnisvolle Entscheidung gegen einen polnischen Juden gegenüber. Sie zeigt, dass die jüdischen Mitbürger vor Gericht immer noch auf Objektivität und anständige Behandlung treffen konnten, auch wenn die antijüdische Einstellung bei den Amtsgerichten weit verbreitet war.

Nur sehr vereinzelt verweigerten sich Amtsrichter den mörderisch harten NS-Strafsanktionen, führten den Hitlergruß nur nachlässig aus oder überließen für die Parteiarbeit keine Gerichtsräume. Zur Abschreckung der Kollegen und Disziplinierung dieser unzuverlässigen Volksgenossen wurden deren Entlassung betrieben – ein anderer Arbeitsplatz fand sich damals kaum –, in günstigen Fällen versetzte man sie an abgelegene, unbeliebte Ämter.

Diese NS-freundliche Einstellung ist sicherlich dem NS-willfähigen Behördenleiter zu verdanken, aber auch durch die Zugehörigkeit jüngerer Juristen zur sogenannten Mittelschicht erklärbar, die sich dem NS-Regime durch Anstellung und Karriere verpflichtet sahen.

Beide Großen Strafkammern in Ulm waren demgegenüber kein willfähiges Instrument in der Hand der Staatsführung und auch keine „hilflose Beute von

Staat und Partei". Sie hatten überwiegend einen Parteibeitritt verweigert und schon damit offen ihre Ablehnung des Systems bekundet. Einige waren durch politisch abweichendes Verhalten negativ aufgefallen und zu Änderungen nicht bereit: Der eine wollte die Freundschaft zu einem jüdischen Anwalt nicht aufgeben, andere urteilten zu milde, setzten sich für Juden und Katholiken ein oder hatten gegen Parteigenossen Strafverfahren durchgeführt. Alle waren vor 1900 geboren und waren durch eine klassische juristische Ausbildung in Monarchie und Weimarer Republik geprägt. Bei den beiden allseits anerkannten und geachteten Kammervorsitzenden konnten offenbar die politisch unzuverlässigen und andern Orts ungern gesehenen Richter als Gleichgesinnte „Unterschlupf“ finden. Durchgehend ab 1933 - als die rückwirkend erlassene Norm des Autofallenraubes nicht angewendet wurde - bis 1945 - als eine für Plünderei zwingend vorgeschriebene Todesstrafe nicht verhängt wurde - negierten die Kammern die NS-Sondernormen. Sie verhängten Sanktionen nach klassischen Grundsätzen entsprechend der Schuld- und Tatschwere. Dies zeigen insbesondere die Urteile gegen Volksschädlinge, bei denen Hitler grundsätzlich die Todesstrafe gefordert hatte, die Strafkammern jedoch in 57,1 % der angeklagten Fälle die Anwendung der Norm ablehnten und lediglich aus der klassischen Grundnorm verurteilten. Damit waren sie keine politischen Täter und erhielten weitgehend eine Gefängnis- anstelle einer Zuchthausstrafe. Nicht nur die Todesstrafe entfiel damit sondern auch der Strafvollzug im Zuchthaus mit oft jahrelanger Einzelhaft unter Ankettung in der Zelle. Weiterhin entfiel die übliche Überstellung an die SS zur „Vernichtung durch Arbeit“ im KZ, die viele nicht überlebten.

Selbst die Ernsten Bibelforscher wurden entgegen allen Vorgaben der Politik nur zu Geldstrafen verurteilt, auch hier hat die Kammer ihre persönliche, menschliche Linie beibehalten.

Auffällig ist die Entwicklung der Strafzumessung, die in der Zeit 1943/45, in Strafart und -höhe, als auch in Nebenentscheidungen signifikant milder geworden ist und zwar sowohl bei den politischen, als auch bei den nicht politischen Verfahren. Im genannten Zeitraum nahmen die Zuchthausstrafen im Vergleich zu den Jahren 1933/42 um knapp die Hälfte ab.

Wie konnten die Richter bei dieser fortlaufenden Missachtung der politisch vorgeschriebenen Sanktionen einer Versetzung, Entlassung oder auch Einziehung

zur Wehrmacht entgehen? Sie benutzten das gängige NS-Vokabular um ihre Ablehnung zu verdecken. Hierzu setzten sie u.a. den unbestimmten NS-Rechtsbegriff des Tätertyps ein, der jeglicher Auslegung zugänglich war: Bei einem vorbestraften Dieb stellte man im Urteil entrüstet fest, er habe sich gemein und eigensüchtig selbst bereichert und das Gemeinwohl schmäählich missachtet, dies erfordere eine spürbare Zuchthausstrafe – wenn er nicht die Tat bitterlich bereut hätte und zu seiner Ehefrau zurückkehre um ein geregeltes Leben zu führen. Da er nunmehr für die Volksgemeinschaft ein nützliches Mitglied sei, reiche nach gesundem Volksempfinden eine Gefängnisstrafe aus. So konnte die politisch geforderte vernichtende Strafe vermieden werden.

Die häufig geäußerte Ansicht, die Justiz sei dem Missbrauch durch die Partei hilflos ausgeliefert gewesen, man habe die Gesetze unter dem Druck des Terrors anwenden müssen, Gegenwehr sei nicht möglich gewesen, wird durch die Aktenauswertung widerlegt⁸³³. Die widerständischen Richter des Landgerichts Ulm konnten die NS- Strafnormen negieren und dem politischen Druck zu barbarischen Strafen Stand halten.

Es gab nur wenige Strafrechtjuristen im Gerichtsbezirk Ulm, die politischen Weitblick besaßen, die wahren Absichten Hitlers durchschauten und die heraufziehenden Gefahren frühzeitig erkannten. Dieser kleine Teil verweigerte sich dem Regime. Wer standhaft, menschlich und rechtstreu war negierte die überzogenen, unverhältnismäßig hohen Strafforderungen und verhängte schuldangemessene Strafen. Damit nahm man nicht nur bewusst mögliche berufliche Nachteile in Kauf sowie das Risiko, zur Wehrmacht oder Volkssturm eingezogen zu werden und gesellschaftlich isoliert zu sein sondern musste auch mit einer Zuchthausstrafe rechnen⁸³⁴.

⁸³³ Der BGH hatte schon 1970 hierzu festgestellt: „Im Rahmen des unter einem totalitären Regime Menschenmöglichen konnte der Richter immer noch der Gerechtigkeit dienen. Er konnte insbesondere durch gründliche Beweisaufnahme, Vorsicht bei der Tatsachenfeststellung, mit einer weiten Anwendung des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“ und einer engen Auslegung des Tatbestands unerträgliche Folgen vermeiden, auf vertretbare, der Schuld angemessene Strafen erkennen und die Verfahrensgarantien ausschöpfen.“ (BGH, U. v. 21.7.1970, Az.: 1 StR 119, 69; DRiZ 1970, S. 301 f.).

⁸³⁴ Der Amtsgerichtsrat Stark, Ravensburg, wurde 1942 gegen seinen Willen zur Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof abgeordnet. Dort stellte er sich gegen die Rechtsprechung des Volksgerichtshofes. Am 29.3.1945 wurde er wegen „Betriebsspionage“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt (Schorn, S. 115).

In diesem Rahmen konnte jeder Strafrichter beim Landgerichtsbezirk Ulm auch während der NS-Zeit nach klassischen Grundsätzen seinen Beruf ausüben. Die Strafkammern in Ulm haben dem Druck des Regimes erfolgreich widerstanden und Unrecht abgewendet.

Dieses für Ulm festgestellte Verhalten NS-distanzierte Sanktionsverhalten ist auch bei weiteren Landgerichten im Reich wegen der gleichgelagerten Personalsituation zu erwarten: Reichsweit beklagten mehrere OLG-Präsidenten die politische Unzuverlässigkeit älterer, vor der NS-Zeit geprägter Juristen, die nicht in der Lage seien, die erforderliche Härte für und Gewöhnung an Todesstrafen aufzubringen. Die vorgesehene Ersetzung durch zuverlässige und fanatische jüngere Strafrichter scheiterte am fehlenden Nachwuchs. Die ältere Generation mit ihrer Erfahrung und ihrem Standvermögen wird weiterhin die NS-Normen zurückhaltend angewendet haben.

Die bisher vertretene undifferenzierte Bezeichnung der gesamten Strafrechtspflege als „Mörder in Robe“ ist, zumindest hinsichtlich der Landgerichte, keinesfalls mehr gerechtfertigt. Hier ist für jedes Gericht eine individuelle Untersuchung und Entscheidung erforderlich.

Es ist an der Zeit, der Opfer zu gedenken, die durch fanatische „Rassembauer“ in der Ulmer NS-Justiz körperliche, seelische Verletzungen und finanzielle Nachteile erlitten haben. Die Wiedergutmachung – häufig abgelehnt – konnte dies nicht ausgleichen. Die Hoffnung, wenigstens die Täter nicht mehr in Amt und Würde sehen zu müssen, trug. Nicht einmal diese Genugtuung erhielten sie, denn diese kamen mit Hilfe des fortbestehenden NS-Netzwerks auch in Ulm zu höchsten Ämtern.

Es ist aber auch an der Zeit, der Männer zu gedenken, die in diktatorischen Zeiten der Verantwortung für die vor ihnen stehenden Menschen gerecht geworden sind. Sie widerstanden der Verführung, des eigenen Fortkommens wegen ihre innerste Überzeugung und ihre Verpflichtung zur Rechtstreue aufzugeben. Sie lehnten die Anpassung an das Regime und dessen menschenvernichtende Rassenideologie ab und urteilten nach den Rechtsprinzipien der Weimarer Republik. So bewahrten sie viele Angeklagte vor Todes- aber auch Zuchthausstrafen, die wegen der Übergabe an die Konzentrationslager sehr häufig ebenfalls tödlich endeten. Damit haben die Richter während der gesamten NS-Zeit systematisch, wirkungsvoll und vor allem erfolgreich durch stillen Widerstand dem NS-Regime

widerstanden. Sie haben es verdient, bei der Aufarbeitung des NS-Unrechts als Vorbilder genannt zu werden. Ihr Widerstand wurde bisher nur intern anerkannt im Entnazifizierungsverfahren, als das Verfahren gegen die Nicht-Parteimitglieder mit dem Satz eingestellt wurde: „Stand innerlich und äußerlich dem NS-Staat ablehnend gegenüber. Nicht betroffen.“ und als 1955 der damalige Landgerichtspräsident Hagmeier den Verdienstorden der Bundesrepublik mit Steckkranz erhielt mit den Worten: „Sie sind einer der wenigen nicht belasteten Beamten im Lande.“ Diese Richter haben es verdient, dass ihr Name und Wirken nicht in der breiten Aufarbeitung des NS-Unrechts unerwähnt untergeht.

9 ANHANG

9.1 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A.a.O.....	am angegebenen Ort
a.E.....	am Ende
a.F.....	alte Fassung
a.M.....	anderer Meinung
abgedr.....	Abgedruckt
Abs.....	Absatz
AG.....	Amtsgericht
AGR.....	Amtsgericht
Angekl.....	Angeklagte / Angeklagter
Anm.....	Anmerkung
AO.....	Abgabenordnung
Art.....	Artikel
Aufl.....	Auflage
AusfVO.....	Ausführungsverordnung
AV.....	Allgemeine Verordnung
AZ.....	Aktenzeichen
BAB.....	Bundesarchiv Berlin
Bd.....	Band
BdM.....	Bund Deutscher Mädchen
Befreiungsges.....	Befreiungsgesetz
Best.....	Bestand
Betr.....	Betreffend
BGBL.....	Bundesgesetzblatt
BGH.....	Bundesgerichtshof
BISchG.....	Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre („Blutschutzgesetz“)
BNSDJ.....	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
Bü.....	Büschel
DAF.....	Deutsche Arbeitsfront
ders.....	derselbe
DevG.....	Gesetz über die Devisenbewirtschaftung
DJ.....	Deutsche Justiz
DJZ.....	Deutsche Juristenzeitung (bis 1936)
DNVP.....	Deutschnationale Volkspartei
DR.....	Deutsches Recht
DRiZ.....	Deutsche Richterzeitung
DVO.....	Durchführungsverordnung
DVP.....	Deutsche Volkspartei
EK.....	Eisernes Kreuz
Erl.....	Erlass
EStA.....	Erster Staatsanwalt
Fmdl.....	fernmündlich
GAss.....	Gerichtsassessor
GenStA.....	Generalstaatsanwalt

Gestapo	Geheime Staatspolizei
GGV	Gewohnheitsverbrechergesetz
GG	Grundgesetz
GnS.....	Gnadensache
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HtÜG	Heimtücke-gesetz
HHStAW.....	Hessisches Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden
HJ	Hitlerjugend
Hrsg.....	Herausgeber / herausgeben
HStA	Hauptstaatsarchiv
HStAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
HStArch.	Hauptstaatsarchiv
HtVO	Heimtücke-verordnung
Js.....	Strafsachen (Staatsanwaltschaft)
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift.
JZ	Juristenzeitung
KLs.....	Verbrechenssache (Gr. Strafkammer oder Sondergericht)
KMs.....	Vergehenssachen (Gr. Strafkammer oder Sondergericht)
KPD.....	Kommunistische Partei Deutschlands
KSSVO.....	Kriegs-sonderstrafrechtsverordnung
KStVO	Kriegsstrafverfahrensordnung
KWVO.....	Kriegswirtschaftsverordnung
KZ.....	Konzentrationslager
LfdRm	laufende Regalmeter
LG.....	Landgericht
LGDir.....	Landgerichtsdirektor
LGR.....	Landgerichtsrat
m.w.N:	mit weiterem Nachweis
MinDir.	Ministerialdirektor
MStGB	Militärsstrafgesetzbuch
Nazi	Nationalsozialist
NS	Nationalsozialismus
NSB	Nationalsozialistischer Beamtenbund
NSDAP.....	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK.....	Nationalsozialistische Fliegerkorps
NSKK.....	Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps
NSRB.....	Nationalsozialistischer Rechtswaherbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OAR	Oberamtsrichter
OLG	Oberlandesgericht
OLGPräs.	Oberlandesgerichtspräsident
OLGR.....	Oberlandesgerichtsrat
ORA	Oberreichsanwalt
OStA	Oberstaatsanwalt
Pg.	Parteigenosse
RA.....	Rechtsanwalt
RAbgO	Reichsabgabenordnung
RAD	Reichsarbeitsdienst
RdErl.	Runderlass
RdSchr.	Rundschreiben

Ref.....	Referat, Referent
RegRat	Regierungsrat
RG	Reichsgericht
RGBl.....	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RJM.....	Reichsminister der Justiz / Reisjustizministerium
RM	Reichsmark
RS.....	Rückseite
RSHA.....	Reichssicherheitshauptamt
Rspr.	Rechtsprechung
RStBl.....	Reichssteuerblatt
RStGB	siehe StGB
RV.....	Rundverfügung
SA.....	Sturmabteilung der NSDAP
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SenPräs.	Senatspräsident
SG	Sondergericht
SPD.....	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS.....	Schutzstaffel der NSDAP
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrFG	Straffreiheitsgesetz
u.k.	unabkömmlich für den Kriegsdienst
Urt.	Urteil
Verf.....	Verfasser, Verfassung, Verfügung
VGH	Volksgerichtshof
Vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VOBl.....	Verordnungsblatt
VRStrVO	Verbrauchsregelungs-Strafverordnung
VVO	Volksschädlingsverordnung
WHW.....	Winterhilfswerk
WRV.....	Weimarer Reichsverfassung
Wü.....	Württemberg
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
z.Zt.	zur Zeit
Ziff.....	Ziffer; Ziffern
zit.	zitiert

9.2 LITERATURVERZEICHNIS

- Anders, Freia:** Strafjustiz im Sudetengau 1938 – 1945, München 2008.
- Angermund, Ralph:** Deutsche Richterschaft 1919 – 1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung. Frankfurt M. 1990.
- Bästlein, Klaus:** Vom hanseatischen Richtertum zum nationalsozialistischen Justizverbrechen. Zur Person und Tätigkeit Curth Rothenbergers 1896-1959. In: „Für Führer, Volk und Vaterland ...“. Hamburger Justiz im Nationalsozialismus. Hamburg 2000, S. 74 – 145.
- Becker,** Einige Zweifelsfragen aus dem Heimtückegezet. DJ 1936, S. 643.
- Blees, Christian:** Die Soldaten mit dem blauen Schein – „Wehrunwürdige“ in der Strafddivision 999. Deutschlandfunk, Feature, Sendung Dienstag, 6.5.2009, 19.15 Uhr - – 20,00 Uhr.
- Boberach, Heinz:** Die Berichte der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 – 1945, Herrsching 1984.
- Broszat, Martin:** Resistenz und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV. München/Wien 1981.
- Bukofzer, Ernst:** Kommentar zum Gesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 10. Januar 1951. Koblenz 1951.
- Bullok, Alan:** Hitler, der Weg zur Macht, Frankfurt/Main, 1964.
- Burleigh, Michael:** Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung. Frankfurt am Main 2000.
- Colmorgen,**
- Eckart:** Die nationalsozialistische Strafjustiz. Zur Tätigkeit des Schleswig-Holsteinischen Sondergericht 1932 – 1945. In: Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Nationalsozialistische Herrschaftsorganisation in Schleswig-Holstein. Kiel 1996, S. 96 – 101.

Crohne, Wilhelm: Die Verbote der Internationalen Bibelforschervereinigung sind rechtmäßig. In: DJ 1937, S. 1144 f.

-: Bedeutung und Aufgabe der Sondergerichte, DJ 1933, S. 384-385.

Dahm,

Georg u.a.: Leitsätze über Stellung und Aufgabe des Richters, in: Deutsche Rechtswissenschaft I, 1936, S. 123.

Diewald-Kerkmann,

Gisela: Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und so genannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933-1945. Bielefeld 1992.

Dreher, Eduard: Konkurrenzverhältnis im Heimtückegesetz. DJ 1940, 643 f.

Dreher, ...⁸³⁵: Anmerkung zum Urt. 3 D 347/40 v. 27.06.1940, DR 1940, S. 1423f.

Eberhardt,

Martin: Die Kriminalpolizei 1933 – 1939. Magisterarbeit Universität Konstanz, 1999.

Eck, Christina: Die Wiedergutmachung zwischen 1945 und 1989 und die Regelung der Ansprüche von Verfolgten des Nationalsozialismus in § 1 Absatz 6 VermG. Diss. jur. München 1996.

Echterhölter,

Rolf.: Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat. Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Bd. II. Stuttgart 1979.

Eisenhardt,

Ulrich: Deutsche Rechtsgeschichte, München 1984.

Erler, Adalbert: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte. Hrsg.: Erler, Adalbert, Kaufmann, Ekkehard, Berlin 1984.

⁸³⁵ Der Vorname von Dreher war nicht festzustellen. Er ist jedenfalls nicht mit Eduard Dreher, geb. 29.4.1907 (Klee, S. 118) identisch, da der Verfasser der Urteilsanmerkung im Jahre 1940 Assessor war.

- Exner, F.:** Wie erkennt man den gefährlichen Gewohnheitsverbrecher?
DJ 1943, S. 377 ff.
- Fest, Joachim C.:** Hitler, eine Biographie, Frankfurt/M., 1973.
- Fieberg, Gerhard:** Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur Ausstellung. Hrsg.: Bundesministerium der Justiz, 5. Auflage, Bielefeld 1998.
- Form, Wolfgang:** Politische NS-Justiz in Hessen. Die Verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel 1933-1945 sowie Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt/M. (1933/34).Hrsg.: Wolfgang Form und Theo Stiller. Marburg 2005.
- Forsthoff, Ernst:** Deutsche Geschichte von 1918 bis 1938 in Dokumenten, mit verbindendem Text, 3. Auflage Stuttgart 1943.
- Fortelka, Karl:** die Radikalisierung der Militärjustiz im „Dritten Reich“. Diplomarbeit bei der Fachhochschule Münster, Februar 2000. Fundstelle Internet: „<http://www.diplom.de/db/tonline/diplomarbeiten/2810.html>“.
- Frank, Hans,:** Im Angesicht des Galgens. München 1953.
- Frassek, Ralf:** Steter Tropfen höhlt den Stein – Juristenausbildung im Nationalsozialismus und danach. Wien 2000.
- Freisler, Roland:** Deutsches Rechtsleben, DJ 1936, S. 53.
- : Blitzartig muß die Strafe den Verbrecher treffen! Ein Wort über die Erweiterung der Zuständigkeit der Sondergerichte vom 20.11.1938, DJ S. 1938, 1859-1860.
- Friedlander, Henry:** Verfolgung und Massenmord, in: Widerstand aus christlicher Überzeugung – Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus: Dokumentation einer Tagung, Hrsg.: Kreismuseum Wewelsburg, Essen, 1998.
- : Kategorien der KZ-Häftlinge, in: Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas. Hrsg.: Hesse, Hans, Garbe, Detlef: Die Verfolgung der Zeugen Jehovas im nationalsozialistischen Deutschland – Ein Überblick. In „Wi-

derstand aus christlicher Überzeugung – Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus, Hrsg.: Kreismuseum Wewelsburg, Essen 1998.

Grabitz, Helge: In vorauseilendem Gehorsam ... die Hamburger Justiz im „Führer - Staat“. Normative Grundlagen und politisch-administrative Tendenzen. In: „Für Führer, Volk und Vaterland ...“. Hamburger Justiz im Nationalsozialismus. Hrsg.: Justizbehörden Hamburg, Hamburg 1992.

Grau, Günter,: Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung. Hrsg.: Pehle, Frankfurt am Main, 2004.

Greschat, Martin: Aus christlicher Motivation dem Nationalsozialismus widerstehen: Versuch eines Überblicks. In: Distanz zum Unrecht 1933 – 1945: Methoden und Probleme der deutschen Widerstandsforschung/Rolf-Ulrich Kunze (Hrsg.).

Gribbohm,

Günther: Hitler und die Justiz – Zur Reichstagsrede vom 26.4.1942. DRiZ 1969, 393 f.

-... Die Führerinformationen des Reichsjustizministeriums, DRiZ 1971, S. 152 ff.

Grimm, Stefan: Das Sondergericht als Maulkorb des kleinen Mannes – Heimtückeverfahren. In: „Standgericht der inneren Front“: das Sondergericht Altona/Kiel 1932 – 1945. Hrsg.: Bohn/Danker, Hamburg, 1998.

Gritschneder, Otto: Furchtbare Juristen: Verbrecherische Todesurteile deutscher Kriegsgerichte. Mannheim 1998.

-: Von Anfang an nichtig. Die Todesurteile der nationalsozialistischen Kriegsgerichte. DRiZ 2002, 3ff.

Gruchmann,

Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung in der Unterwerfung in der Ära Gürtner. München 1988.

Hassemer,

Winfried: Warum Strafe sein muss. Berlin 2009.

Hattenhauser,

Hans,: „Person“ – Zur Geschichte eines Begriffs. JuS 1982, S. 405 ff.

Herrmann,

Bettina: „Das tägliche Leben zwischen Einschränkung und Pflichterfüllung“. In: Ulm im Zweiten Weltkrieg, Hans –Eugen Specker, (Hrsg.), Stuttgart, Kohlhammer 1995.

Hetzer, Gerhard: Ernste Bibelforscher in Augsburg. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C. Hrsg.: Broszat, Fröhlich, Grossmann. München, Wien 1981.

Heuer, Hans: Die Auffassung des Liberalismus und des Nationalsozialismus über Rechtfertigung und Zweck des Strafrechts. Diss. jur., Bremen 1935.

Hirsch, Martin: Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus: Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933-1945. Köln, 1984.

Hirsch, Harald: Die Sondergerichte Darmstadt und Frankfurt/M. im Rahmen der politischen NS-Strafjustiz 1933 – 1934, in: Politische Strafjustiz in Hessen, Hrsg.: Form, Wolfgang/Schiller, Theo. Marburg 2005, Kap. III,4.1.1.4, S. 855f.

Idel, Wolfgang: Die Sondergerichte für politische Strafsachen. Eine Gesamtdarstellung ihres Wesens, ihrer Entwicklung und ihrer rechtlichen Besonderheiten im Anschluß an die Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 21. März 1933 und unter Berücksichtigung des Volksgerichtshofs und seines Verfahrens. Schramberg 1935 (Diss. Iur. Freiburg/Breisgau 1935).

Ingwersen,

Kay-Uwe: Das Sondergericht als „Maulkorb des kleinen Mannes“. Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung. In: Bohn, Robert/Danker, Uwe(Hrsg.): „Standgerichte der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932 – 1945. Hamburg 1998, S. 210 – 232.

Jelloneck, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Paderborn 1990.

- Johe, Werner:** Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933 – 1945 dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg. Frankfurt/M. 1967.
- Kallfelz, Walter:** Strafbarer Umgang mit Kriegsgefangenen. DR 1940, S. 1811f.
- Keil, Heinz:** Dokumentation über die Verfolgung der Jüdischen Bürger von Ulm/Donau. Selbstverlag. Ulm 1961.
- Keldungs,**
- Karl-Heinz:** Das Duisburger Sondergericht 1942 – 1945. Baden-Baden 1998.
- Kißener,**
- Michael:** Badische Richter zwischen Weimarer Rechtsstaat und politischem Neubeginn. Baden-Baden 2000.
- :** Das Ende der Vorbilder? Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Diskussion. Festvortrag vom 19. Juli 2010 in der St. Matthäuskirche, Berlin. www.kvk.ubka.uni-karlsruhe.de/hylib-bi/kißener.
- :** Antrag auf Publikationsbeihilfe bei der DFG zu „Richter im Wandel der politischen Systeme. Über furchtbare, furchtsame und furchtlose Juristen in Baden 1919-1952.“
- Klee, Ernst:** Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main 2009.
- Knaur, Wilfried:** Strafvollzug im Nationalsozialismus: „Bessern“ oder „Vernichten“, in: Justiz im Nationalsozialismus: Beiträge und Katalog zur Ausstellung, Baden-Baden 2002.
- Köhlerschmidt,**
- Antje;**
- Neidlinger, Karl:** Die jüdische Gemeinde Laupheim und ihre Zerstörung. Biographische Abrisse ihrer Mitglieder nach dem Stand von 1933. Laupheim 2008.
- Kopf, Paul:** Franz Weiß – für Deutschland und Christus. Ostfildern 1994.

Kregel, Volker: Die nationalistische Personalpolitik der Justiz im Oberlandesgerichtsbezirk Celle, Hannover 1989.

Kuller,

Christiane: Der Steuerstaat als Unrechtsstaat. Die fiskalische Ausplünderung der Juden in der NS-Zeit. In: Rechtsgeschichte. Kölner interdisziplinäre Schriften zur Geschichte von Recht und Justiz. Band 1: Arntz, Joachim, Haferkamp, Hans-Peter, Szöllösi-Janze (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg 2006.

Kustermann,

Abraham P.: Jüdisches Leben im Bodenseeraum. Zur Geschichte des alemannischen Judentums mit Thesen zum christlich-jüdischen Gespräch. Ostfildern 1994.

Löffler, Matthias: Das Dienstagebuch des Reichsjustizministers Gürtner 1934 bis 1938: Eine Quelle für die Untersuchung der „Richterdisziplinierung während der Anfangsjahre des Nationalismus“. Frankfurt am Main; New York; Paris; Wien: Lang, 1997 (Zugl.: Hannover, Univ., Diss. jur. 1997).

Lojowski,

Michael: Richter und Staatsanwälte der politischen Strafsenate der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Politische NS-Justiz in Hessen. Die Verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel 1933-1945 sowie der Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt/M. (1933/1934). Wolfgang Form und Theo Schiller (Hrsgb.) Marburg 2005. S. 1043 – 1104.

Manthe,

Barbara: Justiz im Nationalsozialismus. Ein Forschungsüberblick. In: Mitteilungen Heft 54/Juli 2011, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V. – KZ- Gedenkstätte-.

Mechler,

- Wolf-Dieter:** Kriegsalltag an der „Heimatfront“. Das Sondergericht Hannover im Einsatz gegen „Rundfunkverbrecher“, Schwarzschlachter“, „Volksschädlinge“ und andere „Straftäter“ 1939 bis 1945. Hannover 1997.
- Mertens, Bernd:** Rechtsetzung im Nationalsozialismus. Tübingen 2009.
- Meuren, Manfred:** Berufsbeamtentum und parteipolitische Betätigung – eine Untersuchung über die Stellung des Beamtentums zur Politik im Machtstaat des Nationalsozialismus gegenüber seiner Stellung im Rechtsstaat des Bonner Grundgesetzes, Diss. jur. (Schreibmaschine), Mainz 1958.
- Michelberger, Hans:** Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches. Die Lageberichte der Oberlandesgerichtspräsidenten von 1949 – 1945 unter vergleichender Heranziehung der Lageberichte der Generalstaatsanwälte. Pfaffenweiler 1989.
- Moser,(?)...:** Die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Baden und Württemberg von 1933 – 1945. In: „Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas“. Bremen 1998.
- Mühlhäuser, Regina:** Eroberungen: Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion, 1941–1945. Hamburg 2010.
- Müller, Christian:** „Modernes“ Strafrecht“ im Nationalsozialismus: Das Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24.11.1933. In: Düwell, Franz-Josef; Vormbaum, Thomas, (Hrsg.), S. 47-69. Baden-Baden 1999.
- Müller, Heinrich:** Beamtentum und Nationalsozialismus, 7. Auflage, München 1933.
- Müller, Ingo:** Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München 1987.

-... Die Justiz und die nationalsozialistische Judenverfolgung, in:
Nationalsozialismus und Justiz, Vortragseihe im Amtsgericht
Dortmund, Hrsg.: Pauli, Gerhard, Baden-Baden 1993.

Niermann,

Hans-Eckhard: Die Durchsetzung politischer und politisierter Strafjustiz im
Dritten Reich. Eine Analyse ihrer institutionellen, personellen
und strafrechtlichen Entwicklung, aufgezeigt am Beispiel des
OLG-Bezirks Hamm unter schwerpunktmäßiger Zugrundelegung
der Jahre 1933 – 1939. Hamm, 1995.

Oehler,

Christiane: Die Rechtsprechung des Sondergerichts Mannheim 1933 –
1945. Berlin 1997.

Opitz, Rainer: Das Oberlandesgericht Celle 1933 – 1945. Strafrecht-
sprechung unter dem Einfluss des Nationalsozialismus.
Diss. phil. Celle 2006.

Pamp, Rüdiger: Das Landgericht Bonn und sein Bezirk in der Zeit des Natio-
nalsozialismus. In: „150 Jahre Landgericht Bonn, Festschrift“,
S. 47 – 69. Hrsg. Fassbender, Dr. Heinz, Bonn 2000.

Perels, Joachim: Die Umdeutung des Nazi-Regimes zu Lasten eines Verfolg-
ten. In: Kritische Justiz, Frankfurt /Main, 2009.

Pickler, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 – 1942.
Stuttgart 1963.

Pieroth, Bodo, Dr.

und Schlink,

Bernhard, Grundrechte, Staatsrecht II, München 1999.

Pötsch, Walter: Die jüdische Rasse im Lichte der Straffälligkeit, Berlin 1933.

Pross, Christian: Wiedergutmachung: Der Kleinkrieg gegen die Opfer. Hrsg.:
Hamburger Institut für Sozialforschung. Frankfurt am Main,
1988.

Raberg, Frank: Biographisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm 1802-2009. Ulm
2010.

- Raeke, Walter:** Der nationalsozialistische Rechtskampf des BNSDJ. (Zum siebenjährigen Bestehen des BNSDJ am 11. Oktober 1935), JW 1935, S. 2857 ff.
- Reimesch, Christian:** Vergessene Opfer des Nationalsozialismus? Zur Entschädigung von Homosexuellen, Kriegsdienstverweigerern, Sinti und Roma und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland.
- Robinson, Hans:** Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in „Rasseschandefällen“ beim Landgericht Hamburg 1936-1943. Stuttgart 1977.
- Rommel, Manfred:** Manfred Rommels gesammelte Sprüche. Gefunden und herausgegeben von Ulrich Frank. Stuttgart, 1988.
- Roeser, Frank:** Das Sondergericht Essen 1942-1945. Baden-Baden 2000.
- Roser, Hubert und Spear, Peter:** „Der Beamte gehört dem Staat und der Partei.“ Die Gauämter für Beamte und für Kommunalpolitik in Baden und Württemberg im polykratischen Herrschaftsgefüge des NS-Regimes. In: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. S. 71 – 102. Hrsg.: Cornelia Rauh – Kühne und Michael Ruck, München 1993.
- Ruault, Franco:** Für eine Liebe so bestraft. Das Ritual öffentlicher Haarscherungen an „ungehorsamen“ Frauen. In: Opfer des Unrechts: Stigmatisierung, Verfolgung und Vernichtung von Gegnern durch die NS-Gewaltherrschaft an Fallbeispielen aus Oberschwaben. Sigmaringen. Hrsg.: Edwin Ernst Weber.
- Ruck, Michael:** Administrative Eliten in Demokratie und Diktatur. Beamtenkarrieren in Baden und Württemberg von den zwanziger Jahren bis in die Nachkriegszeit. In: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden Württemberg 1930-1952. S. 37 – 70. Hrsg.: Rauh-Kühne, Cornelia, und Ruck, Michael. München 1993.

Rüthers, Bernd,: Geschönte Geschichten – geschönte Biographien, NJW 2000, 2402 ff.

-... - : Reinhard Höhn, Carl Schmitt und andere Geschichten und Legenden aus der NS-Zeit, NJW 2000, 2866 ff.

-... - : Die Umgestaltung von Rechtsordnungen in Systemwechseln – Motive, Instrumente und Mentalitäten von Wendeliteraturen, in: Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven, Rechtsgeschichte, Hrsg. Von Haferkamp/ Szöllösi-Janze /Ullmann, Köln 2006.

Sander,

Hildegard: Ulmer Bilderchronik. Ulm 1988.

Schickert, Hans: Die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen in den Jahren 1939 und 1940. DR 1941, S. 115 ff.

Schimmler,

Bernd: Recht ohne Gerechtigkeit. Zur Tätigkeit der Berliner Sondergerichte im Nationalsozialismus. Berlin 1984.

Schmauser,

Georg, Dr.: Tragweite der Fluchtsteuer-Verordnung bei Auswanderung von Nicht-Ariern. JW 1934, S. 379.

Scheerbarth,

Rudolf: Kommentar zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Haag a. d. Amper 1947.

Schneider-

Neuenburg: Die Gesetzgebung des Jahres 1933 auf dem Gebiete des Strafrechts III. JW 1933, S. 725.

Schönhagen,

Benigna: Das Stuttgarter Sondergericht unter Hermann Cuhorst. „Auf, meine Herren, zur Schlachtbank!“. In: Stuttgart im Zweiten Weltkrieg, S. 223 – 228). Marlene P. Hiller (Hrsg.), Gerlingen 1989.

Schönke,

Adolf: Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, Kommentar,

München und Berlin 1942.

Schorn, Hubert: Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente. Frankfurt/M. 1959.

Schütz, Hans: Justiz im „Dritten Reich“. Dokumentation aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg. Bamberg 1984.

Schwarz, Alfons: Rechtsprechung durch Sondergerichte. Zur Theorie und Praxis im Nationalsozialismus am Beispiel des Sondergerichts Berlin. Diss. jur., Berlin 1999.

Sommer, Kai: Die Strafbarkeit der Homosexualität von der Kaiserzeit bis zum Nationalsozialismus. Eine Analyse der Straftatbestände im Strafgesetzbuch und in den Reformentwürfen (1871 – 1945). Frankfurt am Main, 1998.

Specker, Hans

Eugen: Ulm im Zweiten Weltkrieg, 2. Aufl. Ulm 1996.

Staff, Hilde: Justiz im Dritten Reich, eine Dokumentation. Hrsg.: Ilse Staff, Frankfurt/M., Hamburg 1964.

**Stein-Stege-
mann, Hans-**

Konrad: „In der Rechtsabteilung des Unrechtsstaats“. Richter und Staatsanwälte in Hamburg 1933-1945. In: Justizbehörde Hamburg (Hrsg.): „Für Führer, Volk und Vaterland.“, S. 146-215, Hamburg 1992.

Stern, Klaus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band I. Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts, Strukturprinzipien der Verfassung. 2. Aufl., München 1984.

Stolleis, Michael: Die Rechtsordnung des NS-Staates. Jus 1982, S. 645.

Stümke,

Hans-Georg: Homosexuelle in Deutschland. München 1989.

Terhorst,

Karl-Leo: Polizeiliche planmäßige Überwachung und polizeiliche Vorbeugungshaft im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte vorbeugender Verbrechensbekämpfung. Heidelberg 1985.

Vogel, Joachim: Einflüsse des Nationalsozialismus auf das Strafrecht. Berlin

2003.

Wachsmann,

Nikolaus: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat. Berlin 2006.

Waibel,

Raimund: Verfolgung und Widerstand. In: Ulm im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. :Hans Eugen Specker. Ulm, 1996.

Wagner,

Albrecht: Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat. In: Weinkauff, Hermann (Hrsg.): Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick. Stuttgart 1968.

Weber, Jürgen: Ende und Anfang im Mai 1945. Hrsg.: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1995.

Weckbecker,

Gerd: Zwischen Freispruch und Todesstrafe: Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte Frankfurt/Main und Bromberg. Baden-Baden 1998.

Weinkauff,

Herman: Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick. Stuttgart 1968.

Werle, Gerhard: Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich. Berlin/New York 1989.

Wolf, Hubert: Papst und Teufel. Die Archive des Vatikan und das Dritte Reich. München 2009.

Wüllenweber,

Hans: Sondergerichte im Deutschen Reich. Vergessene Verbrechen der Justiz. Frankfurt/M. 1990.

Wulffen,

Erich: Psychologie des Verbrechers. Ein Handbuch für Juristen, Ärzte, Pädagogen und Gebildete aller Stände. Groß-Lichterfelde-Ost, 1908.

Zierenberg,

Malte: Kriminelle Alltage. „Schieber vor dem Sondergericht Köln 1939 – 1945“, in: Justiz im Nationalsozialismus. Personen und Perspektiven. S. 104– 122, Hrsg.: Haferkamp/Szöllösi-Janze/Ullmann, Köln 2006.